C 21734 D



Albanien gegen »Theorie der drei Welten« S. 58

Arbeiterkampf

Jg. 7, Nr. 109, 25.7.77 — Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes — DM 1,–

Auf nach Malville am 30./31. Juli!

Am 30./31. Juli wird im französischen Malville (36 km östlich von Lyon, 72 km südlich von Genf) im Rhone-Tal eine große Demonstration gegen den in Bau befindlichen Schnellen Brüter „Superphenix" stattfinden. Die „Koordination der Malville-Komitees" erwartet zu dieser seit rund einem Jahr vorbereiteten Demonstration 100.000 Teilnehmer – nicht nur aus Frankreich, sondern auch aus der Schweiz, Italien und der BRD. Bereits am 3. Juli letzten Jahres hatten sich 20.000 AKW-Gegner in Malville eingefunden, wobei es einem Teil schließlich gelang, auf das Baugelände vorzudringen, ohne daß ursprünglich ein Besetzungsversuch geplant war. Mehrere Tage versuchte die Polizei die Besetzer durch Verhandlungen in Sicherheit zu wiegen – um dann am 8.7.76 mit einem äußerst brutalen Einsatz das Baugelände von den AKW-Gegnern leerzufegen. Bis zu 70 km wurden einige Demonstranten damals von der wild um sich knüppelnden Polizei und CRS (Spezialtruppe) verfolgt.

Der Bauplatz für den Super-Phenix ist ähnlich den Atom-Anlagen in der BRD wie ein Allerheiligstes befestigt und gesichert (u.a. mit Elektrozaun). Polizei und CRS haben mit einem Radius von fünf bis sieben Kilometern einen „Verteidigungsring" um das Baugelände gezogen und sind entschlossen, jeden Versuch einer erneuten Besetzung unter Einsatz massiver Gewalt zu unterbinden.

Die „Koordination der Malville-Komitees" (lt. „Le Monde" vom 21.7. existieren inzwischen rund 150 Malville-Komitees) betont den Willen der AKW-Gegner, eine friedliche Demonstration durchzuführen, aber gleichzeitig auch ihre Entschlossenheit, so weit wie möglich an, wenn nicht auf den Bauplatz vorzudringen. Am 30. Juli soll sich zunächst nach einem genau festgelegten Plan in verschiedenen umliegenden Ortschaften dezentral gesammelt werden, um dann am folgenden Tag, dem 31.7. sternmarschförmig in Richtung des Bauplatzes zu marschieren. Der Sprecher der Koordination, Kaim, hat in einem Artikel in der von der Koordination herausgegebenen Zeitung „Super-Pholix" Nr. 13 (Anfang Juli) die gemeinsame Position der Koordination zum Vorgehen angesichts des Polizeiaufmarsches wie folgt beschrieben: „Es stellt sich die Frage: was ist angesichts der Polizei zu tun, wie lassen sich die eventuellen Absperrungen überschreiten? Auf diese Frage kann die Koordination nur einen Fächer von Antworten bereithalten, wobei es den Demonstranten freisteht, sie zu befolgen oder nicht:

1. Es ist unnütz, sich die Hände wie Märtyrer über den Kopf zu halten: wir wollen vorwärtsmarschieren.
2. Es ist unnütz, militärmäßig anzugreifen: sie (die Polizisten – Anm. AK) sind stärker als wir; wir dagegen müssen flexibler sein.
3. Wir müssen daher eine Taktik der flexiblen Zerstreuung über die Felder anwenden (der Platz hat einen Umfang von 4,5 km), schnell Rückzüge, eine weiche Guerilla nach Art einer Zieharmonika.

Natürlich wird es immer Schlauköpfe geben, die anders denken, aber wenn sie sich in der Masse in der Minderheit sehen werden, werden sie ihre Eisenstangen oder ihre Märtyrer-Ambitionen beiseitelassen.

Was die Schäden betrifft, die wir am Platz oder anderswo anrichten können, so machen wir uns keine Illusionen: Wir werden das Projekt am 31. Juli nicht stoppen können. Was wir dagegen aber zu erreichen hoffen, ist eine tiefergehende Stärkung der Anti-Malville-Front durch politische und erfahrene Praxis, um die Finanzierung des Projekts mehr und mehr schwierig zu machen, parlamentarisch und juristisch, so daß unsere illegalen Aktionen (Diebstähle, Sabotage) ihren Sinn und ihren Wert bekommen".

Zur möglichst geschlossenen Durchführung der Demonstration und des Besetzungsversuchs am 30./31.7. führt die Koordination seit mehreren Tagen permanente Beratungen durch und wird am Vorabend, d.h. 30. Juli, noch einmal zu einer weitestmöglichen Festlegung des Ablaufs mit Vertrauensleuten sämtlicher in den umliegenden Ortschaften angereisten Demonstrationszüge zusammentreffen. Die Stellungnahme des Sprechers der Koordination drückt indes auch aus, daß die Vorstellungen über den Demonstrationsverlauf innerhalb der französischen Anti-AKW-Bewegung teilweise sehr weit auseinandergehen – wobei die letzte Entwicklung leider auch die Möglichkeit einer Spaltung andeutet, wie wir sie in der BRD beispielsweise im Falle der dritten Brokdorf-Aktion mit dem Ausweichen eines Teils der BIs nach Itzehoe erlebt haben. Daß derartige Bestrebungen die Erfolgsaussicht der Aktion in Malville schwer beschädigen können, liegt auf der Hand.

Die Gewerkschaft CFDT, deren Untergruppen teilweise bereits aktiv an der Mobilisierung für den 30./31.7. teilgenommen haben, hat am 13. Juli in einer Pressekonferenz durch

Fortsetzung auf Seite 4

China: Teng kehrt zurück

Durch das Zentralkomitee der KP Chinas, das vom 16. bis zum 21. Juli tagte, wurde der am 7. April vorigen Jahres abgesetzte Deng Hsiao-ping wieder in alle seine Ämter eingesetzt – d.h. als Stellvertretender Parteivorsitzender, Stellvertretender Ministerpräsident, Stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des ZK und Vorsitzender des Generalstabs der chinesischen Armee.

Das Zentralkomitee dürfte freilich diesen Beschluß nur in eingeschränkter Besetzung gefaßt haben, da mindestens ein Viertel der etwa 200 Mitglieder als angebliche Anhänger der „Viererbande" bereits ausgeschaltet worden sind.

Die Sitzung des ZK vom 16. - 21. Juli beschloß außerdem, die „Viererbande" (Djiang Tjing, Wang Hung-wen, Yao Wen-yüan und Dschang Tschung-tjiao) *„ein für allemal aus der Partei zu verstoßen und aller ihrer Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben"*. Das ZK bestätigte Hua als Parteivorsitzenden, billigte die mit dem Rechtsputsch vom 6./7. Oktober vorigen Jahres verbundenen Maßnahmen und kündigte an, daß noch in diesem Jahr der 11. Parteitag der KPCh stattfinden soll.



Die Rückkehr Deng Hsiao-pings kündigten sich seit längerem an:
– Sofort nach dem Putsch wurde die Kampagne gegen Deng und den „Wind von rechts" vollständig abgeblasen;
– Aus der Rede Hua Guo-fengs nach dem Tode Mao's wurde nachträglich in den Veröffentlichungen die darin enthaltene namentliche Kritik an Deng herausgestrichen.
– Die im vorigen Jahr während der Kampagne gegen den „Wind von rechts" kritisierten Vorstellungen Deng's wurden in den letzten Monaten mehr und mehr offiziell propagiert.
– Schließlich wurden vor einigen

Fortsetzung auf Seite 2

Ägypten: Krieg gegen Libyen, Frieden mit Israel

Pünktlich zum 25. Jahrestag des Sturzes des ägyptischen Königs und der Machtergreifung der „Freien Offiziere" unter Nasser besorgte sich Sadat einen militärischen Sieg. Nicht jedoch gegen Israel, sondern gegen das arabische Nachbarland Libyen. Eine größere Verhöhnung des Andenkens Nassers läßt sich kaum vorstellen.

Die militärische Auseinandersetzung wurde durch Provokationen und „Vergeltungsaktionen" in Gang gesetzt, bis schließlich ägyptische Truppen und Flugzeuge am Morgen des Donnerstag das libysche Dorf Mossaed angriffen. Die ägyptische Seite erklärte, es habe sich um einen Gegenangriff wegen eines libyschen Angriffs auf den ägyptischen Ort Sollum gehandelt. Die ägyptischen Truppen hätten 40 Panzer und 30 gepanzerte Fahrzeuge samt Insassen vernichtet, zwei Flugzeuge abgeschlossen und eine Anzahl von Gefangenen gemacht. Demgegenüber erklärte Radio Tripolis (Libyen) und die libysche Nachrichtenagentur Arna: *„Im Morgen-*

Fortsetzung auf Seite 2

Haftbefehle gegen K.H.Roth und R.Otto aufgehoben!

Am 12.7.77, dem 51. Verhandlungstag und nach 2 1/4 Jahren Untersuchungshaft war es endlich soweit: Richter Draber gab seine Befangenheit zu und bestätigte, was die Verteidigung und die Angeklagten längst bewiesen hatten, daß sich der Mordverdacht gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth nicht aufrechterhalten läßt!

Dieser vorläufige Erfolg ist auf die hervorragende Solidaritätskampagne des »Unterstützungsbüros« in Köln und die entsprechende Arbeit der Vertrauensverteidiger Hannover, Hartmann, Dethloff, Golzem, Niepel und Heiermann zurückzuführen.

Karl-Heinz Roth hat sich nach seiner Freilassung in ärztliche Behandlung in Wiesbaden begeben. Nach 2 1/4 Jahren, in denen wir ständig mit seinem Tod rechnen mußten, wo er nicht nur unzureichend behandelt, sondern durch offensichtliche Schikanen zusätzlich gefährdet wurde, kann jetzt endlich mit einer sachgerechten Behandlung begonnen werden. Angesichts der Schwere seiner Verletzungen und aufgrund der Haftbedingungen wird er wohl nie mehr so gesund werden, wie er es vor dem 9.5.75 war. Wir wünschen ihm jedoch, daß er zumindest soweit wiederhergestellt wird, daß er seiner politischen und beruflichen Arbeit weiter nachgehen kann.

Roland Otto, der während einer früheren Haft persönlich so stark unter Druck gesetzt worden war, daß er von einem Urlaub nicht zurückkehrte, befindet sich wieder in Strafhaft.

Von seinen Verteidigern ist Antrag auf Aussetzung der Haft auf Bewährung (nach Verbüßung von zwei Dritteln) gestellt worden.

Der 9. Mai 1975

Nach bisher bekannten Informationen, die durch den bisherigen Prozeßverlauf erhärtet wurden, spielte sich um 1.30 Uhr auf einem Parkplatz in Köln-Gremberg folgendes ab: Werner Sauber, Roland Otto und Karl-Heinz Roth saßen in einem NSU-Prinz. Aus irgendwelchen Gründen erschienen Bullen auf dem Parkplatz und nahmen eine Fahrzeugkontrolle vor. Sie erfuhren über Funk, wem der NSU gehört: Der Besitzer sei der Terroristenszene zuzuordnen (lt. Aussagen des Polizeizeugen Heller, 44. Verhandlungstag). Damit war das entscheidende Stichwort gegeben!

Der Polizeizeuge Thiele am gleichen Tag: »Der Ablauf der Tat führte zu gewissen Vermutungen«. Darauf Karl-Heinz: »Man kann auch sagen, gewisse Vermutungen führten zum Ablauf der Tat«. Der Polizeizeuge Bruder, der nach eigenen Angaben die Wageninsassen zum Aussteigen aufforderte, will sich nicht erinnern können, was dann geschah. Nach Ansicht der Anklage sollen die Genossen geschossen haben — zumindest Werner, die anderen hätten schießen wollen, aber nicht mehr gekonnt. Doch dafür hat es nicht nur keinerlei Beweise oder Indizien gegeben, sondern es wird immer klarer, daß »gewisse Vermutungen zum Ablauf der Tat führten«, daß nämlich die Bullen das Feuer eröffneten, worauf Werner in Notwehr zurückgeschossen hat. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Desgleichen starb einer der Bullen, und Karl-Heinz erwischte es so stark, daß er sehr lange in akuter Lebensgefahr schwebte.

Fortsetzung auf Seite 3



China: Teng kehrt zurück

Fortsetzung von Seite 1

Wochen in der „Renmin Ribao" (Volkszeitung) unmißverständlich die sogenannten „drei giftigen Unkräuter " (Thesenpapier Deng's bzw. seiner Anhänger) zu „wohlduftenden Blumen" erklärt. Und zwar am 30. Juni „Einige Probleme betreffend die Arbeit in Wissenschaft und Technik" (kurz: „Berichtskonzept"), am 7. Juli „Über das allgemeine Programm für alle Arbeit der Partei und des Landes" und schließlich am 16. Juli „Einige Probleme der Beschleunigung der Industrientwicklung" (kurz:„Bestimmungen").

Heute wird die ganz und gar lächerliche Behauptung aufgestellt, die „Viererbande" habe die damalige Kritik an den drei Thesenpapieren „hinter dem Rücken des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees" geführt („Renmin Ribao", 30.6.77). Diese Kritik sah damals etwa so aus (Zitate aus einem Leitartikel der „Renmin Ribao" vom 23.8.76 – nach „Peking Rundschau" Nr. 35/ 1976, S. 5): *„Die drei Elaborate (. . .) alle im Auftrag Den Hsiao-pings, des obersten besserungsunwilligen Parteimachthabers auf dem kapitalistischen Weg zusammengestellt, spiegeln in konzentrierter Weise das ultrarechte Wesen seiner konterrevolutionären revisionistischen Linie wieder und enthüllen systematisch seine revisionistischen Auffassungen. Diese parteifeindlichen und gegen den Marxismus gerichteten Machwerke sind gleichsam die drei Zweige eines giftigen Unkrauts. Sie sind negatives Schulungsmaterial, wie man es selten findet . . . 'Über das allgemeine Programm', ist die politische Deklaration Deng Hsiao-pings zur Wiederherstellung des Kapitalismus. . . Die eingehende Kritik an diesen drei Elaboraten, insbesondere an ,Über das allgemeine Programm', ist von großer Bedeutung dafür, die reaktionäre und betrügerische Natur der revisionistischen Linie Deng Hsiao-pings noch besser zu durchschauen und in der ganzen Geschichtsperiode des Sozialismus am Marxismus festzuhalten und den Revisionismus zu bekämpfen".*

Die nunmehr vollzogene Wiedereinsetzung Deng Hsiao-pings in seine Ämter ist also noch erheblich schwerwiegender als eine erste „Rehabilitierung" 1973 (nach seiner Absetzung während der Großen Proletarischen Kulturrevolution), denn diesmal werden zugleich unmißverständlich die Vorstellungen „rehabilitiert", die seiner Absetzung im April vorigen Jahres zugrunde lagen. Wie dies alles dem chinesischen Volk erklärt werden soll, ist noch unklar: Immerhin gibt es die allgemein bekannten Äusserungen Mao's über Deng Hsiao-ping, wie etwa: „Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über diese Hauptkettenglieder spricht er nie. Also immer noch ,weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied" (zit. in der „Renmin Ribao", 28.3.76). Und: „Er begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie. Er sagt, er werde ,das gefällte Urteil niemals umstoßen', darauf kann man nichts geben" (zit. in der „Renmin Ribao", 10.4.76). – Und vor allem, heute aktuell: „Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider" (zit. in der „Renmin Ribao", 10.3.76).

Will man diese Zitate jetzt etwa als „Fälschungen der Viererbande" ausgeben? Und wie soll jetzt überhaupt noch die Absetzung Deng Hsiao-pings am7. April vorigen Jahres durch das Politbüro der KP Chinas begründet werden? Laut Kommuniqué erfolgte die damalige Absetzung Dengs „e i n s t i m m i g" und „auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao"!

Die „Einstimmigkeit" des Politbüros mag nur eine scheinbare gewesen sein, aber anzunehmen ist doch, daß nicht bloß Mao und die „Viererbande", sondern eine solide Mehrheit des Politbüros für die Absetzung Dengs waren. Das Politbüro hatte zum damaligen Zeitpunkt 18 Mitglieder (ohne Deng selbst), von denen 12 heute noch aktiv sind (vier wurden abgesetzt, zwei sind verstorben). Es liegt also auf der Hand, die jetzige Wiedereinsetzung Dengs in alle seine Ämter als einen Kompromiß verschiedener Gruppierungen im Politbüro und ZK zu sehen. Daß seit dem Rechtsputsch vom vorigen Oktober immerhin über neun Monate bis zur Wiedereinsetzung Dengs vergangen sind, dürfte zum einen darauf zurückzuführen sein, daß diese Maßnahme auch innerhalb des Führungsblocks um Hua nicht unumstritten war, und zum anderen, daß die Hua-Gruppe sich erst jetzt stark genug fühlt, um den chinesischen Massen diese Provokation zuzumuten.

Die Widersprüche innerhalb des heute herrschenden Blocks um Hua werden durch diesen Schritt eher noch zunehmen, zumal die Linken inzwischen soweit geschlagen oder zurückgedrängt sind, daß der Kampf gegen die Linke als einigendes Element des herrschenden Blocks an Wirkung verliert. Der 11. Parteitag – sollte er wirklich noch in diesem Jahr stattfinden – auf dem ein neues ZK und ein neues Politbüro zu wählen sein wird (neun Mitglieder des 1973 auf dem 10. Parteitag gewählten Politbüros sind inzwischen verstorben oder wurden abgesetzt), dürfte bereits im Schatten dieser Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks stehen.

Nach dem Bekanntwerden der Wiedereinsetzung Dengs fanden in Peking Massen-Feiern statt. Die jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug" berichtete, *„das Bild, das die chinesische Hauptstadt an diesem Abend bietet, erinnere an den Karneval in Rio"* (lt. „ap", 22.7.). Hierzu passen wohl am besten die Worte, die heute dem erst kürzlich abgesetzten früheren Provinz-Parteisekretär von Anhwei, Sung Pei-chang, zugeschrieben werden. Nach dem Hua-Putsch soll er am 19. Oktober vorigen Jahres auf einer Kader-Versammlung gesagt haben: *„Manche Leute waren nie glücklich über die Große Proletarische Kulturrevolution, über die neuen Dinge und über die Kritik an Deng und den Gegenangriff gegen Wind von rechts. S i e sind es, die jetzt glücklich sind"* (lt. Radio Hofei, 6.7.77, nach „SWB", 14.7.).


PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

„Den Klassenkampf als Hauptkettenglied nehmen"

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

WOCHENZEITUNG

China: Die Massen feiern den Sieg der revolutionären Linie!

Ägypten: Krieg gegen Libyen, Frieden mit Israel

Fortsetzung von Seite 1

grauen des 21. Juli drangen ägyptische Streitkräfte in die libysche Grenzstadt Mossaed ein, töteten Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder, und beschossen Häuser, Schulen, Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen." Mit seiner Luftwaffe habe Ägypten das Dorf Mardschah bombardiert, *„mit dem Ziel, Frauen, ältere Männer und Kinder zu töten"* („Frankfurter Rundschau" – „FR" 23.7., „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 23./24.7., „ap" 22.7. u.a.). Die ägyptischen Angaben über die Kämpfe seien *„absolut unwahr"*.

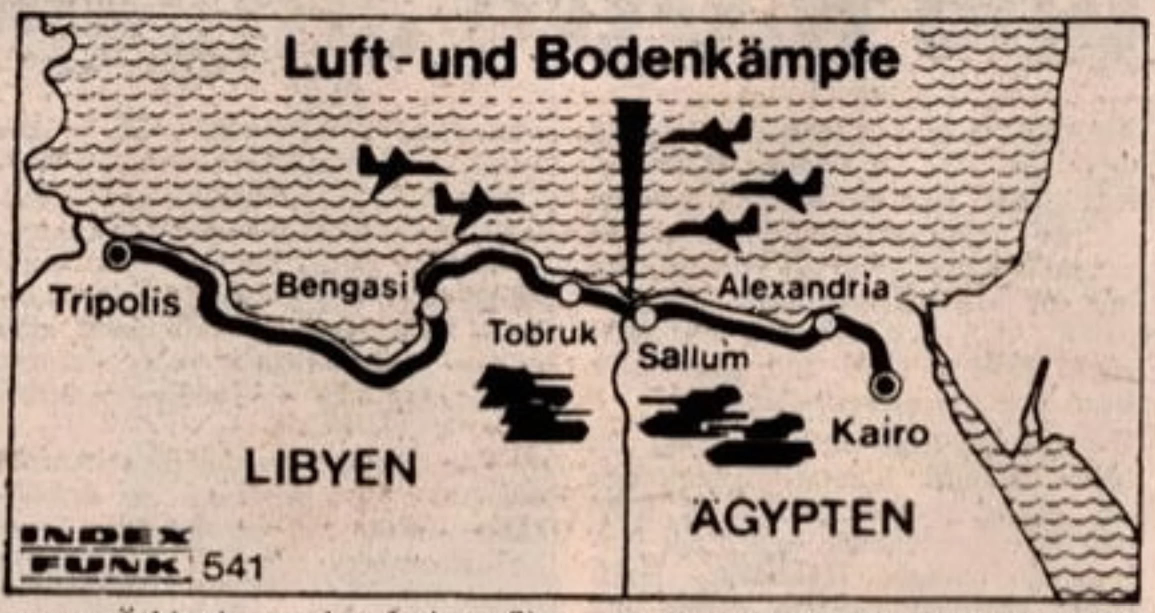
Die Kairoer Zeitungen machten dann den libyschen Führer Gaddafi für die Kämpfe verantwortlich *„und forderten das libysche Volk und die Armee auf, Gaddafi zu stürzen. In den Berichten wurde Gaddafi als ein ,Lakai und Werkzeug' Moskaus bezeichnet, der sich in die Arme des sowjetischen Kommunismus geworfen habe"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 23.7.).

Hinter den Kämpfen stehen innen- und außenpolitische Propagandaziele Ägyptens und der Kampf um die Richtung der arabischen Politik. Besonders seit dem Oktoberkrieg 1973 haben sich Ägypten und Libyen politisch extrem auseinander entwickelt und haben heute im Rahmen des politischen Spielraums der arabischen Regimes entgegengesetzte Positionen in den fundamentalen Fragen: Kampf gegen Israel oder Versöhnung, arabischer Nationalismus und Bündnis mit der Sowjetunion oder „Öffnung" für den Imperialismus.

Gaddafi hat während seiner gesamten Regierungszeit jeden Kompromiß mit Israel abgelehnt. So kritisierte er Ägypten während des Oktoberkriegs, weil die ägyptische Führung nur einen begrenzten Krieg anstrebte. Er beschimpfte dann die ägyptische Regierung beim Abschluß des Sinai-Vertrages als verräterische Feiglinge.

Während Ägypten die sowjetischen Berater aus dem Land warf und den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion im März 1976 kündigte, suchte Libyen mehr und mehr die sowjetische Unterstützung, um seine Politik gegen den wachsenden Druck der arabischen Reaktion durchzuführen. So kommt es zu der witzigen Tatsache, daß in der vergangenen Woche auf beiden Seiten mit sowjetischen Waffen gekämpft wurde.

Dieser Gegensatz zeigt sich besonders kraß an der Haltung zu Äthiopien. Ägypten bildete mit Sudan und Saudi-Arabien ein Bündnis der arabischen Reaktion, das auf einen Krieg



gegen Äthiopien und auf einen Sieg der reaktionärsten Teile des eritreischen Befreiungskampfes hinarbeitet. Demgegenüber stellt sich Libyen auch in dieser Frage auf die Seite der Sowjetunion und ging von der Unterstützung der Eritreer zu einer Unterstützung der äthiopischen Mariam-Regierung über. Im vergangenen Monat wurden zwischen Äthiopien und Libyen sogar weitgehende Abkommen über Handel und wirtschaftliche Kooperation abgeschlossen („Neues Deutschland", 29.6.77).

Damit ist Libyen im Westen der arabischen Welt noch weit mehr als Irak im Norden zum Störfaktor der reaktionären arabischen Politik geworden. Der Angriff auf Libyen gehört zur angestrebten Führungsrolle Ägyptens in diesem Gebiet. Gleichzeitig muß dies als weiterer Versuch des Sadat-Regimes gewertet werden, von der wachsenden Opposition im eigenen Land abzulenken. Systematisch werden die Sowjetunion und Libyen als Drahtzieher jeder Kritik darzustellen versucht – und der nunmehr erfolgte Angriff auf Libyen ist eine logische Konsequenz.

Nach dem Eingreifen Ägyptens auf der Seite Mobutus im Bürgerkrieg in Zaire ist der ägyptische Angriff auf Libyen auch als praktischer Beweis an die Adresse der USA und Israels zu verstehen, daß es Ägypten mit seiner reaktionären Rolle ernst meint.

Einen weiteren Beleg für die Einpassung Ägyptens in die Nahost-Politik des Imperialismus lieferte Sadat eine knappe Woche vor diesem Angriff: Vor dem Zentralkomitee der Staatspartei ASU kündigte er an, Ägypten sei „zu einem Friedensvertrag bereit, der politisch und rechtlich zum ersten Mal in der Geschichte die Anerkennung Israels bedeutet" („Neue Hannoversche Presse", 18.7.).

Nahost-Kommission

Zweimal lebenslang für jeden im Stockholm-Prozeß

Gut zwei Jahre nach dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm wurden die vier überlebenden Gefangenen verurteilt. Nach Ansicht des Gerichts sollen sie zwei Botschaftsangehörige getötet haben. Da nicht nachzuweisen war, wer was im einzelnen getan hat, wurde angenommen, sie seien gemeinschaftlich verantwortlich. Zu je zweimal lebenslang wurden verurteilt:
Hanna Krabbe, Bernd Rössner und Karl-Heinz Dellwo.

Ullrich Wessel war bei der Explosion in der Botschaft umgekommen, Siegfried Hausner starb 10 Tage nach seiner Auslieferung in die BRD. An der sofortigen Abschiebung Hausners war in Schweden Kritik laut geworden. Ein schwedischer Arzt, Spezialist für Brandwunden, erklärte:*„S. Hausner trotz seiner 40% Verbrennungen in ein gewöhnliches Gefängniskrankenhaus zu bringen, war das reine Todesurteil für ihn"* („Welt", 6.5.77).

Bis jetzt ungeklärt ist, wie und durch wen es zur Explosion der Bombe im März 1975 in der schwedischen Botschaft gekommen war. Die Angeklagten vertraten von Beginn des Prozesses, nicht sie, sondern ein mobiles Einsatzkommando der Hamburger Polizei habe mit Genehmigung des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Bundesinnenministeriums die Botschaft in die Luft gesprengt. Der von den Vertrauensanwälten Ströbele und Croissant gestellte Beweisantrag , dazu Maihofer und den Präsidenten des BKA, Herold, zu hören, wurde erstaunlicherweise auch von dem Gericht zugelassen. Maihofer und Herold erschienen dennoch nicht, Begründung: Eine Aussagegenehmigung sei „sicherheitspolitisch" nicht vertretbar und „ ... *durch eine Vernehmung von Herold und anderen Beamten könnte eine breite Öffentlichkeit vom System der Arbeit der Krisenstäbe bei Terrorakten, von politischen Vorbereitungen für Entscheidungsabläufe und von der Kommunikation der Sicherheitsbehörden untereinander erfahren"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.3.77).

Das ist in der Tat eine tolle Blanko-Unschuldserklärung für alle Beamte, die an der Stockholm-Aktion beteiligt waren.

(Mehr über diesen Prozeß in einem der nächsten AKs).

IKAH, Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Haftbefehle gegen K.H.Roth und R.Otto aufgehoben!

Die Haftbedingungen

Bis Juni 1975: keine Zeitung, kein Radio, keine selbstgewählten Bücher, Einzelhofgang, keine Gemeinschaftsveranstaltungen.

August 75: Karl-Heinz durfte pro Woche maximal zehn Seiten Briefe schreiben und maximal 20 Seiten erhalten. Roland durfte nach vorläufiger Zeitungssperre drei Zeitungen beziehen.

Oktober 75: Karl-Heinz erhielt die ersten vier selbstgewählten Bücher — für drei Monate! Zeitungen wurden meist nur zerschnippelt ausgehändigt (bis auf den Sportteil).

Die ersten Besuche erhielt Roland nach acht Wochen (in den ersten neun Monaten nur seine Eltern), Karl-Heinz erhielt die ersten Besuche im November. Im Juni 76 wurde Karl-Heinz' Zelle stundenlang durchwühlt, am 2.8.76 kam er nach Bochum in eine sieben-Quadratmeter-Zelle mit doppeltem Gitter und leeren Nachbarzellen. Nachts strahlten zwei Scheinwerfer in die Zelle. Roland blieb bis zum 9.8.76 in strenger Einzelhaft, Karl-Heinz erhielt im Dezember 76 das erste Mal Kontakt zu Mitgefangenen und die Möglichkeit, an Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen.

Die Krankengeschichte von Karl Heinz Roth

Am Tag nach der Verhaftung kam er in das Krankenhaus Holweide mit folgenden Verletzungen:

— Blutungsschock
— Hundebisse am rechten Ober- und Unterarm,
— Schußverletzung im linken unteren Lungenlappen, Brüche der ersten und zweiten Rippe und
— Durchschuß im Bereich des linken hinteren Dickdarms, nahe an der linken Niere vorbei.

Zunächst wurden nur seine Wunden behandelt und der Lungenschuß operiert, die Operation des Bauchschusses hielt man nicht für notwendig. Auf der Intensivstation wurde der Todkranke von MP-bewaffneten Bullen »bewacht«.

Nach 6 Tagen Verlegung ging es mit dem Hubschrauber in die Chirurgie der JVA Düsseldorf. Der Kreislauf war äußerst schwach. Er litt an schwerer Verstopfung mit Koliken. Nach fünf Wochen hatte er bereits 20 Kilo Gewichtsverlust. Mitte Juli wurde er in die JVA Ossendorf, Köln, verlegt. Am 6. August 75 litt er an massiven Koliken mit unstillbarem Erbrechen: Verlegung — an Händen und Füßen gefesselt! — ins Krankenhaus Holweide. Dort bezeichnete ein Arzt, der Karl-Heinz schon einmal mitoperiert hatte, ihn als Simulanten!!!

Karl-Heinz, der selbst Chirurg ist, forderte eine Verlegung in die Chirurgie wegen des Verdachts auf durchbrechendes Magengeschwür oder Darmverschluß. Der Knastarzt »entschied«, Karl-Heinz habe Brechdurchfall und verlegte ihn auf die »Innere Medizin« der JVA Bochum. Dort erkannten die Ärzte, daß Karl-Heinz einen Darmverschluß hatte: erneute Verlegung, diesmal in das Krankenhaus Bergmannsheil, wo er mit 30-stündiger Verspätung (nach anerkannter chirurgischer Lehrmeinung darf beim Darmverschluß »weder die Sonne auf- noch untergehen«!) operiert wurde. Danach erneute Verlegung nach Bochum. Anfang September Rückverlegung nach Ossendorf (ohne erfolgreichen Abschluß der Therapie). Dort keinerlei Behandlung. Fünf Wochen später erneut massive Koliken: Verlegung nach Holweide. Eine erneute Operation wurde als »zu riskant« abgelehnt, deshalb erfolgte am nächsten Tag gefesselt der Rücktransport nach Düsseldorf.

Danach erfolgten eine Reihe weiterer Verlegungen — mit scharfer Bewachung versteht sich — unseres Wissens bis zum Prozeßbeginn sieben!

Der Prozeß

Am 17. Januar 77 begann der Prozeß unter Vorsitz des Richters Draber. Die Anklage lautete auf »gemeinschaftlichen Mord«. *»Als die Anwälte am 1. Prozeßtag die sofortige Untersuchung durch Prof. Dr. Beck forderten und diese damit begründeten, daß K.-H. Roth an akuten Spasmen leide, schloß Draber die Sitzung und rief einen normalen Notarzt. Der Notarzt sprach sich zunächst gegen einen Transport aus, stimmte jedoch nach einem 15-minütigen Gespräch mit Draber unter vier Augen einem Transport von Roth zu. Roth bekam starke Medikamente gegen akute Darmbeschwerden, die während des Hubschraubertransportes zu einem Kreislaufkollaps führten. Der begleitende Notarzt legte eine Infusion an, so daß die akute Lebensgefahr gebannt war.*

Am Nachmittag des ersten Prozeßtages fand eine Pressekonferenz statt, veranstaltet von den Anwälten von K.-H. Roth und R. Otto, die gut besucht war. Die offensichtliche Mißachtung der Strafprozeßordnung und der zynische Umgang mit der Gesundheit von Roth seitens des Richters Draber führte dann auch zu einer Presseberichterstattung, die im großen und ganzen sachlich war und sich positiv von den bisherigen ,Vorverurteilungs'-Artikeln abhob«. (Aus dem ersten Prozeßbericht des Unterstützungsbüros.)

Nach einer kleinen Auseinandersetzung um die Sitzordnung begann der Vorsitzende Draber mit der Behinderung der Verteidigung, die im weiteren Prozeßverlauf skandalöse Formen annahm: Er verweigerte der Verteidigung die Benutzung eines Tonbandgerätes, was sogar in Stammheim noch gestattet war. Zur Überprüfung der Verhandlungsunfähigkeit von Karl-Heinz war ein Spezialist im Saal anwesend, trotzdem weigerte sich Draber, diesen anzuhören, geschweige denn Karl-Heinz untersuchen zu lassen. Der Knastarzt hatte Karl-Heinz für verhandlungs- und transportfähig erklärt, bei Krämpfen und Koliken. Als Karl-Heinz Krämpfe bekam, ließ Draber aber nicht den Spezialisten ran — der könnte ja »zuviel« feststellen — sondern holte den Notarzt, der sich durch ein »Gespräch« mit Draber trotz anfänglicher Ablehnung gewinnen ließ, Karl-Heinz für transportfähig zu erklären. Er wurde mit dem Hubschrauber zurückgebracht, erhielt starke Medikamente und bekam während des Fluges einen Kreislaufkollaps. Auch an den folgenden Tagen weigerte sich das Gericht, Dr. Beck als anerkannten Spezialisten zur Frage der Verhandlungsfähigkeit zu hören. Am dritten Tag stellte die Verteidigung den Antrag, Draber und Richter Eggeling wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen (Eggeling deshalb, weil er Rolands Verteidiger Niepel gegenüber in einer Pause gesagt hatte, er billige

abzulehnen (Eggeling deshalb, weil er Rolands Verteidiger Niepel gegenüber in einer Pause gesagt hatte, er billige

Drabers Verhalten völlig und werde nicht dagegen einschreiten). Am nächsten Verhandlungstag erklärte Draber in einem nicht öffentlichen Teil der Verhandlung, er fühle sich nicht befangen. Die Ausweise der Prozeßbesucher wurden systematisch fotokopiert. Draber behauptete zunächst, sie nur für sich zu gebrauchen (um »Störer « zu identifizieren), doch auf die Frage, wozu er sie dann aufhebe: »Weiß ich doch nicht!«

Akteneinsicht war den Verteidigern (den Vertrauensverteidigern wohlgemerkt) zunächst in drastischer Weise eingeschränkt worden. Am 6. Verhandlungstag rückte Draber dann noch einige Bände heraus und kündigte Kopien von weiteren Unterlagen an. Wohlgemerkt am sechsten Verhandlungstag und nicht vor dem Prozeß!!

Ein weiterer Punkt im Sündenregister des Vorsitzenden Draber war die Diskriminierung der Verteidiger, die vor jeder Verhandlung durchsucht und begrabbelt wurden. Heinrich Hannover wurde einmal mit der Metallsonde, die Waffen finden soll, in die Genitalien geschlagen! Auf den Hinweis Golzems, er fühle sich der Strafprozeßordnung verpflichtet und werde mit allen Mitteln für ihre Einhaltung eintreten, fragte Draber: »Auch mit Gewalt?«!

Daß nicht nur Akten zurückgehalten wurden, sondern auch Beweismittel, stellte sich am 13. Tag heraus, als Karl-Heinz' Führerschein und KfZ-Schein nicht mehr aufzutreiben waren.

Drabers skandalöse Verhandlungsführung, die bis hinein in die bürgerliche Presse auf Mißfallen stieß (z.B. »Spiegel« 6/77) veranlaßte Rechtsanwalt Hannover am 16. Tag zu der Erklärung, die Verteidigung gehe fest von der Überzeugung aus, daß das Gericht befangen sei.

In der Beweisaufnahme ging es unter anderem um die Frage, wo und wie Karl-Heinz neben dem Auto gelegen habe und wo sich seine Waffe befand. Davon hing entscheidend ab, ob er habe schießen wollen. Auch in diesem Punkt konnten die Polizeizeugen die Thesen der Staatsanwaltschaft nicht unterstützen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der in den letzten Wochen behandelt wurde, war die Frage, wer angefangen hatte zu schießen. Dabei kam eben heraus, daß die Zeugen nicht bestätigen oder belegen konnten, daß einer der Wageninsassen von sich aus geschossen hatte. Mehr konnten und durften sie nicht sagen, ohne sich selbst zu beschuldigen. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß ein dienstvorgesetzter Bulle ein Merkblatt zum Verhalten vor Gericht verfaßt hatte, in dem sich u.a. ein so bemerkenswerter Satz fand wie: »7.

daß ein dienstvorgesetzter Bulle ein Merkblatt zum Verhalten vor Gericht verfaßt hatte, in dem sich u.a. ein so bemerkenswerter Satz fand wie: »7.

Lassen Sie sich nicht provozieren! Die Verteidiger werden dies versuchen, um Sie auch dadurch unglaubwürdig zu machen«. Außerdem befand sich darin der dezente Hinweis, daß beim Polizeipräsidenten eine Handakte liege, mit Protokollen etc., aus der sich die Zeugen informieren könnten!!!!

Am 28. Verhandlungstag äußerte sich der Staatsanwalt zu dem Antrag auf Haftentlassung, der Antrag müsse abgewiesen werden, weil sich bisher nicht ergeben habe, daß Karl-Heinz nicht geschossen habe und er und Roland nicht in stillem Einverständnis mit dem schießenden Werner Sauber gewesen wären!!! Hier machte er klar, was er von der im Gesetz geforderten Unschuldsvermutung hält.

Zwei Verhandlungstage später stellte sich heraus, daß Draber privat eine Pressekonferenz abgehalten hatte, in der er sich über eine Karikatur im Münchener »Blatt« beklagt hatte und über einige unbestellte Lieferungen, ihm ins Haus gekommen waren. In der »Bild«-Zeitung hieß es daraufhin: *»Nach Vorsitz im Terroristen-Prozeß Psychoterror gegen Richter«.* Doch entgegen dem Antrag der Verteidigung hielt sich Draber immer noch für »unbefangen«.

Ein weiterer Hammer dieser Art ereignete sich nach dem Tode Bubacks als die »Bild am Sonntag« zu melden wußte, ein »geheimes Femegericht« habe schon den nächsten Todeskandidaten auf der List, nämlich Richter Draber. Aber auch diese »Bedrohung« konnte Draber nicht um seine »Unbefangenheit« bringen!

Am 49. Tag war es dann endlich so weit, Draber war langsam ein bißchen »befangen« geworden. Und einen Verhandlungstag später ließ sich das Gericht auch zu dem Eingeständnis herab, daß sich der Tatvorwurf wohl nicht so recht beweisen lassen würde und verfügte die Aufhebung der Haftbefehle.

Die Solidaritätskampagne

Freunde und Genossen, denen die Wichtigkeit der Solidarität klar war, richteten zu Prozeßbeginn ein Unter-Stützungsbüro für die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit ein. Doch schon während der Zeit davor war einiges im In- und Ausland gelaufen: Regelmäßig war über den Zustand von Karl-Heinz berichet worden, wurden dieHaftschikanen öffentlich gemacht. Bis zum 1.9.76 hatten sich bereits im In- und Ausland 5.256 Menschen mit ihrer Unterschrift für ihn eingesetzt.

Während des Prozesses wurden laufend Prozeßberichte angefertigtund der Presse und allen Interessierten zugeschickt. In einigen Städten fanden

Während des Prozesses wurden laufend Prozeßberichte angefertigtund der Presse und allen Interessierten zugeschickt. In einigen Städten fanden

Veranstaltungen statt, so zum Prozeßbeginn in Hamburg. Im September schon hatte eine Veranstaltung in der Essener Gruga-Halle stattgefunden, von der es jetzt auch eine Langspielplatte gibt.

Nachdem eine Dokumentation über den Gesundheitszustand schon vor dem Prozeß einen zig-tausendfachen Absatz fand, gab es eine weitere zu Prozeßbeginn, die im besonderen auf die Anklage einging und persönliche Erklärungen von Roland und Karl-Heinz aus den ersten Prozeßtagen und eine Darstellung des politischen und persönlichen Werdegangs von Werner Sauber und den beiden Angeklagten enthielt. Jetzt erschien eine zusammenfassende Broschüre: »Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß?«, darüber hinaus steht Interessierten ein Videofilm zur Verfügung. Dies alles wird Roland gemeint haben. als er am 19.4.76 sagte: *»... nicht noch so klare Tatsachen und nicht eine noch so gute Verteidigung können mich vor der Verurteilung als Mörder durch dieses Gericht retten: Vor dieser Verurteilung kann mich nur bewahren, daß die Menschen in diesem Land erfahren, was in diesem Gerichtssaal passiert...«*

Inzwischen sind 48.000 DM gespendet worden, was allerdings noch nicht ausreicht, wenn neben den Verteidigern — die vom Staat kein Geld bekommen — und die zumindest ihre Auslagen erhalten müssen, die Solidaritätskampagne weitergehen soll. Im Prozeßbericht vom Entlassungstag steht, was das Unterstützungsbüro noch tun will: *»Weitere Information über die Umstände, unter denen Werner Sauber getötet und Karl-Heinz Rotz verletzt wurden, weitere Informationen, wie es zu dem Prozeß gekommen ist und wie der Prozeß verlaufen ist, Spenden auf das angegebene Konto, zur weiteren ärztlichen Versorgung von K.-H. Roth zur Finanzierung der Verteidigung«.*

Spendet bitte auf das *Wolfgang Hippe Sonderkonto, 135816 — 508 Postscheckamt Köln!* (Das Material ist — soweit nicht im linken Buchhandel — über das Unterstützungsbüro Otto/Roth, Glasstr. 80, 5 Köln 30, erhältlich.)

IKAH Hamburg



Karl-Heinz Roth nach seiner Freilassung mit Angelika, die für ihren Freund und Genossen gekämpft hat

Gottverdomme!

IN DUITSLAND KRIJGT LINKS LEVENSLANG



ROTH EN OTTO MOETEN VRIJ!

Ein Plakat der niederländischen „Unterstützungsgruppe Roth/Otto". Im Text wird hervorgehoben, daß die Anklage sich nicht auf Beweise sondern eine „Gesinnungstäterschaft" stützt. – Der § 211 des StGB, nachdem Roth und Otto mangels wirklicher Beweise verurteilt werden sollen, schreibt die linksliberale „Vrij Nederland", basiere auf einem Gesetz von 1941 („einem Zeitabschnitt, wo, wie bekannt, die Rechtssicherheit des Bürgers nicht optimal geregelt war"). Diesem Gesetz zufolge kann auch wegen einer „gemeinsamen Gesinnung" mit einem Gesetzesbrecher verurteilt werden. Die Einführung dieses Kriteriums wurde seinerzeit von den Nazi-Juristen als essentiell angesehen für die „notwendige Reinigung und Auswahl, die im Interesse des ganzen Volkes durchgeführt werden muß" („VN", 23.7.77).

Fortsetzung von Seite 1

Auf nach Malville am 30./31. Juli!



einen ihrer Sekretäre, Michel Rolant, erklären lassen, daß sie n i c h t zum Marsch *„auf den Platz von Creys-Malville"* aufrufen wird. Als Grund für diese Entscheidung gab Rolant an: *„Es wird Provokationen geben und wir wollen nicht, daß wir dafür verantwortlich gemacht werden"*. Die CFDT habe eine *„moralische und politische Verantwortung in nationalem Maßstab"*, im Gegensatz zu einigen beteiligten Organisationen (der revolutionären Linken), die sich an der Anti-Atom-Bewegung schadlos halten und politische Agitation betreiben wollten (nach „Le Monde", 15.7.).

Während die von der PCF beeinflußte Gewerkschaft CGT und die PCF selbst aber an keinerlei Mobilisierung zum 30./31. Juli teilnehmen („Le Monde", 21.7.), beabsichtigt die CFDT eine eigene Demonstration durchzuführen. Da sie sich deutlich gegen einen Versuch, an den Bauplatz heranzukommen, gewandt hat, wird dies logischerweise nur eine „Itzehoe-Alternative" irgendwo in der Umgebung Malvilles sein können. Auch die demagogischen Beschuldigungen des zitierten CFDT-Sekretärs Rolant gegen diejenigen AKW-Gegner, die sich durch den Polizeiaufmarsch nicht einschüchtern lassen wollen, sind durchaus den Ausfällen der DKP ähnlich, als sie im vergangenen Februar von der Demonstration in der Wilster Marsch nach Itzehoe wegorientierte. Wie das Verhalten der CFDT-Basis am kommenden Wochenende aussehen wird, ist allerdings nicht ohne weiteres vorauszusehen – zumal die CFDT als ihren Treffpunkt den Ort Morestel ausgegeben hat („Le Monde", 15. und 21.7.), dies aber auch einer der Orte ist, wo sich ein Teil der Demonstranten zum Marsch auf den Bauplatz zu treffen wird (u.a. ist Morestel von der Koordination auch als Sammelpunkt der AKW-Gegner aus der Schweiz und der BRD festgelegt worden).

Die PSU hat in der letzten Ausgabe ihrer „Tribune Socialiste" (Nr. 750, 14. - 20.7.) deutlich zu erkennen gegeben, daß sie sich dem CFDT-Vorgehen anschließt. *„Es ist sehr offensichtlich"*, heißt es darin, *„daß die Anti-Atom-Bewegung in Schlägereien mit den CRS ebensoviel zu verlieren hat, wie bei solchen Attentaten wie das gegen Boiteux* (Boiteux ist der Direktor der französischen Elektrizitätsgesellschaft EDF; über die Urheberschaft des Attentatsversuchs auf Boiteux am 8. Juli, bei dem er nicht verletzt wurde, gibt es unterschiedliche Spekulationen, Anm. AK). *Um die antinukleare Schlacht zu gewinnen, müssen wir die Bewegung ausweiten, und jede unpopuläre Aktion ist eine Bremse bei dieser Ausweitung"*. Aus dem Artikel der „TS" geht desweiteren hervor, daß PSU, CFDT, MAN (Bewegung der gewaltfreien Aktion) und AT (Freunde der Erde) sich zu Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen getroffen haben – deren Resultat in der PSU-Presse allerdings aufgrund deren Erscheinungspause in den Sommerferien nicht mehr bekanntgegeben wird. Daß die PSU sich aber dem Vorgehen der CFDT angeschlossen hat, dürfte angesichts ihrer oben zitierten Position kaum zu bezweifeln sein.

Mindestens zwei der Gruppen, die sich dem Martyrium einer bedingungslosen „Gewaltlosigkeit" verschrieben haben, nämlich „Combat non violent" (Gewaltfreier Kampf) und „Communaute de l'arche" (Gemeinschaft der Arche), haben sich zudem nicht der regionalen Verteilung bei der Sammlung am 30.7. untergeordnet, wo jeweils ein Ort aus der unmittelbaren Umgebung Malvilles Patenschaften für die Anreisenden aus genau festgelegten anderen Orten übernommen hat, sondern rufen ihre Anhänger gemeinschaftlich in Poleyrieu zusammen. Wieweit dies auch Entscheidungen mit sich bringt, den „Block der Gewaltfreien" beim Marsch auf Malville von den übrigen Demonstranten getrennt zu halten und evtl. gar eigene „Demonstrationskonzepte" unter Mißachtung gemeinsamer Vereinbarungen der Koordination und der Vertrauensleute durchzusetzen, ist noch unklar. Die Gefahr ist durch ein solch absonderndes Vorgehen bereits bei der Sammlung allerdings gegeben. Interessant für die westdeutschen AKW-Gegner ist in diesem Zusammenhang übrigens, daß die Frankfurter Sponti-Revue „Pflasterstrand" ebenfalls zur Sammlung in Poleyrieu aufruft und sich nicht an den für die westdeutschen AKW-Gegner vereinbarten Ort Morestel als Treffpunkt gebunden fühlt. Wenn man sich an die seinerzeitigen „Debatten" der Frankfurter Sponti-Scene über Brokdorf contra Itzehoe zurückerinnert, ist dies allerdings durchaus konsequent...

Um noch kurz bei Stellungnahmen von westdeutscher Seite zu bleiben: Die GIM hat in der Nr. 167/168 ihrer „was tun" zur Demonstration nach Malville aufgerufen und dabei über die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der französischen Anti-AKW-Bewegung mit der beliebten trotzkistisch-salomonischen Urteilsfähigkeit informiert, d.h. ihre international vielbeachtete Mittelposition zwischen den „Vertretern der ‚legitimen Gewalt'" und der „Gewaltfreiheit" eingenommen. Das Besondere an dieser permanenten Mittelposition ist dabei nicht, daß es tatsächlich zwei unannehmbare und schädliche Extreme in dieser Bewegung gibt (in Frankreich wie in der BRD), sondern daß diese Mittelposition die GIM bezüglich der Brokdorf-Aktion bekanntlich „geradlinig" nach Itzehoe geführt hat – zu den angeblich „geschmähten" Legalisten. Und Malville? Auffällig ist jedenfalls, daß die GIM sich in ihrer Darstellung der unterschiedlichen Strömungen abermals genötigt sieht, sich „insbesondere" von denjenigen abzugrenzen, die einem „blinden, ultimativen Drauflosstürmen" das Wort reden. Diese Position existiert, wie gesagt, und sie existiert in Frankreich in noch deutlicherer Form als bei uns in der BRD. Es gab Diskussionsbeiträge - im „Super-Pholix", die so wortradikal Illusionen droschen, daß sie dem französischen Imperialismus in Malville gleich sein zweites Dien Bien Phu weissagen wollten, und die alle anderen Mittel außer dem einer „offensiven Aktion", worunter vor allem militärische Ausrüstung und militärmäßiges Vorgehen verstanden wird, aus dem Kampf a u s s c h l i e ß e n wollen. Aber diese Position stellt in der französischen Anti-AKW-Bewegung ebenso wie hier eine Minderheit dar. Gefährlich ist sie vor allem deswegen, weil sie gleichzeitig unter der Parole der „Autonomie und Selbstorganisation" überhaupt keinen Schutz für die AKW-Gegner organisieren kann, sondern eine größtmögliche Aufsplitterung und Unkoordiniertheit irrerweise für den größten „Vorteil" hält (in AK 107 haben wir uns bereits damit auseinandergesetzt; Seite 22).

Abgesehen davon, daß die GIM sich mit d i e s e m Aspekt überhaupt nicht auseinandersetzt (sondern nur wegen der „Gewaltposition" Zeter und Mordio schreit), ist eine überdrehte (wortradikale!) „Gewaltposition" aber gar nicht die größte Gefahr, die der Malville-Aktion gegenwärtig droht. I n n e r h a l b der Bewegung ist die von den „Gewaltlosen" und Legalisten ausgehende Tendenz der S p a l t u n g der Aktion aktuell sicher weitaus größer. Die Fakten dafür haben wir, soweit sie uns selbst bekannt sind, hier dargelegt.

Die westdeutschen AKW-Gegner, die an der Mobilisierung gegen den in Bau befindlichen Schnellen Brüter in Malville teilnehmen (und dies werden hoffentlich nicht nur wenige sein!), sollten ihre Erfahrungen aus den großen Brokdorf- und Grohnde-Aktionen einsetzen, um an der Seite der französischen AKW-Gegner und derjenigen, die wie wir aus anderen Ländern Westeuropas vertreten sein werden, zum bestmöglichen Gelingen dieser Aktion beizutragen. Daß dafür Respektierung unterschiedlicher Auffassungen in der Kampfmethode nötig ist, haben wir bei „unserem" Kampf gegen das mörderische Atomenergie-Programm erfahren.

KB/Gruppe Frankfurt und AKW-Nein-Kommission

Super-Phenix = Super-Gefahr

Bislang gibt es acht Schnelle Brüter auf der Welt, je zwei in den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR. Sie alle sind bislang aber mehr oder weniger „Versuchsreaktoren" mit keiner oder nur geringer wirtschaftlicher Nutzung. Die größte Kapazität haben bislang der SB „Phenix" in Frankreich und PFR in Großbritannien mit jeweils 250 MW (zur Funktionsweise und Entwicklungsstand der Schnellen Brüter siehe AK 105, Seite 25).

Der geplante „Superphenix" in Malville soll eine Kapazität von 1.200 MW erhalten und – wenn die AKW-Betreiber mit ihrem Plan durchkommen – 1981 als weltgrößter SB in Betrieb genommen werden (Angaben nach „ecologie", numero speciale, nr. 7). Neuere „Berechnungen", für deren Notwendigkeit auch die Anti-AKW-Bewegung beigetragen hat – sprechen allerdings von einer Inbetriebnahme „erst" 1983 (atw-report, Mai 77). Gegenwärtig steht die ca. fünf Meter hohe Sohlplatte für das Reaktorgebäude kurz vor der Fertigstellung. Der Bauherr des Super-Phenix ist die NERSA, ein Firmenkonsortium mit 51% Beteiligung der französischen EDF, 33% der italienischen ENEL und 16% der westdeutsch(!)-belgisch-niederländisch-britischen SBK (ebd.). Die Zusammensetzung dieses Firmenkonsortiums zeigt, daß es hier um ein Atomenergie-Projekt des w e s t e u r o p ä i s c h e n Imperialismus geht.

Im Super-Phenix sollen jährlich 4,6 Tonnen Plutonium „erbrütet" werden – was ziemlich haargenau derjenigen „Dosis" entspricht, die für die Ausrottung der momentanen Erdbevölkerung notwendig wäre (ein Milligramm Plutonium ist die tödliche Dosis für einen Menschen). Zur Kühlung werden sich im Super-Phenix 5.000 kg Natrium befinden, das bekanntlich bei Berührung mit Wasser explosiv reagiert und sofort entflammt. Natrium-Brände mit mehr als 100 kg Natrium können mit k e i n e r bekannten Materie mehr gelöscht werden.

Repression gegen AKW-Gegner

Weitere schwere Anklage gegen Grohnde-Demonstranten!

Inzwischen ist die 4. bis 6. Anklage wegen der Teilnahme an der Grohnde-Demo vom 19.3. bekannt geworden. Sie richtet sich gegen H.O. aus der Nähe von Lüchow-Dannenberg, Rüdiger Jörß aus Hamburg und Christian Gehrkens aus Hannover. Die Anklagen entsprechen dem gleichen Strickmuster wie die bisherigen – Vorwürfe des schweren Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung und des schweren Widerstandes ohne jeden handfesten Beweis – und werden voraussichtlich nicht die letzten sein. Es wurden von der Staatsanwaltschaft insgesamt 9 bis 11 Anklagen dieser Art angekündigt!

Gegen den Genossen Jürgen Reents und einen weiteren Genossen wird seit Anfang Juni ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs bzw. „Beihilfe" (?) dazu geführt. Der Genosse Reents ist als Inhaber des Verlages Arbeiterkampf, als formeller Mieter eines LKWs angeklagt, der von Bullen im Demozug gesichtet worden sein soll; der andere Genosse soll den Wagen gefahren haben. Es wird interessant sein zu sehen, was die Bullen zusammenphantasieren, um den Wagen als Instrument des „schweren Landfriedensbruchs" hinzustellen.

Der Vorwurf des „schweren Landfriedensbruches" ist jedenfalls der schwerste bisher gegen Verantwortliche des AK und des KB erhobene (Beihilfe wird in der Regel genauso bestraft wie die „Tat" selbst).

Ein Verfahren wegen „Beihilfe" wird auch gegen den Halter eines West-Berliner VW-Busses geführt, der sich ebenfalls im Demozug vorm Bauplatz bewegt haben soll. Bereits berichtet haben wir über das Verfahren gegen einen Hannoveraner Genossen, Mitglied des Ermittlungs-Ausschusses, der ein Ermittlungsverfahren laufen hat wegen Anmietung eines Lautsprecher- und „Einsatz"-Wagens (so die Kripo) mit dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs.

Dies ist eine stattliche Liste von Genossen, die erheblich von der Justiz bedroht werden. Die hier aufgezählten „Nebenverfahren" und viele weitere sind keineswegs weniger gefährlich als die Anklagen gegen die sechs am Bauplatz Festgenommenen. Die Justiz nutzt j e d e Gelegenheit in der Auswertung der Grohnde-Demo, um schwerste Anklagen zusammenzuschustern. Versalzen wir ihr diese „Leckerbissen" gründlichst!!!

Angriff gegen Aktion des Grohnde-Lagers

Am 21.7. wurde von AKW-Gegnern aus dem Grohnde-Lager ein LKW vor dem Baugelände entladen. Der LKW-Fahrer verzog sich, die Kranteile blieben bei der Entladung nicht ganz heil. Eilig herbeigerufene Bullen konnten die Aktion nicht mehr verhindern und auch niemanden festnehmen. Nun versucht die Justiz in aller Hast, sich an den Haltern von fünf Autos zu rächen, die vor dem entladenen LKW standen. Die Fahrzeuge wurden beschlagnahmt durch richterlichen Beschluß (!), da der Verdacht bestünde, daß sie als „Instrumente zur Begehung von Verbrechen" benutzt worden seien! Gegen die Halter wird ermittelt wegen schweren Landfriedensbuchs, schwerer Körperverletzung (der LKW-Fahrer soll mit einem Nagelbrett verletzt worden sein – eine reine Erfindung!), Widerstands gegen die Staatsgewalt und „gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" (dieser Paragraph sollte mal besser auf den Transport von Atommüll angewandt werden!). In ihrer blinden Wut greift sich die Justiz die Halter von Autos, wenn sie die Fahrer nicht finden kann. Vielleicht wird als nächstes auch noch der Autoverkäufer angeklagt?!

Protest gegen Bullenterror – Strafverfolgung

Nach einem brutalen Polizeieinsatz am 12.3.77 gegen Lübecker AKW-Gegner, die in der Lübecker Innenstadt einen Sketch (Bauplatzbesetzung) aufführten, fand vier Tage später eine Demo mit 650 Leuten statt, die gegen die Bullenwillkür protestierten. Jetzt wurde ein AKW-Gegner herausgegriffen und beschuldigt, er habe am 16.3. während der Demo Eier gegen die Mengwache (deren Bullen die Provokation durchführten) geworfen. Er soll 410,70 DM Reinigungskosten zahlen und bekommt noch ein Verfahren wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Gleichzeitig laufen noch gegen vier weitere AKW-Gegner Anzeigen wegen Beleidigung und Landfriedensbruch. Die zahlreichen Anzeigen, die gegen die brutal prügelnden Bullen gestellt wurden, werden von der Staatsanwaltschaft gar nicht oder nur sehr schleppend verfolgt. Die erste Anzeige wurde bereits eingestellt, nachdem der AKW-Gegner, der die Anzeige gestellt hatte, vom Staatsanwalt darüber ausgequetscht wurde, ob er auf der Demo in Grohnde war, wieviele aus Lübeck nach Grohnde gefahren sind usw. usf.

Keine Meinungsfreiheit im Einkaufszentrum?

Seit Monaten wird nun schon der BI-Hamburg-Osdorf untersagt, ihren Infotisch mit Anti-AKW-Material im Osdorfer Einkaufszentrum aufzubauen. Als die Osdorfer BI dennoch ihr Material auf Bänken auslegte, wurde es von herbeigerufenen Bullen blitzschnell entfernt. Das BI-Mitglied, das den Antrag auf Genehmigung für einen Büchertisch gestellt hatte, bekam bis Ende des Jahres Hausverbot für das Elbe-Einkaufszentrum. Die BI-Osdorf hat zu diesen Vorfällen ein Flugblatt verfaßt, ihr Infomaterial zwei Wochen später wieder ausgelegt und Anti-AKW-Lieder gesungen. Ein großes Transparent „Hier verteidigt die BI-Osdorf ihr Recht auf Meinungsfreiheit" machte auf die Aktion aufmerksam, die insgesamt ganz gut ankam.

IKAH-Hamburg, KB/Gruppe Lübeck und Bezirksorganisation Altona

Zunehmende Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit von AKW-Gegnern

Hamburg. Schon immer sind die, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) gegen das bürgerliche Meinungsmonopol durchzusetzen versuchen, von besonderen Schikanen der Verwaltungen und Brutalitäten der Bullen betroffen gewesen. Dies bekommen zunehmend auch die AKW-Gegner zu spüren:

- Am 2.4.77 wurde der Infotisch der Stadtteilgruppe St. Georg gewaltsam von Bullen abgeräumt und das Material beschlagnahmt.
- Am 2.4.77 wurde an einem genehmigten Infotisch der Niendorfer Gruppe die Musikanlage beschlagnahmt und dabei beschädigt.
- Am 6.6.77, anläßlich des K. Ehlers-Prozesses, mußte die BUU Itzehoe ihren Info-Stand vor dem „Hintergrund" zweier Mannschaftswagen „freiwillig" abräumen.
- Am 11.6.77 mußte die BI Osdorf/Blankenese ihren Stand ebenfalls angesichts eines größeren Polizeiaufgebotes „freiwillig" abräumen. Das Material wurde beschlagnahmt.
- Der BI Othmarschen wurde am 1.6.77 die Genehmigung eines Standes auf dem Elbwanderweg verwehrt, da das eine „Beeinträchtigung der erholungssuchenden Bevölkerung" sei!
- Der BI St. Pauli wurden für die Errichtung eines Standes skandalöse Auflagen gemacht: 10 Tage vorher anmelden, Material vorher vorlegen und es wurde eine Gebühr von 24,– DM/Monat erhoben!!
- Der BI-Barmbek wurde die Nutzung des Haus der Jugend-Flachsland mit der „Begründung", der übrige Betrieb würde dadurch gefährdet, verweigert.
- Der Gruppe Eimsbüttel-Hoheluft wurde die Durchführung eines Stadtteilfestes im Unnapark verboten, obwohl dort ähnliche Veranstaltungen schon stattgefunden haben.
- Der BI Bergedorf wurde gerade die Genehmigung für einen Stand verweigert, wegen „Fußgängerbehinderung". Eine einstweilige Verfügung wurde abgewiesen.
- Hinzu kommen eine Reihe von Verfahren wegen Plakatierens, Parolen-Malen usw.

Diese Aufzählung ist mit Sicherheit nicht vollständig.

Alle diese Versuche, das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit mit Polizei- und Ordnungsvorschriften, durch die kalte Küche immer stärker einzuschränken, sollten in die Öffentlichkeitsarbeit der BI's aufgenommen werden. Aber auch auf juristischer Ebene sollte grundsätzlich dagegen vorgegangen werden. Gute Hilfestellung bietet hierbei die Broschüre des IKAH zum Presserecht (zu beziehen über Reents Verlag oder IKAH c/o Theis, Methfesselstr. 41, 2 HH 19).

IKAH Hamburg

150000 AKW-Gegner demonstrierten in Bilbao!

Mit einer gewaltigen und zugleich kämpferischen Massendemonstration bekundeten 150.000 AKW-Gegner aus der baskischen (nordspanischen) Provinz Vizcaya am14. Juli in Bilbao ihren Protest gegen das spanische Atomprogramm:
Allein an der kurzen baskischen Atlantikküste befinden sich 6 AKWs im Bau, weitere 6 sind bereits fest eingeplant – erreicht werden soll durch die Reaktoren eine Leistung von 12.000 Megawatt. Damit wären die um Autonomie vom spanischen Zentralstaat kämpfenden vier kleinen baskischen Provinzen der mit AKWs am dichtesten bepflasterte Fleck auf der Welt.
Mit dieser Massendemonstration – die, laut Berichten der spanischen Presse, überhaupt die größte Massendemonstration in Bilbao seit Bürgerkriegsende war – haben die baskischen AKW-Gegner ein unübersehbares Fanal nicht nur für die erst im Entstehen begriffene spanische Anti-AKW-Bewegung in ganz Westeuropa neue Maßstäbe gesetzt.
Organisiert wurde die Demonstration von der „Comision de Defensa de una Casta Vasca No Nuclear" („Kommission zur Verteidigung einer nicht atomaren baskischen Küste"); mobilisiert wurde in Vizcaya von den Organisationen, die links von der PSOE (Sozialisten) stehen, wenn auch mit deutlich unterschiedlicher Intensität: kaum, bzw. bloß verhalten, mobilisierten die Euro-Revisionisten (PCE) und die „ML"er (die beiden gerade legalisierten Gruppen ORT und PT). Die Hauptlast der Mobilisierung trugen vor allem die Anarcho-Syndikalisten (CNT) und die „Baskische Linke" (KAS), ein Bündnis linker und revolutionärer Gruppen um ETA.
Erstaunlich war für den westdeutschen Beobachter die starke p o l i t i s c h e Ausrichtung dieser Demonstration:
Etwa die Hälfte aller Parolen richtete sich gegen AKWs und das Atomprogramm im allgemeinen, und die andere Hälfte der Parolen war allgemein-politischer Natur, hauptsächlich gerichtet gegen die spanischen Faschisten und Pro-ETA-Parolen („ETA, das Volk ist mit dir", u.a.)


Abschlußkundgebung der Anti-AKW-Demo auf der Plaza de Zabalburu in Bilbao

Die baskische Linke bemüht sich, die AKW-Frage in den allgemeinen Klassenkampf und den Kampf um Autonomie der baskischen Provinzen zu i n t e g r i e r e n, was auf der Demonstration in dem Nebeneinander von spezifischen Anti-AKW-Parolen und allgemein-politischen Parolen des baskischen Freiheitskampfes zum Ausdruck kam. Immer wieder skandierten zehntausende Demonstranten „ETA, heeja surekia!" („ETA, das Volk ist mit dir!"). Die wichtigste politische Forderung der baskischen Linken ist derzeit die nach vollständiger Amnestie der baskischen politischen Gefangenen (ausnahmslos ETA-Genossen), sowie nach freier Rückkehr der Exilierten und Verbannten. Dieser Aspekt kam hauptsächlich in der immer wiederkehrenden Parole „Die Gefangenen nach Hause – weg mit Iberduero!" zum Ausdruck (Iberduero ist Bauherr und alleiniger Betreiber sämtlicher im Bau befindlichen AKW's im Baskenland).

Eine häufig gerufene politische Parole war: „Apala askatu!" („Freiheit für Apala!"; Apala ist ein bekanntes ETA-Mitglied, dessen Auslieferung die spanische Regierung derzeit von Frankreich fordert, weil er angeblich in die Hinrichtung des spanischen Großindustriellen Ybarra verwickelt sein soll).

Selbstverständlich wurden die international bekannnen Anti-AKW-Parolen wie „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" gerufen.

Weitere Parolen waren u.a.: „Centrales nucleares, muertos a millares" („AKWs – tausende von Toten");
„Hoa, hoa, hoa – centrales a la Moncloa" (entspricht der BRD-Parole „ Kein AKW in Brokdorf, sondern im Bundestag"; die Moncloa ist der Sitz von Ministerpräsident Suarez...).

Zur Auflockerung der insgesamt kämpferischen und an „portugiesische Verhältnisse" nach dem 25. April 74 anmutende Demonstration trug eine Parole bei, bei der Zehntausende von Demonstranten hochhüpften:
„Ali bota, Ali bota – fascista que no bota" (Ali spring, Ali spring, Faschist, wer nicht mitspringt"). Während des ganzen Demonstrationszuges wurden viele baskische Nationalfahnen (ikurrina) gezeigt, die bis vor kurzem vom spanischen Fascho-Staat noch verboten waren. Immer wieder wurde die baskische Nationalhymne „Eusko gudariak" angestimmt. Wenn auch das Bild eines solidarischen Miteinanders der verschiedensten Gruppen der baskischen Linken beeindruckt hat (also der Revisionisten, Linkssozialisten, verschiedener „ML"-Gruppen, linker Nationalisten, Revolutionäre, verschiedener Trotzkisten-Tendenzen, sowie Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten), war andererseits der insgesamt prägende und alle anderen Strömungen überschattende Einfluß der politischen Sympathisanten der ETA unübersehbar.

Starken Anteil beim Aufbau der Anti-AKW-Bewegung, nicht nur im Baskenland, sondern in Spanien überhaupt, hatte zweifellos die CNT (Anarcho-Syndikalisten). Sie waren gewissermaßen die erste l i n k e Strömung, die sich neben den reinen Ökologie-Gruppen um den Aufbau einer kämpferischen Anti-AKW-Front bemüht hatte. Kritisiert werden muß allerdings die unpolitische Linie, die die Anarcho-Syndikalisten dabei praktizierten: nämlich das Klebenbleiben an Forderungen, die sich lediglich gegen die Umweltverschmutzung richteten – eine Linie also, wie sie in der BRD hauptsächlich von rechten und bürgerlichen Strömungen vertreten wird (in wieweit diese beschränkte Sicht der Dinge inzwischen von CNT überwunden worden ist, kann von uns noch nicht beurteilt werden).

Die baskische Linke, die insgesamt erst vor kurzem massiv in die Anti-AKW-Bewegung eingegriffen hat, verfolgt dabei im wesentlichen drei Aspekte:
1. Kampf gegen das menschenfeindliche AKW-Programm der spanischen Oligarchie, unter besonderer Betonung des nationalen Aspektes, d.h. der b e s o n d e r e n Betroffenheit des Baskenlandes (der hier produzierte Atomstrom soll gemäß staatlicher Planung sogar für den Export nach Frankreich dienen!);
2. Verdeutlichung der Abhängigkeit Spaniens vom US-Imperialismus (Spanien bezieht nahezu alle AKWs von den USA), ein Aspekt, der insgesamt in der spanischen Linken bisher viel zu kurz gekommen ist und über den auf Massenebene nur wenig Bewußtheit existiert ;
3. Einbeziehung neuer Menschen in den allgemeinen Kampf um soziale und nationale Befreiung.

Baskenland – atomares Experimentierfeld?

Spanien kann als „Paradies" für das Atomkapital gelten: Es gibt dort keinerlei Sicherheitsvorschriften über den Bau von AKWs, keine festgelegten Strahlungshöchstwerte, die für die Bevölkerung als zumutbar gehalten werden, es ist praktisch alles erlaubt. Was in anderen Ländern Westeuropas, den USA und Japan zumindest an gewisse staatliche Kontrollen gebunden ist, kann in Spanien allein durch die Wachsamkeit und den Kampf der Bevölkerung aufgedeckt, kontrolliert und womöglich verhindert werden.

Das völlige Fehlen von Sicherheitsbestimmungen bietet Spanien den internationalen Elektrokonzernen als ideales „Experimentierfeld" an. Die US-Firmen General Electric/Westinghouse und demnächst auch die westdeutsche KWU beuten diese Situation skrupellos aus. Die an der baskischen Touristenküste auf einem nur 50 km langen Streifen geplante und bereits in Angriff genommene Konzentration von 12.000 Megawatt produzierenden Reaktoren dürfte dies ausreichend belegen.

Der Protest gegen AKWs wächst

Wie die Demonstration am 14.7. in Bilbao gezeigt hat, ist das baskische Volk nicht gewillt, sich dies hunderttausende von Menschenleben gefährdende Atomprogramm der spanischen Regierung gefallen zu lassen. Die Proteste sind vielfältig, und es gibt sie nicht erst seit heute. So wurden bis zum Mai '76 rund 150.000 Unterschriften im Baskenland gegen den AKW-Bau in Lenoniz gesammelt, 230 Ärzte haben sich aus medizinischen Gründen namentlich gegen den Bau von AKWs ausgesprochen, ebenso eine große Anzahl von Professoren, 17 Einwohnerkommissionen aus der Provinz Vizcaya, sowie 11 kulturelle Vereinigungen. Die „Kommission zur Verteidigung einer baskischen nicht-atomaren Küste" kommt gar zu dem Schluß: „*Die Opposition in dem Ort gegen das Attentat, das man ungestraft in Basordas durchsetzen will* (Basordas ist der Ort bei dem in Bau befindlichen AKW von Lemoniz), *hat solche Ausmaße erreicht, daß man sagen kann, daß sie zusammmen mit den Reaktionen in bestimmten Regionen der BRD, an der Spitze der organisierten Bewegung steht, die es heute in verschiedenen Städten und Regionen Europas gibt*" („Auf dem Weg zu einer baskischen Atomküste").

Bilbao, 14.7.77
Mitglieder der Spanien-Kommission

Anti-AKW-Demo in Caspe

Zur gleichen Zeit wie die 150.000 AKW-Gegner in Bilbao demonstrierten in der nordspanischen Stadt Caspe 1000 Menschen gegen das dort geplante AKW.

Sie haben vor, am 24.7. den Bauplatz zu besetzen.

(„Le Monde". 17.7.77 und „Frankfurter Rundschau", 16.7.77).

Spanien-Kommission

Kriminalisierung von Schweizer AKW-Gegnern!

Ende Juni und Anfang Juli fanden in der Schweiz Großaktionen gegen das im Bau befindliche AKW Gösgen statt (siehe AK Nr. 107, 108). Die Reaktion von Staat und Behörden auf die anwachsende Stärke der Bewegung gegen Atomkraftwerke ist – trotz immer wieder beteuerter Gewaltfreiheit der Schweizer AKW-Gegner – brutaler Polizeieinsatz und verstärkte Repression

Exemplarisch davon betroffen ist ein führendes Mitglied des „Schweizer Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen" (SAG), Andre Froidevaux, Mitglied der trotzkistischen Gruppe RML(„Revolutionäre Marxistische Liga"). Von Polizei und Behörden wurde er zum „Rädelsführer" bei der Besetzung der Zufahrtswege zum Atomkraftwerk Gösgen erklärt. Es wurde Haftbefehl (!) gegen ihn erlassen wegen „*Gewalt und Drohungen gegen die Polizei, Hinderung von Amtshandlungen, öffentlichen Aufrufs zu Verbrechen und eventuell Landfriedensbruch*" („Baseler Zeitung" („BAZ") v. 9.7.77). Die Polizei fahndete nach ihm, bis er sich am 11. Juli freiwillig stellte. Nach viereinhalb Tagen mußte er wieder aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Unterdessen haben die Schweizer AKW-Gegner begonnen, eine Abwehrfront gegen die Repression und Kriminalisierung aufzubauen. Die SAG forderte sofort nach Bekanntwerden die Rücknahme des Haftbefehls und startete eine Selbstbezichtigungskampagne. Sie verwahrte sich öffentlich gegen den Versuch, die AKW-Gegner durch Kriminalisierung in „Radikale" und „Vernünftige" zu spalten und gab vorgedruckte Formblätter aus, auf denen sich die Unterzeichner bekennen, zusammen mit den Tausenden von Demonstranten die volle Verantwortung für die Handlungen der Koordinationsgruppe der Besetzungsaktion zu übernehmen und fordern die Behörden auf, „*gegen mich die gleichen rechtlichen Schritte zu unternehmen wie gegen alle Besetzer, die sich an die Beschlüsse der Vollversammlung gehalten haben*" (nach „BAZ" v. 9.7.77).



Demonstration in Solothurn gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern

Gleichzeitig finden verschiedene Aktionen und Demonstrationen auf örtlicher Ebene statt, um die Mobilisierung der Abwehrkräfte zu verstärken.

Auch die Presseberichterstattung bezüglich der Anti-AKW-Aktionen ist großen Schikanen ausgesetzt.

So wußte das „Demokratische Manifest Bulletin" aus Zürich zu berichten:
„- *Presseleute wurden an beiden Wochenenden tätlich angegriffen und mit Granaten vertrieben, wo es für die Polizei Unrühmliches zu sehen gab;*
- *die Presse wurde mit bewußt falschen Informationen zu manipulieren versucht;*
- *die Presse wurde als Schnüffler einzusetzen versucht (, ...zählen wir auch auf Ihre Mitarbeit...')*
- *Zivilpolizisten mit grünen Pressearmbinden – nur die informierten Journalisten wußten, daß dies Angehörige des ‚Informationsdienstes' waren – gaben sich als Pressevertreter aus.*"

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Großaktion gegen AKW Phillipsburg geplant

In Phillipsburg wurden inzwischen die Bauarbeiten für die Errichtung des Block II aufgenommen. Nach Berichten der örtlichen BIs wird das Baugelände zur Festung ausgebaut, außerdem ist bereits der einzige Zufahrtsweg zum Baugelände von Bullen abgeriegelt.

Trotzdem wurde die Großaktion vom 14.8. von einer Vorbereitungskommission der zu Phillipsburg arbeitenden BIs auf deren Sitzung vom 19.7. verschoben. Als neue Termine wurden der 28.8. oder 11.9. vorgeschlagen. Begründet wurde diese Verschiebung mit Mobilisierungsschwierigkeiten für den 14.8. (zu kurz nach der Urlaubszeit, keine Zeit für Veröffentlichungen). Die Argumente einiger Kommissions-Mitglieder, daß die Aktion wegen der Bedeutung von Phillipsburg so schnell wie möglich stattfinden muß, konnten sich nicht durchsetzen.

Dieser Kommissionssitzung ging ein BI-Treffen am 14.7. voraus, an dem außer den bisher beteiligten BIs (s. AK 108) noch die BI Langen, BI Bad Bergzabern, JZI Bruchsal sowie ein Vertreter des Jugendausschusses Karlsruhe-Land teilnahmen, insgesamt 15 Initiativen.

Auf dieser Sitzung versuchten rechte BI-Vertreter die ihnen unliebsame Großaktion mit einem haarsträubenden Märchen zu verhindern.

Zum Erstaunen und zur Erheiterung der anwesenden AKW-Gegner erklärte G. Randegger, rechter Exponent der BI Waghäusel und gleichzeitig Delegierter des Tutoriums Umweltschutz Heidelberg, die Großaktion am 14.8. sei nur „*ein Märchen des KB*", auf dem BI-Treffen sei nur besprochen worden, „*evtl. am 13.8. anläßlich des Mauerbaus (??) eine Aktion durchzuführen.*" Anschließend ließ er eine Tirade gegen die „K"-Gruppen ab, die ja immer nur ihr Süppchen ... usw.

Natürlich wurde dieses Schauermärchen widerlegt und auch der Versuch abgeschmettert, den örtlichen BIs ein Veto-Recht einzuräumen, „*weil sie diese Aktion ja gar nicht wollen, weil es dabei zu Gewalttaten kommen kann*".

Es wurde eine Kommission gebildet, die die Großaktion vorbereiten soll, z.B. Resolutionen und Flugblätter entwerfen und verschicken, um soviel AKW-Gegner wie möglich für die Großaktion und deren Vorbereitung zu gewinnen. Dies ist inzwischen angelaufen.

Besonderes Interesse fand das BI-Treffen auch bei den AKW-Betreibern, mindestens zwei Spitzel nahmen an der Sitzung teil, einer konnte entdeckt und an die Luft gesetzt werden.

* * *

Als Schlag ins Wasser erwies sich die Fahrrad-Demo gegen das AKW Phillipsburg am 17.7. Ganze 30 Menschen nahmen an dieser Aktion teil, die von den rechten BI-Vertretern gegen die Großaktion ausgespielt werden sollte, weil die Bevölkerung angeblich hinter solchen Aktionen stünde.

Bei einer früheren Fahrrad-Demo nahmen seinerzeit mindestens 300 Menschen teil.

Nach Berichten aus Langen

„Autonome" und „KPD" spalten BUU Hamburg

Am 14. Juli erklärten die sogenannten „Autonomen" um den AK Politische Ökologie gemeinsam mit der vaterländischen „KPD" ihren Austritt aus dem Plenum der Hamburger BUU (Bürgerinitiativen Umweltschutz Hamburg). Dies ist die Konsequenz der Tatsache, daß die sogenannten „Autonomen" ebenso wie die „KPD" nicht bereit sind, demokratische Strukturen anzuerkennen, sobald die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr in ihrem Sinn ausfallen.

„Reine Machtpolitik", „Druck, Einschüchterung und miese Abstimmungstricks", „KB-gesteuerte Abstimmungsmaschine" — so lauten völlig übereinstimmend die Vorwürfe der sogenannten „Autonomen" und der „KPD" gegen den KB. Sie wollen es nicht schlucken, daß die BUU nicht nach ihrer Pfeife tanzt, sondern daß in der demokratischen Massenbewegung gegen die AKWs mehr und mehr die in Hamburg bestehenden politischen Kräfteverhältnisse zum Ausdruck kommen.

Tatsache ist, daß die sogenannten „Autonomen" und die „KPD" (die am 1. Mai dieses Jahres in Hamburg 120 Leute auf die Beine brachte, darunter auch Mitglieder aus anderen Städten) in den Entscheidungsgremien der BUU Hamburg lange Zeit maßlos überrepräsentiert waren — gemessen an ihrem realen Masseneinfluß — und daß dieser Zustand sich inzwischen schrittweise geändert hat.

Hieraus ergaben sich seit langem Auseinandersetzungen und Reibereien. Dazu gehörte auch die Diskussion um den sogenannten „Ermittlungsausschuß", die eines der letztlich auslösenden Elemente bei der jetzt vollzogenen Abspaltung war. Der „Ermittlungsausschuß" soll zum einen den von der Repression bedrohten AKW-Gegnern juristische Hilfe geben, zum anderen Informationen zum Polizei-Terror etc. gegen AKW-Gegner sammeln und öffentlich machen. Der „Ermittlungsausschuß" war bisher „autonom", d.h. vollständig unabhängig von jedweder demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle durch die BUU. AK Politische Ökologie und „KPD" dominierten den „Ermittlungsausschuß". Unsere Forderung war seit langem, den „Ermittlungsausschuß" den demokratischen Entscheidungen der BUU zu unterstellen. Die Auseinandersetzungen verschärften sich in letzter Zeit noch dadurch, daß die „Ermittlungsausschuß"-Mehrheit grob schlampig bei der Vorbereitung der anstehenden Prozesse arbeitet, inhaltslose und abenteuerliche Parolen verbreitete (man müsse die Prozesse „militant" führen bzw. „verhindern") und einen Genossen aus dem mit dem KB in Zusammenhang stehenden IKAH („Arbeiterhilfe") aus dem „Ermittlungsausschuß" ausschloß.

Nachdem die sogenannten „Autonomen" und die „KPD" am 14. Juli das BUU-Plenum verlassen haben, verkünden sie sehr optimistisch, nun endlich würde alles besser werden, sie könnten endlich wieder ungestört „konstruktiv arbeiten" usw. usf.

W a s aber nun tatsächlich in Zukunft geschehen soll, ist umstritten:

— Allgemein gehen die sogenannten „Autonomen" in ehrlicher Einschätzung des Kräfteverhältnisses davon aus, daß sie bei demokratischen Strukturen in der BUU Hamburg nicht die geringste Chance haben werden, sich durchzusetzen. Daher lautete ihre Parole: *„Keine Delegierten und Funktionäre, kein Vorstand, keine Abstimmungen, wer etwas im Namen der BUU sagen sarf"* (AK-Politische Ökologie). Daß diese sogenannten „Autonomen" den Bürgerschreck des Funktionärs an die Wand malen, um das demokratische D e l e g i e r t e n - Prinzip zu verteufeln, zeigt die „Stärke" ihrer Argumente! Wenn es nach diesen sogenannten „Autonomen" geht, soll jeder im Namen der BUU erklären können, was er will. Diesen Etiketten-Schwindel mit dem Namen der BUU Hamburg haben die sogenannten „Autonomen" bereits mehrfach praktiziert.

Umstritten ist unter den sogenannten „Autonomen", inwieweit man überhaupt noch punktuell mit den „K"-Gruppen diskutieren und zusammenarbeiten will.

— Im Gegensatz zu den sogenannten „Autonomen", die offen gegen demokratische Entscheidungsstrukturen auftreten, phantasiert die in Hamburg völlig einflußlose „KPD" davon, man müsse jetzt ein *„neues Plenum"* einrichten, das *„demokratisch und wirklich repräsentativ"* sein soll, das *„wirkliche Demokratie und Gleichberechtigung praktiziert"*. Daß ein solches Plenum, wenn es w i r k l i c h repräsentativ sein soll, nicht anders aussehen kann als das jetzt bestehende, von der „KPD" verlassene, scheinen die Strategen der Vaterlandsverteidigung nicht wahrhaben zu wollen.

— Die (t)rotzkistische GIM, die in Hamburg sogar n o c h unbedeutender ist als die „KPD", hat dazu aufgerufen, *„aus der Spaltung das Beste [zu] machen"*. Die GIM beklagt gemäß ihrer bewährten Linie die „gegenseitige Verteufelung", den Mangel an „Besonnenheit" auf beiden Seiten usw., wobei sie natürlich nicht versäumt, in jedem Punkt die Hauptschuld beim KB zu suchen. Am Ende wird sogar aufgerufen zu *„Gemeinsamkeit"*. Es wird sogar zugegeben, daß die Delegiertenstruktur der BUU notwendig sei und daß an ihr festgehalten werden müsse. Was jetzt k o n k r e t zu tun ist, erklärt die GIM nicht; d a s war ja auch noch nie ihre Spezialität.—

Es ist eindeutig f a l s c h, wenn man davon ausgeht (wie die GIM es wörtlich formuliert und wie es dem Bewußtseinsstand der meisten aus dem Plenum Ausgetretenen entspricht), daß es jetzt eine Spaltung der BUU Hamburg gegeben habe *„in einem vom Kommunistischen Bund [KB] dominierten Teil und eine andere Fraktion, in der sich die übrigen Kräfte und Strömungen der ehemaligen BUU organisieren"*. Es g i b t diese „Fraktion" überhaupt nicht! Wir haben immer darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Bündnis der sogenannten „Autonomen" mit „KPD" (und KBW) gegen den KB um eine reine ,Negativkoalition' handelt, die zu gemeinsamem konstruktivem Handeln nicht in der Lage ist. Nachdem einmal die irrationale Fixiertheit gegen den KB weggefallen ist, die diese ,Negativkoalition' noch zusammenhielt, solange sie im BUU-Plenum mitarbeitete, wird dieses im Grunde völlig unnatürliche Bündnis zwischen den sogenannten „Autonomen" einerseits und der selbsternannten „Vorhutpartei" andererseits auseinanderfallen. Auch die sogenannten „Autonomen" werden sich nicht einigen können, sondern sich nach ihrem Auszug aus dem BUU-Plenum noch mehr zersplittern.

Ebenso ist die Annahme unsinnig, im BUU-Plenum würde jetzt praktisch mehr oder weniger allein der KB zurückbleiben, während „die Unorganisierten" jetzt allesamt draußen seien. Ohne die Bedeutung der Abspaltung zu bagatellisieren, die immerhin eine nicht unbeträchtliche Minderheit der Hamburger BIs repräsentiert, läßt sich doch sagen, daß die BUU Hamburg im wesentlichen intakt geblieben ist, und daß es gar kein Wunder wäre, wenn große Teile aus der Anhängerschaft der jetzt ausgetretenen sogenannten „Autonomen" bald wieder im BUU-Plenum mitarbeiten würden — was wir begrüßen würden!

Ostküstenkonferenz der BUU: KBW-Aufnahmen knapp abgewehrt

Nachdem der KBW von der Landeskonferenz der BUU am 3.4. wegen seiner beständigen Provokationen ausgeschlossen worden war und die OKK am 15.4. den Beschluß gefaßt hatte, mit dem KBW nur noch unter der Bedingung einer Distanzierung zusammenzuarbeiten, waren die drei letzten Treffen der OKK wieder weitgehend durch den Versuch des KBW bestimmt, in diesem Regionalverband Boden zu gewinnen. Die Politik des KBW zielte darauf ab, die OKK durch Aufnahme seiner aus vielen schleswig-holsteinischen BIs ausgeschlossenen Mitglieder als „eigenständige örtliche BIs" zu majorisieren. Nachdem es ihm gelungen war, am 1.6. seine Kieler Initiative durchzubringen, von der sich die Kieler BI-Mitglieder getrennt hatten, versuchte er nunmehr auf der OKK vom 2.7., dasselbe mit der Neumünsteraner KBW-Initiative durchzusetzen. Die Mehrheit der OKK erkannte jedoch die Neumünsteraner KBWler nicht an und lehnte die Aufnahme in die OKK ab, da die KBWler nicht zu einer Distanzierung von ihren bisherigen Provokationen bereit waren (Beschimpfung von BI-Mitgliedern als AKW-Befürworter, Verstoß gegen die demokratischen Strukturen in der Anti-AKW-Bewegung und schließlich Drohungen wie „Aufhängen") und somit die Gefahr bestand, daß sich diese Vorfälle wiederholen. Die Mehrheit erklärte dabei jedoch ausdrücklich, daß dieser Beschluß keinen Unvereinbarkeitsbeschluß beinhaltet. Die Position dieser Mehrheit wird auch vom KB unterstützt. Demgegenüber forderte eine Minderheit, bestehend aus KBW-Delegierten, KPD/ML, KPD und einigen Unorganisierten, die Aufnahme des KBW. Dabei sind die Motivationen recht unterschiedlich.

Während KPD und KPD/ML offenbar den KBW für einen Bündnispartner halten, der damals nur in seiner Hetze gegen den KB und andere BI-Mitglieder (Aufhängen) etwas überzogen hat, spielt bei einigen Unorganisierten wohl mehr ein verschwommener Wunsch nach „Einheit" eine Rolle. Zum anderen wird von dieser Seite das Argument angeführt, der KBW sei ja eh schwach und von daher seien solche Provokationen für die Zukunft auch ohne Distanzierung leicht auszuschalten.

Auf der OKK vom 2.7. kam es zum Knall, nachdem die Mehrheit die Aufnahme des KBW verhindert hatte und von einer Minderheit ultimativ die bedingungslose Aufnahme aller KBW-Initiativen gefordert worden war. Diese Minderheit hatte die Sitzung verlassen.

Deswegen war es notwendig geworden, daß die BIs an der Ostküste sich zu der Sitzung am 23.7. erneut auf dieses unerfreuliche Thema vorbereiten mußten. Nachdem die Neumünsteraner BI wieder erklärt hatte, warum sie sich vom KBW getrennt hatte und seine Aufnahme in die OKK ablehnt, stimmt erneut eine Mehrheit von 8:6:1 gegen die Aufnahme des KBW Neumünster. Aber auch unter den Befürwortern der Aufnahme hatte insofern eine Differenzierung eingesetzt, als einige von ihnen einer Aufnahme des KBW nur unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen wollten, wie z.B. Akzeptieren der demokratischen Strukturen und solidarische Auseinandersetzung. Ein solches Mandat hatte der Delegierte der Kieler BI gegen Atomanlagen, deren Stadtteilgruppen unterschiedlich zur Aufnahme des KBW Stellung bezogen hatten. Insgesamt ist jedoch in dieser BI eine Tendenz zur Wiedervereinigung mit dem KBW sichtbar (gemeinsame Aktionen einiger Stadtteilgruppen mit dem KBW), was wesentlich von dem großen Potential ehemaliger MLer und KBWler getragen wird.

Ergebnis der entschlossenen Haltung der Mehrheit der BIs war jedoch, daß auf der OKK vom 23.7. trotz dieser Quälereien mit dem KBW die Arbeit erfreulicherweise ordnungsgemäß fortgesetzt werden konnte. So wurde mehrheitlich eine Empfehlung an die BIs verabschiedet, wonach in Zukunft das Prinzip „Eine BI pro Ort" bei Neuaufnahmen eingehalten werden soll, bis zu einer endgültigen Entscheidung auch solche Neuaufnahmen nicht erfolgen (das trifft natürlich den KBW).

So wurde zum anderen eine Resolution verabschiedet, in der sich die überwältigende Mehrheit der OKK für eine Unterstützung der Großdemonstration in Kalkar ausspricht und den Vorschlag macht, das von NRW-Initiativen als Bundeskongreß geplante Treffen als Unterstützungskonferenz für Kalkar durchzuführen.

Übrigens: Am 23.7. gab der KBW ein überragendes Beispiel ab für seine Fähigkeit, die „Volksmassen zusammenzuschließen". Getragen von den schleswig-holsteinischen KBW-Initiativen und der Rendsburger BI fand in Rendsburg eine „landesweite" Demonstration gegen die Strompreiserhöhungen statt – mit 150 Teilnehmern. Dabei wurde fälschlicherweise vom KBW auch noch eine Unterstützung durch die Kieler BI gegen Atomanlagen behauptet. Laut KBW sollte dieser alte Hut, mit dem schon seit Jahren Dutzende von Magistraten gestürzt werden sollten, zum „Kristallisationspunkt im Kampf gegen das Atomenergieprogramm" gemacht werden. Dafür wohl ein ziemlich klägliches Ergebnis, selbst den KBW-Mitgliedern leuchtete das nicht ein.

Am 24.7. trafen sich in Bremen 28 Bürgerinitiativen, um gemeinsame Schritte gegen die Inbetriebnahme des AKW Esensham zu planen.

Darunter BIs, die auf der Bundeskonferenz vertreten waren, wie auch die „Bürgeraktion Küste", ein Mitgliedsverband des BBU.

Es wurde gemeinsam eine Presseerklärung verabschiedet, eine Kampagne gegen die Inbetriebnahme beschlossen.

In drei Wochen soll ein erneutes Treffen stattfinden, wo auch über eine gemeinsame regionale Demonstration beraten werden soll.

Heinz Brandt: Die Solidarität hat gesiegt!

O h n e Begründung wurde jetzt das Ausschlußverfahren aus der IG Metall gegen Heinz Brandt eingestellt. Das Ausschlußverfahren war eingeleitet worden, nachdem Heinz Brandt in seiner Rede in Itzehoe am 19.2. den „Atomfilz" angeprangert hatte. Die Strafanzeige wegen Verleumdung des Atomfilzen Schwalbach (ÖTV-Bezirksvorsitzender, SPD-Mitglied und NWK-Aufsichtsratsmitglied in einer Person) bleibt allerdings weiter bestehen.

Nachdem die Absicht, Heinz Brandt aus der IG Metall auszuschließen, bekannt geworden war, hatte sich eine breite Protestbewegung entwickelt. So richtete z.B. die Delegiertenversammlung der Ortsverwaltung Hamburg der DruPa einen Mißbilligungsantrag an den im Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag. Eine „Initiative gegen die Verteufelung der innergewerkschaftlichen Demokratie" sammelte rund 5.000 Unterschriften von Gewerkschaftern unterschiedlicher Funktionen gegen den Ausschlußantrag. Diese Initiative will sich zukünftig gegen jeden Unvereinbarkeitsbeschluß und gegen jedes Ausschlußverfahren wenden. Im Fall des Atomfilzen Schwalbach gibt es noch eine interessante Neuigkeit: Heinz Brandt überprüft gegenwärtig, inwieweit das Aufsichtsratsmitglied der NWK, Schwalbach, an den Erpressungsversuchen der NWK gegenüber der niedersächsischen Landesregierung beteiligt ist, den Wärmelastplan der Weser außer Kraft zu setzen. Sollte Schwalbach an dieser Aktion beteiligt gewesen sein, wird Heinz Brandt ihn als „gewerkschaftsschädigend" zum Ausschluß empfehlen.

Wer nähere Informationen über den Fall Heinz Brandt haben möchte – bisher sind zwei Infos erschienen zur Einschätzung des Verfahrens, zur Solidaritätskampagne etc. – wende sich an die „Initiative gegen die Verteufelung der innergewerkschaftlichen Demokratie" c/o Frieder Stichler, Gerauerstr. 51, 6 Frankfurt am Main 71.

AKW-Nein-Kommission

KWU: Gerade noch über Wasser!

Der westdeutsche Kernkraftwerksbauer KWU kann sich *»gerade noch über Wasser«* halten, so behauptete es wenigstens Springers »Welt« bei Auswertung des Geschäftsberichtes der KWU (»Welt«, 30.6.77).

Nach dem *»Prinzip Hoffnung«* kämpft jetzt Vorstandsvorsitzender Barthels *»um das Zusammenhalten der Belegschaft«* und seinen *»kostbaren Stamm von Facharbeitern ... bis wieder Vernunft in die Kraftwerks-Diskussion eingekehrt sei«*. Ob ihm das gelinge, wisse er allerdings nicht (nach »FAZ«, 30.6.), vielmehr sah er die »Gefährdung von 190000 Arbeitsplätzen voraus« bei der KWU selbst und den Zulieferern (nach „FR", 30.6.77).

Tatsächlich hat die KWU im letzten Jahr den »großen Durchbruch« geschafft: Bei einer Verdreifachung des Umsatzes auf 4,5 Mrd. DM konnte die KWU dennoch 300 Kollegen an die Luft setzen und Überstunden abbauen!

Dabei brauchte die KWU den Widerstand kaum zu fürchten, da beispielsweise der Betriebsrat sich hauptsächlich damit beschäftigte, die AKW-Gegner zu beschuldigen.

Bei dem Umsatzsprung erhöhten sich die Personalkosten lediglich um 15 %. Kein Wunder, daß in diesem Jahr die KWU gegebenenfalls sogar Kurzarbeit anmelden will. Oder sind auch hier die AKW-Gegner Schuld? — Leider nein!

Die KWU, die schon im letzten Jahr groß abgesahnt hatte und erstmals 41,6 Mio. offiziellen Gewinn machen konnte, konnte gleichzeitig ihr Aufragspolster von 19,8 auf 27,2 Mrd. DM erhöhen. Dafür würde sie jede andere Firma in der BRD beneiden! Klar, daß sich die Zukunft der KWU angesichts dieser Lage »verdüstert« (Barthels) — im nächsten Jahr wird die KWU keinen Geschäftsbericht mehr vorlegen, *»sondern im Zahlenwerk der Mutter* (Siemens — Anm. Red) *untergehen«* (»Welt«, 30.6.77).

DäKP noch dümmer als die DeKP

Die dänische Bruderpartei der revisionistischen DKP, die Dänische KP, hat sich vor einiger Zeit ebenfalls zum Thema Atomkraftwerke gemeldet. Neben den in diesen Kreisen üblichen Schoten wie *„friedliche Nutzung der Kernenergie unter demokratischer Kontrolle"* macht sie den grandiosen Vorschlag, daß dänische AKWs in Zusammenarbeit mit der „sozialistischen Welt" gebaut werden, um die Monopole zu umgehen. *„Die amerikanische Atomkraft wird niemals die strengen Sicherheitsbestimmungen erfüllen können, die wir als Kommunisten fordern müssen. Diesowjetische Atomkraft wird dies immer können"* („Information", September 1976).

Entweder sie haben wirklich keine Ahnung oder sie sind so bescheuert, daß sie glauben, was sie schreiben. Die dritte Möglichkeit wäre, daß sie bewußt lügen. Nur die Anti-AKW-Bewegung wird ihnen solche dümmlichen Sprüche nicht abnehmen.

Gruhl aus dem »Bund Natur- und Umweltschutz« ausgetreten

Herbert Gruhl, bislang Vorsitzender des „Bundes Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.", gleichzeitig CDU-Bundestagsabgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, hat seinen Austritt aus dem „Bund" verkündet.

Gruhl hatte die Doppelfunktion, sowohl für die CDU/CSU als Umweltschutz-Feigenblatt zu dienen, als auch in der Umweltschutz-Scene zugkräftig für seriös-parlamentarisches Vorgehen werben zu können. Dabei bewegte und bewegt sich der „Bund" im rechten Teil der Umweltschutz-Bewegung (siehe AK 108). Auf dem Hintergrund von Vorwürfen gegen Gruhl, er habe selbstherrliche Alleingänge gemacht und ohne Erlaubnis Gelder des „Bundes" ausgegeben, wurde er auf der Jahreshauptversammlung am 7.5.77 in Frankfurt nicht wiedergewählt.

Stattdessen wurde der baden-württembergische Landesvorsitzende Thielcke erster Vorsitzender. Gruhl sieht hinter allem eine Verschwörung, an der besonders der bayerische Landesverband (welcher 30.000 der insgesamt 40.000 Mitglieder des „Bundes" stellt) unter seinem Vorsitzenden Weinzierl beteiligt sein soll. (Weinzierl hat intensive Kontakte zur AUD.) Auf weitere Kabalen und (Un-)Lieben darf man gespannt sein (nach „Süddeutsche Zeitung", 15.7.77).

Antifa-Kommission

KWU-»Bürgerinitiative«

Das ist die „Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung". Von gut unterrichteter Seite verlautete, daß sie am 7.5. in Wiesbaden und am 14.5. in Hanau einen Informationsstand errichtet hat. Kleine Episode aus Wiesbaden: Auf die Frage, ob sie mit der KWU (Kraftwerks-Union AG) was zu tun hätten, haben es zuerst einige abgestritten, andere zugegeben. Dann fing's plötzlich an zu regnen. Ein VW-Bus mit der Aufschrift „Kraftwerks-Union AG" fuhr vor, der Stand wurde eingeladen, die Mitglieder auch, und weg war'n sie.

Daß wegen der Atomkraftwerke genug gegaukelt wird, war ja schon klar. Aber muß es denn gleich so plump sein?

(Aus: „Provinz" Nr. 15/16, Zeitung für Wiesbaden und Mainz)



Nachrichten vom Widerstand



Angeklagt: Wir alle!

VERANSTALTUNG MIT SPRECHERN DER BUU HAMBURG aus Anlaß der Prozeßwelle, die auf die Anti-AKW-Bewegung zukommt.

Strafandrohungen von bis zu 15 Jahren Haft gegen bisher 6 herausgegriffene Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom Frühjahr, sind der schärfste Ausdruck für die Absichten der AKW-Betreiber, die Anti-AKW-Bewegung zu einer neuen Art krimineller Vereinigung zu erklären.

Anklagen und Ermittlungsverfahren gegen Mieter und Fahrer von PKWs, Bussen, Lautsprecher-LKWs, gegen Mitglieder des Verkehrsausschusses, gegen Teilnehmer an der Schienenbesetzung in Kirchohsen, sowie gegen viele Teilnehmer der Demonstration, die nach der intensiven, z. Zt. laufenden Photo-Auswertung der Polizei noch angeklagt werden sollen, zeigt, daß jetzt jeder nur irgend mögliche Anhaltspunkt zu einer breiten Kriminalisierung der Bewegung genutzt wird.

Gegen diese Drohung findet die Solidaritätsveranstaltung statt, die unter dem Motto **„DIE SOLIDARITÄT ORGANISIEREN"** der Auftakt für eine breite Kampagne der gesamten Anti-AKW-Bewegung in der BRD werden soll.

Es nehmen teil:
Sprecher der BUU-Hamburg – Angeklagte – Uwe Maeffert, Rechtsanwalt – Axel Galette, Rechtsanwalt – Vertreter der Anti-AKW-Bewegung in Holland (LEK), Frankreich (Malville-Komitee) – H. Kaufholz, Dänemark – Sprecher des Ermittlungsausschusses der BUU Hamburg – Zündhölzer – Hamburger Straßentheater – Eimsbütteler Liederküche – Steven B. Peinemann;
Hamburg, 28.7.1977, Audi-Max (von Melle Park) 18 Uhr

***

ausschusses der BUU Hamburg – Zündhölzer – Hamburger Straßentheater – Eimsbütteler Liederküche – Steven B. Peinemann;
Hamburg, 28.7.1977, Audi-Max (von Melle Park) 18 Uhr

***

Veranstaltung gegen Kriminalisierung in Lübeck

Zur Solidarität mit verfolgten und bedrohten AKW-Gegnern führte die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Lübeck am 20.7. eine Veranstaltung durch, zu der knapp 100 Teilnehmer kamen. Nach einer Beurteilung der Kriminalisierung durch den Lübecker Ermittlungsausschuß folgten einzelne Berichte von RA Galette über die Grohnde-Ermittlungen, von B.L. (BUU/HH) über seine Verhaftung in Grohnde und anschließende Solidaritätsaktionen und über Ermittlungen in Lübeck, u.a. wegen Landfriedensbruch gegen zwei AKW-Gegner. Ein Video-Film dokumentierte Repressionen im TÜV Norddeutschland und aus Anlaß der angedrohten Kündigung des NDR-Staatsvertrages wurden Zensurmaßnahmen im NDR dargestellt.

In der Diskussion hob u.a. RA Galette hervor, daß die Solidarität mit verfolgten AKW-Gegnern aus Mangel an Betroffenheit noch schwach entwickelt und Phrasen wie „Verhinderung der Prozesse" nur von Perspektivlosigkeit ihrer Verfechter zeugen. Er schlug vor, alle möglichen Aktionsformen anzuwenden, um zu einer möglichst breiten Öffentlichkeit schon vor den Prozessen zu kommen, die gerade in der Urlaubszeit anlaufen werden. In Lübeck wird am 7./8.August ein AKW-Gegner wegen „Beleidigung" der Polizei seinen Prozeßtermin haben.

Mit nur drei Gegenstimmen wurde eine Resolution angenommen, in der die Russell-Peace-Foundation aufgefordert wird, auch Repressionen gegen AKW-Gegner zu untersuchen.

KB / Gruppe Lübeck

***

Erfolgreiche Solidaritätsveranstaltung

Segeberg. Am 8.7. fand eine von der Segeberger BI organisierte Solidaritätsveranstaltung mit der wegen quasi BI-Mitgliedschaft vom Berufsverbot bedrohten Lehrerin M. (siehe AK 108) statt. Es waren ca. 50 Menschen gekommen – davon ein großer Teil von Schülern der Lehrerin. Es wurden die Anschuldigungen des Landesschulamtes noch einmal dargestellt sowie über andere Fälle der Kriminalisierung von AKW-Gegnern berichtet. Eine Solidaritätsadresse wurde bei zwei Gegenstimmen verabschiedet. Es ist jetzt im Gespräch, eine Anti-AKW-Schülergruppe zu bilden.

***

Anti-AKW-Veranstaltung in der GEW

Hamburg. Am 20.7.77 führte der Arbeitskreis „Atomenergie und Gewerkschaftspolitik" in der Fachgruppe Gewerbeschulen in der GEW mit Unterstützung des Geschäftsführenden Ausschusses eine offizielle Gewerkschaftsveranstaltung gegen die Wiederaufbereitungsanlagen durch. Ca. 100 Lehrer und Referendare waren gekommen. Bevor der Film „Zum Erfolg verdammt" (Wiederaufbereitungsanlage in La Hague) gezeigt wurde, stellte der Arbeitskreis in einem Beitrag die Stellungnahme des DGB zur Atomenergie zur Diskussion.

Holger Strohm, bekannt durch sein Buch „Friedlich in die Katastrophe" erläuterte in einem kurzem Beitrag, daß es noch nirgendwo eine funktionierende Wiederaufbereitungsanlage gibt.

Die Veranstaltung, die gegen den Willen des vorwiegend rechtssozialdemokratischen Fachgruppenvorstands durchgesetzt worden war, soll andere Fachgruppen dazu anregen, diese Thematik gleichfalls aufzugreifen.

Eine interessante Information für alle Hamburger Lehrer: In einem Brief der Schulbehörde an die GEW äußerte diese, daß das Tragen von Anti-AKW-Plaketten in den Schulen nicht verboten ist. Ganz besonders eifrige Schulleiter sollten also entsprechend „aufgeklärt" werden.

Ein Berufsschullehrergenosse des KB / Gruppe Hamburg

Sauber!

Am 6.7. tauchten in Bremens Briefkästen Flugblätter mit der Aufforderung zu einer Evakuierungsübung der Bremer Bevölkerung im Falle eines Atomunfalles im AKW Esenshamm auf. Unterzeichnet hatte sie Hans Koschnick, 1. Bürgermeister.

Obwohl eine solche Übung allerdings sehr sinnvoll angesichts der drohenden Gefahren eines AKWs wäre, und obwohl der Bremer Senat sich wer weiß wie aufspielt als Gegner des AKW Esenshamm, wollte Koschnick merkwürdigerweise nicht der Verfasser des Aufrufs gewesen sein. Im Gegenteil: Er bezeichnete ihn als „Pamphlet" und setzte die Staatsanwaltschaft „*wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole*" auf den Fall an („Weser-Kurier", 7.7.).

Sogar eine Belohnung für die Ergreifung der „Täter" wurde ausgesetzt!

Die Bullen nahmen die Gelegenheit wahr: Sie durchwühlten eine linke Druckerei und nahmen dabei gleich Material und Unterlagen der „Delmenhorster Rundschau" (eine Alternativzeitung) mit, in denen über die Schlagstockeinsätze der Polizei in Delmenhorst mit Fotos berichtet wird! Hinweise auf den Evakuierungsaufruf fanden die Bullen nicht. Vielleicht sollten sie mal in der Druckerei des Senats nachgukken. Kann ja sein, der Koschnick war's doch und traut sich jetzt nicht mehr wegen der CDU??

KB / Gruppe Bremen

Stadtteilfest in Eimsbüttel

Hamburg-Eimsbüttel. Wie bereits berichtet planten mehrere Eimsbütteler BIs (AKW-Initiativen, Mieterinitiativen, Frauengruppen u.a.) ein Stadtteilfest mit Kinderprogramm am 23. Juli im Unnapark.

Mit fadenscheinigen Argumenten verboten die Behörden das Stadtteilfest, genehmigten aber, nachdem gegen diese Behördenwillkür protestiert wurde, ein Kinderfest.

Dem Festverantwortlichen flatterte kurz vor dem Fest noch eine „Einstweilige Anordnung" ins Haus, die einen Bierausschank auf dem Fest verbot. Bei Zuwiderhandlung wurde dem Verantwortlichen eine Geldstrafe bis zu 10.000 (!) DM angedroht.

Am Samstagvormittag des 23.7. organisierten die veranstaltenden BIs eine kleine Fahrrad-Demo durch Eimsbüttel. Durch Singen, Flugblätter und kurze Megaphondurchsagen wurden die Eimsbütteler über das am Nachmittag stattfindende Fest sowie über die Behördenwillkür informiert.

Trotz aller Unerfahrenheit in der Organisierung solcher Feste waren bereits zu Anfang ca. 300 Kinder und Erwachsene anwesend. Es wurden Spiele wie Sackhüpfen, Tauziehen, Eierlaufen, Malen u.a. durchgeführt, sowie gemeinsam mit den Kindern Lieder gesungen. Parallel dazu wurden Beiträge zur Kriminalisierung der AKW-Gegner gehalten und verschiedene Musikbeiträge gebracht. Der anhaltende Nieselregen, der dann in starke Regengüsse mündete, verhinderte bedauerlicherweise ein vollständiges Gelingen des Festes.

Die veranstaltenden BIs planen eine ausführliche Auswertung der Behördenschikanen und des Festes in Form einer Dokumentation.

Durch Behördenwillkür und politische Zensur werden wir uns nicht einschüchtern und entmutigen lassen!

Ein Mitglied des Festausschusses

***

Anti-AKW-Aktionswoche in Nürnberg

Vom 8. bis zum 16.7. führte die Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke eine Aktionswoche durch. Das Programm bestand im wesentlichen aus zwei Stadtteil-Veranstaltungen, einer Veranstaltung zur Repression gegen AKW-Gegner, mehrerer Filmvorführungen im KOMM, einer kleinen Fahrrad-Demo und als Abschluß einem Benefiz-Konzert mit verschiedenen Musikgruppen, Beiträgen usw., dessen Erlös (1100 DM!!) für die Weiterarbeit der Initiative verwendet werden soll.

An der Vorbereitung und Durchführung waren mehrere Arbeitsgruppen der BI beteiligt, die sich vorgenommen hatten, das Thema AKWs vor den Sommerferien nochmal breit ins Gespräch zu bringen.

KB / Gruppe Nürnberg

***

Anti-AKW-Dorf Grohnde

Seit nunmehr 6 Wochen ist das zukünftige Kühlturmgelände in Grohnde geführte Motorsäge angeblich geklaut sei. Die Leute wurden jedoch nach ratschlagen, was weiter zu tun ist. Vorschläge wie vom WSL (der sich bei

1.000 Frauen besetzten Gemeinderäume

Montalto di Castro, Italien. Über 1.000 Frauen, vor allem Bäuerinnen, besetzten am 15.7. die Gemeinde-

Anti-AKW-Dorf Grohnde

Seit nunmehr 6 Wochen ist das zukünftige Kühlturmgelände in Grohnde besetzt. Während der Woche sind ständig etwa 50 AKW-Gegner im Dorf, an den Wochenenden entsprechend mehr. Zu den bestehenden zwei Freundschaftshäusern und der Küche sind inzwischen eine Reihe kleiner Häuser hinzugekommen, an einer neuen Küche mit Eßraum, Kühlkeller, Bühne etc. wird noch gebaut. Eine Öffentlichkeitsgruppe schickt täglich Agitproptrupps in die umliegenden Dörfer, um über das Lager und die Gefahren, die von AKWs ausgehen, zu informieren. Getragen wird das Lager vor allem von Gewaltfreien der verschiedensten Schattierungen. Nach wie vor gibt es ein Verkaufsverbot für die »K-Gruppen« (weil das angeblich »die Bürger abschreckt«).

Seit ca. 2 Wochen geht die Polizei zusehends provokativer gegen das Anti-AKW-Dorf und dessen Bewohner vor. Eine kurze Chronologie der Provokationen:

— Auf dem AKW-Gelände wurde ein 20 — 30 m hoher Mast mit einer Kamera aufgebaut, die das Lager und Umgebung ständig beobachtet. Die Kamera soll mit Richtfunk (d. h. das Bild wird nach Hameln zur Polizeiwache übertragen) und Richtmikrophon ausgestattet sein.

— 3 Leute in einem PKW wurden von der Polizei angehalten und vorübergehende festgenommen, da die mitgeführte Motorsäge angeblich geklaut sei. Die Leute wurden jedoch nach Protesten vor der Polizeistation wieder freigelassen (natürlich nach erkennungsdienstlicher ‚Behandlung'). Allerdings wurde bei den Protesten vor der Bullenstation ein auf Bewährung Freigelassener, mittlerweile aber wieder Gesuchter, festgenommen.

— Ein Beobachter vom Anti-AKW-Dorf wurde unter fadenscheinigen Gründen für 12 Stunden festgenommen, als er mitverfolgte, wie ein Schwertransporter unter Polizeischutz in das AKW-Gelände begleitet wurde.

— Am 15.7. wurde ein Besucher, der Zivilbullen beim Aufschreiben von Autonummern ertappte und sie zur Rede stellte, anschließend von uniformierten Bullen aufgesucht, weil er Beamte beleidigt habe und außerdem angetrunken Auto gefahren sei, was frei erfunden war. Als der Besucher sich weigerte, seine Papiere zu zeigen, machten die Bullen Anstalten, ihn mitzunehmen. Die von seiner Frau herbeigerufene Verstärkung aus dem Anti-AKW-Dorf verwickelte die Bullen in eine Diskussion, in deren Verlauf es zu einer Rangelei kam und die Bullen Chemical Mace einsetzten. Der Besucher hat jetzt mit einer Anzeige zu rechnen.

— Es wurden Bullen beobachtet, die eine ekelhaft riechende Flüssigkeit auf den Lagerweg schütteten.

— Am 18.7. erschienen 2 Bullen, einer davon mit einer MP (!) bewaffnet, im Lager und fragten nach einem Typen, der vom Bund abgehauen sei. Nach einigem Hin und Her verließen die Bullen das Dorf.

Im anschließenden Plenum wurde darüber diskutiert, wie man sich in Zukunft verhält, wenn die Bullen wieder aufkreuzen. Man beschloß, daß der Infostand für die Bullen erstmal Grenze sei. Bis dahin sollten dann auch die Dorfbewohner kommen und beratschlagen, was weiter zu tun ist. Vorschläge wie vom WSL (der sich bei Diskussionen um die Bullen ständig hervortut): »Wenn die Polizisten sich ausgewiesen haben, kann man sie im Dorf rumführen und eine Art Streife gehen lassen«, konnten sich glücklicherweise nicht durchsetzen.

Da der Baustopp erst im September in Kraft tritt, treibt die Preussag die Bauarbeiten mit Hochdruck voran, um bis dahin den ersten Bauabschnitt fertiggestellt zu haben. Von Lagerbewohnern wurde deshalb in der Nacht zum Donnerstag (21.7.) ein Schwertransporter mit Nagelbrettern und Holzbarrikaden gestoppt. Die Bauteile wurden abgeladen und auch der LKW kam nicht unbeschädigt davon. Aufgrund dieser recht gelungenen Aktion fuhren am Donnerstagabend einige Mannschaftswagen und Wasserwerfer auf das Baugelände, woraufhin von den Lagerbewohnern alle Alarmhebel in Bewegung gesetzt wurden. Es wurde national an alle BIs die Parole ausgegeben, daß in Grohnde »akute Räumungsgefahr« bestehe, weshalb alle AKW-Gegner — soweit möglich — sofort nach Grohnde kommen sollten.

Diese Art der Mobilisierung, das hektische Zusammentrommeln der AKW-Gegner geht genau in die falsche Richtung. Sie verheizt die Solidaritätsbewegung (dies war nicht der erste »Großalarm« für Grohnde) und dadurch kann sicher nicht eine Räumung des besetzten Platzes verhindert werden. Denn klar ist, daß eine Räumung des Platzes nicht dadurch verhindert werden kann, daß wenige militante AKW-Gegner sich auf militärischer Ebene mit den Bullen messen, sondern nur durch die breite Unterstützung des Lagers durch die ortsansässigen BIs und die Bevölkerung.

KB / Gruppe Hannover und AKW-Nein-Kommission

Inbetriebnahme des KKI 1 steht unmittelbar bevor

Am 14.7.77 kam die Reaktorsicherheitskommission (RSK) des Bundesinnenministeriums zu dem Schluß, daß jetzt der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks „Isar 1" (KKI 1) in Ohu nichts mehr im Wege stünde, da alle Sicherheitsprobleme geklärt seien.

Die eigentliche Betriebsgenehmigung muß nun das bayerische Landesentwicklungsministerium erteilen, das allerdings erklärte, dies erst zu machen, wenn die Auflagen des Bundesinnenministeriums bekannt seien. Was letztlich die baldige Inbetriebnahme bedeutet, da – wie auch die Landshuter Zeitung („LZ") vom 15.7.77 schreibt – „*bisher kein Fall bekannt* (sei), *in dem sich das Bundesministerium in gravierenden Punkten nicht an die Empfehlungen seiner Expertenkommission* (der RSK – d. Verf.) *gehalten hat*". Daran wird deutlich, daß entgegen dem Geschwafel vom „Bürgerdialog" die Bundes- und Landesregierung ohne Rücksicht auf Verluste ihre Marschroute des massiven Ausbaus von Kernenergie gehen wird.

KB/Gruppe Landshut

1.000 Frauen besetzten Gemeinderäume

Montalto di Castro, Italien. Über 1.000 Frauen, vor allem Bäuerinnen, besetzten am 15.7. die Gemeinderäume von Motalto di Castro, wo der Bau eines AKWs geplant ist. Mit dieser Aktion, die den ganzen Vormittag über andauerte, protestierten die Frauen gegen die Weigerung des Provinzpräsidenten von Viterbo, eine Delegation der Bevölkerung an einer Zusammenkunft von Behörden- und Gewerkschaftsvertretern teilnehmen zu lassen, die an diesem Tag über Fragen des AKW-Baus beraten sollte. Alle drei Gewerkschaftsverbände (CGIL, CISL und UIL) hatten übrigens erst kürzlich ihre prinzipielle Zustimmung zum Atomenergie-Programm der Regierung erklärt. Die Gemeinderäume von Motalto wurden bereits mehrfach aus Protest gegen das geplante AKW besetzt („Lotta Continua", 16.7.77).

Genau eine Woche vorher, am 8. 7., war auf dem Gelände plötzlich eine Baufirma erschienen, um mit den Ausschachtungsarbeiten für das AKW zu beginnen. Die Arbeiten mußten allerdings nach 2 Stunden bereits wieder eingestellt werden: In Begleitung von 150 Mitgliedern der örtlichen Bürgerinitiative und einigen Polizisten (!) erschien der Bürgermeister von Motalto, Serafinelli (PCI), und überreichte der Baufirma eine Eilanordnung, die die Weiterführung der Arbeiten verbietet, weil die Gemeinde noch keine Baugenehmigung erteilt hat („ID", Nr. 186). Bislang wurde lediglich von der Region Latium eine Standortgenehmigung erteilt. Das geplante AKW in Moltalto, 120 km nördlich von Rom, soll nach dem Plan des Nationalen Energie-Instituts ENEL in zwei Blöcken mit einer Gesamtkapazität von 1.960 MW entstehen und 1983 bzw. 1984 den Betrieb aufnehmen („atw-report", Mai 1977).

Ein Genosse aus Bremerhaven

Mütter demonstrierten gegen Atomkraftwerk



Mütter und Kinder gegen das AKW Zwentendorf

Wien: Etwa 70 Frauen der Aktion „Mütter gegen Atomenergie" demonstrierten am 4. Juli vor dem Amtssitz des Bundeskanzler Kreisky in Wien gegen das AKW Zwentendorf. Eine Delegation überbrachte Kreisky eine Resolution der Aktion und versuchte mit Kreisky über die besondere Gefährdung von Frauen und Kindern durch Atomkraftwerke zu diskutieren. Damit waren sie offenbar an den Falschen geraten. Arrogant pöbelte er die Frauen an: „*Sie sind nicht genug und nicht richtig informiert! Sie sind in Ihrer Ansicht verbohrt und lassen keine Argumente mehr gelten*" (Kurier, 5.7.)

Österreich-Kommission KB/Gruppe Bremen

AKW Esenshamm kurz vor der Inbetriebnahme

Am 14. Juli hat die „Reaktorsicherheitskommission" beim Bundesinnenminister grünes Licht für den nuklearen Betrieb des AKW Esenshamm gegeben; laut Zeitungsmeldungen („Weser-Kurier" v. 15.7.) wird Minister Maihofer „in den nächsten Tagen" der niedersächsischen Regierung empfehlen, den AKW-Betreibern die entsprechenden Genehmigungen zu geben.

Zur endgültigen Inbetriebnahme müssen allerdings noch zwei Klagen der „Bürgeraktion Küste" (BAK) abgeschmettert werden. Um dafür die Grundlagen zu schaffen, scheut die niedersächsische Landesregierung nicht einmal vor den übelsten Gaunertricks zurück:

— Bereits am 2.5.77 war kurzerhand der Wärmelastplan für den Bereich der Unterweser und Unterelbe außer Kraft gesetzt worden (siehe AK 107). Damit soll der (bisher erfolgreichen) Klage eines Braker Fischers die Grundlage entzogen werden, nach der die NWK und Preußen-Elektra zwingend dazu verpflichtet werden, Kühltürme zu bauen.

— Jetzt wollen Albrecht und Co. auch den Grundlagen für die zweite Klage (über die noch keine Gerichtsentscheidung vorliegt) an den Kragen gehen: In der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung war den AKW-Betreibern untersagt worden, daß radioaktiv verseuchtes Wasser über landwirtschaftliche Flächen gelangt. Das AKW Esenshamm liegt aber unmittelbar neben dem Einlaßsiel für das Bewässerungssystem des Budjadinger Landes mit ca. 80.000 Rindern! D.h.: Eine radioaktive Verseuchung von Wiesen, Milch und Fleisch ist schon bei „Normalbetrieb" 100%ig sicher. Das wird von den Behörden auch gar nicht bestritten. Damit trotz Verstoßes gegen die atomrechtliche Teilgenehmigung das AKW in Betrieb gehen kann, soll diese Auflage jetzt nachträglich gestrichen werden. Die unglaubliche Begründung der Regierung (wörtlich!): Diese Auflage ist *„undurchführbar und damit unrichtig"* („Weser-Kurier", 15.7.)!!!!!

Ob Menschen und Tiere gefährdet werden, ist egal. Hauptsache, die Kasse stimmt! Denn für NWK und Preußen-Elektra ist das seit einem Jahr betriebsfertige AKW täglich ein Verlustgeschäft von über 600.000 DM.

Bei diesen Machenschaften kann man noch nicht einmal sicher sein, daß die endgültigen Gerichtsentscheidungen vor der Inbetriebnahme abgewartet werden. Immerhin sind bereits seit Dezember letzten Jahres die 150 Beschäftigten rund um die Uhr ständig dabei, das AKW in vollständiger Betriebsbereitschaft zu halten, damit es in kürzester Zeit die Produktion von Atomstrom aufnehmen kann („Weser-Kurier", 8.7.).

Bisher ist der Kampf gegen das AKW Esenshamm überwiegend auf der Linie der Gerichtsverfahren geführt worden. Für die meisten AKW-Gegner aus Bremen, Bremerhaven oder Oldenburg war das AKW vor ihrer Haustür bis vor kurzem kein Ziel ihres Protestes. Das sollte geändert werden! Gerade das gangsterhafte Vorgehen der niedersächsischen Regierung, mit dem die letzten Hindernisse für die Inbetriebnahme aus dem Weg geräumt werden, erfordert es, einen breiten und massiven Protest gegen das AKW Esenshamm und das gesamte Atomprogramm zu entwickeln.

Ein erster Schritt zum gemeinsamen Protest der BIs aus der ganzen Region war das Anti-AKW-Camp in Overwarfe im Juni (siehe AK 107).

Am letzten Donnerstag hat jetzt auf Initiative der BBA Bremen ein Treffen mit BAK-Vertretern (die BAK ist Mitglied der BBU!) und einzelnen örtlichen Initiativen stattgefunden. Auf ihm wurde deutlich, daß bei allen die grundsätzliche Bereitschaft besteht, gemeinsame Protestaktionen vorzubereiten. Auf einer Konferenz sämtlicher BIs aus dem Raum zwischen Weser und Ems sollen nun konkrete Schritte festgelegt werden.

KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ESENSHAMM!
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM!

AKW Biblis: Die Lage spitzt sich zu

Mit dem Abschluß des Erörterungsverfahrens zum Bau von Block C spitzt sich die Lage um die Errichtung des 3. AKWs in Biblis weiter zu. Außerdem verdichten sich die Informationen, wonach die Entsorgung des Blocks C von der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in La Hague übernommen werden soll. Mit diesem Trick wurde kürzlich dem AKW Phillipsburg II die Baugenehmigung erteilt. Nur mit größter Anstrengung kann es der BI-Bewegung im Rhein-Main-Neckar-Raum gelingen, diese Pläne noch rechtzeitig zu durchkreuzen.

Von den in letzter Zeit wenig ergiebigen Diskussionen auf den Koordinationstreffen (KO) und in einigen örtlichen BIs dieser Region hebt sich die gerade aufkommende Debatte um eine Besetzung des für Block C vorgesehenen Bauplatzes positiv ab. Erfreulich ist, daß gerade die aktiven Stadtteilgruppen der Frankfurter BI einstimmig (bei 30 Anwesenden) auf dem Plenum vom 21.7. eine Erklärung

lich ist, daß gerade die aktiven Stadtteilgruppen der Frankfurter BI einstimmig (bei 30 Anwesenden) auf dem Plenum vom 21.7. eine Erklärung

beschlossen haben, in der sie die Besetzung des Baugeländes von Block C fordern. In der Erklärung heißt es dazu: *„das muß vor der Errichtung des Bauzaunes geschehen, wie die Ereignisse in Grohnde gezeigt haben. Wir fordern die BIs auf, die Mobilisierung zur Besetzung des Baugeländes anzugehen und sich darauf zu konzentrieren."*

Auf dem am 22.7. stattgefundenen Koordinationstreffen, auf dem 16 BIs vertreten waren, ist diese Erklärung insgesamt positiv aufgenommen worden. Die Mehrheit der anwesensen Delegierten, in deren BIs schon ähnliche Diskussionen geführt wurden, sprachen sich für eine Besetzung aus. In den anderen BIs soll diese Diskussion noch geführt werden.

Trotz dieser Einigkeit über die Notwendigkeit einer Besetzung blieb die Frage, wie die Vorbereitung geschehen soll, umstritten. Eine BI (Osthofen) sprach sich z.B dafür aus, nicht den Bauplatz präventiv zu besetzen, sondern erst, wenn der Zaun errichtet wird. Von der Gewerkschaftsinitiative Mannheim wurde der Standpunkt vertreten, daß man erst einmal in den umliegenden Dörfern um Biblis sechs Wochen lang Vorarbeit leisten müsse, bevor man entscheidet, ob eine Besetzung im Einklang mit der örtlichen Bevölkerung steht oder nicht. Andere BIs sprachen sich zwar auch für verstärkte Agitation unter der Bevölkerung aus, orientierten aber auf eine Besetzung in naher Zukunft.

Rechtzeitig vor dem Übergang zu konkreten Aktionen sind mehrere BIs aus dem KO-Treffen ausgeschieden. Es handelt sich hierbei in der Regel um BIs, die in letzter Zeit versucht haben, zusammen mit Wüstenhagen einen BBU Landesverband aufzubauen, die sich gegen die Forderung „Kein AKW in Biblis" stellen, sondern sich stattdessen nur gegen den Block C aussprechen (angeblich weil die örtliche Bevölkerung die Blöcke A und B akzeptiert!).

Allerdings haben die Initiatoren der Abspaltung es schwer, ihre Leute auf Kurs zu bekommen. So wurde auf dem rechten Spaltertreffen ein Antrag gestellt, den Linken den Verkauf von Zeitungen auf Veranstaltungen zu verbieten. Dieser Antrag wurde erfreulicherweise mit Mehrheit abgelehnt. Auch ist es fraglich, ob die Begründung für das Fernbleiben von dem KO-Treffen (Praxisferne, Hickhack, nur für Besetzung) die abgespaltenen BIs längerfristig einigen wird.

Die AKW-Betreiber haben im Anhörungsverfahren deutlich gemacht, daß es sie einen Dreck schert, welche Bedenken gegen das AKW bestehen und daß sie jetzt möglichst zügig mit dem Bau beginnen wollen. Angesichts dessen dürfte es den rechten BIs schwerfallen, eine Besetzungsaktion als „praxisfern" etc. abzutun.

AKW-Nein-Kommission

Mit Molotow-Cocktails gegen AKW-Gegner

Mit Molotow-Cocktails gegen AKW-Gegner



Heiteren/Fessenheim. In der Nacht vom 12. auf den 13.7., etwa gegen 24 Uhr, stürmten zehn Männer mit Molotow-Cocktails und Eisenstangen bewaffnet den besetzten Platz in Heiteren. Der ganze Anschlag war gut durchorganisiert. Die Bande tauchte aus dem Dunkeln auf, warf sofort Molotow-Cocktails auf die am Feuer sitzenden Wachen und steckte die Holzhütten in Brand, in denen Besetzer schliefen.

Danach zog sich der Trupp sofort zurück und warf dabei noch drei Personenwagen um (Sachschaden 5.000 DM).

Ein Mitglied der Freiburger BI wurde von einem Molotow-Cocktail so schwer getroffen, daß es schwere Verbrennungen erlitt und sofort auf die Intensivstation des Krankenhauses gebracht werden mußte. Sofort nach dem Überfall kamen die Feuerwehr und viele Helfer, es gelang jedoch nicht, die Bande festzuhalten oder zu identifizieren.

Seit einigen Monaten halten AKW-Gegner den halbfertigen Hochspannungsmast des AKW Fessenheim bei Heiteren besetzt; über den Mast soll der Strom aus dem Kernkraftwerk nach Paris geleitet werden.

Die örtlichen AKW-Gegner vermuten, daß hinter diesem faschistoiden Anschlag gekaufte Trupps der Atomindustrie stehen. Eine „eindeutige Stellung" bezog auch die französische Polizei.

Nach Aussagen der örtlichen BIs wurde sie sofort nach dem Überfall geholt, sie weigerten sich aber, die Ermittlungsarbeiten aufzunehmen und vertrösteten auf morgen. Wenn's hell ist! Auch am nächsten Tag wurden die Ermittlungen weiter boykottiert. Die Bullen schoben die Zuständigkeit von einer Stelle zur anderen, so daß der Anschlag erst am späten Nachmittag des 13. (mehr als 13 Stunden danach) offiziell festgestellt wurde.

Noch für den 13.7. abends wurde zu einer Kundgebung mobilisiert, zu der etwa 300 AKW-Gegner erschienen, um gegen den Anschlag zu protestieren. Ein Fackelzug in Freiburg am 14.7. war etwa 100 Mann stark, er zog an der Universitätsklinik vorbei, wo der verletzte Freiburger auf der Intensivstation liegt.

Die örtlichen BIs haben einhellig erklärt, daß die Besetzung weiter geführt wird und als erste Konsequenz die Nachtwachen verstärkt wurden.

Die Freiburger BI fordert zu Spenden auf: Spendenkonto: Nummer 1720224, Öffentliche Sparkasse Freiburg, Kennwort „Brandanschlag".

Sie fordert außerdem dazu auf, Briefe an Axel zu schreiben, der über einen längeren Zeitraum auf der Intensivstation isoliert sein wird.

(Kontakt: BI Freiburg, Wilhelmstraße 15, Hinterhof, Freiburg).

Springer hetzt

Im „Hamburger Abendblatt" vom 14.7.1977 wurden die Vorfälle genau umgedreht und den AKW-Gegnern untergeschoben: **Kernkraftwerksgegner stürmten Fessenheim. Nur noch Trümmer blieben von der Baustelle des Kernkraftwerkes Fessenheim im Elsaß übrig, nachdem Kernenergiegegner das Gelände gestürmt hatten. Der Angriff auf das Gelände wurde mit Molotowcocktails vorgetragen. Baracken brannten aus, Geräte wurden demoliert. Einer der Baustellen-Stürmer, ein Deutscher, erlitt schwere Brandverletzungen.**

Springer sucht seinen „Reichstagsbrand" im Atomkraftwerk. Das Muster, den nächsten Atomunfall den AKW-Gegnern in die Schuhe zu schieben, ist den Springer-Journalisten soweit in Fleisch und Blut übergegangen, daß auch dieser „Sturm auf Fessenheim" sich da glatt einordnet.

AKW-Nein–Kommission



Nürnberg. Über 400 Menschen kamen zur ersten Veranstaltung der Russell-Initiative. Aufgerufen hatten: ESG, KB, SB, Gefangenengruppe, AG „Gewalt gegen Frauen" im Frauenzentrum, Frauengruppe an der Fachhochschule, Ermittlungsausschuß der Bürgerinitiative gegen AKWs, Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender, einige Mitglieder des Fachschaftsrats der Fachhochschule. Unterstützt wurde sie von: GEW Nürnberg, Jusos Fürth, DFG/VK, BDP/BDJ, Jusos Nürnberg, einigen Mitgliedern der Falken und mehreren Rechtsanwälten. Einleitend hielt Erich Fried ein Referat, in dem die Notwendigkeit eines Russell-Tribunals aus der Sicht ausländischer Demokraten dargestellt wurde. Die folgenden Referate griffen exemplarisch einige Bereiche der Repression in Nürnberg heraus: So z.B. die Situation der Frauen, die Maßnahmen der Stadt gegenüber fortschrittlichen Künstlern usw. Mehrere Resolutionen wurden verlesen, u.a. zum geplanten

in Nürnberg heraus: So z.B. die Situation der Frauen, die Maßnahmen der Stadt gegenüber fortschrittlichen Künstlern usw. Mehrere Resolutionen wurden verlesen, u.a. zum geplanten

Treffen von Angehörigen der 6. Gebirgsdivision-Nord der Waffen-SS in Nürnberg. Alle Gruppen und demokratischen Persönlichkeiten wurden aufgefordert, eine breite antifaschistische Aktionseinheit gegen dieses Vorhaben zu unterstützen.

KB/Gruppe Nürnberg

Würzburg. An einer Veranstaltung der Würzburger Vorbereitungsgruppe nahmen 500 Menschen teil, womit dies eine der größten Veranstaltungen der letzten Jahre war. Aufgerufen hatten: Bossle-Komitee, WUHSt (Schwulengruppe), einige Mitglieder der Frauengruppe, KB und SB. Es sprachen Erich Fried, Prof. Siegrist (Münster), der von einem Berufsverbot bedroht ist, zur Entwicklung der Soziologie als Herrschaftswissenschaft, ein Vertreter des Göttinger AStA über die Möglichkeit, durch eine breite Solidaritätskampagne Erfolge gegen die Repression zu organisieren und das Bossle-Komitee zum Stand der augenblicklichen Auseinandersetzung um die Berufung des Pinochet-Freundes Bossle auf einen Lehrstuhl an der Uni. Fried und Siegrist verfaßten einen gemeinsamen Aufruf gegen diese Berufung, mit dem über Würzburg hinaus an die demokratische Öffentlichkeit herangetreten werden soll (zur Auseinandersetzung um die Berufung Bossles siehe Artikel im Hochschulteil des AK).

Bamberg. Am 18.7. fand ein erstes Arbeitstreffen zum Aufbau einer Unterstützungsgruppe statt, an der teilnahmen: Frauengruppe Bamberg, Initiative gegen AKWs, Sozialistische Gruppe (SB und Unorganisierte), KB. Beobachter entsandten: AStA und Fachschaften der Gesamthochschule Bamberg, Jusos, RJVD (Jugendorganisation des KABD). Als erster gemeinsamer Schritt wurde eine Veranstaltung für den 25.7. geplant. Die Bamberger Revi-Fraktion (DKP, MSB, Berufsverbotekomitee) war auch zum ersten Treffen erschienen. Allerdings nur, um die Einschränkung des Russell-Tribunals auf die Berufsverbote zu fordern. Im Gegensatz dazu bestand unter den übrigen Anwesenden jedoch die einstimmige Überzeugung, daß alle Bereiche der Repression behandelt werden müßten.

Genossen aus Bamberg

Landshut. Auf Einladung der Arbeitsgruppe „Repression gegen Frauen" hat sich eine Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals gegründet. Bisher arbeiten fest mit: Die AG „Repression gegen Frauen", der KB, der Kreisverband der Landshuter Jungdemokraten und mehrere Unorganisierte. Auf den bisherigen Treffen wurde sich einstimmig für die Behandlung des gesamten Spektrums der Repression ausgesprochen. Noch vor den Sommerferien soll eine Veranstaltung unter dem Motto „Modell Deutschland" stattfinden. Die SdAJ forderte auf dem ersten Treffen die Einschränkung auf die Berufsverbote. Insbesondere lehnte sie die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab. Als dieses abgelehnt wurde, erschien die SdAJ zum zweiten Treffen nicht mehr.

KB/Gruppe Landshut

Bremen. Aus Anlaß der „Bremer Kulturwoche" im August hatte die Künstlergruppe „Kulturplatz" dazu aufgerufen, ein alternatives Kontrast-

Bremen. Aus Anlaß der „Bremer Kulturwoche" im August hatte die Künstlergruppe „Kulturplatz" dazu aufgerufen, ein alternatives Kontrast-

programm zu entwickeln, worin insbesondere auf die Repression im Kultur- und Medienbereich hingewiesen werden sollte. Die daraus entstandene Gruppe hat inzwischen beschlossen, über diesen Aspekt hinaus an der Vorbereitung des Russell-Tribunals teilzunehmen. Bisher gehören dieser Gruppe an: Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke (Koordinationsausschuß), Christen für den Sozialismus, Antirepressionsinitiative Delmenhorst (dortige Russell-Vorbereitungsgruppe), Frauenaktionseinheit, SB Bremen, KB, „Bremer Blatt", GIM, Medizinalassistentengruppe, SCHWAB, Referendarrat am WIS, Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes und Einzelpersonen. Auf der Sitzung vom 12.7. kam es zu einer Kontroverse über die zu behandelnde Thematik. Die GIM und SB-Vertreter sprachen sich dafür aus, nur die für die BRD spezifischen Bereiche der Repression zu behandeln. Gegen eine Gegenstimme wurde dann jedoch der Beschluß gefaßt, einen Brief an die Russell-Foundation zu richten, in dem diese aufgefordert werden soll, alle Bereiche der Repression zu berücksichtigen (der SB-Vertreter stimmte ebenfalls dafür).

Hildesheim. Von der „Hildesheimer Initiativzeitung" erhielten wir einen Brief, in dem es heißt: *„Wir, die Redaktion der ‚HIZ' ziehen hiermit die Unterzeichnung der (Göttinger) Resolution zurück und betrachten sie als ungültig, weil*
1. mißverständlicherweise besagter ‚HIZ'-Redakteur ohne vorherige Diskussion und Absprache mit der Redaktion im Namen der ‚HIZ' unterzeichnete, dafür aber in keinster Weise autorisiert war.
2. Text und Form der Resolution nicht unserer Meinung und Vorgehensweise in Sachen Russell-Tribunal entspricht..."

Dieser Rückzug von der Resolution kommt insofern überraschend, als sehr wohl vor der Göttinger Arbeitskonferenz mit mehreren Mitgliedern der Redaktion über die anstehende Problematik diskutiert wurde.

Berichtigung

Im „Antirepressions-Info" Nr. 3 (Herausgeber: KB) hieß es über die Bonner „Initiative für ein Russell-Tribunal", der SSB (KB-Sympathisanten) und die Initiative Kommunistische Gruppe, die an der Göttinger Arbeitskonferenz teilgenommen hatten, würden darin noch nicht mitarbeiten. Wie uns die Genossen mitteilten, stimmt das nicht. Sie waren vielmehr an der Bildung der Bonner Initiative wesentlich mitbeteiligt.

„Vorläufiges Sekretariat" — alles andere als neutral!

Das Tribunal wird u.a. unterstützt von Dr. Bernt Armbruster (FDP Stadtrat in Heidelberg), Prof. Bernhard Blanke, Prof. Ernst Bloch, Heinz Brandt (Journalist), Gerda Burckhardt (SPD Stadträtin in Heidelberg), Prof. Peter Brückner, F. C. Delius (Schriftsteller), Prof. Frank Deppe, Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Rudi Dutschke, Prof. Fritz Eberhard, Prof. Walter Eder, Bernt Engelmann (Schriftsteller), Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Hellmuth Gollwitzer, Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Hans Heldmann (Rechtsanwalt), Hannelore Jochum (SPD Stadträtin), Yaak Karsunke (Schriftsteller), Alexander Kluge (Regisseur), Dr. Nils Kadritzke (Lektor), Hans Lietzmann (Bundesvorstand des LHV), Dr. Charlotte Maack (Publizistin), Jacob Moneta (Journalist), Marie Marcks (Graphikerin), Prof. Wolf Dieter Narr, Prof. Oskar Negt, Sybille Plogstedt (Journalistin), Prof. Rolf Rendtorff, Prof. Jürgen Seifert, Manfred Sieg (Bundesvorstand LHV), Dr. Hannes Schwenger (Journalist), Prof. Theo Schiller, Peter Schneider (Schriftsteller), Dr. Klaus Wagenbach (Verleger), Prof. Uwe Wesel, Gerhard Zwerenz (Schriftsteller)

Akademischer Senat der FHSS Berlin, CISNU, Deutsche Jungdemokraten, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Berlin), Gruppe internationaler Marxisten, Humanistische Union, Jungsozialisten Landesverband Baden-Württemberg, Liberaler Hochschulverband, Sozialistisches Büro, Verband der Schriftsteller in der IG Druck, Vereinigte Deutsche Studentenschaften.

Für das Sekretariat:

Thomas Dieckmann

So „neutral" geht's zu beim „Vorläufigen Sekretariat": In einem offiziell verbreiteten Spendenauftruf wurde bei der Aufzählung der Unterstützer ausgerechnet der KB „vergessen". So ein Zufall aber auch!...

Das von der Bertrand Russell Peace Foundation eingesetzte „vorläufige Sekretariat", das ein „Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD" vorbereiten soll, macht weiter mit zweifelhaften Manövern von sich reden. Ganz im Gegensatz zu einer vom „Sekretariat" abgegebenen und von der Russell Foundation inzwischen bestätigten Erklärung denken einige „Sekretäre" leider nicht daran, die darin ausdrücklich versprochene „N e u t r a l i t ä t" zu wahren und sich *„jeder über die Vorbereitung des Tribunals hinausgehenden politischen Aktivität (zu) enthalten"* (Erklärung vom 24.6.).

Ebensowenig hält sich das „Sekretariat" an seine auf der Göttinger Arbeitskonferenz (25./26.6.) gegebene Zusage, alles zu vermeiden, was darauf hindeuten könnte, die Thematik des Tribunals sei bereits auf die Untersuchung einiger weniger Bereiche der Repression festgelegt. Da darüber erst die Jury selbst entscheiden werde, wollte das „Sekretariat" zukünftig keine „Themenkataloge" mehr herausgeben, die den Eindruck einer Vorentscheidung in dieser umstrittenen Frage machen könnten.

Schon wenig später war allerdings ein Artikel in der „Frankfurter Rundschau" (2.7.) erschienen, in dem nicht nur eine Eingrenzung des Tribunals auf Berufsverbote, „Lauschaktionen" des Verfassungsschutzes und Zensurparagraphen (§§ 88a und 130 a) vorgenommen, sondern auch der KB angegriffen wurde.

Zwar versuchte das „Sekretariat", die heftige Kritik an diesem Vorgehen damit zu entkräften, daß die „FR" *„ungenau über die Themen des Tribunals"* berichtet habe (über den KB nicht?). Eine öffentliche Richtigstellung wurde aber abgelehnt. Um solche „Fälle" auszuräumen, beschlossen die „Sekretäre" jeodch (auf einer Sitzung am 4.7.), Presseerklärungen künftig nur noch schriftlich abzugeben oder aber genauestens abzustimmen. Außerdem sollten alle wertenden Stellungnahmen über Unterstützungsgruppen unterbleiben.

Das „Sekretariat" faßt Beschlüsse – allein „das Fleisch ist schwach"... Einem solchen Schwächeanfall muß „Sekretär" Haritz wohl wieder einmal erlegen sein, als er der „Stuttgarter Zeitung" eine Aussprache gewährte (erschienen am 19.7.). Haritz wußte dort zu berichten, daß sich das Russell-Tribunal mit Berufsverboten, §§ 88a und 130a, den Einschränkungen der Rechte von Verteidigern und Angeklagten und den Abhöraktionen des Verfassungsschutz beschäftigen werde . Will das „Sekretariat" auf diese Weise die *„in der Unterstützungsbewegung fortexistierende Verunsicherung"* ausräumen?

Wie lange will man eigentlich noch diese „Doppelstrategie" betreiben, die von niemandem als witzig empfunden werden kann, dem das Zustandekommen und der Erfolg des Tribunals wirklich am Herzen liegt? Gegenüber der Unterstützungsbewegung wird unaufhörlich „Neutralität" und „Zusammenarbeit mit allen" beschworen, ja es wird gar mit theatralischem Ernst „an die gegenseitige Solidarität appelliert". In der bürgerlichen Öffentlichkeit dagegen wird so getan, als ob besonders brisante Fragen für das Tribunal gar nicht zur Diskussion stünden (etwa die Untersuchung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse). und die „K-Gruppen" schon gar nichts mit der Sache zu tun hätten

Typisch: In der „FR" (2.7.) ließ „Sekretär" Diekmann verlauten, die Mitarbeit des KB sei *„zur Zeit sehr in Frage gestellt"*. In einem Rundbrief des „Sekretariats" vom 15.7. (nicht öffentlich) wird der KB dagegen noch als unterstützende Gruppe genannt. Im (öffentlichen) „Spendenaufruf" des „Sekretariats" wiederum nicht, wohl aber z.B. die GIM, deren bisherige „Aktivitäten" zum Tribunal bekanntlich ungemein bedeutend waren. (Aber, aber – wer wird denn darin eine „Wertung" sehen oder gar einen „parteipolitischen Eingriff"! Die GIM wurde selbstverständlich nur genannt, um die „Breite" der Unterstützung zu dokumentieren!....)

Man kommt um die Feststellung nicht herum, daß es sich bei diesem Vorgehen um eine besonders unangenehme Variante von Unvereinbarkeitspolitik handelt. Während man bei der DKP immerhin weiß, woran man ist, und die These 41 für jederman im Parteiprogramm nachlesbar ist, wird von diesen Leuten im kleinen linken Kreis ständig Bereitschaft zur Zusammenarbeit geheuchelt, aber in der Praxis das genaue Gegenteil getan. Peinlichst bedacht, die Differenzen über die Konzeption des Tribunals (umfassende Untersuchung des „Modell Deutschland" oder nicht) zuzudecken und eine öffentliche Auseinandersetzung als „schädliches Hick-Hack" zu unterbinden, wird auf der anderen Seite das mit dem Namen der Russell-Foundation verbundene bürgerliche Pressemonopol (in der Berichterstattung über das Tribunal) mißbraucht, um mit einseitigen oder gar falschen Informationen vollendete Tatsachen zu schaffen. Die „Zusammenarbeit" mit dieser Sorte kleinbürgerlicher Möchtegern-Politiker wird uns auf jeden Fall eine bleibende Erfahrung sein!

»Courage« mauschelt mit gegen Fraueninteressen

Unter dem erstaunlichen Briefkopf „Frauen-AG des Russell-Tribunals" verschickte die Westberliner Frauenzeitung „Courage" am 15. Juli einen nicht weniger erstaunlichen Brief. Zweifellos ist die „Courage" nicht im mindesten berechtigt, Briefe im Namen der „Frauen-AG" zum Russell-Tribunal zu verschicken. Die „Courage" vertritt allenfalls eine kleine Minderheits-Tendenz von 3 oder 4 Gruppen innerhalb der AG (insgesamt über 20 Gruppen), und es ist überdies noch sehr die Frage, ob die „Courage" wenigstens mit diesen 2–3 Gruppen ihren Brief vom 15. Juli abgestimmt hat. Aber krass undemokratische Vorgehensweisen und skrupelloser Etiketten-Schwindel gelten ja wohl mittlerweile schon als Markenzeichen einer gewissen Art von „Autonomie".

Was beinhaltet nun dieser Brief ? Kurz gesagt: **„Unsere Befürchtungen"** (wegen einer thematischen Einschränkung des geplanten Tribunals) **„sind offenbar nicht begründet"**. Und: „ ...**daß wir uns wohl mehr über den KB als über das Sekretariat ärgern müßten**". Angeblich habe „der KB" (?!) Treffen einberufen, zu denen *„wir"* (wer ist das außer der „Courage"?) nicht eingeladen wurden. Abgesehen von der Selbstverständlichkeit, daß „der KB" keine Treffen in Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal einberufen kann und das auch nicht getan hat, sind uns auch keine Treffen bekannt, zu denen die „Courage" nicht eingeladen worden wäre. Hier soll offensichtlich mit Gerüchtemacherei „der KB" als Buhmann aufgebaut werden, um von der einfachen und allgemein bekannten Tatsache abzulenken, daß natürlich nicht der KB, sondern das „Sekretariat" sich im Sinn einer weitgehenden Ausklammerung der Frauen-Unterdrückung vom Tribunal ausgesprochen haben.

So kommt nicht einmal die „Courage" in ihrem Brief um die Feststellung herum: *„Es gab verschiedene Vorschläge, darunter den vom AK gegen Berufsverbote, wo die Frauen zu kurz kamen"*. Nun habe man aber mit zwei „Sekretären" gesprochen (ausgerechnet den beiden, die in erster Linie für diese Art von „Vorschlägen" verantwortlich sind!), und habe erfahren: *„Das sind keine offiziellen Stellungnahmen. Offiziell ist das Sekretariat selbständig in der Auswahl der Fälle, ist thematisch nicht beschränkt, d.h., behandelt alles, was gegen die Menschenrechte verstößt. Dazu gehört sicher auch die Frauenunterdrückung in allen Varianten"*. Auch abgesehen von dieser mehr als nur naiven „Schlußfolgerung" ist an diesen drei Sätzen fast alles falsch: 1. Es gibt natürlich überhaupt keine offiziellen Stellungnahmen des „Sekretariats" – die früheren Erklärungen zur Einschränkung der Thematik sind ebensowenig offiziell wie die jetzigen Beschwichtigungsversuche oder die Erklärungen gegenüber der bürgerlichen Presse, in denen wiederum nur ein sehr eingeschränktes Spektrum der Repression angesprochen wird. 2. Es gibt auch keine offizielle Funktionsbestimmung des „Sekretariats". 3. Es gibt keine Erklärung, wonach das „Sekretariat" *„selbständig in der Auswahl (!) der Fälle"* sein sollte. Das wäre doch wohl auch noch schöner! 4. Das „Sekretariat" (bzw. das Tribunal) soll keineswegs a l l e s behandeln, *„was gegen Menschenrechte verstößt"*, sondern lediglich **„d i e j e n i g e n Menschenrechtsverletzungen..., die für unser Land typisch und spezifisch sind"** (Brief des „Sekretariats" vom 12.7.77 an das „Weiberplenum", Westberlin).

Es ist offensichtlich, daß die beiden Vertreter des „Sekretariats", die mit den „Courage"-Frauen gesprochen haben, die Bedenken wegen einer thematischen Einschränkung nicht im geringsten ausgeräumt haben, sondern daß es den „Courage"-Frauen nur darum geht, das b e r e c h t i g t e Mißtrauen wegen einer thematischen Einschränkung einzuschläfern.

In ihrem Brief vom 15.7. stellt die „Courage" zusätzlich noch die Behauptung auf: *„Ob und inwieweit Frauenthemen behandelt werden, wird davon abhängen, ob wir Frauen für das Tribunal vorschlagen können"*. Und: *„Ob wir damit durchkommen"* (mit dem Vorschlag verschiedener Frauen fürs Tribunal) *„wird davon abhängen, daß wir möglichst viele Briefe an die Foundation mit diesen Vorschlägen schreiben"*.

Hier sollen auf eine echt sozialdemokratische Tour die Frauen vertröstet und verschaukelt werden. Dieses Vorgehen der „Courage" erklärt sich daraus, daß einige Sprecherinnen der „Courage" aus demselben Klüngel stammen wie die Kräfte, die sioh im „Sekretariat" durchgesetzt haben. Daß bei diesen Mauscheleien hinter den Kulissen die Fraueninteressen auf der Strecke bleiben, ist nicht verwunderlich.

Russell-Tribunal: „impotent"?

Eine sehr rabiate Kritik am geplanten Russell-Tribunal übte kürzlich das super-trotzkistische Grüppchen **„Trotzkistische Liga Deutschland"** (TLD) in seiner Zeitung „Kommunistische Korrespondenz" (Juli 1977). Die Sprache der Polemik erscheint stellenweise als Mischung aus „Roter Morgen" und „Revolutionärer Zorn". Etwa so: *„Die vorgebliche Linke kapituliert vor der Aufgabe, die Arbeiterklasse gegen den Strom schwimmend um ihre Klassenforderungen zu mobilisieren und desorientiert ihre fortgeschrittensten Elemente durch bizarre Gläubigkeit in die moralische Kraft des Urteils einer kleinbürgerlichen Jury gegenüber einer bis an die Zähne bewaffneten Bourgeoisie. Anstatt die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von solchen klassenfremden Einflüssen zu erkämpfen, organisieren diese angeblichen Revolutionäre Veranstaltungen für die Ideologen der liberalen Menschlichkeit, auf denen diese ihr lähmendes Gift in die Arbeiterbewegung verspritzen..."*. *„Tribunale wie die der Bertrand Russell Peace Foundation dokumentieren die politische Hilflosigkeit der liberalen Kleinbourgeoisie, deren Waffen für ‚Menschenrechte' und ‚Freiheit' sich auf die des impotenten moralischen Appells beschränken"*. Dann eine kleine Probe trotzkistischer Logik: *„Trotzkisten werden nicht die Arbeiterbewegung desorientieren, indem sie ihr ein Russell-Tribunal gegen den Terror der Bourgeoisie anbieten. Würde jedoch ein Russell-Tribunal aus integren Persönlichkeiten über die bürgerliche Repression in der BRD zusammentreten, so würde die TLD seine Impulse unterstützen, indem sie ihm Material zuleiten würde; gleichzeitig würden wir jede Schwäche und Halbherzigkeit ausnutzen, um die naturgegebenen Grenzen dieser kleinbürgerlichen Jury schonungslos aufzuzeigen"*. Wahrhaft „rrrrradikal"! Nur leider denkt die TLD in der Praxis gar nicht daran, irgendeine der bisher aufgetretenen „Schwächen und Halbherzigkeiten" bei der Vorbereitung des Tribunals zu kritisieren (außer Kritik an der trotzkistischen GIM), sondern polemisiert stattdessen umso schärfer gegen den – wie sie sagt – „linken Flügel" der Unterstützungsbewegung, den KB und den trotzkistischen „Spartacusbund", deren *„schamlose Erniedrigung"* von der TLD mit gewohnter Schonungslosigkeit und Radikalität gegeißelt wird. Man weiß kaum noch, welcher Version des Trotzkismus man da den Vorzug geben soll: der a la Benneter (GIM) oder der a la Ernst Aust (TLD).

Fehlinformation

Als eindeutig falsch erwies sich inzwischen eine von der gewöhnlich nicht besonders gut informierten Zeitschrift „Arbeiterstimme" (Trotzkisten-Posadisten) in ihrer Juni-Ausgabe verbreitete Meldung, wonach sich das Mitglied des Vorläufigen Sekretariats zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals, D.H., dafür ausgesprochen haben soll, auch die Ermordung Trotzkis in Mexiko (1943) und die Verflechtung verschiedener Persönlichkeiten der sogenannten Vierten Internationale in die Bluttat durch die Jury des geplanten Russell-Tribunals untersuchen zu lassen. Richtig ist vielmehr, wie das Vorläufige Sekretariat mehrfach betonte, daß ausschließlich für die BRD typische und spezifische Verletzungen der Menschenrechte Gegenstand des geplanten Tribunals sein sollen.

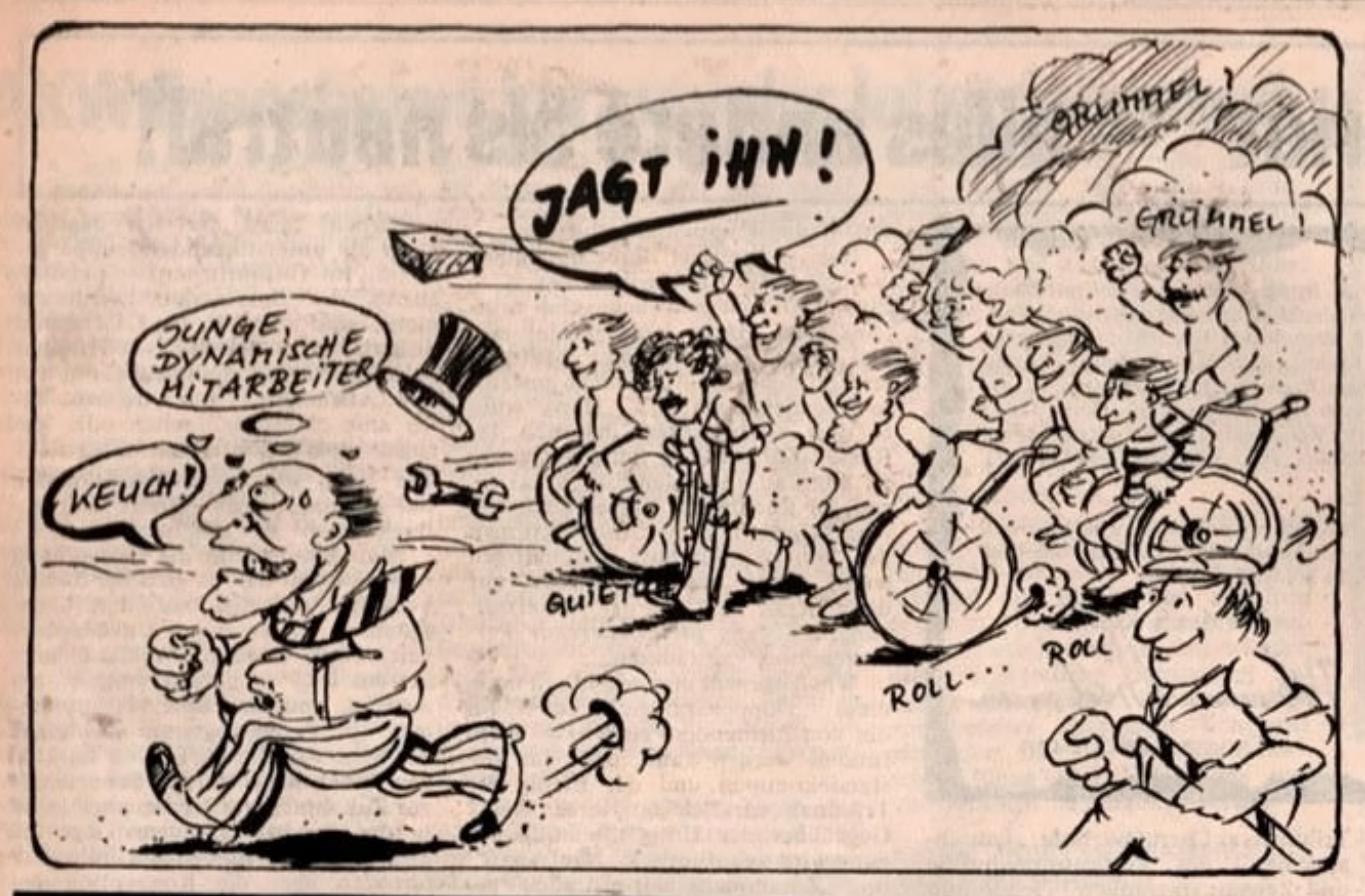
Kiel: Spaltung perfekt

Wie schon in AK 108 berichtet, hat die Mehrheit der Kieler Vorbereitungsgruppe eine Minimalplattform verabschiedet, die bestimmte Bereiche der Repression von der Behandlung ausschließt. Am 14.7. legte die KB-Gruppe einen Antrag vor, wonach sich auf folgende Prinzipien der Zusammenarbeit geeinigt werden sollte: Die Minimalplattform stellt einen Konsens aller mitarbeitenden Gruppen dar, ohne daß durch sie mitarbeitenden Gruppen verboten wird, zu anderen Themen als den aufgeführten zu arbeiten. Dies ist notwendig, um gegenüber einer Minderheit keinen Unvereinbarkeitsbeschluß zu erlassen. Aber auch dies wurde von der Mehrheit der Unterstützungsgruppe abgelehnt. Stattdessen erschien einige Tage später (19.7.) ein Flugblatt, das unterzeichnet war von der „Kieler Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals". Darin wird dem KB vorgeworfen, er wolle *„seine organisationsspezifische Einschätzung der Repression (‚Faschismustheorie', ‚Modell Deutschland') für das Russell-Tribunal verbindlich machen"*, er wolle das Tribunal für seine *„besonderen politischen Auffassungen umfunktionieren"* und seine *„politischen Einschätzungen zur verbindlichen Grundlage machen"*. Angesichts der vorher gelaufenen Diskussion entpuppt sich dies als offenkundige Lüge; denn der KB war lediglich dafür eingetreten, daß keine Bereiche der Repression a u s g e s c h l o s s e n werden, ohne die Behandlung der gesamten Repression für alle Gruppen verbindlich zu machen.

Das dreisteste an diesem Flugblatt ist jedoch, daß es der Unterstützungsgruppe vor Erscheinen nicht einmal zur Diskussion vorgelegen hatte, sondern alleinverantwortlich von GIM-Mitgliedern herausgegeben, aber trotzdem im Namen der „Initiative..." unterzeichnet wurde. Dieses Vorgehen stieß auf eine recht breite Ablehnung, aber trotzdem konnte sich die Mehrheit der „Initiative..." zu keiner öffentlichen Distanzierung durchringen. So wurde sanktioniert, daß in der Öffentlichkeit diese offensichtlichen Lügen über den KB im Raume stehenbleiben. Angesichts dieser Verhältnisse sahen wir keine Möglichkeit einer weiteren solidarischen Zusammenarbeit.

Die Kieler Gruppe des KB wird selbstverständlich die Vorbereitungen für das Tribunal weiterhin unterstützen, allerdings mit Kräften, die zu einer solidarischen Zusammenarbeit bereit sind.





Kapitalisten und Behörden einig gegen die Einstellung von Behinderten

Laut Gesetz hat jeder Betrieb und jede Behörde mit mehr als 15 Arbeitskräften mindestens 6% Schwerbehinderte einzustellen. Wird diese Quote nicht erreicht, sind für jeden nichtbeschäftigten Behinderten 1.200 DM im Jahr zu zahlen.

Von 11 Bundesländern erfüllen nur 3 (drei) - Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen - ihre Schwerbehindertenquote. Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg bringen es gerade auf drei, Bayern und das Saarland auf 4% der vorgeschriebenen Beschäftigungsrate.

Hamburg beschäftigte im vergangenen Jahr insgesamt nur 3,9% Schwerbehinderte und mußte daher ein Bußgeld in Höhe von 2,5 Mio. DM an die Bundesanstalt für Arbeit zahlen.

Diese Zahlen zeigen sehr gut, wie der bürgerliche Staat seine Gesetze praktiziert.

Wie menschenfeindlich sein Vorgehen und das seiner Behörden ist, wird am Beispiel des Schwerbehinderten Detlef B. deutlich.

Detlef B. ist einer von 41.000 Schwerbehinderten in der BRD, die keine feste Arbeit haben. Er erhält vom Amtsgericht .... seit 5 Jahren immer nur einen Arbeitsvertrag als Aushilfe für 6 Monate. Je nach Bedarfslage wird er nach ein paar Wochen Arbeitslosigkeit wieder eingestellt.

Der Staat weigert sich, Detlef B. fest einzustellen.

Zweimal hat Detlef B. seine feste Anstellung beim Amtsgericht gefordert. Auf sein erstes Schreiben im Juli 1972 hin erhielt er nie eine Antwort. Sein zweites Schreiben im Oktober 1973 wurde abgelehnt.

Obwohl bei einer festen Anstellung von Detlef B. die Bundesanstalt für Arbeit zwei Jahre lang 80% des Lohnes Detlef B. bezahlen würde, weigert sich die Justizbehörde ihn einzustellen.

Die Gründe dafür finden sich im besonderen Kündigungsschutz der Behinderten, der die Rationalisierungspläne der Behörden durchkreuzen könnte. Und so gibt man Detlef B. keine feste Anstellung, sondern nur einen Aushilfsjob, um ihn jeder Zeit wieder rausschmeißen zu können. Hier unterscheidet sich die behördliche Praxis in nichts von denen der Kapitalisten.

Begründet wird diese Menschenfeindlichkeit oftmals damit, das man den „Gesunden" nicht zumuten könne, mit einem Behinderten zusammenzuarbeiten.

Der Hamburger VdK-Geschäftsführer Josef Wabitsch sagt dieses ziemlich deutlich: **„Mir hat ein Unternehmer mal gesagt:‚Ich habe einen jungen Betrieb mit vielen jungen Leuten, da paßt ein Rollstuhlfahrer einfach nicht rein. Der Anblick würde mich deprimieren, und den wollen meine Leute auch nicht. Da zahl ich lieber die 1.200 DM. Damit tue ich ja schließlich auch meine Pflicht.' "**

Dies ist ebenfalls Einstellung und Praxis der bundesdeutschen Behörden. Die Behinderten werden abgeschoben in die „Werkstätten für Behinderte" oder müssen ohne Arbeit von Sozialhilfe ihr Leben fristen. (Informationen nach „Stern", Nr. 28).

Arbeitsgruppe zur „Lage der Behinderten"

Wohnungsklauminister bei der Arbeit

In Hamburg fand Anfang Juli dieses Jahres eine Konferenz der Wohnungsbauminister der Länder statt. Wie immer, wenn diese Brüder die Köpfe zusammenstecken, kam auch diesmal Übles für die Mieter dabei heraus.

Offizielles Thema war der „Abbau der Mietverzerrung im sozialen Wohnungsbau". Der Hintergrund: Zu Beginn der 70er Jahre ist die Art der öffentlichen Förderung verändert worden mit dem Ergebnis, daß die „Sozial"-Mieten bei Neubauten sprunghaft in die Höhe gingen: erst eine immense Anfangsmiete (in Hamburg gegenwärtig 5,50 DM/qm; ab 1.1.78 sogar 6,–DM), dann über vorprogrammierte starke Mietsprünge durch den stufenweisen Abbau der staatlichen Darlehen, bis endlich Mieten von 10 DM/qm und mehr dabei rauskommen – ohne Nebenkosten, versteht sich!

Daß dies eine Pervertierung des sozialen Wohnungsbaus bedeutet, dürfte den betroffenen Mietern lange klar sein. Um diese Art von „Mietverzerrung" geht es den Ministern allerdings nicht, sie wollen schlicht und ergreifend die preiswerten alten Sozialwohnungen derart verteuern, daß sich niemand mehr über die hohen Neubaumieten aufregt.

Auf der Minister-Konferenz wurde geplant, die Zinsen der öffentlichen Darlehen, die für die vor 1970 gebauten Sozialwohnungen vom Mieter gezahlt werden müssen, anzuheben (bis 25% des Netto-Haushaltseinkommens erreicht sind) („Die Welt", 13.7.77). Das liegt bei einem Arbeiterhaushalt bei angeblich durchschnittlich 2.300 DM (netto!) (HA vom 9.7.77), so daß eine Kalt(!)miete von 575 DM zu zahlen ist.

Hier steht eine staatliche Ausplünderung der Mieter bevor, gegen die ein Hai wie Kaußen – über den sich die Herren Politiker gerne auch mal ereifern – wie ein Waisenknabe wirkt.

2 Mio. Haushalte werden in der BRD von dieser Maßnahme betroffen sein („Welt", 13.7.), in Hamburg sind es allein 200.000 Familien. Hier rechnet die Baubehörde mit 78 Mio. DM jährlichen Mehreinnahmen (HA, 12.7.). Vorgesehen ist hiermit die Mittel für die öffentliche Altbaumodernisierung zu erhöhen, damit auf diese Art noch mehr Wohnungen verteuert werden und auch die Hausbesitzer ihren Reibach machen können.

Wohnungskommission

Gemeinwirtschaftsunternehmen beschlagnahmt 12 Mio. DM

Nach dem Zusammenbruch der Immobiliengesellschaft „Bremer Treuhand" legte die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft ihre Hand auf sage und schreibe 12 Millionen DM sog. Treuhand-Fondgelder, die von Klein- und Kleinstanteilhabern beim Immobilienfond eingezahlt wurden („Handelsblatt" v. 14.7.77): Als „Kreditsicherung", wie Walter Hesselbach, oberster Verwalter des Gewerkschaftsbetriebes erklärte. Wer zahlt die Kleinanteileigner aus? „Man darf davon ausgehen, daß die Bremer Landesbank die gleiche Moral hat wie die Garantieträger der Hessischen Landesbank". – So jedenfalls Hesselbach lt. „Handelsblatt". Peinlich nur, gerade die hessische Schummelbank als Gewährsträger gegen Unkorrektheiten ins Feld zu führen.

Gerechterweise muß angeführt werden, daß auch eine zweite Bank am „verprivatisieren" ist: Die Deutsche Bau- und Bodenbank. Die Baubo konfiszierte allerdings „nur sechs Millionen DM (ebenda).

Langsam aber sicher lernt man aus Zusammenbrüchen wie seinerzeit Herstatt oder auch Helaba. Jetzt wird nicht mehr gefackelt. Die Banken vereinnahmen ohne Umschweife verbliebene Gelder zusammengebrochener Firmen. Und wie Hesselbach so richtig sagt: Die Landesbanken, sprich der Staat mit unseren Steuergeldern, kommt ansonsten schon für alle Verluste auf; irgendwie.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Sewering bleibt Kassenarzt

Der höchste Ärztefunktionär der BRD, Sewering, darf seine Zulassung als Kassenarzt weiterhin behalten - damit hat der Zulassungsausschuß für Ärzte in Bayern den Antrag der AOK Bayerns auf Entzug der Zulassung zurückgewiesen (Frankfurter Rundschau, 15.7.). Vorangegangen war der Nachweis im November 1976, daß Sewering in 2 Quartalen 1975 von den Krankenkassen um ca. 100 000 DM zu hohe Honorare gefordert hatte. Außerdem stellte ein Gutachterausschuß im April 77 fest, daß Sewering *„in unzulässiger Weise durch eine gewerbliche Tätigkeit die kassenärztliche Pflichten verletzt hat."* (Spiegel, 19/77). Und zwar durch die Bereitstellung eines Mammomaten (Gerät zur Untersuchung der weiblichen Brust auf Krebs) und des dazu gehörigen Personals an andere Ärzte, wobei er mangels eigener Qualifikation nichtärztliches Personal ohne ärztliche Aufsicht dieses Röntgengerät bedienen ließ und dabei ordentlich Geld scheffelte (siehe auch AK 100). Inzwischen sind weitere Einzelheiten über Sewerings Geschäftspraktiken an die Öffentlichkeit gedrungen: so ist er wegen seiner Ämterhäufung nur 2 mal in der Woche überhaupt in seiner Praxis; trotzdem erzielt er zusammen mit einer halbtags arbeitenden Ärztin und einer Fachärztin für Inneres in seiner Gemeinschaftspraxis ca. 700 000 DM im Jahr (Praxiskosten bereits abgezogen)! Dies erreicht er u.a. durch eine Fülle von Apparaten, die er z.T. als Nicht-Fachmann gar nicht einsetzen dürfte (Spiegel, ebd.)! Aber auch durch Ausbeutung einer Menge von Kolleginnen und Kollegen und durch gewaltiges Steigern der Zahl der Untersuchungen pro Patient, wobei er z.B. 1974 über 100% über dem Durchschnitt seiner Kollegen lag (Gesunde Medizin, Nr. 7/77). Daß so ein skrupelloser Geschäftemacher oberster Chef der Ärzteschaft der BRD ist und nach dem Ärztetag diesen Jahres auch geblieben ist, zeigt wie weit hierzulande ärztliches Tun und Handeln auf Profit ausgerichter ist.

Die ganzen Enthüllungen über Sewerings Praxisbetrieb bzw. - ‚unternehmen' werfen aber auch ein Licht darauf, wie wenig Kontrolle über die Arbeit der Ärzte herrscht; und findet eine ‚Kontrolle' durch die eigenen Kollegen wie bei Sewering statt, so kann man mal wieder beobachten, daß „ eine Krähe der anderen kein Auge aushackt."

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Rüge« für SPD-Rechte, gegen SPD-Linke Ausschlußantrag

Weil sie gegen ein drohendes Berufsverbot gegen einen DKP-Lehrer in einer Juso-Presseerklärung protestiert hat, wurde ein Parteiordnungsverfahren gegen eine Juso-Genossin in Leverkusen eingeleitet. Sie wurde bereits früher mit einem dreijährigen Funktionsverbot belegt. Bekanntlich wurde der Leverkusener Juso-Vorstand vom SPD-Unterbezirk Leverkusen vor einiger Zeit kurzerhand ausgeschlossen. Begründet wurde der Antrag mit der „Unterstützung eines Kommunisten" („ED", 19.7.77).

Demgegenüber erhalten zwei rechte SPD-Stadträte in München lediglich eine „Rüge" für ein Papier, in dem sie gegen die Kandidatenaufstellung für die kommenden Kommunalwahlen polemisiert und behauptet hatten, die Münchner SPD-Prominenz sei dabei beseitigt und aus der Partei hinausgetrieben worden. Weiter hatten sie geschrieben, daß ein Neubeginn erst nach einer „notwendigen parteiinternen Abrechnung" möglich sei („Welt", 5.7.77; „PPP", 5.7.77).

Hinzugefügt werden muß, daß eine Rüge die mildeste Strafe darstellt, die nach den Statuten verhängt werden kann.

SPD-Kommission

Unvereinbarkeitsbeschluß gegen »StamoKap«

Einzelne Jungsozialisten sind in München zur DKP übergetreten. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Stellungsnahme des Juso-Bundesvorstands, zu der er sich veranlaßt sah.

Nachdem er feststellte, daß der DKP-Übertritt ein untauglicher Versuch sei, den Eindruck zu erwecken, als ob in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und der SPD keine linke Politik mehr möglich sei, wird er „nachdrücklich". Der Bundesvorstand der Jusos stellte fest: ‚Die autoritär-dogmatische Politik der DKP ist für die Jungsozialisten keine Alternative zu einer demokratisch-sozialistischen Politik im Rahmen der SPD" („DDP", 22.7.77).

Ohne hier für die DKP eine Lanze brechen zu wollen, aber immerhin ist es dort wohl möglich, sozialdemokratische Politik zu versuchen. Wie der Juso-Bundesvorstand die DKP als autoritär-dogmatisch bezeichnen kann, wo doch namhafte SPD-„Genossen" die innerparteilichen Methoden als „stalinistisch" anprangerten, und was an der SPD noch sozialistisch sein soll, bleibt das süße Geheimnis des Juso-Bundesvorstandes.

SPD-Kommission

Münchener Jusos zur DKP übergetreten

Nach einer Meldung der ‚„ap/al", vom 22. Juli, hat der sattsam als Rechtsaußen der SPD bekannte Münchener Oberbürgermeister Kronawitter den unverzüglichen Ausschluß der „StamoKap"-Gruppe aus der SPD verlangt. In einem Schreiben an den SPD-Vorsitzenden Brandt bezeichnete Kronawitter die Position des niedersächsischen SPD-Vorsitzenden v.Oertzen, die Thesen des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" seien mit dem Godesberger Programm der SPD in Einklang zu bringen, als „Herausforderung". Kronawitter selbst sieht dagegen eine Unvereinbarkeit zwischen dem Parteiprogramm der SPD und den „StamoKap"-Theorien und er fordert von Brandt *„eine öffentliche Erklärung zu der Frage, ob die StamoKap-Thesen mit dem Godesberger Programm übereinstimmen oder nicht"* („ap/al", ebenda).

SPD-Kommission

Rechter »Juso« im Landesvorstand des bayrischen RCDS

Wie breit der „Tellerrand" für die SPD-Rechten ist (im Zusammenhang mit dem geplanten Ausschuß von 56 SPD-Linken in Hamburg hatte der Landesvorsitzende O. Paulig gesagt, es verhalte sich mit den Linken wie mit einem zu großen Pfannkuchen: der über den „Tellerrand ragende Teil" müsse „abgeschnitten werden"), zeigt das folgende makabre Beispiel aus Bayern.

Die RCDS-Delegierten wählten den 21jährigen Studenten Herrman Mayer in den neuen Landesvorstand, als Schatzmeister. Mayer ist gleichzeitig Mitglied der SPD!

Wenn sonst (siehe Hamburg) eine Unterschrift unter ein parteiinternes Papier als Ausschlußbegründung gegen Linke völlig ausreicht, werden in diesem Fall noch erst Untersuchungen angestellt, ob Mayer überhaupt „Genosse" ist. Daraus könnte man entnehmen, daß selbst den etablierten SPD-lern diese Dreistigkeit zu weit geht. Aber weit gefehlt. Der zuständige Bezirksvorsitzende der SPD von Niederbayern und Oberpfalz, Xaver Wolf, sieht in der RCDS-Mitgliedschaft überhaupt keinen Ausschlußgrund. Er erklärte, es gäbe ja keinen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem RCDS und eine Mitgliedschaft könne nicht geduldet werden, solange nicht von Mayer gegen die SPD-Hochschulgruppen agitiert werde („SZ", 21.7.77)!!!

SPD-Kommission

Keine Gnade für Nazi-Verbrecher!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

In AK 107 hatten wir unter der Überschrift „Rosenbaum wieder im Knast" berichtet, in welchem Ausmaß dieser Nazi-Verbrecher und 148fache Mörder auch schon vor seiner „vorläufigen Beurlaubung" im Knast eine Sonderstellung genoß, begünstigt wurde usw.

Rosenbaum ist dabei kein Einzelfall. Bis auf die wenigen großen antifaschistischen Prozesse gleich nach der Befreiung vom Faschismus ist die Praxis der Ermittlung gegen Nazi-Verbrecher, die Gerichtsprozesse selbst, der Strafvollzug und die „Gnadenpraxis" (vorzeitige Haftentlassung) eine ununterbrochene Kette von Begünstigungen, Besserstellungen und offenen Rechtsbrüchen.

(Im folgenden stützen wir uns im Wesentlichen auf das Buch von Oppitz: „Strafverfahren und Strafvollzug bei NS-Gewaltverbrechern", Ulm 76; sowie auf den nicht ganz zufällig herausgegriffenen Jahrgang 1968 des „Spiegel" - in jenem Jahr wurde Rosenbaum verurteilt.)

Gerichte und Regierung begünstigen Nazi-Verbrecher

Noch am 14.1.47 führte ein Urteil in einem sogenannten „Euthanasieprozeß" (d.h. Massenmorde in Anstalten) zur Vollstreckung der Todesstrafe. Ab Ende 1948 kam es zu den ersten Freisprüchen und bereits im Frühjahr 1949 überhaupt zur Ablehnung der Eröffnung eines Hauptverfahrens.

Die Adenauer-Regierung deckte und schützte in besonderem Ausmaß die NS-Verbrecher: Bonn suchte den früheren SS-Hauptsturmführer Alois Ennsberger - wegen Kriegsverbrechen 1951 in Frankreich in Abwesenheit zu 20 Jahren Knast verurteilt und von Österreichs Justiz der Ermordung von Juden beschuldigt.

Bonn suchte den früheren SS-Obersturmführer Heinz Pfanner - unter anderem wegen „Tötung mit Vorbedacht" von französischen Militärgerichten 1950 in Abwesenheit zweimal zum Tode verurteilt und von der Staatsanwaltschaft Wien wegen Kriegsverbrechen zur Festnahme ausgeschrieben.

Bonn suchte den früheren SS-Hauptsturmführer und Leiter von Eichmann-Kommandos, Alois Brunner - von französischen Gerichten wegen Massenmordes zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Doch Bonn suchte Brunner, Pfanner und Ennsberger nicht, um ihre Bestrafung zu ermöglichen, sondern um sie vor Bestrafung zu bewahren. Über den Suchdienst des DRK (DRK-Code: Warndienst West) ließ das Auswärtige Amt (AA) nach insgesamt 800 Deutschen und Österreichern fahnden, die in Abwesenheit von französischen Gerichten wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden waren. Um sie „über Schwierigkeiten zu unterrichten, die ihnen im Ausland drohen können" (AA)! Die Sache hatte 1949 begonnen. Damals wurde dafür eine später dem AA angegliederte „Zentrale Rechtsschutzstelle" eingerichtet, mit einem Jahresetat von ca. 400.000 DM.

Gegen rund 75.000 wegen NS-Verbrechen Verdächtigte wurden in der BRD Ermittlungsverfahren durchgeführt, es wird noch „ermittelt" gegen 12 - 15.000 Beschuldigte. Etwas über 6.200 Angeklagte wurden von BRD-Gerichten verurteilt, meist zu lächerlich geringen Strafen. Daß von den Verurteilten insgesamt nur etwas über 100 NS-Täter „lebenslänglich" bekamen, dürfte mit dem Widerwillen der Gerichte zusammenhängen, bei dieser Kategorie von Tätern die für deren Taten passenden Strafgesetze auch wirklich anzuwenden; statt Mord-Verurteilungen gab es meist höchstens Verurteilungen wegen Beihilfe zum Totschlag.

So wurden bei Judenverschleppungen in Vernichtungslager Angeklagte, die ehemals leitende Stellungen innehatten, entlastet, indem man die Taturheber Hitler, Himmler, Heydrich, Göring und das anonyme Reichssicherheitshauptamt in die Rechtsprechung einführte. Diesen - sämtlich verstorbenen bzw. aufgelösten Haupttätern leisteten die Angeklagten lediglich „Beihilfe". Die Position, die ein Angeklagter zur Tatzeit bekleidete, war danach völlig ohne Bedeutung, sodaß auch ein SS-General aus Himmlers engstem Vertrauenskreis trotz weiter Vollmachten nur Himmlers „Gehilfe" war.

Die Gnadenpraxis bei Nazi-Verbrechern

Zwar gibt es eine Aktennotiz vom 14.11.1962, verfaßt von einem höheren Senatsbeamten, derzufolge bis dahin im gesamten Bundesgebiet noch kein wegen Mordes im Zusammenhang mit Nazi-Verbrechen von bundesdeutschen Gerichten zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter begnadigt und vorzeitig entlassen wurde. Nach den bisherigen Ausführungen wäre das jedoch schier unglaublich. Und tatsächlich, bei Nachforschungen ergibt sich, daß bis zu diesem Zeitpunkt bereits 14 „lebenslängliche" NS-Verbrecher entlassen worden waren. Allgemein läßt sich feststellen, daß zur „Begnadigungs"praxis nur sehr wenige (z.T. - widersprüchliche) statistisch verwertbare Angaben zu finden sind. Nach Oppitz betrug der Anteil der zu „lebenslänglich" verurteilten Nazi-Verbrecher an der Gesamtzahl der „Lebenslänglichen" zwischen 1950 und 1970 6%. Der Anteil der „lebenslänglichen" NS-Täter an den Begnadigungen beträgt aber bis 1969 23%! Außerdem stellt Oppitz fest, daß zu „lebenslänglich" verurteilte NS-Täter häufig in früheren Jahren begnadigt wurden als ihre Mitgefangenen; in Niedersachsen z.B. wurde die erste Begnadigung eines Nazi-Verbrechers schon 1953 ausgesprochen, in Baden-Württemberg 1955. Nach Kühnert („Frankfurter Allgemeine Zeitung'– „FAZ", 4.11.69) wurden in Hamburg bis 1969 neun „Lebenslängliche" begnadigt, von denen drei NS-Täter waren. Von den bis 1968 in Hessen begnadigten sieben männlichen Verurteilten waren fünf NS-Täter. Eine Begnadigung wurde nach zehn Jahren ausgesprochen, die anderen nach 14 bis 20 Jahren.

In seiner Untersuchung berücksichtigt Oppitz nur die Nazi-Verbrecher, deren erstes Urteil bis zum 31.12.65 gefällt und bei denen bis zum 31.12. 1970 Rechtskraft eingetreten war. Von daher legt er nur 71 „lebenslängliche" NS-Täter zugrunde. (Ein Mann wie Rosenbaum tritt somit in Oppitz' Statistik nicht auf, da er erst 1968 verurteilt wurde.) Von diesen 71 „Lebenslänglichen" befanden sich am 31.3.73 noch 31 in Haft, am 31.3.76 noch 18; zwischenzeitlich waren sieben im Gnadenwege entlassen; bei vier Nazi-Verbrechern wurde auf dem Gnadenweg die Strafvollstreckung unterbrochen, da sie „vollzugsuntauglich krank" seien; zwei verstarben im Gefängnis. Für die „Gnadenpraxis" bei Verurteilungen nach dem 1.1.66 lag uns kein statistisches Material vor.



Für solche Taten der SS: 1946 Todesstrafe, heute Haftverschonung oder Begnadigung

„Stille Hilfe"

Erwähnt sei noch, daß in der BRD eine Organisation bundesweit tätig ist, die mit Gnadengesuchen und Anträgen zur bedingten Entlassung speziell die Nazi-Verbrecher unterstützt: der eingetragene Verein „Stille Hilfe". Der Verein nahm bereits 1946 seine Tätigkeit auf und begann mit der „Betreuung" der in Landsberg/Lech einsitzenden Verurteilten der alliierten Strafprozesse. Im Oktober 1951 wurde der Verein mit Sitz in Ebenhausen bei München eingetragen; Gründungsmitglieder waren u.a. Landesbischof Wurm und Caritas-Direktor Risch; im Jahre 1954 wurde Albert Schweitzer die Ehrenpräsidentschaft übertragen. Ihr heutiger Sitz ist Aachen.

§2 der Satzung beschreibt den Vereinszweck recht scheinheilig: *„Der Verein will in stiller, tätiger Hilfe allen jenen helfen, die infolge der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Gefangennahme, Internierung oder ähnliche, von ihnen persönlich nicht zu vertretende Umstände ihre Freiheit verloren haben und auf die besondere Fürsorge und Hilfe sittlich denkender und handelnder Menschen angewiesen sind".*

Das Finanzamt hat die Steuerabzugsfähigkeit für Spenden an die „Stille Hilfe" anerkannt. Der Verein hat ca. 250 Mitglieder und verfügt über ein Beitrags- und Spendenaufkommen, das z.B. für das Jahr 1970 mit ca. 300.000 DM angegeben wurde. Kontakt pflegt der saubere Verein zum einen zur sogenannten „Kameradenhilfe". Deren führender Kopf ist W. Papenkort, ehemals Kompanieführer im Polizeibataillon 11, nach dem Krieg in Essen Polizei-Hauptkommissar. Ihm wurde zusammen mit Franz Lechthaler, seinem damaligen Bataillonskommandeur, 1961 in Kassel der Prozeß gemacht. Anklage: Erschießung von 500 Juden, darunter auch Kinder, im Raum Minsk. Lechthaler erhielt wegen Beihilfe zum Totschlag zwei Jahre Gefängnis, Papenkort wurde freigesprochen. Nach seiner guten Erfahrung vor Gericht gab Papenkort anderen Leuten seines Schlags „Rechtshilfe" und organisierte sich mit ihnen u.a. im sog. „Salzburger Kreis". Nach einem Treffen von 30 ehemaligen Nazi-Polizeioffizieren in Bonn rief er die „Kameradenhilfe" ins Leben, in deren Rahmen er die „Betreuung" angeklagter Polizeioffiziere übernahm.

Weiteren Kontakt pflegt die „Stille Hilfe" mit der „Hilfsorganisation ehemaliger SS-Angehöriger" (HIAG). Bei den von diesen „Betreuungs"-Kreisen abgefaßten Gnadengesuchen werden u.a. „frühere Verdienste" geschildert: *„H. hat den ganzen Krieg als Frontoffizier mitgemacht und dabei Schweres erduldet. Immer stand in seinem Leben der Einsatz für sein Vaterland an erster Stelle, schon in der Jugend, als er an den Ruhrkämpfen teilnahm und er bei der Niederwerfung des Spartakistenaufstandes sein Leben einsetzte. Es ist bitter, einen solchen Mann im Zuchthaus zu wissen".* Sehr oft wird die Glaubwürdigkeit der Zeugen angegriffen: *„Ein Racheakt ehemaliger KZ-Insassen, die auf Betreiben der VVN logen, führte zur Verurteilung".*

Über die „Stille Hilfe" hinaus gilt für die überwiegende Anzahl der Gnadengesuche, daß sie keine Auseinandersetzung mit den vergangenen Verbrechen ersehen lassen. Selten ist es, daß ein Verurteilter seine Tat als „große Gemeinheit" ansieht oder zugibt, sich mit anderen „wie Schweine" benommen zu haben. Viel deutlicher klingt Selbstmitleid an: „Der Staat brachte die Verurteilten in diese Lage", „die Umstände der letzten Kriegszeit" usw.

Im Gesuch eines Strafverteidigers findet sich vor einigen formelhaften Wendungen die von einer Schreibkraft irrtümlich mitgeschriebene „Regieanweisung":

„Punkte c bis f lediglich allgemeiner Natur, beliebig auf Fälle von NS-Gewaltverbrechen anwendbar". Hier entwickelt sich die Sache also vollends zur Schmierenkomödie. Erwähnt sei noch, daß sich keiner der von der „Stillen Hilfe" betreuten „Lebenslänglichen" mehr in Haft befindet. Dieser Erfolg dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß die „Stille Hilfe" lediglich solche Nazi-Verbrecher betreute, die in der Öffentlichkeit weniger oder gar nicht beachtet wurden.

Keine Gnade für Nazi-Verbrecher!

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Von einer antifaschistischen Gerichtsbarkeit, von einem antifaschistischen Strafvollzug kann in der BRD nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Durch eben diese Praxis der Niederschlagung von Ermittlungsverfahren, wenig Verurteilungen, Haftverschonungen, Begnadigungen usw. wird direkt einer öffentlichen Reinwaschung der Faschisten, einer Rehabilitierung des Faschismus in die Hände gearbeitet – und dies seit den ersten Nachkriegsjahren!

Tatsächlich sind es die Faschisten und ihre Helfer und Förderer, die mit allen möglichen „Argumenten" versuchen, auch noch die letzten inhaftierten Nazi-Verbrecher freizulassen. Im Vordergrund der Argumentation z.B. zu Rudolf Heß („Stellvertreter des Führers") steht dabei die Frage der „Menschlichkeit" für den „einsamen, alten Mann". Wir müssen klarmachen, daß jeder freigelassene Nazi-Verbrecher ein Erfolg für die Rehabilitierung des Faschismus ist, und umgekehrt: Daß jeder Nazi-Verbrecher, den wir hinter Gitter bringen, ein Erfolg im heutigen antifaschistischen Kampf ist. In diesem Sinne war der Erfolg in Sachen Rosenbaum ein guter Anfang.

Tatsächlich ist es heute so, daß diese Erfolge nur in einer harten Auseinandersetzung mit möglichen Bündnispartnern zu erzielen sind. So wurde unserem Standpunkt, daß Nazi-Verbrecher in den Knast gehören und nicht begnadigt werden dürfen, von liberaler Seite entgegengehalten, dies sei „alttestamentarische Rachsucht" (Auge um Auge), stelle unseren Humanismus in Frage, und man müsse doch – im Interesse eines fortschrittlichen Strafvollzugs – generell die lebenslängliche Strafe abschaffen. Mit unserer Haltung würden wir einer fortschrittlicheren Reform des Strafvollzugs in den Rücken fallen und gerade den reaktionären Kräften in die Hände arbeiten.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit den Vorstellungen dieser Kreise zu einer Reform des Strafvollzugs auseinandersetzen. Generell unterstützen wir jede Bestrebung, die gegen die immer menschenfeindlichere Praxis des Knastes gerichtet ist. Eine Diskussion hierüber könnte z.B. an der Folter- und Isolierhaft gegen Linke ansetzen, an den Prügelorgien gegen Gefangene, usw.

Dieser Auseinandersetzungspunkt ist aber ein ganz anderer: Diese liberalen Kräfte weiten ihre Überlegungen zum „humanen Strafvollzug", ihre Kritik an der lebenslänglichen Freiheitsstrafe, ihre Kritik an Gnadenpraxis u.a.m. aus auf die Gruppe von Nazi-Verbrechern, die auf diese Überlegungen nicht angewandt werden dürfen.

Tatsächlich ist es so, daß diese Liberalen Menschlichkeit, Gnade und Resozialisierung für Verbrecher fordern, die Unmenschlichkeit, Unbarmherzigkeit und Massenmord zum System erhoben haben und erneut erheben wollen. Bekannt ist der Ausspruch von Heß: „Ich bereue nichts".

Heute ist es z.B. die NPD, die auf der einen Seite „Menschlichkeit" für Heß, auf der anderen Seite aber die Todesstrafe gegen Linke fordert. Der Heß-Kampagne schliessen sich Bundestagsabgeordnete an, die keinerlei Skrupel haben, jede Schweinerei gegen Linke im Knast zuzulassen, ja sogar noch härteres Vorgehen fordern. Wir stimmen deshalb voll dem Gutachten jenes niederländischen Psychiaters zu, der anläßlich einer Parlamentsdiskussion um die in den Niederlanden einsitzenden Nazi-Verbrecher sagte: Es gehe gar nicht um die Frage der „Menschlichkeit" für Nazi-Verbrecher, sondern um die U n m e n s c h l i c h k e i t, die deren Freilassung für die entkommenen Opfer dieser Schlächter bedeuten würde!

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum

Altnazi Hierl bleibt Ehrenbürger



„Wer die Nazis ehrt, ist den Stadtrat nicht wert!" lautete eine der Parolen auf den Transparenten, die die jugendlichen Mitglieder der Bürgerinitiative trugen.

Wie bereits im AK 107 zu lesen war, wurde erneut die Ehrenbürgerschaft des Alt-Nazis Hierl durch die Mehrheit der CSU und einer „freien Wählergemeinschaft" gegen die Stimmen der SPD beschlossen.

Konstantin Hierl war ehemaliger Führer des faschistischen „Reichsarbeitsdienstes", der u.a. maßgeblich mitverantwortlich war, daß die Jugend in den Krieg getrieben wurde. Als Spitzenfunktionär des Nazi-Regimes war Hierl mitverantwortlich für die Verbrechen in den KZ's, mitschuldig an den schrecklichen und beschämenden Morden und Schandtaten an den Juden.

Wer zu dieser Nazi-Ehrung schweigt, billigt stillschweigend die Verbrechen im3.Reich.

Aus diesem Grund schlossen wir uns, eine Gruppe aus Neumarkt/OPf., die vor kurzem mit der Jugendarbeit in Neumarkt angefangen hat, mit Schülern aus Parsberg zu einer Initiative gegen die Ehrenbürgerschaft des Alt-Nazis Hierl zusammen.

Ein guter Anlaß zu einer Protestkundgebung auf dem Marktplatz in Parsberg war für uns die am 13.7. angesetzte Stadtratssitzung, in der noch einmal über die Sache abgestimmt wurde. In den Reden auf der Protest-Kundgebung wurde betont, daß die Ehrung und Duldung faschistischen Gedankenguts kein Ausnahmefall ist. Seit Mitte /Ende der 60er-Jahre entsteht in der BRD ein neuer Rechtsradikalismus und er tritt immer häufiger und massiver in die Öffentlichkeit.

Die ca. 35 jungen Leute, die an der Kundgebung beteiligt waren, hatten von Seiten der Bevölkerung von Parsberg kaum Unterstützung zu erwarten, was sich massiv in Gegenrufen, üblen Anpöbelungen und Provokationen äußerte.

Auch vormittags beim Verteilen von Flugblättern vor den Schulen, wurden Schülern die Flugblätter abgenommen. Begründet wurde dies damit, daß der Platz, an dem verteilt worden war (Bushaltestelle) zum Schulgelände gehöre.

Nach der Kundgebung wollten wir gemeinsam der öffentlichen Stadtratssitzung „beiwohnen". Dort wurden wir jedoch von einem Dutzend Polizeibeamten mit drei Hunden am Zugang gehindert, weil – so der Kommentar der Polizei – der Sitzungssaal restlos besetzt sei. Schließlich wurde doch zwei Vertretern von uns der Zutritt gestattet. Sitzung und Abstimmung liefen wie erwartet: Nachdem die Fraktionsvertreter ihre Sprüchlein vorgetragen hatten, wurde ohne nochmalige Diskussion abgestimmt.

Das Enthüllen eines Spruchbandes „Wer Nazis ehrt, ist den Stadtrat nicht wert" nach der Abstimmung brachte kurzzeitig Aufregung in den Saal. „Kindereien", „Anständig benehmen", „Saustall" war da zu hören!

Ein „klärendes Wort" hat der SPD-Landesvorsitzende Rothemund von Innenminister Seidl in der „Affäre Hierl" verlangt. Das Verhalten der CSU sei „mehr als ungewöhnlich". In anderen Gemeinden seien Personen, die als aktive Nationalsozialisten Ehrenbürger geworden waren, die Auszeichnungen aus der Zeit des „Dritten Reiches" längst entzogen worden.

Auch die bayrische Gewerkschaftsjugend hat sich *„mit großer Besorgnis und wachsendem Unbehagen gegen die Untätigkeit staatlicher Organe gegenüber den sich in jüngster Zeit anhäufenden Wiederbelebungsversuchen neofaschistischer Erscheinungen geäußert"*.

Deshalb lassen wir die Sache auch nicht mit dieser einen Aktion beruhen, denn gerade die Reaktion der Bevölkerung zeigte uns deutlich, daß es noch viel zu tun gibt. Unsere weitere Arbeit wird vor allem die Öffentlichkeitsarbeit sein, d.h. Veranstaltungen in verschiedenen Orten und kleinere Aktionen usw., um den Leuten den Zusammenhang zwischen der heutigen Rechtsentwicklung in der BRD und dem Faschismus früher klarzumachen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Jugendarbeit in den verschiedenen Orten der Umgebung sein, denn gerade bei den Jugendlichen zeigt sich ziemlich deutlich, daß von den Eltern das alte faschistische Gedankengut voll weitergegeben wird.

Es gibt noch viel zu tun, packen wir's an !

Neumarkter Jugendgruppe

Nie vergessen!

Das „Wir vergessen nie!" aus dem Artikel zur neuerlichen Inhaftierung des Nazimörders Rosenbaum muß deutlich unterstrichen werden.

Ich will es unterstreichen durch einen Bericht über einenBesuch auf dem Gelände des ehemaligen KZ's Dachau.

Das erste, was man sieht, ist eine hohe Mauer entlang der Staße und einen Wachturm, der am Haupteingang steht. „Arbeit macht frei" oder ähnlicher Zynismus von SS-Bestien stand darüber. Man geht durchs Tor. Links das Hauptgebäude, in dem damals die Kommandatur und SS-Mannschaften untergebracht waren; heute Standort einer Ausstellung über das Grauen, das dort passierte.

Man geht hinein. Zunächst eine Bilderfolge zur Entstehung und. Geschichte des deutschen Faschismus. Und dann eine Ausstellung zur Geschichte des KZ Dachau. Gegründet 1933, um zunächst die nach dem „Reichstagsbrand" inhaftierten Antifaschisten aufzunehmen. Dokumente über die ersten „auf der Flucht erschossenen" Häftlinge. Ein Aktenvermerk über einen Bauern aus der Umgegend, der über die Mauer schaute, um zu sehen, was dahinter vor sich ging, und der daraufhin von der SS brutal mißhandelt wurde.

Was folgt: Dokumente über die Verschärfung des Terrors: Der Prügelbock, und dann Bilder, die das Blut zum Kochen bringen: Häftlinge, die gezwungen werden, einen Mitgefangenen mit Musik zur Hinrichtung zu begleiten; Bilder von Häftlingen, die in Eiswasser gelegt wurden, um medizinische Experimente an ihnen zu unternehmen; Bilder aus dem Krematorium.

Im Grunde völlig fassungslos verläßt man die Ausstellung, kommt wieder ins Freie, blickt auf einen Platz mit zwei Baracken und den Fundamenten mehrerer anderer, inzwischen abgebrochener Baracken. Man geht in eine dieser Baracken: In drei Räumen wird dokumentiert, wie mit Zunahme der Inhaftierten immer mehr Menschen auf blankem Holz, mit einem großen Kübel, zwei, drei Tischen zusammengepfercht wurden.

Dann der Weg über die Lagerstrasse, ca. 600 Meter lang. Der Gedanke im Kopf, welchen Weg der Häftling, den man in der Ausstellung abgebildet sah, mit seinen „musizierenden Kameraden" zur Hinrichtung gehen mußte.

Dann ein schmaler Weg nach links, zu einem Backsteingebäude mit grossen Schornsteinen, das Krematorium. Drinnen alles im Zustand wie bei der Befreiung 1945: Öfen, von denen man weiß, daß allein in Dachau 10.000 verbrannt wurden.

Dann der Weg zurück zum Haupttor, und immer stärker der Gedanke: „Mensch, du gehst hier als ‚Tourist' über dieses Gelände! Für Zehntausende war dieses Gelände einmal grauenhafte Realität, so wie du es eben nur auf den Ausstellungsbildern gesehen hast!"–

Etwa zwei Kilometer lang war der Weg, den ich über dieses ehemalige KZ-Gelände gegangen bin – zwei Kilometer, die einem ungemein nahe gehen. Zwei Kilometer, auf denen man Schritt für Schritt – und es sind 2000 Schritte – immer stärker erfaßt, daß man diesen Nazi-Bestien, mögen sie Rosenbaum oder Heß oder sonstwie heißen, nur eines entgegenhalten kann:
Wir vergessen nie!

Ein Genosse der Kinderkommission (Hamburg)

Beherzte Antifaschisten

Hamburg: Am 23. Juli '77 wollten in der Hansestadt die faschistischen Banden „Wiking-Jugend" und „Junge Nationaldemokraten" vor dem sowjetischen Konsulat aufmarschieren und „Freiheit für Rudolf Hess" fordern.

Doch daraus wurde nichts! Als die ca. 30 Faschisten aus dem U-Bahnhof Mundsburg herauskamen, erwarteten sie schon dreihundert Anti-Faschisten (vor allem Genossinnen und Genossen des KB, einige Falken - und Anarcho-Genossen) und nahmen sie kräftig in die Mangel. Viele von uns waren in der bewährten „Brokdorf-Ausrüstung" gekommen!...

Die Neonazis wurden mit einem Eierregen empfangen, bekamen tüchtig Hiebe und büßten sämtliche Flugblätter sowie ihre Fahne ein. Reichlich lädiert flohen die Faschisten dann zur gegenüberliegenden Straßenseite und begannen von dort aus mit Steinen zu werfen. Nun schritt die stark vertretene Bereitschaftspolizei ein – diesmal allerdings nicht (wie sonst üblich) gegen die Anti-Faschisten, sondern gegen die stadtbekannten JN-Schläger (dieselben Typen waren auch schon am Vorabend an den Provokationen vor der Markthalle beteiligt, siehe dazu den nebenstehenden Bericht; und sie sind ebenfalls nach der Besetzung des Hamburger Curio-Hauses am 14./15. Mai '77 als brutale Schläger in Erscheinung getreten). Die Polizei nahm schließlich sogar 20 Faschisten in (Schutz-?) Haft.

Die Anti-Faschisten formierten sich nach dieser gelungenen Aktion noch zu einer kurzen Demonstration, um vorm sowjetischen Konsulat an einer Kundgebung der VAN teilzunehmen. Zusammen mit den knapp 200 VAN-Anhängern umfaßte die Kundgebung immerhin 500 Menschen.

Die VAN, die gegen die geplante Nazi-Provokation auch öffentlich mobilisiert hatte, hatte an der praktischen Verhinderung des Nazi-Aufmarsches keinen nennenswerten Anteil. Ihre Mitglieder hielten sich in einigen hundert Metern Abstand vom Ort des Geschehens (Bahnhof Mundsburg) auf.

Dies sei nur erwähnt, weil zu befürchten ist, daß „die tat", „UZ" u.ä. Blätter sich vermutlich wieder mit Aktivitäten rühmen werden, die sie gar nicht getragen haben. Und auf der Kundgebung vor dem sowjetischen Konsulat hatten die antifaschistischen Aktivisten leider keine Gelegenheit ihre Ansichten von den Aufgaben des antifaschistischen Widerstandskampfes darzulegen.

»Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?«
Podiumsdiskussion in Hamburg

Am 22. Juli fand in Hamburg in den „Markthallen" eine Podiumsdiskussion zu dem Thema statt: „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?". Teilnehmer der Diskussionsrunde waren: „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum", KB;Kai Ehlers, Helen Gasper, Hausfrau (Schöffin, Mitglied des Hamburger Fürsorgevereins und Betreuerin der JVA-Fuhlsbüttel); Heinz Giering, Professor für Strafrecht an der Universität Hamburg; Dr. Werner Hill, Journalist beim NDR; Peggy Parnass, Kolumnistin, Gerichtsreporterin, Fernsehschauspielerin; Wilfried Twachtmann, Vertreter der Friedenspolitischen Studiengesellschaft; Han Wieleck, Mitglied der Partei der Arbeit (Holland), Mitglied der 1. Kammer des Senats, Teilnehmer des holl. Widerstands; Gerhard Weber, FDP; Gesprächsleitung: Ulli Hentschel, Vikar.

Schriftliche Beiträge wurden der Veranstaltung übersandt durch:
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Mitherausgeberin von PDI;
Beate Klarsfeld;
Jüdische Gemeinde Regensburg;
M.A. Trapman, Holland (Herausgeber von „de antifashist", aktives Mitglied des Widerstandes;
Verband demokratischer Juristen (VDJ), Hamburg.

Ziel der Podiumsdiskussion war es u.a. auch, eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, parteilosen Antifaschisten und Kommunisten einzuleiten.

Die Befürworter einer Begnadigung und ihre Gegner gerieten auf dem Podium z.T. sehr heftig aneinander. Das Publikum, mehrheitlich Gegner einer Begnadigung von NS-Verbrechern, reagierte z.T. recht emotional und unsachlich auf die auf dem Podium in erster Linie von Dr. Hill und G. Weber vertretene gegenteilige Position. Unter Berufung auf diesen Verlauf der Diskussion verließ Dr. Hill schließlich vorzeitig die Veranstaltung. G. Weber – der zwar noch blieb, um Fragen aus dem Publikum zu beantworten – drückte sein Verständnis für diesen Schritt Dr. Hills aus

Die Veranstaltung hat dennoch gezeigt, daß der in der BRD bisher unübliche und durch Abgrenzungsbeschlüsse und massive antikommunistische Einschüchterung sehr erschwerte Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich ist, allerdings mit mehr Geduld und Sachlichkeit geführt werden muß.

Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten ARBEITERKAMPF.



Bekannte faschistische Provokateure hatten sich vor der Markthalle zusammengerottet, dort diese Mordparolen an die Wand gesprüht und auch durch andere Mittel die Veranstaltung zu stören versucht. Diese Nazi-Schweine müssen jetzt endlich dingfest gemacht und in den Knast gebracht werden.

NS-Verbrecher vor Gericht

SS-Mörder Maywald in den Knast!

Vor dem Hamburger Landgericht findet zur Zeit der Prozeß gegen den Nazi-Verbrecher Gerhard Maywald statt, der beim Stab des Mordkommandos "Einsatzgruppe A" im Ghetto von Riga in der Zeit von Juli 1941 bis März 1942 an folgenden Verbrechen beteiligt gewesen sein soll:

- Beteiligung an der Massenerschießung von 8155 Juden;
- eigenhändige Ermordung zweier jugendlicher Juden, die aus einem Zwangsarbeitslager geflohen waren;
- Erschießung von zwei Juden, die beim Bau von Baracken eine Pause einlegten;
- Erschießung eines gehörlosen Juden, weil dieser "einen Befehl nicht verfolgte".

Maywald war zudem engster Mitarbeiter des SS-Standartenführer Dr. Lange, der an der berüchtigten Wannsee-Konferenz zur "Endlösung der Judenfrage" teilgenommen hatte.

Maywald selbst streitet alles ab und beruft sich auf "Verwechslungen". Auch die Verteidigung versucht nach dem zuletzt im Maidanek-Prozeß erprobten Rezept, die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen zu erschüttern: ihr "Wahrnehmungsvermögen" sei wegen ihrer Todesangst "gemindert und stark herabgesetzt" gewesen.

Selbst der Richter schlug in diese Kerbe: einem Zeugen, der aussagte, er würde jetzt noch von den Verbrechen in Riga träumen, hielt der Richter vor: Auch Maywald könne "gewiß nicht ruhig schlafen."("tat", 15.5.77).

Frankfurter Gericht schenkt Nazi-Massenmörder die Freiheit

Nach mehr als dreieinhalb Jahren Wiederaufnahmeverfahren und Prozeß wurde zugunsten des ehemaligen SS-Unterscharführers Hubert Gomerski am 8.7.77 von einem Frankfurter Schwurgericht praktisch auf Freispruch erkannt.

Zwar gestand das Gericht dem Nazi-Verbrecher nicht zu, in einer „Zwangs-und Notstandssituation" gewesen zu sein, sondern fand ihn schuldig, Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord an mindestens 150.000 Juden geleistet zu haben und in einer unbestimmten Zahl von Fällen an Mordversuchen beteiligt gewesen zu sein. Das war während seiner SS-Zeit im KZ Sobibor (Polen) 1942 und 1943 gewesen. Schon 1950 war Gomerski für diese Verbrechen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden.

Jetzt aber fand das Gericht in Frankfurt, 15 Jahre Haft seien dafür genug! Als Konsequenz aus diesem Spruch hat diese Nazi-Bestie sogar noch Anspruch auf Haftentschädigung (da er bereits 22 Jahre abgesessen hat).

Nach Feststellung des Gerichtes handelte Gomerski aus dem Gefühl „rassischer Überlegenheit" und war wegen seiner „Rohheit und Grausamkeit besonders gefürchtet" („FAZ", 9.7.77).

Nach Zeugenaussagen schoß er beispielsweise eine Frau mit der MP von einer Rampe herunter; andere Häftlinge mußten sich Büchsen vom Kopf schießen lassen und wurden dabei ermordet. Gomerski schlug Häftlinge mit schweren Peitschen und Wasserkannen (FR, 9.7.77). Mit einem anderen SS-Mann schloß er eine Wette ab, wer Säuglinge, die ihren Müttern im KZ abgenommen am weitesten werfen könne ("tat", 15.7.77).

Trotz alledem ist Gomerski bereits seit 1972 auf freiem Fuß.

Nazi-Menten: Es wird heiß!

Das Haus des Nazi-Verbrechers Pieter Menten, der gegenwärtig in Amsterdam vor Gericht steht, ist am 18. Juli in Flammen aufgegangen. Menten ist angeklagt, 1941 als SS-Mann an Nazi-Massenmorden in der Sowjetunion beteiligt gewesen zu sein.

Bis letztes Jahr konnte er unerkannt als Millionär in Holland leben. Sein Vermögen besteht vor allem aus Kunstgegenständen, die er sich während der Nazi-Zeit zusammengeraubt hatte.

Ein großer Teil seiner Kunstsammlung wurde bei dem Brand zerstört; die Brandschäden am Haus sollen weit über eine Million Mark betragen. Verursacht wurde das Feuer durch eine Benzinbombe, die nachts auf das Dach des Hauses geworfen wurde!

Umweltschützer Soyka und die »Auschwitz-Lüge«



Antisemitische Schmierereien im KZ Flossenbürg



Walter Soyka ist seit langem in Norddeutschland als Umweltschützer aktiv. Unter anderem betreibt er in Bremen ein "Institut für biologische Sicherheit". In AK 107 (S.17) befaßten wir uns näher mit Soyka's Freund Roland Bohlinger, der zugleich Kompagnon seines Bremer ‚Institutes' ist. Bohlinger betreibt auf den Namen seiner Frau eine ‚Versandbuchhandlung', in der vorwiegend rechtsradikale Literatur angeboten wird, darunter auch die berüchtigte „Auschwitz-Lüge" des Nazis Thies Christophersen. In diesem Pamphlet werden die KZ's als eine Art Sanatorium dargestellt, und der millionenfache Völkermord an den Juden wird geleugnet.

Am 11.Juni hatte uns Soyka daraufhin geschrieben , er kenne Bohlinger *„seit rund 20 Jahren als einen gewissenhaften Historiker und kundigen Lagebeurteiler"*. Im übrigen sei er selbst,Soyka, bisher so sehr auf *„gesundheitspolitische Anliegen"* konzentriert gewesen, daß er die von uns erwähnten rechtsradikalen Schriften aus dem Hause Bohlinger **„nicht kenne bzw. nicht gelesen habe"**(AK 107)

Am 24.Juni schrieb Soyka uns erneut: Bohlinger habe ihm inzwischen gesagt, daß er das Vorwort des Nazi-Anwalts Roeder zur „Ausschwitz-Lüge" für *„einseitig und hetzerisch"* halte. Immerhin aber, so Soyka, hätten diese Leute doch eine **„wissenschaftliche Auseinandersetzung"** in Gang gebracht, die *„in ernsthafter Weise bisher noch gar nicht stattgefunden hatte"*. Was damit gemeint ist, wird klar, wenn Soyka zur Erläuterung behauptet, es gebe noch nicht einmal authentische Dokumente über Nazi-Verbrechen!

Da wird es freilich schwer fallen, Soyka zufriedenzustellen. Die Fakten und zahlreichen Augenzeugenberichte in dem Buch des KZ-Opfers Kogon („Der SS-Staat") hält er jedenfalls für **„unglaubwürdig"**. Glaubwürdig ist dagegen für Soyka ein Verfasser wie Paul Rassinier, der in der Tat selbst im Nazi-KZ gesessen hat, inzwischen jedoch längst ins Lager des internationalen Neofaschismus übergewechselt ist. Dessen Art von „Wahrheitsliebe" (*„Dieselbe Wahrheitsliebe finde ich auch bei Roland Bohlinger"*, so Soyka) wird offenbar auch in dem gerade auf deutsch erschienen Buch eines Arthur R.Butz, „Der Jahrhundert-Betrug", erreicht. In diesem von Bohlinger und Soyka zur Lektüre empfohlenen Buch wird zum soundsovielten Mal die alte Faschistenpropaganda von den schon rein technisch unmöglichen Judenermordungen, von den nie vorhanden gewesenen Gasöfen usw. aufgetischt. Derzeit wird das Buch in Frey's „National-Zeitung" nachgedruckt! Es gibt eine breite antisemitische Literatur (so u.ä. auch als ‚Standard-Werk' die Schrift des Engländers Harwood „Starben wirklich 6 Millionen?"), die sich damit befaßt, nicht bloß an der allgemeinen angenommenen Zahl von 6 Mio. ermordeten Juden herumzudoktern, sondern die generell bestreitet, daß überhaupt mehr als einige Zehntausend Juden während des Krieges „umgekommen" seien. Es handelt sich dabei nicht um ein Hobby makabrer Rechenkünstler, sondern um den Ausdruch des unveränderten Judenhasses und der Beschönigung der Nazi-Verbrechen. Walter Soyka, der sich noch in seinem Brief vom 11.Juni als ganz naiv auf diesem Gebiet darzustellen versuchte, hat mit seinem Schreiben vom 24.Juni entlarvt, daß er offenbar die einschlägige Literatur recht gut kennt und deren Tendenz zustimmt. **Zweifellos steht er mit dieser Auffassung im rechten Umweltschutz-Lager durchaus nicht allein. Wir erwarten weitere Wortmeldungen ....**

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

verhindern Nazi-Provokation



Schaut Euch diese Faschisten-Typen an! Hier, am 23.7.77, bekamen sie gehörig was an die Backen.



Berichtigung zu AK 108

In dem Artikel „VVN – Parteiladen oder antifaschistischer Kampfverband?" ist uns ein Fehler unterlaufen. Die „antifaschistischen Ausschüsse" (Vorläufer der VVN) hatten nach dem Krieg gefordert: „ ... *Einsatz der politischen Gefangenen bei dem Wiederaufbau Deutschlands*". Dies hatten wir auf die Verpflichung der alten Nazis zum Arbeitseinsatz bezogen. Das war ein Mißverständnis! Tatsächlich bezog sich diese Forderung darauf, den ehemaligen antifaschistischen Gefangenen zu ihrem Recht zu verhelfen, am politischen und materiellen Wiederaufbau voll teilzunehmen.

Neben humanitären Aufgaben (Familienzusammenführung, falls es noch Familien gab; ärztliche Betreuung usw.) war dies vor allem ein politisches Problem, da diesen Überlebenden der KZ's von Seiten großer Teile der Bevölkerung Mißtrauen entgegengebracht wurde und die drei westlichen Alliierten eine politische Arbeit der Antifaschisten massiv behinderten (Auflösung antifaschistischer Ausschüsse usw.) – ganz im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungsmacht.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Wie sich die Polizei auf die Räumung besetzter Häuser vorbereitet



Bullerf mit voller Mannschaft gegen Hausbesetzer. . . .

„Im Treppenhaus muß die Polizei auch mit dem Abschütten von heissem Pech, Öl, Farbe bzw. Leinöl oder ungelöschtem Kalk rechnen, selbst das Vorschieben von Frauen und Kindern und Schutzschilde wird den Hausbesetzern empfohlen."

Mit solchen Gruselstories hetzte die Polizei ihre Leute gegen Hausbesetzer auf. In ihrem Zentralorgan „Die Polizei" erschien kürzlich ein Artikel *„Die Praktiken der Hausbesetzer und daraus abzuleitende Einsatzgrundsätze der Polizei"*(Nr 5/77), den zu studieren auch für Hausbesetzer (oder solche, die es werden wollen. . .) ganz lohnend ist:

Erster „Einsatzgrundsatz" ist: Unabhängig davon, ob der Hausbesitzer Strafanzeige stellt oder nicht – im Zweifelsfall ist eine Räumung aus „präventiven Gründen" rechtlich immer „zulässig" – und unabhängig davon, ob der Hausbesitzer selbst eine Räumung versucht – auch rechtlich „zulässig", selbst wenn er Schlägertrupps mit MPs und Karabinern ausrüstet, wie bereits passiert! – bereitet sich die Polizei gründlich auf die Räumung vor.

Neben der „Erkundung" bei Hausbesitzer, Verwalter und früheren Mietern über die örtliche Situation wird sofort mit einer intensiven Observation begonnen. *„Die Observation ist unter Einsatz von Nachtsichtgeräten und Richtmikrofonen so konspirativ durchzuführen, daß sich sowohl die Haubesetzer als auch eventuelle Sympathisanten trotz entsprechendem Mißtrauen völlig unbeobachtet fühlen"*. Ziel sind Erkenntnisse über Zahl und Alter der Okkupanten, „Rädelsführer", Wachen und Barrikaden, Verbindungen nach außen und Fluchtwege, um den Zeitpunkt der Räumung festlegen zu können.

Da die Bullen bei ihrem schmutzigen Geschäft das Licht der Öffentlichkeit fürchten, wird angeraten, für die Räumung *„eine für Zuschauer möglichst unattraktive Zeit zu wählen"*. Im Gegensatz zur Polizeidurchführungsverordnung 100, die „unverzüglich konsequente polizeiliche Maßnahmen" fordert, wird einige Vorbereitungszeit für die Räumung gefordert, um *„überlegt und in Ruhe alle Besetzer auf Anhieb festzunehmen und beweiskräftig der Justiz zuzuführen"*.

Wie auch bei den großen Anti-AKW-Aktionen geht es den Bullen besonders darum, möglichst viele Besetzer der Klassenjustiz auszuliefern.

Von daher werden außer starken Abriegelungseinheiten große Durchsuchungs- und Festnahmetrupps gebildet.

Die Durchsuchungstrupps haben die Aufgabe nach Personen und Sachen zu suchen („Personen = Straftäter, Entwichene, Hilfslose; Sachen = Waffen, Sprengstoff, Diebesgut, Rauschgift und politische Schriften strafbaren Inhalts"). Vier Bullen pro Besetzer (!) stehen allein zur Festnahme bereit, daneben gibt es noch einen speziellen „Dokumentationstrupp", der mit Sofortbildkameras jeden Festgenommenen an Ort und Stelle fotografiert.

Keiner soll den Bullen entkommen! Doch auch beim Sturm auf ein besetztes Haus hat die Polizei aus ihren Erfahrungen gelernt und ihre Methoden verfeinert. Außer dem scheinbar planlosen Verlegen von „Kräften" aus und in die Kasernen der Bereitschaftspolizei und gezielten Falschmeldungen über Polizeifunk, werden Täuschungsmanöver inszeniert, indem z.B. Zivilbullen Verkehrsunfälle, Schlägereien Brände (mit Rauchbomben) vorspielen, um sofort präsent zu sein. Dazu ein Beispiel von der Frankfurter Polizei, die den Rekord an Terroreinsätzen gegen Hausbesetzer hält:

„Dort war mit schwachen Kräften ein Scheinangriff inszeniert worden, die Polizei zog sich dann zurück, über Funk wurde die Einsatzleitung von der mißglückten Aktion unterrichtet und von dort die Hausräumung für diese Nacht abgeblasen. Nachdem im besetzten Gebäude Ruhe eingekehrt war, konnte die Räumung mit starken Kräften ohne nennenswerten Widerstand erfolgen. Das Eindringen in das Haus war aufgrund der vorangegangenen sorgfältigen Observation reibungslos abgelaufen."

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich Feuerwehr und Technisches Hilfswerk „stets hilfsbereit" bei Hausräumungen gezeigt haben und ihnen der Dank der Bullen gewiß ist.

Daß die Polizei heute ihre Erfahrungen bei der Welle der Hausbesetzungen 1971 bis 1974 auswertet, ist ein Indiz dafür, daß sie wieder mit stärkeren Haus- und Wohnungskämpfen rechnet. Sie weiß sehr wohl, daß die erneute Verschlechterung der Wohnsituation viele Proteste hervorruft. Wenngleich der Mietkampf sich heute vielerorts auf Mietminderungen und juristische Auseinandersetzungen beschränkt, mit oft nur geringer Massenmobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit, sind und bleiben Hausbesetzungen im Kampf um gesunde Stadtteile, erhaltenswerten Wohnraum und Jugendzentren ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung unserer Ziele.

Hausbesetzungen sind gerechtfertigt!

Wohnungskommission

Der Widerstand gegen den »Todesschuß« nimmt zu

Nachdem der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" erschienen ist, hat sich auch aus liberalen Kreisen zunehmender Protest dagegen erhoben.

Noch im Dezember 1975 bezeichnete Maihofer den Entwurf als *„ein Beispiel liberaler Politik"*(„FR", 3.12.75). Doch schon bald mußte der „gezielte tödliche Schuß" aus dem Entwurf herausgenommen werden. Der Fachausschuß für Innen- und Rechtspolitik beschloß eine etwas „entschärfte" Formulierung dieses Abschnittes.

Initiativen gegen den Todesschuß

Gegen die Legalisierung des Todesschusses hat sich eine Bewegung entwickelt, die durch Information und auch durch versuchte Einflußnahme auf parlamentarischer Ebene gegen das Polizeigesetz Stellung bezieht.

So gibt es seit 1976 in Hannover die „Aktion gegen den Todesschuß – Bürger schützen Bürgerrechte vor dem geplanten Polizeigesetz". Rechtsanwalt Holtfort, Mitglied der Initiative und Präsident der Notarkammer in Celle, ist gegen *„einen Staat, der es sich vorbehielte, nach einfachem, jederzeit erweiterten Gesetz, über das Leben seiner Bürger zu disponieren"* („FR", 28.10.76). Dieser Initiative gehören inzwischen Schriftsteller wie Gabriele Wohmann und Hans Magnus Enzensberger an; ferner Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Uta Ranke-Heinemann. Der französische Politologe Alfred Grosser begrüßte die Initiative mit einer Erklärung, in der es heißt, *„die Bedrohung der Grundfreiheiten in der Bundesrepublik werde durch das geplante Polizeigesetz verschärft"* („FR", 23.12.76). Auch der Vorsitzende der Polizei-„Gewerkschaft" GdP, Schirrmacher, Teilnehmer der Initiative, hat sich ausdrücklich gegen den ‚Todesschuß' ausgesprochen.

Aus den Reihen der SPD ist bisher die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" (AsJ) mit 3.000 Mitgliedern öffentlich gegen den „Todesschuß" aufgetreten. Sie lehnt den „Musterentwurf zum gezielten Todesschuß" uneingeschränkt ab. Daß auch in der SPD dieser Paragraph nicht meht unumstritten ist, zeigt sich auch daran, daß der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Hans Koschnick, inzwischen den Todesschußparagraphen kritisierte („Spiegel", 9/77).

Die DKP betet die AsJ-Position nach, weil darin das geliebte Grundgesetz erwähnt wird, in dem die Todesstrafe abgeschafft ist („UZ", 18.11.76).

Allein seit 1972 wurden mindestens 100 Menschen von der Polizei erschossen. Die Täter gingen in der Regel mit einer weißen Weste aus den „Untersuchungs"verfahren hervor (s. a. unsere Broschüre: „Polizei in der BRD – keine staatlichen Mörder?").

So begrüßenswert die einzelnen Initiativen liberaler Kreise auch sind, kann man nicht übersehen, daß sich dieser Protest erst jetzt gegen die geplante Verabschiedung des Polizeigesetzes richtet. Für uns kann der Widerstand nicht bloß auf der Ebene des Kampfes gegen einen Paragraphen geführt werden, sondern muß insgesamt gegen die Todesschuß p r a x i s der Polizei geführt werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Todesschuß-paragraph in seinen Fassungen

1. Textentwurf:

§ 42 (2): *„Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden, um eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben abzuwehren oder um eine unmittelbar bevorstehende Ausführung oder Fortsetzung einer rechtswidrigen Tat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen oder als ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schußwaffen oder Sprengstoffen begangen werden soll oder ausgeführt wird, dargestellt".*

2. Textentwurf

§ 42 (2): *„Schußwaffen dürfen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist."*

Antifa-Kurzmeldungen

Nazi-Provokationen

Rund hundert Grabsteine wurden in Winsen/Luhe mit Hakenkreuzen und der Mordparole "Tötet sie sofort, die Bubackschweine" beschmiert ("HAZ", 24.6.77).

•

Wegen Hakenkreuzschmierereien ermittelt die Polizei in Augsburg. 25 parkende Autos waren mit Hakenkreuzen und der Parole "Es lebe Hitler!" beschmiert worden. Zwei Fahrzeuge wurden anschließend in Brand gesteckt. ("FR", 20.7.77).

•

Die verkehrsreiche Kaiserlei-Brücke in Frankfurt wurde dieser Tage mit einer großen Hakenkreuzfahne verunstaltet. Außerdem gab es eine Welle von Hakenkreuzschmierereien und faschistischen Flugblättern in Frankfurt ("tat", 22.7.77).

•

Flugblätter mit antisemitischen Parolen wurden in Frankfurt unter die Scheibenwischer parkender Autos gesteckt. In dem Flugblatt wurde außerdem "Treue und Gefolgschaft" für den Kriegsverbrecher Heß bekundet ("FR", 13.7.77).

"Zeitreport" - getarnte Faschistenzeitung

Unter dem Namen "Zeitreport" wird derzeit breit eine angeblich "unabhängige" Wochenzeitung verteilt. Herausgeber des Blattes ist Paul Werner, Chef der rechtsradikalen "Vereinigungskirche". Ein weiterer Mitarbeiter des Blattes ist Gerhard Bessell, früher als Verantwortlicher von Flugblättern der gleichfalls rechtsradikalen C.A.R.P. hervorgetreten ("Neue Presse" Frankf., 19.7.77).

Neonazis vor Gericht

Nach einer Unzahl von Freisprüchen ist Gerhard Frey in München tatsächlich einmal verurteilt worden! Frey ist Herausgeber und Chefredakteur der "Deutschen Nationalzeitung"; der Prozeß stand im Zusammenhang mit der Kundgebung Ende '76 in München (mit Oberst Rudel), bei der der Anti-Faschist Serge Klarsfeld gewaltsam aus dem Saal befördert worden war. Frey wurde zu 20.000 DM Geldstrafe, ersatzweise 100 Tage Haft und der Redakteur Bruno Wetzel zu 10.000 DM Geldstrafe, ersatzweise 100 Tage Haft verurteilt - allerdings nicht etwa wegen ihrer faschistischen Provokationen, sondern weil sie gerichtliche Zeugenaussagen in der "Nationalzeitung" nachgedruckt hatten (§ 353 Strafgesetzbuch).

•

Eine bemerkenswerte Verurteilung gab es am 19.Juli in West-Berlin: wegen eines Nazi-Grußes und Sieg-Heil-Rufes wurde ein 28-jähriger Wachmann bei der US-Luftwaffe zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Verurteilte hatte zur Begründung seines Verhaltens gemeint, das Ganze sei doch "nur ein Scherz" gewesen ("FR", 20.7.77).

Faschistische "Waffensammler" aufgeflogen

Am 5.Juli wurden in West-Berlin zwei faschistische "Waffennarren" entdeckt.

In Lichterfeld wurden bei einem 32-jährigen Reprofotografen außer Nazi-Schriften und Hitlerbildern *"eine Maschinenpistole, eine ein spanisches Militärgewehr, ein Kleinkalibergewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer sowie acht Revolver und drei Pistolen, ferner Hieb- und Stichwaffen und insgesamt 1000 Schuß Munition"* gefunden ("Tagesspiegel", 6.7.77).

In der Wohnung und Waschküche eines 29-Jährigen im Bezirk Wedding wurden ein Maschinengewehr aus dem Zweiten Weltkrieg, daneben SS-Uniformen, Stahlhelme sowie Nazi-Orden und -Abzeichen gefunden; außerdem aktuelles faschistisches Propagandamaterial.

Zu dem Fund in Lichterfelde teilte die Polizei mit, daß *"ein terroristischer Hintergrund zu diesem Waffenlager nicht erkannt werden"* konnte ("Tagesspiegel")...

Geplante Nazi-Aktionen

Am 24. und 25. September will die 6. SS-Division Nord ein "Divisions-Treffen" in Nürnberg machen - die 6. Division war im 2. Weltkrieg in den Niederlanden und Norwegen stationiert ("NN", 16.7.77). Die SS-ler wollen mit ihrem Treffen offensichtlich die Geschichte der Stadt als "Stadt der Reichsparteitage" auffrischen.

•

Trotz des bestehenden Verbotes von politischer Betätigung in West-Berlin will die NPD am 13. August eine "Kundgebung zum 13. Jahrestag des Mauerbaus" durchführen. Die Kundgebung soll als "geschlossene Veranstaltung" durchgeführt werden, Einladungen dazu sollen "kurzfristig ergehen" ("tat", 22.7.77).

•

Aufruf zum "Widerstand gegen neonazistische Tendenzen"

Aus Anlaß des 20. Juli hat der 'Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit' zum "Widerstand gegen neonazistische Tendenzen" aufgerufen! In einer Erklärung wird u.a. daran erinnert, daß in diesem Jahr bereits mehr als 140 Treffen ehemaliger NS-Mitglieder stattgefunden haben ("FR", 16.7.77).

•

Molotow-Coctail gegen Hitler-Film

Mit einem Brandanschlag wurde in der Nacht zum 13.7. ein Münchener Kino bedacht, das den Film "Hitler - eine Karriere" zeigt. Der betreffende Film - nach dem Buch von Joachim Fest - wurde auf der 'Berlinale' uraufgeführt und läuft jetzt in mehreren Städten. Springers "Welt" war von ihm außerordentlich begeistert - er sei die *"längst notwendige Revision, weil vor allem junge Leute zu wenig oder Falsches über Hitler wissen...Hitlers potentiell modernes, ja geradezu futuristisches Denken ist von einer ressentimentfreien* (vorurteilsfreien) *Forschung bloßgelegt worden. Die Denkschablonen antifaschistischer Volkspädagogik sind glaubhaft durchbrochen worden...Der marxistischen Hitlerverzerrung als 'Handlanger des Monopolkapitals', etwa durch den Marburger Professor Reinhardt Kühnl vertreten, hält Fest in seinem Film den Satz entgegen: 'Hitler war weder bestechlich, noch im Bund mit dem Großkapital...Sein Ziel war es, gesellschaftliche Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen...Hitler gab den Deutschen zurück, wonach sie sich sehnten: Autorität, Ziele, Ordnung, Selbstbewußtsein."* ("Welt", zit. nach "DVZ", 7.7.77).

Dieser vielgelobte Film wird derzeit in 17 Städten der BRD gezeigt. Nach Aussage der Münchener 'Interart-Filmproduktion' sei bisher "alles normal" gelaufen; außer München habe es keine Störung gegeben. Was zu ändern wäre!

»Deutsche Maoisten« und Faschisten Hand in Hand

Die sogenannten „**Marxisten-Leninisten Deutschland**" („MLD"), die sich auch als „deutsche Maoisten" bezeichnen, eskalieren ihre Provokationen weiter. Nach ihren offenen Engagement für die rechtsradikale „Vierte Partei", für eine bundesweite Ausdehnung der CSU und für die kürzlich gegründete SDU (rechtsradikale Abspaltung von der SPD) haben sich die „MLD" nun auch noch mit dem faschistischen HTS (‚Hochschulring Tübinger Studenten') zusammengetan. Der HTS erregte vor einigen Monaten bundesweites Aufsehen, als er den berüchtigten Nürnberger Nazi-Banditen Karl-Heinz Hoffmann und seine paramilitärische Terrorbande nach Tübingen einlud und zusammen mit diesen Jagd auf antifaschistische Gegendemonstranten machte. Das war am 4.12.76 (vergl.AK 95). Auch ansonsten tat sich der HTS profiliert auf rechtsaußen hervor: Er begrüßte den Bombenterror der USA gegen Vietnam, lobte die faschistische Junta Chiles und wünschte sich auch für Portugal „einen Pinochet", er forderte den Einsatz der Bundeswehr im südlichen Afrika ...

Es spricht also für das geschulte Fingerspitzengefühl der „MLD"-Leute, daß sie sich unter den zahlreichen weit rechts stehenden Studentenbünden, „Burschenschaften" etc. dieses Landes ausgerechnet den HTS für ihre üble Provokation aussuchten: So gaben sie, mit Datum vom 9.6.77, dem HTS eine Erklärung zur Verwendung anläßlich der gerade stattfindenden Uni-Wahlen. Überschrift: *„Folgen große Teile der deutschen Intelligenz heute den Nachfolgern Hitlers im Kreml ?"* In der Erklärung wurde zur *„Zurückdrängung der Systemveränderer und der Chaoten"* und zur Unterstützung der *„demokratischen und patriotischen"* (= rechtsradikalen) Studentenorganisationen aufgerufen, d.h.konkret des HTS, der seinen Wahlkampf unter den Parolen „Freiheit statt Terrorismus wählen" und „Keine Stimme an den RCDS verschenken" führte (der RCDS ist die Studentenorganisation der CDU).

Für die Wahlhilfe der „MLD"-Leute revanchierte sich der HTS angemessen: In seinem Blättchen (Motto: **„Antikommunisten aller Länder und Parteien vereinigt Euch!"**) druckte er (datiert am 13.6.77) unter der Überschrift *„Verfassungstreue Maoisten für HTS"* eine Erklärung der „MLD"ab. Im Vorspann erwähnte der HTS **„längere Kontaktgespräche bezüglich einer Zusammenarbeit des HTS mit dieser maoistischen Gruppe, die sich zu Grundgesetz und sozialer Marktwirtschaft bekennt"**. Mehr noch: der HTS kündigte zugleich nicht nur an, er werde *„in Bälde ausführlicher auf die MLD eingehen"*, sondern er druckte in Faksimile auch zwei Titelseiten des „Maoist" ab, des „theoretischen Organs der „MLD". Dazu den Vermerk, daß „Der Maoist" im HTS-Büro erhältlich sei !!

Die „MLD" wiederum faksimilierte die ganze Seite aus dem HTS-Blättchen in ihrer Zeitung „Die neue Welt" (Juli 1977). Dazu hieß es unter der Überschrift *„Patriotische Rechte und patriotische Linke"*: *„....daß der HTS im Gegensatz zu den pseudolinken ‚Demokraten' tatsächlich demokratisch ist und daß es ein Bündnis auf dem Boden der Gleichberechtigung geben kann. Unsere Feinde sind über den Beginn der Zusammenarbeit in helle Empörung ausgebrochen. Sie haben allen Grund dazu. Denn wenn die patriotische Rechte und die patriotische Linke sich zusammenschließen, beginnen schlechte Zeiten für die Helfers-Helfer der Faschisten"* (gemeint sind damit die Linken!).

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die „MLD" haben sich für diesen Streich ausgerechnet eine rechtsradikale Studentengruppe herausgesucht, die zum einen erklärtermaßen sogar noch rechts von CSU und NPD agiert, und die zum anderen durch ihr Zusammengehen mit dem Nazi-Terroristen Hoffmann eine spektakuläre Wirkung der beabsichtigten Provokation verspricht. Genau auf diese Wirkung setzen die „MLD"-Leute. Und die Rechtsradikalen im Dunstkreis der „Vierten Partei" nehmen den Ball bereitwillig auf und spielen die Provokation mit, wie auch das freundliche Schreiben von Löwenthals „Bund Freies Deutschland" (BFD) an die „MLD" zeigt, das wir hier im Faksimile abdrucken (aus „Neue Welt", Juli '77). Hier wird mit System zu Werke gegangen, wie auch die Unterwanderung des hessischen BDP (‚Bund Deutscher Pfadfinder') durch „MLD"-Leute zeigt (siehe AK 108).

Um den Provokateuren schnellstmöglich das Handwerk legen zu können, rufen wir auf: 1. Schickt Flugblätter etc.der „MLD" sowie Material über die „MLD" an uns. 2. Wer kann Angaben über Entwicklung und personelle Strukturen der „MLD" machen, die ihre Wühlarbeit etwa 1972 als Abspaltung der „KPD/ML" begannen? – Insbesondere fordern wir noch einmal die „KPD/ML"-Führung auf, e n d l i c h das ihr vorliegende Material über diese Provokateurs-Gruppe offen zu legen, mit der sie noch vor kaum zwei Jahren („Roter Antikriegstag" am 1.9.1975!) eine Aktionseinheit einging. Weiteres Schweigen der „KPD/ML"-Führung wäre direkte Hilfestellung für die Provokateure!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Bund Freies Deutschland

DIE NEUE WELT
z. Hd. Herrn Hügel
Postfach 3233

6000 Frankfurt 1

Berlin, den 5. Juli 1977 - Dr.M/Sc

Sehr geehrter Herr Hügel!

Wir bestätigen dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 27. 6. 1977 und des beigefügten Schrifttums.

Daß Ihre Vertreter von unserer Veranstaltung am 17. 6. mit den Ansprachen von Herrn Mathias Walden, Siegmar Faust und Peter Fischer und den gezeigten Film über den Aufstand in der sowjetisch besetzten Zone im Jahre 1953 unter der Leitung von Fritz Schenk, beeindruckt waren, freut uns.

Wir sind allen Menschen und jeder Organisation zu Dank verpflichtet, die sich gegen den sowjetischen Imperialismus wenden.

Aber gleichzeitig möchten wir Ihnen noch sagen, daß wir nicht alle von Ihren Thesen gutheißen können.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß jeder in seiner Art dem Bösen auf dieser Welt begegnen muß.

Die von Ihnen erbetenen Mitteilungen werden wir, soweit wir dies im einzelnen Falle können, Ihnen zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen
BUND FREIES DEUTSCHLAND e. V.

(Dr. Lothar Meyer)
-Stellv. Vorsitzender-

Bund Freies Deutschland e. V. · 1000 Berlin 15 · Kurfürstendamm 62, III. Etage · Tel. (030) 883 30 60/69
Bankverbindung: Berliner Disconto-bank AG (BLZ 100 700 00) Kto. 342/7200 · Postscheckkonto: Berlin West Nr. 243 00-104

Brief der rechtsradikalen BFD an die „MLD" (aus „Die Neue Welt", Juli 1977)

Tübingen am 4.12.76:
Hoffmann-Bande und HTS prügeln mit Knüppeln auf antifaschistische Studenten ein

27. 6. 1977 und des beigefügten Schrifttums.

Daß Ihre Vertreter von unserer Veranstaltung am 17. 6. mit den Ansprachen von Herrn Mathias Walden, Siegmar Faust und Peter Fischer und den gezeigten Film über den Aufstand in der sowjetisch besetzten Zone im Jahre 1953 unter der Leitung von Fritz Schenk, beeindruckt waren, freut uns.

Wir sind allen Menschen und jeder Organisation zu Dank verpflichtet, die sich gegen den sowjetischen Imperialismus wenden.

Aber gleichzeitig möchten wir Ihnen noch sagen, daß wir nicht alle von Ihren Thesen gutheißen können.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß jeder in seiner Art dem Bösen auf dieser Welt begegnen muß.

Die von Ihnen erbetenen Mitteilungen werden wir, soweit wir dies im einzelnen Falle können, Ihnen zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen
BUND FREIES DEUTSCHLAND e. V.

(Dr. Lothar Meyer)
-Stellv. Vorsitzender-

Bund Freies Deutschland e. V. · 1000 Berlin 15 · Kurfürstendamm 62, III. Etage · Tel. (030) 883 30 60/69
Bankverbindung: Berliner Disconto-bank AG (BLZ 100 700 00) Kto. 342/7200 · Postscheckkonto: Berlin West Nr. 243 00-104



Brief der rechtsradikalen BFD an die „MLD" (aus „Die Neue Welt", Juli 1977)

Tübingen am 4.12.76:
Hoffmann-Bande und HTS prügeln mit Knüppeln auf antifaschistische Studenten ein

Fortsetzung von Seite 15

ten wegen der Tötung von Anneliese Michel anzuklagen, hätte allerdings bedeutet, die verbrecherische Praxis des Exorzismus s e l b s t – und nicht nur dessen tödlichen Ausgang im Fall von Anneliese Michel – in Frage zu stellen.

Dieses Problem also hat die Staatsanwaltschaft inzwischen , mit viel „Kopfzerbrechen" „gelöst: Am 13.7. dieses Jahres wurde Anklage erhoben gegen die beiden beteiligten Pfaffen Renz und Alt, sowie gegen die Eltern der Toten, die völlig im religiösen Wahn befangen sind und sich nach Kräften an der Zerstörung ihrer Tochter beteiligt hatten. Die Anklage geht auf fahrlässige Tötung durch Unterlassen nach §§ 222 und 13 StGB (lt. „FR", 14.7.77). Die Ermittlungsverfahren gegen Bischof Stangl und den Jesuiten wurden eingestellt, *„da beide zu dem Mädchen und seinen Eltern keinen unmittelbaren Kontakt gehabt hätten"* („FR", 14.7.)

Die Anklage wurde inzwischen der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Aschaffenburg zugeleitet, die nun über die Zulassung der Klage zu entscheiden hat. Im „besten" Fall wird es darauf hinaus laufen , daß die Pfaffen und die Eltern verurteilt werden, während die Hauptverantwortlichen des Verbrechens, Bischof Stangl und Pater Rodewyk, auf jeden Fall straffrei ausgehen. Möglich aber auch, daß es gar nicht erst zum Prozeß kommt. Pfaffe Alt ist übrigens nach wie vor in seiner Gemeinde Ettleben bei Schweinfurt „tätig". Dazu wurde vom Bischöflichen Ordinariat des Herrn Stangl trocken erklärt: *„Niemand kann bestraft werden, solange er nicht verurteilt ist"* (lt.„Süddeutsche Zeitung", 15.7.77). Womit klar gesagt ist, daß ein Exorzismus mit Todesfolge für den Klerus nur ein juristisches, aber keinesfalls ein moralisches Problem darstellt.



... macht er „den deutschen Gruß" oder ist er gerade beim Teufel-Austreiben? Bischof Stangl genehmigte den „Exorzismus von Klingenberg". Auch zukünftig will er „Teufelsaustreibungen" zulassen.

Auch zukünftig will er „Teufelsaustreibungen" zulassen.

Bischof Stangl hat inzwischen „Konsequenzen" aus dem Todesfall von Klingenberg gezogen: Zukünftig will er eine „Teufelsaustreibung" nur noch genehmigen, wenn die betreffende Person sich schriftlich verpflichtet, *„daß sie sich einer begleitenden ärztlichen Behandlung unterzieht"*. Auf die „begleitenden" Ärzte scheinen dabei wunderliche Aufgaben zuzukommen, zumal Stangl auch ankündigte: *„Wir sind überzeugt, daß bei einer Überarbeitung des Rituale Romanum auch die Zusammenarbeit zwischen Seelsorger und Arzt beim Beten des feierlichen Exorzismus genauer festgelegt wird"* („SZ", 15.7.77). Es darf also, wenn's nach dem Bischof Stangl und der Justiz geht, auch zukünftig „ausgetrieben" werden. Aber nur in „Begleitung" eines Arztes ....

In diesem Zusammenhang zwei Meldungen. Die erste: Zu drei Monaten Gefängnis und 36.000 Francs Geldstrafe wurde kürzlich in Frankreich eine Frau verurteilt, die einem Mann „den Teufel austreiben" wollte. Der Mann war dabei keineswegs gestorben wie die unglückliche Anneliese Michel – o nein„*zwar etwas schwach, aber wohlauf*" fand ihn die Polizei, als sie nach einer Woche dem Spuk ein Ende machte. Der Ehemann der „Teufelsaustreiberin" bekam drei Monate Gefängnis mit Bewährung („FR",14.7.77). So streng sind da die Bräuche! –

Und die zweite Meldung: **„Weil das Horrorspektakel mit dem Teufel ein 100-Millionen-Dollar-Erfolg war"** („Spiegel",27.6.77), wurde in Hollywood der zweite Teil zum Film „Exorzist" abgedreht, in dem diesmal zu Abwechslung die hübsche „Besessene" aus dem ersten Teil,Linda Blair, *„dem Teufel das Handwerk legt"*. Es soll, im Gegensatz zum ersten Teil, diesmal ein *„heilsamer Film"* sein, der *„den Hunger nach Gott"* ausdrückt. Na, denn gesegnete Mahlzeit !

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Skandalöses Urteil: Ohne Trauschein keine Wohnung!

Daß Wohnen nicht nur Miete bezahlen heißt, wird in einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm deutlich, wo sich Richter um den Erhalt bürgerlicher Lebensnormen in nur allzu menschenfeindlicher Haltung „bemühen".

Bei der Frage, ob Vermieter unverheiratete Paare oder die Aufnahme eines „freien Partners" „dulden" müssen, meinten die reaktionären Richter in Hamm: *„Wer meine, aus Artikel 6 des Grundgesetzes seien unter dem Gesichtspunkt der Eheschließungsfreiheit auch die vorehelichen Aktivitäten des Suchens und gemeinsamen Versuchens, verfassungsrechtlich geschützt, der argumentiere abwegig und pervertiere den grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie. Deshalb brauche der Vermieter es nicht generell zu dulden, daß eine Mieterin (!!???) einen Partner aufnimmt, um mit ihm ehelos zusammenzuleben"*.

Obwohl es zwar manche Vermieter gäbe - so die Richter - denen dies nichts auszumachen scheint, so gehen sie doch davon aus, *„daß ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung daran Anstoß nimmt"* (an einem Zusammenleben ohne Eheschein - die Red.)!

Wer dann der „nicht unerhebliche Teil der Bevölkerung" ist, liest sich so: *„Auch der Vermieter (!!!) hat Anspruch auf Gewissensfreiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit. (!!) Demjenigen, der das Zusammenleben eines unverheirateten Paares als sittlich nicht zu rechtfertigen erachtet, muß es frei stehen, sich eines Mieters zu entledigen, der sich über diese auf beachtenswerte Grundwerte zurückzuführende Haltung einseitig hinwegsetzen will."*

Wenn aber *„die Zahl derer wächst, die bei sozialethischer Betrachtung einem ehelosen Zusammenleben positive Aspekte abgewinnt,"* so meinen die Richter noch zynisch, *„so ist es einem Mieter um so eher zumutbar sich eventuell eine andere Wohnung bei einem ‚toleranten' Vermieter zu suchen"* (alle Zitate „Berliner Morgenpost", 14.7.77).

Nachdem diese richterliche Entscheidung in Revision ging (OLG Hamm 942 16/76), wird in einigen Jahren vom Bundesgerichtshof eine Grundsatzentscheidung erwartet.

Es ist nicht anzunehmen, daß dabei ein Gesetz verabschiedet wird, das es den Mietern ermöglicht, sich halsabschneiderische Vermieter (Kaußen etc.) vom Hals zu schaffen ...

Ein Westberliner Genosse

Karl-Heinz Roth ist frei!

Anläßlich der Haftentlassung von Karl-Heinz Roth beantwortete ein Mitglied des Unterstützungsbüros die folgenden Fragen, die von Genossen des KB/Gruppe Köln gestellt wurden.

Frage: Wie sah die Arbeit des Büros aus?

Im Prinzip arbeitet das Büro seit Ende letzten Jahres, d.h. daß damals ein Büro eingerichtet worden ist und mit der Öffentlichkeitsarbeit begonnen wurde. Anfangs waren es mehrere Kölner Linke, die mit den Anwälten Kontakt hatten. Die wichtigste Aufgabe war zunächst, lokal eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Von da an hat sich Kontakt in andere Städte ergeben, zu linken Gruppen wie KB, SB, GIM, die auch an einer Gegenöffentlichkeit mitgearbeitet haben.

Die Arbeit bestand darin, die zunächst bekannten Fakten über die Anklageschrift zu verbreiten, danach regelmäßige Berichte über den Prozeßablauf zu veröffentlichen, z.B. in linken Zeitungen, ID, linke Buchläden, Alterna- *ßige Berichte über den Prozeßablauf zu veröffentlichen, z.B. in linken Zeitungen, ID, linke Buchläden, Alterna-**tivpresse.*

Frage: Wie sah die Zusammenarbeit mit den Anwälten aus?

Die Anwälte haben von Anfang an das Prinzip vertreten, den Prozeßablauf auch außerhalb des Gerichtssaals zu verbreiten. So wurde von uns und den Anwälten immer vertreten, daß dieser Prozeß ein Gesinnungsprozeß neuer Qualität ist. Nach P.P. Zahl und dem Türkenprozeß war hier klar, daß in verstärktem Maß die Gleichung Linke = Mörder in der Anklageschrift aufgemacht wurde. So sind aus dieser Haltung heraus die Anwälte auf mehreren Veranstaltungen gewesen und haben über den Prozeß berichtet.

Frage: Die Pflichtverteidiger, was haben sie getan?

Sie waren im Prozeß anwesend.

Frage: Wie hat sich der Prozeß entwickelt, wie kam es zur Haftentlassung, wenn man bedenkt, daß die schwere Mordanschuldigung gegen die Angeklagten von der Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer am 14.7. immer noch aufrechterhalten wird?

Von vornherein stand fest, daß weder Roland Otto noch K.-H. Roth geschossen hatten. Bei Otto genügte der Staatsanwaltschaft der Hinweis auf die Illegalität, um das stillschweigende Einverständnis zu Werner Sauber, der laut Anklage das Feuer eröffnet haben sollte, festzustellen. Bei Roth wurde stärker als bei Otto mit seiner politischen Gesinnung argumentiert. Als Beweis wurde eine angebliche Untergrundzeit angeführt. Im Laufe des Prozesses wurde Roths Vergangenheit später nicht mehr erwähnt, was auf die Beweisaufnahme der Anwälte zurückzuführen ist. Im Verlauf von 51 Verhandlungstagen hat sich allein der Tathergang, so wie ihn sich die Anklage vorstellte, als falsch erwiesen. So wurden dann am 51. Verhandlungstag die Haftbefehle gegen Otto und Roth aufgehoben. Die Entscheidung ist vom gesamten Gericht getroffen worden: „Ein dringender Tatverdacht hinsichtlich der den Angeklagten in den Haftbefehlen vorgeworfenen Tötungsdelikte besteht nach dem Ergebnis der im wesentlichen abgeschlossenen Beweisaufnahme nicht mehr. Unbeschadet etwaiger Feststellungen über den Ablauf der Schießerei läßt sich die Feststellung, der Angeklagte Roth habe nach Verlassen seines PKW versucht, seine Schußwaffe zu gebrauchen, voraussichtlich nicht auf die Aussage des Zeugen Grüner stützen. Auch läßt sich aus den Aussagen der übrigen Tatzeugen nicht der Schluß ziehen, Sauber und der Angeklagte Roth hätten plötzlich und gleichzeitig die Wagentüren geöffnet. Infolgedessen werden voraussichtlich entscheidende Indizien dafür, daß die Angeklagten entschlossen waren, von ihren mitgeführten Schußwaffen selbst Gebrauch zu machen, nicht nachzuweisen sein. Damit entfallen — auch nach Argumentation der Anklageschrift — wesentliche Anhaltspunkte dafür, daß die Angeklagten gemeinschaftlich mit Sauber als Mittäter gehandelt haben. Aus den noch verbleibenden Indizien läßt sich voraussichtlich kein zwingen- *Sauber als Mittäter gehandelt haben. Aus den noch verbleibenden Indizien läßt sich voraussichtlich kein zwingen-**der Schluß auf eine Mittäterschaft ziehen. Das Gericht sieht beim derzeitigen Stand des Verfahrens auch keine Veranlassung, auf eine Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes hinzuweisen."*

Frage: Wie hat der formale Rücktritt von dem Vorsitzenden Richter Draber den Prozeß beeinflußt?

Zunächst hat sich das Klima sichtlich geändert, z.B. wurden die Besucher und Verteidiger nicht mehr leibesvisitiert, die Ausweise der Besucher wurden nicht mehr fotokopiert, die Zivilbullen verschwanden aus dem Gerichtssaal. Mit Sicherheit konnten auch die Haftentlassungsanträge leichter durchgebracht werden. Der Grund für den Mißtrauensantrag gegen Draber bestand in einem Aufsatz, den Draber in der Zeitung „Gruppendynamik, Forschung und Praxis" 1974 veröffentlichte, in dem Draber die „gruppendynamischen Regeln" im Strafprozeß darstellte.

Draber beschreibt den Strafprozeß als einen „sozialen Ausstoßmechanismus", in dem das Verhalten der Beteiligten auch noch nach anderen als strafprozessualen Regeln ablaufe. Er beschreibt Klassenjustiz, ohne diese als solche zu benennen, äußerst exakt, wie sie von „Linken" nicht besser skizziert werden könnte, aber ohne den fundamentalen Widerspruch zwischen Strafgesetz und Realität anzugreifen oder in Frage zu stellen. Er schreibt, es sei notwendig, die „Arbeitsgruppe" der Prozeßbeteiligten funktionsfähig zu erhalten, wozu insbesondere die Beachtung der gruppendynamischen Abläufe erforderlich sei. Er erwähnt somit Regeln, die die Strafprozeßordnung nicht kennt, und macht deutlich, daß er deren Verwirklichung für erforderlich halte. Es sei z.B das Prinzip der „Zerstückelung" in emotionsgeladenen Verhandlungssituationen durchzusetzen.

Ferner heißt es: „Manche Angeklagten treten von vornherein in der Rolle des Anklägers gegen angebliche (!) Mißstände in ihrer Umgebung oder in der Gesellschaft auf. Systematische Untersuchungen über solche und ähnliche Vorgänge sind bisher, soweit ersichtlich, nicht angestellt worden. Man kann sich fragen, ob sie noch dem legitimen Prozeß der Wahrheitsfindung zuzurechnen sind, oder bereits als Störfaktoren eingestuft werden müssen."

Mit Bezug auf Drabers Darlegungen lehnten die Gefangenen Dr. Draber als Vorsitzenden Richter erneut ab, insbesondere, da sich die während des gesamten Prozesses praktizierte Vertauschung von Strafprozeßordnung und (gruppendynamischer) Realität somit im Nachhinein als Konzept erwiesen habe. Es sei nicht zu erwarten, daß er das Gesetz, statt der von ihm entwickelten (gruppendynamischen) Regeln verwirklichen werde.

Die Staatsanwaltschaft tobte und bezeichnete den Antrag als Skandal. Der Antrag wurde zugelassen.

Frage: Was ist im Verlauf des Prozesses genau rausgekommen?

Aufgrund der Polizeizeugenaussagen

Frage: Was ist im Verlauf des Prozesses genau rausgekommen?

Aufgrund der Polizeizeugenaussagen

hat die Anklage behauptet, daß Werner Sauber jene Schießerei am 9.5. in Köln-Gremberg eröffnet hatte. Dabei habe W. Sauber den Polizist Pauli erschossen und dann den Polizisten Grüner über den Haufen geschossen. Diese Behauptung konnte durch mehrere gerichtsmedizinische Gutachten widerlegt werden, weil nämlich der erschossene Polizist Pauli erst sein ganzes Magazin auf W.S. abgeschossen hatte, bevor dieser zurückschoß. Auf der Flucht muß W.S. über einen Stacheldraht gestolpert und gestürzt sein. Auf dem Boden liegend hat er aus nächster Nähe, max. 1 m Entfernung, zwei Schüsse in den Rücken erhalten. Wir stellen fest, W.S. muß auf dem Boden liegend regelrecht exekutiert worden sein.

Die Aussage des Hauptbelastungszeugen Grüner hat sich als falsch erwiesen, so daß feststeht, daß K.H. Roth nicht den Versuch unternommen hat, zur Waffe zu greifen.

Frage: Wo befindet sich K.H. Roth zur Zeit und wie sieht sein Gesundheitszustand aus?

K.H. befindet sich zur Zeit in der Behandlung von Prof. Beck in Wiesbaden. Sein Gesundheitszustand war durch die Haft, die Isolationsfolter und die mangelhafte ärztliche Versorgung in den Knästen noch zu Beginn des Prozesses teilweise lebensbedrohlich. K.H. war mehrfach während der Verhandlungstage zusammengebrochen, bzw. hat kurz davor gestanden. Dies ist die Folge von einem gelähmten Dickdarmschnitt, was zu immer massiveren Koliken führte — das kann nur operativ behandelt werden. Er hat außerdem 30 kg abgenommen, d.h. er hat 20 kg Untergewicht.

Bezeichnenderweise hatte derselbe Arzt, der ihn haftfähig geschrieben hat, den Exbankier Herstatt zwei Monate nach dessen Inhaftierung „haftunfähig" geschrieben. Ebenso dessen Compagnon Danny Dattel am 21.6. Grund: Psychische Leiden als Haftfolge und Verlust von 10 kg Gewicht (!).

Frage: Ist der Prozeß als Erfolg einzuschätzen?

Gewicht (!).

Frage: Ist der Prozeß als Erfolg einzuschätzen?

Der Prozeß ist soweit als Erfolg einzustufen, als es der Verteidigung gelungen ist, die Anklage in allen Punkten zu widerlegen und eine entsprechende Isolation der Haltung der Staatsanwaltschaft zu erreichen, die ihren Ausdruck in der Haftentlassung fand. Aber selbst bei positivem Ausgang (Freispruch) ist damit der Charakter der Klassenjustiz nicht genommen. Auch wenn in der Öffentlichkeit insbesondere in der bürgerlichen Presse der Rechtsstaat und seine Rechtsstaatlichkeit als rechtens gefeiert werden.

Frage: Wie stellt ihr euch die weitere Arbeit des Unterstützungsbüros vor?

Über die langfristige Perspektive kann ich noch nichts sagen. Das wird auch von den Leuten im Büro und ihren persönlichen Perspektiven abhängen. Kurzfristig werden wir den Prozeß und sein Ende weiter verfolgen und wohl auch ein abschließendes Resumee ziehen, vielleicht in Form des Buches „Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß?". Wir alle werden uns natürlich mit der Repression in der BRD weiter befassen.

Geheimprozeß in Köln

Am 27.6. begann vor der Staatsschutzkammer Köln eine Hauptverhandlung gegen „Naumann und zwei andere". Dahinter verbirgt sich der Strafprozeß gegen Norbert Hoffmann (26) und Katharina Mai (26) und eben Naumann (26). Norbert Hoffmann und Katharina Mai sind im Rahmen der Polizei-Aktion „Winterreise" am 26.11.1974 verhaftet worden aufgrund von Aussagen des Kronzeugen Jürgen Bodeux! Durch Unter-Druck-Setzen gelang es damals, die beiden zu Aussagen zu bewegen. Nach zwei Monaten wurden sie von der U-Haft verschont. Ihre Aussagen wurden bisher im Prozeß gegen Ralf Stein (von der Anarchisten-Zeitung „Befreiung") verwendet, sie waren als Zeugen gegen die hypothetische „Kriminelle Vereinigung" P.P.Zahl, Lothar Gend u.a. auf dem Zettel der Staatsanwaltschaft und sie sollten im Prozeß gegen Wernfried Reimers und Robert Jarowoy aussagen. In dem Prozeß schwebte dem Staatsanwalt eine Kriminelle Vereinigung ‚Reimers, Jarowoy, Gend, Hoffmann, Mai' vor! (Dieses Vorhaben wurde fallengelassen, Wernfried

Fortsetzung auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

und Robert wurden inzwischen zu je 7 Jahren und 3 Monaten Knast verurteilt - s. AK 108, S. 20).

Nach der Verlesung der Anklage beantragte Rechtsanwalt Zelenka, der Verteidiger von Katharina Mai und Zwangsverteidiger von Karl-Heinz Roth (!!), den Ausschluß der Öffentlichkeit, weil in der Hauptverhandlung gegen die betreffende „kriminelle Vereinigung" „gewisse Techniken" verhandelt werden müßten, die dem Wohl der BRD gefährlich werden könnten, wenn sie öffentlich bekannt würden. Außerdem würde die Angeklagte Mai private Dinge vortragen und, da sie sich aus dem damaligen Zusammenhang gelöst habe, wünsche sie nicht, daß diese Dinge öffentlich erörtert würden!

Nach zehnminütiger Verhandlung gab das Gericht dem Antrag statt und die knappe Handvoll Zuschauer mußte den Saal räumen. Nach einer weiteren Viertelstunde bat das Gericht die Öffentlichkeit wieder herein, um ihr zu verkünden, sie werde für die Dauer der Vernehmung der Angeklagten ausgeschlossen. Begründung siehe Staatsanwalt. Im übrigen sei bekannt, daß Angeklagte oder Zeugen aus kriminellen Vereinigungen, die Aussagen machten, von ihren ehemaligen Genossen als Verräter betrachtet würden. Hierbei komme es sogar zu Mordtaten.

Der Staatsschutz, einschließlich der Staatsschutzgerichte, geht offenbar dazu über – wo es geht – Geheimprozesse zu führen. Offenbar soll das Aussageverhalten von Hoffmann und Mai belohnt werden - unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Deshalb findet der Prozeß auch mit Verteidigern statt, die zuvor den Angeklagten vom Landeskriminalamt empfohlen worden waren.

Mit einer solchen Begründung, sollte sie sich tatsächlich so einbürgern – könnte in Zukunft jeder Staatsschutz-Prozeß als Geheimprozeß durchgeführt werden!

IKAH Hamburg, nach dem Bericht eines Besuchers

Rechtsanwalt Croissant beantragt politisches Asyl in Frankreich

Keine Auslieferung Croissants an die BRD!

Am 12.7.77 hat der Stuttgarter Rechtsanwalt Croissant um politisches Asyl in Frankreich nachgesucht. Er gab den Asyl-Antrag auf einer Pressekonferenz in Paris bekannt.

Es ist damit zu rechnen, daß es um seine Auslieferung ein ähnliches Tauziehen geben wird, wie um die Auslieferung Rolf Pohles aus Griechenland im letzten Jahr.

Die Pressekonferenz von Croissant in Paris hatte die Unterstützung der demokratischen Kräfte Frankreichs: auf ihr waren die „Liga für Menschenrechte", die französische Richtergewerkschaft und ein demokratischer Anwaltsverband als Veranstalter aufgetreten.

Eine Grußadresse lag u.a. von Jean Paul Sartre vor.

Croissant ist in den letzten Jahren als engagierter Verteidiger der politischen Gefangenen aus der RAF und aus anderen ähnlichen Gruppen bekannt geworden. Er verteidigte zuletzt die Gefangenen aus dem „Kommando Holger Meins" in Düsseldorf, die dort wegen des Anschlags auf die deutsche Botschaft in Stockholm angeklagt waren.

Innerhalb der demokratischen Bewegung hatte sich Croissant dadurch einen Namen gemacht, daß er sehr konsequent die These vertrat, in der BRD herrsche ein „neuer Faschismus", von seiten des Staatsschutzes würde eine Strategie der „counteringsurgency" (sprich: Kaun:erinsördschenzi) verfolgt, die auf die physische Vernichtung der politischen Gefangenen abziele, die sich als „Kriegsgefangene" im (Guerilla-)Krieg mit dem Imperialismus befänden.

Durch die ziemliche Überzogenheit dieser Position hat sich Croissant und das „Internationale Verteidigungskomitee (IVK)" allerdings weitesgehend isoliert.

Croissant: Lieblingszielscheibe des Verfassungsschutzes

Croissant ist, weil er bis zuletzt vor seiner Emigration immer als Verteidiger politischer Gefangener tätig war, vom Staatschutz besonders terrorisiert worden:

- Gegen ihn wurde ein Haftbefehl erlassen; aufgrund dieses Haftbefehls wurde er im Juni 1975 für einen Monat eingelocht und im Juli 1976 nochmals für mehrere Wochen in den Knast geworfen.

Danach wurde der Haftbefehl nur gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, die man ruhigen Gewissens als gezielte Schikane bezeichnen kann: er mußte sich zweimal wöchentlich auf der Bullenwache melden, er hatte eine Kaution von 80.000 DM zu hinterlegen und schließlich behielt der Staat seine Ausweispapiere ein, um ihm die Möglichkeit von Auslandsbesuchen zu nehmen.

Anfang des Jahres 1977 wurde Croissant o f f e n von einem ganzen Rudel von Staatsschützern observiert, die ihm auf Schritt und Tritt folgten (in mehreren Autos), sich vor seinem Büro aufbauten und die Telefone abhörten.

Schließlich und endlich wurde gegen ihn Ende Juni 1977 ein „Teilberufsverbot" für die Verteidigung in Staatschutzsachen verhängt, was bei der Tätigkeit von Croissant praktisch einer vollständigen Liquidierung seiner Berufsarbeit gleichkommt. Gegenwärtig wird von der Anwaltskammer in Stuttgart geprüft, ob ihm die Zulassung als Rechtsanwalt aberkannt werden soll, weil er seiner „Residenzpflicht", d.h. der Pflicht, ein Büro zu unterhalten und dort seinem Beruf nachzugehen,nicht nachkomme.

Croissant

Auslieferungsantrag gestellt

Die BRD-Regierung hat eine Woche nach der Pariser Pressekonferenz einen Antrag auf Auslieferung an den freiheitlichsten Staat, den es auf deutschem Boden je gab, gestellt.

Außerdem wurde der Haftbefehl gegen Croissant sofort von dienstbeflissenenen Richtern in Stuttgart wieder in Vollzug gesetzt. Seitdem wird in Frankreich von Interpol nach Croissant gefahndet.

Nach den internationalen Abkommen kann aber ein politischer Flüchtlichg nur ausgeliefert werden, wenn ihm „kriminelle" Taten vorgeworfen werden.

Deshalb läßt die BRD nichts unversucht, in - auch bei Rolf Pohle tat sie das - bewährter Art Croissant zu kriminalisieren. Der Auslieferungsantrag wird auf das Strafverfahren gegen Croissant wegen „Untersützung einer kriminellen Vereinigung" gestützt.

In diesem Verfahren wird dem Anwalt - ähnlich wie auch dem Hamburger Rechtsanwalt Groenewold - vorgeworfen, die Gefangenen aus der RAF durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt zu haben.

Laut der Tageszeitung „ die Welt" vom 19.7.77, die mal wieder bestens aus den Akten der Staatsschutzbehörden unterrichtet worden zu sein scheint, geht hervor, daß Croissant besonders die Vermittlung eines Interviews zwischen dem „Spiegel" und den in Stammheim gefangenen RAF-Mitgliedern vorgeworfen wird.

Außerdem hält es die Staatsanwaltschaft für kriminell, daß Croissant mehrere Rundfunk-Interviews gegeben hat, einige davon im Ausland. Schließlich lautet eine Überschrift in der „Welt": *„Kontakt auch zum ‚Playboy' "*. Na ja.

In einem anderen Verfahren gegen Croissant hat die Klassenjustiz aber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie weiß, daß die Croissant gemachten Vorwürfe mit Kriminalität absolut und rein gar nichts zu tun haben.

In dem Haftbefehl gegen ihn vom 28.7.75 heißt es:

„Die dem Beschuldigten vorgeworfenen Handlungen erfüllten nur dann nicht den Tatbestnad des § 129 StGB, wenn sie für sich allein, losgelöst von den mit ihm verfolgten Zielen betrachtet werden könnte. Ein Hungerstreik zur Erreichung milderer Haftbedingungen, das Eintreten für einen strafbarer Handlungen beschuldigten Mandanten in öffentlichen Veranstaltungen oder über Publikationsorgane und das Vermitteln von Kontakten zwischen Gefangenen sind für sich allein (?!) keine strafbaren Handlungen. Sie sind aber einbezogen in den Gesamtplan der Vereinigung, durch strafbare Gewalthandlungen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der BRD zu zerstören".

Also eingebunden in ein p o l i t i s c h e s Ziel, oder ???!

Trotzdem streitet die Bundesanwaltschaft aber ab, daß es sich bei den Vorwürfen um p o l i t i s c h e Vorwürfe handelt.

An der Entscheidung dieser Frage wird sich zeigen, wieweit in Frankreich das Bewußtsein bei der Justiz schon von dem „Modell Deutschland" geprägt ist. In jedem Fall steht für die fortschrittlichen Kräfte in Frankreich die Forderung auf der Tagesordnung:

Keine Auslieferung von Claus Croissant in die Bundesrepublik!! Anerkennung als politischer Flüchtling!!

IKAH Hamburg

Nachrichten aus dem Knast

Günter Sonnenberg: Anklage erhoben!

Gegen Günter Sonnenberg und Verena Becker wurde von der Bundesanwaltschaft Anklage erhoben. Die Beschuldigung lautet: versuchter sechsfacher Polizistenmord (bezieht sich auf die Polizisten bei der Festnahme), schwerer Raub, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (zusammen mit Siegfried Haag). Von der Ermordung Bubacks wurde laut „Frankfurter Rundschau" und „Süddeutsche Zeitung" nichts erwähnt. „Bild" dagegen weiß: *„wegen Buback wird erst später Anklage erhoben"* („Frankfurter Rundschau", „Süddeutsche Zeitung", „Bild" vom 1.7.77). Dies erscheint höchst merkwürdig, wurde doch angeblich die Mordwaffe bei den beiden gefunden.

Die Anklage konnte Günter aber noch nicht („Morgenpost", 15.7.77) zugestellt werden, da er (noch?) gar nicht erfassen kann, was in der Anklageschrift drin steht! Schon am 15.6. hatte Prof. Wulf (Psychiatrisches Krankenhaus Weissenau) festgestellt, daß Günter nicht in der Lage sei, Aussagen, die er in Hinblick auf seine Verteidigung mache, in ihrer Bedeutung zu erfassen! Wegen dieser Bedenken war ursprünglich auch der Haftbefehl nicht eröffnet worden. Doch am 18.5. war die Bundesanwaltschaft davon ausgegangen, Günter könne ihren Ausführungen folgen. Allerdings war Günter nicht in der Lage mehr als seinen Namen zu sagen!

In allen ärtzlichen Gutachten wird davon gesprochen, daß Günters Sprech- und Ausdrucksvermögen stark gestört ist, daß ein erheblicher Verlust von Merk- und Konzentrationsfähigkeit vorliegt. Der Stammheimer Dr. Henck hält ihn (22.5.77 nach der Aufnahme dort) für einen reinen Plegefall, für nicht haftauglich, weder vernehmungs- noch verhandlungsfähig - 4 Tage nach der „Eröffnung" des Haftbefehls!!

Seit Mitte Juni ist er im psychiatrischen Krankenhaus Ravensburg-Weissnau - allein hinter 2,50 m hohem Zaun in einem ehemaligen Schwesternwohnheim. Besuch darf er nur von seinen Eltern und von einem Pfarrer (Knastpfarrer?) bekommen (lt. „Hamburger Morgenpost", 1.7.77).

Am 1.7. wurde in Utrecht von Ärzten ein Aufruf verfasst, eine internationale Ärtzedelegation zu bilden, die den Gesundheitszustand von Günter Sonnenberg und seine Haftbedingungen untersuchen soll.

IKAH Hamburg

Prozeß gegen

Prozeß gegen Eberhard Dreher verschoben

West-Berlin. Am 12.7. hat der Prozeß gegen Eberhard Dreher – wegen angeblicher Unterstützung des 2.Juni – begonnen und wurde bis zum 9.9. ausgesetzt. Eberhard ist seit dem 26.3.76 in U-Haft. Nach einem Jahr ohne Akteneinsicht (!!) lag im vergangenen Monat die Anklageschrift vor.

Wie schon im Prozeß gegen Doemeland/Siepert ist es auch in diesem vorgesehen, die Tätigkeit der Bewegung 2.Juni zu verhandeln und den Genossen dafür – wenn's geht – zu verurteilen, ohne die Hauptbeschuldigten zu hören, die sich mithin auch gegen die Vorwürfe nicht wehren können. Eberhard wurde bisher zweimal verschleppt und zusammen mit anderen Gefangenen am 21./22. Mai 77 bei einer zwangsweisen Gegenüberstellung schwer mißhandelt, so daß ihm das Blut aus den Fingernägeln quoll.

Zu Prozeßbeginn forderte Eberhard die vom Bundesjustizministerium zugesagte Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen auch durchzuführen, eine unabhängige, internationale Komission, die die oben genannte Zwangsvorführung untersuchen soll und ein Notwehrrecht von Gefolterten gegen Folterer. Als die Zuhörer applaudierten, ließ Richter Kupsch den Saal räumen.

Konkret wird Eberhard beschuldigt,daß

– ein Ausweis auf seinen Namen 1973 bei dem verhafteten Heinz Brockmann (er soll Mitglied des 2.Juni gewesen sein) gefunden wurde.

– er Andreas Vogel (bei ihm soll angeblich die Pistole, mit der Drenckmann erschossen wurde, gefunden worden sein) einen Wagen besorgt haben soll. Im Wagen selber sollen laut Anklage Waffenbücher, Perücken und gar „Sprengstoff" gefunden worden sein.

Die Anklageschrift der Staatsschutzkammer enthält allerdings zu 90% Punkte zum 2.Juni und dürftige 10 % zu Dreher selbst; und diese sind äußerst dürftig. So wird z.B. behauptet, Dreher sei Chauffeur von Vogel gewesen, weil das Auto in zwei Tagen 133 km gefahren sei oder Dreher sei „der Fälscher der Bande " gewesen - obgleich der Ausweis Drehers ebensogut gestohlen sein konnte („info-BUG" Nr. 163). Der Prozeß selbst wurde verschoben - auf Antrag der Verteidigung. Die Verteidiger erklärten ferner, daß sie von „der Ansetzung des Prozesses überrascht" worden seien („Tagesspiegel", 15.7.77).

Dreher muß weiterhin in U-Haft sitzen.

KB/Gruppe Westberlin und IKAH Hamburg

Revision im Schmücker-Prozeß

West-Berlin. Die Urteile im „Schmücker-Prozeß" gegen Ilse Jandt, Wolfgang Wesslau, Anette von Wedel, Wolfgang Strücken und Sönke Löffler wurden vom Bundesgerichtshof aufgehoben. In dem Prozeß war Ilse Jandt zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil sie Wolfgang Wesslau angestiftet haben soll, den VS-Spitzel Schmücker zu erschießen (vergleiche AK 97).

Zwei Gefangene wurden seit dem Urteil mit Auflagen freigelassen (Anette von Wedel und Sönke Löffler). Der BGH hob das Urteil nun auf, weil die Staatsschutzzeugen eine Aussagegenehmigung hatten, die sich nur auf Fragen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts bezog, nicht aber auf Fragen der Verteidigung!!! Der Berufskronzeuge Bodeux, der fünfeinhalb Jahre bekommen hatte, hat keinen Revisionsantrag gestellt, ist somit rechtskräftig verurteilt. Trotzdem wurde er inzwischen freigelassen (lt. „Welt" 14.7.77).

IKAH Hamburg

Peter Schönwiese ist frei!

Ursprünglich wegen einer „Jugendsünde" zu gut 2 Jahren Jugendknast verurteilt, versuchte Peter zunächst, die Angebote der Behörde, ihn zu resozialisieren, zu nutzen und machte mit großem Erfolg eine Ausbildung.

Aber die Behörden hatten nur Interesse an schönen Ausbildungsstatistiken, nicht aber daran, daß Peter die Ausbildung - wie versprochen - auch weiterführen und ausnutzen konnte. Dermaßen enttäuscht hatte er sich entschlossen, von seinem nächsten Urlaub nicht wiederzukommen. Er wurde jedoch gefaßt - und das ganze Spiel begann von vorn:

Ein zweites Mal (diesmal im Erwachsenenknast in Fuhlsbüttel) Ausbildung, glänzende Noten, doch als die Ausbildung - wie vorgesehen - außerhalb des Knasts weitergeführt werden sollte, brach die Behörde erneut ihr Wort (obwohl Peter schon angemeldet war und eigentlich nichts mehr im Wege stand). Erneut „kehrte er der Anstalt den Rücken".

Seitdem dämmerte ihm langsam, wozu der Knast da ist. Nach den „Selbst"-morden von Rohrmoser/Krieger (Februar 76) beteiligte er sich aktiv an Protestaktionen und wurde mehrfach verschleppt, zuletzt Ende 76 nach Lübeck. In Fuhlsbüttel hatte er mehrfach zusammen mit anderen Gefangenen einen Hungerstreik gemacht, damit die willkürlichen Verlegungen zurückgenommen würden.

Zum Jahreswechsel gelang es ihm praktisch eine ganze Abteilung für eine Petition zu gewinnen, die die skandalösen Zustände dort anprangerte. Gleichzeitig solidarisierte er sich mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen.

Im Mai sollte er zur Bewährung entlassen werden, alles war, wie schon so oft, vorbereitet, doch in letzter Minute legte der Staatsanwalt Widerspruch ein. Doch als sich Peter erneut an einem Hungerstreik beteiligte, schien den Herrschaften seine Anwesenheit doch wohl nicht mehr so erstrebenswert, zumal er im Herbst sowieso freigelassen worden wäre. Da wollte man sich den „alten Aufwiegler" schnell vom Leib schaffen.

Herzlichen Glückwunsch!

IKAH Hamburg

Nachts

Einen Stock höher läuft einer
auf und ab.
Auf dem Gang spielt ein Wärter
mit seinem Schlüsselbund.
Draußen knirscht Kies unter
Tritten
der Wärter.
Irgendwo läuft ein Radio,
rauscht eine Toilette.
Ich liege auf dem Bett und
rauche.
In zwei Stunden wird es
wieder hell
und ich zähle die Tage
bis dies vorbei ist.

Peter Schönwiese

Nachrichten aus dem Knast

Frankfurt-Preungesheim. Anfang des Monats ist ein 1 1/2-jähriges Kind einer Gefangenen in ein Planschbecken gefallen und ertrunken. Preungesheim ist eine der wenigen Knäste, in denen Gefangene ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder mitbringen können. Die Kinder sind fast den ganzen Tag ohne ihre Mütter, die tagsüber arbeiten müssen! Laut „Süddeutsche Zeitung" (9.7.) und „Hamburger Morgenpost" (8.7.) soll das Unglück passiert sein, während sieben Kinder unter Aufsicht von 2 „Aufseherinnnen" und mehreren Müttern im Gefängnishof spielten.

Köln. Der Chefdevisenhändler von Herstatt - Danny Dattel - hat aus „psychischen Gründen" Haftverschonung erhalten („Bildzeitung", 23.6.). In seiner 8-monatigen Haftzeit hat er 70 Pfund abgenommen (von 210 Pfund!). Wer spricht da von Klassenjustiz?

Gösgen & Genf. Nach dem Pfingstmarsch auf das AKW-Gelände Gösgen wurde Anna R. von den Bullen verhaftet und einer eingehenden Leibesvisitation unterworfen. Sie weigerte sich - aus Protest dagegen - sich wieder anzuziehen und wurde daraufhin über Nacht in eine Einzelzelle gesperrt. Wegen dieses „eigenartigen Verhaltens" wurde sie in die Psychiatrische Klinik von Solothurn verschleppt und von dort in die Psychiatrische Klinik Bel-Air in Genf. Anna setzte sich mit Hungerstreik und Aussageverweigerung zur Wehr, was einem gewissen „Dr." Brändli Veranlassung bot, sie eine Woche lang einer Elektroschockbehandlung zu unterwerfen, um ihren Widerstand zu brechen. Erst dann wurde es Angehörigen gestattet, Anna zu besuchen. Nach weiteren zwei Angehörigen gestattet, Anna zu besuchen. Nach weiteren zwei Wochen, in denen keine Entlassung durchgesetzt werden konnte, gelang es ihr schließlich zu fliehen und unterzutauchen! Danach wandten sich 5 Komitees (Anti-AKW, Frauen, Psychiatrie ...) an die Presse und ca. 100 Leute demonstrierten gegen diese Ungeheuerlichkeiten. (Nach „Informationsdienst" 186, aus „das Konzept" 6/7 Juli 1977.)

Dortmund. Heinrich Herrmann, der am 12.3.77 in Aachen bei der Einreise in die BRD verhaftet worden war und seit dem 15.3. in der JVA Dortmund saß, ist am 8.7. bei dem Haftprüfungstermin freigelassen worden. Ihm war vorgeworfen worden, zusammen mit Werner Schlegel 1974 mehrere Brandanschläge verübt zu haben. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft schienen selbst dem Gericht so dürftig, daß es von Amts wegen den Haftprüfungstermin ansetzte und den Haftbefehl aufhob (nach „ID" 186)!

Frankfurt. Der Haftprüfungstermin von Gerhart Albartus und Enno Schwall (geb. Borstelmann) hat Anfang des Monats ergeben, daß der konkrete Verdacht nicht aufrechterhalten werden kann, daß die beiden eine Bombe in einem ‚Entebbe-Kino' gelegt haben. Die Gegenseite zog allerdings den Schluß daraus, daß es nicht auf die einzelnen - wertlosen - Zeugenaussagen ankommt, sondern auf die „Gesamtschau"! Unter Gesamtschau versteht der Haftrichter in diesem Fall, daß man bei einem Anschlag dieser Art a) einen Täter braucht, b) daß Verdächtige, die wegen Mitgliedschaft/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt werden, auch schon Dreck am Stecken haben müssen! Aber der Witz an diesem Paragraphen ist ja, daß eben der VERDACHT ausreicht (bei terroristischen Vereinigungen), um Beschuldigte zu inhaftieren (und dort sehr viel drastischeren Einschränkungen zu unterwerfen als ohnehin). In diesem Fall ist das offensichtlich so gewesen, denn die Zeugen sagten entweder nur vages Zeug aus (im dunklen Kino kann man schließlich nicht viel erkennen) oder widersprachen den Aussagen der Polizeizeugen. Das Ungeheuerlichste an dem Haftprüfungstermin war allerdings, daß weder Angeklagte noch Verteidiger an dem Termin teilnehmen und Fragen stellen konnten und sich das Gericht damit begnügte, den Zeugen ihre Aussagen vorzulesen, die sie schon dem Landeskriminalamt gegenüber gemacht hatten, um sie zu fragen, ob das stimmt („Informationsdienst" 186). Diese weitere Verschärfung in politischen Prozessen - daß Verteidiger und Angeklagte schon nicht mehr an den Terminen teilnehmen dürfen - muß breit publiziert werden, damit dieser Stein auf die Füsse der Klassenjustiz zurückfällt.
(Das Solodaritätskomitee Albartus/Schwall Postfach 1942, 463 Bochum hat eine Dokumentation „Die Legalisierung der Rechtlosigkeit" herausgebracht)

Hamburg-Fuhlsbüttel: Am 13.7. führten ca. 140 Gefangene der Anstalt 8 einen halbtägigen Hungerstreik durch, um ihrer Forderung nach besserer ärztlicher Versorgung,, nach Einstellung eines Psychologen und besseren Freizeitmöglichkeiten Nachdruck zu verleihen. Vorher hatten sie vor der Kirche ein Hearing zu dem Thema abgehalten. Die Bullen waren sprungbereit. Die Behörde meinte zu den Forderungen, sie seien zwar teilweise berechtigt, aber es fehle ihr das Geld dazu (Informationen nach „Welt", 14.7.).

nen nach „Welt", 14.7.).

JVA Lübeck: Am 2.6. waren zwei Gefangene , Bodo J. und Peter K., die von Hamburg nach Lübeck verlegt worden waren, in Hungerstreik getreten. Anlaß war , daß Bodo nach einer Magenoperation die notwendige Diät verweigert wurde. Erst nach zwei Wochen wurden beide nach Hamburg in das zentrale Knastkrankenhaus verlegt, worauf sie ihren Hungerstreik abbrachen. Grund genug für die Behörden sie wieder nach Lübeck zu verlegen, wo sie am 29.6. erneut in Hungerstreik traten. Am 30.6. schloß sich Peter Schönweise, der inzwischen entlassen wurde, dem Hungerstreik an und verfasste dazu eine Erklärung in der er die Mißstände im Knast anprangerte. Nach unseren Informationen befinden sich Bodo und Peter K. noch im Hungerstreik. Genossen, die sie besuchen wollten, wurde erklärt, sie befänden sich augenblicklich im Hamburger Zentral (Knast)-Krankenhaus.

IKAH Hamburg

DURCHBLICK-Mitarbeiter in Lebensgefahr!

Seit November 1976 gibt es in der JVA Tegel die unabhängige und unzensierte Gefangenenzeitung „Durchblick"(DB). Von Anfang an haben die Justizbehörden, allen voran Justizsenator Baumann, versucht, diese Zeitung der Gefangenen mit allen möglichen Repressionsmaßnahmen zu unterdrücken.

Drei DB-Mitarbeiter wurden in die JVA Moabit verschleppt und der DB verboten. Hausstrafen wurden jedem Gefangenen angedroht, der am DB mitarbeitet oder diese Zeitung unterstützt.

Eine Initiative von 52 Gefangenen aus Tegel (gemeinsamer Brief an Senator Baumann) wurde von der Vollzugsadministration genauso ignoriert, wie der unbefristete Hungerstreik der nach Moabit verschleppten Gefangenen im April '77, eine Dachaktion im Mai '77 und die Öffentlichkeitsarbeit der „DB-Initiative" und anderer.

Ein weiterer Schlag gegen die Gefangenen ist die am 7.7.77 erfolgte Verschleppung von Ismail Yousef in die JVA Moabit.

Dazu schreibt er:

„Am 20.8.76 wurde ich nach Moabit verschleppt. Damals entging ich mit schwerer Körperverletzung einem Mordversuch seitens einiger sadistischer Beamter. Humane Beamte, die diesen Vorfall beobachten konnten, erstatteten selbst gegen ihre faschistischen Kollegen Anzeige, Senator Baumann schoß sich auf diese Anzeige ein. Es wurde darüber in der Berliner Presse berichtet, allerdings wurde das Verfahren, wie üblich in solchen Fällen durch den Staatsanwalt eingestellt.

Meine Verschleppung nach Moabit gefährdet mein Leben, ich bin denselben Schlägertruppen ausgeliefert.

Ich bin in eine Folterzelle verlegt, die mit Blut bespritzt ist. Ich rieche dadurch das Elend und die Qual meiner Mitgefangenen. Ich bin willkürlich und ohne jegliche Gründe in die Isolationshaft verschleppt worden. Ich appeliere an euch, an alle antifaschistischen Kräfte, setzt euch für mich, für mein Leben ein."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen, unterstützt die Forderungen der Gefangenen:

- Rückverlegung der nach Moabit deportierten Gefangenen
- Rückverlegung der wegen der Dachaktion isolierten Gefangenen in den Normalvollzug
- Aufhebung der Hausstrafen
- Rücknahme der Strafanzeigen und
- Zulassung des DURCHBLICK oder Schaffung einer wirklich demokratischen Gefangenenzeitung

Erklärung der Gefangenenselbstinitiative, Gruppe Hamburg, vom 20.7.77

Zensur und Isolation gegen politische Gefangene

Ausfertigung 23. JUNI 1977

Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes

~~1 BJs 20/75~~
II BGs 643/77

75 KARLSRUHE 1, den 8. Juni 1977
Postfach 1661
Herrenstraße 45 a
Fernsprecher (0721) 159-1
Durchwahl 159-

EINGEGANGEN 29. JULI 1977 Erledigt:

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Andreas-Thomas Vogel, geboren am 4.1.1956 in Hamburg, z.Zt. in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit in Berlin,

wegen

erpresserischer Geiselnahme u.a.
" Lorenz-Udo

wird nach Anhörung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof gemäß § 119 StPO angeordnet:

Die vom Verlag J. Reents, Hamburg 50, für den Beschuldigten übersandten Druckschriften "Polizeiterror gegen AKW-Gegner" und "Brockdorf ein Exempel" werden von der Aushändigung an den Beschuldigten ausgeschlossen und sind zur Habe des Beschuldigten zu nehmen.

Gründe:

Die beiden vorgenannten Druckschriften befassen sich eingehend mit Widerstandshandlungen gegen polizeiliches Handeln und zeigen Möglichkeiten des Widerstandes gegen Maßnahmen der polizeilichen Ordnungskräfte auf. Außerdem versuchen die Verfasser der Druckschriften, begangene Straftaten zu rechtfertigen.

Da sich die aufgezeigten "Möglichkeiten" des Widerstandes auch auf das Verhältnis von Häftlingen und Vollzugspersonal übertragen lassen, sind die Druckschriften geeignet, dem widersetzlichen Beschuldigten neue Möglichkeiten des Widerstandes aufzuzeigen und somit die Ordnung der Anstalt zu gefährden. Außerdem werden in den Druckschriften Polizeibeamte in der in gewissen Kreisen üblichen herabwürdigenden Art bezeichnet. Nach alledem sind die Druckschriften zu beanstanden und von der Aushändigung auszuschließen.

Ausgefertigt
Welker
Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Bundesgerichtshofs

Kuhn
Richter am Bundesgerichtshof

Andreas Vogel, UHA Berlin G2.0
13.6.77

Liebe Genossen,
danke für eure Briefe, wohl oder übel werde ich meine Phantasie jetzt wohl selbst anstrengen müssen, um zu "neuen Möglichkeiten des Widerstandes" zu kommen.
Aber das ist mir bisher nicht schwer gefallen.
Tschüß. Kampf bis zum Sieg
Andreas

Im folgenden drei Beispiele für das Ausmaß und die Schärfe mit der Gefangene von menschlichen Kontakten und politischen Informationsmöglichkeiten abgeschnitten werden.
Der Beschluß Andreas Vogel keine Brokdorf-Broschüren lesen zu lassen, spricht für sich!

Ein zweites Beispiel: nach uns vorliegenden Informationen gibt es für die im Hamburger Untersuchungsgefängnis einsitzenden politischen Gefangenen einen Beschluß, der besagt, daß (linke) Zeitungen, die 7-mal hintereinander von der „Beförderung ausgeschlossen wurden", **überhaupt nicht mehr** bezogen werden dürfen. Ein übrigens rechtswidriger Beschluß, denn in dem gerühmten und gepriesenen Strafvollzugsgesetz steht, daß 1. nur einzelne Exemplare wegen ganz konkreter Vorwürfe angehalten werden dürfen und 2. nur wenn eine erhebliche und unmittelbare Beeinträchtigung der Anstaltssicherheit ‚befürchtet' wird. Das ist zwar auch noch „auslegbar", aber doch ganz was anderes, als die pauschale Behinderung einer Zeitung insgesamt. Die gleiche Melodie spricht auch aus dem Beschluß gegen Andreas Vogel wenn es heißt, „in gewissen Kreisen" würden Bullen, in der „üblichen herabwürdigenden Art" bezeichnet.

Drittes Beispiel (nach ID 183): einer Frau, die die Gefangenen Hanna Krabbe, Annerose Reiche und Ingrid Schubert besucht hatte und nun den Antrag gestellt hat, Fritz Teufel besuchen zu dürfen, die Besuchserlaubnis verweigert mit folgender Begründung:

„Die Antragstellerin unterhielt und unterhält Besuchskontakte zu Personen, die anarchistischer Gewalttaten dringend verdächtig sind, desgleichen Briefkontakte zu zahlreichen Personen, denen ebenfalls derartige Straftaten vorgeworfen werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände besteht die Gefahr, daß der beabsichtigte Besuch unerlaubten Nachrichtenübermittlungen bzw. Verdunkelungsabsprachen dienen soll, wodurch der Haftzweck gefährdet würde, zumal die Antragstellerin keine persönlichen Beziehungen zu dem Beschuldigten Teufel dargetan hat.

Die Gefahr unkontrollierter Nachrichtenübermittlung kann auch durch eine übliche Besuchsüberwachung nicht hinreichend ausgeräumt werden, weil dem mit konspirativer Tätigkeit vertrauten Beschuldigten Teufel auch so verschlüsselte Nachrichten übermittelt werden könnten, daß sie von den Überwachungsbeamten in ihrer wahren Bedeutung und Tragweite nicht erkannt werden können."

IKAH Hamburg

Aufstand in der Frauenhaftanstalt Moabit

Westberlin. Am 17.7. rebellierten 50 - 60 Frauen in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße (Westberlin) gegen die dort herrschenden Zustände. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert, Mobiliar zerstört sowie eine Innentür aufgebrochen. Es begann um 10 Uhr, als bei einem Hofgang 10 Frauen auf eine Birke kletterten und u.a. eine Verlängerung der Freistunden von einer Stunde forderten. Erst gegen Abend wurden 6 Frauen, die allein den Abstieg nicht schafften, von der Feuerwehr heruntergeholt. Daraufhin ging die Rebellion los. Bullen sperrten die Straße ab, brauchten aber angeblich „nicht einzugreifen", da die Meuterei gegen 22 Uhr vorbei war. Die Anstaltsleitung reagierte sofort mit der Streichung aller Frei- und Arbeitsstunden und verordnete zynisch *„mehr Sport, um überschüssige Kräfte vernünftig abzubauen"(Justizsprecher Warnstedt in „BZ", 19.7.).*
Weiterhin ließ die Anstaltsleitung die Äste der Birke absägen, um eine erneute „Klettertour" zu verhindern. Die an der Rebellion beteiligten Frauen sollen außerdem regreßpflichtig gemacht werden und eine Einkaufssperre erhalten.

(Nach „Tagesspiegel", „Berliner Morgenpost" und „BZ", 19.7.77)

KB/Gruppe Westberlin



So sieht die gesamte Front der Frauenhaftanstalt aus: Alle Scheiben sind zerstört!



Presseerklärung der »Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher« in der Homosexuellen Aktion Hamburg

Bald Berufsverbote gegen Schwule auch in Hamburg ?

Gegen den Lehramtsanwärter R.K. wird geltend gemacht, er habe „Propaganda" für seine „privat zu bleibende Veranlagung" betrieben, indem er mit den Schülern über Sexualität diskutierte und dabei auch über sich und sein Schwul-Sein redete. Ihm wurde gekündigt. Der Rechtsstreit dauert noch an. Reiner ist noch nicht wieder eingestellt.

„Lehrer -- wie sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes - haben (...) ihr gesamtes Verhalten so einzurichten, daß es (...) nicht gegen die ungeschriebenen Gesetze der Ehre, Sitte und des Anstandes verstößt. Zu den hier maßgeblichen Regeln gehört es, daß auch ein Lehrer mit homosexuellen Neigungen sich in der Öffentlichkeit nicht so aufführt, daß sein Benehmen und Verhalten als anstößig empfunden wird" (aus einem Brief des Bezirksamtes Wilmersdorf, nach der Schwulenzeitung „rosa" 5).

Wir, die „Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher" in der HAH, waren über diese Entscheidung sehr beunruhigt und brachten deshalb eine Anfrage in die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung ein, wie in einem ähnlichen Fall in Hamburg entschieden würde. In einem ersten Brief reagierte sie recht ausweichend. Homosexualität an sich würde nicht diskriminiert. Da uns diese Antwort nicht ausreichte, fragten wir noch einmal nach und erhielten daraufhin folgende Antwort (14.6.77):

„Sehr geehrter Herr S.
Im Nachgang zum Schreiben der Behörde vom 17.Mai 1977 wird Ihnen auf Ihre im vorletzten Absatz gestellten Fragen mitgeteilt, daß in der Sexualerziehung zwar auch besondere Probleme der menschlichen Sexualität, u.a. die Homosexualität, zu behandeln sind, vom Lehrer jedoch erwartet werden muß, daß er Angaben über persönliche sexuelle Probleme -- insbesondere gleichgeschlechtliche Beziehungen — vor der Klasse unterläßt, um mögliche Befangenheitsreaktionen der Schüler und damit verbundene Belastungen des Unterrichts zu vermeiden.
Mit freundlichem Gruß
Rellstab"

Beide Stellungnahmen gehen davon aus, daß sich ein schwuler Lehrer in der Schule seine Homosexualität nicht anmerken lassen darf, daß er einen Teil seiner Persönlichkeit zu verleugnen hat. Weder nach der einen noch nach der anderen Argumentation ist es einem schwulen Lehrer möglich, Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich in den Unterricht einfließen zu lassen. Bei einem heterosexuellem Lehrer ist es eigentlich ganz selbstverständlich, daß er auch mal „von zu Hause" erzählt. Der schwule Lehrer aber wird zu einer Lehrmaschine degradiert, die Stoff zu vermitteln hat und sonst gar nichts. Seine persönlichen Erfahrungen haben im Unterricht nichts zu suchen!

Diese Antwort, die sich mit der Begründung zu dem Berufsverbot deckt, soll das Versteckspiel, das heute immer noch das Leben eines schwulen Lehrers prägt, weiter festschreiben. Es ist darin letztlich ein Berufsverbot für jeden schwulen Lehrer angelegt — wenn er „erwischt" wird.

Angesichts dieser Androhung ist es einfach beschämend, wie die GEW-Hamburg als unsere Vertretung gegenüber der Behörde diese Frage behandelt. Sowohl die Hamburger Lehrerzeitung (HLZ) als auch der Ausschuß für Sexualkunde reagierten abwehrend. „Bis jetzt gibt es in Hamburg ja noch keine Berufsverbote gegen Schwule." Mit dieser Begründung wurde ein Aufruf zur Solidarisierung nicht in der HLZ abgedruckt. Deswegen hat auch bis heute der Sexualkundeausschuß noch kein Wort darüber verloren.

„Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher" in der HAH.

Hamburg, 5.7.77

Berufungsverhandlung im Fall Gingold

Am 27.7. beginnt vor dem Verwaltungsgerichtshof Kassel das vom hessischen Kultusminister, Krollmann, angestrengte Revisionsverfahren im Berufsverbotefall Silvia Gingold. Der „Fall Gingold" hatte nicht nur in der BRD, sondern ebenso im Ausland große Aufmerksamkeit erregt, da die Familie Gingold mit diesem vorliegenden Berufsverbot bereits in der dritten Generation politisch verfolgt wird. Als Juden hatten die Großeltern 1933 das Nazireich verlassen müssen. Die Eltern hatten sich der KPD angeschlossen und kämpften in der französischen Widerstandsbewegung Résistance, wofür sie nach dem Krieg vom französischen Staat mit dem höchsten Widerstandsorden ausgezeichnet wurden. Zurückgekehrt ins „Vierte Reich" (aktuelle schwedische Bezeichnung für die BRD) wurde der Familie die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert, die sie erst 1974 durch Gerichtsbeschluß erlangen konnten. Die Tochter, seit 1971 zunächst als Angestellte, später als Beamtin auf Widerruf als Lehrerin tätig, wurde am 1.8. 1975 nach einem Anhörungsverfahren entlassen. Die Begründung für dieses Berufsverbot: *„Insbesondere bekannte sie sich zu ihrer Mitgliedschaft in der DKP. Damit steht fest, daß sie Mitglied einer Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung ist. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP ist allgemein bekannt und anerkannt"* (Dokumentation: „Das Gingold-Urteil", Sept. 1976). *„Verfassungsfeindliche Aktivitäten im Schuldienst"*, so betonte der Kultusminister in einer Fernsehsendung vom 6.10.75, wären nicht festzustellen gewesen.



Klage in der ersten Instanz erfolgreich

Am 30.9.75 erhob Sylvia G. Klage gegen das Land Hessen. Die GEW leistete Rechtsschutz, den der FDP-Stadtverordnete Peter Becker übernahm. Der Prozeß fand starke Beachtung, vor allem auch im Ausland. Hervorgehoben wurden in der Klage die persönlichen Gründe Silvia Gingolds, sich der DKP anzuschließen, die in der Vergangenheit ihrer Familie lägen. Vor diesem Hintergrund entschied das Verwaltungsgericht Kassel, *„daß die Zugehörigkeit eines Bewerbers zu einer politischen Partei mit einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung ein Stück des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit erheblich sein kann, darstellt. Dieser ... Beschluß besagt also, daß allein der Umstand, daß jemand einer (verfassungsfeindlichen) Partei angehört, nicht ausreicht, um seine Übernahme ins Beamtenverhältnis abzulehnen. Es ist allerdings der Behörde nicht verwehrt, eine derartige Parteimitgliedschaft auch mit zum Gegenstand seiner Beurteilung der Persönlichkeit des Bewerbers zu machen. Nach dem Prinzip der in derartigen Fällen vorzunehmenden Einzelfallprüfung dürfen aber die individuellen Gründe für die Mitgliedschaft in einer Partei nicht unberücksichtigt bleiben."*

Das Gericht hatte also keinesfalls die „Verfassungsfeindlichkeit" der DKP in Frage gestellt noch entschieden, daß die Mitgliedschaft nicht zur Ablehnung herangezogen werden dürfe. Es hatte ein politisches Urteil gefällt, um die zum damaligen Zeitpunkt angefachte Berufsverbotediskussion nicht noch zusätzlich durch diesen brisanten Fall zu schüren.

Gegen diese Entscheidung hatte Krollmann sofort Widerspruch eingelegt.

Mitgliedschaft soll alleiniges Kriterium sein

Beharrlich vertritt das Kultusministerium die Auffassung, daß allein die Mitgliedschaft schon ein Berufsverbot begründe, denn *„die DKP kennt als kommunistische Kaderpartei keine inaktive Mitgliedschaft"*. Rechtsanwalt Pfannenschwarz, der Verteidiger Silvia Gingolds argumentiert dagegen, daß *„... die heutige parteipolitische Betätigung der Klägerin ein Ergebnis der antifaschistisch demokratischen Tradition ihrer Familie"* ist („die tat", 15.7.77).

Auch wenn diese Argumentation stark an die Person Silvia Gingolds gebunden ist, so ist doch davon auszugehen, daß in diesem Fall von der DKP versucht wird, eine Grundsatzentscheidung darüber herstellen zu lassen, daß sich DKP-Mitgliedschaft und Beamteneid nicht (in jedem Fall) ausschließen. Hierfür spricht im weiteren, daß die DKP nach der erstinstanzlichen Entscheidung Silvia Gingold als Bundestagskandidatin aufstellte, so daß sie heute in jedem Fall als aktive DKPlerin vor Gericht stehen wird. Deshalb argumentiert Pfannenschwarz im weiteren: *„Die Klägerin hat sich stets entschieden zum Grundgesetz, zur Hessischen Verfassung und zu ihrem Diensteid bekannt. An ihrer Eignung für die Beamtenlaufbahn im Schuldienst kann daher kein Zweifel bestehen"* („die tat", 15.7.). Die Argumentation des Kultusministers, so der Rechtsanwalt, stehe *„im Widerspruch zum Parteienprivileg und Grundrechten des Grundgesetzes ..."*.

Bisherige Rechtsprechung

Gerade in den letzten Wochen hat es mehrmals Meldungen gegeben, daß Gerichte die Mitgliedschaft in „verfassungsfeindlichen" Organisationen für ein Berufsverbot nicht für ausreichend hielten. Dies veranlaßte die DKP-orientierten Komitees zu euphorischen Einschätzungen. So spricht die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten" in diesem Zusammenhang von *„deutlichen Erfolgen der demokratischen Bewegung gegen die Berufsverbote"*. So erfreulich jeder gerichtliche Erfolg auch ist, so kann man es doch nur als scheinheilige Effekthascherei bezeichnen, wenn die DKP verschweigt, daß es sich in allen Fällen um erstinstanzliche Urteile handelt, gegen die in der Regel schon Berufung eingelegt wurde oder die gar schon in der zweiten Instanz aufgehoben worden sind. Ein besonderes Husarenstück leistete sich „die tat" als sie (im „Erfolgsrausch"?) Mitte Juni von der erfolgreichen Klage der Hamburger Sozialpädagogin Johanna L. berichtete, ohne hinzuzusetzen, daß dieses Urteil aus dem Dezember des vergangenen Jahres stammte und von der nächsthöheren Instanz schon aufgehoben worden ist.

Verschwiegen wird von der DKP in diesem Zusammenhang auch, daß alle Urteile von Oberverwaltungsgerichten, Verwaltungsgerichtshöfen und dem Bundesverwaltungsgericht bisher negativ ausgegangen sind. Hervorstechendster Fall ist hierbei immer noch der der DKP-Bundestagskandidatin Anne Lehnhart. Die erste Instanz verfügte die Aufhebung des Berufsverbots mit der Begründung: *„Die Mitgliedschaft in einer für verfassungsfeindlich gehaltenen Partei dürfe vor deren Verbot durch das Bundesverfassungsgericht einem Bewerber für den öffentlichen Dienst nicht angelastet werden. Die Ablehnung rechtfertige sich allein durch in der Person des Bewerbers liegende Gründe"*. Dies war noch vor dem später ergangenen Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1975. Im Widerspruchsverfahren stellte die zweite Instanz fest, daß ein Mitglied der DKP „in aller Regel" ungeeignet für den öffentlichen Dienst sei, da *„jedes Mitglied der DKP nach deren Statut umfassend in Pflicht genommen (werde) ... So würden verlangt: Das Bekenntnis zum Marxismus/Leninismus, die aktive Mitarbeit in der Partei und die aktive Durchsetzung der Politik der Partei in allen Bereichen"* („FAZ", 31.8.73). A. Lehnhart ging in die Revision vor das Bundesverwaltungsgericht, vor

das Bundesverwaltungsgericht, vor dem sie erneut unterlag. Als nächste Instanz kam nur noch das Bundesverfassungsgericht in Frage. Dieser Schritt wurde jedoch nicht mehr unternommen, da die DKP befürchten mußte, höchstrichterlich die „Verfassungsfeindlichkeit" bescheinigt zu bekommen.

Ähnlich wurde bisher in allen höherinstanzlichen Verfahren argumentiert.

Silvia Gingold: Eine Ausnahme von der Regel?

Tatsächlich bestehen gewisse Hoffnungen, daß auch in der zweiten Instanz im „Fall Gingold" ein positives Urteil gesprochen wird. Dies allerdings nicht deshalb, weil die westdeutschen Gerichte ihre Auffassung bezüglich der Berufsverbotepraxis geändert hätten, sondern wegen der Wirkung, die dieses Urteil im In- und Ausland hat. So stellte bereits die „Süddeutsche Zeitung" am 9.6.76 fest: *„Der Fall Gingold zeigt, in welche Peinlichkeiten man stolpern kann, wenn man stur auf der Meinung beharrt, eine kommunistische Parteizugehörigkeit rechtfertige stets den Ausschluß vom öffentlichen Dienst"*. Die sofortige Entscheidung des Kultusministers Krollmann in die Berufung gegen das Urteil in erster Instanz zu gehen zeigt jedoch, daß sich der bundesrepublikanische Staatsapparat selbst diese „Peinlichkeiten" nicht ersparen will.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

P.S. Der niederländische Sozialdemokrat Han Wielek, Senator in der Ersten Kammer, wird als Beobachter an der Berufungsverhandlung teilnehmen!

»Modell Deutschland«: Das hältste im Kopf nicht aus

Ein neuer skandalöser Fall von staatlichen Zensureingriffen gegenüber fortschrittlichen Theaterstükken ereignete sich jetzt in Nürnberg. Der städtische Kulturdezernent, Hermann Glaser, verbot die Aufführung des von Mitgliedern der Nürnberger Städtischen Bühnen verfaßten Anti-Berufsverbote-Stückes „Hansel Harlekin" und gab hierzu eine achtseitige Bgründung ab. Dieses „Dokument" stellt in seiner erlesenen Blödsinnigkeit ein groteskes Beispiel für die unverschämte Argumentationsweise der „Modell-Deutschland"-Bürokraten dar.

Zunächst behauptete Glaser, er könne nicht die Verantwortung dafür übernehmen, *„daß das Schauspiel und das gesamte Ensemble von aussen (!) möglicherweise Angriffen oder Repressionen ausgesetzt werde."* Weiterhin sei (ausgerechnet!) der „Begriff" Berufsverbot „irreführend", da es sich lediglich (!) *„um Auswahlentscheidungen bei Einstellungen"* handele! Gipfel der Unverfrorenheit ist die Behauptung, daß die Zensur- und Berufsverboteopfer im Grunde ihr Schicksal selbst verschuldet hätten, denn – so Glaser – *„vieles von dem, was sich heute gegentendenziell (?), reaktionär, restaurativ, ja auch faschistoid auswirkt, ist zumindest zum Teil wiederum die Folge von Verhaltensweisen, die im Gefolge der Protestphase von Teilen der linken Bewegung selbst praktiziert wurden."* Weiterhin bestreitet dieser Kultur-Vogel den „Harlekin"-Autoren generell das Recht, *„die bundesdeutschen Verhältnisse kritisch einzuschätzen, denn sie seien nicht wirklich an der Meinungsfreiheit interessiert, sondern eben dem Staat gegenüber nur negativ, kommunistisch eingestellt."* Im „Modell-Deutschland" ist Kritik am Staat bekanntlich eine unverzeihliche Tempelschändung , die eh nur von Kommunisten und dergleichen vorgenommen wird!

Natürlich durfte in Glasers Begründung auch das Schwachsinnsargument nicht fehlen, wonach die SPD gegenüber der CSU ein Hort der Liberalität und der Freiheit sei, und die SPD-Zensurmaßnahmen letztendlich völlig mit den wirklichen Interessen der Stückeschreiber übereinstimmten, denn immerhin sollten die Autoren sich einmal vergegenwärtigen, daß *„ in Nürnberg eine Kommunalwahl bevorstehe und man befürchten müsse, daß Stücke wie „Hansel Harlekin" eben der CSU Wasser auf die Mühlen sei und unmittelbar zu dem Sieg der Christsozialen beitrage"* (alle Zitate: „tat", 15.7.77).

Dies letzte Argument dürfte die Autoren ganz sicher überzeugt und veranlaßt haben, die Zensurmaßnahmen freudig zu begrüßen.

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg

Bespitzelung von Profs und Assistenten

München: An der Universität München sind Zuträgerdienste der Univerwaltung für den Verfassungschutz ein alltäglicher „Verwaltungsakt". Aufgrund eines entsprechenden Spitzelerlasses des Kultusministeriums benachrichtigte die Univerwaltung alle Institute, *„daß die Verträge bzw. die Verlängerung der Verträge mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeitsaufnahme mit dem Formblatt zur Überprüfung der Verfassungstreue dem Referat 14 b vorgelegt werden"* müssen.

Ein Antrag einer linken Bündnisliste im Senat (universitäres Selbstverwaltungsgremium), die Verfassungsschutzüberprüfungen dort auf der Tagesordnung zu behandeln, wurde vom Universitätspräsidenten Lobkowicz abgewehrt, da laut bayerischen Hochschulgesetz dies Thema nicht Angelegenheit des Uni-Senats sei. Zu dieser Frage will nun der Senat ein Rechtsgutachten einholen, dessen Ergebnis jetzt schon feststeht, da mit ihm Prof. Lerche beauftragt wurde, der „leichte" Neigungen zu CSU-Rechtsauffassungen zeigt. So wird der Senat kaum ein Urteil über die Bespitzelungen fällen können.

KB-Sympathisanten München

Der Bischof ist unfehlbar

„Führerprinzip ist der Kirche wesensgemäß". An diese Erkenntnis aus einer Denkschrift der Hamburger Kirche vom Mai 1933 muß erinnert werden, wenn man das Urteil liest, das das Kirchengericht der evangelischen Nordelbischen Kirche im Fall des Theologen H.T. gefällt hat.

Nach diesem Urteil sind die einschlägigen Kirchengesetze so zu verstehen, daß den Bischöfen die alleinige Entscheidungsgewalt darüber zukommt, ob ein Theologe als Pastor eingestellt wird. Diese Entscheidung beruht auf einer „Gesamtwürdigung der Persönlichkeit" des Kandidaten, *„die in allen Einzelheiten weder rational begründbar noch überprüfbar ist"* (alle Zitate, soweit nicht anders kenntlich gemacht, aus dem Urteil des Nordelbischen Kirchengerichtes). Nachdem H.T. ein fünfjähriges Studium mit theologischem Staatsexamen und eine zweijährige Ausbildung bei der schleswig-holsteinischen Kirche mit zweiten theologischen Staatsexamen absolviert hatte, verweigerte diese Kirche ihm die Anstellung als Pastor.

Bis zur jetzigen Gerichtsverhandlung (zweieinhalb Jahre nach der Ablehnung) sind ihm keinerlei Gründe genannt worden. Stattdessen wurde ihm ein inquisitorischer Fragenkatalog vorgelegt, der in den Fragen gipfelte: *„Sind Sie Mitgliedern oder Sympathisanten des KBW freundschaftlich verbunden? Glauben Sie, Ihre geistliche, geistige und politische Unabhängigkeit bewahren zu können?"* (aus einem Brief von Bischof Hübner vom 26.11.74).

T. hat diese Fragen nicht beantwortet, sondern den Fragebogen an die kirchliche Öffentlichkeit gebracht, um damit die immer weiter nach rechts gehende Tendenz der Kirche zu dokumentieren. Erst im Kirchengerichtsprozeß ist von Seiten der Kirchenführer eine Liste von Vorwürfen gegen T. genannt worden:

- seine freundschaftliche Verbindung zu einer ehemaligen Pastorin, die sich öffentlich zum KBW bekannte und später aus der Kirche ausgetreten ist;
- er habe den Kirchenaustritt dieser Pastorin mißbilligt, womit er sich für das Verbleiben einer Kommunistin in der Kirche eingesetzt habe;
- er habe gemeinsam mit zwei anderen Kollegen eine Examensarbeit angefertigt und noch dafür gekämpft, daß diese auch anerkannt wird (die Arbeit ist anerkannt worden, es wird aber bemängelt, daß er so entschlossen aufgetreten ist).

Beweisanträge gegen diese Vorwürfe hat das Kirchengericht nicht zugelassen. Von vornherein stand fest, daß nicht an eine Anstellung von T. gedacht war. *„Es ist in diesen Fällen dem Kirchengericht verwehrt, seine Überzeugung an die Überzeugung der Bischöfe zu setzen". .. „Der Entscheidung liegen gerade nicht konkrete Tatsachen zugrunde . . .",* sondern die Bischöfe haben *„im Rahmen ihrer geistlichen Verantwortung"* zu prüfen, *„ob der Bewerber für das Amt die Gewähr für die rechte Verkündigung des Evangeliums bietet".*

Eine „Argumentation", von der der „Rechtsstaat" noch einiges lernen könnte! ‚Großzügig' ist T. schon vor zwei Jahren das Angebot gemacht worden, zu zeigen ob er nicht doch anpassungsfähig sei. Da er jedoch zu verstehen gab, daß er auch weiterhin seinen eigenen Kopf gebrauchen wollte, und zwar nicht nur zum Essen, ist er gefeuert worden. Auch das Kirchengericht bemängelt es stark, daß er immer noch auf seine Rechte pocht. Am Schluß des Urteils heißt es, *„der Kläger* (hat) *die Möglichkeit gehabt und auch ausgenutzt, in diesem Prozeß eingehender seine Persönlichkeit darzustellen. Diese Argumentation hat jedoch dazu geführt, daß die Differenzen zwischen den Parteien eher noch vertieft wurden."* Weil er sich nicht reuig zeigte und sich nicht unterworfen hat, ist seine Klage abgewiesen worden. Den Bischöfen wird durch das Kirchengericht bescheinigt, daß sie eine völlige Willkürherrschaft ausüben können, genannt „geistliche Verantwortung". Es gibt keine Möglichkeit, Entscheidungen anzufechten oder Begründungen zu verlangen. Den Kirchenkenner mag dies an die Unfehlbarkeit des Papstes erinnern.

Genossen aus dem ÖTV-Bereich



Berufsverbotemeldungen

Hannover: Weil er keine „Fünfen" und „Sechsen" geben wollte, wurde der Studienassessor K. nicht an der Goetheschule in Hannover eingestellt. War es in und nach den Osterferien durch Proteste von Eltern und Schülern noch gelungen, seine Entlassung zu verhindern, gebrauchte das Regierungspräsidium jetzt einen ganz besonders infamen Trick. K. hatte seine Ausbildung einschließlich zweitem Staatsexamen in Bremen absolviert und war dann in Niedersachsen Beamter auf Probe. Zur endgültigen Einstellung muß der Regierungspräsident beim Kultusministerium einen Antrag stellen, daß die in einem anderen Land absolvierte Ausbildung anerkannt wird.

In der Regel werden diese Anträge ohne Einwände gestellt. Nicht in die-
In der Regel werden diese Anträge ohne Einwände gestellt. Nicht in die-
sem Fall, wozu der Regierungspräsident meinte: *„Wären all die Vorfälle bei Herrn K. nicht gewesen, hätten wir den entsprechenden Antrag gestellt"* („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 6.7.). Das schon vorher eingeleitete Disziplinarverfahren gegen K. ist damit hinfällig geworden, da die jetzt getroffene Lösung viel „eleganter" ist.

***

Hannover: Die an der integrierten Gesamtschule Langenhagen unterrichtende Lehrerin E.E. wurde vom Schuldienst suspendiert. Seit Januar läuft gegen sie ein Disziplinarverfahren, in dem ihr vorgeworfen wird, die Schüler „kommunistisch indoktriniert" und zu Disziplinlosigkeit aufgewiegelt zu haben und Mitglied des KBW zu sein. Da sich ein Teil der Eltern und Schüler hinter E. stellten, ließen sich die erstgenannten „Vorwürfe" nicht halten und es blieb schließlich nur noch die KBW-Mitgliedschaft. Und da sie zu den Anhörungen stets mit Schülern und Elternvertretern erschien, wurde sie nun von der Aufsichtsbehörde mit sofortiger Wirkung suspendiert; darüberhinaus erhielt sie Hausverbot.

***

Hamburg: K.H., Referendar am Studienseminar, hatte sich zum neuen Schuljahr für eine Einstellung als Studienrat zur Anstellung beworben. Postwendend erhielt er vom Amt für Verwaltung einen Schrieb, in dem seine Treue zur „fdGO" angezweifelt wurde, da er Mitglied des MSB und der DKP sei, für die er mehrmals zu studentischen Vertretungsorganen kandidiert hat. Interessant an diesem Fall ist, daß die Innenbehörde auf Anfrage erklärte, aus der Mitgliedschaft *„können sich Zweifel an seiner Verfassungstreue ergeben",* während das Amt für Verwaltung in seinem Schreiben davon ausgeht, daß *„sich Zweifel ... ergeben".* Man sieht, wie schnell im Behördengang die Verfassungsfeindlichkeit bewiesen ist.

Nürnberg: Am 30.6. wurde der 25-jährige P.L. als Beamter auf Probe entlassen. P.L. war bereits seit sechs Jahren im öffentlichen Dienst und hat zuletzt beim Landesbauamt Nürnberg gearbeitet. Die Regierung von Mittelfranken stellte jetzt fest, daß er seit Jahren in seiner Freizeit *„das Beamtentum in Mißkredit"* bringe.

P.L. wird vorgeworfen, daß er seit 1973 Mitglied der „Liga gegen den Imperialismus" sei. Diese Gruppe sei eine „Hilfsorganisation" der „KPD"; er habe die politischen Ziele der „KPD" gekannt, sich jedoch mit keinem Wort distanziert. Seine weiteren „Sünden": 1970 soll er bei einer Demonstration zwei unserer „Freunde und Helfer" als „Polizistenschweine" bezeichnet
serer „Freunde und Helfer" als „Polizistenschweine" bezeichnet
haben, dabei habe er versucht, ihnen einen Fotoapparat abzunehmen.

1976 hatte er „unerlaubt plakatiert", durch das Verteilen von Flugblättern machte er sich der Mitwirkung *„an der Beschimpfung und Verächtlichmachung der BRD schuldig".* Einen Widerspruch von P.L. gegen sein Berufsverbot hat die Regierung inzwischen zurückgewiesen („Nürnberger Nachrichten", 15.7.77).

***

Göttingen: Gegen zwei Dozenten der Universität wurden Untersuchnungsverfahren zur Entlassung aus dem Staatsdienst eingeleitet. Vorgeworfen wird ihnen Mitgliedschaft im KBW, Teilnahme an einer Demonstration gegen die Isolationshaft, Teilnahme an einer Hausbesetzung, Teilnahme an Streikversammlungen der Studenten, Redebeiträge auf Veranstaltungen und Wandzeitungstexte aus dem Psychologischen Seminar. Diese „Vorwürfe" sind den Betroffenen vom Kurator der Uni mitgeteilt worden. Interessant dürfte in diesem Fall werden, wie sich das Rektorat zu dem angestrebten Berufsverbot verhalten wird. Bisher mußten alle Fälle an den Hochschulen gegen den Widerstand der Rektoren und Präsidenten der Unis durchgesetzt werden.

***

Mannheim: Der berüchtigte Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat wieder zugeschlagen. Es hob ein erstinstanzliches Urteil, das die Entlassung des Lehrers Hans Sch. aus Nürtingen aufgehoben hatte, wiederum auf. Hans Sch. wird Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen. In der ersten Instanz war entschieden worden, daß zwar die DKP „verfassungsfeindliche" Ziele verfolge, Hans Sch. diese aber nicht persönlich nachgewiesen werden könnten. Der Verwaltungsgerichtshof entschied jetzt, sein *„verfehltes Verfassungsverständnis"* begründe sich daraus, daß er *„die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der Partei, der er angehöre, nicht erkenne",* weshalb er auch nicht *„in der Lage sei, in der Partei diese Zielsetzungen zu bekämpfen"* („FR", 18.7.). Fazit: wer in der DKP organisiert ist, muß diese bekämpfen, wenn er in den Staatsdienst will.

***

Baden-Württemberg: Der Verwaltungsgerichtshof des Bundeslandes hat die Klage des Realschullehrers Hans Schäfer abgewiesen. Schäfer, vor zwei Jahren aus dem (Probe)-Beamtenverhältnis entlassen, ist Mitglied des Präsidiums der VVN/Bund der Antifaschisten. Begründung: DKP-Mitgliedschaft – diese führe *„regelmäßig zur Feststellung einer verfassungsfeindlichen Gesinnung"* („tat", 22.7.77).

***

Düsseldorf: Wie bereits in AK 107 kurz berichtet, hat die Schulbehörde Münster den gewählten Vertretern von Lehramtsanwärtern verboten, sich auf ihren Seminarkonferenzen mit Berufsverboten zu beschäftigen. Jetzt hat das NRW-Kultusministerium diese Verfügung für rechtens erklärt, obwohl die Behörde noch zuvor angekündigt hatte, auf eine „Korrektur" dieser Verfügung hinzuwirken. Begründung des „Billigungs-Erlasses": Die Befassung mit dem Radikalen-Erlaß und seinen Folgen gehöre *„nicht in den Aufgabenkatalog der Seminarkonferenz."* Nur als Einzelpersonen könnten sich Referendare für einen betroffenen Kollegen einsetzen. Der GEW-Landesverband protestierte gegen dieses Verbot, forderte seine Rücknahme und betonte, *„daß gerade die wichtige und hochaktuelle Frage ‚Radikale im öffentlichen Dienst' ... sehr wohl zu den ... zu behandelnden Themen (gehört)"* („Frankfurter Rundschau", 12.7.77).

***

Freiburg: Das örtliche Landgericht urteilte, daß der Allgemeine Studentenausschuß der Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik *„gegen die Ordnung der Fachhochschule"* verstoßen habe, weil er Ende 1976 eine Veranstaltung zum Thema Berufsverbote mit dem Berufsverbote-Opfer K.F. durchführte („tat", 22.7.77).

***

Westberlin: Im Bezirksamt Charlottenburg ist es zu einer Kontroverse gekommen. Es ging dabei um die befristete Einstellung einer Ferienbetreuerin im Rahmen der „Aktion Kinder in Luft und Sonne" des Senats. Die Bewerberin Marlis M. hatte diese Ferientour als Betreuerin bereits im letzten Jahr unbeanstandet mitgemacht. In diesem Jahr nun wurde sie vom Bundesamt für Verfassungsschutz „überprüft" und durfte die Fahrt nicht antreten. Die Begründung der drei CDU-Stadträte: Der Verfassungschutz (VS) hätte „Erkenntnisse" über sie. Zum Politikum wurde die Sache, als SPD-Stadtrat Körting die Überprüfung seitens des VS als „Inquisition" bezeichnete. Die CDU-Stadträte hingegen argumentierten, die Liste der Bewerberinnen sei bereits abgeschlossen gewesen, und Marlis M. hätte nicht mehr berücksichtigt werden können. Selbst Senatsdirektor Brinckmeier stellte dann fest, daß

1. die Betreuerin in früheren Jahren unbeanstandet die Fahrten mitgemacht hatte
2. die Landeskommission bereits vorher feststellte, daß *„Zweifel an ihrer Verfassungstreue n i c h t bestanden haben"* („Tagesspiegel", 16.7.77)
3. das Bezirksamt die Einstellung von Marlis M. bereits eine Woche vorher dem Stadtrat in Charlottenburg mitgeteilt hatte.

Außerdem besteht die Regelung aus dem letzten Jahr, daß *„Zeitkräfte bei Erholungsmaßnahmen ... ohne vorherige Anfrage beim ... Verfassungsschutz eingestellt werden, wenn das Beschäftigungsverhältnis ... auf sechs Monate begrenzt ist"* („Tages-
das Beschäftigungsverhältnis ... auf sechs Monate begrenzt ist" („Tages-
spiegel", 16.7.77).

Hieran zeigt sich deutlich, wie weit die „Überprüfungen " nach „Verfassungstreue" schon gehen, und wie willkürlich diese Überprüfungen im Zusammenhang mit einem Berufsverbot schon gehen. So kritisierten die Sozialdemokraten denn gleich, daß die „Bestimmungen eingehalten" werden müßten. SPD-Körting, dem von der CDU vorgeworfen wird, er *„habe sich in eine Reihe mit verfassungsfeindlichen Extremisten begeben"* („Tagesspiegel", 16.7.), erhielt wegen seines Ausspruchs der „Inquisition" einen Rüffel vom Senat, der diese *„Auffassungen nicht teile".*

***

Landshut: Der Psychologie-Dozent E., der im 8. Semester Sozialwesen an der FHS Landshut nebenberuflich Vorlesungen abhielt, wurde seines Amtes enthoben, wegen verfassungsrechtlicher Bedenken : Dozent E. gründete 1967/68 angeblich die „Liga gegen den Imperialismus", außerdem wurde sein Auto ca. 15 mal vor Häusern gesehen oder fotografiert, in denen „Linke" wohnten.

Diese Gründe genügten bei der Säuberungswelle "77, den engagierten Dozenten aus dem Öffentlichen Dienst zu suspendieren!!

***

Ludwigshafen: Seit 1971 arbeitet die Postangestellte R. L. auf dem Postscheckamt Ludwigshafen. Als sie sich jedoch 1975 zu einem Lehrgang für die Zulassung zur Beamtenprüfung bewarb, stieß sie auf Schwierigkeiten. Neun Stunden lang mußte sie sich einer Gesinnungsprüfung unterziehen. Vorgeworfen wird ihr Mitgliedschaft in der DKP. Zwar wurde sie zu dem Lehrgang zugelassen, jedoch wurde ihr gleich mitgeteilt, daß sie, wie immer sie auch die Prüfung bestehe nicht ins Beamtenverhältnis übernommen wird. Außerdem will die Oberpostdirektion jetzt prüfen, ob R.L. nicht entlassen werden müsse (nach „tat", 15.7.77).

***

Darmstadt: Bereits seit 1973 wartet der Bauingenieur W. K. auf seine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bei der Deutschen Bundesbahn. Als sich W. K. nach seiner Referendarszeit bei der Bundesbahn bewarb, wurde er mit folgender Begründung abgelehnt: Er sei Mitglied der DKP, habe gegen die Notstandsgesetze demonstriert, und außerdem sei er in studentischen Vertretungen für die DKP tätig gewesen.

Schon zweimal hat das Verwaltungsricht Darmstadt die Begründung der Bundesbahn für Unrecht erklärt. Die Bundesbahn will den Bauingenieur jedoch immer noch nicht einstellen, sondern geht in die Berufung („tat", 15.7.77).

***

Elmshorn: Die 28jährige Englisch- und Kunstlehrerin J.K. soll aufgrund einer Entscheidung des schleswig-holsteinischen Landesschulamtes nicht auf Lebenszeit in den Schul-
holsteinischen Landesschulamtes nicht auf Lebenszeit in den Schul-
dienst übernommen werden. K. ist zur Zeit als Realschulreferendarin an der Gesamtschule Elmshorn tätig. Ihr wird vorgeworfen, an mehreren Veranstaltungen und Demonstrationen der „KPD/ML " teilgenommen zu haben. K. sieht in der Entscheidung des Landesschulamtes eine Art Sippenhaft, da sie selbst nicht organisiert ist, ihr Mann jedoch Mitglied der „KPD/ML" ist. Schüler, Eltern und Lehrer haben sich inzwischen mit ihr solidarisiert („FR", 12.7.77).

***

Westberlin: W.B. hatte sich im Februar um die Aufnahme in den Referendardienst beim Kammergericht in Westberlin beworben. Seine Einstellung wurde bis jetzt mit dem Hinweis auf ein schwebendes universitäres Ordnungsverfahren, das B. während des Streiks im vorangegangenen Sommer angehängt bekam, verzögert. In diesem Verfahren geht es um den Vorwurf der Störung einer Vorlesung, was B. bestreitet. Der Fall wurde zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung der Landeskommission des Westberliner Senats übergeben, die neuerdings für solche Fälle zuständig ist.

***

Hessen: Im AK 107 berichteten wir über die Handhabung und Bestätigung des Radikalenerlasses in der evangelischen Kirche von Hessen. Nach einer Entscheidung der Synode sollten drei Pfarrer, die Mitglieder der DKP sind, nur als Angestellte auf Zeit und nicht als Beamte weiterbeschäftigt werden. Dies sollte eine Ausnahmeregelung sein – grundsätzlich wurde die Mitgliedschaft in der DKP und die Arbeit als Pfarrer in der evangelischen Kirche von Hessen für unvereinbar miteinander erklärt. Inzwischen haben vier Pfarrvikare ihren Austritt aus der DKP erklärt („FR", 5.7.77).

Nach Berichten und Informationen der KB-Gruppen Hannover, Nürnberg, Landshut und Westberlin und der Berufsverbotekommission KB/ Gruppe Hamburg

Militarismus Antimilitarismus

ZDL-Kaserne »Vinckehof« besetzt

DKP-Abwiegler blieben unter sich

Der „Vinckehof" in Castrop–Rauxel, ein ehemaliges Lehrlingswohnheim, ist jetzt ein „Zivildienstzentrum" geworden. Das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) plant, demnächst hier 100 ZDLer zu kasernieren. Diese Zahl soll sich später auf 200 erhöhen. Weitere 8–10 Kasernen sind geplant.

Dazu heißt es in einer Resolution der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL): *„Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Kasernierung! Denn wir wissen, daß*



damit nach den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes die ZDLer in ih-

damit nach den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes die ZDLer in ihren Grundrechten eingeschränkt und dem Befehl–Gehorsam–Verhältnis unterworfen werden sollen. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ist für ZDLer abgeschafft, politisch unliebsame ZDLer können diszipliniert werden.

Aus der Zivildienstkaserne können ZDLer zu jeder Zeit an einen beliebigen Ort zu allen Arbeiten herangezogen werden. Diese totale Verfügbarkeit über ZDLer geht nicht nur auf Kosten unserer Grundrechte, sondern auch auf Kosten der zu betreuenden Menschen. Denn sogar stundenweise sollen ZDLer ausgeliehen werden.

Weil ZDLer billiger sind, werden sie schon heute anstelle festeingestellter Kollegen eingesetzt. Durch die Kasernierung wird dies noch gezielter möglich sein und auch einen höheren Lohndruck ausüben, zumal ZDLer jederzeit als Streikbrecher einsetzbar sind."

Für das Wochenende 9./10.7.77 war ein bundesweites Treffen der SOdZDL–Gruppen in Dortmund angesetzt. Die außerordentliche Nähe des Tagungsortes zum „Vinckehof" hatte schon vorher die Idee hervorgerufen, das Bundestreffen mit einer Besetzung des „Vinckehofes" zu verbinden.

An dem Dortmunder Tagungsort vefsammelten sich ca. 150 ZDLer aus allen Teilen der Brd. Das hohe (DKP) Präsidium machte sich gleich unbeliebt durch das Verfahren, nur drei Delegierte aus jeder SO–Gruppe abstimmen zu lassen. Dem wurde von der breiten Mehrheit entgegengehalten, daß

– dann z.B. aus der Hamburger SO

37 ZDLer nicht abstimmungsberechtigt gewesen wären, andere SO–

37 ZDLer nicht abstimmungsberechtigt gewesen wären, andere SO–Gruppen jedoch nur mit 3–4 ZDLern vertreten waren;

– viele Gruppen überhaupt keinen Delegierten gewählt hatten und darum nicht klar war, wer hätte abstimmen dürfen;

– zurFrage 'Besetzung oder Nichtbesetzung?' nach dem Abstimmungsmodus derDKP–Leute 39 darüber entschieden hätten, ob 150 den „Vinckehof" besetzen „dürfen" oder nicht.

Mit Mehrheit wurde gegen die Revis beschlossen, daß bei allen Entscheidungen, die den „Vinckehof" betreffen, alle ZDLer abstimmen könnten. Durch endlose formale Mätzchen versuchten die DKPler, die ihre Felle davonschwimmen sahen, die sich anbahnende Entscheidung für eine Besetzung zu verhindern. Besonders übel trat ein gewisser Knebel (Bundesvorstand der DFG-VK) hervor, der Sprüche klopfte wie: der „Vinckehof" sei nichts weiter als ein „Modellchen" und keine Kaserne. Außerdem hätten die „Chaoten" Leute angekarrt, die keine ZDLer wären. Zur Frage, ob bei der Besetzungsaktion Gewalt gegen Sachen und Personen legitim sei, meinte Knebel: *„Wenn einige hier keine Pazifisten sind, was ich nicht hoffe, dann sollen sie woanders ihr Süppchen kochen".* Wenn dieser saubere Herr im Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer säße, hätte er viele der Anwesenden wohl durchrasseln lassen.

Schließlich wurde eine symbolische gewaltfreie Besetzung des „Vinckehofes" mit 2/3–Mehrheit beschlossen. Mit ca. 100 ZDLern fuhren wir in einer Autodemonstration von Dortmund zur Kaserne, wo wir vom Heimleiter recht freundlich empfangen wurden. Er zeigte uns die Räumlichkeiten, verteidigte das Projekt voll und ganz und sah sich plötzlich mit der Eröffnung konfrontiert, daß das Gebäude, in dem wir uns gerade befanden, besetzt war. Wir verschönerten die Außenfront des „Vinckehofs" mit Transparenten, was die Kasernenleitung mit Murren schließiich hinnahm.

Offenbar nach Rücksprache mit dem BAZ entschloß sich die Kasernenleitung auch gegenüber der Besetzung, die weiche Welle zu reiten, was der gesamten bisherigen Taktik der der Durchsetzung der Kaserne entspricht. Der Kasernenboß gestattete schließlich sogar, daß wir in einen größerern Saal übersiedelten,wo die Diskussion fortgesetzt wurde. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit dem KBW, der nicht müde wurde, den „Zusammenschluß derZDLer"

von der Annahme seiner Spezialforderung: „Gleicher Lohn für gleiche



von der Annahme seiner Spezialforderung: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Übernahme der ZDLer in die Tarifverträge" abhängig zu machen. Schließlich wetterte der KBW sogar dagegen, ein lockeres Besetzerfest mit Musik und Film zu veranstalten. Aber die Anträge des KBW wurden sämtlich mit großer Mehrheit abgelehnt.

Inzwischen kam Nachricht von den ca. 30 in Dortmund verbliebenen Besetzungsgegnern (der Rest war abgefahren): Die Revis versuchten, wüste Hetze gegen die Besetzer abzulassen (in dem Stil:„kleine Minderheit von angekarrten Mitgliedern des KB–Nord will den Kampf der ZDL ins chaotische Fahrwasser lenken").

Aber auch unter denen, die gegen eine Besetzung zu diesem Zeitpunkt waren, stieß eine solche Hetze auf deutliche Ablehnung. Mit breiter Mehrheit wurde die mit den Besetzern anzustrebende Einheit unterstrichen. Somit sind die Revisionisten in der SOdZDL vollkommen isoliert.

Der „Vinckehof" wurde bis Sonntag nachmittag besetzt gehalten, mehrere Arbeitsgruppen wurden gebildet. Eine Gruppe zur Öffentlichkeitsarbeit informierte so gut es ging die Bevölkerung in Castrop–Rauxel und die Presse.



Besetzerfest

Insgesamt kann von einem Erfolg gesprochen werden, da die Besetzung eine erste spektakuläre Aktion zum Auftakt der bundesweiten Mobilisierung gegen die Kasernierung der ZDL war.

Zwei ZDL–Genossen
KB–Gruppe Hamburg

CDU/CSU attackiert Wehrdienstnovelle

Seit einem Jahr schwelt nun die Auseinandersetzung um eine Änderung des Wehrdienstgesetzes. Den ersten Entwurf wollte Bundespräsident Scheel nicht unterzeichnen, da eine der wesentlichen Veränderungen (die Prüfungsausschüsse sollten nicht mehr dem Kriegsministerium, sondern dem Arbeitsministerium unterstellt werden) mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die notwendige Zustimmung des Bundesrates bekommen hätte.

Der neue Entwurf der Regierung sieht diese Änderung nicht mehr vor. Scheel unterschrieb. Somit könnte ab 1. August das Prüfungsverfahren für ungediente Wehrpflichtige wegfallen (natürlich nur so lange, wie die Bundeswehr keine „Nachwuchssorgen" hat). Der Pferdefuß bei dieser „Reform" ist allerdings, daß die Zivildienstzeit von 16 auf 18 (!) Monate verlängert werden würde. Die Reaktion're und Oberdemagogen aus den Reihen der CDU/CSU behaupten trotz alledem, daß die strittige Novelle die *„allgemeine Wehrpflicht und damit die Verteidigungsbereitschaft der BRD aushöhlen"* würde („FR", 16.7.77).

Da eine Verfassungsklage aber erst lange Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes entschieden werden würde, beantragte die Union eine einstweilige Anordnung beim Zweiten Senat in Karlsruhe.

Es geht der CDU/CSU um die Beibehaltung des Prüfungsverfahrens. Im Gegensatz zur Regierung (die sich sagt, 'wir haben halt im Moment genug Jugendliche, wenn' s knapp wird, prüfen wir wieder') will die Union auf diese diskriminierende Form der Einschüchterung und Kontrolle auch nicht vorübergehend verzichten.

Sollte die Union erfolgreich sein, dürfte von der „Reform" lediglich eine Verlängerung der Zivildienstzeit von 16 auf 18 Monate übrig bleiben!

Antimilitarismuskommission
KB–Gruppe Hamburg

Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Kein Recht auf freie Meinungsäußerung für Soldaten

Das »Delikt«: Ein Soldat hatte während seiner Freizeit Unterschriften in seiner Einheit gesammelt, Unterschriften unter eine Solidaritätsadresse an die Kaiserstühler Bevölkerung zur Unterstützung ihres Kampfes gegen das AKW Wyhl. Dafür verurteilte ihn sein Panzerkommandeur zu 14 Tagen Disziplinararrest.

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) entschied nun mit vier gegen drei Richterstimmen, daß die Verurteilung durch den Kommandeur rechtens war.

Berufen wird sich dabei natürlich auf das Grundgesetzt, das *„bei Soldaten eine Einschränkung der Meinungsfreiheit erlaubt, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten. Die Disziplanarstrafe schränke die Meinungsfreiheit des Soldaten aber nicht über das zulässige Maß hinaus ein«* (»FAZ«, 29.6.77). *»Das im Soldatengesetz festgelegte Verbot politischer Betätigung solle die Schlagkraft der Bundeswehr sichern. Möglichen Auseinandersetzungen unter Soldaten müsse deshalb ,ein Riegel vorgeschoben' werden«* (»SZ«, 29.6.77). Besonders deutlich wird die Bundeswehr-Zeitung »Bw-aktuell«, vom 14.7.77: *»Nach Ansicht des BVG ist Zweck dieser Vorschrift* (gemeint ist § 15 Abs. 2 Soldatengesetz), *Die Kameradschaft und gegenseitige Achtung als unerläßliche Voraussetzung für die Sicherung der Disziplin und Schlagkraft der Truppe — auch um den Preis der Meinungsfreiheit — unbedingt zu gewährleisten«.*

Mit diesem Urteilsspruch ist die Meinungsfreiheit und politische Diskussion für Soldaten endgültig für abgeschafft erklärt worden. Besonders aber das Eintreten für eine fortschrittliche politische Überzeugung kann mit »Bau« enden.

Die drei, der Richtermehrheit unterlegenen BVG-Richter warnen dann auch vor der Gefahr, die dieses Urteil in sich birgt, ohne es aber im Grundsatz anzutasten: *»Richter Hirsch meint, der Disziplinarbeschluß tue so, als ob alle außerdienstlichen Gespräche ,auf der Stube' pönalisiert seien. Es müsse aber möglich bleiben, einen Kameraden zu fragen, was er von einer Bürgerinitiative halte, ob er auch an einer Demonstration oder Prozession teilnehmen wolle«* (»FAZ«, 29.6.77).

Auch diese Aussage verdeutlicht noch einmal die reaktionäre Schärfe des Urteils. Daß dieser »höchste Richterspruch« wieder einmal eine demokratische Initiative trifft und nicht gegen reaktionäre und faschistische Veranstaltungen (z.B. die Traditionstreffen) in der Kaserne gefällt wurde, kann heute eigentlich niemanden mehr wundern. Kämpfen wir weiter dagegen!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehr und Waffen-SS (HIAG)

„Die SS wurde für Zwecke eingesetzt, welche ... verbrecherisch waren, nämlich für die Verfolgung und Ausrottung der Juden, Grausamkeiten und Tötung in Konzentrationslagern, Übergriffe in der Verwaltung besetzter Gebiete, Durchführung des Zwangsarbeitsprogramms sowie Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen"

(aus dem Urteil des internationalen Militärtribunals in Nürnberg 1946 über die SS).

Wenige Wochen nach der offiziellen Gründung der Bundeswehr, am 13. Oktober 1955 erließ ein Personalgutachterausschuß der Bonner Regierung Richtlinien für die Einstellung ehemaliger SS-Verbrecher vom Oberstleutnant an abwärts in die Bundeswehr. Tausende von SS-Verbrechern nahmen Positionen der BW in ihrem alten Rang (Dienstgrad) ein („Deutsche Kriegsbrandstifter wieder am Werk", Berlin, 1959, S. 142–143).

Damit war bereits ein wesentlicher Grundstein für die Rehabilitierung der SS-Mörder gelegt.

Insbesondere der „Verband der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS", der sich später in die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) umbenannte, fristet ein in der BRD völlig unbehelligtes Dasein. Gemeinsame Treffen mit und in der Bundeswehr (aber nicht nur dort) sind an der Tagesordnung.

Am 18. September 1976 hält der frühere SS-Hauptsturmführer und heutige Sprecher des HIAG-Bundesvorstandes Karl Weibel in Würzburg eine Pressekonferenz ab.

„Wir können niemals eine Scham empfinden für das, was wir in diesem vergangenen Krieg für unser deutsches Vaterland als Soldaten wie viele andere auch getan haben." ... „Wir wissen, daß wir hier in einem Staat leben, und das haben wir erfahren, der all das tut, was in seinen Möglichkeiten steht, um uns auch zu schützen." ... „Wie ich überhaupt sagen möchte, daß alle Parteipolitiker, angefangen von Helmut Schmidt über Herbert Wehner, Holger Börner, Genscher, Mischnick, Bundespräsident Scheel, bis hinüber zu Strauß und Kohl, in früheren Veranstaltungen der HIAG ... selbst gesprochen haben ... Und die ersten Besprechungen in Sachen vor der Gründung des Bundesverbandes der Soldaten der Waffen-SS, damals hieß es nur HIAG, die wurden in Hamburg mit Kurt Schuhmacher geführt" ...

„Wir laden zu unseren Veranstaltungen des Bundesverbandes den Verfassungsschutz ein. Wir werden auch nicht irgendwo auf einer schwarzen Liste geführt ... Oftmals, wenn der Verfassungsschutz kommt, dann sagt er, wir sind da und wir bitten ihn, Platz zu nehmen"

wenn der Verfassungsschutz kommt, dann sagt er, wir sind da und wir bitten ihn, Platz zu nehmen"

(Nach „die tat", vom 1.10.76).

„Wir haben immer Zurückhaltung geübt und die Teilnahme von Bundeswehr-Angehörigen an unseren Treffen und Veranstaltungen unterschlagen, eben weil wir wissen, daß dies ein ‚Politikum' ist. Aber auf die Dauer geht dies so nicht!"

(„Der Freiwillige", Zeitung der HIAG vom Juni 1976).

Die folgende Aufstellung läßt unserer Meinung nach eindeutige Schlußfolgerungen über den Wahrheitsgehalt dieser ‚Ausführungen' zu!

Juli 72
Zur 20Jahr-Feier der Bayreuther HIAG erschien als Ehrengast Hauptmann Heinrich als Vertreter des Standortältesten Oberst Kirchhoff. (1)

Dezember 72
Zur Beerdigung des SS-Generaloberst Paul Hauser erschienen über 3000 ehemalige SS'ler in Ludwigsburg, u.a. 12 Ritterkreuzträger Hitlers. a.D. Kumm hielt die Trauerrede für den verurteilten Kriegsverbrecher. Zur Kranzniederlegung traten uniformierte BW-Angehörige, der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU und der Kyffhäuserbund neben vielen anderen vor. (2)

Dezember 72
Zur Einweihung des „Ehrenmals des deutschen Heeres" in Koblenz, das von einem Kuratorium (?) der BW gestiftet wurde, erschien eine eindrucksvolle Garde. Die Übergabe des Denkmals erfolgte an den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Ferber. Anschließend sprach Georg Leber als Verteidigungsminister seinen Dank aus. An der Veranstaltung nahm ein Herr Wächter als offizieller Vertreter des HIAG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz teil. (3)

Frühjahr 73
Die HIAG-Marburg/Lahn veranstaltet einen Filmabend mit Filmen über das Leben der BW. Der BW-Standortälteste Oberstleutnant Rasmus erklärt die Filme und diskutiert mit den Teilnehmern. (4)

Mai 73
Die ehemalige SS-Division „Wiking" und die „Leibstanddarte Adolf Hitler" führten in der Amberger-Kaiser-Wilhelm-Kaserne eine Gedenkfeier durch. Die BW stellte eine Offiziersabordnung und einen Ehrenzug. (5)

Oktober 74
Die HIAG-Bad-Tölz führt ein „Treffen ehemaliger Junker europäischer Lehrgänge" der SS-Junker-Schule Bad Tölz durch. Es kamen Mitglieder der „Blauen Division" Frankos, SS'ler aus der SS-Panzer-Division „Wiking", sowie eine Offiziersabordnung der BW. (6)

17. Mai 1967 in München – Der ehemalige Generaloberst der faschistischen Fallschirmjäger, Student, feiert in Anwesenheit von Fallschirmjägern der Bundeswehr die Überfälle seiner Truppe im zweiten Weltkrieg.

17. Mai 1967 in München – Der ehemalige Generaloberst der faschistischen Fallschirmjäger, Student, feiert in Anwesenheit von Fallschirmjägern der Bundeswehr die Überfälle seiner Truppe im zweiten Weltkrieg.

Oktober 74
Zum zweiten Mal stellt die HIAG-Bayreuth eine eigene Mannschaft für das „Hubertus-Schießen" der BW. 1973 hatte sie die Bronze-Medaille ‚erschossen'. (7)

Oktober 74
Auf dem Oktoberfest der Stuttgarter HIAG hielt der Jugendoffizier im BW-Bereich 5, Oberleutnant Weblus eine Rede „Der Freiwillige", Organ der HIAG, bescheinigte daraufhin den *„jungen Offizieren in der BW, welche mit der politischen Bildungsarbeit beauftragt sind"*, sie geben sich *„die größte Mühe"* ..."! (8)

1975
Die HIAG-Koblenz, der „Ring Deutscher Soldatenverbände" sowie Musikkorps und ein Ehrenzug der BW halten gemeinsam eine Feierstunde zum „Tag des Eisernen Kreuzes" ab. Es spricht der BW-Generalmajor Günter Baranek, stellvertretender Kommandiernder General des 3. Korps (9).

Frühjahr 1975
Die HIAG-Gießen begrüßt bei ihrer Frühjahrsveranstaltung als Gäste; Oberstleutnant Behnke, Kommandeur der Territorialverteidigung des Gießener Wehrkreiskommandos, Oberstleutnant Hellduser, Organisationsleiter des hessischen Reservistenverbandes der BW, Hauptfeldwebel Pfeiff, Vorsitzender des Reservistenverbandes, Professor Schubert von der BW-Fachschule. (10)

März 75
In der Wehrakademie Hilden hielt der ehemalige SS-Mann Dr. Ernst Nittner einen Vortrag vor 30 Berufsschullehrern über den „Auftrag der Bundeswehr im Wandel der Gesellschaft". Organisiert war dieses Treffen vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf.

SS-Mann Nittner war vorher lange Zeit Leiter des zivilen Lehrstabs der Wehrakademie Hilden. Aufgrund starker Proteste wurde er „abgezogen (11).

März 75
Die HIAG-Koblenz weiht einen Gedenkstein für die ehemalige 6. SS-Gebirgsdivision-Nord in Buchholz/Hunsrück ein. Als Vertreter des Heereskommandos 3 in Koblenz erscheint Brigadegeneral Pinkwart. Das Heeresmusikkorps 5 macht die Musik. (12)

April 75
Zu Ehren des SS-Generals Lombard organisierte die HIAG-München gemeinsam mit der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" eine Veranstaltung. Den Festrednern Graf von Kielmannsegg (ehemaliger Viersternegeneral der BW) und Waffen-SS-General Bittrich spenden uniformierte BW-Offiziere Beifall (13).

Mai 75.
Der HIAG-Veranstaltung am 8. Mai zum *„30. Jahrestag der Kapitulation"*, in Esel, Kreis Fallingbostel stellt die BW-Marine-Flensburg eine Ehrenwache. Grußbotschaften an den verurteilten Kriegsverbrecher, Großadmiral Dönitz werden verlesen (14).

Juni 75
Zwei BW-Offiziere erscheinen beim Sommerfest der HIAG-Bruchsaal Bretten (21) (15).

Juni 75
Die HIAG Coburg feiert ihr 25jähriges Bestehen. Offiziere der örtlichen BW-Einheiten und des Bundesgrenzschutzes nehmen teil (16).

Sommer 75
Fallschirmjäger der BW nehmen an dem 10. Divisionstreffen der ehemaligen 17. SS-Panzer-Grenadierdivision „Götz von Berlichingen" in Jagsthausen teil. Die SS'ler verliehen den Soldaten Ärmelstreifen ihrer Division. (17)

August 75
Am 2./3.8. läuft der Lenkwaffenzerstörer ‚Rommel' zu einer Übungsfahrt in die Ostsee aus. An Bord des Marineschiffes befinden sich als Gäste Mitglieder der HIAG-Stuttgart sowie ‚Kameraden' der „Marinekameradschaft". (18)

November 75
Als Ehrengäste werden Oberstleutnant Bode und Hauptfeldwebel Frühauf vom Panzerspähzug in Ahlen beim Herbstfest der HIAG-Unna-Hamm am 8.11.75 behandelt. (19)

Januar 76
Am 31. Januar begeht die HIAG-Koblenz ihren „Großen Kappenabend", zu dem sämtliche örtliche Soldatentraditionsverbände geladen sind, im Koblenzer Soldatenheim . Die Vergabe des Soldatenheimes untersteht der Stadt. (20)

Januar 76
Im Auftrag des kommandierenden General des 3. Korps Pöschl, legte Oberstleutnant Zapp auf einem ‚Hunsrücktreffen' der „6. Gebirgsdivision-Nord", einem SS-Traditionsverband, einen Kranz für die BW nieder. (21)

Februar 76
Der Leutnant der Bundeswehr Müller beteiligt sich in Uniform an einem HIAG-Treffen in Stuttgart. (22)

März 76
In Hamburg wird nach antifaschistischen Protesten eine bereits von der BW-Kommandantur genehmigte HIAG-Veranstaltung in den Räumen der Standortkommandantur (Sophienterrasse) verhindert. Die HIAG wollte einen Vortrag über den SS-Standartenführer Skorzeny halten. (23)

März 76
Die Freiburger HIAG veranstaltete im „Schützenkeller" in Münchweiler am 20. März ein Kameradschaftsschießen. BW-Hauptmann Binninger schießt mit. (24)

März 76
Am 12. März ehrten verschiedene Abordnungen den verstorbenen SS-Standartenführer Alfons Rebane, ehemals Kommandeur einer estnischen SS-Abteilung. Später machte Rebane Karriere als Chef des antisowjetischen „Europabüros des estnischen Weltrates". Ein Oberstleutnant der BW legte im Auftrag des Verteidigungsministeriums einen Kranz nieder. (25)

April 76
Bei einem „Suchdienst- und Divisionstreffen" verschiedener ehemaliger SS-Verbände in Sonthofen, wird dem SS-Oberscharführer Friedrich Buck durch den ehem. SS-General Lombard das Ritterkreuz verliehen. Hauptmann Otto Pfau vom Instandsetzungsbataillon 480 in Sonthofen nahm in Uniform teil. (26)

Mai 76
Vom 21. bis 23. Mai findet in Dorfmark/Fallingbostel das 10. Kameradschaftstreffen der SS-Panzerabteilung 502 statt. Ein BW-Offizier in Munterlager begrüßt die Teilnehmer dieses Treffens. Sie sehen sich die gefechtsmäßige Entladung einer Leoparden-Einheit an. Dazu schreibt das HIAG-Organ „Der Freiwillige" vom Juli 76: *„Zwischen den ‚alten Hasen' und jüngeren Panzerbesatzungen kam es dabei zu Erfahrungsaustausch und Freundschaften". (27)*

Sommer 76
In Mülheim /Ruhr findet gleichzeitig die 25. Jahr – Feier der HIAG-NRW und eine Geburtstagsfeier für den Generalmajor der WaffenSS Heinz Harmel statt. Für Musik sorgt die Bundeswehr-Musik-Kapelle ‚Combo' vom Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf. (28)

die Bundeswehr-Musik-Kapelle ‚Combo' vom Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf. (28)

25.–27. Juni 76
Zu einem „europäisch-amerikanischen Freundschaftstreffen ehemaliger Soldaten" erscheint neben einer offiziellen Delegation der bayrischen Staatsregierung einer Abordnung der BW, natürlich auch die HIAG. Das Treffen steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Goppel. (29)

Juni 76
Am 18. Juni findet die „Sonnenwendfeier" der HIAG-Oberallgäu statt. Die Ortsverbände Leubas und Buchenberg der Reservisten der BW und Oberstleutnant Adler, Kommandeur des Instandsetzungsbataillon 220 Sonthofen mit einigen Offizieren, u.a. Hauptmann der Reserve Gogoling, beteiligen sich an der Feier. Zum Abschluß wird das Treuelied der SS gesungen. (30)

Juli 76
Die HIAG-Kreisgemeinschaft Ingolstadt wird neu gegründet. Mit dabei sind am 16.7. verschiedene Traditionsverbände und Vertreter der BW. (31)

Juli 76
Zwei SS-Männer der ehemaligen SS-Division ‚Totenkopf' (Dachau und Buchenwald) nehmen an der Vereidigung von zwei Ausbildungskompanien der BW teil. (32)

Juli 76
Die HIAG berichtet in ihrem Blatt „Der Freiwillige" von ihrem Frühlingsball in Reiskirchen. Oberstleutnant Behnke übersand die Grüße der BW. (33)

September 76
Am 25./26.9. findet das Divisionstreffen des 6. SS-Gebirgsdivision-Nord am Hohen Brendten statt. Von den Mittenwalder BW-Gebirgsjägern wird eine Feldküche eingerichtet. (34)

Oktober 76
In Hannover fand unter *„starkem"* (FR) Polizeischutz (viele Antifaschisten protestierten) im städtischen Schützenhaus die 25 Jahr-Feier der HIAG statt. Der hannoversche CDU-Sekretär Kuhlmann, ein junger BW-Reservist, verwies zunächst die Fernsehteams des NDR und des WDR sowie den Reporter der „FR" aus dem Saal. Später durften sie jedoch hinein. Viele Reden, so auch die des Versicherungsdirektors Hermann Rudolf (Frankfurt a.M.), Bundesvorstandsmitglied der HIAG, fanden den *„Beifall anwesender BW-Offiziere". (35)*

„Volkstrauertag" 76
Die HIAG hielt zusammen mit anderen ‚Traditionsverbänden' in Hamburg an einem 1936 von Nazi-Prominenz eingeweihten Militaristendenkmal (eingesetzter Spruch: „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen") eine Feierstunde ab. Ein Ehrenzug der BW mit Waffen marschierte auf. Zwei BW-Soldaten standen ‚Ehrenposten' am Denkmal. (36)

Februar 77
„Eine größere Gruppe" des BW-Reservistenverbandes feierte mit der HIAG -Organisation Freiburg 25 jähriges Jubiläum. (37)

Februar 77
Beim Traditionstreffen der „97. Jägerdivision" der Nazi-Wehrmacht Betziggau (Oberallgäu) nahm eine Abordnung der BW teil. Der Münchener Weihbischof Defregger zelebrierte den Festgottesdienst. Er war selber im zweiten Weltkrieg Kommandeur der 97. Jägerdivision, und damit verantwortlich für die Ermordung zahlreicher Zivilisten im italienischen Aquila. Es handelte sich um eine „Strafaktion" gegen italienische Partisanen. (38)

Februar 77
Anläßlich der Jahreshauptversammlung der HIAG-Ortsgruppe Hof, bekamen die SS-ler eine Einladung zum „Offiziers-Essen" in der BW-Einheit Naila (nahe DDR-Grenze). Eingeladen hatte der Standortkommandant Major Scholz. Nach dem Essen wurde die Kaserne mit allen ihren Einrichtungen besichtigt. (39)

Februar 77
„In Lübeck führten die SS-Veteranen der „Pionier-Kameradschaft Dresden" ihre Jahreshauptversammlung zusammen mit der Korps-Pionier-Führung der BW und dem Kommandeur des leichten Pionierbataillons 610 durch. HIAG und BW legten gemeinsam mit BW-Offizieren einen Kranz am Ehrenmal der Lübekker Kaserne nieder, und schließlich organisierte die Bundeswehr für ihre SS-Gäste im Übungsgelände eine Sperrübung im Rahmen taktischer Zusammenarbeit von Aufklärung und Angriff einer feindlichen Panzerspitze. Eine Militärmusikkapelle unterhielt mit Märschen den Kameradschaftsabend, der nach dem Fahneneinmarsch stattfand." (40)

Sperrübung im Rahmen taktischer Zusammenarbeit von Aufklärung und Angriff einer feindlichen Panzerspit-

Anti-Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Quellen:

1. „Der Freiwillige", Zeitung der HIAG, Juli 72.
2. „die tat", 13.1.73
3. „die tat", 22.12.72
4. „SS-Tradition in der BW?", eine Dokumentation der VVN-Bund der Antifaschisten, Nov. 76.
5. „Der Freiwillige" Mai 73
6. „die tat", 30.11.74
7. ebenda
8. ebenda
9. „SS-Tradition ..."
10. ebenda
11. „die tat", 2.6.75
12. „SS-Tradition ..."
13. ebenda
14. ebenda
15. „Der Freiwillige", 8/75
16. ebenda
17. „SS-Tradition ..."
18. ebenda
19. ebenda
20. ebenda
21. ARBEITERKAMPF Nr. 80
22. ebenda
23. „SS-Tradition ..."
24. ebenda
25. ebenda
26. „Frankfurter Rundschau", 5.5.76.
27. „Der Freiwillige" 6/76
28. „SS-Tradition ..."
29. „die tat", 25.6.76
30. „SS-Tradition ..."
31. ebenda
32. „die tat", 23.7.76
33. ARBEITERKAMPF Nr. 86
34. „SS-Tradition ..."
35. „Frankfurter Rundschau", 25.10.76.
36. „die tat", 17.12.76
37. „Konkret" 2/77
38. ebenda
39. ebenda
40. ebenda

NDR: Ab 1980 Staatsrundfunk mit Springer-Beteiligung?

Am 14. Juli leitete Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) den nächsten Schritt zur endgültigen Beseitigung der letzten Bastionen liberaler und fortschrittlicher Berichterstattung im NDR ein. In einer zweistündigen Rede vor dem Kieler Landtag kündigte er an, die bisherige Rechtsgrundlage des NDR, den Staatsvertrag, zum nächstmöglichen Termin (1978) aufkündigen zu wollen. Vorbereitet wurde dieser Schritt durch eine ständig schärfer werdende Hetzkampagne gegen den „Rotfunk"-NDR (CDU) bzw. „Anarchistensender-Nord" („Bild") spätestens seit dem November letzten Jahres, als sich einige Berichte und Kommentare in Hörfunk und Fernsehen von der sonst gleichgeschalteten Propaganda der Atom-Lobby wohltuend abhoben und auch mit Kritik an den brutalen Polizeiübergriffen auf AKW-Gegner am Bauplatz in Brokdorf nicht sparten. (Siehe dazu auch AK95, Dez. 76).

Am 19. April 1977 setzte die CDU-Mehrheit im Verwaltungsrat (dem zweithöchsten Kontrollorgan des NDR) den Beschluß durch, die Sendereihe „Der Betriebsrat" und die Brokdorf-Berichterstattung zwischen dem 25. Oktober und 26. November 1976 für „staatsvertragwidrig" zu erklären und die Absetzung der Betriebsrats-Reihe durch den Intendanten anzuordnen.

Der Pressesprecher der Kieler Landesregierung erklärte öffentlich, daß er sich gut ein „Radio Kiel" in enger Zusammenarbeit mit dem Studio Hannover des NDR vorstellen könne.

Anfang Juni entdeckte Stoltenberg die Finanzmisere im NDR und forderte *„wesentliche nachhaltigere Anstrengungen"*,um*„durch eine effektive Organisation und Sparweise die Anstalt und ihre Mitarbeiter vor einer gefährlichen Krise zu bewahren."*(FR, 3.6.77, auch AK 106)

Zum 14. Juli schließlich bereitete die CDU im Kieler Landtag eine „große Anfrage" zur „Krise im NDR" vor. Die Springer-Presse begleitete das neueste Manöver der CDU mit einem Artikel im „Hamburger Abendblatt", der schon am gleichen Tag (!) über die bevorstehende Aufkündigung des Staatsvertrags zu berichten wußte. Die „Welt" entdeckte ebenfalls am 14. Juli „Streit im NDR", sollte doch das Musikmagazin „Von 9 bis halb 1" *„vollends von den linken Kräften im Sender vereinnahmt werden."*

Sowohl in der Rede vor dem Kieler Landtag als auch in den Magazinen „Spiegel" und „Quick" begründete Stoltenberg sein Vorgehen. Dabei mußte als erstes das Bild vom „Rotfunk" in allen Farben ausgemalt werden:

„Zu links = zu schlecht"

„Zu links = zu schlecht"

Die Kieler Landesregierung könne sich nicht weiter an einer Rundfunkanstalt beteiligen, *„deren Spitze die Verpflichtung zur Ausgewogenheit und Unparteilichkeit in einigen wichtigen Programmteilen ständig außer Acht läßt und auf konkrete Hinweise gar nicht oder mit haltlosen Gegenvorwürfen antwortet."* („FR", 15.7.77)

„Das Gebot der Ausgewogenheit beziehe sich aber nicht nur auf das Gesamtprogramm, sondern auch darauf, daß in Einzelsendungen angegriffene Gruppen oder Personen eine angemessene Chance zur Darstellung ihrer Meinung erhalten müssen (das sollte mal auf die Angriffe gegen die „Linksextremisten" angewandt werden! – Anm. AK-Red.)*! Dies entspreche auch den Grundsätzen eines sauberen*(??) *Journalismus und sei eng verknüpft mit der Wahrheitspflicht(!). Der NDR verstoße jedoch gegen die staatsvertraglichen Grundsätze in politischen Sendungen*(!) *im weitesten Sinn. Dazu gehörten zum Beispiel auch Zwischentexte in Musiksendungen*(!!) *für junge Leute oder in Kultursendungen mit marxistischen Formulierungen."* („FAZ", 15.7.77) Besonders im Visier der CDU und der Landesregierung ist die Sendung „Panorama", die von Stotenberg zum *„Zentrum betont linker Agitation"* aufgebauscht wurde, mit Journalisten, deren *„fachliche Qualifikation unzureichend"* sei (lt. „Quick" vom 21.7.77). Journalisten, die sich nicht total den Interessen der Bourgeoisie unterordnen und zu Hofberichterstattern mißbrauchen lassen, sind in den Augen der Herrschenden eben schlechte Journalisten.

Und von diesen gibt es – nach Auffassung der CDU – im NDR eben noch zu viele: *„Das ist ein Strukturmerkmal*(!)*, vor allem der politischen Sendungen, auch im Hörfunk. Hier kommt es zu einer häufigen Mißachtung des Staatsvertrages, der die Ausgewogenheit vorschreibt. Hier werden auch die Qualitätserfordernisse*(!) *des Journalismus mißachtet. Es gibt zu wenig Fach-Redaktionen, aber eine Reihe von hochbezahlten Leuten, die über alles reden, ohne eine entsprechende Vorbildung zu haben. Hier wird vor dem Hintergrund verschwenderischer Ausgaben* (!!)*, Besserwisserei demonstriert ohne jeglichen Sachverstand. Es wird so gehandelt, als ob man mit einer gewissen Grundausstattung an sozialistischen und marxistischen Reizworten bereits alles erklären kann. Das ist ein gefährliches Beispiel für jugendliche Zuschauer, aber auch für die Entwicklung des ganzen Volkes."* (Stoltenberg in „Quick", 21.7.77) Stoltenberg kündigt damit die Hinaussäuberung all jener demokratischen Journalisten an, die sich der zunehmenden Rechtsentwicklung und Gleichschaltung des Rundfunks nicht beugen wollen. In diesem Zusammenhang fordert der Schleswig-Holsteinische CDU-Fraktionsvorsitzende Barschel, *„alle Sendungen des NDR müßten sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung befinden und die Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt hätten zweifelsfrei verfassungstreu zu sein."* („Berichte vom Tage", Funkhaus Kiel am 14.7.77)

Die Berufsverbotepraxis soll demnach auf den Bereich der Medien übernommen werden. Jeder Journalist soll sich ständig der Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt sehen, mit der Konsequenz, sich entweder der Selbstzensur zu unterwerfen oder aber seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

„links = zu teuer = zu verschwenderisch"...

So brachte die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt" die Sache auf einen Nenner. Für die tatsächlich

So brachte die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt" die Sache auf einen Nenner. Für die tatsächlich

enormen Finanzdefizite beim NDR (79 Mill. DM zum Ablauf dieses Jahres) machen sowohl die CDU als auch die Springer-Presse „die Linken" im Sender verantwortlich. Für die „Verschwendungssucht" holte sich dann Stoltenberg bezeichnenderweise das Beispiel, *„....daß ein Pförtner beim NDR rund zwanzig Prozent mehr verdiene als ein Pförtner im Hamburgischen Dienst."* („Welt", 15.7.77) Auch in diesem Zusammenhang schoß sich Stoltenberg in seiner Landtagsrede auf die liberalen politischen Programme, vor allem auf die Hauptabteilung „Zeitgeschehen" und deren Chef Merseburger (SPD) ein. Merseburger hatte sich gegen die Streichung einiger Gehälter gewehrt und darauf hingewiesen, daß die betreffenden Redakteure *„auch nach den Gesetzen des freien Marktes sicherlich nicht anders entlohnt"* würden. („Welt", 15.7.77)

In plumper Demagogie versucht Stoltenberg nun die durchaus berechtigte Kritik an der Finanzpolitik gegen die liberalen Bastionen im NDR auszuspielen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Produktionskosten der liberalen Programme (einschließlich der Honorare) nur ein Bruchteil der Gesamtkosten ausmachen, während die Gagen für die sogenannten Stars, die nichts anderes tun, als der Bevölkerung eine „Heile Welt" zu verkaufen, in fünf- bis sechsstellige Summen gehen. Vor diesem Hintergrund ist Merseburgers Widerstand verständlich. Für Stoltenberg aber Anlaß genug, diesen in übelster Manier fertig zu machen: Merseburgers Widerstand *„.... lasse für das eigene Einkommen ein Gewinnstreben erkennen, 'das etwa in den Panorama-Sendungen des Herrn Merseburger und seiner Gesinnungsfreunde derselben Abteilung als üble Auswüchse der Freien Marktwirtschaft angeprandert wird'."* („Welt" vom 15.7.77)

Wenn es nach den Vorstellungen der CDU geht, dann soll der NDR durch eine rigide „Sparpolitik" im Bereich der Personalkosten „gesunden", was nur Entlassungen sowie Lohn- und Gehaltskürzungen bedeuten kann. Rationalisiert werden soll vor allem bei liberalen Programmen im Bereich „Zeitgeschehen" und in den dritten Programmen von Hörfunk und Fernsehen.

Die Durchsetzung dieser Ziele: So oder So !!!

Für die CDU ist es gar keine Frage, den total gleichgeschalteten Staatsrundfunk durchzusetzen. Die Aufkündigung der bisher gültigen Rechts- und Verwaltungsform des NDR, die eben im Staatsvertrag geregelt ist, ist die beste Voraussetzung dafür: *„Das Kabinett beabsichtigt, eine Kündigung auszusprechen. Falls die Dreiländeranstalt erhalten bleiben soll, benötigt sie eine neue und wesentlich verbesserte Rechtsgrundlage."* (Stoltenberg am 14.7.77) Andernfalls *„müssen wir Alternativen für andere Organisationsformen im norddeutschen Raum ins Auge fassen."* (ebenda)

Da der NDR derzeit von den drei Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg betrieben wird, kann eine im Sinne Stoltenbergs befriedigende Lösung nur darin bestehen, daß sowohl die CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen als auch die SPD/FDP-Regierung in Hamburg mit Stoltenberg mitziehen.

Radio Kiel,
1. Januar 1981

Übersicht über das Tagesprogramm

5.00 Melken mit Musik
Melodien für das Landvolk
6.00 Was wir glauben sollen
Morgenandacht mit Arthur Rathke, Kiel
anschl.: Kieler Sprotten
7.00 Wir wollen niemals auseinandergehn...
Frische Brise mit Musik
Angeschlossen Radio Hannover
8.00 Wir sprechen mit dem Landesvater Stoltenberg
anschl. spielt das Kieler Radio-Sinfonieorchester
9.00 Presseschau
Axel Caesar liest aus den Heimatblättern
anschl.: Rezepte und Musik
10.00 Schulfunk
Herr Braun erzählt, wie man den aufrechten Gang zurückentwickeln kann
11.00 Kuddel Schnööf
Erzählungen des roten Jochen
bespricht Rudolf Titzck
11.00 Kuddel Schnööf
Erzählungen des roten Jochen
bespricht Rudolf Titzck
anschl.: Folklore aus Sylt
12.00 Der direkte Draht
Die Korrespondenten in den Kieler Ministerien berichten
13.00 Zwischen Kiel und Casablanca
Korrespondenten der treuen Heimatpresse berichten
14.00 Für die Jüngsten
Gerhard liest die Geschichte vom immer rechthabenden Schnullermund
anschl.: Das fröhliche Akkordeon
15.00 Popig und flockig
Radio Luxemburg in Kiel
16.00 Wie wir Brokdorf gebaut haben
Ein Bericht von Minister Claussen
anschl.: Militärmusik
17.00 Unsere Reihe
So ist das Leben!
Heute: Warum unser Landesvater so wichtig für uns ist
anschl.: Fröhlicher Alltag
18.00 Maltes Infoshow
Musik und Querverbindungen, Interviews und Indiskretionen, frisch aus der Staatskanzlei
19.00 Sandmännchen
Onkel Stolti erzählt schöne Geschichten aus der heilen Welt
20.00 Gruß aus Bayern
Blasmusik und Jodler mit einem patriotischen Grußwort von Franz-Josef
anschl.: Grüße aus Stuttgart
21.00 Blasmusik aus Eckernförde
22.00 Der rote Kanal
Arthur Rathke kommentiert Funk- und Fernsehprogramme aus Hamburg
23.00 Schlafen wie wohl — wir lullen Sie ein
24.00 Aus dem Nachlaß des NDR
Platten aus dem Archiv
24.00 Aus dem Nachlaß des NDR
Platten aus dem Archiv
1.00 Träumen Sie gut — wir spielen die Musik dazu
2.00 Die Opposition hat das Wort
Günter und Klaus beantworten Hörerfragen
3.00 Musik für den Tiefschlaf
4.00 Gruß nach Dänemark
Der südschleswigsche Wählerverband beantwortet Hörerfragen
anschl.: Dänische Folklore
4.59:30 Stationsansage

Stoltenbergs zweites As: Das Springer-Fernsehen!

Die CDU setzt aber nicht nur auf ein Pferd. Das rasante Tempo ihrer Kampagne zur schärferen Ausrichtung des NDR nach rechts würde die SPD zu einer völligen Kapitulation zwingen, die sie (selbst in Hamburg) nur schwerlich ihren Mitgliedern und Freunden verkaufen könnte. Die SPD muß von daher an einem – wenn auch begrenzten – Widerstand interessiert sein. Die CDU hat kein Interesse an einem in drei Anstalten aufgelösten Grossender, von dem der bestgerüstete (Hamburg) eben weiterhin liberale und dann wahrscheinlich auch gegen die CDU gerichtete Berichterstattung dulden würde.

Ziel der CDU ist es, den Großsender NDR insgesamt zum Staatsrundfunk auszubauen. Vor diesem Hintergrund kann nur eine unabhängige Rundfunk-Konkurrenz mit einem entpolitisierenden, aber „publikumswirksamen", reaktionären Unterhaltungsprogramm a la CSU-Funk im bayrischen dritten Programm (siehe AK 107) den NDR *„austrocknen oder zum Anpassen zwingen"* (so E.v.Loewenstern, „Welt"). Entsprechend fordert Stoltenberg auch ultimativ: *„In Norddeutschland werde die Kieler Landesregierung keinem Verfahren* (zur Neuregelung des Staatsvertrages; die Red.) *zustimmen, in dem nicht die Beteiligung der Verleger am Kabelfernsehen gesichert sei."* (Welt, 21.7.77)

Der einzige Großverleger, der schon seit Jahren den Einfluß auf das Kabelfernsehen fordert und technisch mit dem Aufbau seiner ULLSTEIN- TV auch in der Lage ist, sofort in die Bresche zu springen, ist CSU- Freund Springer.

Für 1980- 85 glaubt Stoltenberg die Vorraussetzungen geschaffen zu haben, wo *„wir unter maßgeblicher Beteiligung der Verleger zu einem zu einem echten Wettbewerb zwischen den öffentlichen Anstalten und den neuen privaten Programmen kommen werden."* (Stoltenberg in Quick, 21.7.77)

Es bleibt nur noch nachzutragen, daß diese politische Strategie die Fortsetzung der „Kreuther Linie" der CSU in der Medienpolitik ist.

Die Reaktion der SPD: laut aber wenig dahinter

Die SPD reagierte in allen Verlautbarungen sehr scharf auf die Kündigungsdrohung. So etwa der Oppositionsführer im Kieler Landtag Matthiesen:*„Ich ermutige die Mitarbeiter des NDR ausdrücklich, sich allen Versuchen zu widersetzen, die auf eine Einschränkung ihrer Rechte hinauswollen."* (MoPo 15.7.77)

Landesvorsitzender G. Jansen kommt zu dem Schluß:*„Stoltenbergs Mißbrauch (?) des Staatsvertrages als Einschüchterungsinstrument für Intendanten, Programmdirektoren und Journalisten soll die subtilste Form der Zensur bewirken: die Selbstzensur."* (Stern, 21.7.77)

SPD-Sprecher Lothar Schwarz in Bonn sieht in Stoltenbergs Ankündigung eine Fortsetzung *„des Generalangriffs der CDU/CSU auf die Unabhängigkeit der Funk- und Fernsehanstalten und damit gleichzeitig auf die Meinungsfreiheit ihrer Programm-Mitarbeiter."* (nach dpa, 14.7.77) In einer ausführlichen Erklärung der SPD-Zentrale wird der CDU-Angriff desweiteren als Manöver zur *„Eroberung der Regierungsmacht in Bonn"* bezeichnet.

Auffällig dabei ist aber, daß sich die SPD bisher nicht zur Forderung geäußert hat, den Großverlegern Zugang zum Fernsehen zu gewähren. Sollten da einige in Schwierigkeiten geraten sein, wo doch die eigenen Parteifreunde in der Sozialliberalen Regierung dem schon zugestimmt haben? Stoltenberg hat in seinem Quick-Interview genüßlich darauf hingewiesen, daß eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission sich für ein Kabelfernsehen ausgesprochen hat, *„an dem vor allem Zeitungsverleger beteiligt werden sollen"*. Noch interessanter sind aber Erklärungen wie die des ersten Bürgermeisters in Hamburg, Klose: *„Ich hoffe, daß man in Kiel doch noch zu der Einsicht kommt, daß sich die Grundstruktur des NDR bewährt hat."* (MoPo, 15.7.77) Dann erklärte er – bisher als einziger –, daß der Hamburger Senat nicht mitspielen werde bei der „Zerstörung" des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und *„dieses wichtige Medium... unkontrollierter privater Meinungsmacht auszuliefern."* (Südd. 7.77)

Zugleich aber bekundete Klose „Verständnis" dafür, daß sich die Kieler Landesregierung *„in Einzelfällen durch die Berichterstattung des NDR zu Unrecht angegriffen fühlt."* (FAZ, 15.7.77)

Es sind ja eben gerade diese letzten „Einzelfälle", die die CDU in Zukunft gänzlich unterbunden wissen möchte. Nach Stoltenbergs Auffassung *„steht der größere Teil der NDR-Sendungen im Einklang mit den rechtlich bindenden Programmgrundsätzen der Ausgewogenheit."* (FAZ, 15.7.77)

Währen die CDU aber öffentlich erklärt, welche Forderungen sie ohne jede Diskussion durchgesetzt haben will, bestreitet NDR-Intendant Neuffer den Erpressungscharakter dieses CDU-Manövers und kündigt dazu eine *„lange Periode zähen Verhandelns"* an. In einer Presseerklärung betont Neuffer noch einmal, *„daß der Grundsatz der Ausgewogenheit auch in der besonders kritisierten politischen Berichterstattung in den Programmen des NDR voll beachtet wird."* Daraus folgert Neuffer: *„Da es sachliche Gründe für solche stärkeren Kontrollen nicht gibt, kann dahinter nur die politische Absicht gesehen werden, die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalt zu beschneiden und die Möglichkeiten für unliebsame Kritik einzuschränken. Das ist ein für die Demokratie gefährlicher Weg."*

Worüber will dann Herr Neuffer noch mit der Landesregierung verhandeln ???

Der verbale Protest der SPD darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese vielmehr – unabhängig von den Überlegungen einzelner – von der Sorge getragen ist, an eigenem Parteieinfluß zu verlieren, als gegen die Politik des Staatsrundfunk und Springerfernsehen grundsätzlich Sturm zu laufen.

Die demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb des NDR müssen aufpassen, nicht in die passive Rolle der politischen Manövriermasse der SPD gedrängt zu werden. Es geht hier nicht um die Verteidigung der SPD-Interessen, sondern um den Aufbau einer Abwehrfront gegen den Staatsrundfunk und das Verlegerfernsehen.

Die F.D.P. mit der „linken" Alternative ?

Die FDP in Hamburg, die in den

Die FDP in Hamburg, die in den Kontrollgremien des NDR nicht präsent ist, kam mit einem neuen Vorschlag: Hamburgs Wissenschaftssenator D. Biallas warnte vor den *„weitreichenden medienpolitischen Konsequenzen der Kündigung des NDR-Staatsvertrages"* und kündigte an: *„Es müsse... geprüft werden, ob die Hamburger Anstalt nicht nur in Funk und Fernsehen auftrete, sondern als öffentlich-rechtliche Medienanstalt auch die Herausgabe von Publikationen bis hin zur Tageszeitung übernehmen kann."* (dpa, 77)

Ohne Angaben, wie eine solche Zeitung finanziert werden soll, entwickelte Biallas aber eine interessante These, wie so eine Zeitung in Hamburg gegen das Springer-Monopol bestehen könnte:

„Es könnte sich als geboten erweisen, die Meinungsvielfalt im norddeutschen Raum durch politische Maßnahmen zu begünstigen, indem z.B. der Markt der Tageszeitungen durch Beschränkung von Vertriebsmonopolen oder staatliche bzw. genossenschaftliche, jedoch staatlich unterstützte Vertriebsorganisationen geöffnet werde." (dpa, 15.7.77)

Die konservative „Zeit" vom 22. Juli interpretiert die Überlegungen Biallas' so:

„Es ist schwer zu entscheiden, ob Professor Biallas ein Dummkopf ist, oder ein weitsichtiger Mann. Dumm wäre er, wenn er glaubte, mit den Defiziten des NDR auch noch eine Tageszeitung finanzieren zu können. Weitsichtig müßte man ihn nennen, wenn er ... andeuten wollte, daß das Kommunikationspaket ... anders geschnürt werden muß. Wenn der Rundfunk Zeitungen machen kann, können doch wohl auch Zeitungen Rundfunk machen. Stoltenberg und Biallas haben, jeder auf seine Weise, Zeichen gesetzt."

Man darf auf die nächsten Wochen gespannt sein.

Die demokratische Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen !

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Dichtung und Wahrheit — Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung



Clara Zetkin um 1885



Im Zuge einer zunehmend antikommunistischen Ausrichtung von Teilen der Frauenbewegung werden Märchen verbreitet, die beweisen sollen, daß die angebliche „Frauenfeindlichkeit der Linken" nichts Neues sei, und daß im vorigen Jahrhundert und Anfang dieses Jahrhunderts die Linke und die Arbeiterbewegung „auch schon" frauenfeindlich gewesen seien.

Diese Märchen sind meistens verbunden mit Angriffen auf Clara Zetkin, die für die Entwicklung einer proletarischen Frauenbewegung in theoretischer und praktischer Hinsicht eine hervorragende Rolle spielte. Es ist nur logisch, wenn von einigen Feministinnen bis auf die blanke Tatsache, daß es die proletarische Frauenbewegung um die Jahrhundertwende gegeben hat, alles, was darüber hinausgeht, verschwiegen oder verfälscht wird. In ähnlich dummdreister Weise verbreitet die heutige Sozialdemokratie das Wahlkampfmärchen „Seit 100 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für die Rechte der Frauen".

Beide, die Antikommunistinnen in der Frauenbewegung und die heutige Sozialdemokratie, benutzen denselben Trick: sie werfen die gesamte damalige sozialdemokratische Bewegung in einen Topf, und sie tun so, als hätte es nie die Auseinandersetzungen zwischen der revolutionären und der reformistischen Strömung gegeben, und ziehen dann irgendeine Äußerung oder Tat eines Sozialdemokraten aus jener Zeit heran, um damit zu „beweisen", daß die Linken sich schon immer gegen die Emanzipation gestellt hätten, oder – so die heutige SPD – daß die Sozialdemokratie schon immer auf der Seite der Frauen gestanden habe.

Dabei werden von der heutigen Sozialdemokratie die Forderungen der damaligen Linken als Bestandteil sozialdemokratischer Tradition ausgegeben und die Frauenfeindlichkeiten ihrer tatsächlichen geistigen Väter, die allesamt dem rechten Lager der damaligen Sozialdemokratie zuzurechnen sind, verschwiegen. Einige Feministinnen hingegen ziehen Forderungen der damaligen rechten Sozialdemokraten heran, um damit zu „beweisen", daß die heutige Linke sich in einer frauenfeindlichen Tradition befinde.

Wir wollen an dieser Stelle einen kleinen Beitrag dazu leisten, dieses Wirrwarr zu entflechten und tun dies aus Anlaß des 120. Geburtstages von Clara Zetkin (5.7.1857) besonders gern.

Geschichtsfälscherinnen und -Fälscher haben das Wort

In einer Antwort auf den von Hartmut Schulze in „Konkret" 4/77 verfaßten Hetzartikel „Feminismus-schwach auf der Brust" schrieb Sibylle Plogstedt, Redaktionsmitglied der Frauenzeitung „Courage", in „Konkret" 5/77:

„Überhaupt sollte Schulze, dem es ohne Klassenstandpunkt 'eben immer kraus' wird, die Geschichte der Arbeiterbewegung genauer studieren. Da heißt es bei ihm, daß gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit eine der ältesten Forderungen der Arbeiter- und Frauenbewegung gewesen sei. Falsch. Eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung war die Abschaffung der Frauenarbeit. 1867 hieß es in einer Resolution des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins: 'Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Mißbräuche unseres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern ver-

unseres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse

dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen elenden Zustand versetzt wird, indem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch immer hatte ... Abhilfe gewährt nur die Beseitigung der Kapitalherrschaft.' ... Und die heutige Frauenbewegung hätte – wie damals Louise Otto-Peters – seine Position angegriffen."

Und in der „Courage" vom 15. Nov. 76 schrieb Ele Schöfthaler in ihrem Artikel „100 Jahre Frauenbewegung":

„Deutlich wird: nicht die Frauen wollten sich von vornherein ohne Männer zusammentun – die Männer lehnten es ab, ernsthaft mit Frauen zusammenzuarbeiten. In Gewerkschaften und politischen Parteien waren Frauen nicht zugelassen. Höchstens als freiwillige Hilfskräfte, nicht als gleichberechtigte Mitglieder. Noch 1875 lehnte es selbst die Sozialdemokratie ab, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Gleiches Wahlrecht nur für Männer."

Und im „Kleinen Unterschied" zitiert Alice Schwarzer Renate Bookhagen (S.238) aus einer noch nicht veröffentlichten Arbeit über die erste Frauenbewegung und die Rolle der Linken:

„Es ist an der Zeit, mit der Glorifizierung der sogenannten proletarischen Frauenbewegung Schluß zu machen. Wie verhängnisvoll ist es für die Arbeiterbewegung gewesen, zu meinen, die geschlechtliche Arbeitsteilung und die damit einhergehenden Machtstrukturen seien unwesentlich auf dem Wege einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderung. Um die Stellung der Frau in der Familie, um eine radikale Veränderung der Lebensverhältnisse ging es schon damals in den Arbeiterparteien kaum. Auch in diesen Organisationen selbst waren die Frauen mehr geduldet als akzeptiert.

Mit protzigen Reden vom gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind wurde verdeckt, daß das Patriarchat auch nicht vor den Arbeitern und ihrer Partei haltmacht. Es muß mit Geschichtsfälschungen, wie sie sich gegenwärtig wieder in erschreckendem Maße breit machen, aufgeräumt werden." Da ist also noch einiges zu erwarten!

Die Sozialdemokratie sagt über ihre Tradition:

„Die Frauen in unserem Land sind selbstbewußter und auch im öffentlichen Leben aktiver geworden. Dafür haben wir Sozialdemokraten seit Generationen gekämpft: Schon im Kaiserreich für das Frauenwahlrecht, heute für ein Ehe- und Familienrecht, das die Frauen nicht mehr benachteiligt" (aus einer Wahlkampfanzeige 1976). Oder: *„Die Streichung des § 218 StGB fordern sozialdemokratische Frauen bereits seit über 100 Jahren"* (aus einem Flugblatt der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (ASF) im Wahlkampf 1976).

Die SPD-Rechte schon damals gegen die Frauen-Interessen

Wie bereits oben angedeutet, gibt es praktisch seit Bestehen der Arbeiterbewegung eine Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken, die sich auch in unterschiedlichen Positionen zur Frauenfrage niederschlägt. In der Darstellung dieser Auseinandersetzung beziehen wir uns im Wesentlichen auf Werner Thönnesssen, 1976, „Frauenemanzipation, Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863 - 1933" und Gundula Bölke, 1971, „Die Wandlung der Frauenemanzipationstheorie von Marx bis zur Rätebewegung".

Der 1863 von Lasalle (auf ihn beruft sich die heutige Sozialdemokratie mit besonderer Vorliebe) gegründete Arbeiterverein behandelte die Frauenfrage weder auf der Gründungsversammlung noch auf der Generalversammlung 1865 (Th. S. 13). 1867 verfaßte die Genralversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Punkt 4 tatsächlich die von S. Plogstedt zitierte Resolution, in der es u.a. auch heißt: *„Umso mehr ist heute das Streben zu verwerfen, den Markt für die Frauenarbeit noch zu vergrößern"* (Th. S.13). Daß es sich hierbei aber um einen Beschluß des rechtesten Flügels der damaligen Sozialdemokratie handelt, verschweigt die Plogstedt geflissentlich, obwohl sie als ehemalige (?) Trotzkistin zweifellos glänzend darüber informiert ist!

Auf dem Allgemeinen Deutschen Sozial-Demokratischen Arbeiterkongreß in Eisenach 1869 kam es gerade in der Frauenfrage zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Lassalleanern.

Während diese beantragten: „Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für Männer vom zwanzigsten Lebensjahr an", verlangten die Marxisten das Wahlrecht „für a l l e Staatsangehörigen". Die Linken konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Ebenso unterlagen sie auf diesem Kongreß in der Kontroverse um die Frauenarbeit (siehe Th. S. 28). Der Linke Julius Motteler hatte erklärt: *„Wir fordern für die Frauen eine in vernunftgemäßer Ordnung wurzelnde Freiheit des Erwerbs und die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten fürs Haus, wie für die Öffentlichkeit. Keine Haussklaverei für Tisch und Heim, keine Enterbten an Rechten und Pflichten nach außen. Das Ideal der Emanzipation des weiblichen Geschlechts kann nur erreicht werden in der sozialistischen Ordnung der freien Arbeit. Daher der Kampf gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, gebrandmarkt durch die bitterste geistige und körperliche Armut"* (Th. S.29). Auch die Forderung nach **„gleicher Löhnung der Frauen wie der Männer"** wurde auf diesem Kongreß von den Linken gestellt. In das Programm aufgenommen wurde jedoch nur die Forderung nach „Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit" (Th. S. 29).

Auf dem Vereinigungsparteitag der Lassalleaner und Eisenacher (der linken Strömung der deutschen Sozialdemokratie) zur „Allgemeinen Sozial-demokratischen Arbeiterpartei" in Gotha 1875 wurden wiederum die zwei verschiedenen Linien bei der Beurteilung der Lage der Frauen und ihrer Veränderung deutlich. Während die Programmvorlage „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahr an für alle Wahlen im Staat und Gemeinde" und an anderer Stelle „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit" fordert (Th. S.31), sagte der dem lin[illegible]ken Flügel zuzurechnende [illegible]helm [illegible]iebknecht:

„Es w[illegible]eilich zur Bekämpfung des Frauen[illegible]rechts geltend gemacht, daß die [illegible]rauen keine politische Bildung besitzen. Nun, es gibt auch Männer genug, die in derselben Lage sind, und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das 'Stimmvieh', welches bei allen Wahlen figuriert hat, bestand nicht aus Weibern. Eine Partei, welche die Gleichheit auf ihr Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des

Fortsetzung auf Seite 25



Arbeiterinnen in einer Stahlfederfabrik

Arbeiterinnen in einer Stahlfederfabrik

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Wege zum Magdeburger Parteitag 1910

Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt" (Th. S. 33).

Der von Bebel eingebrachte Zusatzantrag auf „Wahlrecht für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts" wurde dennoch mit 62 gegen 55 Stimmen abgelehnt und stattdessen gesetzt: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr an". Der Programmvorschlag zur Frauenarbeit wurde verändert in „Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit" (Th. S. 34).

Die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung wurde 1891 ins Programm der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen (Th. S.37). Ins Parlament getragen wurde die Forderung nach Arbeiterinnenschutz 1877 von Julius Motteler und die Forderung nach Frauenwahlrecht 1895. Schutzbestimmungen für berufstätige Frauen wurden allerdings erst 1891, das Frauenwahlrecht erst 1918 durchgesetzt.

Wenn einige antikommunistische „Feministinnen" immer wieder und besonders betonen, die Arbeiterbewegung habe noch nie etwas für die Frauen gemacht, und mit dieser Behauptung besonders gegen die heutige Linke schießen – wobei freilich DKP, SPD und alle Organisationen rechts davon zielmlich geschönt werden – so zeigen die obigen Zitate, daß diese Antikommunistinnen mit ihren Vorwürfen vollkommen falsch liegen.

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Halle 1890 brachten weibliche Delegierte einen Antrag ein, *„der sich gegen besondere Schutzbestimmungen für Frauen und gegen die Forderungen des Gothaer Programms von 1875 nach Beschränkung 'aller die Sittlichkeit schädigenden Arbeit' wandte; ... Es gäbe keine verschiedene Sittlichkeit und reaktionär wäre es, wenn die Frau, welche sich wirtschaftlich selbständig machen will, irgendwie in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt werden sollte"* (G. Bölke S.22).

Das war die Wiederaufnahme der von Clara Zetkin 1889 in Paris ausgesprochenen Ablehnung eines besonderen Frauenschutzes: *„Wir verlangen keinen andern Schutz als den, welchen die Arbeit im allgemeinen gegen das Kapital fordert"* (Clara Zetkin, ausgewählte Reden und Schriften Bd.1; S. 10). Das Erfurter Programm 1891 enthielt keine Sonderbestimmung mehr für Frauenschutz (B., S.22). Doch langsam setzte sich die Einsicht durch, daß die Frau einer noch größeren Unterdrückung und Ausbeutung unterlag als der Mann. So wurde dieser Standpunkt recht bald wieder revidiert und ein besonderer Arbeiterinnenschutz gefordert, ohne allerding irgendwelche „sittlichen" Argumente dafür anzuführen.

„Der Erfurter Parteitag 1891 stellte einen Markstein für die sozialistische Frauenbewegung dar. Zum ersten Male wurde im Programm die Forderung verankert 'allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen', und in § 5 wurde gefordert: 'Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlieh- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen'. Außerdem beschloß der Parteitag die Gründung einer Frauenzeitung, deren Redaktion Clara Zetkin übertragen wurde: das war die 'Gleicheit'" (G. B., S.23).

Clara Zetkin und die „Gleichheit"

Auch die „Gleichheit" blieb von den Angriffen der Rechten nicht verschont:

„Seit ihrer Gründung mußte sich die 'Gleichheit' gegen den stets wiederkehrenden Vorwurf mangelnder Popularität verteidigen, sie habe es nicht vermocht, eine große Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen. Nötig sei vielmehr 'eine durchaus gemeinverständliche Frauenzeitung'. Demgegenüber definierte Clara Zetkin die 'Gleicheit' als 'Organ der parteimäßigen Schulung der Proletarierin'" (siehe B., S. 48).

Was mit „gemeinverständlich" gemeint ist, wird deutlich, wenn man sich etwa die durch und durch reaktionären Thesen vor Augen führt, die sich der Sozialdemokrat Edmund Fischer zurechtgelegt hatte: *„Die sogenannte Frauenemanzipation widerstrebt der weiblichen Natur und der menschlichen Natur überhaupt, ist Unnatur und daher undurchfürbar"* (siehe B., S. 38/39). Fischer behauptete, 90% aller Mädchen erhielten dieselbe Erziehung wie die Jungen, und die Differenzierung setze erst im Erwachsenenalter ein. *„Aber mit der geschlechtlichen Reife und besonders mit der Mutterschaft tritt eine Verschiedenartigkeit des Geisteslebens und der geistigen Fähigkeiten auf"* (siehe B., S. 38). Das ist also die Tradition, in der die heutige Sozialdemokratie steht!

Aber nicht nur rechte M ä n n e r griffen Clara Zetkin und den Kurs der „Gleichheit" an, auch rechte F r a u e n setzten sie unter Druck und zwangen sie zu Zugeständnissen: So beschloß die Bremer Frauenkonferenz 1904, der „Gleichheit" allmonatlich *„eine vierseitige Beilage, deren Inhalt der Erziehung und den Interessen der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll"*, beizugeben (siehe B., S.48). *„Auf dem Jenaer Parteitag 1913 wurde die Diskussion in Verbindung mit der Forderung nach Gründung eines Familienblattes wieder aufgenommen. Clara Zetkin bezeichnete es wiederum als die 'vornehmste Aufgabe der 'Gleichheit' ... eine Elite des weiblichen Proletariats, die z.T. schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hat, zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen'. Gleichzeitig wies sie der 'Gleichheit' eine zusätzliche Aufgabe zu, die aus dem raschen Anwachsen der Frauenbewegung entstand, nämlich sich in einem Teil an die Genossinnen zu wenden, 'die ganz ungeschult zu uns kommen, die zuerst die Elemente unserer Auffassung, unsere Überzeugungen lernen müssen'"* (G.B., S.48).

Schwerwiegende Differenzen zeigten sich natürlich nicht nur in Bezug auf unmittelbare Frauenfragen, sondern Clara Zetkin stand auch in anderen politischen Bereichen in offener Opposition zu den die Parteilinie bestimmenden rechten Sozialdemokraten. Vollends zum Bruch kam es 1914. (In diesem Jahr hatte die „Gleichheit" übrigens ihre größte Auflage: 112.000, nach W. Thönnessen, S. 72; wenn Ele Schöfthaler in „Courage" vom 15.2.77 in einem Artikel über die „Vergessene Frauenpresse" behauptet: *„Die Auflage keiner der Frauenzeitschriften vor dem ersten Weltkrieg überstieg 30.000 Stück"*, so muß sie sich die Frage gefallen lassen, warum sie die Bedeutung der „Gleichheit" verschweigt).

Am 4. August 1914 stimmte die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Kriegskrediten und damit dem imperialistischen Weltkrieg zu.

Die „Gleichheit" behielt aber den linken Kurs gegen den Mehrheitswillen der Partei bei und verteidigte ihn gegen die staatliche Zensur. Nicht selten waren weiße Flecken in den Artikeln, oder ganze Artikel fehlten Clara Zetkin flickte die gestrichenen Stellen nach kurzer Zeit nicht mehr, wie sie es anfänglich versucht hatte, sondern ließ die weißen Flecken demonstrativ stehen. Zusammen mit sozialistischen und anderen fortschrittlichen Frauen aus mehreren Ländern (z.B. der deutschen Frauenrechtlerin Minna Cauer) organisierte Clara Zetkin 1915 einen internationalen Friedenskongreß in Bern.

Im Juni 1917 wurde Clara schließlich aus der Redaktion der „Gleichheit" ausgeschlossen.

Als Begründung gab die neue Redaktion an: *„Clara Zetkin schloß sich der neuen ‚unabhängigen Sozialdemokratie' an und ließ sich in ein wichtiges Amt dieser neuen Partei wählen, zugleich leitete sie das ihr von der alten Partei anvertraute Zentralorgan für die sozialdemokratischen Frauen im Sinne der neuen gegnerischen Kampforganisation'* („Gleichheit", Nr.18, 27.Jahrgang).

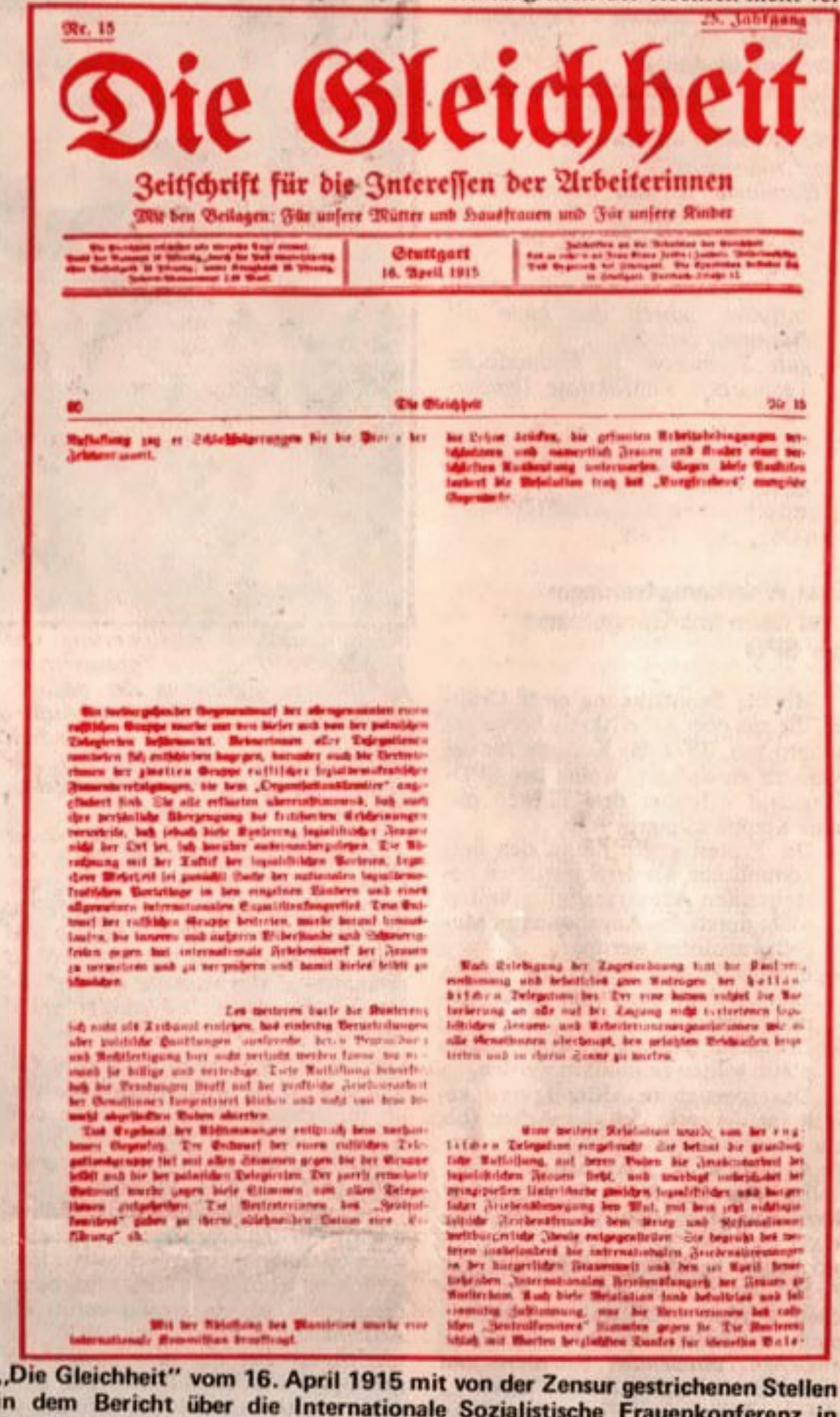
Endlich hatten die Rechten freie Hand, um ihr reaktionäres Konzept einer Frauenzeitung durchzusetzen.

Das ist also die Tradition, auf die sich die heutige Sozialdemokratie beruft, wenn sie behauptet: „Seit über hundert Jahren kämpfen wir für die Rechte der Frauen"!

Wenn heute einige antikommunistische „Feministinnen" von traditioneller Frauenfeindlichkeit in der Arbeiterbewegung sprechen, um damit die heutige Linke und in erster Linie „die K-Gruppen" anzugreifen, so können wir diesen Frauen sagen, sie wenden sich an die falsche Adresse!

Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung werden wir in einem der nächsten AKs weiter Stellung nehmen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg


Nr. 15 — 25. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Stuttgart 16. April 1915

„Die Gleichheit" vom 16. April 1915 mit von der Zensur gestrichenen Stellen in dem Bericht über die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Bern

Mann. So wurde dieser Standpunkt recht bald wieder revidiert und ein
Bern
position zu den die Parteilinie be-
KB/Gruppe Hamburg

KB gegen Frauen?

Unter diesem Thema haben wir am 8.7. in Aachen eine Veranstaltung durchgeführt, die von ca. 70 Menschen, hauptsächlich Frauen aus dem Frauenzentrum Aachen, besucht wurde.

Auf dieser Veranstaltung wollten wir uns mit reaktionären Strömungen innerhalb der Frauenbewegung auseinandersetzen.

Anlaß in Aachen war insbesondere eine Stellungnahme von Frauen des Frauenzentrums zu einem AK-Artikel über die „Walpurgisnacht". In dieser Stellungnahme wurde in keiner Weise inhaltlich auf die Argumente eingegangen, die der „Arbeiterkampf" zur „Walpurgisnacht" angeführt hatte; stattdessen gipfelte die Stellungnahme in dem Aufruf, *„Publikationen von K-Gruppen ungelesen beiseite zu legen"*.

In die gleiche Richtung zielten die Anstrengungen zahlreicher Frauen des Frauenzentrums auf der Veranstaltung: statt inhaltlich auf unsere Referate einzugehen, versuchten viele Frauen, die Veranstaltung von vorneherein zu sprengen, das Verlesen der Referate zu verhindern und eine öffentliche Diskussion über das Aachener Frauenzentrum zu verbieten. Als einige Teilnehmer jedoch darauf bestanden, sich mit unseren Positionen auseinandersetzen zu wollen, verlegten sie sich darauf, durch Gelächter und laute Zwischenrufe unsern Vortrag zu stören. Dabei rutschte einer Frau die entlarvende Aussage heraus, sie finde die Ziele, wie sie in der „Schwarzen Botin" propagiert werden, richtig. Wir seien nur zu dumm, deren „Satire" zu verstehen. Diese Aussage erhielt lebhafte Zustimmung sowohl der anwesenden Frauen des Frauenzentrums als auch der trotzkistischen GIM, die sich wie üblich bei den rückständigsten Teilen der Bewegung anzuschleimen versuchte.

Insgesamt hat die Veranstaltung dazu beigetragen, die unterschiedlichen Positionen zur Entwicklung in der Frauenbewegung klar auf den Tisch zu bringen und nicht unter dem Deckmantel prinzipienloser Frauensolidarität Widersprüche unaufgedeckt zu lassen.

KB-Sympathisanten Aachen

Frauenveranstaltung in Bamberg

Die Frauengruppe Bamberg hat am 11. Juli eine Veranstaltung gemacht, zu der über 100 Menschen kamen.

Wir haben den Film „Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame!" gezeigt. Der Film endet damit, daß Frauen sich im Betrieb zusammenschließen und einen gewerkschaftlichen Kampf gegen ihre Minderbezahlung führen. Daran anknüpfend haben wir in einem Referat aufgezeigt, wie Frauen sich zunehmend gegen ihre Unterdrückung zur Wehr setzen.

Und wie alle fortschrittlichen Menschen in der BRD werden auch zunehmend aktive Frauen mit Repression bedroht.

In diesem Zusammenhang haben wir unsere Mitinitiierung am Bamberger Unterstützungskomitee für ein Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD begründet.

Bei diesem Referat und der anschließenden Diskussion waren noch 40 Besucherinnen anwesend.

Irische Frau ging vor den „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte"

Nachdem Frau Josie Airey zwei Jahre lang vergeblich versuchte, sich von ihrem Mann „juristisch trennen" zu lassen, wandte sie sich 1973 an den „Europäischen Gerichtshof" in Straßburg. Jetzt, vier Jahre später, bekam sie Antwort.

Frau Airey ist Mutter von vier Kindern und Hilfsarbeiterin in einem Krankenhaus. Weil ihr Mann anfing zu trinken und sie Weihnachten '71 mit einem Messer bedrohte, wollte sie sich von ihm trennen. Aber so einfach ist das im katholischen Irland nicht. Nach der irischen Verfassung ist eine Scheidung nicht möglich. Seit einiger Zeit gibt es jedoch die Möglichkeit, sich vom Gericht „juristisch trennen" zu lassen, was die Frau dann auch machen wollte. Jedoch jeder der zahlreich aufgesuchten reichen Rechtsanwälte, lehnte es ab, sich dem Fall anzunehmen. Nach dem irischen Gesetz muß der Ehemann die Kosten für eine solche Trennung tragen und da er das nach Feststellung der Rechtsanwälte nicht konnte, konnte die Frau auch nicht von ihm getrennt werden. Auch weitere Versuche, direkt beim Gericht etwas zu erreichen, blieben erfolglos. Sie faßte dann den Entschluß, an den „Europäischen Gerichtshof" zu schreiben. Sie hat jetzt zwar auch erreicht, daß ihr ein Anwalt gestellt und die Kosten für den Prozeß übernommen werden, aber inzwischen sind 6 1/2 Jahre vergangen (Information nach „Guardian", v. 7.7.77).

Das ist nur ein Beispiel für die enorme Unterdrückung der Frauen in der Republik Irland. Ein weiteres ist das völlige Verbot von Verhütungsmitteln jeglicher Art. Sie dürfen zwar importiert werden, jedoch nicht verkauft werden. Erst Anfang Mai wurde im Dubliner Parlament ein Liberalisierungsvorschlag zu diesem Thema abgelehnt. Er war von zwei Labour-Abgeordneten und einem unabhängigen Senator eingebracht worden. Man kann gespannt sein, ob die neugebildete Fianna Fail-Regierung unter Jack Lynch, das Gesetz ändern wird. Es gehörte zumindest zu ihren Wahlversprechungen, die reaktionäre Familiengesetzgebung zu reformieren.

Irlandkommission



Rätsel

Flatterkleider für Freizeit und Urlaub

Ärgerlich: Hohe Preise für billige Stoffe

Das ist eine Sommermode wie lange nicht mehr — bunt, lustig und beliebig kombinierbar. Baumwolle ist Trumpf, Stoffe, wie man sie jahrelang nur von Schürzen kannte, werden zu Röcken, Hemden, Jacken verarbeitet. Wer Geschick zum Handarbeiten hat, ist fein raus, denn fertig gekauft sind die schicken Stickereiblusen im Folklorestil kaum zu bezahlen.

Wer eine Nähmaschine hat, kann sich an einem Wochenende seine Sommergarderobe zusammenstellen. Bunte Röcke, kombiniert mit ein paar gekauften T-Shirts, weite Hemden, die man als eine Art neue Minis am Strand tragen kann, aber auch zu Jeans, sind fast für jeden Typ tragbar. Aber Vorsicht: vieles, was so hübsch und ferienfroh aussieht, ist eben auch nur im Urlaub zu verwenden. Denn Zigeuner- oder Indonesier-Look sind im Büro oder am Fließband nicht vorstellbar.

Und noch einen Haken hat die Sache: eine Mittvierzigerin im knöchellangen Flattergewand mit dazu passendem Kopftuch wird sicherlich die Blicke auf sich ziehen, allerdings wohl meist belustigte.

Ärgerlich aber ist vor allem, daß die hübschen bunten Kleider, angefertigt aus billigen Stoffen, bei denen von Pflegeleichtigkeit oder sonstiger verteuernder Veredelung nicht die Rede sein kann, so teuer sind — zu teuer für ein kurzes Urlaubsvergnügen.

Rätsel: Welcher Zeitung sind wohl diese wirklichen exakten Angaben über die neue Mode entnommen? Um es gleich zu sagen: Aus der „Brigitte" sind sie nicht, denn dort gesteht man auch einer Mittvierzigerin noch Flattergewänder zu. Auflösung: „UZ" vom 3.6.77

Kitas in Frankfurt

Erste Tritte von der SPD — Jetzt Liquidierung durch die CDU?

Mit den diesjährigen Haushaltsberatungen will die CDU, die seit der Kommunalwahl im März über die absolute Mehrheit in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung verfügt, das Ende des Kita-Modellversuchs in Frankfurt beschließen. Betroffen sind 19 Kitas, die in herkömmliche Tagesstätten umgewandelt bzw. ganz geschlossen werden sollen (s. AK 107).

Die CDU zielt damit auf eines der wenigen Modelle, das Ansätze und Ergebnisse der Kinderladen-Bewegung am Ende der 60er Jahre relativ kontinuierlich bis heute verfolgen konnte. Insofern ist der Kampf um den Erhalt der Kitas in Frankfurt für alle Initiativen alternativer, fortschrittlicher Erziehung von besonderer Bedeutung. Im Folgenden wollen wir einen Überblick über die Geschichte dieses Projektes und den aktuellen Stand geben.

Die Entstehung der Kitas: Materielle Misere und fortschrittliche Erziehungsansätze

Rein äußerlicher Anlaß für den Aufbau der Kitas 1972/73 war die katastrophale Unterversorgung mit Kindertagesplätzen insbesondere in einigen Arbeitervierteln, die durch eine



Kinder begründen, warum Sie die Kitas wollen: einleuchtend!

Erhebung aus dem Jahre 1968 offenkundig geworden war.

Daraufhin beschloß die Stadtverordnetenversammlung im Februar 1971, daß *»im Rahmen des Kindertagesstättenplanes ... in einer ersten Phase innerhalb von zwei Jahren 27 Kindertagesstätten zu errichten«* sind. Diese sollten in *»kostensparender Bauweise«* errichtet werden (zit. n. Jahrbuch für Sozialarbeit 1976, S. 23, im folg.: Jahrbuch).

Diese Entscheidung fiel in die Zeit einer pädagogischen Diskussion, die offenbar Nachwirkung der inzwischen schon abgeflauten Kinderladenbewegung war. So hatte 1970 der von Bund und Ländern beauftragte »Deutsche Bildungsrat« eine umfangreiche Untersuchung über Vorschulerziehung herausgegeben, in der Erziehung nicht mehr als reine Verwahrung und Versorgung verstanden wurde: *»Der Kindergarten kann eine notwendige und wünschenswerte Ergänzung der Erziehung in der Familie sein, indem er erweiternd und kompensierend, unterstützend und verändernd den Entwicklungsverlauf des Kindes nach dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt mitbeeinflußt und mitverantwortet«* (Gutachten des Bildungsrates, S. 110, zit. n. Jahrbuch, S. 46).

Diesen Anspruch machte sich die Stadt Frankfurt zunächst einmal — verbal — zu eigen.

Zu Ausführenden des Projektes machte die Stadt eine Gruppe fortschrittlicher Sozialarbeiter, die sich seit 1969 in einem »Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter« zusammengeschlossen hatten. Dieser war angetreten mit einer vernichtenden Kritik der in Frankfurts herkömmlichen Kindertagesstätten bestehenden Verhältnisse:

- Ca. 600 DM Gehalt für 43 Stunden in der Woche;
- Arbeitszeit von 8 1/2 Std. pro Tag;
- wenig Fortbildungsmöglichkeiten;
- zu wenig Entscheidungsfunktion der Erzieher im Erziehungsprozeß;
- viel zu große Kindergruppen;
- Diskrepanz zwischen Erziehung in Kindergarten und Familie.

Auf der Grundlage dieser Kritik stellte die Gruppe folgende Forderungen als Mindestvoraussetzungen einer Arbeit mit Kindern auf:

- ▶ *Beschränkung der Kinderzahl auf 8 — 10 Kinder;*
- ▶ *eine Arbeitszeit, die genügend Zeit für eine angemessene Vorbereitung auf die Arbeit und genügend freie Zeit für die Befriedigung der Bedürfnisse der Erwachsenen läßt;*
- ▶ *Beteiligung der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder im Kindergarten;*
- ▶ *die Konzentration der Kindergärtnerinnenausbildung auf die modernen psychoanalytischen und pädagogischen Erkenntnisse in der Kindererziehung [Bedeutung der Sexualerziehung] etc.«*

(Flugblatt der Gruppe v. Oktober 1969).

Die pädagogischen Vorstellungen am Beginn des Kita-Modells

Seine pädagogischen Vorstellungen entwickelte der Arbeitskreis in der Auseinandersetzung mit einem »Vorentwurf einer neuen Dienstanweisung«, der von einer »Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Erzieherinnen in städtischen Kindertagesstätten« im Mai 1970 herausgebracht worden war. Dort wird gefordert, in den Kindertagesstätten *»soziale Barrieren zu überwinden und den Lebensraum zu schaffen, in dem das Kind Verstädnis und Hilfe für die freie und gesunde Entfaltung seiner Persönlichkeit findet«*, in den Heimen sollte eine *»gute Teamarbeit«* praktiziert werden, *»eigene Initiative und Selbständigkeit der Erzieherinnen sind, soweit sie dem Wohl der Kinder dienen, erwünscht«* (zit. n. Jahrbuch, S. 38).

Der Arbeitskreis stellte heraus, daß sich in diesem Entwurf hinter *»einem Schleier verbaler Fortschrittlichkeit«* die Absicht verbarg, alles etwas schöner formuliert beim Alten zu lassen:

»Von der so eingängigen und freundlichen Sprache ... ist nichts mehr zu merken. Auf Seite 2 beginnen im Bürokratendeutsch die Befehle. Denn zu einem ,harmonischen' Tagesablauf gehört es,
daß ,wir verweisen',
daß ,die Anwesenheitsliste zu führen ist',
daß ,gemeldet werden muß',
daß ,zulässig ist'.

Harmonie ist das oberste Ziel, dieses abgedroschene, leere Wort ,Harmonie'. Das heißt also, und jetzt verstehe man erst ganz,

- ▶ *das Kind kann seine Persönlichkeit entfalten, soweit dies nicht die Harmonie zerstört,*
- ▶ *gute Teamarbeit ist harmonische Teamarbeit, konfliktlose Teamarbeit,*
- ▶ *der Lebensraum des Kindes in der Kindertagesstätte ist die harmlose, heile Welt«*

(Rundschreiben des Arbeitskreises vom Okt./Nov. 1970).

Erst Wahlkampfschlager und dann ans Gängelband der SPD

Mit der Beauftragung einer Gruppe, die aus dem Arbeitskreis hervorgegangen war, 1971 das Konzept für die Kitas zu entwickeln, wollte der SPD-Magistrat offenbar drei Fliegen mit einer Klappe schlagen:

- Der Protest gegen die in den herkömmlichen Kindertagesstätten bestehenden Arbeitsmöglichkeiten sollte durch das Angebot eines Modells kanalisiert werden.
- Fortschrittliche Erziehung sollte zum Wahlschlager der SPD gemacht werden.
- Dringend benötigte Kindertagesplätze sollten geschaffen werden.

Das sogenannte »Kita-Team« erhielt für die erste Zeit der Arbeit (bis zur Kommunalwahl) relativ weitgehende Autonomie beim Aufbau der Kitas.

In einer Werbeschrift »Frankfurt für Kinder« wurden Mitarbeiter für die Kitas gesucht. Diese sollten in sechswöchigen, bezahlten Kursen auf die Arbeit vorbereitet werden. Versprochen wurden »kollegiale Arbeitsformen«: *»Wir möchten nicht mehr lange zwischen betreuenden Betreuern und betreuten Betreuern unterscheiden — das ist keine gute Hierarchie in der modernen Pädagogik«*. Versprochen wurde außerdem überdurchschnittliche Bezahlung. (Broschüre des Stadtschulamtes Frankfurt, 1972). Es meldeten sich rund 700 Bewerber, 158 wurden eingestellt.

Schnell setzten die ersten Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung
Schnell setzten die ersten Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung
ein. Zunächst stellte sich heraus, daß die Planstellenzuweisung für die Kitas zwar theoretisch ein Verhältnis Erzieher — Kinder von 1 : 12,5 herstellen würde — daß jedoch bei Miteinrechnung von Vorbereitungszeiten, Büroarbeit, Urlaubs- und Krankheitsvertretungen etc. dies in der Praxis nicht erreicht werden könnte (Jahrbuch, S. 61 f.).

In den von der Stadt angebotenen Arbeitsverträgen fand sich nichts von der noch in der Werbung angekündigten überdurchschnittlichen Bezahlung, es handelte sich um übliche »Normalarbeitsverträge« nach dem BAT (Bundesangestelltentarif). Was den Plan gleicher Bezahlung aller Mitarbeiter betraf, der aus der angestrebten Gleichberechtigung der Erzieher abgeleitet wurde, stellte sich die Stadt ebenfalls ablehnend und sah unterschiedliche Besoldung vor.

Um in dieser Auseinandersetzung zu für die Kitas günstigen Ergebnissen zu kommen, erarbeitete der Kita-Rat (in den jedes Team einen Delegierten entsandte) eine Satzung, die von der Vollversammlung der Kita-Mitarbeiter angenommen wurde (Jahrbuch, S. 69) und die eine demokratische Organisation der Kita-Arbeit vorsah.

In den folgenden Monaten (die Wahl war gewonnen) verschleppte der SPD-Magistrat die Verhandlungen um die Satzung. Gleichzeitig wurden die Mängel offenbar, die aus der »kostensparenden Bauweise« der Kitas resultierten. So entschlossen sich Eltern, Erzieher und Kinder dazu, am 23.5. 1973 den Römer (Sitz des Frankfurter Magistrats) zu besetzen. Im Aufruf zu dieser Aktion heißt es u. a.:

»Wegen der baulichen Mängel [nicht abschließbare Fenster, grundlos von der Decke stürzende Beleuchtungskörper oder sich von den Wänden lösende Regale, offene elektrische Drähte usw.] befinden sich unsere Kinder ständig in Gefahr ... Die Stadt verschleppt die Verhandlungen über die vertragliche Absicherung der TEAMARBEIT — eine Voraussetzung für die Verwirklichung der pädagogischen Ziele — ins Uferlose. Außerdem wird die Arbeit mit den Kindern durch das NICHTBESETZEN der ohnehin knapp bemessenen Planstellen aufs äußerste behindert«.

Der damalige Oberbürgermeister Arndt (SPD) brachte angesichts der Aktion vom 23.5.73 die Haltung der SPD auf den Punkt, *»als er feststellte, die Stadt könne nicht nur zahlen und dann auf jeden Einfluß in den Kitas verzichten — das sei nicht die Art von Demokratie, wie sie in Frankfurt geübt werde«* (»FR«, 29.5.73).

Um die »Demokratie« nach dem Geschmack der SPD durchzusetzen, wurde in Verhandlungen zwischen dem Kita-Rat und Vertretern der Stadtverwaltung der vorliegende Satzungsentwurf der Kita-Mitarbeiter zu einer »Sondergeschäftsanweisung« überarbeitet, in der wesentliche Punkte des alten Satzungsentwurfes fehlten. Entsprechend lehnten die Kita-Mitarbeiter den Entwurf ab. Zugespitzt wurden die Auseinandersetzung Ende 1973, als vier Mitarbeiter der Kita Sossenheim gekündigt wurden. Grund: Die Mitarbeiter hatten eine Hortfreizeit mit 13 Kindern während der Sommerferien gegen ein Verbot der Stadt, aber mit Genehmigung der Eltern durchgeführt.

Diese Kündigungen und die Verschleppungstaktik des Magistrats in Sachen Satzung waren Anlaß für einen zweitägigen Streik der Kita-Mitarbei-
Sachen Satzung waren Anlaß für einen zweitägigen Streik der Kita-Mitarbei-
ter. Danach ging die SPD zügig an die »Erledigung« der Kita-Auseinandersetzungen: Im Januar 1974 wurde ein neuer Entwurf für eine »Sondergeschäftsvereinbarung« vorgelegt. Aus dem ursprünglichen »Selbstverwaltungsmodell« war nun ein »paritätisches Mitbestimmungsmodell« geworden: Das Prinzip der kollektiven Arbeitsweise der einzelnen Kita-Teams war geblieben, ihre Autonomie jedoch erheblich eingeschränkt; denn über Einstellung und Entlassung sollte künftig der Magistrat entscheiden. Die Beurteilung der Mitarbeiter erfolgte nunmehr durch die Schuldezernenten. An Stelle des Kita-Rates trat die Projektleitung aus drei gewählten Vertretern der Kita-Teams und drei vom Schuldezernenten ernannten Vertretern des Schulamtes. Imperatives Mandat der Kita-Mitarbeiter war nicht mehr vorgesehen. Die Projektleitung übte im Auftrag des Schuldezernenten die Dienst- und Fachaufsicht aus. Entscheidend beschnitten wurden auch die Rechte der Vollversammlung der Kita-Mitarbeiter: Satzungsänderungen konnte sie nun nicht mehr selbst entscheiden, sondern nur noch per Antrag der Magistrat über den Schuldezernenten.

Außerdem entschied über die Fortentwicklung des Projektes nur noch der Schuldezernent bzw. der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Später fanden noch weitere »Korrekturen« statt: Z.B. konnte die von der Projektleitung einzuberufende Vollversammlung nur noch von 50 Mitarbeitern statt von 25 einberufen werden.

Mit der Verabschiedung der Sondergeschäftsvereinbarung im November 1974 waren wesentliche Teile des ursprünglichen Kita-Konzeptes hinfällig gemacht (Gleichberechtigung der Erzieher, weitgehende Entscheidungsbefugnis der in den Heimen Tätigen etc.).

Kitas: emanzipatorische Erziehung

Gegenstand der Auseinandersetzung um das Organisationsmodell war nicht allein die Frage nach den Rechten der Mitarbeiter. Das nicht-hierarchische Organisationsmodell ging gerade auch von der pädagogischen Überlegung aus, daß Kritikfähigkeit, gleichberechtigter Umgang der Kinder miteinander und solidarisches Sozialverhalten — also die zunächst recht allgemeinen Ziele der Kitas — nur in einer Einrichtung zu vermitteln sei, die insgesamt demokratisch organisiert ist.
insgesamt demokratisch organisiert ist.

Was die Arbeit mit den Kindern selbst angeht, gingen die Erzieher von der Situation der Kiner in den Familien aus: *»Viele unserer Kinder kommen aus großen Familien, wo sie häufig kuschen müssen, damit es läuft. Sie haben gelernt, sich unterzuordnen und den Mund zu halten. Wir müssen auf sie intensiv eingehen und ihnen beibringen, sich mit anderen auseinanderzusetzen«* (»FR«, 23.6.77). Entsprechend sollten die Kinder ermuntert werden, *»ihre Bedürfnisse zu äußern«* und zu verwirklichen. Was gemacht wird, wird in gemeinsamen Besprechungen der Kinder mit den Betreuern geklärt. Kinder, die das Programm nicht mitmachen wollen, können in eine andere Kindergruppe gehen. Voraussetzung dafür ist die günstige Ausstattung mit Betreuungspersonal.



Eltern, Kinder und Erzieher demonstrieren gegen Kita-Schließung

Von besonderer Bedeutung für die Kita-Mitarbeiter war offenbar die Tatsache, daß in den Kitas männliche und weibliche Bezugspersonen arbeiten —

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

was auch vom Institut für Sozialforschung, das das Projekt pädagogisch begleitete, hervorgehoben wurde. Gerade für Kinder alleinstehender Mütter (d.h. oftmals mit »fehlender« männlicher Bezugsperson) ist diese Tatsache wichtig (»FR«, 29.6. und 25.6.).

Diese wenigen Anhaltspunkte machen deutlich, daß sich die so beabsichtigte Kita-Erziehung um einiges von dem unterscheidet, was in herkömmlicher staatlicher Erziehung betrieben wird.

Nach der Gängelung durch die SPD – jetzt Liquidierung durch die CDU

Gerade die Tatsache, daß hier mit städtischen Geldern eine relativ fortschrittliche Erziehung betrieben wurde, brachte die CDU natürlich auf die Palme. Entsprechend hat sie im Kommunalwahlkampf klargemacht, *»daß sie die erste Möglichkeit ergreifen wolle, das gescheiterte Experiment zu stoppen«* (»FR«, 29.6.).

eine »negative bildungspolitische Entwicklung im vorschulischen Bereich« sehen).

Kampf um die Kitas = Kampf um fortschrittliche Erziehung

Der Widerstand der von der Kita-Schließung Betroffenen entwickelt sich: Schon am 1. Mai organisierten Kita-Eltern, Kinder und Erzieher ein Kinderfest. Wenig später wurde die Bürgerinitiative »Tatzelwurm« gegründet, in der nicht nur Kita-Eltern und Erzieher mitarbeiten, sondern auch *»andere CDU-Geschädigte und Mitarbeiter aus traditionellen Kindertagesstätten«* (»päd-extra«, 7/77). Die Forderungen der Initiative beziehen sich nicht allein auf das Kita-Projekt:

— Für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kitas;
— für die Verbesserung der Situation in allen Kindertagesstätten;
— für größere, den Kindern entsprechende Spielplätze;
— für mehr Beratung und unbürokratische Hilfe für Kinder, Eltern und Erzieher;



Kita-Kinder besetzen den Römer

Kita-Kinder besetzen den Römer

Begründung: Das ganze Projekt sei ein Modellversuch gewesen, der angeblich gescheitert ist. Und für dieses Scheitern wird ein buntes Sammelsurium von »Argumenten« zusammengesucht: bauliche Mängel (die sicherlich nicht den Kita-Leuten anzulasten sind), Versagen des Team-Prinzips, die Einstellung von Laien als Erzieher — also Angriffe auf die Organisation des Projektes. Ferner wird das Fehlen eines pädagogischen Konzeptes angeführt. Andererseits sollen diejenigen, die das Projekt jetzt ca. drei Jahre pädagogisch begleitet haben, vor der Entscheidung über die Liquidierung des Projektes nicht mehr gehört werden. Hinzu kommen die üblichen »Spar-Argumente«, es gebe weniger Kinder, die kleinen Gruppen in den Kitas seien zu teuer etc. Und als i-Tüpfelchen Hinweise auf angebliche »linke Indoktrination« bzw. auf die alte Hetzformel, die repressionsfreie Erziehung in den Kitas mache die Kinder kaputt (*»Schulleiter hätten betont, daß Kita-Kinder meist ‚neurotisch gestört' seien«*) (»FR«, 4.6. und 29.6.).

Gegen dieses Vorgehen der CDU empört sich die SPD wortgewaltig. Wir haben schon im ARBEITERKAMPF Nr. 107 darauf hingewiesen, daß die SPD andererorten, z.B. Hamburg und Westberlin, genauso wie die CDU gegen fortschrittliche Erziehung vorgeht. Aber auch vor dem Hintergrund der Frankfurter Entwicklung wird die Verlogenheit dieses »Protestes« deutlich: Die SPD hat sich 1974 doch auch nicht gescheut, mit der Liquidierung der Kitas zu drohen. Entsprechend macht sich die SPD jetzt auch schon Gedanken, wie nach einer Abschaffung der Kitas deren Räume verwandt werden könnten. So sollen — mit Zustimmung der SPD — Räume der Kita 109 einer Gesamtschule zur Verfügung gestellt werden. (Erfreulicherweise hat die Gesamtkonferenz der betreffenden Schule diesem Vorschlag energisch widersprochen, da die Lehrer in der Streichung der Kitas

— für materielle Absicherung aller Einrichtungen und Initiativen für Kinder und Jugendliche durch die Stadt;
— gegen bürokratische Bevormundung aller dieser Projekte (»id«, 14.5.77).

Die Elternversammlung der Kita 109 (ca. 70 Eltern anwesend) stellte fest: *»Wir sollten unsere Kita und das Kita-Projekt verteidigen, weil die überwiegende Mehrheit der Eltern ihre Kinder bewußt in dieser Kita angemeldet hat«.* An die anderen Kitas wurde die Aufforderung gerichtet, die Lage auch auf Elternversammlungen zu beraten und zusammen am 21. Juli eine große Kundgebung vor dem Römer zu veranstalten. Die Kita 107 machte den CDU-Angriff zum Gegenstand eines Kinderfestes am 11. Juni, mehrere Initiativen sammeln Unterschriften. Am 16.7. zogen 800 bis 900 Menschen in einer Demonstration für die Kitas durch Frankfurts Innenstadt. In Flugblättern hieß es: *»Die Kinder fühlen sich wohl. Die Eltern finden ihre Kinder liebevoll betreut. Die Erzieher arbeiten gerne hier«* (»FR«, 18.7.77). Die Demonstration lief auch nach dem Geschmack der zahlreich erschienenen Kinder ab. Mit Pfeifen, Blechdosen, Rasseln usw. wurde ordentlich Krach gemacht, es wurden Lieder gesungen und phantasievolle Parolen gerufen: »CDU — blöde Kuh, mach die Kitas ja nicht zu«, oder: »Der Wallmann (neuer CDU-Oberbürgermeister), der soll gehn, daß wir ihn nicht mehr sehn«. Anschließend fand noch ein kleines Fest im Park statt.

Die Verteidigung der Kitas kann allerdings nicht allein Sache der Betroffenen in Frankfurt sein. Gerade weil die Kitas mit ähnlichen »Argumenten« liquidiert werden sollen, wie sie überall in der BRD herhalten müssen, um fortschrittliche Erziehungsinitiativen Steine in den Weg zu legen, bedarf es einer breiten Solidarität!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kinder-Kurzmeldungen

„Aktion Schulbuch" der CDU greift um sich

Wie im AK 104 berichtet, hat der CDU-Wirtschaftsrat im März eine „Aktion Schulbuch" gestartet. Die Mitglieder dieses Kapitalisten-Vereins wurden aufgefordert, linke bzw. angeblich linke Schulbücher, sowie deren Autoren und Verlage, aber auch Lehrer, die mit solchen Büchern arbeiten, zu denunzieren.

Erste Ergebnisse dieser Aktion liegen jetzt vor. So erhielt das Gemeinschaftskundebuch „Sehen – Beurteilen – Handeln" die Note: *„ Gesellschaftspolitisch unzulänglich"*. Begründung: Im Buch wird die Kurzform „BRD" benutzt *„und die Fremdbestimmung im Betrieb überbetont"*. Das gleiche Urteil widerfuhr dem „Arbeitsbuch Politik", das angeblich *„klassenkämpferische Parolen verbreitet"* („Spiegel", 23/77).

Diese Aktion hat inzwischen auch reaktionäre Kräfte außerhalb des Wirtschaftsrates auf den Plan gerufen. In Bochum klagten Eltern (allerdings erfolglos) vorm Verwaltungsgericht gegen ein angeblich linkes Schulbuch („Welt am Sonntag", 3.7.77). In Hamburg-Harburg brachte die CDU-Fraktion eine große Anfrage in die Bürgerschaft ein, ob sichergestellt ist, *„daß Schüler nicht durch Verwendung von Schriften u.ä., die gegen allgemeine Verfassungsgrundsätze und Rechtsvorschriften verstoßen, im Unterricht manipuliert werden"* („Hamburger Morgenpost", 7.6.77).

Inzwischen sind weitere „Maßnahmen" des CDU-Wirtschaftsrates und seiner Freunde bekannt geworden. Über Kanäle wie der Schüler-Union der CDU werden rechte Machwerke wie das Buch "Mehr Markt" von Wolfram Engels oder ein „Medienkoffer" zum Thema Arbeitswelt – finanziert vom Melitta-Kapitalisten Horst Bentz – verteilt. Gleichzeitig kündigt der Wirtschaftsrat an, die Lehrer unter Druck zu setzen, die die von der Reaktion mißbilligten Bücher verwenden.

Gleichschaltung des Schulbuchsektors, der ohnehin nicht gerade durch Massenproduktion linker Bücher gekennzeichnet ist, scheint ein zunehmend wichtiger Bereich des Schulkampfs von rechts zu werden.

Pillenknick – wo bleibst Du?

Die niedersächsische Landesregierung malte unlängst wieder den Teufel an die Wand: die Deutschen (bzw. die Niedersachsen) sterben aus! Für die nächsten 15 Jahre rechnet die Landesregierung mit einer Bevölkerungsabnahme um 250.000 bis 300.000 Einwohner, obwohl die Zahl rungsabnahme um 250.000 bis 300. 000 Einwohner, obwohl die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren (für die bürgerlichen Bevölkerungspolitiker sind das die Jahrgänge „im gebärfähigen Alter") zunimmt. Laut dieser Rechnung soll nach 1990 der stärkste Bevölkerungsrückgang eintreten. („Erziehung und Wissenschaft", 12/76).

Während in Niedersachsen der „Pillenknick" noch „in" ist, wird z.B. der Hamburger Senat wohl mit dieser Behauptung etwas vorsichtiger umgehen müssen: Seit einem Jahr soll es wieder *„mehr Babygeschrei in den Kinderzimmern der Hamburger Entbindungsstationen"* geben.

In Zahlen: 1975 wurden in Hamburg nur 13.192 Babys geboren, 1976 waren es 13.601 („Hamburger Abendblatt", 13.6.77).

Frage: Wenn jetzt die Deutschen doch nicht aussterben, werden dann auch die mit dem Hinweis auf den „Pillenknick" wegrationalisierten Kindergartenplätze, Schulklassen etc. wieder aufgemacht?...

Frankreich: Kindesmörder getötet

Im Morgengrauen des 23. Juni wurde in der nordfranzösischen Stadt Douai Jerome Carrein durch die Guillotine getötet. Jerome C. Vater von fünf Kindern, hatte ein achtjähriges Mädchen vergewaltigt und ermordet.

Jerome C. hat Pech gehabt. In der Regel begnadigt Staatsprädident Giscard d' Estaing zum Tode Verurteilte. Nur bei Kindesmord macht er eine Ausnahme, um der von den Rechten geschürten breiten Stimmung für die Vollstreckung der Todesstrafe ein Ventil zu lassen. Und Jerome C. hatte nicht das Glück, einen berühmten Starverteidiger zu bekommen, der ihn wie den Kindesmörder Patrick Henry Anfang des Jahres so verteidigte, daß „nur lebenslänglich" heraussprang.

Wie schrieb Ulrike Meinhof noch zur ersten Verurteilung des Jürgen Bartsch in der BRD: *„Und der Gerichtsvorsitzende schweigt, als das Publikum im Gerichtsaal auf das Urteil ‚Lebenslänglich' hin klatscht und Bravo ruft, wo Beifalls- und Mißfallkundgebungen sonst gerügt werden, schweigt, wo eine Gesellschaft sich durch ihren Haß auf einen Kindermörder jenes gute Gewissen verschafft, das sie braucht, um zum Kindermorden in Vietnam schweigen zu können und zur Barbarei im Umgang mit Kindern im eigenen Land, in der eigenen Familie"* („Konkret", 1/1968).

Vietnamesische Kinder – heute abgeschoben

Noch in Erinnerung sind die Aktionen, mit denen während des vietnamesischen Befreiungskriegs Kinder aus Vietnam ins imperialistische Ausland geflogen wurden – zuletzt als Babyklau-Aktion unter Schirmherrschaft des US-Präsidenten Ford. Vietnam ist seit über zwei Jahren befreit und die entführten Kinder sind die angeschissenen – wie das Beispiel des „Friedensdorf Oberhausen" zeigt. Dieses Dorf wurde 1968 für vietnamesische Kinder gegründet. Hauptsächlich handelte es sich um Verletzte, die geheilt und dann wieder in ihre Heimat zurückgebracht werden sollten. Sehr hoch war auch der Anteil von Kindern der korrupten Kreise um die damals noch regierende Thieu-Clique.

Von Rückführung der Kinder war kaum etwas zu bemerken, auch nach der Befreiung Vietnams. Und die Eltern aus wohlhabenden Saigoner Kreisen wurden auch nicht mehr gesehen – wahrscheinlich, weil sie jetzt solchen Kreisen nicht mehr angehören.

Zum Dritten blieben die Spenden aus, die im „humanitären Enthusiasmus" das Kinderdorf finanzierten. Es steht vor dem Bankrott und vor der Auflösung. Der Kinder soll sich das „Diakonische Werk" annehmen.

Vietnamesische Kinder sind für die Imperialisten nicht mehr „in", seit der Krieg um Vietnam verloren ist!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Schulsituation ausländischer Kinder

Zu diesem Thema fand am 8.7. eine Veranstaltung des Nürnberger „Internationalen Komitees gegen die Unterdrückung der Ausländer" statt. Die etwa 100 meist ausländischen Besucher sahen u.a. den Film „Analphabeten in 2 Sprachen". Es wurde – auch ausgehend von der konkreten Lage am Ort – festgestellt, daß ausländische Kinder in der BRD tatsächlich zum Analphabetentum „ausgebildet" werden. Sowohl der Unterricht in deutscher als auch in der Geburtssprache ist vollkommen ungenügend. In der Diskussion war man sich einig, daß eine bessere Ausbildung in deutscher Sprache als Vorbereitung auf einen Beruf in der BRD erkämpft werden muß. Bayern ist mit seinem reaktionären Schulrecht – „Nationalschulkonzept" – Vorreiter der Isolierung ausländischer Schüler. Die Kinder werden jeweils nach ihrem Geburtsland gesondert unterrichtet, dabei haben sie in ihrer ganzen Schullaufbahn keinen Kontakt zu deutschen Schülern! In enger Zusammenarbeit einigen sich die jeweiligen Konsulate mit dem Kultusministerium auf die Einstellung regierungstreuer Lehrer, die sich z.B. in der türkischen Nationalschule vorwiegend aus den Kreisen der faschistischen MHP rekrutieren.

KB-Nürnberg



Kinderfest — ein voller Erfolg

Hamburg: Am 16.7. veranstalteten 11 Hamburger Initiativen der Kinder,- Jugend- und Stadtteilarbeit (AfA Aktive Freizeiteinrichtung Altona, Babyinitiative Koppel, Kleinkindergarten e.V. Finkenau, Kleinkindergarten e.V. Rombergstraße, Jugendgemeinschaft Hamm-Süd, Gemeinwesensarbeit St. Pauli Süd, Kinderhaus in der Chokoladenfabkrik, Kinderhaus Heinrichstrasse, Schülerladen Woyrschweg, Zeisekeller) im Sternschanzenpark ein Kinderfest. Der „Verband Hamburger Spielplatzinitiativen", der den Aufruf zum Fest mitunterzeichnet hatte, zog die Unterschrift aus nicht näher bekannten verbandsinternen Gründen zurück.

Zwischen 14 und 20 Uhr kamen ca. 2500 Kinder und Erwachsene, um zu spielen, zu essen und sich zu informieren. NDR und WDRI sendeten ein von Kindern gestaltetes Programm live im „Kinderfunk".

Das Fest sollte für die beteiligten Initiativen, die, unter starken finanziellen Problemen stehend, eine fortschrittliche Erziehung zu praktizieren versuchen, ein „Schritt zu einer gemeinsamen Arbeit" und dazu, sich „miteinander anzufreunden" sein (aus dem Aufruf).

Die verschiedenen Initiativen informierten durch Stände über ihre Arbeit und ihre Probleme. Im Gegensatz allerding zu „Kinderfesten" von SPD, CDU war dies kein „Kinderfest", wo einige Spiele für Kinder angeboten wurden, und penetrant die Eltern für die eigene Partei zu „gewinnen", Im Mittelpunkt standen die Angebote an die Kinder: Vom Hindernislauf für die ganz Kleinen über Sketche, die Kinder eingeübt hatten, bis zum Fußballspiel u.v.m.

Steht zu hoffen, daß dies erfolgreiche Fest in Hamburg eine Neuauflage erlebt - und in anderen Städten Nachahmer findet.

Polizeistaats-Propaganda unter Kindern

Im Zuge der Kampagne gegen die angeblich steigende Kinderkriminaltät und der verstärkten Propagierung des Polizeistaates greifen die Polizeibehörden auch verstärkt nach den Kindern. Dazu gehört die Kampagne gegen „sexuellen Mißbrauch von Kindern" im Sommer 1976 und die Versuche, besondere „Jugend-Polizisten" aufzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch das verstärkte propagandistische Auftreten der Polizei in Schulen und Heimen zu sehen.

Vom Verkehrsunterricht ...

Von Polizisten durchgeführter „Verkehrsunterricht" hat es schon seit langem in Schulen und Heimen gegeben. In der Regel handelt es sich um sporadische Besuche, bei denen sich ein uniformierter Bulle vor der Klasse aufbaute und einige Schnacks über Verkehrsampeln usw. abgab. Seine angebliche Funktion, die Kinder zu befähigen, unfallfrei durch den Straßenverkehr hindurchzufinden, hat dieser „Unterricht" kaum erfüllen können. Forderungen nach einem kontinuierlichen innerschulischen Verkehrsunterricht, die angesichts der steigenden Zahl von Kinderunfällen im Straßenverkehr aufgestellt wurden, versackten in der Regel in den Schulbehörden.

In Sachen „Verkehrserziehung" ist in letzter Zeit ein deutlich verstärkter Einsatz der Polizei festzustellen. Sie beschränkt sich nicht mehr nur auf Schulbesuche, sondern schafft regelrecht „Freizeitangebote" für Kinder:

- In Gelsenkirchen z.B. unter dem Motto:„*Die Polizei geht neue Wege*" mit einer „Woche des Fußgängers". In diesem Rahmen werden Verkehrspuppenspiele, Lernanfänger-Aktionen, Geschicklichkeitsturniere u.a.m. veranstaltet („Contact" Zeitung der ‚Gewerkschaft der Polizei',Dez.76/Jan.77).
- Westberlin: „Verkehrserziehungswoche" für besonders gefährdete Altersgruppen; Malwettbewerbe, Preisausschreiben, Volksradeln („Tagesspiegel", 13.4.77).

Genau wie die Bundeswehr mit dem Angebot von Besuchen in Kasernen, bei denen Kinder in Panzer kriechen „dürfen" usw., stoßen diese Aktionen in eine Marktlücke: die mangelnden Freizeitangebote für viele Kinder !

... zum Unterricht in „innerer Sicherheit" ?

Wie diese „Verkehrserziehung" zur Propaganda für den Polizeistaat genutzt wird, zeigen Berichte der Hessischen Polizei, die auf diesem Gebiet anscheinend besonders aktiv ist. (Auch der „Jugend-Polizist" ist ja zuerst in Frankfurt erfunden worden).



So berichtet die „hessische Polizeirundschau" über den Besuch einer Kindergruppe auf einem Polizeirevier. Zunächst beschäftigten sich die Kinder mit Polizeifunkwagen, Krad etc. Nach dieser Vorarbeit wurden weitere „Geräte" der Polizei vorgeführt. Demonstriert wurde „*unter schallendem Gelächter*" die einschüchternde Wirkung von Handschellen, die einem Kind „spasseshalber" angelegt wurden. Höhepunkt der Demonstration nach der Frage der Kinder:„*Die Polizei hat doch auch Waffen, können wir die mal sehen?*" Tatsächlich führte ein Beamter „*eine entladene Pistole vor und machte die Kinder gleichzeitig darauf aufmerksam, wie gefährlich so eine Waffe ist, und warum die Polizei Waffen überhaupt braucht.*" (Alle Zitate nach „hessische Polizeirundschau", Nr. 1/77).

Von Verkehrserziehung ist hier keine Spur mehr übrig, hier geht es um offene Propaganda für die Tätigkeit der Polizei. Entsprechend werden solche Besuche im Rahmen einer „**Aktion kindernah**" auch von der Polizei gar nicht mehr als Verkehrserziehung ausgegeben, sondern als Teil der „*Öffentlichkeitsarbeit der Präsidialabteilung V*", auf deren Mist auch das Frankfurter Jupo-Konzept gewachsen ist („id", 6.11.76).

Ähnliche Aktivitäten der Polizeibehörden finden sich auch in anderen Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen wird unter der Schirmherrschaft von Innenminister Hirsch und Kultusminister Girgensohn ein Aufsatzwettbewerb für Schüler veranstaltet. Thema: „*Die Polizei, wie ich sie sehe*". Erklärtes Ziel dieser Aktion soll es sein, „*bei der jungen Generation Verständnis für die Aufgaben und Arbeit der Polizei zu fördern*" („Contact",12/76,1/77). Entsprechend anreizend sind die Preise: Cassettenrecorder, Kofferradios, Kameras, Taschenrechner – und die Aussicht auf Veröffentlichung des Aufsatzes in einem Buch, „*das die GdP mit den besten Einsendungen herausgeben will*" (ebd.).

In Hamburg lädt die Polizei „*alle Kinder zum Diskutieren ein*". Die ersten angeblichen Kinderfragen: „*Warum darfst Du schießen und ich nicht?*",„*Warum darfst Du schneller fahren als mein Vati?*" „*Warum haut ihr immer gleich mit dem Knüppel?*" Thema der Diskussion ist hier auch nicht mehr Verkehrserziehung, es geht der Ploizei darum, „*über Kinderkriminalität, Rechtsstaat und Polizei zu diskutieren*" („Bild",6.5.77).

Die Kinder zum Widerstand gegen den Polizeistaat erziehen !

Mit dieser verstärkten Propaganda für den Polizeistaat will die Polizei offensichtlich die Offenheit und Ehrlichkeit, andererseits die Unwissenheit und Unerfahrenheit von Kindern im Umgang mit der Polizei ausnutzen. Die „Verkehrserziehung" bietet dafür einen idealen Ansatzpunkt, weil halt jedes Kind möglichst früh und möglichst viel wissen muß, um nicht im kinderfeindlichen Alltag auf der Straße, auf dem Schulweg usw. Schaden zu nehmen.

Hinzu kommt, daß die Bullen mit ihren Veranstaltungen wie Revierbesuchen etc. – genauso wie die Bundeswehr mit Kasernenbesichtigungen – ein „echtes" Freizeitangebot machen, das Kinder, die sich selbst überlassen sind,zunächst einmal anspricht.

Der Indoktrination für den Polizeistaat entgegenzutreten, ist eine wichtige Aufgabe für jeden, der mit Kindern zu tun hat. Sagen wir den Kindern, was Todesschuß ist, was „Chemical Mace" ist, gegen wen es angewandt wird. Gehen wir mit ihnen den Fall des erschossenen Schülers Peter Lichtenberg durch! Der Todesschütze – das war auch ein „freundlicher" Bulle um die Ecke.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Fechenheim: Kita-Besuch bei der Polizei



Kinderkriminalität - DKP »informiert«

Das allgemeine Gejammere der bürgerlichen Presse über steigende Kinderkriminalität ist auch an der DKP nicht vorbeigegangen: Der DKP-Tageszeitung „UZ" vom 16Juli war folgende Meldung zu entnehmen:

geszeitung „UZ" vom 16Juli war folgende Meldung zu entnehmen:

Kriminalität:

Kinderanteil steigt weiter an

Stuttgart. UZ — Fast ein Drittel aller Straftaten in Baden-Württemberg wurden im Jahre 1976 von Jugendlichen unter 21 Jahren begangen. Einen besonders hohen Anteil daran hat die Kinderkriminalität. Wie das Landeskriminalamt mitteilte, wurden 1976 fast 170 Prozent mehr Kinder wegen Raub, räuberischer Erpressung und räuberischem Angriff auf Kraftfahrer beschuldigt. Insgesamt stieg die Zahl der Straftaten 1976 in Baden-Württemberg um 3,7 Prozent auf 372 313 an.

Man fragt sich doch, was die „UZ" eigentlich mit einer derartigen Meldung ohne den geringsten Kommentar bezweckt ?! Da werden noch nicht einmal die windigen Methoden und Angaben der bürgerlichen Kriminalstatistik hinterfragt. Das heißt in diesem Fall, es wird noch nicht einmal der Zusammenhang hergestellt zwischen dem angeblich riesigen Anstieg der „Kinderkriminalität" einerseits und dem enorm gesteigerten Einsatz von Polizei und Behörden gegen Kinder und Jugendliche andererseits. Erst recht nicht wird auf die Frage der Kriminalität im Allgemeinen und der Kinder- und Jugendkriminalität im Besonderen eingegangen.

Die Meldung hätte ohne jede Änderung g e n a u s o auch in Springers „Bild" stehen können !



„Innere Sicherheit" auch im Kindergarten?

Westberlin: Der „liberale" Justizsenator Prof. Baumann (FDP) hat der angeblich auf dem linken Flügel der Westberliner SPD stehenden Senatorin für Jugend, Familie etc. angeboten, sie „konstruktiv und energisch zu unterstützen", um „der verhängnisvollen Entwicklung" der Jugendkriminalität „Einhalt zu gebieten" („Tagesspiegel", 15.7.77).

Deshalb müsse „*so früh wie möglich damit begonnen werden, Kindern und Jugendlichen ganz bewußt gesetzestreues Verhalten beizubringen*". Dabei denke er, Baumann, auch an die Kindertagesstätten! „*Da das bisherige Bemühen offensichtlich nicht ausreicht, geht mein Vorschlag dahin, daß Ihre Verwaltung ganz bewußt und zielstrebig daran geht, Mittel zu entwikkeln, den Kindern und Jugendlichen den Umgang mit den Grundbegriffen rechtlichen und sozialen Zusammenlebens ganz bewußt und zielstrebig und auf kinder- und jugendgemäße Weise beizubringen*". Das sei besonders wichtig, „*weil frühere Vermittler von Spielregeln wie etwa die Kirche mit den Zehn Geboten ... nicht mehr so recht zum Zuge zu kommen scheinen..*" Nächster Schritt wäre wohl die Einbeziehung von Kleinkindern in die „Terroristenfahndung"?!...

Betrieb und Gewerkschaft



Metall

MAN: Die Entlassungswelle rollt

Hamburg. Der MAN-Vorstand hat inzwischen weitere 24 Entlassungen beim Betriebsrat beantragt. Damit erhöht sich die Zahl der beantragten bzw. bereits ausgesprochenen Kündigungen auf 76, wovon die ersten schon wirksam wurden, nachdem der Vorstand sämtliche Weiterbeschäftigungsanträge abgelehnt hatte.

Weiter weigern sich die Konzernherren die ausgedehnten Betriebsversammlungen zu bezahlen, die gegen den erklärten Willen der Geschäftsleitung von der Kollegenschaft durchgeführt wurden.

Dieser Willkürakt drückt die Entschlossenheit der Kapitalisten aus, die Stillegungspläne durchzusetzen und jeden Widerstand hiergegen brutal zu unterdrücken.
Unter der protzigen Überschrift: *„20 Monate Widerstand – Chronik eines Kampfes um Arbeitsplätze"* berichtet „Metall", Nr. 14/77, darüber, was in der Vergangenheit für die Erhaltung der Arbeitsplätze angeblich alles getan wurde. Deutlich wird hieran aber vor allem, daß für Betriebsrat und IGM Ortsverwaltung der Kampf bis auf einige rechtliche Schritte bereits zu Ende ist, bevor er überhaupt richtig angefangen hat.

„Auch wenn wir selbst nicht zum Erfolg kommen sollten", sagt BR-Vorsitzender Jansen, *„würde unser Kampf doch nicht vergebens sein. Andere werden daraus lernen und ihn weiterführen"* („Metall", Nr. 14/77). Richtig ist hieran nur, was Jansen aber mit Sicherheit nicht gemeint hat, daß die Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern kein Vertrauen schenken dürfen, auch wenn diese noch so radikal tönen.

Der Betriebsrat jedenfalls ist nur noch zu mehr hilflosen Aktivitäten fähig. Für die ersten entlassenen Arbeiter mobilisierte er etwa 20 Kollegen, die den Gekündigten wie bei einem Begräbnis „das letzte Geleit" gaben.

Wie Hohn nimmt sich auch die vom Chef der „Hamburger Morgenpost", C. Ahlers, inszenierte Spendenkampagne für die MAN-Kollegen aus. Als einer der ersten Spender wurde Hamburgs 1. Bürgermeister Klose (SPD) groß herausgestellt, der lächerliche 500 Mark spendierte. Mit diesem Manöver wollen die SPD-Führer doch nur davon ablenken, daß sie maßgeblich mitverantwortlich dafür sind, daß den Kapitalisten zwar zig Millionen DM aus Steuermitteln in den Rachen geschmissen wurden und werden – diese Geld jedoch nicht zur Schaffung neuer, sondern fast ausschließlich zur Vernichtung vorhandener Arbeitsplätze eingesetzt wird.

Metall-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

3000 Klöckner-Kollegen demonstrieren gegen geplante Entlassungen

Bremen: Am Dienstag fanden die angekündigten Betriebsversammlungen von der Klöcknerhütte in der Bremer Stadthalle statt. Thema waren die geplanten Massenentlassungen von mindestens 500 Kollegen, angeblich deswegen notwendig, *„um die übrigen Arbeitsplätze auf der Hütte für die Zukunft zu sichern"*. Da aber der Klöcknerkonzern mit demselben Argument schon seit 2 Jahren Kurzarbeiten durchgesetzt hatte und da gleichzeitig die Stahlproduktion erheblich gesteigert wurde, mochte dieses Argument keiner auf den Versammlungen so richtig glauben. Der technische Direktor, Habbig, kündigte offen an, daß Klöckner in Zukunft neben den Entlassungen die Arbeitsbedingungen der Kollegen drastisch verschlechtern will. Daneben soll die Stadt Bremen erpreßt werden, noch mehr Vergünstigungen für Klöckner zu liefern als bisher: *„Um die Kosten auch für die Hütte Bremen zu senken, müssen u.a. Einsatzstoffe und Energietarife verbilligt, Produktionszeiten gestrafft und Materialverluste vermindert werden. Gleichzeitig sind nicht lebensnotwendige administrative Leistungen zu streichen"* (Weser-Kurier, 13.7.). Einer der übelsten Verfechter der Politik der Konzernherren war wieder einmal Arbeitsdirektor Sporbeck von der IGM. Gegen ihn als leibhaftige Verkörperung der Mitbestimmung waren im Saal Spruchbänder zu lesen: „**Wer der Mitbestimmung traut, hat total auf Sand gebaut.**" Die Gewerkschaftsführer taten alles, um die Empörung abzuwiegeln. Der IGM-Bevollmächtigte Weinkauf hatte lediglich – und das sehr radikal – zu kritisieren, daß *„Gewerkschaft und Betriebsrat über die geplanten Maßnahmen nicht rechtzeitig informiert worden seien"* (Weser-Kurier, 13.7.). Das kann man glauben oder nicht, immerhin ist Arbeitsdirektor Sporbeck ehemaliger IGM-Gewerkschaftsführer.

Anschließend zogen 3.000 Klöckner-Kollegen durch die Innenstadt zum Bremer Rathaus. Auch die Abschlußkundgebung war fest in der Hand der Gewerkschaftsführer. Da wurde zwar zum „Kampf um jeden Arbeitsplatz" aufgerufen, gleichzeitig aber die Kollegen mit „zähen und harten Verhandlungen" vertröstet und mit einer Resolution an den Senat, er möge doch bitte den „Kampf gegen die geplanten Entlassungen bei der Hütte (unterstützen)". Die Gewerkschaftsführer spekulieren darauf, die Sache in den Händen zu behalten. Hoffentlich verrechnen sie sich damit.

KB/Gruppe Bremen



Weitere Entlassungen in der Stahlindustrie

Krupp/Rheinhausen:
Aus Protest gegen die beabsichtigte Verlagerung der Fertigungsbetriebe des Industrie- und Stahlbaus nach Essen legten Ende Juni 1200 Arbeiter die Arbeit nieder. Die Arbeiter demonstrierten durch die Rheinhausener Innenstadt zum dortigen Verwaltungsgebäude unter der Parole: „Essen weg, hat keinen Zweck". Die Verlagerung hätte die Vernichtung von 1200 Arbeitsplätzen und als zusätzliche Sauerei die vergeudung von 8 Millionen Steuergeldern zur Folge. Diese Gelder waren für die Erschließung eines Geländes ausgegeben worden, daß dem Krupp-Konzern zur Verfügung gestellt wurde.

Thyssen-Oberhausen:
Mit Zustimmung der IG-Metall-Aufsichtsratvertreter wurde die schrittweise Stillegung des Siemens-Martin-Werk beschlossen. Das Werk soll durch ein neues Mini-Elektrostahlwerk mit einer monatlichen Kapazität von 50.000 Tonnen ersetzt werden. Von der Stillegung sind mindestens 4000 Arbeitsplätze betroffen. Fest steht außerdem, daß im neuen Werk weniger als bisher benötigt werden.

Stahlwerke Südwestfalen:
Gegen die Absicht, die Stahlwerke Südwestfalen voll in die Krupp-Hüttenwerke zu integrieren, hat sich der Betriebsrat gewandt. Dadurch würde der größte Teil der 3000 Angestelltenarbeitsplätze gefährdet.

Krupp Essen
Das zum Krupp-Konzern gehörende Werk Maschinen- und Apparatebau Koppers soll zum Jahresende geschlossen werden. Dies wurde den 120 Arbeitern- und Angestellten mit dem zynischen Hinweis mitgeteilt, daß allen die „nicht zu alt sind", ein anderer Arbeitsplatz angeboten wird.

Thyssen/Klönne:
Der Betriebsrat des Stahlbauwerkes hat die Entlassungen von 30 Arbeitern und Angestellten abgelehnt. Allein in diesem Jahr wurden hier 60 Entlassungen ausgesprochen.

Das sind weitere Beispiele dafür, daß in der Stahlindustrie drastische Einschränkungen und Massenentlassungen unvermindert anhalten. Deutlich hat dies auch der Stahlkapitalist von Amerongen zum Ausdruck gebracht: *„Die deutsche Stahlindustrie wird an harten Entscheidungen nicht vorbeikommen. Dies gelte nicht nur für die Saar, die den Stamm um 25% auf 30.000 abbauen müsse, sondern ebenso für die Werke an Rhein und Ruhr"* („SZ", 5.7.).
Durch scharfe Rationalsierung und Kapazitätenabbau, d.h. Umstellung von traditionellen Hüttenwerken auf Ministahlwerke und Abbau der Massenstahlproduktion zugunsten von Edelstahl, wollen die westdeutschen Konzerne verlorenen Boden im internationalen Konkurrenzkampf wettmachen.

Metallkommission

Umschulung – schwer gemacht

Flensburg: Am 29.6. erhielt der Kollege G. von der Landesversicherungsanstalt (LVA) die Aufforderung, sich am 1.7. in Hamburg zur Umschulung einzufinden. Froh, daß er nun endlich eine Umschulung bekommen hatte, kündigte G. am nächsten Tag seine Stelle als Schiffbauer bei der Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) – rief aber vorsichtshalber nochmal in Hamburg an, um sich die Aufforderung bestätigen zu lassen. Zu seinem Erstaunen wurde ihm jedoch mitgeteilt, daß kein Ausbildungsplatz frei sei, ja daß dem Berufsförderungswerk (BFW) sein Name gar nicht bekannt sei.

Kollege G. ruft nun wieder bei der LVA in Lübeck an, die ihm lapidar mitteilt, daß man sich da wohl geirrt habe, es stehe tatsächlich kein Umschulungsplatz zur Verfügung. Er solle sich doch bemühen, bei der FSG wieder eingestellt zu werden.

Am 1. und 4.7. bemühte sich Kollege G. nun um eine Wiedereinstellung, was natürlich mit Schwierigkeiten verbunden war, zumal an der FSG sowieso Entlassungen anstehen. Glücklicherweise ging es nochmal klar – da kommt am 4.7. nachmittags ein Anruf, er solle sich am 5.7. um 7 Uhr beim Berufsförderungswerk in Hamburg einfinden zwecks Umschulung. Auf die Frage, ob das denn nun sicher sei, erhielt er die Antwort, er könne ja in Flensburg bleiben, wenn er keine Lust habe. Der Gipfel der Frechheit ist noch, daß die LVA dem Kollegen das Umschulungsgeld erst vom 5.7. an zahlen will, statt vom 29.6., an wo er zum ersten Mal bei der FSG gekündigt hatte.

Eine andere Schweinerei leistete sich die LVA gegenüber einer Frau, die 36 Jahre lang gearbeitet hat – zuletzt als Litographin in einem Flensburger Druckbetrieb. Sie ist unheilbar krank und kann sich kaum noch bewegen. Ärzte haben ihr bestätigt, daß ihre Krankheit auch auf den Verschleiß durch die Arbeit zurückzuführen ist.

Weil sie einfach nicht mehr arbeiten konnte, reichte die Kollegin im Oktober '76 die Rente ein. Es dauerte bis Februar '77, bis sie überhaupt Bescheid bekam. Und der sah dann so aus: sie sei durchaus noch „begrenzt arbeitsfähig". Sie könne leicht vier Stunden am Tag arbeiten. Und wenn sie nicht in der Lage sei, selbst zur Arbeit zu gehen, dann müßte sie eben geholt werden.

Die Kollegin ließ sich aber nicht madig machen und forderte über den „Reichsbund" eine rechtsmittelfähige Begründung, um gegebenenfalls zu klagen. Daraufhin zog die LVA ihr Schreiben zurück und bewilligte ihr die Rente.

**Kleinbetrieb-Zelle
KB/Gruppe Flensburg**

Betriebsratswahlen bei Storno-Electronic

Flensburg: Am 22. Juli finden bei Storno-Electronic Betriebsratsneuwahlen statt. Zu diesem Zeitpunkt deshalb, weil sich die Belegschaft um ca. 25% vergrößert hat. Storno ist ein typischer Frauenbetrieb. Die Frauen arbeiten im Einzelakkord, Lohngruppe 2, (6,39 DM/Std.). Der Betrieb, in dem Funksprechgeräte hergestellt werden, gehört zu 50% General-Electric.

Schon seit längerem gibt es Proteste gegen die miesen Arbeitsbedingungen im Betrieb, z.B. schlechte Luft, fehlende Lötdämpfabzüge, hochgeschraubte Akkorde. Auf Initiative fortschrittlicher Kolleginnen gibt es seit einiger Zeit regelmäßige Kollegentreffen, wo diese Probleme diskutiert werden.

Zur Wahl haben sich sieben fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen zusammengesetzt und sind zu einer gewissen Einheit in ihren Vorstellungen zur BR-Arbeit gekommen. Zur Vorbereitung der BR-Wahl mobilisierten sie durch ein Flugblatt zu einer Diskussionsveranstaltung, die mit 33 Kolleginnen und Kollegen gut besucht war. Es wurde der Film „Für Frauen" gezeigt. Die Veranstaltung sollte ursprünglich im Gewerkschaftshaus stattfinden. Das wurde ihnen mit der fadenscheinigen Begründung verwehrt: „Es gibt einen Beschluß der Ortsverwaltung, der verbietet in den Urlaubsmonaten Juli und August Veranstaltungen durchzuführen"! Hierüber empörten sich zahlreiche Kollegen.

Aufgrund ihrer bisherigen Arbeit unter den Kollegen und ihres Auftretens auf der letzten Betriebsversammlung, wo von ihnen konkrete Mißstände angegriffen wurden, können sich die kämpferischen Kandidaten gute Chancen ausrechnen.

**Storno/Danfoss Zelle
KB-Gruppe Flensburg**

ÖTV

»Stellen streichen — dafür mehr Leichen!«

Frankfurt. 800 Beschäftigte aller Berufssparten der Frankfurter Universitätsklinik gingen in der Frankfurter Innenstadt am 14.7. auf die Straße, um gegen die geplante Kürzung von 440 Stellen zu protestieren. In dieser Zahl sind auch 60 Ausbildungsplätze für Schwestern und Pfleger enthalten. Mit diesen neuen Einsparungen wird sich die Situation für Patienten, Pflegepersonal und Ärzte katastrophal verschlechtern: *,,Noch mehr geschlossene Stationen, Einstellung von Früherkennung und Frühbehandlung, Schließung von Intensivstationen und Polikliniken, Überarbeitung und Überlastung für das Personal''* (,,Frankfurter Rundschau'', 15.7.77).

Auf den mitgeführten Transparenten drückten die Kolleginnen und Kollegen u.a. ihre Befürchtungen für die Zukunft aus: *,,Stellen streichen — dafür mehr Leichen!''* (siehe Bild).

Und in einer Resolution an den hessischen ,,Sozial''minister Armin Claus wird ihm von den Demonstranten deutlich seine Verantwortung für die Rationalisierungen und die daraus resultierenden Folgen vorgehalten: *,,Beabsichtigen Sie etwa, schwerkranke Patienten gleich sterben zu lassen? Letztmalig wird er aufgefordert, die unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu beseitigen, die geschlossenen Stationen wieder zu öffnen und mit ausreichendem Personal zu besetzen. Für den Fall, daß keine befriedigende Klärung zustandekommt, betonen die Demonstranten: »Wir werden uns gegen alle Versuche, die Pläne in die Tat umzusetzen, zu wehren wissen!«''* (,,FR'', ebenda).

Schon jetzt ist die Situation in den Kliniken unerträglich. So hat sich z.B. in einer Poliklinik die Zahl der neuaufgenommenen Patienten innerhalb eines Jahres um 20% erhöht, während das Pflegepersonal um 13% abnahm (nach ,,FR'', ebenda).

Der ÖTV-Sekretär für das Gesundheitswesen Kreis Frankfurt, Haymo Eckstädt, erklärte gegenüber der ,,Frankfurter Rundschau'': *,,Seitdem in der Neurochirurgie eine Station mit 24 Betten geschlossen werden mußte, müssen Patienten, die sich in nächtlichen Unfällen schwere Schädel- und Hirnverletzungen zuziehen, zur Operation nach Mainz gefahren werden. Und dabei kann jede Minute über Tod oder Leben entscheiden! Für die intensive Pflege der Krebspatienten, denen Kehlkopf oder gar Teile des Gesichts herausoperiert werden mußten, reiche das Personal der Klinik schon jetzt kaum aus''* (,,FR'', ebenda)! Und weil der Personalmangel irgendwie ausgeglichen werden muß, werden ständig die Krankenpflegeschüler zu Nachtwachen und Wochenenddienst herangezogen!



ÖTV-Sekretär Eckstädt kündigte weitere Maßnahmen gegen die geplanten Rationalisierungen an: *,,Das Personal wird jede weitere Intensivierung der Arbeit ablehnen. Pausen werden eingehalten. Überstunden werden abgelehnt. Bereitschaftsstunden werden eingeschränkt. Urlaub wird genommen. Verwaltungsarbeit, die Geld einbringt, wird liegengelassen. In den Stationen wird die Situation diskutiert. Kurze Warnstreiks werden kommen. Und der Versuch, Dienst nach Vorschrift zu machen.''* (,,FR'', ebenda). Das hört sich ja ganz gut an, bis hier jedenfalls; was dann kommt, läßt jedoch daran zweifeln, daß die ÖTV-Führer diese angekündigten Maßnahmen tatsächlich tatkräftig unterstützen werden. *,,Wenn wir unsere Arbeitskräfte dann vernünftig (?) einsetzen, nützen wir letztlich damit auch den Patienten''*. Will der Herr Sekretär damit etwa sagen, daß er seine Arbeitskraft einsetzen will, damit eine kämpferische Aktion auch tatsächlich zustande kommt? Schön wär's!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vertrauensfrau im AK Barmbek aus dem VK geflogen!

Hamburg. Am 29.6.77 faßte die Bezirksleitung der ÖTV in Hamburg den Beschluß, E.H. mit sofortiger Wirkung die Bestätigung als Vertrauensfrau im Allgemeinen Krankenhaus (AK) Barmbek zu entziehen. Vorausgegangen war folgendes: Zu den Personalratswahlen '76 hatten ÖTV-Kollegen/innen einen ,,Vorschlag über ein Programm der ÖTV-Kandidaten'' ausgearbeitet, um ein gemeinsames Ziel im Personalrat vertreten zu können. Das Programm enthielt im wesentlichen Forderungen, die die ÖTV-Führung verbal auch vertrat. Die vom VK vorgeschlagene Liste wurde auf der Mitgliederversammlung (MV) nicht akzeptiert. Es wurde eine Plazierung der Kandidaten durch die Mitglieder verlangt. Diese Liste galt dann als die offizielle ÖTV-Liste. E.H. hatte weder das Programm unterschrieben noch sich als Kandidatin aufstellen lassen, jedoch die Kollegen in ihrer Arbeit unterstützt. Kurz vor der Wahl wurde die demokratisch gewählte Liste vom ÖTV-Bezirksvorstand Schnelle nicht anerkannt und eine zweite Liste aufgestellt. Am selben Tag wurde zwei Vertrauensleuten (u.a. E.H.) das Mißtrauen ausgesprochen, da sie die Arbeit der Vertrauensleute behindert hätten und der VK ,,arbeitsunfähig'' geworden wäre. Eingebracht wurde der Antrag von einer DKP-lerin. Die beiden machten jedoch ihre Arbeit als VL weiter, da sie von den Kollegen gewählt worden waren und nicht vom VK.

Zur Tarifrunde stellte die Mitgliederversammlung eine Festgeldforderung von 180,- DM auf. Dies unterstützte E.H. in Form einer Resolution, die mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen wurde.

In der ,,Begründung'' der ÖTV--Bezirksleitung zur jetzigen Suspendierung der Vertrauensfrau E.H. heißt es: *,,E.H. hat im AK Barmbek trotz eines im April 1976 von den übrigen Vertrauensleuten eingebrachten Mißtrauensantrages weiterhin eigenmächtig versucht, gegen die Mehrheit der VL im AKB Aktionen in Gang zu setzen und hat gegen die Beschlüsse der Organe der ÖTV Resolutionen eingebracht [Tarifrunde 77]. Sie hat sich nicht an die in den Leitsätzen für Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV vom 26. Februar 75 festgelegten Aufgabenstellungen für VL gehalten, sondern ohne Zustimmung der übrigen VL eigenmächtig gehandelt. Die übrigen VL im AKB mit einer Ausnahme die weitere Zusammenarbeit mit E.H. ablehnen, ist die Bezirksleitung um der Sicherung der geordneten VL-Arbeit und der Erhaltung des Mitgliederstandes wegen verpflichtet, wie vorstehend dargelegt, zu entscheiden. Nur so kann Schaden von der ÖTV abgewendet werden.''*

Richtig ist: Seit einiger Zeit versuchte die Revi-Frau, die letztes Jahr die Mißtrauensanträge gestellt hatte, die VL dazu zu bewegen, E.H. auszuschließen. Es ist jedoch eine Lüge zu behaupten, bis auf eine Ausnahme würden alle VL hinter diesem Entschluß stehen. Von fünf VL ist aus Gesprächen bekannt, daß sie diesen Schritt ablehnen (der VK besteht aus 12 Leuten). Es ist von einer Gruppe von Kollegen/innen eine Unterschriftensammlung begonnen worden, die die Forderungen unterstützen soll:

SOFORTIGE MITGLIEDERVER—SAMMLUNG!
E.H. MUSS VERTRAUENSFRAU BLEIBEN!
DISKUSSION UND FESTLEGUNG DES GEWERKSCHAFTLICHEN HANDELNS ZUR VERHINDE—RUNG DER KANKENHAUSBE—TRIEBSGESELLSCHAFT!

Ein Genosse aus dem AK Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

Zentraler Schreibdienst: Rationalisierung gegen Frauen

Seit Anfang der 70er Jahre wird bei Schreibdienstarbeiten im öffentlichen Dienst rationalisiert. Die durchgreifendste Maßnahme war die Einführung zentraler Schreibdienste. D.h. daß Kolleginnen, die vorher in den einzelnen Abteilungen saßen und dort die Schreibarbeiten machten, zu einer Abteilung zusammengefaßt wurden.

Die Schreibarbeiten aller Abteilungen werden jetzt von einer ,,Schreibdienstleiterin'' an die Kolleginnen verteilt. Sie ist auch zur Aufsicht über die Kolleginnen eingesetzt. Zur ständigen Kontrolle kommt noch der Einsatz neuer technischer Geräte: Diktiergeräte, Anlagen für Telefondiktate, Schreibmaschinen mit Korrekturtasten, Composer-Stationen (dort werden häufig gebrauchte Schriftsätze gespeichert und können automatisch abgerufen werden). Hier zwei Beispiele:

— in der kommunalen Verwaltung von Oldenburg wurde ein zentraler Schreibdienst eingerichtet. Folge: 60% der Frauen wurden weggespart, statt 20,5 Frauen arbeiten dort nur noch 8,5 Frauen im Monatsdurchschnitt. Jede einzelne Frau steigerte ihre Leistung um 227%, die Gehaltssteigerung betrug dagegen nur 26% (nach ,,Courage'', Nr.4);
— im Bundesrechnungshof waren Anfang der 70er Jahre 37 Frauen beschäftigt, 1974 waren es nur noch zwölf.

Um die Frauen zu noch mehr Leistung anzuheizen, wurde ein Prämiensystem eingeführt. Für die Prämie wird jeder Anschlag über einer festgelegten Grundleistung gezählt. Die ÖTV hat jetzt (! erst) eine Umfrage bei betroffenen Kolleginnen gestartet (siehe ,,ÖTV-Magazin'', 7/77). 83% der Befragten sind gegen den zentralen Schreibdienst. Sie beklagen:
— Isolierung von den anderen Kollegen
— verschlechterte Aufstiegschancen
— keine selbständige Arbeit (nur noch tippen, Fließbandarbeit, größerer Leistungsdruck, ständige Konzentration wird gefordert)
— körperliche Belastung ist größer geworden durch einseitige Körperhaltung und starke Beanspruchung der Hände (Folge: Rückenschmerzen, Sehnenscheidenentzündung, Nervosität und Gereiztheit).

Trotz des Engagements der ÖTV bleibt die Frage: Wer hat bis jetzt anstandslos der Einführung von zentralen Schreibdiensten zugestimmt? Das waren doch die ÖTV-Führung bzw. ÖTV-Personalräte, oder nicht?

In Zukunft soll weiter rationalisiert werden: allein in den Verwaltungen des Bundes sollen 4.000 weitere Arbeitsplätze für Schreibkräfte eingespart werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Groß-»Reinemachen« in den Kindertagesheimen

Hamburg. In den städtischen Kindertagesheimen in Hamburg sollen 193.489 Jahresreinigungsstunden gestrichen werden. Für einige Heime bedeutet dies, daß über die Hälfte des Reinigungspersonals in Zukunft wegfallen soll.

Den Berechnungen des Rechnungshofes liegt dabei zugrunde, daß in einer Stunde 80 qm (!!) gereinigt werden sollen. Weil das wohl kaum geschafft werden kann, wird diese Maßnahme zur Konsequenz haben, daß die Erzieher Aufgaben in diesem Bereich mitübernehmen müssen. Die Zeit dafür müssen sie natürlich von der ohnehin geringen Betreuungszeit für die Kinder abzweigen.

Schon lange vorbereitet!

Ende letzten Jahres wurde bekanntgegeben, daß in einem Senatsbericht vorgesehen ist, die Reinigung der Gebäude des Öffentlichen Dienstes Fremdfirmen zu übergeben, also zu privatisieren (auch die Kindertagesheime der ,,Vereinigung''). Als auf Betriebsversammlungen die Kollegen fragten, wann dies konkret auf sie zukommen würde und ob dann Kollegen entlassen würden, wurden sie von Geschäftsleitung und Behörde ständig im unklaren gelassen und vertröstet: es sei noch nichts Abschließendes bekannt und man werde alles tun, um die Fremdreinigung zu verhindern. Im September '76 kamen unangemeldet Leute in die Heime, um im Auftrag des Rechnungshofes die Heime auszumessen. Auf Fragen der Kollegen, wozu dies gebraucht werde, wurde geantwortet: ,,für die Raumdatei''. Einige Kollegen fanden die Ausmesserei sehr merkwürdig, weil von allen Heimen Baupläne bestehen. Da Gebäude im allgemeinen nicht wachsen oder einlaufen, hätte für diesen Zweck ein Blick hinein genügt. Die Kollegen brachten das sofort in Zusammenhang mit der Drohung, die Reinigung zu privatisieren.

Der Betriebsrat (BR) wurde eingeschaltet. Er war von der Geschäftsleitung nicht informiert worden und wollte nun durch eine einstweilige Verfügung den Stop der Ausmessungen erreichen, um sein Mitspracherecht geltend zu machen. Doch bevor das Gericht in Aktion trat, waren die Ausmessungen schon abgeschlossen.

Die Proteste der Kollegen häuften sich: viele Protestbriefe gingen beim BR ein, auf Mitgliederversammlungen der ÖTV wurden Protestveranstaltungen und Demonstrationen gefordert. Die ÖTV-Führung weigerte sich jedoch beharrlich, Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Anfang dieses Jahres wurde den Kolleginnen und Kollegen der ,,Vereinigung mitgeteilt, daß die Kindertagesheime *,,zunächst (!) von der Vergabe ausgenommen werden''* (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, vom 7.12.76).

Der BR und die ÖTV feierten diesen Aufschub als Erfolg ihrer geschickten Verhandlungstaktik. Scheinbar war damit auch alles erledigt. Auf einer Betriebsversammlung am 12.7.77 erfuhren die meisten von uns nun aber, wofür die Ausmessungen gut waren: 193.489 Jahresreinigungsstunden sind danach ,,zuviel'' bei der ,,Vereinigung''. Die Empörung der Kollegen schlug sich nieder in vielen Appellen an den BR, sich gegen diese Maßnahmen zu wenden und auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung über Schritte dagegen zu diskutieren. Weiterhin sollte das Fernsehen eingeschaltet werden und eine Dokumentation veröffentlicht werden, die auch den Eltern der Kinder in den Tagesheimen Informationen geben soll.

Die Kollegen müssen darauf achten, daß diese Maßnahmen noch vor den Ferien durchgeführt werden, denn es ist damit zu rechnen, daß die Stundenkürzungen nach den Ferien voll durchgezogen werden.

Die ÖTV hat ,,Verständnis für die Erregung der Kollegen''

Auf der Betriebsversammlung am 19.7.77 erklärte der ÖTV-Sekretär E. Schön, daß er ,,vollstes Verständnis für die Empörung der Kollegen'' habe, aber man müsse der Behörde schließlich zubilligen, daß sie derartige ,,Rechenfehler'' korrigiere. Das war selbst einem ÖTV-BR zuviel. Er erinnerte E. Schön daran, daß er sich als Gewerkschafter für die Interessen der Kollegen einsetzen müsse und nicht noch das Verhalten der Behörde rechtfertigen darf. Aber zu den Interessen der Kollegen schwieg E. Schön.

Der Senat hat wohl damit gerechnet, daß, wenn er zuerst mit dem großen Hammer Fremdreinigung winkt, aber mit dem ,,kleineren Hammer'' der Stundenreduzierung zuschlägt, die Kollegen weniger empört darauf reagieren. Sorgen wir doch dafür, daß die Behörde sich hier verrechnet!

KEINE STUNDE DARF GESTRICHEN WERDEN!
KEINE(R) DARF ENTLASSEN WERDEN!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fluggesellschaft verweigert Abschluß eines Tarifvertrages

Westberlin: Am 8.7. scheiterten die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der amerikanischen Fluggesellschaft Aeroamericana und der DAG über den Abschluß eines von der DAG geforderten Tarifvertrages zur Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes mit anschließender Möglichkeit der Wahl der Personalvertretung. Zunächst hatte Eisenberg (der Präsident) schon Verhandlungen schlichtweg abgelehnt, ebenso ließ er ein Ultimatum der Gewerkschaft unbeantwortet. Daraufhin hat die DAG für die bei ihr organisierten Stewardessen und Stewards eine Streikleitung gebildet.

Streik und Aussperrung!

Die DAG rief zu einem punktuellen Streik auf, der bis zum 12.7., 12.00 Uhr begrenzt sein sollte! Die Kapitalisten antworteten mit Aussperrung. Der Flugverkehr fand sogar ohne nennenswerte Störungen (für die Urlauber, versteht sich) statt. Und zwar konnte dies gelingen, weil die Kapitalisten noch rechtzeitig von den Streikabsichten der Kollegen erfuhren (von wem wohl?) und Ersatzmannschaften beschaffen bzw. einfliegen lassen konnten. Konkret sah das dann so aus, daß *„die abgelösten Stewardessen angewiesen wurden, sich lediglich als ‚Reserve' bereitzuhalten"* (Tagesspiegel, vom 10.7.77).

Auf dem Flugplatz kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen streikenden Kollegen und den Streikbrechern. Im „Tagesspiegel" hört sich dann so an: „... *gegen Mittag kam es dann zu unschönen (?) Szenen auf dem Flughafen, als arbeitswillige Stewardessen von Streikenden auf üble Weise beschimpft und bedroht wurden.*"

Die Verarschung der Kollegen muß man sich mal vor dem Hintergrund der mörderischen Arbeitsbedingungen vor Augen führen: keine geregelte Arbeitszeit, keine feste Urlaubsregelung (die für die Touristen billigen Charterflüge werden ja wohl auch einen Zusammenhang zu den bestimmt sehr niedrigen Löhnen haben).

Die DAG hat eine Niederlage organisiert!

Angesichts dieser Arbeitsbedingungen wird sogar die DAG auf einmal sehr „kämpferisch": auf die Nadelstichtaktik der Kapitalisten antwortet sie mit einem punktuellen Streik. So konnten die Kapitalisten nicht nur Streikbrecher zusammenbringen, sondern jetzt auch noch frecher die Kolleginnen unter Druck setzen: Zwei Stewardessen werden am Tag des Streikbeginns (9.7.) entlassen.

Eine DAG-Sprecherin gab denn aber zu, mit dem Streik „nichts erreicht" zu haben und forderte die Kollegen auf, wieder an ihre Arbeit zu gehen.

Eine Genossin aus dem Erzieherbereich
KB/Gruppe Westberlin

Kirche ruft Verfassungsschutz

Am 2. Juli wurde vom KBW in Rotenburg auf dem Wochenmarkt ein Flugblatt verteilt, in dem die katastrophalen Zustände in den Rotenburger Anstalten der Inneren Mission (Heil- und Pflegeheime für geistig Behinderte und Anfallskranke) kritisiert wurden. Dieses Flugblatt, war tags zuvor in den Anstalten an Patienten und Mitarbeiter verteilt, jedoch vom Leiter der Anstalten, einem Pastor, beschlagnahmt worden.

Die Reaktion des sauberen Pastors auf die Verteilaktion in der Öffentlichkeit: er forderte zunächst die Rotenburger Polizei auf, gegen den Flugblattverteiler einzuschreiten; die ortsansässige Polizei ist jedoch noch nicht so richtig „auf Zack" und erklärte sich für derartige Angelegenheiten nicht zuständig. Daraufhin wandte sich der Pastor an den Verfassungsschutz in Hannover, der dann auch prompt zur Stelle war und zusätzlich auch gleich noch zwei AK-Verkäuferinnen filmte.

„Diakonie geschieht wie aller kirchlicher Dienst unter der Verheißung und dem Auftrag des Evangeliums und setzt vertrauensvolle Zusammenarbeit auch bei den verschiedenartigen Dienst- und Lebensformen voraus" (Aus: Mitarbeitervertretungsverordnung der Diakonie). Hier hat die Kirche ihre „vertrauensvolle Zusammenarbeit" bewiesen, jedoch nicht im Interesse der ihr „Anvertrauten", sondern gegen sie!

Eine Genossin des
KB/Gruppe Bremen

Urteil gegen Fluglotsen wegen »go slow« gefällt!

Nach dem kürzlich ergangenen Urteil des Bundesgerichtshofes, welches zwar die Kosten für die durch den „Dienst nach Vorschrift" der Fluglotsen 1973 verursachten Verluste der Fluggesellschaften der Bundesregierung auflastete, aber deutlich die Schuld den Fluglotsen gab, da diese ihre Dienstpflicht verletzt haben sollen (s. AK 108), ist jetzt ein Disziplinarverfahren gegen einen Fluglotsen entschieden worden:

„Wegen vorsätzlicher Dienstvergehen hat die 1. Kammer des Bundesdisziplinargerichtes in Frankfurt den Fluglotsen Manfred Bimmerlein zu einer Kürzung der Bezüge um 10 % für die Dauer von zwei Jahren (!) verurteilt. Vom Bundesverkehrsminister war dem Beamten vorgeworfen worden, 1973, in der Zeit der sogenannten Bummelstreiks der Fluglotsen, schuldhaft Startverzögerungen von Flugzeugen herbeigeführt zu haben. Das Urteil folgte weitgehend dieser Auffassung" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.7.77).

Dies ist erst der Anfang, es wurde hiermit ein Grundsatzurteil für die weiteren 25 Disziplinarverfahren gegen Fluglotsen geschaffen. Dieses Urteil ist durch die vor kurzem ergangene Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes eindeutig vorbestimmt gewesen und soll alle eventuell noch geplanten Aktionen der Fluglotsen für mehr Sicherheit im Flugverkehr und bessere Bezahlung von vornherein als gesetzwidrig abstempeln.

Klar wird hieran wieder das ausgezeichnete Zusammenspiel der Bundesdeutschen Gerichte und der Bundesregierung.

Seit dem „go slow" der Fluglotsen sind jetzt bereits 4 Jahre vergangen. *„Die Dauer des Verfahrens wurde von anwesenden Lotsen als Rechtsverweigerung bezeichnet; dagegen sei bereits Verfassungsbeschwerde erhoben worden"* („FAZ", 21.7.).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Proteste gegen den Abbau von Sozialleistungen bei Veba-Glas AG

Essen. Gegen die Absicht der Geschäftsleitung der Veba Glas AG, insgesamt 22 Betriebsvereinbarungen über Sozialleistungen und andere Lohnbestandteile zu kündigen, protestierten bereits zweimal die Belegschaftsangehörigen. Am 20. Juni demonstrierten 200 Kollegen vor dem Essener Arbeitsgericht, wo der Betriebsrat gegen die Kündigungen der Betriebsvereinbarungen prozessiert. Einen Tag später demonstrierten nochmals 800 Kollegen (der 3.000 Beschäftigten) für eineinhalb Stunden vor dem Verwaltungsgebäude der Veba.

Gestrichen werden soll u.a. das „Kohledeputat", das im Quartal bei den Arbeitern 80 DM und bei den Angestellten 180 DM ausmacht, das Mietgeld, das insgesamt (für alle Kollegen) 800.000 DM beträgt und die Fahrgeldzuschüsse (insgesamt 30.000 DM). Begründet wird dieses „Sparprogramm", wie sollte es anders sein, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dagegen steht aber, daß die Firma noch 1976 die Pensionsrücklagen für 105 leitende Angestellte um 2,6 Mio. DM erhöhen konnte, daß ebenfalls die leitenden Angestellten im letzten Jahr eine „Erfolgsprämie" von pro Kopf 2.500 DM (zusammen 362.000 DM) einstecken konnten. Außerdem gibt zu denken, wie der Betrieb die betrieblichen Renten verteilt: 50 ehemalige Vorstandsmitglieder erhielten 1976 3,74 Mio. DM, 440 Kollegen dagegen ganze 365.000 DM! Erster Erfolg der Proteste der Belegschaft: Die Streichung der Sozialleistungen wurde zunächst ausgesetzt, um weiter zu verhandeln.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



200 Arbeitnehmer zogen mit zahlreichen Transparenten vor das Arbeitsgericht Essen, um gegen die Ungerechtigkeit der Firmenleitung zu protestieren.

Rationalisierung mit Hilfe der Gewerkschaftsführung

Die Kerachemie AG in Siershahn wollte angeblich ihre Tochterfirma Renneroder Kunststoffwerk GmbH schließen, weil der Betrieb in die „Roten Zahlen" geraten ist. Daraufhin schaltete sich die IG Chemie ein und „wies nach", daß eine Betriebsschließung gar nicht nötig sei, sondern lediglich *„leichte Produktionsverlagerungen und Änderungen im Vertrieb"*. Auf diesen Vorschlag ist die Geschäftsleitung der Kerachemie sofort angesprungen, denn diese „leichten Änderungen" bedeuteten natürlich eine Rationalisierung. Die Folge: Von den ehemals 185 Arbeitsplätzen bleiben lediglich 85 erhalten. 35 bis 40 Kollegen werden entlassen, der Rest erhält großzügig einen Arbeitsplatz im 30 km (!) entfernten Hauptwerk. Die meisten Kollegen werden dieses „großzügige Angebot" jedoch nicht annehmen können, da die Entfernung zu weit ist und die Verkehrsverbindungen in dieser Gegend (Oberwesterwald) zu schlecht sind.

Aber an diesem Fall wird noch etwas deutlich: Die IG Chemie-Führer haben versucht, sich als die besseren Kapitalisten zu beweisen, d.h. aufgrund von Management-Fehlern sollte der Betrieb dichtgemacht werden. Die IG Chemie hat bewiesen, daß man doch noch was rausholen kann – Profite zu Gunsten der Kapitalisten. Anstatt auf der Erhaltung der 185 Arbeitsplätze zu bestehen, schlägt sie selber die Rationalisierung vor. Genauso verhalten sich alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, wenn es um Rationalisierungen geht, nur nicht immer so offen (nach „Gewerkschaftspost" 7/77).

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

250 Entlassungen durch Betriebsstillegungen

Koblenz. Das Werk Koblenz der Reifenfirma Goodrich ist am 24. Juni endgültig stillgelegt worden. Den Kollegen bleibt nichts weiter als ein Sozialplan und die Arbeitslosigkeit. Obwohl bereits seit längerer Zeit bekannt war, daß der Betrieb stillgelegt werden soll, hat die Geschäftsleitung es verstanden, die Belegschaft durch Tricks bis zum letzten Tag im Betrieb zu halten. Immer wieder wurde den Kollegen versprochen, der Betrieb würde verkauft werden, kein Arbeitsplatz ginge verloren. Als es dann doch feststand, daß stillgelegt wird, wurde ein Sozialplan vereinbart, der zwar relativ hohe Zahlungen vorsah (insgesamt 6,4 Millionen), aber damit war verbunden, daß man bis zum letzten Tag arbeiten müsse, sonst erhielt man einen Abzug von 34 %! Außerdem mußten die Kollegen bis zum letzten Tag vollen Akkord fahren, da sonst das Arbeitslosengeld viel zu niedrig ausgefallen wäre.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Jugendvertreter von AOS vor dem Arbeitsgericht

Stade. Am 9.5.77 stellte die Firma Alumnium-Oxid Stade (AOS) beim Stader Arbeitsgericht einen Antrag auf Amtsenthebung des Jugendvertreters. In ihrer Begründung schrieben die AOS-Kapitalisten pauschal, daß der Jugendvertreter sein Amt zum Schaden des Betriebes und seiner Arbeitnehmer mißbraucht hätte. Außerdem hätte er Sachverhalte vorsätzlich falsch widergegeben und den Betriebsrat in ungerechtfertigter Weise diffamiert. Konkret wird dem Jugendvertreter das Verteilen des 1. Mai-Aufrufs im Betrieb an sieben Auszubildende vorgeworfen, der von Schüler- und Frauengruppen, Bürgerinitiativen und dem KB gemeinsam herausgegeben wurde. Dies wird als parteipolitische Betätigung gewertet. Zum Schluß wird der Jugendvertreter als Verfasser von „Die Lupe" bezeichnet (Betriebszeitung von Kollegen von Vereinigte Aluminiumwerke und AOS).

Diesen gerichtlichen Angriff starteten die AOS-Bonzen, nachdem der Antrag auf fristlose Entlassung des Jugendvertreters vom Betriebsrat abgelehnt wurde. Hier wurde ebenfalls der 1. Mai-Aufruf zum Anlaß genommen. Über das Amtsenthebungsverfahren hofft die AOS dem von ihnen ersehnten Rausschmiß des Jugendvertreters ein Stück näher zu kommen. Der Hilfe des Betriebsratsvorsitzenden, D. Stender, kann sich die Geschäftsleitung sicher sein, da er schon einmal diesen Kollegen als Mitverfasser von der Betriebszeitung denunziert hat. Er ist als Zeuge im Arbeitsgerichtsprozeß geladen. Die Gewerkschaftsführung, wie soll's auch anders sein, „unterstützt" den Kollegen durch einen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß. Grund: (Dreimal dürft ihr raten) der 1. Mai-Aufruf.

Die Stader Initiative gegen AKW's hat bisher den Kollegen durch eine Unterschriftensammlung gegen seinen Gewerkschaftsausschluß unterstützt. Bisher sind 200 Unterschriften gesammelt worden. In der Innenstadt von Stade wurde auf Stellwänden über den Arbeitsgerichtsprozeß informiert.

Prozeßtermin: Am 12. Juli, 10.40 h im Arbeitsgericht Stade

KB/Gruppe Stade

Kautschuktarifrunde 1977

Nach nur zweitägigen gemeinsamen Verhandlungen der Tarifbezirke Niedersachsen und Hessen der Kautschukindustrie wurde am 25. Mai ein neuerlicher Lohnraubabschluß „erzielt". Ab 1. Juli steigen die Tariflöhne und Gehälter um ganze 6 %!! Das ist weniger als jeder andere Abschluß in diesem Jahr. Begründet wird diese Frechheit in der „Gewerkschaftspost" vom Juli mit der *„nicht gerade besonders günstigen wirtschaftlichen Lage der Kautschukindustrie"*.

Angesichts der Situation in der Kautschukindustrie für die Arbeiter und Angestellten – die Kapitalisten rationalisieren hier besonders frech und bauen permanent übertarifliche Leistungen ab – ist dieser Abschluß ein besonderer Schlag ins Gesicht der Kollegen seitens der Gewerkschaftsführung.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Massenentlassungen perfekt!

Westberlin. Wie bereits im AK 104 berichtet, kündigte der Vorstand der zum Hoechst-Konzern gehörenden Spinnstoffabrik Zehlendorf/Westberlin Massenentlassungen von 710 Kollegen an. Nach großem öffentlichen Palaver der IG Chemie-Führung und des Westberliner Senats, denen es bei ihrer „Verurteilung" nicht so sehr um die betroffenen Kollegen, sondern demagogisch um das „Ansehen Berlins" ging, haben sich IG Chemie-Führung und Spinne-Kapitalisten inzwischen auf die Massenentlassungen geeinigt. Am 22.6.77 wurden die beiden Vorstandsmitglieder der Spinnstoffabrik zu je 15.000 DM (!) „verurteilt", weil sie den Betriebsrat nicht rechtzeitig von den geplanten Entlassungen informiert hatten und somit gegen das BVG verstießen. Außer dieser geradezu lächerlichen „Bestrafung" ist inzwischen bekannt geworden, daß die IG Chemie-Führer nach *„sehr zähen und äußerst schwierigen Verhandlungen"* von etwa 150 Stunden Dauer („Tagesspiegel", 13.7.77) einem Sozialplan zugestimmt haben. IG-Chemie-Führer Wingefeld rechtfertigte die Einigung über den Sozialplan, dessen *„Ergebnis nicht befriedigen könne"* (!) damit, daß *„trotz einhelliger öffentlicher Verurteilung der beabsichtigten Teilstillegung"* diese nicht verhindert werden konnten („Tagesspiegel", 13.7.). Es ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern im Einklang mit dem Westberliner Senat mit einer neuen Variante gelungen, den Kampf der Spinne-Kollegen gegen die Massenentlassungen zu verhindern: Mit der Demagogie, daß die Massenentlassungen nur durch eine breite Öffentlichkeit und eben nicht durch den betrieblichen Kampf hätten verhindert werden können. Die Spinne-Belegschaft wurde damit übers Ohr gehauen.

KB/Gruppe Westberlin

Druck

BR-Wahl bei Bauer: Eindeutiger Rechtsrutsch

Hamburg: Am 5.7. wurde bei "Bauer-Druck Köln/Zweigniederlassung Hamburg", dem in Hamburg verbliebenen technischen Betrieb des Heinrich-Bauer-Verlages, ein neuer Betreibsrat (BR) gewählt. Diese Wahl fand ein Jahr vor den allgemeinen Betriebsrätewahlen statt, nachdem - wie im AK berichtet - der Hamburger Betrieb in zwei "eigenständige" Firmen geteilt worden ist.

Vertreten sind in dem jetzt siebenköpfigen BR (sechs Mitglieder der DruPa und ein Unabhängiger) wesentlich zwei politische Kräfte: Zum einen Vertreter der "gestandenen" BR- bzw. Vertrauenskörper-Garde, die den - mitunter etwas links aufgemachten - offiziellen Gewerkschaftskurs repräsentieren.

Diese Linie besetzt die ersten beiden Plätze. Der zukünftige BR-Vorsitzende Krieger (139 Stimmen) macht die Fortsetzung der Politik des alten Betriebsrates, dem er auch angehörte, zu seinem Programm. Und diese Politik hatte einen beträchtlichen Anteil daran, daß die Massenentlassungen, die vor einem halben Jahr bei Bauer 400 Kollegen den Arbeitsplatz gekostet haben, relativ reibungslos über die Bühne gingen, indem nach Abgabe einiger "linker" Sprüche doch auf der Sozialplan orientiert wurde. Statt einer Auseinandersetzung mit diesem Ergebnis fällt Krieger dazu nur ein: *„Künftigen Rationalisierungen muß man verstärkt (?) mit Hilfe der Gewerkschaft begegnen."* Den Sozialplan erwähnt er noch ausdrücklich in der Reihe seiner Verdienste. Außerdem fördert er b e w u ß t Illusionen, wenn er zu einem der wichtigsten Punkte seines Programms die zu erstrebende Zusammenarbeit mit dem BR der "Mutterfirma" in Köln macht. Noch vor wenigen Monaten hat der alte Hamburger BR, zu dessen Köpfen er zählte, auf Betriebsversammlungen zu verschiedenen Gelegenheiten darüber geklagt, wie unmöglich unkooperativ sich dieser Kölner BR benimmt.

Auf dem 3. und 4. Platz folgt ein Zweiergespann mit Welzmüller (130Stimmen) und Wittkop (91 Stimmen), das sich dieser Position gegenüber deutlich nach rechts absetzt. Wittkop ist vor einiger Zeit aus der DruPa ausgetreten. Aber dieser Herr ist der Drupa-Linken noch bestens bekannt, als er 1971 zusammen mit der Drupa-Führung die Diffamierungskampagne gegen die sich formierenden oppositionellen Kollegen einleitete, deren Resultat heute etliche Ausschlüsse sind.

Einbruch nach rechts!

Die Wahl dieser beiden mit ca. 30 % der für den Betriebsrat abgegebenen Stimmen bedeutet gegenüber der BR-Wahl 1975 einen klaren Rechtsrutsch.

Während im alten BR immerhin Ansätze einer bescheidenen Linksopposition gegenüber der nach wie vor tonangebenden "Drupa-Linie" vorhanden waren, existiert eine solche Position in diesem BR nur noch durch einen Kollegen. Im neuen BR wird vor allem Druck von rechts gemacht werden. Der erneut in den BR gewählte Wittkop ist schon mit einer Kampfansage in die Wahl gezogen: *„ ... ein neuer Anfang mit der Betriebsratsarbeit für uns alle! ... Die total erstarrten Verhandlungsfronten müssen sachlichen, flexiblen Verhandlungsformen weichen."* (Alle Zitate aus der vom Wahlausschuß herausgegebenen Broschüre mit den kurzgefaßten Wahlvorstellungen aller Kandidaten.) Das heißt ja wohl nichts anderes, als sich darauf zu verpflichten, daß sich weiteren Angriffen der Kapitalisten noch williger ("flexibler") untergeordnet wird.

Ähnlich, eher noch eindeutiger schreibt Schichtführer Welzmüller, daß *„ein aktiver Betriebsrat zwar nicht die Arbeitsplätze garantieren kann – das liegt nach wie vor (!!) im Bereich ‚unternehmerischer Freiheit'..."*; und weiter: *„...schließt* (er) *eine sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht aus, da die Scherheit der Arbeitsplätze nicht zuletzt auch davon abhängt, inwieweit der Betrieb seine ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann."* Für die Leistungsfähigkeit des Betriebes (d.h. optimale Arbeitsauspressung der Kollegen) zu sorgen, davon wird er als Schichtführer sicherlich etwas verstehen.

Die Kollegen in die Knie gezwungen ?

Hintergrund dieses Rechtsrucks ist, daß die Kapitalisten ihre Umstrukturierungspläne und Rationalisierungen ungehindert durchsetzen konnten. Hatte es 1975 als die Verlegung der Produktion von Hamburg nach Köln bekannt wurde, seitens der Linken noch Versuche gegeben, den Kampf gegen dieEntlassungen anzukurbeln, so gab es jetzt bei der Betriebsteilung überhaupt keine Gegenwehr mehr.

1975 hatten die Linken eine Resolution verabschiedet, in der die Verlegung der Produktion und der damit verbundene Verlust von 400 Arbeitsplätzen abgelehnt wurde. Zudem wurden die Drupa und die Betriebsräte und Vertrauensleute der anderen Hamburger Druckbetriebe aufgefordert, *„uns bei der Erhaltung unserer Arbeitsplätze nach Kräften zu unterstützen."* (s. AK 67)

Dieser Resolution, die vom Vertrauensleutekörper unterzeichnet war, wurde eine Resolution des stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden Metzinger und des damaligen Betriebsratsvorsitzenden Neumann entgegengesetzt. Kern dieser letztgenannten Resolution war, an die Kapitalisten zu appellieren, von ihren Umverlegungs- und Stillegungsplänen abzusehen.

Auch angesichts weiterer Rationalisierungen, die bei Bauer anstehen, wagten die linken Kräfte diesmal nicht, den Kurs der ‚Sozialpartnerschaft' anzugreifen. Im Wesentlichen versprachen die zahlreichen linken Kollegen auf der Kandidatenliste eine bessere Informationspolitik. Genutzt hat ihnen die Zurückhaltung in der Auseinandersetzung nicht; sie verloren einen Großteil der Stimmen.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Punkte seines Programms die zu erstrebende Zusammenarbeit mit dem BR der "Mutterfirma" in Köln macht. Noch vor wenigen Monaten hat der alte Hamburger BR, zu dessen Köpfen er zählte, auf Betriebsversammlungen zu verschiedenen Gelegenheiten darüber geklagt, wie unmöglich unkooperativ sich dieser Kölner BR benimmt.
Auf dem 3. und 4. Platz folgt ein Zweiergespann mit Welzmüller
Ähnlich, eher noch eindeutiger schreibt Schichtführer Welzmüller, daß „ein aktiver Betriebsrat zwar nicht die Arbeitsplätze garantieren kann – das liegt nach wie vor (!!) im Bereich ‚unternehmerischer Freiheit'..."; und weiter: „...schließt (er) eine sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht aus, da die Scherheit der Arbeitsplätze nicht zuletzt auch davon abhängt, inwieweit der Betrieb seine ihm gestellten Auf-
lisierungen, die bei Bauer anstehen, wagten die linken Kräfte diesmal nicht, den Kurs der ‚Sozialpartnerschaft' anzugreifen. Im Wesentlichen versprachen die zahlreichen linken Kollegen auf der Kandidatenliste eine bessere Informationspolitik. Genutzt hat ihnen die Zurückhaltung in der Auseinandersetzung nicht; sie verloren einen Großteil der Stimmen.
Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kündigungsstall Peute-Druck: Märchenerzähler am Werk

Hamburg: Zum Kündigungsschutzprozeß des gekündigten Kollegen U.B. (siehe AK Nr. 106, S. 16) legte die Geschäftsleitung von Peute-Druck die Begründung für die Kündigung vor.

Insgesamt handelt es sich um acht Seiten, auf denen die "Vergehen" des Kollegen festgehalten werden. Kein einziger Punkt würde für eine Kündigung auch nur annähernd ausreichen, weshalb die Geschäftsleitung gleich ihren ganzen Erfindungsreichtum präsentiert.

Dem Kollegen wird vorgeworfen: Er habe

„ - seinen Dienst nachlässig versehen, sich des öfteren unerlaubt von seinem Arbeitsplatz entfernt und Eigenmächtigkeiten begangen.
- Anordnungen der Beklagten nicht befolgt, sich wiederholt widersetzlich verhalten und gegenüber Vorgesetzten einen Ton angeschlagen, der noch nicht einmal unter Gleichgeordneten hinnehmbar ist.
- sich in Angelegenheiten eingemischt, die ihn nichts angingen.
- die betriebliche Ordnung gestört.
- unter Aufstellung unrichtiger Behauptungen unerlaubt gefehlt.
- sonst eigenmächtig gehandelt."

Belegt wird alles mit "Zeugen", d.h., ganz miesen Denunzianten der Geschäftsleitung.

Hauptzeugen sind die beiden Schichtführer und Vertrauensmänner (!!) Teune und Adamenko, sowie der Abteilungsleiter Gotzel. Zeitweilig enthält die Begründung regelrecht Comiccharakter, wie folgende beiden "Gesprächswiedergaben" zeigen:

1. *"M (gemeint ist Geschäftsführer Manko): Was machen S i e denn da?*
   Kl. (Kläger, gemeint ist der Kollege): Ich esse (!).
   M: Nicht jetzt!
   Kl.: Ich habe Hunger.
   M: Gehen Sie an Ihre Arbeit.
2. *Kl.: Halt's Maul und scher Dich weg.*
   A (gemeint ist Adamenko): Was hast Du gesagt, sag' das noch einmal.
   Kl.: Halt's Maul und scher Dich weg."

Neben diesen "Verstößen" wird dem Kollegen noch vorgeworfen, daß er Matthöfer beleidigt habe: Auf ein Plakat zum 1. Mai soll er die Bemerkung "Matthöfer ist Scheiße" geschrieben haben, und dies sei weder im Interesse der Geschäftsleitung noch im Interesse der Belegschaft.

Daß auf dem Plakat tatsächlich "Matthöfer; Nein Danke" stand und dies am diesjährigen 1. Mai eine breite gewerkschaftliche Forderung war, stört die Betriebsräte in einem gewerkschaftseigenen Betrieb überhaupt nicht.

Einzig und allein mithilfe von Märchen der Schichtführer, bzw. direkt des Abteilungsleiters versucht die Geschäftsleitung den Kollegen B. also loszuwerden.

Und solch einer Kündigung hat der Betriebsrat mit 6:1 Stimmen zugestimmt! Falls Peute-Druck mit dieser Kündigung durchkommt, könnte es ähnliche Kündigungen vor allem vor den bald anstehenden BR-Wahlen geben.

Nächster Prozeßtermin: 23.9.77, 11.45 Uhr, Arbeitsgericht Max-Brauer-Allee.

Ein Genosse von Peute-Druck

Hamburger Solidaritätsaktionen mit dem Bremer Druckerstreik

Hamburger Solidaritätsaktionen mit dem Bremer Druckerstreik



Eine kurze Übersicht über die Geldsammlungen in Hamburger Druckbetrieben zur Unterstützung der Kollegen vom „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" ergibt – nach dem, was wir in Erfahrung bringen konnten – folgendes Bild:

- Springer: ca. 2000,- (im Arbeiterbereich)
- Graphische Jugend: ca. 1000,-
- Broschek: 672,- (erste Geldsammlung bei Broschek überhaupt)
- Bauer: 327,-
- Pergamos: 110,- (das sind in diesem Betrieb durchschnittlich 10,- pro Kollege)
- Sülter: 100,-
- Sparte Angestellte: 381,-
- eine Sammlung hat ebenfalls bei Gruner & Jahr stattgefunden. Das Ergebnis lag uns nicht vor.

Damit sind in Hamburger Druckbetrieben mindestens 4600 DM zur Unterstützung der Bremer Kollegen gesammelt worden – wobei diese Liste nicht unbedingt vollständig ist.

Einige Einzelheiten aus dem Zustandekommen und dem Ablauf dieser Sammlungen bestätigen jedoch unsere Einschätzung, daß die Gewerkschaftsführer und ihr Anhang ihre Unterstützung des Bremer Streiks eher in leeren Phrasen zeigten. So spielte sich auf der 7. Delegiertenversammlung der DruPa in Hamburg, die noch in die Zeit des Streiks fiel, folgendes ab: Die aus Bremen extra angereisten Kollegen wurden vom Hamburger Vorstand mit der Bemerkung empfangen, man wüßte im Vorstand gar nichts von einer Einladung an die Bremer Kollegen. Im Weiteren weigerten sich Heinz Wolf (Hamburger Ortsvereinsvorsitzender) und der 2. DruPa-Vorsitzende Ferlemann, sich für eine offizielle Unterstützung des Streiks beim Hauptvorstand stark zu machen. Daß der Bremer Betriebsrat überhaupt zu Wort kam, verdankte er lediglich der solidarischen Stimmung der großen Mehrheit der anwesenden Kollegen. Dasselbe gilt für die Verabschiedung eines Unterstützungsaufrufs, der von den Linken gestellt wurde.

Zum anderen ist – neben einzelnen Initiativen schon vor der Delegiertenversammlung – in den Betrieben wiederum in aller Regel von den Linken für die Realisierung der Unterstützung gesorgt worden. Es ist schon grotesk, wenn z.B. bei Sülter die sozialdemokratischen Vertrauensleute n a c h dem Beschluß der Delegiertenversammlung sich noch im Vorstand rückversichern müssen, bevor sie meinen, eine Sammlung zulassen zu können.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitslose Frauen und Nazi-Ideologie von der »Doppelverdienerin«

Die technische Umwälzung und Rationalisierung in der Druckindustrie hat in den letzten Jahren zigtausende von Arbeitsplätzen zerstört.

Dabei sind mehr als 25.000 Frauen davon betroffen. Durch die Einführung der elektronischen Satztechnik und dem OCR-Verfahren (siehe Artikel in diesem AK) werden noch mehr frauenübliche Tätigkeiten, wie Schreibkräfte, Perforatorinnen und Beschäftigte in der Buchbinderei wegrationalisiert.

Im neuen Zentralorgan der "Drupa" wird aufgrund dieser Tatsache besonders bemängelt, daß Betriebsräte und Vertrauensleute meist untätig zusehen und den Entlassungen nichts entgegensetzen. Dadurch werde gerade das 'Recht auf Arbeit' für die Frauen nicht ernst genommen.

Hintergrund dieser Untätigkeit ist, wie Karin Roth im Zentralorgan schreibt, daß viele Funktionäre die Frau nur als Zusatz- bzw. Doppelverdienerin sehen. Diese Einstellung hindere die Funktionäre daran, die Probleme der Frauen anders anzupacken. Karin Roth weist darauf hin, daß diese Ideologie aus der Naziherrschaft stammt: *„Im übigen sollten wir auch sehen, daß das Wort 'Doppelverdienerin' eine Sprachschöpfung aus der finsteren Zeit deutscher Geschichte - der Nazizeit ist. Als diese in der Zeit von '33 - 38' die Arbeitslosigkeit 'überwanden', schufen sie Arbeitsplätze dadurch, daß sie Maßnahmen steuerlicher Art gegen das 'Doppelverdienertum' ergriffen, die die Berufsarbeit der verheirateten Frauen sinnlos werden ließen."* Zentralorgan Nr. 14/1977).

Parallelen hierzu braucht man nicht lange zu suchen. Kultusminister Hahn, Baden-Württemberg, forderte die„ *höhere Steuerbelastung für Doppelverdiener, um damit mehr Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge freizumachen"* (Stuttgarter Nachrichten vom 20.6.77).

Umso bedenklicher erscheint es jeder fortschrittlichen Gewerkschafterin, wenn wie das Zentralorgan betont, diese Ideologie auch in den Reihen der Gewerkschaft den gewerkschaftlichen Kampf für die Interessen der Frauen behindert.

Von diesen Gewerkschaftern gibt es auch mehrere in der Führung des Hamburger Ortsvereins. So weigerte sich der Frauenausschuß und der Ortsvorstand im Druckerstreik 1976, die Frauen besonders anzusprechen, sie durch Flugblätter und Aktionen geziehlt in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen, zumal der Organisierungsgrad der Kolleginnen nur bei 18,6 % liegt.

Die Hauptarbeit des Frauenausschusses liegt darin, "frauentypische" Freizeitbeschäftigungen nach "Planten un Blomen" oder ins Theater zu organisieren. Kolleginnen, die gerade die Probleme, die jetzt im Zentralorgan aufgegriffen worden sind, diskutieren wollen, sind nicht gerne gesehen.

Eine Genossin aus dem Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



HBV

Dresdner Bank Hamburg
Peter Haß muß Betriebsrat bleiben!

Wie bereits im AK 105 gemeldet, hatte die rechte Betriebsratsmehrheit der Dresdner Bank im Arbeitsgerichtsverfahren gegen das BR-Mitglied und AKW-Gegner Peter Haß eine Schlappe erlitten. Das Gericht hatte den Antrag auf Amtsenthebung aus dem Betriebsrat zurückgewiesen. Der Antrag war auf Betreiben der Geschäftsleitung gestellt worden, weil Peter Haß im Betrieb für die Brokdorf-Aktion Flugblätter verteilt hatte und auch darüber mit Kollegen am Arbeitsplatz diskutiert hatte.

Aufgrund der inzwischen vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung beschloß nun die rechte BR-Mehrheit am 20.7. mit zwölf gegen sechs Stimmen, gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes Hamburg beim Landesarbeitsgericht Beschwerde einzulegen.

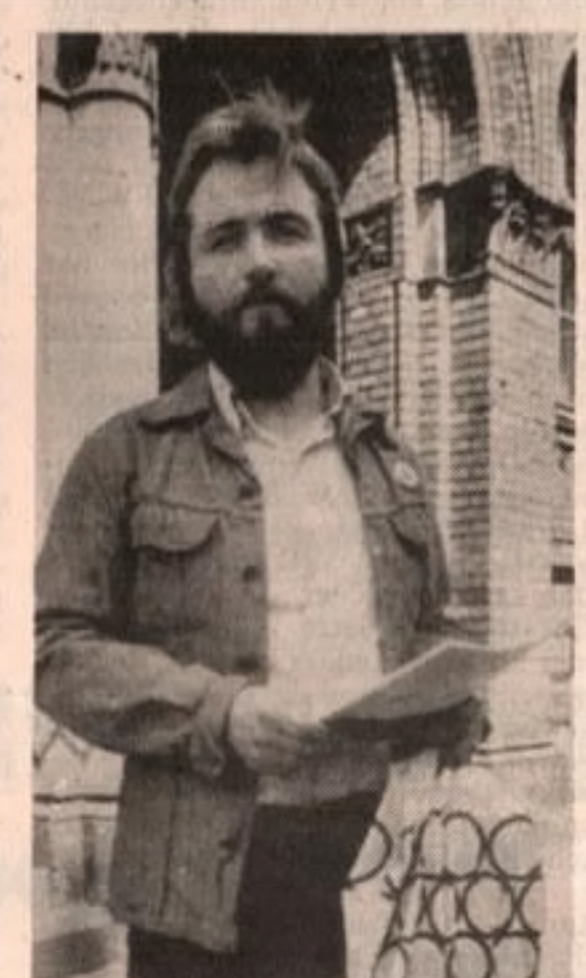
Als Fortschritt kann bewertet werden, daß alle HBV-BR's mit Nein gestimmt haben. Im Januar hatten sie mit einer Ausnahme noch für das Amtsenthebungsverfahren gestimmt. Ihre Neinstimme versuchten einige HBV-BR's auf einer Sitzung der Betriebsgruppenleitung mit den HBV-BR's am 19.7. allerdings damit zu erpressen, daß sie davon ausgingen, daß jetzt die Kritik von seiten außerbetrieblicher Gruppen (gemeint war wohl die Bürgerinitiative Angestellte gegen AKW's) gegen sie unterbleiben würde. Im übrigen existiert auch immer noch der auf Betreiben des Betriebsgruppensprechers H. Lohse zustandegekommene Beschluß des Vertrauensleutekörpers, einen Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft zu unterstützen. Wohl auch aufgrund der breiten Solidarität mit dem Kollegen Haß ist dieser Antrag bis heute allerdings noch nicht an die Gewerkschaftsbürokratie weitergeleitet worden.

Der Beschluß des VLK muß endlich rückgängig gemacht werden!

Wie der Beschluß vom 20.7. zeigt, ist die rechte Mehrheit des BR im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber nach wie vor gewillt, einen aktiven AKW-Gegner exemplarisch zu disziplinieren. Hatte doch das Arbeitsgericht einige auch für andere Betriebe interessante Feststellungen getroffen. So ist der Urteilsbegründung zu entnehmen, daß der Kollege Peter Haß durch das Verteilen der Flugblätter im Betrieb nicht gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung verstoßen hat:

„*Einmal ist die Stellungname gegen Atomkraftwerke keine Parteipolitik. Es läßt sich nicht feststellen, welche der bestehenden Parteien im Sinne des Parteiengesetzes für oder gegen Atomkraftwerke sind. Vielmehr zeigt sich, daß nahezu in allen Parteien Befürworter und Gegner zu finden sind. Die Gegner der Atomkraftwerke haben sich soweit bekannt auch nicht als Partei organisiert. Allenfalls ist eine lose Organisation in Bürgerinitiativen erfolgt. Diese Initiativen betreiben keine Parteipolitik im Sinne des BVG*".

Und zur Frage, ob der Kollege Haß die Friedenspflicht verletzt habe, stellt das Arbeitsgericht u.a. fest: **„Der Arbeitsplatz stellt nicht nur die Möglichkeit dar, ‚das Brot zu verdienen', sondern der Arbeitnehmer trachtet auch danach, seine Lebensbedingungen zu erkennen und sie gegebenenfalls zu verändern. Um dieses zu erreichen, muß sich der einzelne mehr denn je mit bestimmten Kräften unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Dazu gehört auch die Diskussion am Arbeitsplatz."**



Die superrechten Betriebsräte und die Geschäftsleitung erhoffen sich nun beim Landesarbeitsgericht einen Richter, der noch weiß, was „Recht und Gesetz" in i h r e m Sinne ist ... Daraus wird hoffentlich nichts werden!

Peter Haß muß Betriebsrat bleiben!
Gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern!
Schluß mit der Verfolgung von AKW-Gegnern im Betrieb, in der Gewerkschaft und anderswo!

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg
Gekündigter Kollege trat auf Betriebsversammlung auf

Am 15.7. fand die zweite Betriebsversammlung (BV) der Iduna Allgemeine in diesem Jahr statt.

Am frühen Morgen vor der Versammlung fand noch in aller Eile eine Sondersitzung des BR statt, denn die lang angekündigte BV war auf einmal in Frage gestellt.

Der Grund für all diese Aufregung war eine gewonnene Einstweilige Verfügung (EV) des Kollegen A.Piltz. Die DAG-Mehrheit des BR hatte es vorher ausdrücklich abgelehnt, das vom Hausverbot der Geschäftsleitung betroffene BR-Mitglied zur BV einzuladen.

Der Kollege A.P. beantragte dagegen eine EV und das Gericht bestätigte ihm, daß er als Arbeitnehmer des Betriebes an der BV teilnehmen darf. Bei den rechten BR's sah man nur fassungslose Gesichter.

Die Geschäftsleitung (Gl) erzählte allen Ernstes, die DV sei nicht rechtswirksam und sie würde auf der BV nicht erscheinen, wenn der BR nicht sein Hausrecht dazu nutze, den Kollegen rauszusetzen. Deshalb also in aller Eile diese Sondersitzung, denn der BR spielte mit dem Gedanken, die BV tatsächlich aufgrund der „ungewöhnlichen Situation" ausfallen zu lassen. Nun, sie fand doch statt (nur zwei Rechtsaußen des BR stimmten dagegen). Als Entscheidungshilfe dürfte wohl das „Iduna-Info" (des KB), das die Kollegen morgens über diese Auseinandersetzungen informierte, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Mit einer Absetzung der BV hätte der BR in dieser Situation kaum gut dagestanden.

Auf der BV gab sich der BR ganz neutral, kein Wort zu den Auseinandersetzungen im BR und um das Hausverbot des Kollegen P.; kein Wort der Erklärung, warum der BR den Kollegen nicht einladen wollte. Die ganze Situation war dem BR-Boß Arndt sichtlich peinlich. Die GL erschien nicht. In ihrem Namen verlas Hinneburg, Boß der Rechtsabteilung, eine Stellungnahme, in der die Rechtswirksamkeit der EV angezweifelt wurde, weil

- eine andere Kammer des Arbeitsgerichts diese EV entschieden hat,
- keine Widerspruchsmöglichkeit mehr blieb (zeitlich) und
- weil der Entscheid durch das Gericht zugestellt wurde und nicht durch einen Beauftragten des Kollegen.

Ausdrücklich wurde der BR auf sein Hausrecht aufmerksam gemacht, der Vorstand erbot sich, sofort zu kommen, wenn die BV ohne den „*unrechtsamen Teilnehmer*" stattfände. Aber das zu befürworten wagten noch nicht einmal die ganz Rechten. Versucht wurde allerdings, dem Kollegen durch die DAG-Größe Niendorfer einen Maulkorb zu verpassen: Er behauptete, der Kollege A.P. hätte nur das Recht, sich zu informieren und Fragen zu stellen, sonst nichts. Aber auch für diesen Versuch fand sich kein Verständnis bei der großen Mehrheit der Kollegen. Der Kollege nahm zum Vorgehen der Gl und zu seinen Prozessen Stellung. Gleichzeitig bot er dem BR seine Gesprächsbereitschaft an, um die „in letzter Zeit aufgetretenen Differenzen" zu klären. Man wird sehen, wie weit das Interesse dieses BRs dazu reicht. Einiges Unbehagen bei ganz bestimmten Leuten löste noch die Ankündigung des Kollegen P. aus, daß er zur nächsten BR-Wahl kandidieren wolle.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

BfG Hamburg
Mit eingesetztem Vertrauens körper in die BR-Neuwahl ?

Mit Schreiben vom Juni 1977 wandte sich der Fachabteilungsvorstand Banken der HBV/Hamburg an alle Kollegen des gewerkschaftseigenen Betriebes Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), um ihnen die Neuigkeit zu übermitteln, daß die Gewerkschaft HBV 1974 (!) beschlossen habe, Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit aufzubauen.

Diese Tatsache mag verwundern, wenn man nicht weiß, daß es im gewerkschaftseigenen Betrieb keine Gewerkschaftarbeit gibt. Es existiert kein Vertrauenskörper, es existiert keine gewerkschaftliche Betriebsgruppe, und seitens des Betriebsrates (der all diese Aufgaben in Personalunion ‚meistert') werden gewerkschaftliche Informationen, wie z.B. das „HBV-Info" nicht verteilt. Der einzige Verteiler, den es für solche Informationen evt. mal gibt, läuft entweder – mit je einem Exemplar zum Abzeichnen pro Abteilung – über die Abteilungsleiter oder über besonders interessierte Kollegen.

Das soll sich ja nun ändern! Jeder Kollege wird jetzt gebeten, „*uns auf anhängendem Fragebogen mitzuteilen, ob Sie Interesse haben, als Vertrauensmann zu fungieren oder die Arbeit des Vertrauenmannes zu unterstützen.*" In sage und schreibe 9 Zeilen wird den Kollegen dazu „erläutert", was die Aufgaben der Vertrauensleute sind, wobei zuvorderst natürlich Hilfsdienste zur Durchsetzung der Politik der Gewerkschaftsführung stehen („Beschlüsse ... bekanntzugeben ... und darauf zu achten, daß sie eingehalten werden"). Es ist offensichtlich, daß der Fachabteilungsvorstand nicht die Weckung von Initiativen der Kollegen selbst damit im Auge hat, sondern ein paar Leute herauszufinden, die „an einem Posten interessiert" sind und die dann durch den Vorstand ihre Weihe als Vertrauensmann erhalten. Wenn es anders wäre: Warum wird keine offene Diskussion über den Stand der gewerkschaftlichen Arbeit bei der BfG auf einer betrieblichen Mitgliederversammlung durchgeführt, auf der die Mitglieder selbst auch beraten und beschließen könnten, welche Aufgaben am dringendsten für einen Vertrauenskörper anstehen?

Hinzu kommt, daß für die Kollegen leider recht unkontrollierbar bleibt, was mit dem Fragebogen passiert (die bisherigen Erfahrungen mit Fragebogenaktionen waren oftmals so, daß man nie wieder davon hörte).

So bleibt auch der Verdacht nicht aus, daß diese plötzliche „Aktivität" schon im Hinblick auf die Betriebsrätewahlen im März 1978 gemacht wird, um sich schon mal über den Kreis möglicher Kandidaten einen Eindruck zu verschaffen.

Dürfte es doch bei der nächsten Wahl noch mehr Kollegen auffallen, daß mit der Beförderung der Betriebsratsvorsitzenden zur **Prokuristin** (!) und Zweigstellenleiterin nunmehr drei Prokuristen einen Posten im Betriebsrat „bekleiden". Prokuristen sind in der BfG laut Betriebsvereinbarung k e i n e leitenden Angestellten, wenngleich auch ihr Gehalt außerhalb des Tarifvertrages ausgehandelt wird. Bei dem 500-Leute starken Betrieb gibt es nämlich nur ganze drei leitende Angestellte (selbst Abteilungsdirektoren dürfen kandidieren und gewählt werden).

Darauf zu achten, daß jetzt nicht ein Vertrauenskörper als Kontrollorgan g e g e n etwaige Aktivitäten der Kollegen aufgebaut wird, ist auch deshalb wichtig, weil zum Ende des Jahres 77 in der BfG einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen anstehen: So wird das Buchungssystem auf das sogenannte „on-line" Verfahren umgestellt, was die Direktbuchung vom Kassenschalter zum Zentralcomputer erlaubt, wobei die traditionelle „Giroabteilung" (Kontoführung, Dauerauftragsabteilung, Überweisungs- und Scheckabteilung) aufgelöst bzw. erheblich eingeschränkt und in ihren Aufgabenbereichen verändert wird.

Hier wird es sicherlich notwendig, daß sich Kolleginnen und Kollegen über diesen Saftladen mal unterhalten und eigene Aktivitäten entwickeln!

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer Versicherung
Die DAG läutet den BR-Wahlkampf ein

Hamburg. Unter redaktioneller Leitung des Betriebsratsvorsitzenden der Hamburg-Mannheimer (HM), Kolberg, erschien Anfang Juli 1977 die erste Ausgabe der DAG-Betriebszeitung „Kontakte". Das heißeste Thema war die von den HM-Kapitalisten vorbereitete Dezentralisierung des Unternehmens auf die Geschäftsstellen.

Nach bereits vollzogener Mitarbeiter-Einsparung bei den Geschäftsstellen (180 Kollegen werden derzeit wieder „freigesetzt"), erhöhtem Leistungsdruck, Automatisierung etc. folgt nun die bereits geplante Dezentralisierung mit möglichen Mitarbeiter-Einsparungen bei der Hauptverwaltung.

„*Verschiedene Aussagen des Vorstandes* (gegenüber dem Gesamtbetriebsrat und dem Wirtschaftsausschuß, die Red.) *lassen vermuten, daß langfristig besonders im Verwaltungsbereich der Hauptverwaltung, aber auch auf den Geschäftsstellen, eine erhebliche Anzahl der heutigen Arbeitsplätze entfallen werden*" („Kontakte", S. 7).

Die DAG und der BR streben „*den Abschluß eines Sozialplans an, der Kündigungen ausschließen und Versetzungen mit allen denkbaren Hilfestellungen ... ermöglichen soll.*" (ebenda)

Die Antwort der Kapitalisten kam prompt. Am 11.7.77 erließ der Vorstand der HM ein Rundschreiben an alle Mitarbeiter. „Richtiggestellt" wird dort, daß eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen nicht (!) gefährdet ist. Solch eine Behauptung wird nach Ansicht des Vorstandes „*wider besseres Wissen aufgestellt*".

Der DAG-Betriebsgruppe wird vorgeworfen, sie spiegele eine Gefährdung der Arbeitsplätze vor und betreibe Panikmache. Von den Herausgebern will der Vorstand wegen dieser „Mißgriffe" Rechenschaft verlangen.

Die DAG als linker Anwalt der Kollegen?

Unseres Wissens gehört eine DAG-Zeitung mit solchen Inhalten wie „Kontakte" bisher zu den absoluten Ausnahmen der DAG-Politik. Nichtsdestoweniger reagieren die Kapitalisten in ungewöhnlicher Schärfe. Da ist für die Kollegen bei HM sicherlich einiges Böses im Busch.

Noch im Herbst 1975 trat bei der Iduna ein DAG-Vorstandssprecher bei einer Betriebsversammlung auf und wies empört ein Flugblatt der HBV-Betriebsgruppe, das von drohenden Entlassungen im Versicherungsgewerbe sprach, als Panikmache und linksradikales Geschreibsel zurück. Seinerzeit, gut ein halbes Jahr nach den Betriebsratswahlen, beabsichtigte die DAG damit, linke und fortschrittliche Kollegen zu isolieren. Heute, ein halbes Jahr vor den BR-Neuwahlen, versucht die DAG offenbar mit etwas „linkerem" Auftreten, Stimmen zu gewinnen. Ihre Vorschläge, über einen Sozialplan Kündigungen zu verhindern, haben allerdings einen Nachteil: Die Kapitalisten müssen dem zustimmen. Wie das erreicht werden soll, läßt die DAG-Betriebsgruppe offen.

Es ist darüberhinaus zu vermuten, daß die DAG nach der nächsten BR-Wahl ihre offene Kritik an der Geschäftsleitung sehr schnell wieder fallenlassen wird. Böses ahnen läßt bereits, was DAG-Sekretär Maurer über die „Kampfziele" seiner Zeitung durchblicken läßt: „*Keine bessere Bezeichnung drückt genau das aus, was „Kontakte" der DAG-Betriebsgruppe Hamburg-Mannheimer Versicherungen will: Kontakte aufnehmen und gewinnen, Kontaktarmut verhindern und Kontaktmangel abbauen, Kontaktlosigkeit und Kontaktschwäche beseitigen, Kontaktstoffe schaffen und Kontakte pflegen*" („Kontakte", S. 2 und 3).

Derartiger Schmus hat noch immer für Kungeleien mit der Geschäftsleitung auf Kosten der Kollegen hergehalten.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Neuer Gehaltstarif bei co op

Nach den üblichen „zähen" und „mehrstündigen" Verhandlungen, die am 15.7. stattfanden, wurde rückwirkend zum 1.7.77 für die kaufmännischen Angestellten der gewerkschafteigenen co op Handels- und Produktions AG und deren Gesellschaften ein neuer Gehaltstarifvertrag ausgehandelt: Linear liegen die Erhöhungen bei rd. 6,5%. Diese Verhandlungen stellen keine Besonderheit gegenüber dem Tariftheater der Vorjahre dar. Allerdings nahmen dieses Jahr noch weniger Kollegen als sonst wahr, daß über neue Gehaltstarife verhandelt wurde. Außer der schon traditionellen Fragebogenaktion, die die HBV durch eine wiederauferstandene Betriebsgruppe startete, erfuhren die Kollegen überhaupt nichts . . . bis zum Ergebnis, das am Montag in edlem Wettstreit zwischen DAG und DGB-Gewerkschaften verbreitet wurde.

In der Tarifinformation der DGB-Gewerkschaften waren nicht einmal die Forderungen erwähnt (vielleicht wurden gar keine gestellt?). Die DAG teilte wenigstens mit, daß sie eine lineare Erhöhung um 8% gefordert hatte.

In einer Beziehung allerdings war die diesjährige Umfrage der HBV doch interessant: Am stärksten vertreten war die Forderung nach einem Sockelbetrag; keine %-Erhöhungen. Die Betriebsgruppe beschloß daraufhin eine Forderung von einheitlich DM 180; durfte aber auf Druck des Sekretärs und der Betriebs-Rechten dazu kein Flugblatt machen, da dies ja die Kapitalisten „hellhörig" machen und es außerdem noch keine Forderung der Großen Tarifkommission darstellen würde. Das ist total verrückt, da ja eben der DGB über seine BfG-Holding direkt bei co op drinnen sitzt. Vielleicht werden die Forderungen wegen der „Geheimhaltung im nächsten Jahr durch die Tarifkommission in Island beschlossen? Zweckmäßigerweise aber gleich gemeinsam mit dem Vorstand der co op. Die „Gemein"-Wirtschaft macht's möglich.

Co op-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

HBV-Westberlin gegen »Linksextrem-Psychopathen«

Mit wüster Hetze und Ausschlußanträgen versucht derzeit in West-Berlin die Führung der HBV, gegen Mitglieder der HBV aus dem Einzelhandel vorzugehen.

Am 30.5. d.J. erhielt der Kollege G. Bretschneider vom HBV-Hauptvorstand ein Schreiben, in dem der Verdacht geäußert wird, Bretschneider sei Mitglied der „KPD". Er wurde binnen einer Frist von 14 Tagen zur Stellungnahme aufgefordert („Rote Fahne", 8/28).

Bretschneider arbeitet in einem „Arbeitskreis Kaufhäuser von Mitgliedern der Gewerkschaft HBV" und ist bei Hertie/Turmstraße stellvertretender Betriebsgruppensprecher. Ihm wird konkret zur Last gelegt, er habe zum diesjährigen 1. Mai die Zeitung des gewerkschaftlichen Mai-Komitees mit Aufruf zur Demonstration der GEW-Westberlin verteilt.

Wie er u.a. in einer Dokumentation des o.g. Arbeitskreises schreibt, wurde am 9.6.77 die Zentrale Jugendgruppe der HBV aufgelöst, weil diese über drohende Gewerkschaftsausschlüsse beraten wollte.

Ob Bretschneider ausgeschlossen wurde, ist uns derzeit noch nicht bekannt.

Publikationsmonopol der HBV-Führer

Der Arbeitskreis „Kaufhäuser" hat sich u.a. in Flugblättern eigenständig gegen Rationalisierung im Einzelhandel und gegen die Schließung des Hertie-Betriebes in der Chausseestraße gewandt. Dabei wurde auch auf Rationalisierungsbeispiele der gewerkschaftseigenen co op hingewiesen.

Das alleine ist schon Grund für die HBV-Ortsführung, mit vollen Kanonen dagegen zu schießen.

Am 23.6.77 kam ein Flugblatt des HBV-Landesleiters Alles zur Verteilung, in der großaufgemacht gegen die *„Polit-Chaoten und Linksextrem-Psychopathen"* hergezogen wird: Die *„Arbeitnehmer des Einzelhandels sollten den ausschließlich anonym bleibenden Chaoten in jeder Phase der Auseinandersetzung jene Antwort geben, die diese bereits bei Wahlen wiederholt erhalten haben. MISSACHTUNG UND TIEFER HÄNGEN!" „Rechtliche Schritte der Gewerkschaft HBV gegen die „Aktivisten" werden geprüft. Das Landgericht Berlin hat am 19.9.1975 diese Bezeichnung* (gemeint ist „Arbeitskreis Kaufhäuser", die Red.) *untersagt."* (ebenda). Mit Hetze unter der Gürtellinie und den bürgerlichen Gerichten wird so wieder einmal versucht, einen gewerkschaftlichen Pluralismus zu zerschlagen und die Richtungsgewerkschaft weiter zu stärken.

Ein abschließendes Wort zur Dokumentation des „Arbeitskreises" und der Stellungnahme von G. Bretschneider. Er schreibt darin: *„Jede Kritik an den Gewerkschaftsführern, ...wird unterdrückt. Mitglieder von DKP/SEW aber, die für die unmenschliche Mauer, für die brutale Ermordung von Menschen an der Grenze, wie im Fall des italienischen Arbeiters Corghi und für die Ausweisung und Einkerkerung von Demokraten, die für Menschenrechte eingetreten sind, haben Platz in dieser Gewerkschaft."* Eine solche „Logik", die an der Stelle des eigenen Gewerkschaftsausschlusses quasi den Gewerkschaftsausschluß von Anhängern der DKP fordert, dient allerdings absolut nicht dazu, der Vorstandswillkür entgegenzutreten – und wird auch keine Unterstützung bei fortschrittlichen Kollegen finden.

Wo eigentlich sucht der Kollege die Bündnispartner für den Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie??!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kleider machen Gehaltserhöhung ... ?

Hamburg. Der linke und aus der Gewerkschaft HBV gefeuerte Betriebsratsvorsitzende der hageba (gehört zum co op-Konzern) hat die Gesellschaft wegen Nichtgewährung von Gehaltserhöhungen verklagt.

Vorangegangen war, daß er in den letzten beiden Jahren als einziger Kollege keine Gehaltserhöhung erhalten hatte. Anfragen, Beschwerden des Betriebsrates usw. blieben ohne Ergebnis, so daß schließlich die Klage eingereicht wurde. In der Klage wird die Nichtgewährung der allgemeinen

des Betriebsrates usw. blieben ohne Ergebnis, so daß schließlich die Klage eingereicht wurde. In der Klage wird die Nichtgewährung der allgemeinen

Gehaltserhöhung als Verletztung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und als Benachteiligung eines Betriebsratsmitgliedes dargestellt und die in den Jahren 1976 und 1977 den Angestellten gewährte durchschnittliche Gehaltserhöhung gefordert.

Soviel zum Sachverhalt.

Gegen die Klage verfaßte der Anwalt der Geschäftsleitung einen Schriftsatz, in dem lang und breit zu begründen versucht wird, daß dem Betriebsratsvorsitzenden eine Gehaltserhöhung angeblich gar nicht zustehe. Das dollste in diesem Schriftsatz ist aber, daß der Gl.-Anwalt einen „besonderen Umstand" ins Feld führt: *„Der Kläger bevorzugt – ohne daß die Beklagte ihm hieraus irgendwelche persönlichen Vorwürfe machen will – Freizeitkleidung. Die Beklagte ist weit davon entfernt, eine Kleiderordnung einzuführen. Sie ist aber, ob sie will oder nicht, darauf angewiesen, im Kontakt mit Geschäftsleitungsmitgliedern ihrer Auftraggeber selbst so aufzutreten, daß auch von dem äußeren Bild ein gewisser Rückschluß auf den Arbeitsstil der Beklagten möglich ist. Der Kläger trägt in der Regel einen völlig zerknitterten, zerbeulten und insgesamt ungepflegt aussehenden Jeans-*

stil der Beklagten möglich ist. Der Kläger trägt in der Regel einen völlig zerknitterten, zerbeulten und insgesamt ungepflegt aussehenden Jeans-

anzug oder eine entsprechend aussehende Zimmermannshose.

... Die Beklagte kommt daher aus Gründen, die ihr durchaus nicht lieb sind, in Schwierigkeiten hinsichtlich des vollwertigen Einsatzes des Klägers." (Zitat aus der Klagebeantwortung)

Als der betroffene Kollege diese „Begründung" bei den Kollegen bekanntgab, blickten erst mal viele erschrocken auf ihre Jeans, in der trüben Gewißheit, nun vielleicht keine Gehaltserhöhung mehr zu erhalten.

Mit Anzug wär' das nicht passiert?!

Co op-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW Bayern: Kein Protest mehr gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Die schon ein wenig zurückliegende Vertreterversammlung der GEW Bayern (25.6.77) erlaubt einen flüchtigen Einblick in die dort geführten politischen Auseinandersetzungen. Der bayerische Landesverband wird zu den „Linken" in der GEW gezählt. Er ist mit ca. 6.000 Mitgliedern der kleinste LV in der GEW. Dies hat seine Ursache darin, daß der bayerische Lehrerverein nicht wie ähnliche Verbände in anderen Bundesländern nach dem Krieg in die GEW integriert wurde, sondern bis heute als ständische Organisation weiterbesteht. Vorsitzender der GEW Bayern war seit 1963 Rolf Eckart, gestützt wurde der Vorstand durch SPD und DKP. Für den nicht wieder kandidierenden Eckart wurde jetzt Heinz Putzhammer als Vorsitzender gewählt, der auf derselben politischen Linie liegt. Er gewann mit 92 zu 55 Stimmen gegen Adam Stupp, der wesentlich vom Bezirksverband Mittelfranken unterstützt wurde, in dem das Sozialistische Büro über Einfluß verfügt.

Eckart hielt als „mündliche Ergänzung des Geschäftsberichts" eine Rede, aus der deutlich wird, wie die „linke" (?) Position der gegenwärtigen Mehrheitsströmung in der GEW Bayern aussieht. Er stellt zunächst fest, daß sich die politische Szene in der BRD zuungunsten der Gewerkschaften verändert habe, umgeht dabei aber eine Analyse der Situation durch die saloppe Charakterisierung der Politik der Herrschenden als „absurdes Theater". Nur, daß es eben k e i n „Theater" ist, wenn die SPD CDU-Politik macht, wie Eckart richtig feststellt, sondern harte bundesdeutsche Wirklichkeit.

Eckart meint sodann drei „wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Interessenvertretung und Bildungspolitik" für die GEW ausmachen zu können.

1. die „Bereitschaft zu wissenschaftlicher Analyse und Theoriediskussion" (wobei er als Beispiel ausgerechnet auf ein von Frister vor der LVV vorgetragenes Referat verweist – gab es da wirklich nichts Besseres anzubieten?!).
2. die „Stärkung unserer Organisation". Dabei macht Eckart die ziemlich platte Milchmädchenrechnung auf, dies sei die Voraussetzung dafür, daß die Forderung einer Fachgruppe zur Forderung der GEW Bayern werde, und hinter der stehe die GEW-Bundesorganisation und der „starke DGB" usw. (und hinter dem steht ... na, wer wohl?). Eckart will mit dieser „Argumentation" den (linken) Gegenkandidaten zu seinem Nachfolger, Stupp, treffen, dem er vorwirft, für eine „Autonomie" der GEW-Basiseinheiten und damit letztlich für eine Auflösung der GEW einzutreten. Tatsächlich ist dieser Angriff vollkommen deplaziert, da er auf Stupps Vorschläge gar nicht eingeht. Dieser hatte sich zusammen mit zwei weiteren Kollegen gegen eine Stellvertreterpolitik der GEW-Führung ausgesprochen (Politik „von oben nach unten", die die Kollegen nur als Statisten behandelt) und für eine Stärkung und Belebung der Betriebsgruppenarbeit, die angesichts der verschärften Repression besonders wichtig sei, um den Widerstand zu entwickeln.
3. Als dritte Voraussetzung für eine wirksame GEW-Politik nennt Eckart schließlich das „Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gemäß GEW-Satzung.

Daß er sich dabei bemüht, diesem „Bekenntnis" einen antifaschistischen Inhalt zu geben, ist lediglich als (ziemlich demagogischer) Legitimationsversuch zu werten. Tatsächlich geht es ihm um die Abgrenzung von kommunistischen Gruppen. Nach Eckart dürfe man erst dann Kritik an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und den Ausschlußverfahren üben, *„wenn wir uns von diesen Gruppierungen und Parteien eindeutig und entschieden distanzieren"*.

Dies sind doch recht neue Töne, denkt man daran, daß die bayerischen Delegierten in Mainz und Köln immerhin noch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gestimmt hatten. Auch Eckart hatte noch Ende letzten Jahres im Hauptvorstand der GEW Bund darauf aufmerksam gemacht, daß das Verfahren des DGB, Listen von Ausgeschlossenen zu verbreiten, unmöglich sei und der Reaktion und ihrer Berufsverbote-Politik in die Hände spiele (solche Listen hatte der rechtsradikale „Bund Freiheit der Wissenschaft" ergattern können und entsprechend weiterverbreitet!!).

Eckart setzte sich nun jedoch auf der Vertreterversammlung dafür ein, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zu behandeln, was ihm (u.a. mit Hilfe der DKP) auch gelang. Dadurch fielen insbesondere Anträge des Kreisverband Nürnberg und des Bezirksverband Mittelfranken unter den Tisch, auf dem kommenden Bundeskongreß der GEW die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu fordern. Dies schwächt zweifellos die Position der Linken auf dem Kongreß.

Wenigstens konnte eine Solidaritätsresolution mit den Streikvorbereitungen der Hamburger GEW verabschiedet werden. Welchen Wert dieser Beschluß für den bayerischen Landesvorstand besitzt, zeigt sich jedoch darin, daß der bayerische Vertreter im Hauptvorstand beim ersten Mal g e g e n den Streik stimmte und sich beim zweiten Mal der Stimme enthielt, als die Hamburger GEW dort die Durchführung des Warnstreiks beantragte.

D.h. daß Frister durchaus mit einer gewissen Unterstützung durch die jetzige bayerische Vorstandsmehrheit rechnen kann. Die Tatsache einer doch recht starken linken Minderheit auf der LVV der GEW Bayern läßt jedoch hoffen, daß diese – zumindest opportunistische – Politik nicht unwidersprochen bleibt.

Irre!

Gemäß der bekannten Parole *„Apel heißt er – uns bescheißt er"* hat der Hamburger Schulsenator wieder einmal zugeschlagen. Auf einer Pressekonferenz kündigte er 10.000 arbeitslose Lehrer für 1985 in Hamburg an. Apels pädagogisch sensationelle „Begründung", weshalb es ganz richtig sei, diese Lehrer nicht einzustellen: **„Dann wären zwar Klassen mit 14 bis 16 Kinden möglich. Aber sie seien nach dem Urteil der Pädagogen zu klein: Der Streß für die Schüler werde zu groß"** („Bild", 9.7.).

Glänzend! Wie man hört, soll Apels Behörde übrigens demnächst in „Amt für Volksverdummung" umbenannt werden.

Nur jeder 10. Lehrer wird eingestellt

In einer „Prognose zum Lehrerbedarf in Bayern" zeigt das Kultusministerium, daß in den nächsten zehn Jahren kaum Neueinstellungen erfolgen werden. Für den Zeitraum von 1979 bis 1989 werden von jährlich 16.250 Bewerbern für das Lehramt an Gynmasien nur 1.350 unterrichten können. Schon jetzt sind in Bayern 3.500 Lehrer arbeitslos, Anfang nächsten Jahres werden es 5.000 sein.

Die Massenarbeitslosigkeit für Lehrer würde noch extremere Formen annehmen, wenn sich KuMi Maier nicht eine „Reform" überlegt hätte: Er will in kurzer Zeit die vorhandenen Lehramtsstudienplätze radikal um 10.000 auf dann 21.500 kappen! Wie heißt es doch so schön: Bayern tut etwas für die Bildung seiner Kinder!

KB/Gruppe Nürnberg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents, Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 21000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,-
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
A. Neugebohrn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Backerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt a.M. 90
öffentliche Bürostunde Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Sonnabend 10.30 bis 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Generalangriff auf die zweite Ausbildungsphase

In vielen Bereichen, so bei den Lehrern, Juristen, Sozialpädagogen, Medizinern, Erziehern und Krankenpflegeschülern, ist die Ausbildung in zwei Phasen organisiert. Die zweite Ausbildungsphase verbindet Ausbildung mit praktischer Arbeit und wird daher im allgemeinen auch bezahlt. Im Zuge der verminderten Einstellungschancen nach der Ausbildung mehren sich die Angriffe von Staatsseite auf diese zweite Ausbildungsphase. Vor allem werden massive Lohnkürzungen vorgenommen, die bis zum Wegfall der Besoldung überhaupt gehen. Begründet wird dieser Lohnraub mit dem demagogischen Versprechen, durch das eingesparte Geld könnten mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Was es damit auf sich hat, soll in diesem Artikel untersucht werden.

Die Besoldung wird gesenkt ...

Bei den Anwärtern im öffentlichen Dienst hat das am 16.6. vom Bundestag verabschiedete 6. Besoldungserhöhungsgesetz einschneidende Verschlechterungen gebracht (vergleiche AK 107; bei Beamten wird die Bezahlung nicht in Tarifrunden ausgehandelt, sondern per Gesetz im Parlament beschlossen). Hier wurden die Referendare auf einen einheitlichen Betrag von 1.063 DM festgesetzt. Bis jetzt erhält ein Rechtsreferendar oder ein Gymnasiallehrer-Referendar 1.284 DM monatlich, wobei die letzte 5,3 %ige generelle Erhöhung der Beamtenbesoldung noch nicht mitgerechnet ist. Auch wenn das 6. Besoldungserhöhungsgesetz wegen der umstrittenen Einstufung der Stufenlehrer vom Bundesrat an den Vermittlungsausschuß verwiesen worden ist, kann davon ausgegangen werden, daß zwischen CDU und SPD/FDP diese Besoldungskürzungen für Referendare nicht mehr umstritten sind.

Die Sozialpraktikanten und Krankenpflegeschüler hatte es schon bei der diesjährigen Tarifrunde erwischt. Nach dem Tarifvertrag, der zwischen dem staatlichen „Arbeitgeber" und der ÖTV ausgehandelt wurde, werden die nach dem 31.3.77 eingestellten Praktikanten nur noch mit 66 2/3 % statt 75 % ihres zukünftigen Gehalts bezahlt, was eine Kürzung von ca. 150 DM ausmacht. Darüber hinaus fallen in einzelnen Bundesländern bisher zugestandene Vergünstigungen weg.

... oder ganz gestrichen

... oder ganz gestrichen

Den Erziehern wurde schon 1972 das Berufspraktikum („Anerkennungsjahr") gestrichen mit der Begründung, man werde stattdessen bei voller Bezahlung ein Einarbeitungshalbjahr einrichten. Dies ist nie geschehen. Erhielten die Erzieher während des Anerkennungsjahres 70 % ihres späteren Gehalts, so ist jetzt die praktische Ausbildung ins Studium integriert und wird höchstens noch mit BAFöG (Ausbildungsförderung) bezahlt. Jetzt haben die Erzieher während des 1. und 4. Semesters zwei halbjährige Phasen praktischer Ausbildung, in denen sie an vier Tagen in der Woche (ein Tag Schule) unbezahlte Arbeit im Heim leisten.

Ähnlich erging es auch den Medizinern. Bis zum 31.3.77 absolvierten die Mediziner nach dem 1. Staatsexamen eine einjährige Medizinalassistentenzeit, die mit 68 % von A 13 (1.497,80 DM) vergütet wurde. Nach der neuen Ausbildungsordnung wurde diese Zeit als „Praktisches Jahr" ins Studium integriert und wird höchstens noch mit BAFöG vergütet. Aber wegen der Beschränkung der Förderungsdauer durch das BAFöG fällt für die Kollegen, die mal eine Prüfung nicht geschafft haben oder aus sonstigen Gründen ein Semester länger studiert haben (und das trifft für die meisten zu) die Förderung während des Praktischen Jahres weg. So sind die Mediziner neben der Arbeit im Krankenhaus und der Vorbereitung aufs Examen noch zum Jobben gezwungen. Dazu kommt ein völlig rechtloser Status, da es für sie keinen Personalrat und keine gewerkschaftliche Interessenvertretung gibt.

Mit welcher Kaltschnäuzigkeit die Bezahlung während der Ausbildung plötzlich gestrichen wird, beweist z.B. ein Ausschnitt aus einem Ausbildungsvertrag, den die Kollegen, die am 1.4.77 ihre Ausbildung an den Krankenpflegeschulen in Lübeck begonnen haben, unterschreiben mußten. Dort heißt es:

„Wird durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz über nichtärztliche Heilberufe in der Krankenpflege das Ausbildungsverhältnis in eine schulische Ausbildung umgewandelt, entfällt ab diesem Zeitpunkt der Anspruch auf eine tarifliche Vergütung".

Schafft Lohnraub Ausbildungsplätze?

Hauptargument für die Besoldungskürzungen ist die Behauptung, daß mit dem „eingesparten" Geld neue Ausbildungsplätze geschaffen werden könnten. So heißt es in der Begründung des jetzt vom Bundestag verabschiedeten 6. Besoldungserhöhungsgesetzes:

„Mit der Herabsetzung der Anwärtergrundbeträge soll vor allem die Möglichkeit geschaffen werden, ohne Erhöhung des finanziellen Aufwandes die Zahl der Ausbildungsplätze für Anwärter ... zu vermehren".

Hier wird an die alte Behauptung angeknüpft, daß „maßvolle" Lohnerhöhungen Arbeitsplätze sichern würden. Aber genausowenig wie die Reallohnkürzungen der letzten Jahre das Ausmaß der Arbeitslosigkeit verringert haben, ist dieser vom Bundestag vorgetragenen Absichtserklärung zu glauben.

Die angeblich angestrebte Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze ist vielmehr ein Vorwand, um Kürzungen des Ausbildungsgeldes und eine Neuordnung der zweiten Ausbildungsphase durchsetzen zu können. Zu den wirklichen Zielen dieser Lohnkürzungen hat sich recht offen die Landesfinanzministerkonferenz geäußert, die in einer „Stellungnahme zum Bericht der Kultusministerkonferenz zur Frage der Einstellung von

zum Bericht der Kultusministerkonferenz zur Frage der Einstellung von

Lehramtsanwärtern und Lehrern" am 28.10.76 geschrieben hat:

„Im übrigen wäre auch eine Umgestaltung der Anwärterbezüge zu prüfen. Durch die derzeit gezahlten hohen Vergütungen zwischen 1.100 DM bis 1.700 DM werden die Hochschulabsolventen verführt, auch dann den Vorbereitungsdienst zu absolvieren, wenn sie keine Chance auf eine Berufsausübung haben. Sie werden damit durch die hohen Referendarsbezüge davon angehalten, frühzeitig einen Wechsel in der Ausbildung anzustreben".

Es geht also darum, Bewerber für die 2. Ausbildungsphase von vornherein abzuschrecken, ihre Ausbildung zu beenden!

Der Koschnik-Plan

Auch der Bremer Bürgermeister Koschnik hat seine Pläne zur „Neuordnung" der zweiten Ausbildungsphase damit begründet, daß er die Zahl der Ausbildungsplätze „erhöhen" wolle. So heißt es in seinem Schreiben vom 16.2.77, in dem er den Ministern Ehrenberg und Maihofer seine Absichten erläutert:

„Zur Bewältigung dieser Entwicklung (viele Bewerber, Anm. AK) *mit rechtlich und politisch überlegteren Mitteln als Zulassungsbeschränkungen kommt nur eine Senkung des Ausbildungsgeldes und die Verwendung der freiwerdenden Mittel zur Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in Betracht."*

Zu denken gibt allerdings, daß Koschnik auf angeblich politisch weniger überlegte Mittel wie Zulassungsbeschränkungen keineswegs verzichtet. Gerade zu der Zeit, als Koschnik diesen Brief schrieb, wurde in Bremen ein Numerus Clausus für den Vorbereitungsdienst verabschiedet, nach dem die Zulassung verweigert werden kann, wenn *„die im Haushaltsplan ausgewiesenen Mittel für die Zulassung aller Bewerber nicht ausreichen"* (§ 1, Abs. 1).

Noch mehr zu denken gibt eine genauere Analyse von Koschniks Vorstellungen. Er schlägt eine einheitliche Besoldung aller Referendare nach den Sätzen des Graduiertenförderungsgesetzes vor, was bei den gegenwärtig dafür gezahlten 800 DM für einen Rechtsreferendar über 26 Jahre einen Lohnsenkung von immerhin 41,5 % ausmachen würde. Aber damit nicht genug: Neben der Senkung des Ausbildungsgeldes soll ein zivilrechtliches Ausbildungsverhältnis geschaffen werden. Damit werden die Referendare nicht nur beitragspflichtig für die Sozialversicherung (deren Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil Koschnik großzügig übernehmen will), sondern auch für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung und können die nicht unerheblichen Leistungen der Beamten-Beihilfe nicht mehr in Anspruch nehmen. Zu Recht kann Koschnik sagen:

„Die mit einem zivilrechtlichen Ausbildungsverhältnis als Regelstatus und dem Ausbildungsgeld in der genannten Höhe erreichbaren Einsparungen sind erheblich."

Diese Umstrukturierungen hält Koschnik „angesichts der Arbeitsmarktlage" für „unausweichlich". Denn mit der steigenden Zahl von Arbeitslosen nach dem Referendariat müßten die Kollegen in die Sozialversicherung einbezogen werden, um später Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, was die jetzt im Beamtenverhältnis ausgebildeten Kollegen nicht haben. Aber auch diese scheinbar den Interessen der Referendare entgegenkommende Absicht hat einen Pferdefuß. So schreibt Koschnik: *„Das Arbeitsförderungsgesetz sollte allerdings dahingehend ge-*

schnik: „Das Arbeitsförderungsgesetz sollte allerdings dahingehend ge-

ändert werden, daß das Arbeitlosengeld nicht mehr nach dem Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose bei Arbeitsaufnahme entsprechend seiner Qualifikation verdienen könnte, sondern nach dem Ausbildungsgeld in der 2. Phase der Berufsausbildung bemessen wird".

Bei einem Ausbildungssatz von 800 DM wäre das ein Arbeitslosengeld von höchstens 544 DM, was häufig noch unter den jetzt gezahlten Arbeitslosenhilfe-Sätzen liegen dürfte.

Klose fordert BAFöG für Referendare

Koschnik steht mit seinen Absichten nicht allein. Immerhin kann er sich auf eine Passage in der Regierungserklärung vom 16.12.76 stützen, in der es heißt: *„Die Auszubildenden sollen den Status eines sozialversicherungspflichtigen Rechtsverhältnisses besonderer Art und auf Zeit haben".*

Entsprechende Überlegungen wurden auch vom Hamburger Bürgermeister Klose in einer Rede vor dem Bundesrat am 6.5.77 angestellt: *„Ich halte es für erforderlich, unvoreingenommen zu prüfen, ob nicht eine grundsätzliche Neuordnung des Systems der Anwärterbezüge geboten ist. Die Besoldung der Anwärter sollte von den Bezügen der jeweiligen Eingangsämter im öffentlichen Dienst abgekoppelt werden. Diese Koppelung stammt aus einer Zeit, in der die zweite Phase zum Beispiel der akademischen Ausbildung ganz überwiegend von zukünftigen Staatsbediensteten durchlaufen wurde. Das gilt schon heute in weiten Bereich nicht mehr und wir in Zukunft noch weniger gelten."*

Klose begründet also die „Abkoppelung" damit, daß die Referendare nach Beendigung ihrer Ausbildung kaum mit ihrer Einstellung rechnen können. Folglich stellt sich für ihn die Frage: *„Sollte nicht auch die Regelung der Bezahlung des zweiten Ausbildungsabschnitts der Tatsache entsprechen, daß hier weiterhin ausgebildet wird? Ist da nicht eine dem BAFöG-System vergleichbare Regelung angebrachter?"* (Informationen der BSJB-Hamburg 11/77).

Die von Klose geforderte Abkoppelung der Referendarbezüge von der späteren Lehrerbesoldung, also daß die Referendare nicht mehr einen Prozentsatz der späteren Lehrerbezüge, sondern einen festen Betrag be-

die Referendare nicht mehr einen Prozentsatz der späteren Lehrerbezüge, sondern einen festen Betrag be-

kommen, wurde mit dem 6. Besoldungserhöhungsgesetz vom Bundestag für Lehrer und Juristen beschlossen. Damit ist eine Forderung Kloses erfüllt. Die andere, Bezahlung nach BAFöG, steht noch aus. Doch die Richtung ist schon angegeben: *„Warum sollen wir den Nachwuchs der Anwälte besser behandeln als den Nachwuchs der Ärzte?"* fragt der CDU-Abgeordnete Dichgans in der „FAZ" vom 2.6.77.

Auch Klose begründet seine Vorschläge, daß *„eine Senkung der Bezüge Mittel sparen helfe, mit deren Hilfe weitere Anwärter eingestellt werden könnten".* Allerdings gibt es auch in Hamburg seit einigen Monaten eine gesetzliche Regelung der Zulassungsbeschränkungen für die zweite Ausbildungsphase. Im Gymnasialbereich stehen im Herbst 750 Bewerbungen ca. 300 freie Ausbildungsplätze gegenüber.

So wie die Zulassungsbeschränkungen verfolgen die Kürzungen der Anwärterbezüge den Zweck, die Kollegen von der Beendigung ihrer Ausbildung abzuhalten, um so die Zahlen der arbeitslosen Lehrer, Juristen und Sozialpädagogen herunterzumogeln und die Kollegen nach Jahren der Ausbildung in andere, weniger qualifizierte Berufe abzudrängen.

Gewerkschaftsführer fallen Kollegen in den Rücken

Die angeführten Pläne zeigen, daß es sich bei der aktuellen Kürzung der Bezüge bei den Anwärtern für den öffentlichen Dienst nur um den Anfang eines umfassenden Angriffs auf die Löhne der Referendare handelt. Darüberhinaus kann aber schon geschlossen werden, daß diese ebenfalls nur der Beginn eines umfassenden Lohnraubfeldzuges für die Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst ist. Denn die Begründung, durch Lohnkürzungen neue Ausbildungsplätze zu schaffen, paßt nur allzugut in die Demagogie, daß durch „Gürtel-enger-Schnallen" Arbeitsplätze „gesichert" werden. Angesichts dieser Entwicklung wäre es eine der dringlichsten Aufgaben der Gewerkschaften, diesen Plänen durch Kampfmaßnahmen entgegenzutreten.

Genau das Gegenteil haben die Gewerkschaftsführer jedoch bisher praktiziert. Neben dem GEW-Hauptvorstand, für den die Kürzung der Referendarsbezüge kein Streikgrund ist, hat auch schon die ÖTV den Kürzungen zugestimmt. Noch am 24.5. hatte Frister einer GEW-Funktionärskonferenz eine Entschließung vorgelegt, in der es heißt: *„Die Kürzung der Anwärterbezüge ist ein Willkürakt der Regierenden. Die Berufsnot der jungen Generation wird unzulässig ausgenutzt, während gleichzeitig Steuergeschenke an Vermögende gemacht werden."* Was Frister jedoch nicht daran hinderte, einer Vereinheitlichung der Referendarsbesoldung nach unten (um ca. 150 bis 200 DM) zuzustimmen. Er stimmte damit einer Regelung der SPD/FDP-Koalition zu, die an „Einsparungen" sogar die CDU noch übertrifft, die eine unterschiedliche Referendarsbesoldung (je nach Schulart) befürwortet. Auch wenn die CDU damit insgesamt die Spaltung der Referendare beabsichtigt, stände ein nicht unerheblicher Teil bei dieser Regelung finanziell besser.

Dies ist nur eines der Beispiele, wie unverfroren die sozialdemokra-

Dies ist nur eines der Beispiele, wie unverfroren die sozialdemokra-

tisch korrumpierten Gewerkschaftsführer bereit sind, die Interessen der Kollegen gegen die der SPD-Regierung einzutauschen. Eine Vorreiterrolle übernahm auch hier wieder die ÖTV. Als erste stimmte sie den Kürzungen bei den Praktikanten zu, was ihr *„dadurch erleichtert (wurde), daß die öffentlichen Arbeitgeber sich verpflichteten, die Gesamtausgaben für die Ausbildungsberufe nicht zu verringern und den durch die Neuregelung gewonnenen materiellen Handlungsspielraum zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu nutzen"* („ÖTV-Eilnachricht" 4/77).

Aber die GEW-Spitze stand ihren „Kollegen" von der ÖTV nichts nach. Frister schrieb den Hamburger GEW-Mitgliedern in einem Brief: *„Was im Bereich der Tarifverhandlungen und der Tarifverträge nicht zu verhindern war, läßt sich für die Beamten bei den bisherigen Durchgängen im Bundestag und im Bundesrat auch nicht vermeiden."*

Und dies wohlgemerkt zu einer Zeit, als die Hamburger GEW ein eindeutiges Votum abgegeben hatte, gegen diese Regelungen in den Streik zu treten. Geradezu peinlich müßte es für einen Gewerkschafter werden, wenn er weiter schreibt: *„Die Gewerkschaften geraten in eine Zwangslage, wenn die Durchsetzung unverändert hoher Anwärterbezüge zur Vergrößerung der Jugendarbeitslosigkeit führt."* Dieses Argument ist aus der Klamottenkiste der Kapitalisten geholt, die ebenso für die Arbeitslosigkeit die Arbeiter und deren hohen Lohnforderungen verantwortlich zu machen suchen.

Gerade weil der Angriff auf die Anwärterbezüge nur ein Anfang für einen größeren Lohnraubfeldzug im öffentlichen Dienst ist, ist es umso notwendiger, in allen gewerkschaftlichen Gruppen und Gremien diese Frage auf die Tagesordnung zu stellen und schon jetzt zu beginnen, Kampfmaßnahmen zu diskutieren, die in gemeinsamen Aktionen aller Betroffenen in den verschiedenen Gewerkschaften münden sollten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg





Ein Händedruck — und die Referendare sind herabgestuft (Ludwig vom GEW-Vorstand und Staatssekretär Hartkopf vom Bundesinnenministerium)

Angeschlagener Frister verhindert erneut Warnstreik

Hamburg:Fünf Wochen nach der außerordentlich erfolgreichen Urabstimmung der Hamburger GEW gegen die geplanten Besoldungsverschlechterungen im Lehrer- und Referendarbereich (80% der organisierten Lehrer sprachen sich für einen eintägigen Warnstreik aus) hat der Hauptvorstand am 18.7. unter Federführung des Vorsitzenden Frister zum zweiten Mal den Antrag des Landesverbandes Hamburg auf Ausrufung des Warnstreiks mehrheitlich abgelehnt. Damit sollen erstmals in der Geschichte der BRD Gehaltskürzungen zwischen 150 DM und 350 DM (zunächst für die Referendare) ohne Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften hingenommen werden.



Nach der ursprünglichen Regierungsvorlage für das 6. Besoldungserhöhungsgesetz (Regelung der Beamtenbesoldung) sollten die Anwärterbezüge generell um 6,4% gekürzt werden. Zusätzlich enthielt diese Vorlage einen Passus (§77), nach dem die Anwärterbezüge für Stufenlehrer (Lehrer, die nicht nach Schultypen, sondern nach Klassenstufen ausgebildet werden) in verschiedene Gehaltsstufen gestaffelt werden sollten. Dies hätte insbesondere die Lehrer und Referendare in Hamburg, Hessen, Bremen und NRW getroffen, die bisher als einzige nach dem Stufenlehrerkonzept ausgebildet werden und für die bisher eine einheitliche Besoldung vorgesehen war.

Nach massiven Protesten von Seiten der GEW (und in Absprache mit den DGB-Führern) ließ die SPD/FDP Fraktion in der Bundestagsdebatte vom 16.6. den Passus über die Besoldung der Stufenlehranwärter fallen, beschloß dafür aber eine Vereinheitlichung der Referendarbezüge auf 1063 DM, was für einen großen Teil ein Lohnraub von 150 DM bis 200 DM bedeutet.

Während die Hamburger GEW feststellte, daß damit ihre gesetzten Streikziele nicht erreicht seien, auch wenn die Besoldung der Stufenlehrer zunächst nicht gefährdet schien, feierte Frister (Vorsitzender der GEW) diesen Beschluß als *„einen großen gewerkschaftlichen Erfolg"*, da ja „nur" die Referendare zur Ader gelassen würden. Ein Streik käme natürlich angesichts dieser Situation nicht mehr in Frage (siehe hierzu die vorherigen Ausgaben des Arbeiterkampfs.)

Doch die CDU/CSU vertrat weiterhin die erste Regierungsvorlage, d.h. die Differenzierung der Lehrerbesoldung nach den Schulstufen und Schultypen. Damit versuchte sie insbesondere die Bestrebungen in den SPD-regierten Ländern zur Einführung vom Gesamtschulen, bei einheitlicher Bezahlung der Lehrer, zu treffen.

Dabei hatte sie natürlich ebensowenig gegen den Lohnraub an den
Dabei hatte sie natürlich ebensowenig gegen den Lohnraub an den
Referendaren wie ihre sauberen Freunde von der SPD. Am 15.7. beschloß der Bundesrat mit der Mehrheit der CDU/CSU, das Gesetz in den Vermittlungsausschuß zu verweisen, um den §77 der Regierungsvorlage wieder hineinzubekommen.

Fristers falsches Spiel

Schon nach der Bundestagsentscheidung, die gesamten Lasten auf die Referendare abzuwälzen, hatte der Hamburger Landesverband auf einer Vertrauensleuteversammlung die Einberufung einer Hauptvorstandssitzung und die Anberaumung des Warnstreiks anläßlich der Bundesratssitzung gefordert.Dieser Forderung hatte sich nach anfänglichem Zögern auch der Landesvorstand angeschlossen, da die Stimmung eindeutig war.

Mit der zynischen Begründung, allein wegen der Referendare könne nicht gestreikt werden, und darüberhinaus sei dies nicht das eigentliche Streikziel, wimmelte die Mehrheit des Hauptvorstands der GEW Bund (HV) diesen Antrag am 27.6. ab. Lediglich der Hamburger Vorsitzende Lembke stimmte für Streik, der hessische Vorsitzende Harnischfeger enthielt sich. Es wurde jedoch ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt: *„Der Warnstreik auf der Grundlage des Ergebnisses der Urabstimmung vom 11. bis 14. Juni 1977 wird vom Hauptvorstand unverzüglich (!) anberaumt, wenn durch Einwirkung des Bundesrats eine Verschlechterung der Hamburger Lehrerbesoldung im Sinne des § 77 droht"*.

Ist es allein schon Zynismus genug, die gewerkschaftlich organisierten Kollegen zur Verteidigung der SPD/FDP-Lohnraubbeschlüsse zu Kampfmaßnahmen aufzufordern, war natürlich niemals, wie sich schnell zeigen sollte, an eine Verwirklichung dieses Beschlusses gedacht worden.

Frister läßt Federn

Ganz nach dem Konzept, die Mitglieder mit radikalen Phrasen hinzuhalten, Taten jedoch nicht folgen zu lassen, wurde die Hauptvorstandssitzung über die Anberaumung eines Streiks (jetzt gegen die Bestrebungen der CDU/CSU) wiederum zeitlich nach der Entscheidung gelegt. Am 15.7. trat der Bundesrat zusammen, am 18.7. der HV.

Der Hamburger Vertreter Lemke stellte erneut Antrag auf Anberaumung eines Warnstreiks am 25.7., da sowohl durch die Bundestagsals auch durch die Bundesratsentscheidung die Forderungen der GEW nicht erfüllt seien.

Fristers Position war nach seinem Brief klar: Wortbruch - Kein Streik! Er mußte sich allerdings, im Hauptvorstand ein einmaliger Fall, gefallen lassen, daß der Hamburger Vorsitzende sein Verhalten als Alleingang charakterisierte, der allen demokratischen Gepflogenheiten widerspricht, und der das Vertrauen der Mitglieder in die Gewerkschaft schwächt. Hierbei mag Lemke wohl auch mit sehr gemischten Gefühlen an die nächste Vertrauensleuteversammlung auf der die HV-Beschlüsse „ausgebadet" werden müssen, gedacht haben. Weiterhin führt er aus, daß die GEW durch einen Beschluß gegen einen Streik in eine unerträgliche Lage gerate, da die Gewerkschaft trotz Urabstimmung keinen Arbeitskampf führe, obwohl die jetzt auf die Lehrer zukommende Entscheidung sogar noch den Bundesregierungsentwurf übertreffe.

Diesen Argumenten konnte sich eine Reihe von weiteren Vorstandsmitgliedern nicht verschließen, so daß die Abstimmung doch recht knapp mit 12:7:4 für Frister ausging. Sowas hatte er im HV noch nicht erlebt.

Frister legte dann einen Antrag vor, in dem er nochmals begründete, weshalb er zu diesem Zeitpunkt *„einen isolierten Streik in Hamburg"* nicht für sinnvoll halte – weil die SPD/FDP-Vereinbarungen gegen die CDU verteidigt werden müßten! Mit der Änderung, daß die GEW sich auf Kampfmaßnahmen nach den Sommerferien vorbereitet (anläßlich der Vermittlungsausschußsitzung) ging der Antrag dann mit 20:1 durch. Also wieder „radikale" Versprechen für später. Die „FAZ" (20.7.) benutzte diesen Beschluß, um Frister nochmal in einem Leitartikel als „ganz radikalen" Heini aufzuwerten, aber in der Gewerkschaft glaubt das wohl keiner mehr.

Verrat mit System

Alle Phasen der jetzt sechswöchigen Diskussion um einen Warnstreik waren gekennzeichnet durch verbalradikale Versprechungen Fristers, während er zur gleichen Zeit alles tat, den Streik zu verhindern.. Inzwischen ist jedoch bekannt geworden, daß er bereits am 21.6. mit anderen Gewerkschaftsführern im Bereich des Öffentlichen Dienstes ein „Stillhalteabkommen" zur Unterlassung von Kampfmaßnahmen abgeschlossen hatte (siehe AK 108).

Er selbst schreibt dazu in seinem Brief an die Hamburger Mitglieder: *„Bei dieser Abstimmung der DGB-Gewerkschaften, die am 21.Juni 1977 in Düsseldorf stattfand, lehnten alle diese Senkung der Anwärterbezüge ab, vertraten aber auch übereinstimmend die Meinung, daß unter Berücksichtigung aller Umstände und Abwägung aller Möglichkeiten Kampfmaßnahmen – also Streik –*
Berücksichtigung aller Umstände und Abwägung aller Möglichkeiten Kampfmaßnahmen – also Streik –
wegen dieser Maßnahme nicht in Betracht gezogen werden könne." Inzwischen muß man sich allerdings mehr und mehr fragen, ob dies die v o l l e Wahrheit über die auf diesem ominösen Treffen getroffenen Absprachen ist. Wir halten es jedenfalls für alarmierend, wenn Frister so nebenbei „Ungereimtheiten" bei der Bezahlung der Beamtenanwärter erwähnt, von „Bemühungen" des DGB ein „neues Konzept" zu berichten weiß und dazu selber beteuert, daß *„die Anwärterbezüge durch eine angemessene Unterhaltsleistung für den Ausbildungsteil und ein gerechtes (?) Arbeitsentgelt für den Leistungsteil neu zu ordnen"* seien. Unterhaltsleistung für den Ausbildungsteil – das ist die Forderung des Hamburger Bürgermeisters Klose nach der Einführung des BaFöG für Referendare (siehe Artikel in dieser Ausgabe: „Generalangriff auf die 2. Ausbildungsphase"). In der Übereinstimmung mit diesen noch viel weiter reichenden Plänen liegt also der eigentliche Grund, weshalb Frister die Forderung nach einem Streik gegen die Kürzung der Anwärterbezüge völlig abblockt. **Die Referendare müssen sich noch auf einiges gefaßt machen.**

Am Ball bleiben!

Die Mitglieder des Hamburger Landesverbandes stehen jetzt vor der Frage, welche Konsequenzen sie aus dem Verlauf dieser Warnstreik„vorbereitungen" ziehen.

Die Mehrheit des Vorstandes und mit ihm die linke Sozialdemokraten scheinen sich darauf festzulegen, „positive Alternativen" zu formulieren. Darunter ist zu verstehen, daß nach den Sommerferien Kampfmaßnahmen unterhalb des Streiks propagiert werden sollen, also Maßnahmen, die nicht der Zustimmung des Hauptvorstandes bedürfen. Ein Streik käme nicht mehr in Frage, da er beim HV nicht durchzubekommen sei.

Dies hieße, den Streik (und eine damit verbundene „Signalwirkung" auf die anderen Landesverbände, ebenfalls Kampfmaßnahmen zu ergreifen) zu einem Zeitpunkt fallenzulassen, wo sich bereits noch schärfere Verschlechterungen abzeichnen. Denn nach bundesdeutschen parlamentarischen „Gepflogenheiten" bebedeutet das Einschalten des Vermittlungsausschusses regelmäßig am Ende einen „Kompromiß" (zwischen der SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag und der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat), was nach Lage der Dinge nur noch weitere Besoldungskürzungen beinhalten kann. Daher kommt es nach den Sommerferien darauf an, erneut gegen das g e s a m t e Gesetzespaket und die weitergehenden Pläne Front zu machen und dabei die verbleibende Zeit zu nutzen, in anderen Landesverbänden ebenfalls massiv auf Urabstimmungen hinzuarbeiten, um die Position der Hamburger GEW weiter zu verbessern. Frister sollte nicht nur die enttäuschte Wut der Mitglieder zu spüren bekommen. Er sollte auch merken, daß „die Luft nicht raus ist", und daß die Hamburger GEW auch nach den Sommerferien alles daransetzen wird, seine und die Pläne seiner Parteifreunde in Bonn wirksam – und das heißt mit Streik! – zu durchkreuzen.

Schon vor der Bundesratssitzung am 15.7. erhielten alle Hamburger GEW-Mitglieder von Frister persönlich einen Brief, in dem er auf sage und schreibe fünf Seiten seinen Standpunkt darlegt. Offentsichtlich ist er durch die konsequente Haltung der Hamburger GEW, die auf
Standpunkt darlegt. Offentsichtlich ist er durch die konsequente Haltung der Hamburger GEW, die auf
ihrer Vertrauensleute versammlung vom 28.6. eine scharfe Kritik am HV verabschiedet hatte (gegen den Willen des Landesvorstandes), um Einiges in seiner Sicherheit gestört worden. Quintessenz dieses Schreibens ist, daß die Bedrohung für die Hamburger Lehrer *„nicht mehr von der SPD/FDP-Bundesregierung und auch nicht vom Hamburger SPD/FPD-Senat"* ausgehe weshalb ein Streik *„im Augenblick in einem CDU/CSU-Bundesland geführt werden"* müßte. Wie selbstverständlich wird in diesem Brief darüber hinweggegangen,w o denn nun gestreikt werden soll. Wohlweislich hatte der Hauptvorstand schon vorher dafür gesorgt, daß in keinem anderen Bundesland Kampfmaßnahmen aufgenommen wurden. Selbst in dem CDU-regierten Schleswig-Holstein wurde vom Landesvorstand, der Frister sehr eng verbunden ist, die Forderung nach einer Demonstration abgelehnt, obwohl dafür schon 5.000 (!) Unterschriften gesammelt worden waren. Fristers Argumentation könnte doch nur dann einen Sinn haben, wenn bundesweit Kampfaktionen vorbereitet worden wären, so daß tatsächlich eine Auswahl bestanden hätte. So allerdings entlarvt sich dieses Vorgehen als ein weiteres plumpes Manöver, den Streik mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Immerhin gibt Frister in dankenswerter Eindeutigekeit zu, daß ein Streik gegen die sozialliberale Koalition für ihn auf keinen Fall in Frage kommt.. Weiterhin geht er in einer Arroganz, die das Profil von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ausmacht, darüber hinweg, daß gerade in Hamburg die Referendare von der Gehaltskürzung am stärksten betroffen sind. Neben den allgemeinen Auswirkungen auf die Lehrerbesoldung hätte Hamburg also Grund genug, in den Streik zu treten. So sieht es also aus, wenn ein Gewerkschaftsführer die „unverzügliche Anberaumung des Streiks"" verspricht...

Noch im Mai hatte Frister wortradikal die Angriffe auf die Anwärterbezüge als *„Willkürakt von Regierenden"* bezeichnet. Jetzt da es Konkret wurde, sieht er die Gewerkschaften *„in einer Zwangslage, wenn die Durchsetzung unverändert hoher Anwärterbezüge zur Vergrößerung der Jungendarbeitslosigkeit führt"*. Mit dieser Argumentation kann allemal jede Kampfmaßnahme gegen die Angriffe auf das Lohnniveau abgeschmettert werden. Daß sich dieser Spezialdemokrat nicht zu fein ist für diese abgedroschene Phrase, zeigt andererseits auch, daß er gegenüber den Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder arg in der Ecke steht.Diesmal ist er sogar soweit gegangen,daß er sich selbst vom Hamburger Vorsitzenden Lemke, der wahrlich nicht als Radikaler bekannt ist, vorwerfen lassen mußte, er benutze die Argumente des Gegners, wobei die Interessen der
Radikaler bekannt ist, vorwerfen lassen mußte, er benutze die Argumente des Gegners, wobei die Interessen der
Mitglieder auf der Strecke bleiben.

DKP wittert Unheil

In den Auseinandersetzungen um den Warnstreik fristete die DKP bislang ein recht unscheinbares Schattendasein. Ohne sich besonders für das Zustandekommen des Streiks in die Bresche zu werfen, trat sie jedoch auch nicht dagegen auf, sondern hängte sich an die jeweiligen Hamburger Vorstandsentscheidungen an.

Nun scheint sich ein Umdenkungsprozeß anzubahnen. Aus DKP-Kreisen verlautete, die Hamburger GEW sei in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu weit gegangen, man habe Frister und den Hauptvorstand provoziert, dies gefährde die gewerkschaftliche Einheit usw.

Offensichtlich haben diese Berufsopportunisten ihre Nase in den Wind gehalten und verspürt, daß unangenehme Auseinandersetzungen ins Haus stehen könnten. Das Beispiel Westberlins vor Augen fürchtet
angenehme Auseinandersetzungen ins Haus stehen könnten. Das Beispiel Westberlins vor Augen fürchtet
man Konsequenzen, wie sie von der „FAZ" bereits angedeutet wurden.

Da heißt es rechtzeitig klarmachen, wie man sich in einer solchen Situation, mit der die DKP offenbar rechnet (gut informiert?), verhalten würde. Konsequenz: Man bringt verrückterweise eine „Selbstkritik" der Hamburger GEW als Vorschlag in die Diskussion. Damit deutet die DKP an, daß sie als erste die bisherige relative Geschlossenheit der Hamburger GEW („Alternative" mal nicht mitgerechnet) sprengen könnte. „Gewerkschaftliche Orientierung" war für diese „einzige Partei der Arbeiterklasse" immer schon der Nachtrab hinter der Gewerkschaftsführung. Und die heißt in diesem Fall Frister.

So'n Schweinkram

Hamburger Referendaren ist er wohl bekannt: Peter Hoff, Leiter eines Hauptseminars am Hamburger Studienseminar. Anfang April wurde ihm während einer Seminarveranstaltung ein Schweinekopf (frisch aus der Tiefkühltruhe) verliehen als Verdienst dafür, daß er mit elf durchgefallenen Kollegen beim Zweiten Staatsexamen die höchste Durchfallquote erreicht hatte (vergl. AK 103).

Hatte er es schon bei der Preisverleihung an der gebotenen Würde vermissen lassen und den Schweinekopf kurzerhand vor die Tür geworfen (worüber sich andere Kollegen so erbosten, daß sie ihn wieder in sein Seminar brachten), so hatte er auch in der Folge nicht den Mut, sich zu seiner Auszeichnung zu bekennen. In der „Welt" erschien tags darauf ein Artikel, in dem seine Auslesepraktiken heruntergespielt wurden. So hieß es, Hoff sei ja nur ein Mitglied der Prüfungskommission gewesen (obwohl die zentrale Rolle des Hauptseminarleiters bekannt ist) und es wären elf von „knapp 70" Anwärtern durchgefallen (es waren elf von 49).

Diese Publizitätsscheu nutzten einige Mitglieder der reaktionären „Alternative" (rechte Fraktion in der GEW Hamburg) aus, die den Verlag Erziehung und Wissenschaft kontrollieren, in dem die „Hamburger Lehrer-Zeitung" der GEW erscheint.

Vor Veröffentlichung eines Fotos von der Preisverleihung in der „Hamburger Lehrer-Zeitung" 7/77 steckten sie Hoff einen Probeabzug zu. Hoff reagierte wie gewünscht: Über seinen Anwalt drohte er mit gerichtlichen Schritten im Falle der Veröffentlichung. Daraufhin schwärzte die „HLZ" den Teil des Fotos, auf dem Hoff zu erkennen war.

Da Hoff seine Konturen trotz Einschwärzung immer noch auf dem Foto zu erkennen glaubt, fordert er jetz vom Schriftleiter der „HLZ" ein Schmerzensgeld von 10.000 DM wegen „Verletzung des Persönlichkeitsrechts". Darüberhinaus haben die „Alternative"-Reaktionäre aus dem Verlag Hergenröder (Schriftleiter) aufgefordert, die Bildvorlagen herauszurücken, in der Hoffung, so den „Preisverleihern" auf die Spur zu kommen. Von seiten der GEW wurde zu diesen unverschämten Angriffen bisher keine Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Dadurch ermuntert hat sich Hoff jetzt auch an den Herausgeber der Hamburger „Referendar-Zeitung" herangemacht, drei Monate, nachdem dort das „Preisverleihungsbild" veröffentlicht worden war. *„Als Ausgleich für die erlittene Persönlichkeitsverletzung"* fordert er ein *„angemessenes Schmerzensgeld"*, das er *„unter Abwägung aller Umstände"* mit 5.000 DM beziffert.

Man kann den Kollegen, die von Hoff 1 1/2 Jahre lang schikaniert wurden, nur empfehlen, auch ein angemessenes Schmerzensgeld zu fordern. „Unter Abwägung aller Umstände" müßte Hoff allerdings auch dort landen, wo auch sein Schweinekopf gelandet ist: Vor der Tür.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«: Propagandist der »Grauen Wölfe«



Auch nur eine Fabel? Bei einem Überfall von „Grauen Wölfen" mit Waffen und Hunden auf streikende Arbeiter wurde auch ein Hund der Faschisten getötet. Auf seinem Grabstein steht: „Hier liegt der adlige, nationalistische Wolf, der von kommunistischen Hunden getötet ist".

Die türkischen Mörderkommandos, die »Grauen Wölfe«, haben in der BRD jetzt Schützenhilfe von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« erhalten. In einem Kommentar auf der ersten Seite am 9.7.77 wird von einem Harald Vocke »klargestellt«, was es mit dem Terror und den Mordtaten der »Grauen Wölfe« auf sich hat. Es handelt sich seiner Meinung nach um *»Türkische Wolfsfabeln«*. Hier ein paar Auszüge aus diesem Schweinskommentar: *»Trotz aller Friedensforschung nennen sich sogar in Deutschland sozialdemokratische Pfadfinder immer noch ,Falken' und niemand denkt sich etwas böses dabei. ... Aber wenn es um Türken geht, ist man heute in der Bundesrepublik strenger. Die ,Grauen Wölfe', in Wahrheit ein volkstümlicher Name für die Jugendbewegung der türkischen ,Nationalen Aufbruchspartei' sind für manchen Sozialisten im Westen Europas leibhaftige Teufel. Sie sollen angeblich auch in Deutschland ihr Unwesen treiben. ... Geht man solchen Vorwürfen nach, so bleibt meist nicht viel davon übrig. Dennoch ist die Beschäftigung mit türkischen Wolfsfabeln nützlich. Denn es stellt sich heraus, daß diese Tiergeschichten oft von Türken herrühren, die dem linken Flügel der SPD oder den deutschen Gewerkschaften nahestehen, von »linken Türken« also, grob vereinfacht gesagt. Die türkische Linke ist in Deutschland straff organisiert. Der Verfassungsschutz behelligt sie kaum, weil er nicht Türkisch versteht. ... Daß die Linke die ,Nationale Aufbruchspartei' und deren Führer Türkesch als Faschisten beschimpft, gehört zu dem in Ankara üblichen politischen Stil. ... Türkesch tritt wie ehemals Kemal Atatürk für ein laizistisches Staatswesen ein. Jedoch anders als Atatürk, der zunächst ziemlich freundschaftlich mit dem sowjetischen Nachbarn verkehrte, und im klaren Gegensatz zu Ecevit, der für Moskau und Ostberlin schwärmt, warnt Türkesch seine Landsleute vor dem russischen Bären, und dies mit Recht«.*

Zum Schluß kommt Vocke zu dem beachtlichen Resultat, *»schon deshalb ist auch vor der Mode zu warnen, den Marxisten Ecevit als überzeugten Demokraten zu loben, gleichzeitig aber seine Gegner im türkischen Parlament als angebliche Rechtsradikale in Bausch und Bogen verächtlich zu machen. Für die innere Stabilität der Bundesrepublik bilden vor allem die türkischen Marxisten eine Gefahr – und nicht etwa graue türkische Wölfe«.*

Der Terror der »Grauen Wölfe« ist vielfach belegt und bewiesen. Über 300 Tote und über 1.000 Verletzte sind allein in den letzten zwei Jahren diesen Banden in der Türkei zum Opfer gefallen. Ober Türkesch, der Vater der »Grauen Wölfe«, hat sich öffentlich zu Hitler als seinem Vorbild und der SS als Organisationsvorbild bekannt. Und was das Treiben der »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik betrifft: Fakt ist, daß viele türkische Kollegen auf Grund von Einschüchterung und Terror gegen Einzelne, aus der Gewerkschaft ausgetreten sind. Und nicht zuletzt hat es Anschläge auf fortschrittliche Türken gegeben. Hierbei sei auch die Zusammenarbeit von »Grauen Wölfen« mit den türkischen Konsulaten und somit dem türkischen Geheimdienst »MIT« nicht vergessen. Allein daß der westdeutsche Verfassungsschutz kein Türkisch kennen muß, zeigt die ideale Zusammenarbeit von westdeutscher und türkischer Polizei und Geheimdiensten. Denn die türkische Polizei wird von der BRD mit Polizeipanzern, die einstmals auch für den Einsatz in Südamerika gegen die Tupamaros gedacht waren, und anderen Waffen ausgerüstet. Und nicht zuletzt sind türkische Polizeioffiziere ständig zur Ausbildung in der BRD.

Es ist schon bezeichnend, wenn heute auf der ersten Seite der »FAZ« ein derartiger Kommentar steht, der die Aktionen ausländischer Faschisten »nicht nur« verharmlost, sondern offen verteidigt und unterstützt. Damit hat dieser bürgerliche Schreiberling eine Mitverantwortung für das Treiben der »Grauen Wölfe« übernommen. Wenn Vocke meint: »Für die innere Stabilität der Bundesrepublik bilden ... nicht etwa graue türkische Wölfe die Gefahr«, so mag er, was die kapitalistische Stabilität betrifft, recht haben.

Für jeden Demokraten und Antifaschisten jedoch bilden die »Grauen Wölfe« und solche faschistischen Schreiberlinge wie Vocke eine Gefahr. Daß Vocke sich in seiner Redaktionsstube diese Ungeheuerlichkeiten überhaupt bedenkenlos leisten kann, hängt im übrigen auch damit zusammen, daß er um die durch Terror herbeigeführte Einschüchterung der türkischen Kollegen sehr gut weiß und kaum zu befürchten braucht, daß ihm auf die Bude gerückt wird.

Wir fordern: Verbot der »Grauen Wölfe«!

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Gleiche Rechte? Viel Schutt ist wegzuräumen

Der Ausländer J. P. dürfte keinesfalls einen Ausbildungsplatz zur Umschulung bekommen. Er habe ja einen Beruf und Arbeitsplatz und es sei unerträglich, ihm eine Lehrstelle zu geben, wo unsere deutschen Jugendlichen keine Aussicht auf Arbeitsplätze geschweige denn Lehrstellen hätten.

Dies waren zentrale Aussagen einer Unterschriftensammlung, die von sehr vielen Kollegen der Firma Gebr. Sülter (Hamburger Offsetdruckerei) unterschrieben wurde. Es ging darum, einem griechischen Hilfsarbeiter die Umschulung zum Drucker zu verweigern, für die dieser schon die grundsätzliche Zusage des Arbeitsamtes und zunächst auch der Geschäftsleitung hatte. Man könnte meinen, daß da ein Faschist Morgenluft gewittert hat und reaktionäre Stimmung unter den Kollegen — geschürt durch ständige Ausländerhetze in »Bild« und anderen Massenmedien — ausnutzen wollte. Dem war nicht so: Initiiert wurde die Unterschriftensammlung von einem Gewerkschafter, der Delegierter auf dem letzten Landesbezirkstag (Nordmark) der IG DruPa war! Man sieht, die Hetze steckt so tief drin, daß ihre Urheber sich schon kaum mehr Gedanken über die Weiterverbreitung zu machen brauchen. Nur ein paar Kollegen haben das durchschaut und ihre Unterschrift verweigert.

Einer gab eine Stellungnahme heraus, in der er schrieb: *»Tatsächlich gibt die Situation auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere der Mangel an Lehrstellen allen Grund zur Sorge. Allein in Hamburg ist die Zahl der Lehrstellen für Flachdrucker von 35 (1971) ÜBER 19 (1973) auf acht (1974) gesunken. Insgesamt gab es 1971/72 604.000 Lehrstellen, 1973/74 nur noch 341.000 gegenüber ca. 400.000 Schulabgängern. Diese Entwicklung haben allein die Unternehmer zu verantworten, die keine Lehrstellen mehr anbieten — namentlich im Druckbereich hier die Betriebe Auer, Bauer und Springer. Auf keinen Fall kann man die Verantwortung dafür den ausländischen Kollegen zuschieben, die selbst durch Arbeitsplatzverlust und Abschiebung in ihre Heimatländer ganz besonders unter dieser Misere zu leiden haben.*

Die Parole ,deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer', die inhaltlich in der Unterschriftensammlung aufgegriffen wird, wird ansonsten von den Neofaschisten benutzt, um von den tatsächlichen Zusammenhängen abzulenken und um Rassismus zu schüren. ,Juden raus' war die entsprechende Parole der Nazis – die Folgen sind bekannt. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird mit solchen Parolen nicht behoben!

Ich fordere alle Kollegen, die sich nich in einer solchen ausländerfeindlichen und rassistischen Ecke sehen wollen, auf, ihre Unterschrift zurückzuziehen«.



Auch der Betriebsrat fühlte sich aufgefordert, eine Stellungnahme herauszugeben, in der er die Kollegen auffordert, sich von der Unterschriftensammlung zu distanzieren, *»um eventuelle Mißverständnisse oder ungewollt hervorgerufene Unruhe auszuräumen«*. Er selbst mochte zwar nicht direkt Stellung nehmen, verurteilte die Unterschriftensammlung aber, falls sie *»zum Ziel hatte, einem Kollegen, nur weil er Ausländer ist, die Möglichkeit zur Weiter- und Fortbildung zu nehmen«*. Getan hat sich daraufhin jedoch kaum etwas. Im Gegenteil: Die meisten Kollegen schalteten auf stur, fühlten sich auf den Schlips getreten, gar als Neofaschisten beleidigt, wo sie doch selbst einen der ihren auf's schärfste angegriffen hatten.

Natürlich will niemand ein Ausländerfeind sein — aber statt die Unterschrift zurückzuziehen wird lieber der Versuch gemacht, alles zu leugnen: Es ginge ja gar nicht gegen den Kollegen, auch nicht gegen die Ausländer, es ginge nur darum, daß Schulabgänger — egal ob ausländisch oder deutsch — eine Lehrstelle bekommen sollen und nicht jemand, der Beruf und Arbeit hat. Alles andere sei nur unglücklich formuliert. Im selben Atemzug wird dann allerdings weiter argumentiert, J.P. könne ja die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen (so der Initiator); J.P. hätte selbst gesagt, daß er mal wieder nach Griechenland will und es wäre doch besser, jemanden auszubilden, der dann auch hier bliebe; und überhaupt, in Griechenland würde ein Deutscher auch keinen Ausbildungsplatz bekommen. Ist das etwa nicht Ausländerfeindlich?

In den Köpfen bleibt eben doch viel von dem täglichen Mist aus der bürgerlichen Presse hängen, auch wenn die Kollegen es sich selbst nicht eingestehen wollen. Was die Kollegen angeblich erreichen wollten — einen Ausbildungsplatz für einen Schulabgänger — konnte so natürlich nicht erreicht werden: Zwar zog die Geschäftsleitung ihre ehemalige Zusage an den griechischen Kollegen zurück, ein anderer wird aber stattdessen auch nicht eingestellt werden.

Ein Genosse

»Stern« denunziert CISNU-Mitglied

In einer Erklärung weist der Vorstand der CISNU Lügen des „Stern" über eines seiner Mitglieder zurück. In einem eh' sehr üblen Anarchisten-Artikel mit dem Titel „Warum morden sie?" hatte der „Stern" dem CISNU-Mitglied Faramarz Bayani Äußerungen in den Mund gelegt, die dieser nie gemacht hatte.

Bayani hat dem „Stern" nie ein Interview gegeben, sondern hatte sich mit einem „Stern"-Reporter getroffen, um herauszubekommen, warum ihn dieser tagelang über Nachbarn und den Asta der Uni Karlsruhe verfolgt hatte. Der „Stern"-Reporter gab an, sich mit B. über die „Buback-Geschichte" unterhalten zu wollen und begründete das: „Wir haben gehört, daß Sie eine kritische Meinung über die deutsche Polizei haben". B. unterstrich seine Meinung durch Beispiele polizeilicher Unterdrückungsmethoden gegenüber fortschrittlichen Menschen, sagte jedoch, daß er nicht sehe, was seine Meinung mit der Buback-Sache zu tun habe.

Als der Reporter ihn plötzlich nach Günther Sonnenberg fragte, antwortete er: *„Ich habe ihn hier und da gesehen, aber ich kenne ihn nicht. Der ,Reporter' fragte nach Sonnenbergs Aktivitäten in der Vergangenheit. B. darauf: ,Wie ich schon sagte, ich kenne ihn nicht, und ich weiß überhaupt nicht, wie und wie oft er sich in der Vergangenheit politisch betätigt hat.'*

Dann fragte der ,Reporter' nach Frau Sabine Schmitz. B. sagte, daß er sie noch nie gesehen habe. Er habe lediglich (...) gehört, daß sie im Vergleich zu ihren Mitschülern politisch sehr informiert sei und die Probleme des mittleren Osten kenne. Er (Bayani) selbst aber wisse nichts über sie".

Und das machte der „Stern" nach bester „Bild"-Manier aus diesen Äusserungen: *„Dabei blieb die Faszination, die der in sich gekehrte und passive Grübler Sonnenberg für die Tatmenschen des Untergrunds empfand, völlig unpolitisch. So beschreibt ihn Faramarz Bayani, Vorstandsmitglied der CISNU. Er kannte Sonnenberg und dessen Freundin Sabine Schmitz zwischen 1973 und 1975 genauer. ,Von Politik hatte der keine Ahnung', sagte Bayani. ,Seine Freundin Sabine wußte wenigstens, was in der Dritten Welt vor sich geht. Der Sonnenberg hatte nicht mal einen Dunst von den politischen Facts in der BRD' "* („Stern", Nr. 21/12.5.77).

Bayani hatte sich in dem Gespräch ausdrücklich dagegen verwahrt, Vorstandsmitglied der CISNU zu sein. Eine von ihm geforderte Gegendarstellung hat der „Stern" bis heute nicht veröffentlicht. *„Die Art und das Ziel des Artikels im ,Stern' und die Konstruktion von Aussagen über eine Organisation (CISNU) ,Aus der Dritten Welt' als Interview mit dem ,Stern' machen deutlich, daß damit von den Organen und Schutzorganen des BRD-Imperialismus eine verstärkte Hetze, Verleumdungskampagne und ein Komplott gegen die linken und antiimperialistischen Kräfte zur Stiftung von Verwirrung im Gang ist.*

Deshalb appellieren wir an alle fortschrittlichen und demokratischen Medien den Inhalt und den Zweck dieses Briefes so schnell wie möglich in ihren Zeitungen wiederzugeben." („Stellungnahme des Vorstandes der CISNU", „Informations Dienst", 184, 2.7.77).

Ausländerkommission



Italien

Seveso nach über einem Jahr: Ständig neue Opfer!

Seveso – dieses Wort ist zum Symbol geworden für die zynische Profitgier der kapitalistischen Konzerne, für die Krüppel und Leichen immer noch billiger sind als Sicherheitsvorkehrung im Betrieb bzw. den Verzicht auf die Produktion gefährlicher Stoffe.

Seveso steht heute für von der Hautkrankheit Chlorakne entstellte Kindergesichter, für Tod- und Mißgeburten, für verseuchte Erde, verseuchte Tiere.



Seveso steht auch für den Filz von Industrie und Politikern, Kirche, Staat und Ärzte haben ebenso zur Verschleierung der tatsächlichen Katastrophe beigetragen wie gewisse Wissenschaftler. Noch heute wird die Bevölkerung belogen und betrogen – sofern überhaupt Informationen an die Öffentlichkeit gelangen.

10.7.76 – Ein Tag zerstört das Leben in den Gemeinden nördlich von Mailand

Erinnern wir uns an den Beginn des großen Verbrechens:

1969 kaufte die Tochterfirma Givaudan des Hoffmann-La Roche-Konzerns die italienische Icmesa. Italien hat billige Arbeitskräfte und sehr „liberale" Schutzbestimmungen. So wurde bis zum 10. Juli '76 sehr erfolgreich vertuscht, daß die Icmesa Trichlorphenol herstellt. Nicht einmal die Arbeiter im Werk waren davon unterrichtet! *»Die wenigen aber, die Verdacht schöpften, so hieß es, wurden mit ein paar Extrascheinen in der Lohntüte zum Schweigen gebracht«* („Stern", 14.7.77).

Am 10. Juli '76 entwich durch einen Reaktor der Icmesa eine grössere Menge TCDD (Dioxin), ein Zwischenprodukt, das z.B. im Vietnamkrieg als Entlaubungsmittel eingesetzt wurde. Die Produktion wurde noch fünf Tage fortgesetzt; Eine Unterrichtung der Bevölkerung erfolgte viel zu spät. Evakuiert wurde erst, als massenweise die Haustiere starben und als Kinder, die auf dem verseuchten Boden gespielt hatten, mit schweren Vergiftungserscheinungen in die Krankenhäuser eingewiesen wurden.

Evakuiert wurden insgesamt 700 Menschen aus der sogenannten Zone A, die aus ominösen Gründen als das Gebiet mit akuter Gefahr angesehen wurde. Wie unsinnig diese Aufteilung war, die wohl nur zum Ruhighalten der Bevölkerung gemacht wurde, zeigt die Karte aus dem „Stern". Der „Stern" zieht daraus die Konsequenz, daß nicht 700, sondern 7000 Menschen evakuiert und nicht 6000, sondern 35000 Menschen ständig ärztlich überwacht werden müßten.

Das Grauen, das Dioxin heißt

Dioxin ist ein besonders heimtückisches Gift, dessen Wirkungen sich erst nach einiger Zeit im menschlichen Körper bemerkbar machen. Die Horrorbilanz, die man heute ziehen muß, wächst täglich weiter: Mittlerweile sind über 600 Kinder an der als unheilbar geltenden Chlorakne erkrankt, zwei Icmesa-Arbeiter an Lebertumor gestorben; *»115 Icmesa-Arbeiter klagen über Sehstörungen, sechs Icmesa-Arbeiter liegen mit undefinierbaren Krankheiten im Spital«*. Über die Situation der schwangeren Frauen, die von der Kirche mit jedem nur erdenklich schmutzigen Trick von einer Abtreibung abgebracht werden sollten, haben wir bereits in einem früheren AK berichtet. Heute sind die ersten sieben ausgetragenen Kinder geboren, *»ohne Hirn, ohne Bauchdecke, mit Wasserköpfen oder Darmschäden«* (beide Zitate aus „Stern").

Eine Siedlung neben der Icmesa

Am Certosa, einem Flüßchen, das durch die Zone A fließt, wohnen in der Siedlung „Fanfani" etwa zehn Familien. Sie gucken direkt auf die Icmesa und können ihre Fenster nicht öffnen, weil sie zur Zone A zeigen. Ein 67jähriger ist unter mysteriösen Umständen gestorben, auf das Obduktionsergebnis warten die Verwandten seit sechs Monaten! Am 28.5.77 haben diese Familien zur Tat gegriffen: sie haben für neun Stunden das Gemeindehaus besetzt und eine schriftliche Erklärung erzwungen, daß diejenigen, die wegziehen wollen, auf Kosten der Gemeinde untergebracht werden. Der für die Entseuchung zuständige Arzt in diesem Gebiet (PCI'ler) hielt es nicht ei einmal für nötig, zu kommen!

Das Dioxin hat Mailand erreicht!

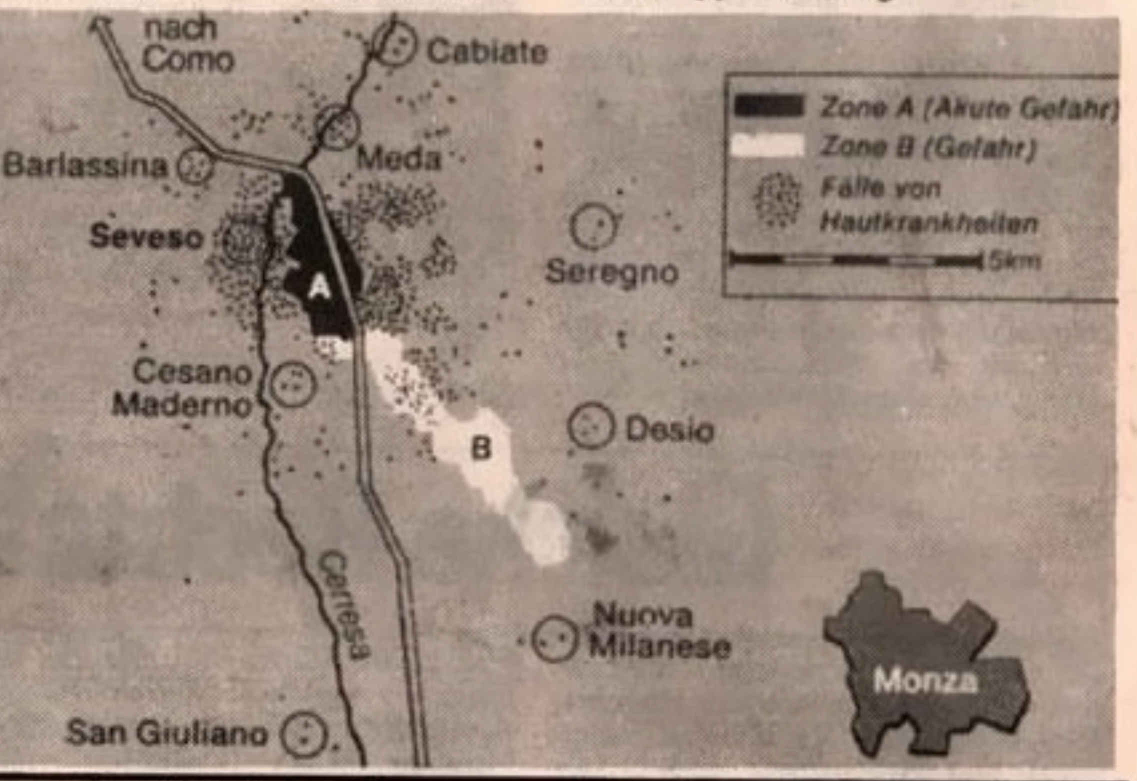
Nicht nur, daß unter den „9243 Kühen", die Mailand „frische" Milch liefern, immer noch reichlich viele aus dem Gebiet um Seveso stammen, und so das Gift in die Millionenstadt importieren – das Gift kommt auch auf ganz direktem Weg in die Stadt: Am 28. Oktober trat der Fluß Seveso über die Ufer und damit auch der Certosa, der durch die Zone und durch einen Stadtteil Mailands fließt. So überschwemmten ein Meter verseuchtes Wasser und Schlamm Straßen und Geschäfte. Offiziell natürlich überhaupt keine Gefahr! Im Februar '77 starben Hunde, Katzen, Karnickel und Vögel – im Mai mußten drei Schulen geschlossen werden, wegen 56 Fällen von Hautkrankheiten! DC und PCI versuchten einträchtig, das Ganze herunterzuspielen, die bürgerliche Presse schweigt...

So sieht es Hoffman la Roche:

Während die Bevölkerung weiter leidet, belogen wird und im Unsicheren bleibt, veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung" vom 10.6.77 eine Erklärung des Verwaltungsratspräsidenten Jann von La Roche: *»Außerdem seien die Folgen für die betroffenen Menschen längst nicht so gravierend, wie zunächst angenommen worden sei. Bei keinem der Icmesa-Arbeiter sei eine Erkrankung festgestellt worden. Es habe keinen Todesfall gegeben, und es sei bei keinem Menschen nach den bisherigen Ermittlungen aufgrund des ausgeströmten Dioxin ein organischer Schaden entstanden. Auch die Zahl der Fehlgeburten und Mißbildungen habe sich im Rahmen der allgemein als normal geltenden Quote gehalten. Keine der erkrankten Personen befinde sich noch im Krankenhaus; nur bei drei von zehn an Chlorakne leidenden Kindern bestehe die Möglichkeit, daß Narben zurückbleiben«.*

Ein Kommentar zur Haltung des Hoffmann-La Roche-Konzerns - ein passendes Adjektiv dafür finde ich nicht – war eine Bombe am Haus des Vizedirektor Rupp.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



sungen im öffentlichen Dienst vor der Arbeiterklasse zu rechtfertigen. *sei weder ein allgemeines programmatisches Abkommen noch viel weniger*

Parteienabkommen besiegelt den „Historischen Kompromiß"

Am 26./27. Juni trafen sich die sechs Parteien, die die DC-Regierung unterstützen, mit den Gewerkschaftsvertretern der CGIL-UIL-CISL und dem Arbeitgeberverband sowie Vertretern des Vatikans, um ein „historisches Ereignis" zu besiegeln: In trauter Einigkeit wurde das Spar- und Repressionsprogramm für die nächste Zeit verabschiedet, um die Regierung wieder „lebensfähig" zu machen.

Dies Programm umfaßt (lt. „Lotta Continua" vom 25.6.) folgende Punkte:

– Das Gesetz zur „Ausräucherung der Höhlen". Das berüchtigte „Legge Reale", das u.a. auch den Todesschuß der Bullen legalisiert, wurde in zwei Abschnitten modifiziert und noch verschärft. Ab sofort kann die Polizei auf eigene Faust für 24 Stunden jedermann verhaften und verhören, auch ohne Anwalt: *Die Untersuchungshaft wird im Zusammenhang mit denjenigen Personen angewendet, die verdächtig sind, eine Tat vorzubereiten, die auf den Tatbestand des Terrorismus, des Umsturzes, der Menschenentführung, bewaffneten Raubüberfalls oder der Dealerei zurückzuführen ist".*

– Das Abhören der Telefone wird erlaubt. Einzige Kontrollinstitution ist die Justizbehörde.

– Zum Energieprogramm wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die vier bereits fertig geplanten KKWs sofort zu bauen und gleich im Anschluß weitere vier größere KKWs zu errichten.

– Die Forderung nach einer demokratischen Polizeigewerkschaft, die von der PCI als Trostpflaster für ihre Zustimmung zu den Repressionsmaßnahmen aufgestellt worden war, wurde unter den Tisch gekehrt, da die DC dagegen ist. Dieser Punkt wurde wegen der „Unvereinbarkeit der Standpunkte" wieder ans Parlament zurückverwiesen.

– Zur Verteilung der Staatsausgaben wurde in allen wesentlichen Bereichen wie Schule, Bildung, Gesundheitswesen ein Stop beschlossen. Auch für Investitionen soll nur ein festgelegter Teil ausgegeben werden. Unter anderem wird dadurch im öffentlichen Dienst eine Flut von Entlassungen bevorstehen.

– Zu den Lohnkosten und zur „Anti-Inflationspolitik" wurde ein wichtiger Schritt beschlossen, der schon seit langem im Gespräch ist: Die Aussetzung der „scala mobile", dem automatischen Inflationsausgleich, der alle drei Monate an die Arbeiter gezahlt wird. Schon jetzt steht fest, daß die Zahlungen zumindest für das nächste Halbjahr ausgesetzt werden.

Als weiterer wesentlicher Punkt ist ein neues Konkordat im Abschlußstadium, das auf Betreiben der DC mit dem Vatikan ausgehandelt wird und ebenfalls dem Parlament vorgelegt werden soll. Das Konkordat ist ein Abkommen zwischen Staat und Vatikan, das erstmals unter Mussolini geschlossen wurde und der damals der Kirche eine wichtige Rolle bei der Durchführung des Faschismus zusprach. Die Neuauflage des Konkordats soll die Kirche als Bündnispartner des bürgerlichen Staates bestätigen und ihr ein Eingriffsrecht in Erziehung und Wissenschaft sowie rechtliche Kompetenzen zusichern.

Einzelne Punkte sind zwar noch nicht bekannt, dennoch äußert sich sogar der Faschist Nencioni begeistert über den Entwurf, der seiner Meinung nach dem Abkommen Mussolinis um nichts nachsteht.

Die „Radikalen", die revolutionäre Linke (DP) sowie einige Sozialisten der PSI standen bei diesem „Fest der Einigkeit" ziemlich allein mit ihrer Kritik und ihren Positionen. Der Gewerkschaftsdachverband hatte in Vorbereitung des Treffens versucht, die PSI unter Druck zu setzen. Knallhart wurden die Führer der PSI darauf „hingewiesen", daß die Gewerkschaften für eine noch grössere Abseitsposition der PSI im Parlament sorgen würden, wenn das Abkommen nicht akzeptiert würde. Dies ist ihnen weitgehend gelungen.

Den Gewerkschaftsführern dürfte es nicht ganz leicht fallen, besonders den Abbau der scala mobile sowie der Sozialleistungen und die Entlassungen im öffentlichen Dienst vor der Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Fast grotesk ist es daher, daß Vertreter des Dachverbandes der Gewerkschaften zwar zu fast allen Punkten des Programms vor der Öffentlichkeit scheinbar protestieren, jedoch höchst erfreut und zufrieden über die Form dieses Abkommens und der vorbereitenden Gespräche waren. Diese Übernahme des deutschen Modells der „Konzertierten Aktion" ist etwas wahrhaft neues und die Gewerkschaftsführer preisen es jetzt schon in den höchsten Tönen.

Am 15.Juli wurde das Abkommen ins Parlament eingebracht und, wenn auch in den einzelnen Punkten mit unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen, insgesamt mit absoluter Mehrheit angenommen. In der Kammer betonte DC-Vizesekretär Galloni jedoch:

„Jede Partei habe ihre eigenen Ziele und eigenen Vorbehalte bewahrt, ohne dabei die Perspektiven der übrigen Parteien zu präjudizieren. Es handle sich um ein Abkommen, das objektive Grenzen in seinem Umfang wie in seiner Dauer habe. Es sei weder ein allgemeines programmatisches Abkommen noch viel weniger ein Abkommen für eine Legislaturperiode"(NZZ, 15.7.77). Dies ist der lässige Kommentar des souveränen Gewinners. Die DC hat als einziges „Zugeständnis" an die PCI im Nachherein noch das „legge 382" bewilligt, das die Kompetenzen der Ministerien bzw. Verwaltungen auf verschiedenen regionalen Sektoren mehr dezentralisiert und den Regionalverwaltungen mehr Befugnisse einräumt. Die PCI meint, damit hätten in den PCI-verwalteten Regionen Bürgermeister mehr Einfluß, tatsächlich ist dieser Punkt jedoch gemessen an dem Abkommen Nebensache.

Dennoch betont die PCI besonders diesen Punkt als „Prüfstein für den guten Willen der DC" und preist das Abkommen insgesamt als wichtigen „moralischen und politischen Akt" (NZZ 16.7.77). Sie sieht ihren „historischen Kompromiß" (=Regierungsbeteiligung der PCI in greifbare Nähe gerückt.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Spanien

Regierungserklärung in Spanien:
Das Volk wird zur Kasse gebeten

Die neue spanische Regierung unter Ministerpräsident Suarez gab am 11. Juli ihre Regierungserklärung ab, deren hervorstechendstes Merkmal eine Reihe wohlklingender Versprechen und die Ankündigung einer rigorosen wirtschaftlichen Sanierungspolitik zu Lasten der Arbeiter und breitester Volksschichten ist.

Folgende Pläne der Regierung wurden verkündet:

- Die Regierung will „in Kürze" einen Vorschlag für eine Verfassung an das Parlament überweisen, der *„die individuellen und kollektiven Rechte und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament sowie die Autonomie der Regionen einschließen wird"* („El Pais", 12.7.77).
- Demnächst soll der Beitritt zur EG beantragt werden und
- es soll eine „nationale Debatte über den Eintritt in die Nato" (ebenda) begonnen werden, d.h. der Bevölkerung soll das imperialistische Kriegsbündnis schmackhaft gemacht werden.
- Noch für dieses Jahr werden Gemeindewahlen angekündigt.

Kernstück der Regierungserklärung ist jedoch die Wirtschaftspolitik. Die in diesem Rahmen angekündigten bzw. schon durchgeführten Maßnahmen laufen darauf hinaus, daß der kleine Mann die Zeche bezahlen muß und für die Kapitalisten die Kastanien aus dem Feuer holt.

Um die galoppierende Inflation (dieses Jahr 30%!) zu bremsen – dies ist das erklärte Hauptziel der neuen Wirtschaftspolitik – sollen die Löhne gebremst werden. Welch enorme Opfer dies vor allem für die Arbeiterklasse bedeuten wird, verdeutlicht die Tatsache, daß die spanischen Arbeiter nach den Lohnstopps von 1959, 1967, 1968, 1969, 1973 und 1975 damit die siebte derartige Maßnahme innerhalb von 18 Jahren aufgebrummt bekommen („cambio 16", 14.7.77)!

Diese drastische Bescheidung des Lebensstandards wird noch erheblich verschärft durch die inzwischen schon durchgeführte Abwertung der verschärft durch die inzwischen schon durchgeführte Abwertung der Peseta um 20 %. Hierdurch erhöhen sich die Kosten für Importgüter um 20%, und da annähernd 70% des spanischen Konsums aus dem Ausland stammt, werden die Preise dafür auch um 20% auf dem Inlandsmarkt steigen. Unter den Lebensmitteln werden sich am meisten Kaffee, Zucker, Fleisch, Hühner und einige Fischsorten verteuern („cambio 16", 24.7.77).

Als erstes werden auf Regierungsbeschluß Benzin, Öl, Gas, Strom und Kohle teurer – zwischen 20 und 25% („El Pais" 15.7.77).

Durch die Abwertung verschärft sich zudem die Auslandsverschuldung, die nach dem alten Stand 14 Mrd. Dollar betrug.

Diese Wirtschafts„reform", deren zweiter Teil im Herbst angekündigt wird („Der Spiegel", 18.7.77), ist unter Mitwirkung des US- und EG-Großkapitals erarbeitet worden. Schon Monate vor seinem Amtsantritt hatte der neue Wirtschaftsminister Fuentes Quintana gefordert: *„Die internationale Finanzgemeinschaft muß bei der Ausarbeitung des Programms dabeisein"*. Und: *„Notwendigerweise muß die Gesamtheit der zu ergreifenden Maßnahmen die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der ausländischen Investoren und Kreditgeber sowie des Internationalen Währungsfonds und der OECD haben"* (Zitate aus: „cambio 16", 24.7.77).

Die verschärfte „Spar"- und Auspressungspolitik, wie sie in den Staaten der EG unter Schirmherrschaft des BRD-Imperialismus durchgesetzt wird, hat jetzt also auch auf Spanien übergegriffen. Damit wird auch der EG-Beitritt Spaniens vorbereitet; denn ein wirtschaftlich „krankes" Land wäre für die Starken in der „Gemeinschaft" (vor allem die BRD) eine Belastung.

Die großen Opfer, die das Kapital jetzt der Bevölkerung abverlangt, sind – dem neuen „demokratischen" Ton entsprechend – mit einer Reihe wohlklingender Versprechungen garniert worden. So soll sich die bittere Pille des Lohnstopps und der Preissteigerungen leichter schlucken lassen.

Im einzelnen versprach die Regierung

- die seit Jahrzehnten überfällige Steuerreform durchzuführen. Spanien ist – selbst nach Aussagen der Suarez-Partei UCD – *„das einzige Land der Welt, in dem die obere Mittelklasse* (gemeint sind die Kapitalisten, Großbourgeois und Großgrundbesitzer; Anm. AK) *keine Steuern bezahlt"* (UCD-Mitglied Merigo in „cambio 16", 24.7.77).
- Eine neue Vermögenssteuer soll erhoben werden,
- Steuerbetrug soll verfolgt werden;
- die direkten Steuern sollen erhöht werden („Der Spiegel", 18.7.77).
- Desweiteren wurde versprochen, der maßlosen Bodenspekulation, vor allem in den Städten, entgegenzuwirken („cambio 16", 24.7.77).
- Zu Lösung des Problems der Arbeislosigkeit (z.Zt. acht Prozent, die Emigranten nicht mitgerechnet!) kündigte die Regierung Verbesserungen der Arbeitslosenversicherung, Förderung der besonders betroffenen Gebiete und – dabei dürfte der Schwerpunkt liegen – steuerliche Vorteile für Unternehmen, die ihre Belegschaften erweitern, an („El Pais", 12.7.77).

Bleibt abzuwarten, welche dieser Versprechen wann und in welcher konkreten Form verwirklicht werden. (Erinnern wir uns nur an die seit einem Jahr immer wiederholten Amnestie-Versprechen – und noch heute sitzen politische Gefangene im Knast!).



Demonstration gegen Preiserhöhung

Demonstration gegen Preiserhöhung

Die Opposition läßt sich einwickeln

Zum neuen „demokratischen" Ton gehört ebenfalls, daß anders als zu Francos Zeiten die unpopulären Maßnahmen nicht mit dem Holzhammer durchgesetzt werden sollen. Der geschickte Taktierer Suarez wählte eine Methode, die den „sozialen Frieden", also ein Stillhalten der Arbeiterklasse, besser zu sichern verspricht.

1. Er verfolgt einen „Plan der öffentlichen Bewußtmachung" („cambio 16", 24.7.77), seine Minister machen dem Volk in einer Serie von Pressekonferenzen und Fernsehauftritten den „Ernst der Lage" klar und bereiten die drastischen Maßnahmen ideologisch vor. Dies geschieht in wohldosierten Rationen, verabreicht wie Medizin, die mit Wasser verdünnt ist.

2. wird die Opposition in die Verantwortung mit einbezogen. Dadurch kann der Widerstand gleich zu Anfang erheblich vermindert werden, und auch später, wenn die Folgen voll spürbar werden, kann die Regierung darauf verweisen, daß die Opposition zugestimmt, ja sogar mitgewirkt hat. Diese neue Verhandlungstaktik der Regierung wurde in der gesamten spanischen Presse breitgetreten. Tatsache ist jedoch, daß an den Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik weder die Oppositionsparteien noch die Gewerkschaften mitgewirkt haben. Wirtschaftsminister Fuentes erklärte im Fernsehen: *„Die Regierung wird d i e A n w e n d u n g des Programms aushandeln"* („cambio 16", 24.7.77). Die Opposition wird bemüht, um die Inhalte in möglichst reibungsloser Form durchzusetzen.

Dies scheint voll zu gelingen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen „Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei" (PSOE), Felipe Gonzalez, sagte zu Journalisten, das Wirtschaftsprogramm der Regierung ähnle sehr dem, was die PSOE im Wahlkampf gefordert habe („cambio 16", 24.7.77). Man müsse abwarten, was an praktischen Schritten folge. Gonzales „vermied vorsichtig jedes Werturteil über die wirtschaftlichen Maßnahmen" („El Pais", 12.7.77). Auf dieser Grundlage überrascht das PSOE-Angebot zur Klassenzusammenarbeit nicht: *„Die Zusammenarbeit ist möglich durch fortwährende Verhandlungen, bei denen die betreffenden Interessen zur Überwindung der Krise harmonisiert werden"* („cambio 16", 24.7.77). Im Klartext: Aufgabe der Klasseninteressen der Arbeiter zum Wohle eines angeblich klassenneutralen Allgemeininteresses. Die spanischen „Sozialisten" zeigen immer deutlicher ihr sozialdemokratisches Gesicht Brandt'scher und Schmidt'scher Prägung!

Daß sie den Arbeitern bereits schon bei ihren Lohnkämpfen in den Rücken fallen, bewiesen die „Sozialisten" der PSOE beim Müllarbeiter-Streik in Valladolid (siehe Meldung in diesem AK). Als die Stadtverwaltung jedes Zugeständnis ablehnte, traten die Arbeiter in den Streik.

Alle Streikenden wurden sofort entlassen. Dabei kam es – nach Solidarisierung der Bevölkerung und anderer Arbeiter mit den Müllwerkern – zu Straßenkämpfen mit der Polizei. Der einzige Kommentar, den sich der sozialistische Abgeordnete Juan Colino dazu abkneifen konnte, war: *„Was hier passiert, zeigt, daß wir noch nicht gelernt haben, die Handlungsweisen der Illegalität aufzugeben"* („cambio 16", 24.7.77). Dieser Vogel fordert hier Arbeiter, die rausgeschmissen wurden, weil sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen streikten, zum Verzicht auf das einzige Mittel auf, das sie haben – den Streik!

Wer nun erwartet, daß die spanischen Revisionisten der PCE sich noch rechter geben als die PSOE, der hat sich nicht getäuscht. PCE-Chef Carrillo ließ nach einer zweieinhalbstündigen Unterredung mit Ministerpräsident Suarez verlauten: *„Wir meinen, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zum großen Teil positiv sind, jedoch noch unvollständig"*. *„Die Unterredung ist sehr herzlich* (!!) *und positiv gewesen, denn sie leitet einen Prozeß des Dialogs zwischen Regierung und Opposition ein, der grundlegend für jeden demokratischen Prozeß ist. Wir müssen in dieser Situation alle Hand anlegen, um die Demokratie zu errichten und zu konsolidieren"* („El Pais", 13.7.77). Eine wahre Katastrophenstimmung schuf Marcelino Camacho, Carrillo-Anhänger und Generalsekretär der Arbeiterkommissionen: *„Wir befinden uns in einer Situation des nationalen Notstands* (!!!), *wo alle nationalen Kräfte in Marsch gesetzt werden müssen"* („cambio 16", 24.7.77). Solch markige Sprüche lassen ahnen, daß sich die spanischen Revisionisten ähnlich wie ihre italienischen Kollegen auf die Seite der Bourgeoisie stellen, um ein wirtschaftliches Krisenprogramm die Seite der Bourgeoisie stellen, um ein wirtschaftliches Krisenprogramm g e g e n die Arbeiterklasse und das Volk durchzusetzen.

Die Rechtfertigung den Arbeitern gegenüber für dieses Anbiedern bei der Bourgeoisie ist immer dieselbe: Würden die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen, könnte die Demokratisierung gestört werden und ein politisches Chaos entstehen. Dies würde nur der Rechten nützen. *„Man muß vermeiden, daß ein Pinochet vom Dienst kommt"* (Camacho in „cambio 16", 24.7.77).

Von solchen „Verbündeten" wie PSOE und PCE kann sich das spanische Volk wahrhaftig nichts im Kampf gegen die Krisenpolitik erhoffen.

Spanien-Kommission

Kabinett des Finanzkapitals

Interessante Details veröffentlichten jüngst einige spanische liberale Zeitschriften, u.a. „Mundo" (Nr.1934, 16.7.77) und „posible" (Nr. 131, 20.7.77) über Charakter und Zusammensetzung des neuen spanischen Kabinetts, nämlich als gemeinsamen Ausschuß des einheimischen und ausländischen (v.a. US-amerikanischen) Finanzkapitals. Die Mehrheit der Minister hat allerengste familiäre, bzw. berufsmäßige Beziehungen zu den spanischen und amerikanischen Großbanken und Konzernketten und steht großenteils direkt auf deren Lohnlisten als Vorständler, Aufsichtsräte oder auch direkt als Teilhaber.

„posible" bringt den Charakter des „neuen" Suares-Kabinetts auf folgenden Nenner:

„.. man kann sagen, daß es keinen wesentlichen Unterschied gibt in der soziologischen Zusammensetzung dieser Regierung und der Regierungen unter Franco."

Nur neun der insgesamt zwanzig Minister der „neuen" Regierung sind bei den allgemeinen Wahlen vom 15.Juni über die Parteienlisten ins „Parlament" gewählt worden; der Rest wurde vom König ernannt. Zwei der 20 waren bereits Minister unter dem ultrareaktionären Ministerpräsidenten Arias Navarro und acht waren altgediente „Abgeordnete" in dem faschistischen Ständeparlament unter Franco.

„posible" stellt fest:

„Fünfzehn Minister des Kabinetts Suarez haben hohe Ämter (im alten faschistischen Staatsapparat; AK) *ausgeübt, bevor die für diese Regierung ernannt wurden (...). 75 % der neuen Minister sind direkt mit dem Franco-Regime kompromittiert."* 60%, also 12 Minister, sind selbst Kapitalisten. Sie vereinigen unter ihren Namen 43 Betriebe, von denen nur 5 ein Privatkapital von weniger als 100 Mio. Peseten (ca. 2,8 Mio.DM nach der jüngsten Abwertung) haben. Unter den überwiegend im spanischen Kabinett vertretenen Groß und Größtunternehmen tut sich das Bankkapital sowie der Bau- und Immobiliensektor hervor (nach „posible").

Der einflußreichste Vertreter des Finanzkapitals im „neuen" Kabinett ist der Industrieminister Alberto Oliart. Er hat wohl die meisten Aufsichtsratsposten von allen Ministern inne. Er ist u.a. Aufsichtsratsvorsitzender der Großbank „Banco Hispano Americano" und Aufsichtsratsmitglied der „Banco Urquijo", zwei der drei größten spanischen Banken überhaupt. Auch der Minister für Transport und Verkehrswesen (Llado) und der Finanzminister (Fernandez Ordonez) haben neben anderen Ministern engste und höchste Bankverbindungen. Der letztgenannte ist u.a. Präsident des multinationalen Konzerns LAING. Erziehungsminster Cavero ist Aufsichtsratsmitglied bei Chrysler, Spanien. Außenminster Oreja und Justizminister Lavilla vertreten im „neuen" Kabinett die Interessen der „Banco Espanol de Credito", der größten spanischen Bank. Der Minister für Städtebau, Garrigues Walker, der ein sich liberal nennendes Parteigebilde hochgezogen hat, das sich ausgezeichneter Beziehungen zur westdeutschen FDP erfreut, ist einer der einflußreichsten Vertreter des amerikanischen Kapitals in Spanien - mittels seines legendären Familienclans. Er ist Aufsichtsratsmitglied der spanischen Autobahn-Aktiengesellschaft, Präsident der staatlichen Monopolkonservenfabrik (Conservas de Espana, S.A.), Aufsichtsrat der Bau-Aktiengesellschaft SATO, usw. usw. (nach „Cuadernos para el dialogo", 22.7.77).

Dies kann nur ein kleiner Ausschnitt aus der langen Liste der Kapital- und Hochfinanz-Minister des Suarez-Kabinetts sein, das nach den angeblichen „ersten freien Wahlen" nach 40 Jahren Franco-Herrschaft somit in absolut gar keiner Beziehung die Interessen der 22 Mio. spanischen Wähler widerspiegelt.

Spanien-Kommission

ORT, PTE und Karlistische Partei legalisiert!

Am 9. Juli legalisierte die spanische Regierung drei Parteien, denen eine Teilnahme an den „demokratischen" Wahlen untersagt war: die revolutionären Organisationen ORT und PTE, die derzeit links von der PCE den größten Einfluß haben, und die Karlistische Partei, die sich für einen „Sozialismus der Selbstverwaltung" einsetzt („El Pais", 10.7.77).

Die drei Parteien mußten bei den Wahlen unter anderen Namen als Zusammenschlüsse „unabhängiger" Kandidaten teilnehmen. Selbst nach Meinung der bürgerlichen Zeitung „El Pais" hat ihnen das „viele Nachteile" eingebracht (ebenda). Nicht weniger als 44 Parteien und politische Vereinigungen, fast alle kommunistisch orientiert, müssen nach wie vor auf ihre Legalisierung warten. („Cambio 16", 24.7.77).

Spanien–Kommission

Gefangenen-Aufstand in 12 spanischen Provinzen

Am 18.Juli, dem in Spanien auch dieses Jahr noch gefeierten Jahrestag des faschistischen Putsches der Franco-Generäle gegen die Republik 1936, kam es im Madrider Carabanchel-Gefängnis zu einem erneuten Aufstand der nicht-politischen Gefangenen. Anlaß dafür waren die schweren Verletzungen, die ein junger Gefangener durch Messerstiche von einem Gefängnisbeamten erhielt.

In Madrid-Carabanchel hatte es schon mehrfach Meutereien gegeben, die sich stets gegen die unmenschlichen Haftbedingungen richteten; zuletzt im Frühjahr dieses Jahres.

Doch bisher hat sich rein gar nichts am spanischen Srafvollzug geändert. Der Aufstand vom 18.Juli hatte Signalfunktion: Inzwischen sind die Gefangenen aus 12 (!) spanischen Provinzen dem Vorbild von Madrid gefolgt!

Sie haben mit Hilfe der seit einigen Monaten aktiven Gefangenen-Organisation COPEL eine schnelle Politisierung durchgemacht. Dies zeigt sich am Charakter, der Dauer und der Durchführung ihrer Aktion - vor allem in Carabanchel.

Dort besetzten anfangs dreihundert, später sechshundert Gefangene trotz brennender Hitze die Dächer einiger Gebäudetrakte, entrollten Transparente, die sie aus Decken hergestellt hatten, mit ihren Forderungen und zeigten die Fahne der COPEL (die Umrisse Spaniens auf rotem Grund mit Gittern davor). Auch die Fahnen aller spanischen Nationalitäten hatten sie dabei.

Die Gefangenen trugen fast alle rote Hemden und riefen von den Dächern immer wieder „Amnistia, libertad" (Amnestie, Freiheit!"). Ihre Sprechchöre konnte man teilweise vierhundert Meter weit hören!

Einer ihrer Sprecher erklärte gegenüber herbeigeeilten Journalisten:

„*Wir sind hier aufgrund von 40 Jahren Frankismus. Wir wollen in der Nach-Franco-Zeit nicht in diesem Zustand bleiben. Wir fordern erstens Amnestie, zweitens die Reform der Haftbedingungen, drittens die Reform des Strafrechts, viertens die Rückkehr aller strafversetzten Mitgefangenen*" („Deia", baskische Tageszeitung, 19.7.77). Die Gefangenen sagten, sie würden nicht eher vom Dach heruntergehen, bis Ministerpräsident Suares oder ähnlich hohe Politiker mit ihnen gesprochen haben und ihre Forderungen akzeptiert sind.

Wie ernst es den Gefangenen mit ihren Forderungen ist, zeigt sich in dem entschiedenen Widerstand gegen die sofort einsetzende Polizeirepression:

Die „*Häftlinge leiden unter der brennenden Hitze dieser Tage und an starkem Durst, nachdem die Polizei ihnen die Trinkwasserversorgung abgeschnitten hat. Vierhundert nicht an der Meuterei beteiligte Häftlinge sind in andere Gefängnisse gebracht worden (. . .) Fünfzehn von der Polizei verletzte Gefangene sind in Krankenhäuser gebracht worden. (. . .). Die Polizei schießt von außerhalb Gummikugeln und Rauchbomben auf die Gefängnisdächer; die Gefangenen werfen die brennenden Rauchbomben auf die Polizei zurück. Zahlreiche Zuschauer, unter ihnen viele Angehörige der Gefangenen, applaudieren den Meuternden*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.7.77).

Die ganze Aktion ist deshalb zu diesem Zeitpunkt durchgeführt worden, weil drei Tage später, am 22.7. das neue Parlament feierlich eröffnet werden soll. Die Aufmerksamkeit der politischen Partei soll damit auf die mittelalterlichen Zustände im spanischen Strafvollzug gelenkt werden.

Die Gefangenen betrachten eine befriedigende Lösung ihrer Probleme als Prüfstein für eine demokratische Entwicklung des Landes. Mit Recht.

(Alle Informationen - außer woanders angegeben - aus „El Pais", 19.20. und 21.7.77 sowie „FAZ", 21.7.77)

Letzte Meldung:
Carbanchel von Bullen gestürmt

Nach vier Tagen Dauer wurde der Gefangenen-Aufstand von Madrid-Carabanchel durch einen großangelegten Bullenangriff beendet. „El Pais" vom 22.7. nannte dies „eine authentische Schlacht":

Drei Stunden lang bombardierte die Polizei die Häftlinge auf den Dächern mit Rauch- und Gasgranaten durch pausenlosen Beschuß mit Gummikugeln aus allen Richtungen.

Die Behörden waren nicht bereit, auch nur die kleinste Forderung zu erfüllen.

18 Stunden später wurde übrigens höchstfeierlich das „demokratische" Parlament eröffnet. Bis dahin wollte man die „leidliche Angelegenheit" wohl aus der Welt geschafft haben. Die „junge Demokratie" hätte bei ihrer Taufe sonst auch gar zu schlecht ausgesehen.

Spanien-Kommission



Die Gefangenen von Carabanchel auf dem Dach. Auf Transparenten zeigen sie ihre Forderungen.

»Wir sind Homosexuelle und wir sind stolz darauf«

Am 26.6. demonstrierten in Barcelona 5.000 Homosexuelle für das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen und gegen die Spaltung zwischen Hetero- und Homosexuellen. Die Demonstration, die von der FAGC (Schwulenbefreiungsfront Katalonien) organisiert wurde, fiel mit dem „Welttag der Stolzen Schwulen" zusammen, der seit acht Jahren in verschiedenen Ländern für die öffentliche Erklärung der Schwulenforderungen genutzt wird. In Spanien fand diese Demonstration in diesem Jahr zum ersten Mal statt.

Ihrer Tradition gemäß schlug die „demokratische" Polizei wieder zu: mit Gummiknüppeln und Gummikugeln aus Gewehren versuchte sie, die Demonstration auseinanderzutreiben, es kam zu mehreren Verhaftungen.

In Spanien wird Schwulsein mehr noch als in anderen Ländern als „soziale Gefährdung" unterdrückt, diskriminiert und strafrechtlich verfolgt. Das Gesetz über soziale Gefährdung und Rehabilitation vom 4. August 1970 erklärt alle für im „gefährlichen Zustand" befindlich, die homosexuelle Akte ausführen. Als Strafe droht die Internierung in einer Umerziehungsanstalt von sechs Monaten bis zu fünf Jahren (!!). „Die Behandlung", so ein Mitglied der FAGC, „*besteht außer Demütigungen in einer Abschreckungstherapie gegen die Homosexualität sowie einer Reihe von Gesprächen, die ein Pfaffe abhält*". Die Technik, Aversionen gegen die Homosexualität zu erreichen, besteht darin, erotische homosexuelle Bilder zu projizieren, die von starken Elektroschocks begleitet werden.

Um gegen diese unmenschliche Unterdrückung zu kämpfen, haben sich in Spanien viele Schwulengruppen gebildet, von denen die Mehrheit – wie auch die FAGC – sich selbst als revolutionäre, radikale Klassenorganisationen begreifen. Laut „cambio 16" haben die Schwulengruppen heute 2.000 Aktivisten und eine noch größere Zahl an Sympathisanten, von denen die meisten Jugendliche sind. „*Unsere Gesprächspartner*", sagte ein FAGC-Mitglied, „*sind die Arbeiterparteien sowie der Rest der Volksorganisationen: Gewerkschaften, Nachbarschaftsassoziationen, Bürgerinitiativen, Frauen- und Jugendbewegungen*". So wurde auch die Demo u.a. von der PSC (Congres), der Gewerkschaft CSUT (PTE-nahe), Frauenorganisationen und Anarchisten unterstützt (alle Angaben nach „Cambio 16", 10.7.77).

Spanien-Kommission

Müllarbeiter-Streik in Valladolid

Am 1. Juli begann der Streik der 350 Müllarbeiter von Valldolid, denen sich die städtischen Bauarbeiter und – für einen Tag – die Totengräber anschlossen.

Ihre Forderungen:
- 25.000 Peseten Grundlohn (ca. 1.000 DM)
- 20% Erhöhung der Gift- und Nachtzulagen
- häufigere medizinische Untersuchungen.

Die Stadtverwaltung sagte Nein und lehnte Verhandlungen ab. Auf den sofort eingeleiteten Streik reagierte sie mit der sofortigen Entlassung der Streikenden.

Vom 4.7. an beriefen die Nachbarschaftsvereinigungen tägliche Vollversammlungen ein, die jedesmal mit einem Marsch zum Marktplatz endeten. Auf dem Weg wurden Mülleimer und Container auf die Straße entleert. Nachts wurden aus dem Müll Barrikaden gebaut und angezündet. Die anrückenden Bullen, die sofort mit Tränengasbomben und Gummikugeln schossen, empfingen die Anwohner mit Blumentöpfen, die sie von ihren Balkons herunterwarfen. Der Bürgermeister weigerte sich eine Woche lang, Verhandlungen mit den Müllarbeitern aufzunehmen, bevor sie nicht wieder zur Arbeit gingen. Darauf dehnte sich die Protestbewegung aus. Die Forderung nach seinem Rücktritt wurde zu einer der zentralen Parolen in der Stadt. Die Aktion der Müllarbeiter wurde heftigst diffamiert von PSOE- und Arbeiterkommissionsvertretern. Sie warfen den Arbeitern und deren Gewerkschaft CSUT (PTE-beeinflußt) vor, statt Verhandlungen zu suchen, die alten Verhaltensschemata der Illegalität – sprich Streik! – beizubehalten.

Wie berechtigt die entschiedene Haltung der Arbeiter war, zeigte sich am Ausgang des Konflikts:

Am 8. Juli mußte der Bürgermeister schließlich Verhandlungen zustimmen. Ergebnis:
- 2.000 Peseten mehr Lohn (rund 80 DM)
- Aufhebung der Entlassungen
- Verzicht auf Disziplinarmaßnahmen
- Bezahlung der Streiktage
- Gesundheitsuntersuchung alle drei Monate.

Die Arbeiter mußten zusichern, keine neuen Forderungen zu erheben, solange die Lebenshaltungskosten nicht über 15% stiegen.

Der Konflikt hat – als Nebenwirkung – die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für die anstehenden Kommunalwahlen geschärft. Ein Vertreter der Nachbarschaftsvereinigungen erklärte: „*Die Gemeindewahlen werden Valladolid Aufsehen erregen. Die Stadtviertel haben ihre Kraft gezeigt, und niemand wird uns täuschen können.*" (Alle Informationen aus „cambio 16", 14.7.77)

Spanien–Kommission

Boykott des chilenischen Folterschiffes »Esmeralda«

„Faschisten!" – „Pinochet, Mörder!" – mit diesen Rufen empfingen Werftarbeiter in San Fernando (Bucht von Cadiz) das einlaufende chilenische Segelschulschiff „Esmeralda". In Barcelona mußte der Besuch des Schiffes abgesagt werden, da die Proteste sehr groß waren („El Pais", 6.7.77 und 10.7.77).

Die „Esmeralda" hatte in den ersten zwei Monaten nach dem Putsch von Pinochet im Hafen von Valparaiso als Folterkammer für politische Gefangene gedient. Der amerikanische Kolumnist Jack Anderson wies dies an hunderten von Fällen nach. Aus diesem Grund wurde das Schiff bisher in unzähligen Häfen der Welt boykottiert.

Die Gewerkschaften, Arbeiterkommissionen, UGT und USO, sowie die Parteien PSOE, PSA, PCE und PTE gaben in San Fernando ein gemeinsames Manifest heraus, in dem sie zum Boykott der Reparaturen, die an dem Schiff nötig sind, aufrufen („Cambio 16", 24.7.77 und „El Pais", 12.7.77).

Die Arbeiter der Empresa Nacional Bazan weigerten sich, die Reparaturen auszuführen („El Pais, 12.7.).

Alle Gewerkschaften, Parteien der Linken und einige Bürgerinitiativen haben ein Koordinationskomitee gebildet, das die Protestaktionen leitet. U.a. wurden Carlos Altamirano, im Exil lebender Sekretär der Sozialistischen Partei Chiles und ein Leitungsmitglied des MIR zu einer Veranstaltung eingeladen.

Dies ist ein gutes Beispiel internationaler Solidarität.

Die „Esmeralda" wird jetzt leider auf einer anderen Werft und durch Arbeiter von auswärts repariert („El Pais", 17.7.77).

Spanien–Kommission

Was ist mit den Wahlergebnissen los?

Gut zwei Monate sind seit den Wahlen vom 15. Juni vergangen, die beiden Kammern der neugewählten Parlamente sind bereits zusammengetreten und haben ihre Präsidenten gewählt – doch ein amtliches, endgültiges Wahlergebnis liegt immer noch nicht vor!

Über die unzähligen „Unregelmässigkeiten" und Wahlfälschungen haben wir bereits ausführlich berichtet. In fast allen Provinzen kam es zu Wahlanfechtungen.

Die Differenzen über den Wahlausgang in Madrid wurden jetzt durch ein „Gentleman–Agreement", eine Kompromißformel, beendet.

Zwischen der Regierungspartei UCD und den Revisionisten (PCE) gab es Unstimmigkeiten über den 32. (und letzten) Platz bei den Abgeordnetenwahlen. Die PCE meinte weiterhin, in Madrid hätte die PSOE die meisten Stimmen erreicht, was bedeuten würde, daß nicht Ministerpräsident Suarez, sondern Felipe Gonzalvez erster Abgeordneter für Madrid wäre - ein empfindlicher Prestigeverlust für Suarez. UCD, PSOE und PCE einigten sich nun, daß Suarez Nr. 1 bleibt, dafür die PCE Platz 32 erhält.

Gleichzeitig wurden damit die vorläufigen Wahlergebnisse – egal, ob sie stimmen oder nicht! – als endgültig akzeptiert. Die UCD konnte aufatmen. Bestand doch „*in den oberen Kreisen der Partei ein Unbehagen über die Folgen, die das Thema* (der Wahlschwindeleien; Anm.AK) *in der Öffentlichkeit bewirken könnte, vor allem bezüglich der Glaubwürdigkeit der Wahlen*" („El Pais", 9.7.77).

Wer wegen der ausbleibenden amtlichen Ergebnisse übrigens noch Unbehagen spürt, sollte sich schnellstens beruhigen: Die Ergebnisse der letzten demokratischen Wahlen von 1936 stehen nämlich auch noch aus! („El Pais", 7.7.77)

Spanien–Kommission

Kurzmeldungen aus Spanien

1.800 Km Freiheitsmarsch

In vier Städten des Baskenlandes hat am 10.7. der „Marsch für die Freiheit" begonnen, der am 28. August nach je 450 km (!) in Pamplona enden soll. Eine fünfte symbolische Marschsäule startete in Brüssel, wo viele der ausgebürgerten ETA–Gefangenen leben.

Mit Ausnahme der Baskischen Nationalistischen Partei (PNV) und der PSOE haben alle autonomistischen Parteien dazu aufgerufen.

Gefordert werden: Amnestie und Autonomie für das Baskenland.

5.000 Menschen nahmen am ersten Tag an dem Marsch teil. Viele Tausend empfingen die vier Züge in den verschiedenen Ortschaften, durch die die Route führte. In den Zügen wurden u.a. Fahnen der Frente Polisario mitgeführt; immer wieder ertönten Sprechchöre wie „ETA, das Volk ist mit dir".

Der Ruhetag am 11.7. wurde genutzt für Veranstaltungen in den vier Orten, wo die Demonstrationszüge pausierten. Es nahmen daran Politiker, Gewerkschafter, ehemalige politische Gefangene, sowie Vertreter der Kommissionen für die Amnestie und für eine AKW–freie baskische Küste teil („El Pais", 9., 10. und 12.7.77).

****

Das faschistische „Kommando 18. Juli" (der 18. Juli ist der Tag der Erhebung Francos gegen die Republik gewesen) hat die Verantwortung für einen Brandanschlag auf die fortschrittliche Buchhandlung „Materia" in Madrid übernommen („El Pais", 9.7.77).

****

Vier politische Gefangene frei!

Vier politische Gefangene sind in den letzten Tagen entlassen worden. Es handelt sich dabei um Maria Jesus Dasca, Concepcion Tristan und Fernando Sierra, die im Militärprozeß von El Goloso im September 1975 verurteilt worden waren. Zwei weitere in dem Prozeß verurteilte, Luis Sanchez Bravo und Ramon Garcia Sanz, waren damals hingerichtet worden. Weltweite Proteste konnten dies nicht verhindern. Die ursprüngliche Todesstrafe für die beiden Frauen (angeblich wegen Erschießung von zwei Bullen) war später in 30 Jahre Haft umgewandelt worden.

Der ebenfalls in einem Kriegsgerichtsprozeß zusammen mit dem später hingerichteten Salvador Puig Antich verurteilte Jose Luis Llobet ist jetzt auch endlich in Freiheit („El Pais", 17.7.77).

Wir freuen uns über die Freilassung der vier Antifaschisten.

Trotzdem bleibt die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen bestehen!

****

An einer Kundgebung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT in Barcelona haben Anfang Juli rund 100.000 Menschen teilgenommen („FAZ", 4.7.77).

Spanien–Kommission

Frankreich

Großkundgebung im LARZAC



Massendemonstration im Larzac 1974

Zwei Wochen nach der Mobilisierung gegen den Schnellen Brüter in Malville soll der diesjährige Sommer in Frankreich einen weiteren kämpferischen Höhepunkt erhalten: am 14./15. August mit einer Großkundgebung und Besetzung im Larzac, wo durch die Ausweitung eines Militärlagers den ansässigen Bauern eine Vertreibung von ihrem Land droht. Es ist zu erwarten, daß ein sehr großer Teil der in Malville erwarteten Demonstranten anschließend auch an der Mobilisierung ins Larzac teilnimmt.

Seit 1971 kämpfen die Larzac-Bauern gegen die Beschlagnahme von 14.000 ha Land durch das Militär (bislang umfaßt das dortige Militärlager 3.000 ha). Und in diesen sechs Jahren hat es bereits zweimal eine außerordentliche Massendemonstration zur Unterstützung ihres Kampfes gegeben: 1973 nahmen 80.000 Menschen daran teil, 1974 kamen 100.000 zur symbolischen, von den Bauern durchgeführten „Ernte für die Dritte Welt". Ähnlich dem Kampf der Lip-Arbeiter hat der Kampf der Larzac-Bauern im ganzen Land eine große Bekanntheit und Solidarität gefunden.

Nach der letzten großen Mobilisierung 1974 hat es zwar zunächst eine längere Phase gegeben, in der weniger öffentliche Aktionen durchgeführt wurden und ein Teil der betroffenen Bauern den Kampf für weit genug vorangetrieben hielt, um auf Zugeständnisse der Regierung in Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu hoffen. Als sich aber herausstellte, daß die Regierung den Rückfluß des öffentlichen Protestes für sich nutzbar machte und eine völlig unnachgiebige Haltung einnahm, wurde im Juni 1976 wieder auf einzig wirksame Mittel zurückgegriffen: 22 Bewohner des Gebietes besetzten das auf dem Militärgelände liegende Büro der staatlichen Grundstückverwaltung, die bereits einigen Bauern durch Unterdrucksetzung Land abgefeilscht hatte. Die Besetzer wurden festgenommen und sofort zu drei Monaten Knast ohne Bewährung verknackt, mußten jedoch aufgrund der starken Solidaritätsbewegung im ganzen Land wieder freigelassen werden.

Die Armee hatte sich inzwischen in vier Höfen eingerichtet und führte sich wie eine Besatzungsmacht auf. Allerdings wurden ihre provokatorischen Militäraufmärsche in Millau (nächstgrößere Stadt, deren Arbeiter den Kampf der Larzac-Bauern besonders aktiv unterstützt haben) von empörten Arbeitern und Bauern in Unordnung gebracht.

Der Aufruf der Larzac-Bauern, mit dem sie jetzt an die beiden Massendemonstrationen von 1973 und 1974 wieder anknüpfen wollen, trägt den Titel: **„Um in unserer angestammten Umgebung leben und arbeiten zu können, laßt uns das Militärlager besetzen!"** Mit diesem Aufruf wenden sie sich an **„alle, die gegen den kapitalistischen Staat kämpfen und gegen eine Minderheit von Ausbeutern, die uns immer größere Zwänge auferlegen:**

– Enteignung im Namen eines sogenannten 'öffentlichen Interesses',
– Atompolitik, die für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung eine Gefahr darstellt, (...)
– europäische Agrarpolitik, die den Weinanbau des Südens und die Landwirtschaft dieser Region als 'nicht rentabel' betrachtet,
– polizeiliche Kontrolle und militärische Einkreisung,
– Unterdrückung aller Ideen und Meinungen, die nicht mit den etablierten 'Normen' übereinstimmen.

Laßt uns für den 13./14. August mobilisieren, um über unsere (...) Ziele, unsere Erfahrungen und unsere Möglichkeiten zu diskutieren und gemeinsam unsere Zukunft vorzubereiten.

Warum Larzac?
– Weil die, die dort leben, sich einer gierigen Armee gegenüber sehen, die ihnen ihr Land stiehlt. Dieselbe Armee, die gestern noch gefoltert hat, heute gegen Streiks eingesetzt wird und jede Kritik im Inland (...) wie im Ausland (...) unterdrückt ... (...)
– weil nach sechs Jahren des Kampfes die Staatsgewalt ihre Pläne zur Ausweitung des Militärlagers immer noch nicht aufgegeben hat: offiziell soll 1977 das Jahr der letzten Ernte im Larzac sein.

Das wird nicht sein: Larzac wird leben!"

AKW-Nein-Kommission

Türkei

Generalstreik gegen Neuauflage der »Nationalistischen Front«-Regierung?

In der Türkei bahnt sich eine Kraftprobe zwischen den rechtsradikalen bis offen faschistischen Parteien der „Nationalistischen Front" (MC), die mit einer Neuauflage der MC-Regierung einen weitaus schärferen innenpolitischen Kurs einschlagen wollen, und der antifaschistischen Massenbewegung an, die sich in einer Breite organisiert, wie das seit den Kämpfen gegen die faschistischen Staatssicherheitsgerichte im Herbst 1976 nicht mehr der Fall war.

Die Parteien der „Nationalistischen Front" AP, islamische MSP und faschistische MHP haben sich geeinigt, gemeinsam die Regierung zu bilden. Der Poker um die Verteilung der Ministerposten ist beendet. Nach der Absegnung der Ministerliste durch den Staatspräsidenten Korutürk bedarf die neue MC-Regierung noch der Abstimmung im Parlament, die durch die Stimmenmehrheit formal nicht gefährdet erscheint.

Vorerst abgeschmettert ist damit auch der Vorstoß der sozialdemokratischen CHP, der AP die „große Koalition" anzubieten. Diesen Vorschlag, der in Wort und Sinn um nichts von dem abweicht, was die Vorsitzenden der türkischen Kapitalistenverbände seit Wochen erklären, hatte Ecevit in Erklärungen vom 8.7. und 9.7. in verschiedener Hinsicht schmackhaft zu machen versucht. Angeboten wurde: Entweder CHP oder AP stelle den Ministerpräsidenten oder man einige sich auf einen „Neutralen", der nicht Mitglied des Parlaments sein müsse. Weiterhin wurde ein Programm der „Inneren Sicherheit" angeboten, das *„rechtzeitige Maßnahmen gegen jegliche Gewalt, gegen jegliche illegalen Aktionen"* vorsieht. Da in diesem Zusammenhang *„das Bombenattentat auf ein Büro der MHP mit Besorgnis zur Kenntnis genommen"* wurde, muß davon ausgegangen werden, daß die CHP, die sich im Wahlkampf als Vertreterin der Forderungen der antifaschistischen Massenbewegung zu profilieren versuchte, die vorgesehenen Maßnahmen kaum gegen die Faschisten anwenden will. Mit der rechten AP als Regierungspartner wäre das auch unmöglich. Weiter heißt es in dem Vorschlag: *„Die Anarchie und die Gewaltaktionen haben nichts mit mangelhaften Gesetzen zu tun, sondern der innere Frieden in der Türkei könnte in kürzester Frist hergestellt werden, wenn die Staatsgewalt neutral eingesetzt, die Gerichte respektiert und die Bürger nicht in Fronten aufgeteilt werden"*.

Ecevit hat damit nicht die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Gesetzbuches gemeint, die jegliches Verbot sozialistischer und kommunistischer Aktivitäten beinhalten. Auch das Aussperrungsverbot, welches vor den Wahlen gefordert wurde, ist fallengelassen. Diese wichtigen Forderungen der Antifaschisten waren schon in Ecevits vorgelegtem Regierungsprogramm fallengelassen („Frankfurter Rundschau" – „FR" vom 8.7.77). Man kann sich vorstellen, was Ecevit unter Ruhe und Ordnung versteht.

Nach den Wahlen ist somit ein erheblicher Rechtsruck festzustellen, der natürlich den Faschisten und der nationalen Front den Spielraum erweitert.

„Mit allen Kräften gegen die nationalistische Front-Regierung"

Gleich nachdem Demirel beauftragt wurde, eine neue Regierung zu bilden, riefen etliche fortschrittliche Organisationen dazu auf, eine Neuauflage der MC-Regierung mit allen Kräften zu verhindern. Unter anderem hat es wieder eine breitere Aktionseinheit verschiedener Vereine gegeben.

In einer Erklärung, der sich 16 Vereine anschlossen (u. a. TÖB-DER

Fortsetzung auf Seite 42

Portugal

Prozeß gegen Rui Gomes hat begonnen

Am 13.Juli begann der Prozeß gegen Rui Gomes, der angklagt ist, Ende September 1975 aus der Artillerie-Kaserne von Porto Brandao bei einem Überfall Waffen erbeutet zu haben. Rui Gomes hat über 20 Monate in U-Haft gesessen und die Festsetzung des Prozeßtermins erst durch einen 25-tägigen Hungerstreik erzwingen können.

Am Prozeßtag hatten sich vor dem Militärgericht Santa Clara bereits um 8 Uhr morgens viele Menschen versammelt. Als die Menschenmenge immer größer wurde, tauschte man den vorgesehenen Verhandlungssaal, der ohnehin schon sehr klein war, gegen einen noch kleineren um!

Die „Kampfkommission für die Befreiung von Rui Gomes" hatte für 14 Uhr zu einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude aufgerufen. Diese Demonstration war verboten worden. Pünktlich um 14 Uhr prügelte die Polizei auch auf alles ein, was sich in der Gegend befand. Unbeteiligte alte Menschen und Kinder entkamen häufig den Schlägen nur, weil Anwohner ihre Türen öffneten und ihnen Zuflucht gewährten. Am Rossio-Platz kam es gegen 17 Uhr zu einem weiteren Prügeleinsatz gegen Demonstranten.

Einige weitere Begleiterscheinungen am Rande des Prozesses mögen verdeutlichen, woher der Wind weht:

Der Oberste Generalstab der Streitkräfte hat auf Drängen des Richters Saraiva Coelho gegen Rui Gomes wegen Verleumdung geklagt, weil dieser die Streitkräfteführung für die an ihm begangene Willkür verantwortlich erklärt hatte. Einen weiteren Prozeß führt der Oberste Generalstab gegen Nuno Crato, Mitglied der „Kampfkommission für die Befreiung von Rui Gomes", da dieser den Richter Saraiva Coelho für befangen erklärt hatte (Boletim da Comissao de Luta pela Libertacao de Rui Gomes, Nr.10, 12.7.77).

Saraiva Coelho war für die U-Haftverlängerung von Rui Gomes verantwortlich und hatte andererseits den Putschisten Spinola freigesprochen!

Der Prozeß gegen Rui Gomes wird fortgesetzt am 14.,20.,22. und 27. Juli. Am 20. wird dann auch ein Hauptzeuge der Anklage gehört werden, der 25.November-Putschist Coronel Jaime Neves!

Man muß sich fragen, warum der Prozeß gegen Rui Gomes, der um eine vergleichsweise harmlose Sache geführt wird, seitens der portugiesischen Militärjustiz mit derart hohem Einsatz geführt wird. Es ist allgemein bekannt, daß hunderte Portugiesen im Revolutionsjahr '75 an ähnlichen Aktionen beteiligt waren, wie sie heute Rui Gomes zur Last gelegt werden.

Offenbar ist der Prozeß gegen Rui Gomes als ein Testfall für die Militärjustiz geplant.

In Kürze stehen nämlich die Prozesse gegen führende Offiziere des 25.April '74 an. Als Auftakt sollen die Prozesse gegen den Marineadmiral Rosa Coutinho und gegen Major Otelo Saraiva de Carvalho stattfinden.

Portugal-Kommission



Als hätte es nie einen 25. April gegeben! Schägereinsatz der faschistischen PSP-Bullen am ersten Prozeßtag.

Fortsetzung von Seite 41

»Lehrerverein«, Devrimci Genclik »Föderation der revolutionären Jugend«, Frauenverein Ankara), wird deutlich gemacht, was von einer Neuauflage der nationalistischen Front-Regierung (MC) zu erwarten ist – faschistischer Terror, Verelendung der Massen und Unterdrückung. *„Das Volk hat zwei Jahre gegen diese Politik Widerstand geleistet und wird eine neue MC-Regierung nicht hinnehmen. Während der zurückliegenden schwierigen Situation, die wir erlebt haben, ist bei der antifaschistischen und antiimperialistischen Aktion ein großer Fortschritt gemacht worden. Aber wir wissen, daß das nicht genügt. Deshalb halten wir es für unsere unbedingt zu erfüllende Aufgabe, weitere Hindernisse der Verbreiterung des antifaschistischen Kampfes vor der nächsten Aktion auszuräumen. Wir glauben, daß es eine Notwendigkeit ist, daß alle Revolutionäre, fortschrittlichen und demokratischen Personen bzw. Organisationen sich einigen müssen, um ein gemeinsames Programm der Aktionseinheit zu schaffen"* („Cumhuriyet" vom 9.7.77).

Diesem Aufruf schloß sich noch am selben Tag die erste Gewerkschaft mit einer gleichlautenden Erklärung an.



Ein Faschist mit Messer geht auf einen Studenten los. Die Polizei steht dabei (Foto aus der „Frankfurter Rundschau" vom 28.5.76).

Generalstreik

Angesichts dieser breiten Formierung einer Massenfront gegen die MC-Regierung wollte auch die gelbe Gewerkschaftsföderation Türk-Is, die in ihrer gesamten Geschichte noch nie als Ganzes an politischen Massenaktionen teilgenommen hatte, nicht abseits stehen. Wortradikal verkündete der Vorsitzende der Türk-Is, Halil Tunc: *„Wenn eine MC-Regierung kommt, rufen wir den Generalstreik aus ... Ich selber werde von meinem Posten als Senator (!) zurücktreten, um den Generalstreik persönlich zu leiten"*.

Wohin er ihn leiten wollte, fügte er gleich hinzu: *„Unsere Forderung nach einer AP-CHP-Regierung, die wir seit 1973 führen, hat heute neue Möglichkeiten, verwirklicht zu werden"*. Als bürgerlicher Politiker ist er sich allerdings bewußt, welche Geister er mit dem Aufruf zum Generalstreik ruft und dachte auch gleich an das Gegengift: *„In der heutigen Situation fallen der Presse, den Verfassungsinstitutionen, insbesondere der Armee (!), die beauftragt ist, die Republik und die Atatürk-Revolutionen zu schützen, große Verantwortung und Aufgaben zu"*.

Diesem üblen Versuch, die antifaschistische Bewegung vor den Karren der türkischen Bourgeoisie zu spannen, die seit Wochen eine AP-CHP-Koalition fordert, gingen allerdings nur 27 Einzelgewerkschaften von Türk-Is – die sozialdemokratischen – auf den Leim.

Die „Disk" (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) insgesamt und eine enorme Anzahl von fortschrittlichen Massenorganisationen und selbst etliche Einzelgewerkschaften der gelben Gewerkschaft Türk-Is sprachen sich in einzelnen und gemeinsamen Erklärungen positiv zu dem Vorschlag aus, einer MC-Regierung mit Generalstreik zu antworten. Die politische Zielsetzung, eine AP-CHP-Regierung durchzusetzen, wurde jedoch nicht übernommen. Damit ist der Versuch, der eindeutig von der CHP ausgeht, die fortschrittlichen Massenorganisationen dazu zu bringen, die AP – die Hauptpartei der türkischen Bourgeoisie – wenn schon nicht in Koalition mit den Faschisten, so doch wenigstens in Koalition mit der CHP zu akzeptieren, vorerst fehlgeschlagen.

In allen uns bisher vorliegenden Erklärungen der linken Organisationen wird der Aufruf zum Generalstreik unterstützt.

Griechenland/Türkei-Kommission

Österreich

Ausbau der Armee zur Bürgerkriegstruppe

Am 29. Juni wurde die Wehrgesetznovelle" vom österreichischen Nationalrat endgültig verabschiedet nachdem sie ein Jahr lang wegen breiten Protestes u.a. der SPÖ-Jugendorganisation auf Eis gelegt worden war. Ihre wichtigsten Bestandteile sind:

— zweitägige Kasernierung aller Stellungspflichtigen unter Militärgewalt (Verstöße dagegen werden mit bis zu 30.000 Schilling bestraft);

— Zwangsverpflichtung von 12 % jedes Jahrgangs zur über den normalen insgesamt achtmonatigen Wehrdienst hinausgehenden Kaderausbildung;

— Hinaufsetzung der Altersgrenze für die Wehrpflicht auf 40 Jahre;

— praktisch alleinige Vollmacht für den Verteidigungsminister, die teilweise oder vollständige Mobilmachung anzuordnen.

Die verabschiedete »Wehrgesetznovelle« steht im engen Zusammenhang mit der 1971 begonnenen Heeresreform, mit der die österreichische Armee, die in Nato-Kreise bisher immer als »unzuverlässig« und »Sicherheitsrisiko« bezeichnet wurde, auf Zack gebracht werden soll.

Ziel ist dabei die Schaffung einer 30.000 Mann starken »Bereitschaftstruppe« (die aus Berufssoldaten besteht) und die Einrichtung einer »Landwehr« (bestehend aus den Wehrpflichtigen und angeführt von kadermäßig ausgebildeten Zeitsoldaten). Weil sich für diese Jobs seit 1971 aber zu wenig Freiwillige gemeldet haben, werden sie nach der Wehrgesetznovelle jetzt zwangsweise rekrutiert.

Diese »Landwehr« hat selbst in den Konzepten der Regierung weniger die Aufgabe, das Land nach außen zu »verteidigen« — das wird von der Nato besorgt, obwohl Österreich offiziell »neutral« ist — Hauptbetätigungsfeld für die »Landwehr« ist vielmehr die »Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Innern« (»offensiv links«, 35). Kern dieser Bürgerkriegstruppe sind sog. »Objektschutzeinheiten«, also Truppen, die wichtige Industrien und sonstige, strategisch wichtige „Einrichtungen„ z.B. gegen Streikende „beschützen" sollen. Zur Notwendigkeit dieser Objektschutzeinheiten« heißt es im Ministerratsbeschluß: *»Ein Krisenfall kann vor allem den Ausfall wirtschaftlicher Zufuhren und volkswirtschaftlich bedeutungsvoller Einkünfte, den Verlust von Arbeitsplätzen, Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit, aber auch gezielten politischen Druck von außen mit sich bringen.«* Was mit »politischen Druck von außen« gemeint ist, wird deutlicher in den Ausführungen des Oberst im Generalstab, Strohschneider: *»Bei längerer Dauer einer derartigen Situation können subversive Elemente auf Resonanz stoßen und die politische Landschaft verunsichern«!* (Zitate aus: »Querschläger« Nr. 3; »Querschläger« ist eine linke Soldatenzeitung).

Man sieht: Das »Modell Deutschland« breitet sich auch in Österreich aus!

Die Objektschutztruppe beim AKW Zwentendorf: Ausrichtung zur Terrortruppe gegen AKW-Gegner

Die linke Soldatenzeitung »Querschläger« berichtet in Nr. 3, daß schon im Juni 1975 eine Bundeswehreinheit »zum Schutz« des AKW Zwentendorf gebildet wurde. Auswahlkriterien für die Soldaten: möglichst keine KP-Mitglieder und sonstige Linke, dafür aber möglichst viele Akademiker — also ausgesuchte und gedrillte AKW-Befürworter.

Wie stark die politische Ausrichtung nach rechts in diesen »Objektschutztruppen« vorangetrieben wird, zeigt der Fall Josef Hochgerner: Der gelernte Soziologe hielt als abkommandiertes Mitglied der Wachkompanie Zwentendorf an der Uni Linz einen Vortrag über die Arbeitsweise der Objektschutztruppen. Er berichtet u.a. über Ausbildung, Kampfauftrag, Stärke und Bewaffnung dieser Bürgerkriegseinheiten.

Sofort bekam er eine Anzeige »wegen Verrats militärischer Geheimnisse«. Kronzeuge der Anklage und Verbindungsmann zum Militärkommando Oberösterreich ist ausgerechnet ein H. Golowitsch, aktives NPD-Mitglied und in Italien verurteilter Bombenterrorist in Südtirol!

Die österreichischen AKW-Gegner sollten sich den zu erwartenden Hauptverhandlungstermin rechtzeitig vormerken!

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Die MHP pflastert ihren Weg in die Regierung mit Bomben gegen die Linke
Nachdem der Versuch der sozialdemokratischen CHP, die neue türkische Regierung alleine zu bilden, gescheitert ist und die rechtskonservative AP (Gerechtigkeitspartei) als zweitstärkste Partei im Parlament den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen hat, riefen die fortschrittlichen Massenorganisationen und linken Parteien zum breiten Wi-
gen zusammengeschlagen und bekannten Antifaschisten von Tötungskommandos aufgelauert wird, schmeißen die Faschisten nachts Bomben in die Fenster von Straßencafes, Wohnhäusern und Büros von Gewerkschaften und fortschrittlichen Massenorganisationen – bisher 21 Bomben in vierzehn Tagen!
ben um, mal abgesehen davon, daß in Usak sechs Faschisten verletzt wurden, weil ihnen die eigene Bombe in den Händen losgegangen ist. Die Faschisten legen offensichtlich das Schwergewicht darauf, die Linke einzuschüchtern, solange die Frage der Regierungsbildung nicht geklärt ist. Denn eine Regierung, deren Bildung dadurch bewerkstelligt wird,

Die MHP pflastert ihren Weg in die Regierung mit Bomben gegen die Linke

Nachdem der Versuch der sozialdemokratischen CHP, die neue türkische Regierung alleine zu bilden, gescheitert ist und die rechtskonservative AP (Gerechtigkeitspartei) als zweitstärkste Partei im Parlament den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen hat, riefen die fortschrittlichen Massenorganisationen und linken Parteien zum breiten Widerstand gegen die Bildung einer Neuauflage der MC („Nationalistischen Front")-Regierung auf (siehe Artikel in diesem AK). Da es den Faschisten bisher nicht gelungen ist, den antifaschistischen Widerstand trotz breitem Straßenterror und gezielten Mordanschlägen einzuschüchtern, haben sie ihrem bisherigen Terrorarsenal eine weitere Waffe hinzugefügt, die weit heimtückischer ist als die geplant zuschlagenden Mordkommandos: die Bombe.

„Wir haben die Fenster mit Brettern zugenagelt"

Nach demselben Muster, wie tagsüber Leser fortschrittlicher oder selbst sozialdemokratischer Zeitungen zusammengeschlagen und bekannten Antifaschisten von Tötungskommandos aufgelauert wird, schmeißen die Faschisten nachts Bomben in die Fenster von Straßencafes, Wohnhäusern und Büros von Gewerkschaften und fortschrittlichen Massenorganisationen – bisher 21 Bomben in vierzehn Tagen!



Von einer Bombe verwüstetes TÖB-DER-Büro

Welche Zielsetzung in der aktuellen politischen Situation hinter dieser Anschlagserie steckt, wird an zwei Besonderheiten deutlich:

Die Wohnhäuser, die für die Anschläge ausgewählt wurden, gehören hohen Staatsangestellten, die sich durch Enthüllungen über die Korruption und über die Verwendung der Staatsgelder für Faschisten durch die vorhergehende MC-Regierung hervorgetan haben und deren weitere Arbeit nicht gerade das bringt, was die MC-Parteien für ihre Regierungsbildung braucht – öffentlichen Kredit. Darüber hinaus haben es die Faschisten auf aktive Antifaschisten abgesehen. Ein fortschrittlicher Arbeiter aus Ankara, auf dessen Haus zum zweiten Mal ein Bombenanschlag verübt worden ist, erklärte: *„Die revolutionären jungen Menschen können ihr Haus nicht verlassen. Die Leute, die wir der Polizei genannt haben, überfallen mehrmals jeden Tag die Häuser einiger Revolutionäre, verletzten sie und organisieren Angriffe. Wir haben die Fenster mit Brettern zugenagelt und stellen nachts Wachen auf ..."*. Der Lehrerverband TÖB-DER und die Petrol-Chemie-Gewerkschaft, deren Büros von Bomben verwüstet wurden, gehören zu den Massenorganisationen, die dem Versuch, eine neue MC-(Nationale Front)-Regierung zu bilden, öffentlich den Kampf angesagt haben. Selbst auf das CHP-Büro in einem Arbeiterviertel von Istanbul wurde ein Anschlag verübt. Kurz, alles, was den MC-Parteien auf dem Weg in die Regierung Widerstand leistet, wird von den Faschisten heimgesucht.

Andererseits ist interessant, daß bei allen Anschlägen bis jetzt (noch!) keine Personen zu Schaden gekommen sind, selbst in den Cafes und Läden nicht. Wenn man das überhaupt sagen kann, gehen die Faschisten sehr „vorsichtig" mit ihren Bomben um, mal abgesehen davon, daß in Usak sechs Faschisten verletzt wurden, weil ihnen die eigene Bombe in den Händen losgegangen ist. Die Faschisten legen offensichtlich das Schwergewicht darauf, die Linke einzuschüchtern, solange die Frage der Regierungsbildung nicht geklärt ist. Denn eine Regierung, deren Bildung dadurch bewerkstelligt wird, daß die Opposition vorher von Bomben zerrissen wird, läßt sich weder im Inland und erst recht nicht im Ausland als demokratische, durch Wahlen zustandegekommene Regierung verkaufen.

Festzuhalten ist jedoch, daß die Faschisten in der Eskalation ihres Terrors eine Stufe des Wahnwitzes erreicht haben, der jederzeit zu einem ähnlichen Blutbad führen kann wie am ersten Mai und darüber hinaus der Bourgeoisie und den Imperialisten dazu dienen kann, die Frage der politischen Stabilität in der Türkei durch das Eingreifen des Militärs zu „lösen".

Ecevit „besorgt" über Anschlag auf MHP-Büro

Sowohl auf ein MHP-Büro in Manisa als auch auf ein AP-Büro in Burdur wurden Bombenanschläge verübt – ebenfalls nur Sachschaden. Erst dieses Ereignis wurde Gegenstand einer öffentlichen Debatte in der Türkei, allerdings in einer Richtung, die für die antifaschistische Bewegung eine glatte Provokation ist: Ausgerechnet Ecevit als Vorsitzender der CHP erklärte seine „Besorgnis" über den Anschlag auf das MHP-Büro, wogegen zu den Bomben bei den Linken und selbst zum Anschlag auf das CHP-Büro in Istanbul kein Wort von ihm zu hören war. Besser als mit diesem Beispiel kann Ecevit gar nicht klarmachen, wie er zu einer der Hauptforderungen des CHP-Wahlprogramms – „Wiederherstellung der Lebenssicherheit" – steht. „Lebenssicherheit" auch für Faschisten, die während des Wahlkampfs drei Mordanschläge auf ihn selbst und etliche Mitglieder seiner Partei versucht haben? Der antifaschistische Kampf steht in der Türkei dringlicher denn je auf der Tagesordnung!

Türkei/Griechenland-Kommission

»verteidigen« — das wird von der Nato besorgt, obwohl Österreich offiziell »neutral« ist — Hauptbetätigungsfeld für die »Landwehr« ist vielmehr die »Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Innern« (»offensiv links«, 35). Kern dieser Bürgerkriegstruppe sind sog. »Objektschutzeinheiten«, also Truppen, die wichtige Industrien und sonstige, strategisch wichtige „Einrichtungen„ z.B. gegen Streikende „beschützen" sollen. Zur Notwendigkeit dieser Objektschutzeinheiten« heißt es im Ministerratsbeschluß: »Ein Krisenfall kann vor allem den Ausfall wirtschaftlicher Zufuhren und volkswirtschaftlich bedeutungsvoller Einkünfte, den Verlust von Ar-
ke und Bewaffnung dieser Bürgerkriegseinheiten.
Sofort bekam er eine Anzeige »wegen Verrats militärischer Geheimnisse«. Kronzeuge der Anklage und Verbindungsmann zum Militärkommando Oberösterreich ist ausgerechnet ein H. Golowitsch, aktives NPD-Mitglied und in Italien verurteilter Bombenterrorist in Südtirol!
Die österreichischen AKW-Gegner sollten sich den zu erwartenden Hauptverhandlungstermin rechtzeitig vormerken!
Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen



Schweiz

Initiative gegen reaktionäre Mutterschaftsschutz-Bedingungen

Schweiz. Nach der Fristenlösungsinitiative der SVSS bleiben die *»notwendigen Maßnahmen zum Schutz der schwangeren Frau und zur Förderung der Familienplanung«* dem reaktionären Parlament überlassen. Deshalb hat das Thema Mutterschaftsschutz eine wichtige Bedeutung bei der Kampagne zur Fristenlösung. Der geltende Mutterschaftsschutz in der Schweiz ist äußerst reaktionär und fällt weit hinter die Gesetze in anderen europäischen Ländern zurück. Die wichtigsten Bestimmungen:

— *Kündigungsschutz:* Schwangeren Frauen darf acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt nicht gekündigt werden (ansonsten jederzeit!).

— *Gesundheitlicher Schutz:* Ein Arbeitsverbot nach der Geburt für acht Wochen, eine Schonfrist vor der Geburt fehlt!

— *Lohnfortzahlung für Schwangere:* Lohnanspruch nur während beschränkter Zeit, je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses: eine Woche nach drei Monaten, drei Wochen nach neun Monaten usw. Eine Krankheit wird auf diese Zeit angerechnet. Es kann also vorkommen, daß entweder bei Krankheit oder bei einer Schwangerschaft kein Lohnanspruch mehr besteht.

— *Krankenkassenleistungen:* Wie bei Krankheit, d.h. zehn Wochen lang vor und nach der Geburt Beteiligung an Arzt- und Krankenhauskosten. Da die gesamten Kosten des Krankenhausaufenthaltes damit bei weitem nicht gedeckt sind, müssen die meisten Frauen noch eine Krankenhauszusatzversicherung abschließen. Trotzdem können die Krankenkassen für Frauen eine um zehn Prozent höhere Prämie verlangen.

Schwangere Frauen sind also den Kapitalisten völlig ausgeliefert und werden noch stärker als in anderen kapitalistischen Ländern in die Hausfrauenrolle gezwungen.

Die OFRA (Organisation für die Sache der Frau) hat deshalb im März 77 eine eidgenössische Initiative »für einen wirksamen Mutterschaftsschutz« angekündigt. Zunächst hatte sie anscheinend einen Alleingang vor, ist jetzt aber nach harter Kritik von vielen linken Organisationen und Frauengruppen (u.a. der FBB und der Frauenorganisation des Gewerkschaftsbundes) bereit, den Initiativtext zu diskutieren und die Initiative gemeinsam anzupacken. Die OFRA fordert eine obligatorische Mutterschaftsversicherung für alle Frauen, die folgendes umfaßt:

— die vollständige Deckung aller Arzt-, Pflege- und Krankenhaus-Kosten für Mutter und Kind,

— einen Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen bei voller Lohnfortzahlung,

— einen zusätzlichen freiwilligen Elternurlaub von bis zu einem Jahr ohne Lohnfortzahlung bei Garantie des Arbeitsplatzes.

Der Frauenkongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat 1975 ähnliche Forderungen gestellt, u.a. auch die Forderung nach vollem Kündigungsschutz während der gesamten Dauer der Schwangerschaft. Insofern könnte eine gemeinsame Initiative durchaus möglich sein.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Frauenfilm: Lieber Herr Doktor

Rechtzeitig zur Unterstützung der Kampagne wurde ein Film über die Probleme der Frauen mit der Abtreibung fertig, eine Gruppenarbeit von Ärzten der VUAZ (»Vereinigung unabhängiger Ärzte«), Frauen der INFRA (Beratungsstelle der FBB) und Filmemachern des Filmkollektivs. Der Film zeigt eine Abtreibung nach Absaugmethode und eine Diskussion darüber in einer ländlichen Gemeinde. Im zweiten Teil des Films erzählen drei betroffene Frauen von ihren Erfahrungen beim Gutachter, bei der Engelmacherin, beim legalen Abbruch in der Klinik.

Nach Meinung von FOCUS, »Frauezitig« und PZ (Zeitung der POCH) ist der Film sehr gut geeignet, um direkt in Diskussionen über die Volksabstimmung einzusteigen, weil die Aussagen der Frauen sehr konkret und realistisch die heutige Situation des Schwangerschaftsabbruchs darstellen. Deshalb soll er möglichst breit — gerade auch in ländlichen Gemeinden — zur Unterstützung der Kampagne zur Abstimmung über den Schwangerschaftsabbruch eingesetzt werden.

Da der Film aber nicht speziell auf die Volksabstimmung und das genaue Abtreibungsgesetz eingeht, ist er gegebenenfalls auch zum Einsatz bei uns in der BRD geeignet. Zu beziehen über: Film-Cooperative Zürich, 8031 Zürich, Postfach 172.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Volksabstimmung über Fristenlösung

Nach langen Verzögerungen durch den Bunds- und Ständerat findet nun endlich am 25. September die Volksabstimmung über die Fristenlösung statt, die von der »Schweizerischen Vereinigung für Schwangerschaftsabbruch (SVSS) im Januar 76 beantragt worden war. Nach diesem Vorschlag soll die Abtreibung in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos bleiben; die Entscheidung liegt bei der Frau.

Die Auseinandersetzungen über ein neues Abtreibungsgesetz in der Schweiz laufen schon seit sechs Jahren, (!) und alle Liberalisierungsversuche wurden immer wieder durch die Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP) und die stockreaktionäre Vereinigung »Ja zum Leben« verhindert. Jetzt beschlossen beide Kammern (Bundes- und Ständerat) sozusagen als Gegenstück zur Fristenlösung ein Indikationsmodell (mit vier Indikationen, u.a. bei schwerwiegender sozialer Notlage) ähnlich dem in der BRD, das in Kraft treten soll, falls die Fristenlösung abgelehnt wird. Die CVP und »Ja zum Leben« aber wollen in diesem Fall selbst gegen das Indikationsmodell eine Volksabstimmung beantragen, um die in den Großstädten bestehenden geringen Abtreibungsmöglichkeiten noch mehr einzuschränken.

Um dies zu verhindern, treten Frauengruppen und linke Organisationen für ein »Ja zur Fristenlösung« ein und führen breite Aufklärungskampagnen durch. Das bedeutet nun allerdings nicht vorbehaltlose Zustimmung ohne öffentliche Kritik an der Fristenlösungsinitiative. Die »Frauenbefreiungsbewegung« (FBB) Zürich z.B. schätzt die Fristenlösung als kleinen Schritt in Richtung Selbstbestimmung ein, weil die Frauen während der zwölf Wochen selbst entscheiden können — ohne entwürdigende Situationen bei Gutachtern. Sie kritisieren aber als sehr schwerwiegende Einschränkungen für die Frauen:

— daß die Ärzte und Krankenhäuser sich weiterhin weigern können, Abtreibungen durchzuführen (das gilt insbesondere für schwarze Gegenden wie die Innerschweiz und das Tessin);

— daß die öffentlichen Krankenhäuser nicht zur Abtreibung verpflichtet werden;

— daß eine Fristsetzung die Selbstbestimmung behindert, da eine Entscheidung oftmals erst später möglich ist (eine Abtreibung nach dieser Frist ist illegal);

— daß die gesetzlichen Krankenkassen nicht zur Kostenübernahme verpflichtet werden, d.h. daß Abtreibung weiterhin eine Klassenfrage bleibt (bei Kosten von 1.000 bis 2.000 Franken);

— daß bisher fast nirgends die schonende Absaugmethode angewandt wird.

Die FBB will alle diese Kritikpunkte in der Kampagne breit diskutieren und gleichzeitig den Kampf für die Freigabe der Abtreibung wesentlich umfassender und längerfristiger führen: Für bessere Verhütungsmittel, auch für den Mann, und Aufklärung; für gewünschte Kinder und darum für bessere Lebens- und Lernbedingungen und einen besseren Mutterschutz.

Die »Revolutionären Marxisten« (Trotzkisten) argumentieren in ihrer Zeitung »Die Bresche« Nr. 96 ähnlich wie die FBB, gehen aber noch einen Schritt weiter, indem sie betonen, daß der Kampf um die straflose Abtreibung im Zusammenhang mit dem Kampf für die Teilnahme der Frauen am Klassenkampf geführt werden muß.

Skandinavien

Drohungen gegen Seeleutestreik

Dänemark. Seit vier Wochen befinden sich die Matrosen der Reederei Aerö im Streik. Bestreikt werden die Fährlinien Faaborg — Gelting, Korsör — Lohals und Spodsbjerg — Tars. Die Seeleute fordern eine Angleichung der Mannschaftsbesatzungen an die branchenübliche, vom Tarifvertrag vorgeschriebene Mannschaftsstärke, die Angleichung der Löhne an die anderer Reedereien und eine Erhöhung der Zulagen um 20 bis 25%. Die Matrosen verlangen, daß sie die gleichen Zulagen bekommen wie Steuermann und Maschinenmeister. Dabei wird von der Seeleutegewerkschaft (die als eine der »radikalsten« Gewerkschaften in Dänemark gilt und aus dem Gewerkschaftsverband LO ausgeschlossen ist, weil sie sich weigert, das sozialdemokratische Organ »Aktuelt« mitzufinanzieren) betont, daß sie sich einverstanden erklärt mit dem Augustabkommen der sozialdemokratischen Regierung, das u.a. die Festsetzung der Löhne für die kommenden zwei Jahre auf sechs Prozent, einschließlich einer 4%igen Teuerungszulage vorsieht.

Von den bürgerlichen Parteien wurde ein Trommelfeuer gegen den Seeleute-Streik eröffnet: Die streikenden Matrosen würden die Inseln vom Festland abschneiden, den Tourismus gefährden usw. Die Aerö-Kapitalisten haben wiederholt betont, daß sie auf keinen Fall nachgeben werden.

Die kleinen Inseln Skärö und Drejö südlich von Fünen sind in der Tat vom Festland abgeschnitten, aber die 180 Bewohner dieser Inseln sind nicht etwa auf die Demagogie der Kapitalisten hereingefallen, sondern haben einen Ausschuß gewählt, der die Kapitalisten und das Folketing dazu zwingen soll, die Forderungen der Seeleute zu erfüllen, damit sie ihren Handel (sie leben von der Landwirtschaft) mit dem Festland betreiben können.

Bei den bürgerlichen Parteien ist jetzt im Gespräch, die Seeleute durch eine entsprechende Gesetzgebung durch das Folketing zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen und den Streik zu kriminalisieren, was Folgen für die Arbeiterklasse insgesamt hätte. So erklärte der Vertreter des Arbeitsmarktausschusses des Folketing, Ninn Hansen, daß Streiks in »gesellschaftlich wichtigen« Bereichen verboten werden sollten. Man solle das zwar nicht sofort tun, sondern erst alle Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen, aber letztlich gäbe es ja gegen solche Streiks auch noch die Möglichkeit, daß der Staat bislang privat betriebene Fähren übernimmt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Wachsende Arbeitslosigkeit im »Sozialstaat« Dänemark

In diesem Monat ist nach offiziellen Angaben die Arbeitslosenzahl in Dänemark auf 152.000 angestiegen — bei einer Einwohnerzahl von ca. fünf Millionen Menschen. Im kommenden halben Jahr wird sich die Situation der Arbeiterklasse durch Rationalisierung und damit verbundene Betriebsschließungen und Massenentlassungen noch wesentlich verschärfen. Das ist das Ergebnis der Politik des »Augustabkommens« der sozialdemokratischen Regierung.

Es wird damit gerechnet, daß im Oktober dieses Jahres die Arbeitslosigkeit um 29% höher als im Vorjahr liegen wird.

Besonders betroffen sind auch in Dänemark die Frauen und die Jugendlichen. Während vor einem Jahr 50.000 Frauen arbeitslos waren, sind es dieses Jahr im Juli schon 70.000 — also eine Steigerung um 40%! Bei den Frauen steigt die Arbeitslosigkeit so rapide an, weil insbesondere in Branchen, wo hauptsächlich Frauen arbeiten — z.B. Textilindustrie — »radionalisiert« wird. Aber auch in den anderen Branchen werden Frauen »natürlich« als erste entlassen, da sie ja schließlich »nur mitverdienen«.

Diesen Sommer gibt es in Dänemark 50.000 Schulabgänger, und 20.000 von ihnen haben keine Lehrstelle!

Ölbohrungen auf Grönland mit Hilfe imperialistischer Erpressungen

Grönland, unter der Herrschaft des dänischen Imperialismus, ist Tummelplatz der internationalen imperialistischen Konzerne, da die Insel reich an Rohstoffen ist: Z.B. sind jüngst Uranvorkommen ausgemacht worden. Dem grönländischen Volk wird von der dänischen Regierung nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht verweigert; in den letzten Jahrzehnten ist durch den dänischen Imperialismus die natürliche Lebensbasis der Eskimos und ihre Kultur weitgehend zerstört worden.

Die Ölkonzerne sind scharf auf Ölvorkommen, die es wahrscheinlich insbesondere auf Grönlands Westküste gibt. Dieses Jahr sind an Grönlands Küste vier Ölbohrungen vorgesehen, was gegen den Willen der Bevölkerung jetzt von der dänischen Regierung unter massiven Drohungen durchgesetzt werden soll.

Die Ölbohrungen haben bisher schon dazu geführt, daß die Eskimos von der Küste weg kilometerweit ins Landesinnere vertrieben und in Reservaten zusammengepfercht wurden. Was dies bedeutet, liegt auf der Hand, da die grönländische Bevölkerung hauptsächlich vom Fischfang lebt.

Der Protest gegen die geplanten vier Ölbohrungen hat sich insbesondere nach dem Unglück auf der Bohrinsel »Bravo« ausgeweitet. Ein Unglück bei Ölbohrungen an Grönlands Küste wäre wahrscheinlich noch weitaus schlimmer und würde garantiert zu einer weitgehenden Zerstörung der Umwelt dort führen.

Nach Untersuchungen dänischer Wissenschaftler besteht die besondere Gefahr dann, wenn ein Auslaufen von Öl ins Meer nicht sofort bemerkt wird und sich Öl (auch in »geringeren« Mengen) unter den Eisblöcken ausbreitet und dadurch allen Lebewesen den Sauerstoff entzieht. Die Folge wäre die Zerstörung der ganzen Nahrungskette. Das Öl kann dann auch nicht wieder abgebaut werden, und die Schäden für die Umwelt wären nicht wieder gut zu machen. Zum anderen besteht nach Angaben dieser Wissenschaftler auch beständig die Gefahr, daß die Sicherheitsventile von den unter dem Wasser lagernden Eisblöcken aufgescheuert werden.

Als dagegen Widerstand aus Grönland kam, arbeitete Ministerpräsident Anker Jörgensen mit massiven Drohungen. Im Landesrat von Grönland, der ohnehin eine Farce ist und nichts zu sagen hat, gab es dann auch gleich Kräfte, die den Ölbohrungen zustimmten. Formal hat dieser Landesrat ein »Vetorecht« in Fragen der Rohstoffausnutzung, aber es wurde von den Imperialisten auch gleich deutlich gemacht, was passiert, wenn von diesem Vetorecht Gebrauch gemacht wird: Anker Jörgensen drohte an, daß die dänische Regierung in diesem Fall die »Spar«-Maßnahmen an den Schulen, Krankenhäusern usw. verschärfen würde, um mit diesem »eingesparten« Geld die Ölkonzerne zu entschädigen!

Das Gleiche und noch weitergehende Maßnahmen würde gelten, wenn sich das grönländische Volk eine »Heimregierung« (Hjemmestyre) wählen würde, die seine und nicht die Interessen der Ölkonzerne vertritt, erklärten Anker Jörgensen und der Grönlandminister des dänischen Kabinetts. Das ist imperialistische Erpressungspolitik reinsten Stils.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg



Protest gegen faschistischen Lehrer an norwegischer Schule

Seit einiger Zeit gibt es in Norwegen starke Proteste gegen den faschistischen Geschichtslehrer Olaf Hoaas, einer der ideologischen Führer der „Norwegischen Front". So stand Hoaas schon des öfteren wegen faschistischer Aktivitäten vor Gericht. Anlaß eines Gerichtsverfahrens war ein Interview im Frühjahr 1975 mit der Zeitung „Dagbladet", in dem Hoaas ähnlich seiner westdeutschen Nazifreunde die Judenverfolgungen und den Massenmord des deutschen Faschismus leugnete. Während des Prozesses vertrat er provokativ die Rassentheorie der Nazis.

1975 beteiligte er sich außerdem an dem Reichstagstreffen der „Norwegischen Front". Weiterhin ist Hoaas Verfasser einer faschistischen Hetzbroschüre, in der Schädel abgebildet wurden, die die Überlegenheit der „arischen Rasse" verdeutlichen soll!

In anderen Gerichtsprozessen gegen ihn ging er sogar so weit, den Massenmord des deutschen Faschismus zu rechtfertigen und eine neue Machtergreifung der Nazis herbeizusehnen.

Hoaas hat außerdem Beziehungen zu westdeutschen Faschisten, was in einem Buchangebot von ihm deutlich wird. Neben eigenen Hetzschriften preist er ein Buch des Faschisten Jürgen Rieger, „Rasse, das große Grundproblem", an!

Es ist klar, daß Hoaas diese faschistischen Auffassungen auch in seiner Funktion als Geschichtslehrer an der Schule vertritt. Die Forderung von vielen Eltern, Lehrern und Schülern, diesen Nazi aus dem Schuldienst zu entfernen, kam die norwegische Regierung bisher nicht nach. Im Gegenteil!

Das norwegische Bildungsministerium begründete die weitere Lehrtätigkeit Hoaas damit, daß keine juristische Grundlage vorhanden ist, ihn vom Schuldienst zu suspendieren!

Denkt man an die Besetzung Norwegens durch Nazi-Deutschland zurück, die Verfolgung und den Terror, den die Faschisten damals entfachten, stellt die Erklärung von Teilen der norwegischen Regierung schon ein Glanzstück sozialdemokratischer Verkommenheit dar!
(nach Klasskampen)

Skandinavienkommission

Schweden: Drei Chilenen ausgewiesen

Am 14.7. sind von 7 in Schweden asylsuchenden Cilenen 3 ausgewiesen worden. Sie wurden mit einem Flugzeug direkt nach Santiago de Chile gebracht. Von der Polizei waren sie nicht als politische Flüchtlinge anerkannt worden. Bei den anderen 4 Chilenen konnte ein Anwalt erreichen, daß sie bis auf weiteres in Schweden bleiben dürfen. Es ist das erste Mal, daß Chilenen aus Schweden direkt nach Chile ausgewiesen werden. Insgesamt hat sich die Zahl der Ausweisungen politischer Flüchtlinge aus Schweden seit 1973 nahezu verdoppelt.
(nach Dagens Nyheter, 14.7.77).

Skandinavienkommission

England

18.000 unterstützen Grunwicks Streik



18.000 demonstrierten für gewerkschaftliche Organisierung der Grunwick- Kollegen. Aus „Socialist Worker", 16.7.77



Grunwick – Streikbrecherbus „Times", 12.7.

„The workers united - will never be defeated" (Vereint werden die Arbeiter nie besiegt!) - Unter diesem Schlachtruf demonstrierten über 18.000 Menschen am 11.Juli in London vor der Photokopieranstalt Grunwicks ihre Solidarität mit 137 Arbeitern, die rausflogen, nur weil sie sich gewerkschaftlich organisieren wollten (vgl. AK 108). Allein 3.000 Kumpel waren aus dem über 300 km entfernten Yorkshire mit dem Bergarbeiterführer Scargill gekommen, der vor ein paar Wochen vor Grunwick beim Streikpostenstehen verhaftet worden war.

Angesichts der breiten Solidarität konnten die 4.000 Bullen, die auch erstmals eine Reiterstaffel einsetzten, nichts ausrichten. Vier Stunden lang gelang es ihnen nicht, den Doppeldeckerbus mit den Streikbrechern durchzuschleusen.

Dann rächte es sich, daß das Streikkomitee von Grunwick die Organisation des „Picket" (=Streikpostenstehen) der Gewerkschaftsführung übertragen hatte. Diese hatte für den späten Vormittag zu einem „Solidaritätsmarsch" durch die Nachbarschaft - weg von den Fabriktoren - aufgerufen. *„Die Schlacht steht oder fällt damit, ob wir abziehen oder ausharren"*, hatte Scargill noch getönt („Times", 12.7.), um schon eine Stunde später seine Leute in den Demonstrationszug einzureihen ... . Die verbleibenden Kollegen konnten den Bus, der mit einem Affenzahn auf das Fabriktor zuhielt, nicht mehr aufhalten. So hatte die Gewerkschaftsführung für einen ‚friedlichen, gesetzlichen Ablauf' des „Pickets" gesorgt: Die Bullen nahmen 70 Menschen fest.

Ein Genosse aus London schrieb an den AK seine Eindrücke vom Bulleneinsatz vor Grunwicks: *„Bulleneinsätze in England haben noch einen ganz anderen Charakter als in Westdeutschland: die Bullen vor Grunwick waren nicht anders ausgerüstet, als jeder gewöhnliche ‚Bobby'-beim Regeln des Straßenverkehrs. Kein Colt, keine Chemische Keule, keine Schilder, keine Wasserwerfer, keine Kampfhelme mit Sichtblenden, sondern die bekannten Bobbyhelme (die auch reichlich im Handgemenge in die Luft flogen!). Noch nicht einmal zum Knüppeleinsatz ist es gekommen. Die Auseinandersetzungen mit den Demonstranten hatten so mehr den Charakter eines Gerangels und Hin und Hergeschiebe, wobei allerdings die Bullen reichlich Hiebe und Schläge mit Fäusten, Knien und Füßen austeilten."*

Postkollegen solidarisch – gefeuert

Am 5.7. wurden über 100 Kollegen vom zuständigen Postamt Cricklewood vom Dienst suspendiert, nachdem sie seit Wochen die Grunwick Post boykottiert hatten (Grunwick ist als Versandhaus von der Post abhängig). Sofort gab es kurze Sympathiestreiks, Überstundenboykotts und Personalversammlungen während der Arbeitszeit an über 40 Londoner Ämtern.

Zum Zeichen, daß ihre Aktion allein den Grunwick-Kapitalisten gilt, belieferten die Postler zunächst noch die örtliche Bevölkerung weiter per Fahrrad, nachdem ihnen die Autoschlüssel weggenommen waren. Am nächsten Tag hatte die Postverwaltung allerdings das Postamt verrammelt. Am 11.Juli demonstrierten über 1.000 Londoner Postler in einem eigenen Zug vom Postamt Cricklewood zu Grunwicks.

Naff – Operation Pony Express

Unter diesem Code organisierte die faschistoide „Nationale Freiheitsgesellschaft" (NAFF) am Wochenende vor der Demo den heimlichen Abtransport von entwickeltem Filmmaterial, das sich wegen des Postboykotts bei Grunwicks stapelte. Nach einem ausgetüftelten Plan verteilten ca. 250 angeheuerte Streikbrecher rund 100.000 Päckchen auf 10.000 Briefkästen, die teils mehrere hundert Kilometer entfernt lagen. NAFF-Direktor Robert Moss, Autor eines Jubelbuchs über die chilenische Junta und CIA-Verbindungsmann, brüstete sich hinterher: *„Das beste Ding seit Entebbe"* („Guardian", 13.7.). Als wachsame Postkollegen Teile der Sendung festhielten und von der Gewerkschaft die Ausweitung des Boykotts erwarteten, weigerte sich diese, entsprechende Anweisungen zu geben. Gleichzeitig forderten die Tories, die zur NAFF beste Verbindungen haben, von der Regierung die Aufhebung des Postmonopols für die Dauer der Auseinandersetzung.

Der weitere Verlauf der Auseinandersetzung hängt entscheidend von der Mobilisierung der Linken ab. Dafür könnte sich nützlich erweisen, daß am 12.7. ein Gericht den Spruch einer Schiedsstelle bestätigte, daß Ward, Besitzer von Grunwick, die Gewerkschaft APEX als Verhandlungspartner anerkennen sollte. Ward will jedoch weiterprozessieren und rechnet auf Zermürbung, während er gleichzeitig von der Labour-Regierung zum Nachgeben gedrängt wird, um eine weitere Politisierung zu vermeiden.

Darüberhinaus droht die Regierung die „Picket"gesetze zu verschärfen, indem z.B. die Zahl der Streikposten beschränkt , diese ihre Berechtigung nachweisen und mit Armbinden gekennzeichnet werden sollen.

England-Kommission

Konferenz von Big Flame

Am 9.Juli fand in Liverpool eine Konferenz der Organisation „Big Flame" (BF) statt, die unter dem Motto **„Vorwärts zu einer neuen revolutionären Organisation"** stand. An dieser Konferenz nahmen auch Vertreter anderer britischer Organisationen teil: „International Marxist trotzkistischen „IV.Internationale"), „Revolutionary Marxist Current" („Revolutionäre Marxistische Strömung", eine 1975 erfolgte Abspaltung der IGM, die seit einiger Zeit recht eng mit BF zusammenarbeitet und bereits die Fusion mit BF für den kommenden Herbst angekündigt hat), sowie „Workers League" („Arbeiter-Liga", die von Genossen gegründet wurde, die 1976 aus der „Socialist Workers Party", ehemals „International Socialists" ausgeschlossen wurden).

Für den KB nahm eine Genossin an dieser Konferenz teil, die in einem kurzen Beitrag über die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der Revolutionäre auf internationaler Ebene sprach und über die wachsende Repression in der BRD und die gefährlichen großmachtpolitischen Ambitionen des westdeutschen Imperialismus informierte.

Mit dieser Konferenz wurde versucht, einen weiteren Schritt auf eine politische und organisatorische Vereinigung wesentlicher Teile der revolutionären Linken in Großbritannien hin zu unternehmen. Bereits Anfang Juli wurde auf einem Treffen von BF und IMG über ein gemeinsames Auftreten bei den wahrscheinlich im Herbst anstehenden Wahlen beraten. Diese Treffen endeten mit der Bildung eines gemeinsamen Organisationskomitees, das ein Wahlprogramm für eine Liste „Sozialistische Einheit" entwerfen und Vorschläge zur Kandidatenaufstellung erarbeiten soll. Sowohl in den vorliegenden Dokumenten als auch in den Konferenzbeiträgen wurde namentlich von BF und IMG nachhaltig eine „Umgruppierung der Linken" im Sinne einer größeren politischen und organisatorischen Einheit als aktuell dringlich anstehende Aufgabe betont.

BF weist dabei vor allem auf die Existenz eines größeren Potentials nicht-organisierter oder nicht-mehr-organisierter Linker hin, für die eine gemeinsame organisatorische Kraft der revolutionären Linken zu einem Kristallisationspunkt werden könnte. Dabei grenzt BF sich sehr von einer nach ihrer Bezeichnung *„traditionell autoritären Beziehung zwischen Avantgarde-Organisation und Klasse"* und einem *„manipulativen Herangehen von Organisationen an die autonomen Bewegungen und den Kampf an der Basis"* sowie einer *„bürokratischen Interpretation von Lenin"* ab. Wesentliche Kräfte, die für einen Zusammenschluß der revolutionären Linken zu gewinnen seien, seien nach Einschätzung der BF auch in der Labour-Party zu finden. Als deutlichen Hinweis auf die Bereitschaft zu einer baldigen Vereinigung mit IMG ist von Seiten der BF auch zu verstehen, daß sie das *„Recht auf Fraktionen und Tendenzen"* als *„zentral"* ausweisen (alle Zitate nach einer schriftlichen Stellungnahme des Nationalen Sekretariats von BF, die der Konferenz als Diskussionsgrundlage vorlag und im wesentlichen von den Konferenzteilnehmern befürwortet wurde).

Die IMG ihrerseits schätzt die *„meisten der gegenwärtigen Abgrenzungen in verschiedene Organisationen in der britischen revolutionären Linken"* als *„zu jeder Zeit ungerechtfertigt"* ein, weil sie ihrer Meinung nach *„kein Ausdruck prinzipieller Klassendifferenzen, sondern sektiererische Effekte einer langen Periode einer historischen Isolation der Marxisten vom revolutionären Klassenkampf in den imperialistischen Ländern"* seien, sowie *„Ausdruck der Tatsache, daß sie keinen größeren Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausüben"* (so der offene) Brief des Genossen Grogan vom Politischen Komitee der IMG, der der Konferenz ebenfalls als Diskussionsgrundlage diente).

Nach Ablauf dieser Konferenz, die in weitgehend einträchtigen Beiträgen verlief, ist davon auszugehen, daß die britische Linke tatsächlich in baldiger Zukunft über einen größeren Zusammenschluß verfügen wird - der aller Voraussicht nach ein ebenso großes politisches Meinungsspektrum widerspiegeln wird. Diejenigen Organisationen, die diesen Prozeß gegenwärtig forciert vorantreiben, BF und IMG, scheinen dieser baldigen Einheit zuliebe eine genauere Überprüfung und ausreifende Diskussion der bestehenden Positionen ihrer Organisationen demgegenüber als zweitrangig anzusehen. Die Tragfähigkeit der gewünschten politischen und organisatorischen Einheit wird zunächst jedenfalls vor allem aus der allgemein unzweifelhaft richtigen Erkenntnis hergeleitet, daß es *„keine Zukunftsperspektive gibt, ohne Vereinheitlichung der Kräfte"* - so in dem bereits zitierten Dokument des Nationalen Sekretariats von BF.

In einer der nächsten Ausgaben des AK werden wir eine ausführliche Darstellung und Einschätzung der Diskussions- und Vereinheitlichungsprozesse innerhalb der britischen revolutionären Linken vorlegen.

Die Vertreterin des KB auf der Konferenz



Niederlande

Soldatendemonstrationen in den Niederlanden

„IHV (Einbehalt für Unterkunft und Verpflegung) – weg damit!" – „Nachtausgang ein Recht!" – „Freie Kammereinrichtung jetzt!", das waren die zentralen Parolen der insgesamt ca. 3.000 Wehrpflichtigen, die am 14. Juni durch die Straßen von Harderwijk und Tilburg und am 28. Juni in Arnhem und Assen demonstrierten. Aufgerufen hatte die niederländische Soldatengewerkschaft VVDM (Vereinigung der dienstpflichtigen Soldaten); die sozialistische Soldatenorganisation in den Niederlanden – der BVD (Bund für Dienstpflichtige) – unterstützte die Aktionen.

IHV – das bedeutet für die niederländischen Wehrpflichtigen jeden Monat 200 Gulden (etwa gleich DM) für Unterkunft und Verpflegung zu zahlen, das sind 20 Prozent ihres Bruttoentgelts. Dafür „dürfen" sie dann in den Kasernen in kahlen Stuben bis zu zehn Mann hoch „wohnen" und bekommen ihre Mahlzeiten, die in vielen Kasernen sehr zu wünschen übrig lassen. Die Soldaten haben sich nicht ausgesucht, in den Kasernen zu wohnen und wenn sie außerhalb der Kantine essen, müssen sie die Mahlzeit doppelt zahlen – für's Kantinenessen gibt's keine Rückerstattung. So kommen laut einer Untersuchung der VVDM die 27 Mio. Gulden zustande, die die niederländischen Soldaten zuviel für Verpflegung zahlen. Als diese Zahlen bekanntgemacht wurden, sah sich das Kriegsministerium veranlaßt, eine Kommission einzusetzen, die ein neues IHV-System ausarbeiten sollte – der Beamtenapparat brütet immer noch – ohne Ergebnis.

Das war dann auch ein Grund, mal wieder etwas Dampf zu machen. Der Kampf gegen die ungerechte IHV-Regelung wird vom VVDM bereits seit Jahren geführt. Doch seit die Allgemeine Mitgliederversammlung vergangenen Oktober beschloß, den Kampf gegen IHV zum zentralen Thema zu machen, wurden die Aktivitäten verstärkt. Seit diesem Beschluß gab es verschiedene Demonstrationen und Unterschriftensammlungen; die größten Demonstrationen waren allerdings die jetzt durchgeführten. Die Forderungen umfassen vier zentrale Punkte:

- zu hohe Mieten für die Unterkünfte,
- Einrichtung der Stuben nach den Vorstellungen der Soldaten,
- das Recht, die Nacht ohne weiteres woanders zu verbringen als in der Kaserne,
- das Bezahlungssystem für die Mahlzeiten in den Kasernen („Nur das zahlen, was auch gegessen wird!")

Die Demonstrationen, an denen sehr viele Soldaten in Uniform teilnahmen, nahmen ihren Weg durch die belebten Straßen der Städte. Die Passanten wurden durch Flugblätter über die Probleme der Wehrpflichtigen aufgeklärt und die Forderungen erläutert. Anschließend an die Demonstrationen fanden Veranstaltungen statt, auf denen Vertreter des VVDM und teilweise aus örtlichen Kasernen Ansprachen hielten; Auflockerung verschafften Auftritte von Musikgruppen.

Protest gegen Nachtausgangs-Regelung

Um ihrer Forderung nach freiem Nachtausgang Nachdruck zu verleihen, führten 48 Soldaten der Stolbergkaserne in Amersfoort eine Aktion durch. Im Anschluß an die Demonstration und Veranstaltung in Harderwijk überschritten die Wehrpflichtigen demonstrativ ihre Ausgangszeit. Sie gingen erst nach 24 Uhr zurück in die Kaserne.

Dort angekommen wurden sie nur einzeln durchs Tor gelassen und registriert. Am nächsten Tag verhängte der Kommandant für jeden eine Strafe von 15 Gulden. 11 Soldaten beschwerten sich und als die Beschwerden abgelehnt wurden, legten sie Berufung ein beim Hohen Militärischen Gerichtshof – die Entscheidung steht noch aus. Der VVDM hat vorsorglich eine Sammlung eingeleitet für die Soldaten, die in vier Kasernen bereits 277,50 Gulden erbracht hat.



Beim Abmarsch der Soldatendemonstration in Assen vom 28. Juni 77 vor der J.W. Friso-Kaserne. Transparent vorne: „IHV – weg damit! Freie Kammereinrichtung!"



Soldatendemo in Assen am 28. Juni 77
Transparent: „Ein gutes Essenmarkensystem: Nur bezahlen was wir holen" – VVDM

Behinderungen der Demonstrationen

Mehrere hundert Wehrpflichtige hatten keine Gelegenheit, an den Demonstrationen teilzunehmen. So waren z.B. für die Aktion in Harderwijk am 14. Juni 800 Karten verkauft, teilnahmen jedoch nur ca. 400 Soldaten. Der Grund: Die plötzlich am 14. Juni ausgelöste NATO-Alarmübung „Active Edge". Ein Übriges taten in verschiedenen Kasernen von den Kommandanten angeordnete Extra-Märsche und Abend- und Nacht-Übungen. Zur Zeit der Assen-Demo am 28. Juni wurden in einigen Einheiten Übungen verlängert, und somit für viele Soldaten eine Teilnahme verhindert.

Es war nicht das erste und sicherlich auch nicht das letzte Mal, daß derartige Übungen „zufällig" gleichzeitig mit VVDM-Aktionen stattfinden. Die Teilnehmer der Harderwijk-Demo verabschiedeten daraufhin die nachfolgende von einem BVD-Soldaten eingebrachte Resolution:

„Die Soldaten, anwesend auf der VVDM-Veranstaltung am 14. Juni in Harderwijk, protestieren gegen die Maßnahmen, die gegen die Veranstaltung gerichtet sind.

Maßnahmen, die gegen die Veranstaltung gerichtet sind.

Die plötzliche NATO-Übung, die anderen angeordneten Übungen und Dienste bedeuten, daß eine große Anzahl Soldaten nicht teilnehmen kann am Kampf für ihre Interessen.

Die Armeeführung versucht zum soundsovielten Mal die Soldatenbewegung mit verschiedenesten Mitteln zu behindern.

Wir fordern, daß repressive Maßnahmen dieser Art in Zukunft unterbleiben.

Wir fordern weiterhin: Keine Angriffe auf die Soldaten und den VVDM."

Erfolg bei Nachtausgangs-Regelung

Nicht zuletzt gestärkt durch die Juni-Demonstrationen gingen die VVDM-Vertreter zur nächsten Sitzung des „Georganiseerd Overleg", ein regelmäßiges Forum, an dem Vertreter des Kriegsministeriums und aller Soldatenverbände, u.a. VVDM, teilnehmen. In der Sitzung vom 7. Juli stand u.a. die Nachtausgangs-Regelung auf der Tagesordnung. Staatssekretär Van Lent versuchte wieder mal, eine Neuregelung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dank der Unterstützung sämtlicher anderer Interessenverbände gelang es dem VVDM dennoch, das Recht auf Nachtausgang durchzusetzen.

Allerdings mußten einige Einschränkungen hingenommen werden, u.a. bekommen Minderjährige keinen Nachtausgang, wenn die Eltern das schriftlich verweigern und ein Kommandant kann Nachtausgang aufgrund „ausbildungs-technischer Erwägungen" – was immer das sein mag – untersagen.

Der VVDM erwartet nun, daß die bestraften Soldaten der Stolberg-Kaserne (s.o.) ihr Geld zurückbekommen, das sie zahlen mußten, weil sie zu spät zur Kaserne kamen.

(Informationen nach „twintig" (VVDM) Nr. 12-14 und „soldatenkrant" (BVD) Nr. 7)

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven



VVDM-Poster (Format Original 42 x 56 cm) (aus „twintig" Nr. 14/77) zur VVDM-Forderung nach freier Gestaltung der Soldatenunterkünfte



lateinamerika

Mexiko: Der Imperialismus baut seine Bastionen aus

Nicht zuletzt durch den Scheelbesuch wurde Mexiko - sowieso weithin als demokratisches Land gelobt - als Fürsprecher der Dritten Welt und Vermittler hochgejubelt. Grundlage dafür sind einige anti-imperialistische Initiativen und Maßnahmen, die traditionell Bestandteil der mexikanischen Außenpolitik seit der Revolution von 1910 sind und die insbesondere vom Amtsvorgänger des jetzigen Präsidenten Portillo vorangetrieben wurden.

- So ist Mexiko einer der bekanntesten Befürworter einer neuen Weltwirtschaftsordnung und hat die Charta der Rechten und Pflichten von Staaten, die den Ländern der Dritten Welt mehr Rechte und günstigere Handelsbeziehungen gegenüber den Industrienationen einräumen soll und 1974 in der UNO verabschiedet wurde, wesentlich mit initiiert.
- Mexiko hat die Gründung der SELA ("lateinamerikanisches ökonomisches System"), von dem die USA ausdrücklich ausgeschlossen sind, vorangetrieben.
- Mexiko hatte nach dem spanischen Bürgerkrieg die diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien abgebrochen, die erst vor wenigen Wochen wieder aufgenommen worden sind.
- Mexiko unterstützt Panama in der Kanalfrage gegen die USA und hat seine Beziehungen zu Kuba, trotz der von den USA verordneten Blockade, nie abgebrochen ("Welt", 18.6.77).
- Auch der jetzige Präsident Lopez Portillo ließ es sich nicht nehmen, in einer Tischrede anläßlich des Scheelbesuches die Industrienationen wegen ihrer Haltung im "Nord-Süd-Dialog" anzugreifen.

Dennoch läßt sich auch in Mexiko immer mehr die Durchsetzung der Interessen des Imperialismus feststellen.

In AK 95 schrieben wir zur Einschätzung der neuen Regierung Mexikos, daß den Imperialisten der *"verflossene Präsident mit seinen sozialistischen Neigungen"* nicht zuverlässig genug war und man sich vom *"Pragmatiker Portillo"* einen *"gemäßigteren Kurs"* erwartete. Bisher hat Portillo trotz einiger radikaler Sprüche diese Erwartungen voll erfüllt - ganz davon abgesehen, daß auch Echeverria in keiner Weise "sozialistische Neigungen" hatte.

Wind von rechts auch in Mexiko

Eine der ersten Amtshandlungen Portillos war ein Besuch in den USA beim neuen Präsidenten Carter.

Als ein wesentliches Ergebnis dieses Besuches bezeichnete Portillo selber, daß er *"eine neue Basis für die gegenseitigen Beziehungen gelegt (hat), so daß Mexiko eine interessante Etappe des Zusammenlebens mit den USA beginnen kann"*, nachdem die Beziehungen zwischen beiden Ländern während der Amtszeit Echeverrias immer als eher kühl und distanziert bezeichnet wurden.



Razzia in einem mexicanischen Gebirgsdorf. Die Bullen fahnden nach „Mohnbauern".
– Für die Landbevölkerung ist der Anbau von Mohn und die Rauschgiftproduktion oft die einzige Chance zum Überleben.
Die Indios werden knieend in der Mittagshitze verhört.

Dies entsprach allerdings nie den Tatsachen. Die USA waren immer der Haupthandelspartner Mexikos, und 80 % aller ausländischen Investitionen in Mexiko (2,8 Mrd. Dollar) wurden und werden von den USA geleistet; dahinter folgt die BRD mit rund 1,2 Mrd. DOllar 1975 ("Nachrichten für Außenhandel"/NFA, 11.3.77). Hinzu kommt, daß Mexiko hinter Brasilien der größte Kreditnehmer der Weltbank ist, deren Politik bekanntlich wesentlich von den US-Imperialisten bestimmt wird. Mexiko erhielt seit 1949 2,6 Mrd. Dollar von der Weltbank als Darlehen. Von kühlen Beziehungen kann angesichts dieser Zahlen wirklich keine Rede sein, vielmehr ist die ökonomische Abhängigkeit Mexikos von den USA ziemlich lückenlos. Dieses Verhältnis will Portillo jetzt allerdings noch ausbauen.

Nachdem in Mexiko neue, beträchtliche Erdölfunde gemacht wurden, hat Portillo sein Land den Imperialisten bereits als Erdöllieferant, aber auch für Investitionen auf dem petrochemischen Gebiet angedient ("NFA", 11.3.77).

Darüber hinaus wurde den Imperialisten inzwischen die Möglichkeit geschaffen, ohne mexikanische Beteiligung zu investieren. Bisher mußte - zumindest auf dem Papier - jeder ausländische Investor eine Kapitalbeteiligung von mindestens 51 % den Mexikanern überlassen. Ausgenommen von dieser Regelung waren schon immer einige Schlüsselindustrien - die Autoproduktion (Ford, Renault, VW) ist z.B. völlig in ausländischer Hand - jetzt aber soll diese Regelung ganz abgeschafft werden. ("Blätter des Informationszentrums Dritte Welt", "iz3w", Nr.62).

Unter diesen Umständen werden die Hoffnungen, die mit den enormen Erdölreserven Mexikos hinsichtlich eines verbesserten Lebensstandards der Bevölkerung geweckt werden, natürlich nicht verwirklicht. Die Entwicklung wird ähnlich laufen wie in Venezuela, wo der Ölboom Riesenprofite für die Imperialisten und einen Teil der inländischen Bourgeoisie gebracht hat, während die Verelendung der Massen im selben Maße zunimmt: verheerende Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Preissteigerungen, eine Inflationsrate von 20 % und mehrmalige Abwertungen des Peso - insgesamt um über 50 % - sind die Ergebnisse der Absprachen mit den USA und den Bankinstituten ("iz3w", Nr.62).

"Erfolge" hat diese Politik schon gebracht. Die mexikanische Ausfuhr stieg in den ersten 3 Monaten 1977 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13 %, die Importe wurden um 29 % verringert. Damit konnte das Handelsbilanzdefizit für diesen Zeitraum um 66 % vermindert werden. Die Frage ist nur, wer von diesen Erfolgen profitiert.

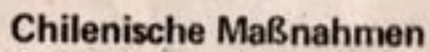
Die arme Bevölkerung hat die Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit usw. zu tragen, während Mexiko mit einer günstigeren Handelsbilanz lediglich ein noch attraktiverer und vor allem sicherer Partner für die Imperialisten wird. Zu den Hauptausfuhrgütern, deren Export gesteigert werden konnte, gehören z.B. Rohöl und Automotoren ("Chile-Nachrichten"/CN, Nr.49). Rohöl: das bedeutet, daß Raffinierung und Verarbeitung wieder von den Imperialisten geleistet und von ihnen der Hauptgewinn eingestrichen wird - Mexiko darf nur das Rohprodukt liefern; Autoteile sind sowieso in imperialistischer Hand.

Allein die verbreitete Hoffnung auf den Ölboom reicht nicht aus, die verelendeten Massen im Zaum zu halten.

Verschaukelt werden die Arbeiter und Landbewohner faktisch seit Ende der bewaffneten Revolution. Mit wenigen Ausnahmen haben alle Regierungen an der "Institutionalisierung der Revolution", d.h. der Ausrichtung auf den Imperialismus gearbeitet. Dabei war für die Integration der Massen der anti-imperialistische Aspekt in der Außenpolitik immer ein wesentliches Moment der Demagogie der Regierungen, die Portillos Vorgänger Echeverria besonders beherrscht hat. Seine *„knallharte Dritte-Welt-Linie"* in angeblich harter Konfrontation zu den kapitalistischen Industrienationen hat Echeverria geschickt mit sozialer Demagogie und radikalen Sprüchen gegenüber den Landarbeitern verknüpft. So hat er z.B. den Bauern in Sonora das Land, das sie besetzt hatten, kurz vor Ablauf seiner Amtszeit zugesprochen. Gleichzeitig schreckte er nicht davor zurück, z.B. das Massaker unter den Studenten 1968 vor der Olympiade in Mexiko-City anzurichten. Die Taktiererei Echeverrias war den Imperialisten aber teilweise schon zu weitgehend, entsprechend verzichtet Portillo auf diese Form demagogischer Maßnahmen.

In seiner Antrittsrede hat er die *"unterprivilegierten Schichten um Verzeihung gebeten für das Versagen der PRI-Regierung bei der Verbesserung ihrer Lage"* (CN, Nr. 49), und dabei beließ er es aber auch.

Anschließend wurden die von Echeverria verfügten Landenteignungen und Verteilung an die Besetzer rückgängig gemacht ("iz3w", 59). Die betroffenen Bauern haben gegen diese Rücknahme Klage eingereicht, die allerdings keine Aussicht auf Erfolg hat: Der neue Bundesrichter ist selber einer der größten Landbesitzer im Nachbarstaat Sonoras. Begründet wurde die Rücknahme der Landverteilung mit dem "Amparo-Gesetz", das den Landbesitzern erlaubt, die Verteilung ihres Landes auf unbefristete Zeit zu verschieben



ro-Gesetz", das den Landbesitzern erlaubt, die Verteilung ihres Landes auf unbefristete Zeit zu verschieben

- ein Gesetz, mit dem seit über 50 Jahren die Durchführung der Agrarreform verhindert wird.

Chilenische Maßnahmen

Die Bauern von Sonora haben bewaffnete Kämpfe zur Verteidigung ihres Landes angekündigt. Solche Auseinandersetzungen hat es im Februar bereits im Bundesstaat Oaxaca, einer der ärmsten Regionen des Landes gegeben.

Bauern, Arbeiter und Studenten demonstrierten gemeinsam gegen die ungerechten Landbesitzverhältnisse, Wahlmanipulationen und auch Fahrpreiserhöhungen. Polizei und Armee wurden mit Maschinenpistolen gegen die Aktionen eingesetzt. Ergebnis waren 34 Tote, darunter zwei 11- und 13-jährige Kinder, hunderte von Verletzten und Verhafteten. Mehrere der Demonstranten sind nach ihrer Verhaftung spurlos verschwunden oder ihre Leichen wurden später irgendwo gefunden. Portillo setzte den für die Polizeieinsätze verantwortlichen Gouverneur zwar ab, setzte dann aber einen General (!) als neuen Gouverneur ein, verhängte den Ausnahmezustand und schickte drei Divisionen (!) nach Oaxaca, die inzwischen die Universität besetzt und geschlossen haben. Paramilitärische faschistische Banden kommen in Mexiko zunehmend aus ihren Löchern und haben z.B. in Oaxaca schon zahlreiche Bauern und Studenten ermordet("iz3w", Nr.62).

Die Berichte über "Terroristenbekämpfung" häufen sich immer mehr, insbesondere gegen die "Liga 23. September" - soweit uns bekannt, eine Organisation nach dem Muster der Stadtguerilla. Fast täglich gibt es Meldungen über angebliche Erschießungen von Angehörigen dieser Organisation. *"Wir werden die Liga 23.September völlig vernichten"* kündigte der mexikanische Polizeichef an ("SZ", "Welt", 18.4.).

Aber die Zeitbombe tickt

Präsident Portillo, der von den Imperialisten auf einen offen repressiven und imperialistenfreundlichen Kurs verpflichtet wurde, wird es nicht schaffen, die inneren Unruhen zu befrieden.

Zum Beispiel eine Maßnahme wie die Ernennung Echeverrias zum Sonderbotschafter Mexikos für die "Dritte Welt" mag zum außenpolitischen Image Mexikos noch etwas beitragen, die armen Massen kann er damit aber nicht gewinnen. Echeverria soll als Aushängeschild den "Nord-Süd-Dialog" führen. Wie das ablaufen wird, kann man sich vorstellen, wenn man weiß, daß Willy Brandt als Verhandlungsführer der Industrienationen eingesetzt werden soll: verständnisvoll-partnerschaftliche Sprüche nach außen, aber tatsächliche Sicherung imperialistischer Interessen. Gleichzeitig hat Portillo mit Echeverria als Sonderbotschafter den sogenannten linken Flügel der PRI integriert. Damit wird aber die Ausweitung der Klassenkämpfe nicht verhindert, insbesondere wo sich die Lebensbedingungen ständig verschlechtern und der politische Druck zunimmt. In Oaxaca haben sich Studenten bereits mit Barrikaden gegen die Bullen verteidigt (SZ, 27.4.) und in den Provinzen Sonora und Sianola wird am Ausbau der vom Staat unabhängigen Gewerkschaften gearbeitet.

Sollte die Massenbewegung von Oaxaca in ganz Mexiko Schule machen, so wird auch hier der Imperialismus nicht davor zurückschrecken, eine chilenische oder argentinische Entwicklung herbeizuführen versuchen, wie der Terror der Sicherheitskräfte und der faschistischen Banden bereits beweist. Aber noch sind die mexikanischen Arbeiter und Bauern in der Lage, harten Widerstand zu leisten.

Lateinamerika-Kommission



Landwirtschaft mit primitivsten Mitteln

Gewerkschaftlicher Kampf im chilenischen Widerstand

In seiner Zeitung „El Rebelde" machte der MIR vor kurzem einige Angaben zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten Zeit in Chile. Danach hat es im letzten Jahr die ersten bedeutenderen Reaktionen der chilenischen Arbeiterklasse auf die Verelendungspolitik der Junta gegeben, die sich in steigenden gewerkschaftlichen Aktivitäten messen läßt. Der Kern dieser Kämpfe konzentrierte sich auf die Verteidigung der unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, wobei nur in Ausnahmefällen dieser Rahmen überschritten und politische Forderungen gestellt wurden.

Anlaß für die ersten Auseinandersetzungen gab es mit drei von der Junta vorgelegten Gesetzentwürfen, die eine weitere Verschlechterung der Situation der Arbeiterklasse mit sich gebracht hätten: Dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Arbeitsgesetz und dem Sozialversicherungsplan (alle drei sind bisher nicht durchgesetzt).

Ein weiterer Punkt des Widerstandes war der Kampf gegen das Dekret 198, das das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung und die Aufhebung der gewerkschaftlichen Freiheiten beinhaltet. Besonders hervorgetreten in diesem Kampf sind die Kupferarbeiter, aber auch die Eisen- und Metallgewerkschaft.
sten gegen die Wirtschafts- und „Sozial"-politik der Junta, die auf Versammlungen oder durch Petitionen zum Ausdruck gebracht wurden.

Insgesamt stellte der MIR fest, daß es 1976 gelang, dreimal soviele legale Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten wie 1975. Jede gewerkschaftliche Versammlung muß von Regierungsstellen genehmigt, d.h. mit dem Druck der Mitglieder durchgesetzt werden.

Entscheidend zur Einschätzung ist allerdings festzustellen, daß sich alle Proteste in Formen von Petitionen abspielten. So ist es nicht verwunderlich, daß es im wesentlichen Führern der DC gelang, die Gewerkschaftsspitze zu stellen. Ebenso wenig verwunderlich ist es, wenn diese Führer es bei Bittbriefen an die Junta belassen. So wird z.B. in einem Aufruf zum 1. Mai dieses Jahres eine Veranstaltung mit *„höchsten Autoritäten der Regierung"* (die bereits eingeladen waren) gefordert und dabei *„vertrauensvoll eine positive Antwort"* erwartet. („Chile Nachrichten", Juni 77). Auch nicht ganz uninteressant ist es, mit wem diese Herren Besuchskontakte pflegen und sich Unterstützung erhoffen: nämlich vom AFL/CIO, dem strikt antikommunistischen US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband, dessen Führung sich u.a. durch ihre Befürwortung des Krieges gegen das vietnamesische Volk einen unrühmlichen Namen gemacht hat.

Die Reaktion der Junta

Aber auch diese kleinen Ansätze eines gewerkschaftlichen Kampfes wurden von der Junta massiv bekämpft. Auf der einen Seite wurden immer wieder Führungen von Einzelgewerkschaften abgesetzt, auf der anderen Seite versuchte die Junta mit dem Aufbau von ihr kontrollierter Gewerkschaften, Einfluß in der Arbeiterklasse zu gewinnen. Zwar sind diese Versuche teilweise fehlgeschlagen, so mußte z.B. die „Central Nacional de Trabajadores" zweimal aufgelöst werden, weil es gelang, die juntatreue Führung abzusetzen.

Heute stellt allerdings die „Union Nacional" die größte Gefahr für die Gewerkschaftbewegung dar, da sie sich bedingungslos zur Junta bekannt hat und deshalb entsprechend ungehindert wirken kann. Geplant ist von der Junta eine Zwangsmitgliedschaft in der „Union", zumindest aller neu zugelassenen Gewerkschaften. Außerdem wurde schon am 1. Mai angekündigt, daß die Junta Gewerkschaften zukünftig nur noch auf Industriezweig-Ebene und nicht mehr wie bisher auf Unternehmensebene zulassen will. Von der dadurch erzielten zahlenmäßigen Reduzierung der legalen Gewerkschaften von bisher 100 auf dann 20 – 30 verspricht sich die Junta eine leichtere Kontrolle. Welche Art „Gewerkschaftspolitik" vom Pinochet-Regime damit beabsichtigt ist, zeigte sich auch darüberhinaus am 1. Mai im Verbot der von der Gewerkschaftsführung geplanten Veranstaltung und deren Ersatz durch eine faschistische Jubelfeier im Regierungsgebäude nach dem Muster des von den deutschen Nazis proklamierten "Tag der Arbeit".



Lernen wir aus dem, was wir erreicht haben und aus der Begrenztheit gewerkschaftlicher Wiederbelebung des Jahres 1976 (MIR-Aufkleber)

Über die Mitgliederstärke einiger der bedeutendsten Gewerkschaften (und Pseudo-Gewerkschaften) in Chile macht der MIR folgende Angaben:

- Ranquil (von PS/PC geleitet), vor dem Putsch 180.000 Mitglieder, heute 6.000; illegal
- „Einheit der Arbeiter und Bauern" (MAPU/PS/PC/MIR), früher 43.000, heute 8.000 Mitglieder; illegal
- „Konförderation Bauernsieg" (DC), konstant 60.000 Mitglieder; legal
- „Freiheit" (von Landbesitzern geleitet!), Mitgliederzahl von 1.000 auf 3.000 gestiegen; legal.

Eine völlige Zerschlagung der Gewerkschaften ist der Junta nach Angaben des MIR nicht gelungen.

Lateinamerika-Kommission

Kurzmeldungen

400 Mio-Kredite für Argentinien

Kreditzusagen in Höhe von rund 400 Mio Dollar erhielt die argentinische Regierung im Juni dieses Jahres. Die Weltbank gewährte den größten Anteil mit 100 Mio Dollar zur Finanzierung ausländischer Kapitalgüter. Bei der Abstimmung im Bewilligungsausschuß über die Vergabe enthielten sich die USA wegen der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien der Stimme. Die Stimmenhaltung der USA - angesichts der sowieso gesicherten Kreditvergabe - dient lediglich dazu, die Verbrechen des US-Imperialismus vergessen zu machen und sich als "Freund" der lateinamerikanischen Völker aufzuspielen.

Mit dem 100- Mio- Kredit hat die Weltbank Argentinien innerhalb eines Jahres (seit Machtübernahme der faschistischen Junta) 520 Mio Dollar gewährt. In den gesamten 20 Jahren vorher hat die Weltbank für Argentinien nur 532 Mio Dollar zur Verfügung gestellt!

Die übrigen rund 300 Mio Dollar erhält Argentinien von britischen und US-amerikanischen Banken und der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank ("Neue Zürcher Zeitung", 26./27.6.77).

Mit diesen Krediten wird eine Wirtschaftspolitik honoriert, die den argentinischen Massen eine ständig zunehmende Teuerung und eine Inflationsrate von ca. 90 % beschert ("Frankfurter Rundschau", 13.7.77).

***

Brasilien

Nach der Verhaftung von hunderten von Studenten und dem Mandatsentzug gegen den Führer der Oppositionspartei MDB wird jetzt der Kirche ein neuer Schlag versetzt. Ohne Angabe von Gründen wurde ein Schweizer Priester, der seit 1962 im Nordosten Brasiliens arbeitet, *„verhört, qualifiziert, identifiziert und fotografiert"*, und soll jetzt aus dem Land gewiesen werden
Anläßlich einer Abschiedsfeier für den deutschen Botschafter in Brasi-
fotografiert", und soll jetzt aus dem Land gewiesen werden
Anläßlich einer Abschiedsfeier für den deutschen Botschafter in Brasi-
lien lobte der brasilianische Außenminister die BRD und die ausgezeichneten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Allein 1976 erreichte der deutsch-brasilianische Warenaustausch eine Höhe von 5 Mrd. DM (FR, 14.7.77).

***

Peru: Schwere Kämpfe

In vielen Teilen Perus halten die Proteste gegen die Teuerung bei Lebensmitteln und öffentlichen Verkehrsmitteln weiter an. Die Regierung geht mit einer Brutalität gegen die Demonstrationen vor, die sich immer mehr den Repressionsmaßnahmen der faschistischen Nachbarn annähert.

- In Tacna wurde bei 2-tägigen Demonstrationen ein junger Mann getötet, 25 Menschen verletzt, 30 verhaftet und Ausgangssperren verhängt (SZ, 4.7.77).
- Am 13. und 14. Juli wurden bei Protestaktionen in Peru mindestens 10 Menschen ermordet, darunter 2 Kinder.22 Demonstranten wurden schwerverletzt in Krankenhäuser eingeliefert, wo 2 von ihnen starben.
- Der Generalsekretär der peruanischen Gewerkschaft der Bergbau- und Stahlarbeiter, der führend an einem 3-tätigen Generalstreik in 2 Bergwerken beteiligt war, wurde Anfang Juli außer Landes gebracht wobei auch in Peru immer unsicherer wird, was in solchen Fällen mit den Betroffenen geschieht.

Trotzdem gehen die Kämpfe weiter. Trotz eines von der Regierung verfügten Streikverbots haben die Gewerkschaften für den 24. Juli zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen. Auch die revisionistische KP soll mit zu dem Streik aufgerufen haben. Offensichtlich kann sie ihre Linie der strammen Regierungsunterstützung angesichts der blutigen Repression gegenüber den Massen nicht mehr vertreten (SZ, 16./17.7.77).

***

Chile: "Demokratisierung" nach den Vorstellungen Pinochets

Zum ersten Mal seit Einrichtung der faschistischen Diktatur 1973 hat Pinochet jetzt einen Zeitplan für die sogenannte „Demokratisierung" angekündigt: es soll einen *„Demokratisierungsprozeß in drei Etappen"* geben. 1980 soll eine *"Repräsentantenkammer"* eingerichtet werden, deren Mitglieder von der Junta bestimmt werden. 1985 ist das Volk dann nach Pinochets Plan schon so reif und "de-
kammer" eingerichtet werden, deren Mitglieder von der Junta bestimmt werden. 1985 ist das Volk dann nach Pinochets Plan schon so reif und "de-
mokratisch" gefestigt, daß es zwei Drittel der "Repräsentantenkammer" wählen darf; der Rest wird weiter von der Junta eingesetzt. Außerdem behält die Junta zu allen Fragen ein Veto-Recht.

Das ist genau die Form der "Demokratisierung", die am Charakter der Regierung und der Unterdrükkung des Volkes absolut nichts ändert, die es aber Carter ermöglicht, seine Menschenrechtskampagne bald als erfolgreich ad acta zu legen (FR, 12.7.77).

Lateinamerika-Kommission

Krieg um Belize?

Belize, eine der letzten britischen Kronkolonien soll demnächst in den Neokolonialismus entlassen werden. Das Gebiet liegt direkt am Karibischen Meer und grenzt sowohl an Guatemala als auch an Mexiko. Beide stellen seit längerem Ansprüche auf dieses Gebiet, besonders aber seitdem vor der mexikanischen Küste Erdöl gefunden wurde und auch vor Belize mit Erdöl gerechnet wird.

Im Gegensatz zu Mexiko vertritt Guatemala seine Gebietsansprüche ausgesprochen militant. So droht die guatemaltekische Regierung unverhohlen damit, Belize im Falle der Unabhängigkeit kurzerhand zu besetzen. *„Das Heer Guatemalas ist bereit, Belize auf Biegen oder Brechen zurückzuerobern"*, ließ z.B. der guamaltekische „Verteidigungs"minister verlauten („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 23.2.77)

Guatemala leitet seine Rechte aus von Spanien geerbten Ansprüchen ab: Belize war spanische Kolonie bevor es in britischen Besitz überging. Diese Gebietsansprüche sind juristisch kaum haltbar und stoßen auch bei der Bevölkerung Belizes auf keine Gegenliebe, denn es gibt weder politische, sprachliche noch religiöse oder kulturelle Verbindungen.

Hinter dem Vorgehen der Regierung Guatemalas stecken die nordamerikanischen Ölkonzerne, die ganz Guatemala beherrschen und die Überreste britischen Einflusses in Mittelamerika verdrängen wollen. Andererseits argwöhnen die Multis hinter der Unabhängigkeit Belizes auch mehr als nur eine Entlassung in den Neokolonialismus. So werden in einer breiten Kampagne die Beziehungen zwischen Belizes Premierminister Price und Cuba angegriffen, und eine „Verschwörung" zwischen Cuba, Großbritannien und Belize konstruiert. So aufgemacht ist das Ganze auch noch eine gute Gelegenheit, um von den immensen innenpolitischen Schwierigkeiten in Guatemala abzulenken.

International ist es anläßlich der Belize-Frage zu verschiedenen Auseinandersetzungen gekommen. Die Konferenz der Premierminister des Commonwealth hat ein *„Komitee zur Überwachung der Unantastbarkeit von Belize"* eingesetzt. England ist bereit, sich an einer multilateralen Sicherheitstruppe zum „Schutz" Belizes zu beteiligen und hat Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe nach Belize entsandt („SZ", 9./10. 7.77).

Die Regierung von Barbados ließ eine aus Lissabon kommende argentinische Frachtmaschine mit 26 Tonnen Waffen und Munition im Wert von über einer Million Dollar an Bord nicht nach Guatemala weiterfliegen, weil die Waffen dazu verwendet werden könnten, die Drohungen der guatemaltekischen Militärführung von einem Einmarsch in Belize wahrzumachen.



Ebenfalls unterstützt wird die Unabhängigkeit Belizes vor allem von Panama, dessen Regierung sich wiederholt öffentlich gegen die Annektionsgelüste Guatemalas gestellt hatte. Hierauf brach Guatemala kurzerhand die diplomatischen Beziehungen zu Panama ab.

Inzwischen haben Großbritannien und Guatemala Einigkeit darüber erzielt, daß Großbritannien Belize nicht einseitig, d.h. ohne Zustimmung *„aller beteiligten Seiten"*, in die Unabhängigkeit entlassen wird. Guatemala hat seine weitere Verhandlungsbereitschaft erklärt, dabei allerdings betont, daß es seine Gebietsansprüche nicht völlig aufgebe. Guatemala will offenbar bei den Verhandlungen zumindest einen Zugang zur Karibik herausschinden („FR", 11.7.77).

Einreiseverbot für Opfer der chilenischen Junta

Zum wiederholten Male hat die Baden-Württembergische Regierung und der Innenminister Schieß (selbst ein alter SA-Mann) zwei chilenischen Antifaschisten die Einreise verweigert.

Wie die »Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V.« (Vorsitzender Helmut Frenz) mitteilte, handelt es sich bei den beiden um Segundo Trangolao Linco und San Martin, die beide Chile verlassen dürfen, wenn die BRD ihre Aufnahmebereitschaft erkläre. Angeblich existieren »Sicherheitsbedenken« ... (»ED«, 12.7.77)

Diese Schweinerei macht noch einmal deutlich, wie verlogen die ganze »Menschenrechtskampagne« der CDU ist. Dort wird die chilenische Junta mit Worten immer wieder verurteilt, um dann gegen die RGW-Staaten zu hetzen. Die Taten der CDU sprechen allerdings eine ganz andere Sprache.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ecuador: Kampf gegen Faschisierung

Seit Februar 1972 herrscht in Ecuador eine Militärdiktatur, die mit einer scheindemokratischen "Neun-Punkte-Plattform" angetreten war. In dieses Programm gehörten Punkte wie: Anhebung des Mindestlohns um 50 % Herstellung des Streik- und Organisationsrechts, Verstaatlichung des Erdöls, der Elektroindustrie und des Außenhandels. Alle diese Reformen sind mit der Zeit auf Eis gelegt worden bis schließlich 1976 eine stramm rechts ausgerichtete Junta die Regierung übernahm.

Am 18. Mai dieses Jahres riefen die drei nationalen Gewerkschaften (CEDOC, Ecuadorianische Gewerkschaft von Klassenorganisationen; CTE, Vereinigung der ecuadorianischen Arbeiter; CEOSL, ecuadorianische Vereinigung freier Gewerkschaftsorganisationen) zu einem 24-stündigen Generalstreik auf, um sich für die Verwirklichung des "Neun-Punkte-Programms" einzusetzen (diese drei Gewerkschaften entwikkelten in letzter Zeit eine zunehmend engere Zusammenarbeit; s.AK 91). Um die immer stärker werdende Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, geht der Staat mit besonderer Brutalität gegen die Führer dieser Bewegung vor. So wurden nach dem 18. Mai ein Bauernführer erschossen, eine Unzahl von Gewerkschaftsführern verhaftet, eine Vilezahl von streikenden Arbeitern entlassen. Außerdem klagte die Regierung die drei Gewerkschaftspräsidenten des Gesetzesverstoßes an, um sie nun durch einen Prozeß auszuschalten. Die Gewerkschaftsführer sind einer dauernden Verfolgung und Belästigung ausgesetzt. Einerseits durch die Staatsorgane, andererseits durch paramilitärisch ausgerüstete Schlägergruppen, die sich unbehelligt entwikkeln können. Die bisher bekannten faschistischen Banden sind: CFACE ("Faschistisch Antikommunistisches Kommando Ecuador"), TFP ("Tradition, Familie und Eigentum") und AA ("Antikommunistische Allianz").

Die Gewerkschaften haben in dieser Situation verstärkt den Kampf gegen die zunehmende Faschisierung aufgenommen. Der Vorsitzende des Rates der drei großen Gewerkschaften hat in einem Aufruf die *"Bedrohung und Mißachtung der elementarsten Rechte"* angeprangert und die Kampfbereitschaft der ecuadorianischen Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus und seine Verbündeten unterstrichen (nach "Informationsdienst Ecuador").

Lateinamerika-Kommission



afrika

Eritrea: Sturm der Befreiungskräfte

Während der vom DERG-Regime pompös angekündigte „Marsch der Volksmilizen" auf Eritrea nicht recht in Gang zu kommen scheint, können die Befreiungskräfte weiterhin erhebliche militärische Erfolge verbuchen.

Nordwestlich und südlich der eritreischen Hauptstadt Asmara wurden eine Reihe wichtiger Städte befreit: Tessenai, Barentu, Decamere, Keren; Agordat ist umzingelt. Die größte Hafenstadt, Massaua, wird von den Eroberern Kerens mit Artillerie beschossen, nahe der anderen Hafenstadt Assab toben bei Baylul Kämpfe ‚Mann gegen Mann'. Zahlreiche äthiopische Soldaten wurden getötet und gefangengenommen oder sind geflüchtet („Le Monde", 7.,12.,17.,19. Juli; „SZ", 9.7., 12.7. usw.).

Die Journalistin Colette Braeckman war am 8. Juli Augenzeugin der Befreiung Kerens durch die EPLF. Keren ist eine Industriestadt mit 60 000 Einwohnern und wurde von 4000 äthiopischen Soldaten mit Luftwaffen-Unterstützung besetzt gehalten (Le Monde 14.7.).

Colette Braeckman berichtete:

„Auch wenn die Schlacht sich schon innerhalb von 3 Tagen entschieden hat mit einer Geschwindigkeit, von der die EPLF selbst überrascht war, war das Gebiet doch schon sehr langfristig vorbereitet worden. Seit 1974 hatten Militante der EPLF in der Bevölkerung der Stadt vorgearbeitet, und auch in der praktischen Durchführung wurde keine Einzelheit vernachlässigt. Das Hügelgelände rings um die Stadt wurde nach und nach erobert, innerhalb von 3 Wochen wurden mit Hilfe der dortigen Bevölkerung neue Straßen gebaut, verborgene „Buschkrankenhäuser" wurden in der Umgebung eingerichtet. Schließlich wurde die Bevölkerung mit Flugblättern und Plakaten dazu eingeladen, die Stadt zu verlassen und sich vorübergehend in den umliegenden Dörfern einzuquartieren. [. . .]

Am Sonntagmorgen konnte man mit Toten beladene LKW's beobachten, die die Stadt in Richtung Friedhof durchquerten, wo in aller Eile ein riesiges Sammelgrab ausgehoben worden war, um Seuchengefahr zu verhindern.

Die EPLF bestätigt, daß von den 4000 äthiopischen Soldaten, welche die Stadt bewachten, 2000 kampfunfähig gemacht worden sind. 500 seien in Richtung der Nachbarstadt Agordat geflüchtet [wir haben einige gesehen, die versuchten, ihre Uniform unter Zivilkleidern zu verbergen], und 1500 wurden gefangen genommen" (Le Monde 17.7.).

Die Befreier Kerens begannen wenig später, Massaua mit Artillerie zu beschießen und sollen nun auf Assab zumarschieren („NZZ", 17.7.).

Auch direkt bei Asmara wurden nach einem von der ELF in Beirut herausgegebenen Kommunique zwei Orte befreit: Wekiduba in 3 km Entfernung, Tsaba-Christian 10 km vor Asmara.

Afrika-Kommission



Die Plünderung des Kamerun

Kamerun — ehemals deutsche Kolonie und nach 1922 unter französischem (80 %) und englischem (20 %) Völkerbundmandat — wurde am 1.1.1960 nach erbitterten und blutigen Kämpfen mit der kamerunischen Opposition, insbesondere der UPC (Union des Populations du Cameroun), in die neokoloniale „Unabhängigkeit" entlassen. Der seit 1958 eingesetzte Regierungschef Ahmadou Ahidjo und seine inzwischen zur Einheitspartei erhobene „Union Camerounaise" üben sich seitdem in handfester militärischer Zusammenarbeit mit dem imperialistischen „Mutterland" in der brutalen Ausrottung jeglicher politischen Opposition und in der Aushöhlung der letzten der Bevölkerung noch zugestandenen demokratischen Rechte.

Die Armee Kameruns, seit den schweren Kämpfen mit der UPC in den 60-er Jahren auf eine Stärke von ca. 5.000 Mann aufgestockt, verschlingt über ein Drittel des Staatshaushalts und stellt heute fast die einzige soziale Basis des korrupten, an den französischen Imperialismus ausgelieferten Systems dar.

Zum Zweck der Dokumentation drucken wir im folgenden ein gekürztes Interview mit Mongo Beti ab, der seit 1951 Militanter der UPC ist. Das Interview zeichnet ein realistisches Bild der heutigen kamerunischen Situation und steht damit bildhaft für viele andere neokoloniale Kompradorenregimes in Afrika (zitiert nach: „3. Welt-Magazin", Nr. 6, Juni '77).

Afrika-Kommission

Frage: Welches Bild muß man sich von den aktuellen politischen Verhältnissen in Kamerun machen?

Antwort: Ich kann am besten das gegenwärtige Chile zum Vergleich heranziehen, allerdings mit dem Unterschied, daß Kamerun schon seit 1957 chilenisiert ist. Es handelt sich in dem Fall meines Landes um ein ökonomisch und strategisch wichtiges Gebiet für die Fremdmächte, ein vitales Gebiet für die Fremdmächte, d.h. in diesem Fall Frankreich.

Aber hinter Frankreich steht ja Europa, nicht wahr? Genauer: West-Europa. Zumindest ist es das, was Frankreich behauptet, wenn es seine Politik zu rechtfertigen sucht. Sie wissen ja, es wird dann angeblich das Interesse der freien Welt verteidigt. Die doppelte Bedeutung Kameruns leuchtet sofort ein, wenn man einen Blick auf die Weltkarte wirft. Kamerun beherrscht den Golf von Guinea. Sie können sich vorstellen, welche strategischen Konsequenzen ein wahrhaft unabhängiger Kamerun hätte: der Tschad hätte nicht verteidigt werden können, genausowenig wie Gabun übrigens, Länder also, in denen Frankreich bereits militärisch interveniert hat. Die Voraussetzung, daß dies auch in Zukunft möglich bleibt, ist, daß Kamerun als wichtiges strategisches, logistisches Gebiet in dem ideologischen Fahrwasser Frankreichs bleibt. ...

In den 50er Jahren gab es eine nationale Bewegung. Es war eine gut organisierte Bewegung, die eine totale Unabhängigkeit anstrebte. Um diese Bewegung zu bekämpfen, hat man einen Mann aufgebaut, ein System um diesen Mann kreiert, das vorher nicht existiert hatte in unserem Land. Dieses Regime Ahidjos wird von Frankreich dauerhaft unterstützt, in jeder Art und Weise. Das Regime wird von außen getragen. ...

Das System soll es ermöglichen, daß die Rohstoffe des Landes Frankreich zur Verfügung stehen, daß den Franzosen und ihrer Industrie der Markt erhalten bleibt in dieser Region. Denn der Pharmazeutikamarkt z.B. wird völlig — und völlig bedeutet hier wirklich 100 % — von Frankreich beliefert. ...

Frage: Zur Abhängigkeit von Frankreich — gibt es für den wirtschaftlichen Bereich ein oder zwei Beispiele?

Antwort: ... Nun, Frankreich hat mit Kamerun Verträge abgeschlossen, kraft deren Kamerun sich des Münzprägungsrechtes begibt. Kamerun hat keine eigene Währung, sondern ist währungsmäßig uneingeschränkt der französischen Politik ausgeliefert. Was das bedeutet, ist wohl klar. ... Kamerun ist in Wirklichkeit kein armes Land, denn das Land exportiert sehr viel: Es ist das wichtigste Exportland für Kakao, es ist ein nicht unwichtiger Kaffeeproduzent, nicht ganz an der Spitze, aber doch recht wichtig. In die BRD wird viel Holz exportiert, ziemlich viel auch in die USA, das bringt Devisen ein, das heißt, es könnte. Denn Kamerun ist zusammen mit Gabun, der Elfenbeinküste u.a. in das französische System, in die Franc-Zone eingegliedert. In dieser Zone ist Kamerun das größte afrikanische Exportland. Nun hat Kamerun auf Grund der obigen Verträge nicht das Recht, diese Devisen im eigenen Land zu behalten, sondern sie wandern in die Bestände der französischen Natinalbank, der dadurch die Stabilisierung des Franc erleichtert wird.

Frage: Wie sieht es mit der militärischen Präsenz Frankreichs aus?

Antwort: ... Bis 1963 ließ Frankreich etwa 10.000 Mann im Lande, weiter sehr viel Material: de facto blieb der Kolonialstatus bestehen. Auf diesen Sachverhalt gehe ich in meinem Buch »Main basse sur le Cameroun« [Die Plünderung des Kamerun] näher ein.

Es gibt französische Geheimbasen im Kamerun, aber es ist nicht möglich, die genaue Anzahl der in diesen Basen stationierten französischen Soldaten und ihre Funktion zu ermitteln; Frankreich erklärt immer, sie erfüllten nur logistische Aufgaben. ...

Vor allem in der Kameruner Armee ist sie (die französische Präsenz) in Form sogenannter militärischer Berater erheblich – „Berater", die aber „im Falle hoher Alarmstufe" sich aktiv einschalten, wie bei der Operation gegen Tombel, ein Dorf, das dem Erdboden gleichgemacht wurde. Jedoch handelt es sich tatsächlich nicht um eine sehr sichtbare militärische Präsenz. Die Militärs treten möglichst wenige in Erscheinung. Die derzeitige Politik Frankreichs ist vielmehr, Präsident Ahidjo mit einer sehr starken Armee auszustatten, sicher noch mit französischen Militärberatern, aber doch im Prinzip mit afrikanischen Offizieren und Soldaten. Und diese Politik ist ziemlich erfolgreich.

Frage: Sicher hat sich eine politische Opposition entwickelt?

Antwort: Ja, es gibt eine politische Opposition. Es gibt die »Union de la Population du Cameroun«, die UPC, eine Bewegung, in der die Marxisten die entscheidende Rolle spielen. Und diese Opposition mußte stets mehr oder weniger im Untergrund operieren. Sie war fürchterlichen Repressionen ausgesetzt, aber sie wurde nie vernichtet, wie die Regierung gern verbreiten läßt. Ihre Führer sind ins Ausland emigriert. Die UPC hat aber auch Zellen im Lande, eine Widerstandsbewegung, die gelegentlich aus der Frontlinie zurückgezogen wird, um ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Die Widerstandsbewegung agitiert unter den Arbeitslosen. Sie ist eine Bewegung der Volksmassen, d.h. sie rekrutiert unter den Arbeitslosen, Arbeitern und Hilfsarbeitern. Man vergißt aber häufig, daß es auch eine Opposition vom liberalen Typus gibt, die vorwiegend von Intellektuellen gebildet wird und sich eher aus christlichem Gedankengut nährt. Als Vorbilder haben sie sozialistische französische Staatsmänner wie z.B. Mendes-France, für die der Liberalismus in der heutigen Situation nicht ohne tiefgreifende Veränderungen gehandhabt werden kann. Diese Opposition stellt eine kleine Minderheit dar, ihre Reihen wurden durch die Repression sehr gelichtet. Ich kenne viele ihrer Sympathisanten persönlich. Ihre Führer sind nach Europa emigriert. Aber im Gegensatz zur UPC haben sie keine Zellen im Lande selbst, und sie verfügen nicht über eine organisierte Bewegung. ...

‚Westsomalische Befreiungsfront' in Äthiopien

Der Krieg um die an Somalia grenzende Ostregion Äthiopiens (Ogaden-Region, Regierungsprovinz Harrar) spitzt sich weiter zu. Als Hauptgegner der äthiopischen Armee und Milizeinheiten tritt zunehmend die „Westsomalische Befreiungsfront" in den Vordergrund, die für das Recht auf Selbstbestimmung der weitgehend somalischen Bevölkerung Ogadens eintritt und von Somalia unterstützt wird (zum Standpunkt Somalias s. AK 108).

Die stärksten Kämpfe wurden in den letzten Tagen aus den am dichtesten besiedelten Gebieten nahe der Provinzhauptstadt Harrar gemeldet. Durch diesen Teil des Landes führt die nach den Siegen der eritreischen Befreiungskämpfen einzige verbliebe- Bahnverbindung Äthiopiens ans Meer, die Bahn Addis-Abeba — Djibuti, die bisher 3/4 aller äthiopischen Einfuhren transportiert. Die Brücken dieser Bahn wurden von der Befreiungsfront immer wieder gesprengt (siehe AK 108), und gegenwärtig findet eine Entscheidungsschlacht statt um die Stadt Diredaua, der wichtigsten Bahnstation an der Strecke. Die „Westsomalische Befreiungsfront" meldete die Tötung von 750 äthiopischen Soldaten und den Abschuß von 10 äthiopischen Flugzeugen („Le Monde", 19.7.; „International Herald Tribune", 22.7.). Auch „äthiopische Regierungskreise" beklagten schwere Verluste in diesen Kämpfen („SZ", 19.7.).

Aber auch im südlichen Teil des Ogaden-Gebietes hat die äthiopische Junta Niederlagen einzustecken: So wurde nahe der Stadt Gode der äthiopische Administrator der Provinz Harrar getötet, weil sein Flugzeug abgeschossen wurde (Le Monde 17.7.).

Nach ihren eigenen Angaben kann die „Westsomalische Befreiungsfront" 30 000 Kämpfer mobilisieren und beherrscht bereits den größten Teil Ogadens außer den größeren Städten (Neue Zürcher Zeitung und Le Monde 12.7., Int. Her. Trib. 22.7.).

Allerdings gab die „Westsomalische Befreiungsfront" auch bekannt, daß sie den Angriff von 40 000 äthiopischen Soldaten erwartet (SZ und NZZ 12.7.). Und Addis Abeba meldete Siege wie z.B. die Tötung und Gefangennahme „tausender somalischer Soldaten" während der letzten Tage. Die Junta betonte vor allem, daß es sich um massenhaft „reguläre somalische Soldaten" handele, auch 3 Colonels, 1 Major und 1 Leutnant seien darunter.

Die somalische Regierung hat eine Beteiligung regulärer somalischer Truppen allerdings kategorisch dementiert.

Wie dürftig die äthiopische Militärjunta ihre Behauptungen belegt, wurde kürzlich deutlich: Aus der Tatsache, daß US-amerikanische Waffen bei den Aufständischen im Ogaden gefunden worden sein sollen, leitete sie ein geheimes Bündnis Somalias mit dem US-Imperialismus ab („Int. Herald Trib.", 22.7.). Nun ist es allerdings eine unumstrittene Tatsache, daß die äthiopischen Soldaten bis zum letzten Knobelbecher mit Material aus der USA ausgerüstet sind. Material, das die Aufständischen offensichtlich erbeuten konnten.

Das Auffinden von US-Material wäre in diesem Sinne der beste Beweis für die Nichtbeteiligung regulärer somalischer Truppen, denn diese sind mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Der äthiopische DERG hat sich mit dieser „Argumentation" glaubhaft selbst widerlegt.

Afrika-Kommission

Somalia dementiert Ausweisung sowjetischer Berater

Hoffnungsfroh meldete Springers »Welt« (18.7.), daß 6000 sowjetische Militärberater und Techniker Somalia in den nächsten drei Monaten verlassen müßten: *»Der Abzugsbefehl ist die schwerste diplomatische Niederlage der Sowjets auf dem afrikanischen Kontinent seit der Ausweisung der 18000 Berater aus Ägypten vor fünf Jahren. ... Der Abzug der Sowjets aus dem ostafrikanischen Land hat bereits begonnen«*. Die »Welt« formulierte zugleich die imperialistischen Zukunftsvorstellungen: *»Es wird erwartet, daß Somalia Rüstungskäufe im Westen beabsichtigt und möglicherweise um amerikanische Militärberater nachsucht«*(ebenda). Das reaktionäre arabische Scheichtum Abu Dhabi hat ebenfalls angebliche Berichte aus Somalia bezüglich der Ausweisung von sowjetischen Beratern begrüßt (»Süddeutsche Zeitung«, 19.7.77).

Diese Meldungen wurden von einem Sprecher des somalischen Aussenministeriums entschieden dementiert. Der Bericht der englischen »Sunday Telegraph«, es sei bereits eine Luftbrücke für die sowjetischen Berater nach Äthiopien (!) eingerichtet worden, wurde als *»reine Spekulation«* zurückgewiesen (»Süddeutsche Zeitung«, 19.7.77).

Nichtsdestoweniger scheint die somalische Regierung angesichts der sowjetischen Unterstützung für das Regime in Addis Abeba eine engere Anlehnung an das imperialistische Lager anzustreben. Unlängst gewährte die Weltbanktochterorganisation IDA einen „weichen", d.h. relativ zinsgünstigen Kredit in Höhe von 19 Millionen Dollar für landwirtschaftliche Projekte. Zuvor wurde ein 5 Millionen Dollar Kredit mit arabischer Beteiligung an Somalia vergeben. Saudi-Arabien bot Somalia eine Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 200 Millionen Pfund an.

Um verschiedene Bergbauprojekte (u.a. Uran) zu realisieren, soll die somalische Regierung planen, eine Wirtschaftsdelegation nach Westeuropa zu senden. Dabei scheint man besonders auf die BRD zu setzen, die auch während der sowjetischen Präsenz in Somalia die Ausrüstung des somalischen Polizeiwesens finanzierte und verantwortete (Informationen nach: „Blick durch die Wirtschaft", 4.7.77 und „Neue Zürcher Zeitung", 15.7.77 und 19.7.77).

Banken sorgen sich um den Aufbau der afrikanischen Staaten

Rührselig sorgt sich der Imperialismus um das volkswirtschaftliche Wohlergehen der afrikanischen Staaten.

Von Helmut Haeusgen, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, war in der Juni-Ausgabe der Mitarbeiterzeitschrift „WIR" zu lesen:

„Eine bedeutende Anzahl privater internationaler Banken sieht ihre Rolle beim Aufbau Schwarzafrikas auch und in hohem Maße auf den Gebieten, auf denen eine weitgehend umfassende und nutzbringende Weitergabe von Know-how im weitesten Sinne, auch durch delegiertes Management-Personal, möglich ist."

Haeusgen sieht natürlich eine naheliegende Gefahr:

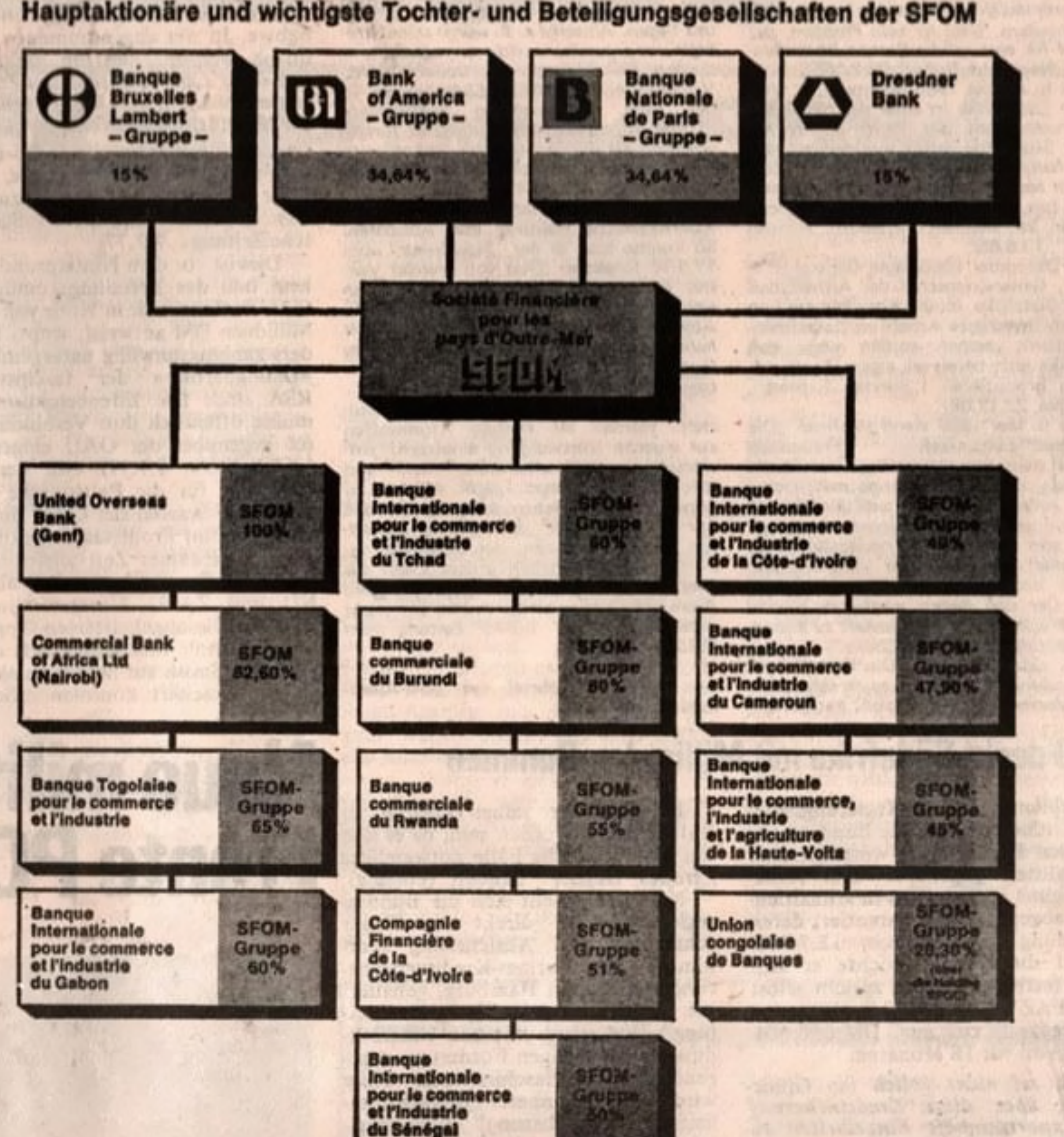
„Andere internationale Institute haben den Weg der direkten Beteiligung an afrikanischen Banken durch unmittelbare Gründung von Filialen und Tochtergesellschaften gewählt. Hier ist der Einfluß sicherlich direkter; der Vorwurf einer Bevormundung durch die beteiligten Auslandsbanken liegt aber auch näher und dies um so mehr, wenn diese im Lande der ehemaligen Kolonialmacht domiziliert." Gefahr erkannt, Gefahr gebannt:

„Die Dresdner Bank ist einen dritten Weg gegangen. Wir haben gemeinsam mit drei Partnern in drei anderen Industrieländern (Bank of America in den USA, Banque Nationale de Paris in Frankreich, Banque Bruxelles Lambert in Belgien) unsere afrikanischen Interessen in der Société Financière pour les Pays d'Outre-Mer (SFOM) gepoolt (deren Aufsichtsrat-Präsident Haeusgen bis Mai 1977 war; die Red.) ... *Daß solche Banken in den afrikanischen Ländern, mit denen wir lebhaften Wirtschaftsverkehr pflegen, zu starken Partnern heranwachsen, ist unser ureigenes Interesse. In all ihren Domänen kompetente Banken werden aber auch von den Regierungen ihrer Länder als Gesprächspartner und Ratgeber bei der Beurteilung volkswirtschaftlicher Pläne und Zweckmäßigkeiten akzeptiert und sind die besten Partner in unserem Bestreben ..."* (ebenda). Unverblümtes imperialistisches Machtstreben wird hier dargestellt: In Südafrika zur Machterhaltung der Rassisten (s. nebenstehenden Artikel); ansonsten mit dem Versuch, sich die afrikanischen Nationen mit „modernen" Kolonialmethoden abhängig zu machen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Haeusgen, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, leitete die SFOM-Tagung im Mai 1977 als Aufsichtsrats-Präsident; links neben ihm der Finanzminister von Kenia, Mwar Kibaki, der sich für ein stärkeres Engagement ausländischer Banken in seinem Land einsetzte (Angaben und Foto: „Wir", Zeitung der Dresdner Bank, Juni 1977).



Aufbau der SFOM (Societe Financiere pour les Pays d' Outre-Mer)

»Marshall-Plan« für Zaire!

Die neue belgische Regierung hat dem bankrotten Mobutu-Regime zugesichert, sich um eine internationale Finanzhilfe *»zur Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität«* (Nachrichten für den Außenhandel (NfA), 15.6.77) zu bemühen. Belgien hat sich, nebst einer Steigerung der eigenen Mittel, bereit erklärt, sich insbesondere bei den USA, der BRD, Frankreich und Japan dafür einzusetzen, eine *»Art neuen Marshall-Plan«* (!) (NfA, dto.) für Zaire zu schaffen. Man kann sicher sein, daß die Imperialisten für einen derartigen großherzigen und selbstlosen Vorschlag keine tauben Ohren haben werden.

Schon 1976 war zugunsten Zaires ein internationales Schuldenmoratorium mit seinen wichtigsten Schuldnerländern zustandegekommen, bei dem nicht nur die überdimensionalen Millionen-Schulden Zaires gestundet, sondern — in Form von neuen Krediten — noch um 250 Millionen US-Dollar aufgestockt wurden!

Afrika-Kommission



Ein Plakat des niederländischen „Komitee Südliches Afrika" (früher: „Angola-Komitee")

Namibia: Bewaffneter Kampf gegen imperialistische Lösung

Während sich die „Turnhallengespräche" und andere Manöver über die neokoloniale Zukunft Namibias seit Jahren in die Länge ziehen und dort verschiedene Modelle der weiteren Aufrechterhaltung der totalen Abhängigkeit nach ihrer Wirksamkeit erwogen werden scheinen sich die Imperialisten mittlerweile auf einen baldigen Abschluß und eine (in ihrem Sinne natürlich) befriedigende „Lösung" vorzubereiten: *»In den ersten Monaten des Jahres 1977 hat ein nicht abreißender Strom von ausländischen Wirtschaftsleuten Südwestafrika besucht. Wie von zuständiger Seite zu erfahren war, sind die Weichen für die künftige Entwicklung bereits so gestellt, daß nach einem internationalen Übereinkommen über die Unabhängigkeit des Landes Investitionen in einer bisher nicht erreichten Größenordnung vorgenommen werden dürften«* (!) („Nachrichten für den Außenhandel" - „NfA" - 18.5.77).

Seit einigen Monaten ist die Erstellung von Durchführbarkeitsstudien zum Bau von Hafenanlagen bei Swakopmund, Mövenbucht oder Lüderitzbucht im Gespräch. Außerdem wird die Verlängerung der Eisenbahnverbindung von Windhuk nach Gobabis und Zaire (850 km) erwogen. Insbesondere die in letzter Zeit bekannt gewordenen größeren Uranvorkommen in Namibia stehen im Mittelpunkt der imperialistischen Interessen große Pläne für eine „Unabhängigkeit" Namibias unter südafrikanischer Kontrolle.

Allerdings muß die Rechnung ja bekanntlich mit dem Wirt beglichen werden. Wir zitieren im folgenden aus dem uns zuletzt zugegangenen Militärbericht der SWAPO, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Suppe, nach der die imperialistischen Haie jetzt aus sind, ihnen gehörig versalzen wird.

»Während der Monate Mai und Juni haben die Militanten der 'People's Liberation Army of Namibia' (PLAN) ihrem Feind schwere Verluste, sowohl was Kriegsmaterial als auch Menschen angeht, beigebracht. Die Militanten nutzen die Form von Hinterhalten, Überfällen auf feindliche Patrouillen und das Legen von Minen. Außerdem konnten mehrere feindliche Spione verhaftet werden.

2.MAI 1977: 15 feindliche Soldaten wurden getötet und fünf verwundet. 10 FN-Gewehre und 42 FN-Magazine wurden bei Epuku, 40 km südlich des Kongo im Norden Namibias erbeutet.

4.Mai 1977: 30 Soldaten der Rassistentruppen wurden bei Ohamukwata, 19 km vor Onamtuni, im Norden Namibias getötet.

9.Mai 1977: Sechs Soldaten einer südafrikanischen Patrouille wurden bei Omayana, im Norden Namibias getötet.

15.Mai 1977: SWAPO-Militante überfielen den feindlichen Stützpunkt bei Okanghude und zerstörten 15 Lastwagen und drei bewaffnete PKW's (APC).

18.Mai 1977: „Radio Ovambo", ein Sprachrohr des südafrikanischen Bantustans in Nord-Namibia, berichtete, daß 240 Soldaten der „South African Defence Force" die Grenzgebiete wegen seelischer Krankheiten verlassen haben.

2.Juni 1977: 7 feindliche Soldaten wurden bei Etosha getötet.

4.Juni 1977: 8 Rassisten wurden bei Oshigambo, Nord-Namibia, außer Gefecht gesetzt.

7.Juni 1977: Eine Gruppe der PLAN zerstört 12 feindliche LKW's aus einem Hinterhalt bei Onaimbungu.

14.Juni 1977: Zwei feindliche LKW's wurden durch Landminen in der Nähe von Ruacana, an der Nord-West-Front, zerstört. Alle Insassen wurden außer Gefecht gesetzt.

18.Juni 1977: Sechs feindliche Soldaten wurden getötet.

19.Juni 1977: 30 feindliche Soldaten wurden bei einem Hinterhalt der PLAN in Omutwewondjamba im Norden Namibias getötet.

Während der Monate Mai und Juni erzielte die „engineering and sabotage section" der PLAN mehrere Erfolge:

11.Juni 1977: Eine Brücke in der Nähe von Onathinge, Nord-Namibia wurde in die Luft gesprengt.

16.Juni 1977: Fünf feindliche LKW's wurden bei Okanghudi zerstört, etwa 35 Soldaten wurden getötet und viele verwundet.

14.-17.7.1977: Drei feindliche LKW's wurden durch Landminen zerstört, bei Oshigambo, Ohainana und Eenhana.

18.Juni 1977: Ein LKW wurde durch eine Landmine bei Omutwewondjamba zerstört, 15 feindliche Soldaten getötet.

Ost-Front:

8.Juni 1977: Militante der PLAN zerstörten mit schweren Wajjen den feindlichen Luft-Stützpunkt Mpacha. Mehrere Hubschrauber, LKW's und Tanks wurden für insgesamt vier Tage in Brand gesetzt.

Die South West Africa People's Organisation (SWAPO) of Namibia bedauerte sehr, daß wir während der heldenhaften Operation vier unserer Genossen verloren haben ...« (aus: War Communique, No. 4/77, 29. Juni 1977, Luanda).

Afrika-Kommission

Aufbau von Arbeitermilizen in Mosambik

In einer 17stündigen Sitzung haben am 21.6. Delegierte der Arbeiterräte des Landes das mosambikanische Volk aufgerufen, Volksmilizen zu bilden sowie die Produktionsanlagen vor feindlichen Überfällen aus dem benachbarten Rhodesien zu schützen.

Hier ein kurzer Auszug aus der Resolution, die am 21.6. verabschiedet wurde und die die mosambikanische Zeitung „Noticias" veröffentlichte:

»In dieser schweren Stunde, in der unser Land angegriffen wird, Ortschaften völlig zerstört wurden, viele Mosambikaner getötet wurden, Farmen, Vieh und anderes Volkseigentum durch Napalm-Bomben des Ian-Smith-Regimes, das im Sold des Imperialismus steht, vernichtet wurden, ist unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität in Gefahr.

Jeder einzelne von uns und alle gemeinsam sind aufgerufen, die nationale Sache zu verteidigen.«

Die FRELIMO, paramilitärische- und Polizeieinheiten sowie die Sportschulen sollen die Bildung von Arbeitermilizen übernehmen.

Afrika-Kommission

Südafrika — Atomare Bedrohung

Bereits im Februar 1965 sprach sich Dr. Andreas Visser, Mitglied der Atomenergiebehörde Südafrikas, dafür aus, daß Südafrika ein Nukleararsenal aufbauen sollte, und zwar nicht nur zu „Prestigezwecken", sondern auch, weil *„wir eine solche Bombe haben sollte, um Angriffe von großmäuligen afro-asiatischen Staaten zu verhindern. Geld ist kein Problem, das Kapital für eine solche Bombe ist vorhanden"* („New York News", 28.2.1965).

Am 5. August 1965 meinte H. F. Verwoerd: *„Südafrika ist einer der führenden Uranproduzenten der Welt. Es ist die Pflicht Südafrikas, nicht nur den militärischen Nutzen des Materials zu bedenken, sondern auch alles in seiner Macht stehende zu tun, um es für friedliche Zwecke nutzbar zu machen"* („South African Digest", 13.8.65).

Im Dezember 1968 sagte General H. J. Martin, Generalstabschef der Armee, daß die in Südafrika in die Entwicklung von Raketen investierte Arbeit im Zusammenhang damit gesehen werden müsse, daß Südafrika jetzt bereit sei, eigene Atomwaffen zu produzieren („Sunday Express", Südafrika, 22.12.68).

Am 6. Mai 1969 stand in einem „Die Volksblad"-Leitartikel: *„Freundlich kommt man normalerweise einem Land entgegen, das eine mächtige militärische Faust aufzuweisen hat, weil ein solches Land ein wertvoller Verbündeter in Kriegszeiten sein kann und in Friedenszeiten ein wertvoller Abnehmer oder Verkäufer von Waffen und strategischem Material sein kann. Der sich daraus ergebende Handel hilft, Brücken der Freundschaft zu bauen, selbst auf diplomatischer Ebene".*

Die südafrikanische „Die Beeld" weiß am 26. Juni 1970 folgendes zu schreiben: *„Mr. Vorster hat bisher nicht kategorisch gesagt, daß Südafrika nie eine Atombombe produzieren würde. Eingedenk dieser Tatsache wird man uns in neuem Licht sehen müssen. Südafrika bekommt jetzt eine ganz andere Position, wenn man es angreifen will. Dieser Machtzuwachs kann auf verschiedenen Gebieten ausgenutzt werden in den schwierigen Jahren, die vor uns liegen. Amerika z. B. würde seine Strategie uns gegenüber revidieren müssen".*

Am 12.7.74 sagte Dr. Louw Alberts, Vizepräsident der AEB: Südafrika sei in der Lage, Atombomben herzustellen. *„Unser Atomprogramm ist weiter fortgeschritten als das von Indien".* Indien hatte kurz zuvor eine Atombombe gezündet („The Times", 12.7.74).

Auch in der letzten Zeit verdeutlichen südafrikanische Politiker ihre Absichten. So konnte man in der „Newsweek" vom 17.5.76 folgendes Zitat von Premier Vorster lesen: *„Wir sind nur interessiert an der friedlichen Nutzung der Atomkraft. Aber wir können Uran anreichern; und wir haben die einschlägigen Möglichkeiten. Und wir haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet".*

Auf dieFrage eines „Bild"-Journalisten: Werden Sie notfalls Atomwaffen zur eigenen Verteidigung einsetzen? antwortete der südafrikanische Innen- und Informationsminister: *„Ich möchte so antworten: Wir haben klargemacht, daß wir Uran besitzen, daß wir ein Verfahren entwickelt haben, das Uran anzureichern, und wir haben grünes Licht für eine große Uranindustrie gegeben. Den Atomwaffensperrvertrag haben wir nicht unterzeichnet ..."* („Bild"-Zeitung vom 8.6.76).

Aus einem Rundbrief der Anti-Apartheid-Bewegung.)

BRD deckt Südafrika mit Milliarden-Summen

Unverblümt gibt es Regierungssprecher Grünewald zu: Die Bundesregierung hat Forderungen westdeutscher Kapitalisten gegenüber dem Rassistenregime in Südafrika in Milliardenhöhe abgedeckt und garantiert deren Bezahlung („FAZ" vom 12.7.77)!

Auf die Höhe mochte er sich nicht festlegen, jedoch spricht selbst die „FAZ" von DM 2,7 Milliarden im Gegensatz zu „nur" DM 650 Millionen von vor 18 Monaten.

„Es sei nicht üblich (so Grünewald), *über diese Kreditsicherung im Exportgeschäft Einzelheiten zu veröffentlichen"* (ebenda).

Beteiligt an dem Sicherungsgeschäft des Handelspartners Nr. 1 im südlichen Afrika sind das Wirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt, das Finanz- und das Entwicklungshilfeministerium.

Die Minister selber dürften zu Rate gezogen worden sein, da es sich um ein für solche Fälle notwendiges *„großes Objekt"* handelt (ebenda).

Natürlich macht sich die Bundesregierung nicht direkt die Finger schmutzig. Die Absicherung übernimmt die Hermes-Kreditversicherung mit Sitz in Hamburg, genauer: die dortige „Auslandsgarantieabteilung". Wie schon mit den Umschuldungen der riesigen Forderungen gegenüber dem faschistischen Chile wird eine scheinbare „privatkapitalistische Versicherung" vorgeschaltet, hinter der sich nichts anderes verbirgt, als eine Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, die das nötige Kapital in Form einer Prämie legal gewährt.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

RSA-Faschisten liefern Uran an Frankreich

Auf der Suche nach den — für einen forcierten Ausbau ihres Atomenergieprogramms notwendigen — Uranquellen scheinen die französischen Imperialisten erste Erfolge verbuchen zu können.

Die bürgerliche Presse meldete vor kurzem, daß Frankreich ab 1980 1000t Natururan von der RSA beziehen wird. Allem Anschein nach tragen hier die bereits durch schwunghaften Waffenhandel und Technologie-Export gefestigten Beziehungen zwischen beiden Staaten Früchte.

Laut „Le Monde" vom 14.7. besteht ein Vertrag zwischen der „Compagnie Génerale des matières nucléaires" (COGEMA), Filiale der CEA (Energiebehörde), und der Gruppe „Randfontein Estates of South Africa". Die COGEMA hat die Existenz dieses Vertrages bisher weder bestätigt noch dementiert ...

Nach Informationen der Wochenzeitschrift „Nucleonics Week" und der Zeitschrift „Défense et Diplomatie" wird Frankreich den Ausbau der Mine von Randfontein durch ein zinsloses Darlehen von 103 Millionen Dollar finanzieren, und zwar in drei Etappen von Januar 1977 bis Juli 1978. Die Uranlieferungen sollen 1980 beginnen;der Preis für das Pfund „oxyde" soll 27 Dollar betragen; äußerst günstig, wenn man bedenkt, daß der gegenwärtige Weltmarktpreis bei 40 Dollar das Pfund liegt.

Probeschürfungen haben Uranvorkommen in mehreren Regionen ans Tageslicht gebracht:

Im Osten von Transvaal und in Namibia, wo die Hauptvorkommen liegen.

Insgesamt ist für das Jahr 1978 eine Produktion von 9.200t vorgesehen.

Frankreich hat — angepaßt an sein Nuklearprogramm — einen wachsenden Bedarf an Natururan, der 1985 ca. 8.000t erreichen soll.

Afrika-Kommission

Aus dem Fenster »gefallen«...

Ein 27jähriger Südafrikaner, der wegen angeblicher Beteiligung an einer „aufrührerischen Versammlung" von der Rassistenpolizei im Juni festgenommen worden war, ist am 7.7. aus einem Fenster im siebten Stock des Polizeibüros in Kimberley „gefallen" — so jedenfalls die Lesart der Bullen. Einen Tag später hätte der Verhaftete dem Richter vorgeführt werden sollen!

Diese Methode ist nur zu bekannt: Auch die italienische Polizei zog es vor, den anarchistischen Genossen Pinelli, da ihm nichts konkretes nachzuweisen war, aus dem Fenster „fallen" zu lassen. — Mit der Ermordung dieses Häftlings sind in der RSA seit 1963 *»mindestens 36 schwarze Arrestanten ums Leben gekommen, während sie in den Händen der Polizei waren«* („Volkskrant", 9.7.77).

Niederlande-Kommission

Sithole in den Schoß seiner Auftraggeber zurückgekehrt

Mit wohlwollenden Kommentaren haben die rhodesischen Rassisten die Rückkehr des schwarzen Kollaborateurs Sithole nach Rhodesien begrüßt.

»Er kann uns jetzt beim Zustandebringen einerFriedensregelungnützlich sein" so Rassistenchef Smith über Sithole. Er sei informiert worden, daß Sithole jetzt dem bewaffenten Kampf abschwöre. Wenn jemand bereit sei, *»konstruktiv und friedlich«* nach einer Verfassungsregelung zu streben, dann müsse man das berücksichtigen... (»SZ« , 8.7.77). Dementsprechend war Sitholes Ankunft von seiner Seite aus begleitet von wüsten Pöbeleien und Beschimpfungen gegen die Patriotische Front sowie mit seinen festen Beteuerungen, voll und eindeutig hinter den britischen Plänen für eine imperialistische „Lösung" in Rhodesien zu stehen.Diesem selbsternanntenFührer« des rhodesischen Volkes ist durchaus zuzutrauen, was ein Sprecher der Patriotischen Front jetzt in Lusaka erklärte; daß Sithole zur südafrikanischen Geheimpolizei und zum rhodesischen Staatsminister Gaylord Kontakt mit dem Ziel aufgenommen habe, führende Vertreter der Patriotischen Front ermorden zu lassen (»Neue Zürcher Zeitung«, 13.7.77).

Afrika-Kommission

OAU-Konferenz in Gabun: Patriotische Front anerkannt

Eines der wenigen erfreulichen Ergebnisse der diesjährigen OAU-Konferenz in Libreville (Gabun) war die Anerkennung der Patriotischen Front als einzige von der OAU anerkannte und unterstütze politische Organisation für den Befreiungskampf in Zimbabwe. In der angenommenen Resolution werden *„alle um die Befreiung ihres Landes beteiligten Zimbabwer aufgerufen, den Kampf innerhalb der Patriotischen Front zu führen."* Gleichzeitig wurden die OAU-Länder aufgefordert, *»ihre finanzielle, materielle und politische Unterstützung für Zimbabwe zu verstärken«* (»Süddeutsche Zeitung«, 7.7.77).

Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Befreiungskomitee der OAU Außenstände in Höhe von ca. 40 Millionen DM aufweist, wobei besonders zahlungsunwillig naturgemäß die »Dialogpartner« der faschistischen RSA sind: Die Elfenbeinküste z.B. mußte öffentlich ihre Verbindlichkeiten gegenüber der OAU eingestehen (»Guardian«, 8.7.77). Mit der Entscheidung für die Patriotische Front haben die Staaten der OAU die Haltung der fünf Frontstaaten bekräftigt, die seit geraumer Zeit allein die Patriotische Front, bestehend als ZANU und ZAPU, Unterstützung gewähren. Die abgehalfterten Opportunisten Sithole und Muzorewa, die zu gern mit Smith auf neokolonialer Basis ins Geschäft kommen möchten, haben damit eine erheblich diplomatische Niederlage erlitten. Auf der anderen Seite hat die OAU-Entscheidung die Patiotische Front gestärkt, die auf der dioplomatischen Ebene von den Imperialisten bei ihren »Lösungsversuchen« weniger denn je ignoriert und mit Muzorewa und Sithole auf eine Stufe gestellt werden kann (wie noch im Sommer 1976 in Genf geschehen). Damit hat die OAU den realen politischen Machtverhältnissen im Lager des zimbabweschen Befreiungskampfes Rechnung getragen, denn die Last des bewaffneten Kampfes wurde allein von der Volksarmee ZIPA getragen, die der Patriotischen Front eng verbunden ist. Folgerichtig erklärte Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, daß die OAU-Resulution eine Anerkennung der von der Front gesetzten Prioritäten bedeute: *„Die gegenwärtige Periode verlangt den bewaffenten Kampf",* sagte er, *»unsere Aufgabe ist es, den britischen Imperialismus, Kolonialismus und Kapitalismus zu zerstören«* (»SZ«, 7.7.77). Die Sithole-Reaktion auf die OAU-Entscheidung war bezeichnend: Im Stil des afrikanischen Antikommunisten behauptete er, *»die Patriotische Front sei eine ausländische Organisation, die ausländischen Interessen diene«* (ebenda). Und Rassistenführer Smith sagte in Salisbury, die Front habe sich nun für die Weißen zum »Feind Nr. 1« entwickelt.

Afrika-Kommission

Britische Schaumschlägerei

Erneut als eine hohle Nuß erwiesen sich die vorerst als bahnbrechend angekündigten britischen Vorschläge zur Lösung der Rhodesien-Frage. Insbesondere der darin enthaltene Vorschlag, für die Übergangszeit eine Commonwealth-bzw. UNO-Sicherheitstruppe in Rhodesien zu stationieren, stieß logischerweise auf strikte Ablehnungbei allen Beteiligten. Smith betonte , seine Regierung könne *»zu keinem Zeitpunkt eine Kontrolle oder Manipulation Londons akzeptieren«* (»SZ«, 13.7.77). Auch von der Patriotischen Front wurde entschieden gegen jede Stationierung ausländischer Truppen zu jeder Phase der politischen Entwicklung Stellung genommen. Somit ist auch der vorerst letzte Bluff der britischen Regierung verpufft.

Afrika-Kommission

Neue militärische Erfolge der Frente POLISARIO



Wie nicht anders zu erwarten, hat die kürzlich in Libreville (Gabun) tagende OAU-Gipfelkonferenz auf Betreiben einiger Mitglied-Staaten das heikle Thema der Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) auf eine im Oktober geplante OAU-Sonderkonferenz verschoben.

Unabhängig von diesem (vorläufigen) Mißerfolg auf diplomatischer Ebene setzt die Frente POLISARIO im Zuge ihrer Sommer-Offensive ihre militärischen Aktivitäten mit unverminderter Stärke und offensichtlich wachsenden Erfolgen fort.

Wir geben im folgenden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) eine kurze Übersicht der uns bekannten Aktionen der Frente in den letzten Wochen, die den mauretanischen und marokkanischen Invasoren erneut schwere Niederlagen beigebracht haben:

12.7. Zwei Kampfeinheiten der Frente POLISARIO griffen die Bergwerkstadt Zuerat und die Ortschaft Oudani an (»Süddeutsche Zeitung«, 12.7.).

19.7. Beim Angriff auf Zuerat wurden fünf mauretanische Soldaten getötet. Die mauretanische Regierung mußte Verstärkung in die Stadt entsenden. Bereits vor zwei Monaten hatten Militante der Frente Zuerat angegriffen, 65 Soldaten und fünf Franzosen getötet, sowie sechs französische Techniker entführt (»Neue Zürcher Zeitung«, 19.7.).

19.7. Insgesamt wurden in diesem Monat bei Offensiven der Frente POLISARIO auf Zuerat und Nuakschott (Hauptstadt Maretaniens!) 46 mauretanische Soldaten getötet und 120 verletzt sowie ein Flugzeug und drei Fahrzeuge vernichtet (»SZ«, 19.7.).

Gleichzeitig mit den militärischen Aktionen versucht die Frente die ohnehin schwache Kampfkraft der mauretanischen Armee mit politischer Agitation noch weiter zu schwächen: Als Beispiel zitieren wir den *»Aufruf an das mauretanische Volk«* des Generalsekretärs der Frente POLISARIO, M. Mohammed Abdelaziz, im Juli:

»Die brüderlichen Bande zwischen dem saharauischen und dem mauretanischen Volk mißachtend, hat sich Ould Daddah in ein sowohl für Mauretanien als auch für die Sahara äußerst gefährliches Manöver eingelassen. Dieser Verrat, den Mauretanien teuer bezahlen wird, betrifft überdies noch die gesamte Sahel-Zone und Westafrika, zu denen Sahara und Mauretanien gehören. Mauretanien muß die Verantwortung auf sich nehmen und wissen, daß die Allianz mit Marokko widernatürlich ist und nur zum Ziel hat, Mauretanien zu beerdigen und so die Einheit und das Gleichgewicht des Sahel-Gebiets und Westafrikas zu beenden... Die Tatsache, daß Marokko nur aus dem Grunde die Sahara ‚schlucken' will, um letztendlich Mauretanien für sich vereinnahmen zu können, ist nicht zu bezweifeln.«

Afrika-Kommission

Mauretaniens Tribute an den Imperialismus

Im Zuge der gemeinsamen Anstrengungen Mauretaniens und Marokkos, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) zu annektieren, wird deutlich, welche Gegenleistung der Imperialismus für seine Unterstützung der beiden Kompradoren verlangt: So hat Mauretanien kürzlich die Investitionsgesetze geändert — mit dem Ziel, den Imperialisten das Investieren leichter und v.a. profitträchtiger zu machen. Natürlich hofft Ould Daddah auch, damit eine gewisse Stabilisierung seines Systems zu erreichen.

Um von der Investitionskommission als Unternehmen mit Prioritätsrang anerkannt zu werden, muß die geplante Investition eine bestimmte Mindesthöhe haben, innerhalb eines bestimmten Zeitraums durchgeführt werden und eine Mindestanzahl von Dauerarbeitsplätzen für mauretanische Staatsangehörige vorsehen.

Unternehmen, die diese Bedingungen erfüllen, werden steuerliche Befreiungen und sonstige Vergünstigungen eingeräumt. Weiterhin sollen die Imperialisten mit Zusicherungen auf freien Gewinn- und Kapitaltransfer, steuerliche Erleichterungen beim Export, Reinvestitionen der Gewinne und bei Großinvestitionen gefördert werden (nach: Nachrichten für den Außenhandel, 22.6.77).

Afrika-Kommission



nahost

Nordjemen

Frankreich als Partner der Rotmeer-Strategie

Das in den letzten Monaten zu beobachtende steigende Interesse der Imperialisten für das Rote Meer — verursacht u.a. durch die Wiedereröffnung des Suezkanals (die das Rote Meer wieder zu einer Weltschiffahrtsstraße machte), den Befreiungskampf im Rotmeeranrainer Eritrea und die zu dem Zeitpunkt bevorstehende Unabhängigkeit Djibouti's — hat auch dem unterentwickelten und ökonomisch total unbedeutenden Jemen zu einiger internationaler Beachtung verholfen. Nordjemen, mit Saudi-Arabien im Hintergrund, versucht unter dem Deckmantel der „Blockfreiheit" einen Zusammenschluß der arabischen Rotmeeranrainer (darunter die fortschrittlichen Staaten Somalia und VDR Jemen) voranzutreiben, angeblich „gegen die Einmischung von außen" — eine immer wiederkehrende Floskel, die verschleiern soll, daß es in Übereinstimmung mit den imperialistischen Interessen um die Vorherrschaft der arabischen Reaktion unter der Führung Saudi-Arabiens am Roten Meer geht.

Frankreich spielt dabei, mit Einverständnis der reaktionären arabischen Staaten, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies wurde beim Besuch des nordjemenitischen Staatschefs in Frankreich wiederum deutlich.

»Frankreich und der Nordjemen haben sich für eine Freihaltung des Roten Meeres und des gesamten ostafrikanischen Raumes von jeder Einmischung von außen ausgesprochen. Zum Abschluß des Besuches des nordjemenitischen Staatschefs Ibrahim al-Hamdi in Frankreich (4.-6.7.77) heißt es in einem gemeinsamen Communiqué, beide Seiten erachten dies zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in dieser Zone für notwendig.« („SZ", 8.7.77). Frankreich wird dabei — wohl wegen seiner 80jährigen Anwesenheit als kolonialer Ausbeuter und Unterdrücker in dem kürzlich unabhängig gewordenen Djibouti? — offenbar nicht als „raumfremde" Macht betrachtet, denn, so heißt es weiter, Nordjemen *»unterstütze ferner die andauernde Militärpräsenz Frankreichs in der Republik Djibouti«* („SZ", 8.7.77).

Djibouti ist einer der letzten wichtigen Militärstützpunkte Frankreichs an der ostafrikanischen Küste, wo es mindestens 5800 Soldaten, 1000 Fremdenlegionäre, über 400 Polizisten sowie eine unbekannte Anzahl von Geheimpolizisten besitzt. 1974 wurde in Djibouti ein neues Flottenkommando eingerichtet, und kurz vor der Unabhängigkeit kam ein Flugzeugträger in Djibouti an (vgl. AK 104, S.50). Mit diesem aggressiven Militärpotential ist der französische Imperialismus in der Lage, innerhalb von Stunden an jedem beliebigen Ort Afrikas zu intervenieren.

Die Stationierung der französischen Truppen in Djibouti mit ausdrücklicher Billigung Nordjemens macht deutlich, was beide unter „Bewahrung von Frieden und Sicherheit" in diesem Gebiet verstehen: Sicherung der Vorherrschaft der arabischen Reaktion am Roten Meer und die damit verbundene ständige Bedrohung der Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Regimes in diesem Raum.

So verwundert es nicht, daß Frankreich beginnt, Nordjemen aufzurüsten und zunehmend von sich wirtschaftlich abhängig zu machen.

Die jetzt geführten Gespräche zwischen den Staatschefs al-Hamdi und Giscard d'Estaing waren langfristig durch rege Reisetätigkeit französischer Regierungsvertreter nach Nordjemen (und umgekehrt) vorbereitet worden.

Wichtigster Punkt der bisherigen Gespräche war die Umrüstung der nordjemenitischen Armee (32000 Mann) von sowjetischen auf französische Waffen, die auf Druck von Saudi-Arabien mit dessen Geld gekauft werden sollen. Die wirtschaftliche Ausbeutung schreitet dabei schnell voran. Während sich die 1976 mit französischen Unternehmen abgeschlossenen Verträge noch auf 26 Mill. Francs beliefen, sind es im ersten Halbjahr 1977 bereits 113 Mill. Francs. An der Handelsbilanz läßt sich der Charakter der Beziehungen ablesen: Französischen Exporten im Wert von 800000 Francs stehen Importe aus Nordjemen in Höhe von 121 Mill. für 1976 gegenüber („Le Monde", 5.7.77).

Das jetzt im Juli abgeschlossene „Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit" enthält auf fünf Jahre befristete Verträge über den Ausbau des Fernmeldesystems, von Hafen- und Flughafeneinrichtungen sowie gemeinsame Forschungen im Öl- und Bergwerksbereich. Die Kosten der geplanten Projekte betragen ca. 470 Mill. DM („NZZ", 8.7.77). Zum Vergleich: Saudi-Arabien gewährt für 1977 knapp 350 Mill. DM für Entwicklungsprojekte („Le Monde", 5.7.77).

Über die Höhe der bisherigen Waffenlieferungen und anderer militärischer Hilfe sowie über die neuen Verträge liegen keine Informationen vor. Doch da Frankreich für die Umrüstung der nordjemenitischen Armee auch eine erhebliche Zahl Berater mitliefern wird, wird es seine Militärpräsenz nun auch auf das Djibouti gegenüberliegende Nordjemen ausdehnen. Frankreich hat dann eine weitgehende Einflußnahme und militärische Kontrolle an beiden Ufern des Roten Meeres.

Nahost-Kommission



Saudi-Arabien: Schwert des Imperialismus und der Reaktion

Zentraler Faktor der „Rotmeerstrategie" des Imperialismus und der reaktionären arabischen Regimes und der zunehmenden Kriegsgefahr rund um Äthiopien und VDR Jemen/Dhofar ist die militärische Aufrüstung Saudi-Arabiens.

Während Saudi-Arabien in der Zeit von 1950 bis 1970 nur insgesamt für 600 Mio. Dollar US-Waffen kaufte, setzte nach dem Oktoberkrieg 1973 eine gezielte Aufrüstung ein. 1974/75 lieferten die USA Waffen für 4,6 Mrd. Dollar, 1976 für 7,5 Mrd. Dollar, zur Zeit hat Saudi-Arabien einen Militäretat von mehr als 10 Mrd. Dollar.
30000 US-Berater sind damit beschäftigt, eine Armee von nur 50000 Mann mit riesigen Mengen von modernem Kriegsgerät zum drohenden Schwert des Imperialismus und der reaktionären arabischen Regimes zu machen.

Nahost-Kommission

Drastische Preissteigerungen in Israel

Schon aus dem Wahlprogramm des jetzt regierenden Likud-Blocks war zu ersehen, daß er die desolate israelische Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der "klei-

haltungskosten. Welcher Hohn diese 6 % sind, kann man sich leicht vorstellen, da gerade diese Schichten der Bevölkerung sich mehr als lebensnotwendige Gebrauchsgüter und Nah-

die Vertrauensfrage stellte, gewann die Regierung die Abstimmung mit 60 zu 35 Stimmen. Die "Demokratische Bewegung für den Wandel" (Yadin-Partei) stimmte - wie zu erwarten — mit der Regierung. Ihr innenpo-

Drastische Preissteigerungen in Israel

Schon aus dem Wahlprogramm des jetzt regierenden Likud-Blocks war zu ersehen, daß er die desolate israelische Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der "kleinen" Leute "sanieren" will. Mit einer für die Bevölkerung völlig überraschenden Preiserhöhung von 25 % für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln und Dienstleistungen in der Nacht zum 18.7.77 begann die israelische Regierung der Bevölkerung die geplanten Opfer abzupressen..

Das Likud-Wahlprogramm hatte die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Landwirtschaft vorgesehen sowie die Einführung einer Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten in öffentlichen Bereichen und einen Lohn-Preis-Steuerstop. Arbeitslosigkeit sollte ebenfalls zur "Sanierung" der Wirtschaft in Kauf genommen werden.

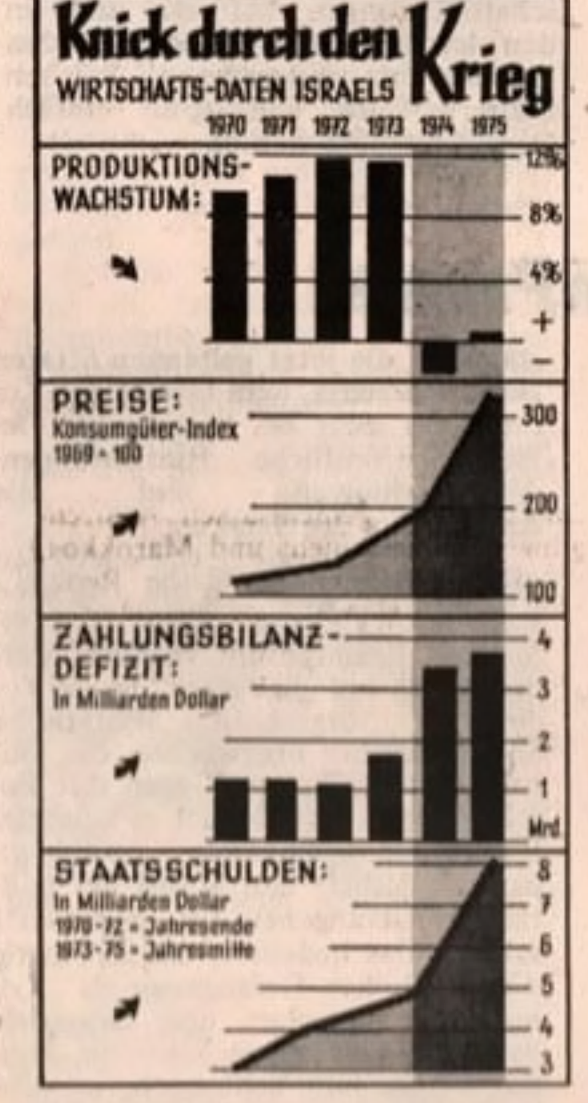
Die jetzigen Preiserhöhungen, die völlig überraschend und ohne Absprache mit der Histadrut (israelische "Einheitsgewerkschaft") durchgesetzt wurden, haben zu einem Teil ihre Ursache in der fast völligen Streichung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel. So wurden z.B. Brot, Milch, Käse, Butter, Margarine, Eier, Öl und Gefriergeflügel um 25 % teurer (NZZ, 20.7.77). Nach Angaben des israelischen Finanzministers Ehrlich seien sogar Preissteigerungen von 40 % "nötig" gewesen, *"doch habe die Regierung Rücksicht genommen auf den allgemeinen Lebensstandard."* (SZ, 19.7.77). Nach Angaben der Regierung werden dadurch die Lebenshaltungskosten um 6 % erhöht, was sicherlich stark untertrieben ist. Der Lebenshaltungskostenindex ist, ebenfalls nach offiziellen Angaben, im ersten Halbjahr 1977 bereits um 10,2 % gestiegen (NZZ, 20.7.77) - wobei große Teile der Bevölkerung eh schon mit dem Existenzminimum und teilweise noch weniger auskommen müssen.

Gleichzeitig erhöhte die Regierung die Post- und Telefongebühren, die Preise für Benzin, für die öffentlichen Verkehrsmittel, für Wasser und Elektrizität ebenfalls um ein Viertel. Das nennt die Regierung dann "reale" Preise (NZZ, 20.7.77 und FR, 19.7.77).

Als "Ausgleich" sollen die Rentner, kinderreiche Familien und Wohlfahrtsempfänger eine Erhöhung ihrer Bezüge um 6 % erhalten, also die von der Regierung "errechnete" prozentuale Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Welcher Hohn diese 6 % sind, kann man sich leicht vorstellen, da gerade diese Schichten der Bevölkerung sich mehr als lebensnotwendige Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel sowieso nicht leisten können, die 25 %ige Preissteigerung also in vollem Ausmaß ihr Leben verteuert.

Außerdem wurde der noch von Rabin vorgelegte Haushalt von 122,5 Mrd. israelischen Pfund (entspricht etwa 12, 25 Mrd. Dollar) mit großem Getöse um etwa 2 Mrd. israelische Pfund gekürzt, davon die Militärausgaben um 1,4 Milliarden. In der bürgerlichen Presse wird gerade die letzte Kürzung als "revolutionäre" gepriesen (NZZ, 20.7.77). Bei dem derzeitigen Militäretat der Zionisten nimmt sich diese Summe eher bescheiden aus. Der Gesamtetat beträgt nämlich 41 Mrd. Pfund - außerdem sollen die Kürzungen nicht die Einfuhr von ausländischem Kriegsmaterial betreffen (FR, 19.7. und NZZ, 20 7.77).

Diese Sparmaßnahmen der neuen israelischen Regierung wurden von einer großen Mehrheit des Parlaments getragen. Als die "Opposition", der bis dahin regierende "Arbeiterblock" die Vertrauensfrage stellte, gewann die Regierung die Abstimmung mit 60 zu 35 Stimmen. Die "Demokratische Bewegung für den Wandel" (Yadin-Partei) stimmte - wie zu erwarten — mit der Regierung. Ihr innenpolitisches Programm stimmt fast völlig mit dem des Likud-Blocks überein. Es ist zu erwarten, daß sie demnächst in die Regierung eintreten und die noch für sie freigehaltenen Ministersessel einnehmen wird. Bislang hat sie sich wegen des rechtsradikalen außenpolitischen Programms Begins noch etwas geziert. Dies wird sich nach dem von Begin in Washington vorgelegten Nahost-Plan, der Gebietsrückgaben auf dem Sinai und auf den Golanhöhen vorsieht, sicher ändern. Begin wäre damit seinem angestrebten Ziel, ein Kabinett der „nationalen Einheit" zu bilden, näher. Unpopuläre Beschlüsse müßte er dann jedenfalls nicht gegen eine starke Opposition im Parlament durchsetzen.



Der "Arbeiterblock" konnte denn auch nur sehr schwach gegen die Beschlüsse opponieren. Schließlich wollte die ehemalige Regierung die gleichen Sparmaßnahmen schon vor einiger Zeit durchsetzen. Damals scheiterte sie am Widerspruch des in der Opposition befindlichen Likud-Blocks...eine ganz alltägliche Schmierenkomödie des bürgerlichen Parlamentarismus.

Der Generalsekretär der Histadrut, Meshel, protestierte zwar gegen die Streichung der Subvention, kritisierte aber vor allem, daß die Gewerkschaftsführung vor solchen Beschlüssen erstmalig nicht konsultiert worden ist. Wohl wegen des Unmuts in breiten Teilen der Bevölkerung wurde für den 21.7. ein einstündiger (!) Generalstreik ausgerufen. Die Forderungen der Gewerkschaftsführung sind allerdings eher mau. Sie verlangen nicht etwa die Rücknahme der Sparmaßnahmen, sondern die Zahlung eines Lohnausgleichs, der schon von vornherein nur 70 % der Kostensteigerungen auffangen soll (SZ, 21.7.77).

In welche Richtung es weitergehen soll, wird daran deutlich, daß inzwischen ganz offen angekündigt wird, daß 100.000 Arbeitnehmer aus dem Verwaltungsapparat und öffentlichen Dienst abgezogen werden sollen. Angeblich sollen sie dann nicht etwa arbeitslos sein, sondern in der Exportindustrie arbeiten.

Nahost-Kommission

und VDR Jemen/Dhofar ist die militärische Aufrüstung Saudi-Arabiens.

Während Saudi-Arabien in der Zeit von 1950 bis 1970 nur insgesamt für 600 Mio. Dollar US-Waffen kaufte, setzte nach dem Oktoberkrieg 1973 eine gezielte Aufrüstung ein. 1974/75

30000 US-Berater sind damit beschäftigt, eine Armee von nur 50000 Mann mit riesigen Mengen von modernem Kriegsgerät zum drohenden Schwert des Imperialismus und der reaktionären arabischen Regimes zu machen.

Nahost-Kommission

Tunesien

Prozeß gegen Meinungsfreiheit

Vor dem Gericht für Staatssicherheit in Tunis läuft seit dem 13. Juni ein Prozeß gegen 33 Angeklagte, denen vorgeworfen wird, einer verbotenen Vereinigung anzugehören und ein Komplott gegen die Staatssicherheit geschmiedet zu haben. Weiter werden sie beschuldigt, das Staatsoberhaupt sowie Regierungsmitglieder in ihrer Würde verletzt, falsche Nachrichten verbreitet und Flugblätter und Broschüren politischen Inhalts in Umlauf gebracht zu haben. Für einzelne Angeklagte kann eine Verurteilung die Todesstrafe bedeuten!

Unter den Angeklagten befindet sich der ehemalige tunesische Minster Ahmed Ben Salah, der bis 1969 Planungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts und Erziehungsminister war, dann von den rechten Kräften gefeuert, aus der Einheitspartei ausgeschlossen und in einem Schauprozeß wegen „Hochverrats" zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Seit seiner Flucht lebt er in Europa. Gegen ihn sowie gegen fünf weitere Angeklagte wird in Abwesenheit verhandelt. Auch andere ehemalige hohe Staatsbeamte sind unter den Angeklagten.

Die „verbotene Vereinigung", der die Angeklagten angehören sollen, ist die linksgerichtete „Bewegung der Volkseinheit", MUP. Die MUP ist vor einiger Zeit mit einem Manifest an die Öffentlichkeit getreten (vgl. AK 102, S.42), in dem die Garantie elementarer persönlicher Freiheitsrechte, die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Bildung einer „provisorischen Regierung der nationalen Solidarität" verlangt werden.

Die Angeklagten verteidigten sich vor Gericht, sie hätten niemals das Regime gewaltsam oder mit illegalen Mitteln stürzen wollen, seien nicht organisiert und kämpften nicht in einer strukturierten Bewegung („Le Monde", 19./20.6.77).

Grundsätzliche Äußerungen über Freiheitsrechte wurden immer als nicht zum Prozeß gehörend abgetan. Auf die Ausführungen der Angeklagten über Folterungen ging der Gerichtspräsident nicht ein — einem Angeklagten drohte er im Gegenteil noch eine neue Strafverfolgung wegen „Verbreitung von Unwahrheiten" an. Diese „Unwahrheiten" sahen z.B. so aus, daß ein Angeklagter nach den Mißhandlungen während der Untersuchungshaft auf dem linken Ohr nicht mehr hören konnte. Nach Aussagen eines anderen Angeklagten existiert in den Räumen des Innenministeriums ein „richtiges Folterlaboratorium". Die Frauen von elf Angeklagten hatten schon vor dem Prozeßbeginn ein Dokument an die Internationale Föderation der Menschenrechte, Amnesty International, den UNO-Generalsekretär und den Präsidenten der neugegründeten tunesischen Liga für die Menschenrechte geschickt, in dem die Foltermethoden aufgeführt wurden.

In Frankreich wurde ein Appell für die Respektierung der Menschenrechte und die Freilassung aller politischen Gefangenen verabschiedet. Diese Forderungen wurden auch auf der 2. „Konferenz der progressiven und sozialistischen Staaten, Organisationen und Parteien des Mittelmeerraumes" erhoben: Eine Petition, die von 61 Teilnehmern unterzeichnet wurde, verurteilt, daß hier ein weiterer Gesinnungsprozeß stattfindet, daß arabische Anwälte nicht einreisen konnten und ein Anwalt der PLO auf dem Flughafen von Tunis abgewiesen wurde („Afrique-Asie", 11.7.77).

Dieser weite Protest mag vielleicht dazu beitragen, daß der Prozeß nicht die Wirkung hat, die ihm vom Regime zugedacht wurde, nämlich die Einschüchterung anderer Oppositionsgruppen, wie Z.B. der Liberalen, deren Aktivitäten schwerer brutal zu unterdrücken sind. Dies war mit den Verhaftungen nicht gelungen. Mehrere „Liberale" haben die Verteidigung von Angeklagten übernommen und fordern eine „nationale Konferenz über die öffentlichen Freiheiten".

Nahost-Kommission

Ägypten
Kampf gegen rechtsradikale Moslemsekten?

Am 3. Juli dieses Jahres entführte die rechtsradikale, extrem religiöse Sekte „Sühne und Einkehr" den ehemaligen Minister für religiöse Fragen, Sahabi. Die Entführer verlangten die Freilassung vom 60 ihrer inhaftierten Gesinnungsfreunde sowie ein Lösegeld von 1,5 Milliarden DM.

Als die Sadat-Regierung auf ein Ultimatum der Entführer nicht reagierte, wurde der Minister „hingerichtet". Mehrere Tage lang wurden die Verhandlungen fortgesetzt, bis schließlich die Leiche gefunden wurde.

Sadat ließ ganz Ägypten zum Fahndungsgebiet erklären, in den folgenden Tagen wurden die mutmaßlichen Entführer, 300 Sektenmitglieder sowie ihr Führer Schukri Ahmed Mustafa, verhaftet. Gleichzeitig wurden in Ägypten drei Bombenanschläge verübt, u.a. auf ein Kino, bei denen 11 Menschen verletzt wurden. Diese Anschläge werden ebenfalls der Sekte angelastet. Ihr wird jetzt vorgeworfen, *„den Umsturz in Ägypten und anderen arabischen Ländern geplant"* zu haben („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.7.77).

Die Sekte „Sühne und Einkehr" ist keine isolierte Gruppe, sie verfügt sogar über Mitglieder im Militärapparat. Außerdem stehen sie und ähnliche Gruppen in engem Zusammenhang mit den Moslembruderschaften, die über einen sehr großen Einfluß verfügen (ungefähr 3 bis 5 Millionen Sympathisanten, Abgeordnete im Parlament usw.). Gemeinsames Ziel all dieser Gruppen ist die Errichtung eines Staates, der sich völlig nach den Prinzipien des Islam richtet, u.a. werden die vollständige Entrechtung der Frau, Fremdenhaß und Alkoholverbot propagiert.

Diese rechtsradikalen religiösen Gruppen stellen zwar auch eine gewisse Opposition zum Sadat-Regime dar, sie werden aber keineswegs auch nur annähernd so wütend verfolgt, wie jede linke Opposition. Im Gegenteil, im Zuge der Sadatschen Politik der „offenen Tür", d.h. des Ausverkaufs Ägyptens an die imperialistischen Staaten und der zunehmenden Rechtsentwicklung, konnten sich diese Gruppen wieder relativ frei entfalten.

Unter Nasser arbeiteten sie offen an dessen Sturz. Sie wurden deshalb verboten und weitgehend zerschlagen. Nach der Machtübernahme Sadats, der immer enge Beziehungen zu den Moslembruderschaften besaß und zur Zeit des Putsches der „freien Offiziere" als Verbindungsmann zu diesen rechtsradikalen Gruppen fungierte, wurden alle Inhaftierten, die zu diesen Gruppen gehörten, entlassen. Schnell wurden die rechtsradikalen Gruppen wieder aufgebaut.

Sie geben heute zwei legale Zeitungen heraus was angesichts der totalen Pressezensur in Ägypten wohl Aussage genug über die Rolle dieser „Opposition" ist.

In der jüngsten Zeit machten die Sekten vor allem mit Anschlägen auf linke und nasseristische Studenten auf sich aufmerksam. In einigen Punkten kamen sie auch ihrer Zielrichtung näher: So sieht man wieder Studentinnen, die sich verschleiern; in einigen Vorlesungssälen müssen Männer und Frauen wieder getrennt sitzen; Wissenschaftler, die in Osteuropa studiert haben, dürfen nicht mehr an der Al-Azhar-Universität unterrichten (nach „Jordan Times", 13.2.77).

Bezeichnend ist, daß die ägyptische Presse noch während der Entführung *„ amtlicherseits angewiesen* (wurde)*,die Entführer nicht zu kritisieren oder als Kriminelle zu bezeichnen"* („SZ", 6.7.77).

Die jetzt einsetzende Repression gegen eine dieser Sekten wird nicht dazu führen, daß Sadat die Tätigkeit der rechtsradikalen Moslemsekten, besonders nicht die von Saudi-Arabien unterstützte Moslembruderschaft, vollständig unterdrücken wird. Der Zweck dieser Repression ist es, eine „Warnung" zu geben, daß diese Sekten ihren Terror im Rahmen des Sadat-Regimes auf die Linke „begrenzen" sollen . Entsprechend ist auch zu erwarten, daß die im Zusammenhang mit der Entführung angekündigte Verschärfung der Gesetze gegen Umsturzversuche u.ä. in Zukunft hauptsächlich gegen links angewandt wird

Nahost-Kommission

Erneut Sprengstoffanschläge in Damaskus

Syrien. Innerhalb einer Woche wurden in Damaskus wiederum zwei Sprengstoffanschläge verübt. Dies zeigt, daß die Kette der bewaffneten Aktionen gegen das syrische Regime nicht abreißt (vgl. Artikel in AK 108).

Am 4. Juli explodierte in einem auf dem Parkplatz des Hauptquartiers der syrischen Luftwaffe abgestellten Wagen eine Bombe. Sechs Menschen kamen dabei ums Leben, 11 weitere wurden verletzt, es entstand erheblicher Sachschaden („Neue Züricher Zeitung", 6.7.77, und „Süddeutsche Zeitung", 6.7.77). Sechs Tage später, am 11.7., explodierte eine weitere Sprengladung, ebenfalls in einem abgestellten Wagen in der Nähe des Innenministeriums. Dabei wurden zwei Menschen getötet und 53 verletzt. Die Explosionswelle ließ eine in der Nähe gelegene Moschee einstürzen, ein Hotel wurde zerstört, Dutzende von Geschäften brannten ab oder wurden stark beschädigt („SZ", 12.7.77 und „NZZ", 13.7.77).

Die syrische Regierung machte in beiden Fällen wiederum umgehend den Irak verantwortlich, die „Sabotageakte" inszeniert zu haben. Bekanntlich will Syrien mit den ständigen Beschuldigungen des irkaischen Regimes von den eigenen inneren Widersprüchen und der seit der syrischen Intervention im Libanon stärker gewordenen Linken Opposition ablenken.

Daß solche bekanntgewordenen Anschläge längst nicht das Ausmaß des Widerstandes gegen das syrische Regime und der bewaffneten Auseinandersetzungen angeben, wurd u.a. daran deutlich, daß das syrische Regime nach diesen Bombenexplosionen erstmals seit längerer Zeit wieder Panzer in Damaskus auffahren ließ („Welt", 12.7.77).

Nahostkommission



asien



Rechtsrutsch bei den Wahlen in Sri Lanka

Ähnlich der Entwicklung vor wenigen Monaten in Indien, hat es nun auch im benachbarten Sri Lanka einen ungeheuren Rechtsruck bei den Parlamentswahlen gegeben; die bisher regierende „Freiheits"partei der Ministerpräsidentin Bandaranaike erhielt von ihren bisherigen 70 Sitzen nurmehr 8 (acht!), ihre Koalitionspartner (Trotzkisten und die moskauorientierte KP) verloren ihre bisherigen 25 Mandate völlig. Dagegen konnte die bisher in der Opposition agierende Vereinigte Nationalpartei (UNP) mit 139 Sitzen (von insgesamt 168) eine Zweidrittelmehrheit erreichen! Die UNP war 1970 lediglich auf 17 Sitze gekommen (Angaben nach ap/al, 22./23.7.77).

1970 hatte das Bündnis aus SLFP („Sri Lanka Freiheitspartei" – die Partei Bandaranaikes), LSSP (Trotzkisten, aber nicht in der „4. Internationale") und KP (Revisionisten) einen triumphalen Sieg über die bis dahin regierende konservative UNP errungen.

Mit ihrem Programm des „demokratischen Sozialismus", das zahlreiche Reformen vorsah (wie Verstaatlichung der ausländischen Konzerne, Landreform, bessere Bildungs- und Sozialpolitik usw.) hatten sie über 2/3 der Parlamentssitze erhalten.

Jedoch schon ein Jahr später, als der von der JVP (Volksbefreiungsfront) geführte Aufstand blutig niedergeschlagen wurde (über 10.000 Tote und 20.000 Verhaftungen) wurde deutlich, was das für ein „demokratischer Sozialismus" war.

Seitdem stand das Land bis zum Frühjahr dieses Jahres unter Notstandsrecht!

Die Lage der Bevölkerung verschlechterte sich rapide. *„In den letzten sieben Jahren sind die Lebenshaltungskosten um 100 Prozent gestiegen (die Gehälter der Mehrheit allenfalls um 30 Prozent), Lebensmittel sind knapp und rationiert, es gibt keine Milch für die Kinder "* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 20.7.77).

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich verdoppelt und beträgt jetzt fast 1,5 Millionen, das ist fast ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung! Selbst ein hoher Regierungsfunktionär meint: *„Man spricht offiziell immer noch vom Sozialismus, aber man macht keinen Sozialismus mit nur ein paar Verstaatlichungen . . . Heute gibt es zweimal soviel Bettler wie 1970. Es gibt auch zweimal soviel Reiche, aber sie sind weit weniger zahlreich"* („Le Monde", 20.7.77).

Die sich immer mehr verschlechternde Lage der Bevölkerung und die



Rechtsentwicklung, die durch den Ausnahmezustand, Pressezensur, Verstärkung der Armee usw. gekennzeichnet war, führten in den letzten beiden Jahren zu zahlreichen Streiks und anderen Widerstandsaktionen. Der Höhepunkt war der Generalstreik vom letzten Dezember/Januar. Ausgehend von Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter breitete sich der Streik rasch auf alle Bereiche aus und wurde immer mehr zu einer politischen Opposition gegen die Politik der Regierung. *„Die Regierung antwortete mit dem Einsatz regulärer Truppen, die Streikbrecherdienste leisteten und den Streik niederschlagen sollten. „Freiwillige" der drei Waffengattungen wurden dienstverpflichtet, die Marine für Streikbrecheraufgaben eingesetzt"* (AK, Nr. 98, Seite 37).

Während dieser ganzen Maßnahmen blieb die revisionistische KP in der Regierung! Erst im Februar dieses Jahres trat sie aus.

Auch die Rechten mit „demokratischem Sozialismus"

Die rechte UNP versuchte mit demagogischen Sprüchen von der korrupten und arbeiterfeindlichen Politik Bandaranaikes zu profitieren. In ihrem Wahlmanifest *„verurteilt sie die ,politischen Exzesse' während des siebenjährigen Ausnahmezustands in Sri Lanka, verspricht die ,Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten', eine ,freie Presse' und ,Unabhängigkeit der Justiz' "* („extra;dienst" – „ed", 15. Juli 1977).

Gleichzeitig soll ähnlich wie in Singapur und Hongkong eine „Freihandelszone" eingerichtet werden, also ein Paradies für die ausländischen Kapitalisten. In ihrem *„sozialistischen Programm"* verheißt die UNP *„die Entwicklung engerer Beziehungen mit den sozialistischen Staaten und anderen die ,antiimperialistische Politik vertreten' "* („ed", 15.7.77).

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Demagogie der Rechten stark verfangen hat, das liegt sicher nicht zuletzt auch an der Politik der „Linken" (Revis und Trotzkisten).

Diese hatten sich mit der PDP (eine Abspaltung von Bandarnaikes SLFP) zur „Vereinigten Linksfront" (UPF) zugesammengeschlossen. In ihrem Programm kündigen sie einen *„wissenschaftlichen Sozialismus"* (trotzkistisch-revisionistisch – au weia!) *„und eine Welle von Verstaatlichungen"* an („Le Monde", 21.7.77).

Allerdings sind besonders die Revisionisten wenig glaubwürdig, da sie die Repressionsmaßnahmen „bis zur bitteren Neige" als Regierungspartei mitzuverantworten haben.

Die revolutionäre Linke (JVP), die nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wieder zugelassen wurde, stellte *„pro forma vier Kandidaten auf. Sie benutzt den Wahlkampf als Tribüne, um die Sympathie eines Landes zu gewinnen, das von der Unterdrückung 1971 traumatisiert bleibt . . . Die JVP, die die Errichtung eines revolutionären, marxistisch-leninistischen Regimes predigt, ist in Warteposition"* („Le Monde", 21.7.77).

Der hohe Wahlsieg der Rechten ist alles in allem gesehen keine grosse Überraschung. Man kann nur hoffen, daß sich die Worte eines der Führer der UNP bald erfüllen: *„Diese jungen Hände, die uns heute applaudieren, könnten morgen gut und gerne die Bomben herstellen, die uns töten"* („Le Monde", 21.7. 77).

Asien-Kommission

Weiter Kriegsrecht in Pakistan

Das neue Militärregime unter General Ziaul-Huq hat die Freilassung der bei dem Militärputsch vor drei Wochen festgenommenen Politiker angekündigt. Danach sollen sowohl der alte Ministerpräsident Bhutto als auch die ebenfalls inhaftierten Oppositionspolitiker in etwa zwei Wochen wieder aus der „Schutzhaft" entlassen werden. Ihnen soll die Teilnahme an den für den 6. Oktober geplanten Parlamentswahlen gestattet werden („Süddeutsche Zeitung", 16. /17. 7.77). Das über ganz Pakistan verhängte Kriegsrecht bleibt jedoch weiter bestehen. Somit sind nach wie vor alle politischen Aktivitäten, Demonstrationen und auch Streiks verboten.

Gleichzeitig hat das Militärregime eine Reihe von Gesetzesänderungen verfügt, die das Ziel haben, „die Einführung des islamischen Systems als eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung Pakistans" („SZ", 12.7.77) auch im Bereich der Rechtssprechung zu verwirklichen. So stammen die jetzt geltenden Strafen aus der Scharia, dem Gesetz des Koran. Dies sieht bei bestimmten Delikten öffentliche Hinrichtungen, Auspeitschungen und die Amputation der Hand vor.

Die Höchststrafe („Tod durch den Strang") soll zukünftig bei Angriffen auf oder Widerstand gegen das Militär und Beamtentum verhängt werden. Auch bei „Sabotage" ist die Todesstrafe vorgesehen. Militärische Sondergerichte überwachen die Einhaltung der Gesetze. Gegen ihre Beschlüsse und Urteile gibt es keinerlei Berufungsmöglichkeiten. Außerdem hat das Militär den Status der politischen Gefangenen für abgeschafft erklärt. Das bedeutet, daß zukünftig die politischen Gefangenen als „Kriminelle" angesehen und behandelt werden. Gleichzeitig kann die Militärdiktatur nun behaupten, es gäbe in Pakistan keine politischen Gefangenen mehr.

Asien-Kommission

Kurzmeldungen

Studentenprozesse in Thailand

111 Studenten, die nach dem Putsch im Oktober 1976 verhaftet wurden, sollen jetzt vor ein „Gericht" gestellt werden. *„Nach dem Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus wird ihnen weder ein Verteidiger noch eine andere Art der Vertretung ihrer Interessen zugestanden, auch haben sie kein Recht auf Berufung"* („SZ", 29.6.77). Die „Internationale Juristenkommission" in Genf hat „tiefe Besorgnis" über diesen Prozeß geäußert – immerhin droht den Studenten die Todesstrafe!!!

* * * *

Australien: Arbeiter besetzen Gewerkschaftsbüro!

Eine saubere Aktion haben Arbeiter in Sydney durchgeführt: Um ihre Gewerkschaftführer zur Unterstützung ihres Streiks zu zwingen, besetzten mehr als *„150 Eisenbahnarbeiter der Eastern Suburbs Railway das Büro der Australischen Arbeiter-Union"* („Direkt Action", 7.7.77). Angemerkt sei dazu, daß die „AWU" (Australische Arbeiter Union) eine der wenigen Gewerkschaftsführungen hat, die sich in den letzten Jahren weigerten, den Uranboykott mitzutragen! Solchen Führern muß halt ganz einfach Dampf gemacht werden.

* * * *

Korea-Mauretanien: Abbruch diplomatischer Beziehungen!

Am 7. Juni brach Mauretanien einseitig die diplomatischen Beziehungen zur Koreanischen Volksrepublik (KVDR) ab, weil diese den Kampf der POLISARIO unterstützt und bisher als einziges Land außerhalb Afrikas die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt hat.

In einem gemeinsame Kommunique im Juni 1975 hatten die beiden Staaten noch festgestellt, daß *„das West-Sahara-Problem eine Angelegenheit ist, die in Übereinstimmung mit dem Willen und Wünschen des westsahauischen Volkes nach dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung geregelt werden soll"* („Pyongyang Times", 18.6.77).

Im Gegensatz zum mauretanischen Regime, für das diese Erklärung nur ein Lippenbekenntnis war, während es schon den Krieg gegen die Demokratische Arabische Republik Sahara vorbereitete, hält die KVDR an ihrer Position fest und unterstützt weiterhin die POLISARIO.

* * * *

Frazerregierung schließt unabhängige Radiostation

Die unabhängigen australischen Radiostationen 3 ZZ, 3 EA und 2 EA sollen nach dem Willen der Frazerregierung dicht gemacht werden.

Diese Sender haben bisher – mit als einzige Sender überhaupt – Sendungen in den Dialekten der schwarzen Australier gebracht, haben Berichte über die verschiedenen Kämpfe des Volkes durchgegeben. Der Sender 3 ZZ kündigte beispielsweise öffentlich „Anti-Uran-Nachrichten" an.

„Seit Bestehen wurde 3 ZZ ein wichtiges Instrument der Minderheitengruppen, um ihre Kampagnen zu publizieren. Die Station sendete in englisch und verschiedenen anderen Sprachen" („Direkt Action", 7.7.77). Nach dem Willen der Frazerregierung sollen die Sender entweder ganz geschlossen werden oder der staatlichen Anstalt „ABC" untergeordnet werden – was ebenfalls ihren Tod bedeuten würde.

Gegen die Pläne hat in Sydney eine Demonstration mit 3.000 Teilnehmern stattgefunden.

* * * *

Fortsetzung auf Seite 53

Kurzmeldungen

Thailand Solidaritätskomitee gegründet

Acht Monate nach dem blutigen Militär-Putsch in Thailand (6.10.76) hat sich das – unseres Wissens – erste Solidaritätskomitee in der BRD gegründet! Im Gründungsprogramm des „Thailand Informations- und Solidaritätskomitee" (TISK) heißt es:

„Seinem Verständnis von Völkerfreundschaft und internationaler Gesinnung gemäß, setzt sich das TISK in politischer Hinsicht für folgende Ziele ein:

– Unterstützung des Kampfes der demokratischen Kräfte in Thailand gegen jede Einmischung einer ausländischen Macht in die inneren Angelegenheiten des Landes (sei es durch militärische Intervention, politische Bevormundung oder wirtschaftliche Ausbeutung)

– Unterstützung der demokratischen Thais bei ihrem Kampf gegen militärdiktatorische Willkür und politische Unterdrückung

– Schaffung von Solidarität mit diesem Kampf"

Das TISK wird ab 1.7.77 eine Zeitung „Thailand Correspondenz" herausgeben, die über untenstehende Adresse bestellt werden kann.

Die Gründung dieses Komitees ist sicherlich ein Schritt hin zur Entwicklung der momentan außerordentlich schwachen Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des thailändischen Volkes.

Adresse des TISK:
TISK
c/o G. Simon
Ansbacherstr. 5
8 München 40

Asienkommission

Thailand: Größter Erfolg der Guerilla seit zwölf Jahren!

Während der neuesten Militäroperation der thailändischen Faschisten im Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia (ca. 10.000 Soldaten mit schweren Panzern, Luftwaffe und Artillerie sind eingesetzt!) haben die Guerillas der Widerstandskräfte einen einmaligen Erfolg erzielt. „*400 Guerillas griffen ein kommunales Zentrum in Udorn-Thani an. Es wird berichtet, daß sich die Regierungskräfte ohne nennenswerten Widerstand zurückzogen und die Angreifer große Mengen Waffen, Munition, Medizin, Radios und andere Dinge erbeuteten, bevor sie sich zurückzogen*" („SWB", 14.7.77). Womit einmal mehr bewiesen ist, daß den Faschisten auf lange Sicht auch ihre zigtausend Soldaten, Panzer usw. nichts nützen werden!

* * * *

* * * *

BRD-Thailand: Blühende Geschäfte

Nachdem die BRD in Thailand eine Marinewerft baut, entwickeln sich die Geschäfte offenbar blendend. Erst vor kurzem kaufte Thailand einen Schwung Air-Busse von MMB.

Damit diese Käufe auch bezahlt werden können, hat die BRD am 14.6. und 16.6. Thailand zwei Kredite über 20 Millionen DM und 30 Millionen DM gewährt („NfA", 16.6.77). Das allerneueste ist die thailändische Absicht, den BRD-Panzer Leopard zu kaufen. „*Die Regierung in Bangkok beabsichtigt, als erste Rate 110 Stück des deutschen Standard-Panzers zu kaufen*" („HA", 7.7.77).

Womit die thailändischen Faschisten nicht nur mit BRD-Gewehren, sondern auch mit BRD-Panzern auf „Kommunistenjagd" gehen würden ....

* * * *

UNO – Vietnam

Nachdem die US-Imperialisten jetzt endlich die Aufnahme Vietnams in die UNO nicht weiter torpedieren, sind sie nach wie vor nicht bereit, ihren Verpflichtungen zur Wiederaufbauhilfe nachzukommen (Nixon hatte 1973 schriftlich 3,25 Mrd. Dollar zugesagt).

Der Ex-Außenminister Kissinger, der damals perverserweise den „Friedensnobelpreis" erhalten hatte, meinte vor einem Senatsausschuß sogar frech, „*es hieße ‚den Masochismus auf die Spitze treiben', dem ‚absurden' Verlangen" der Sozialistischen Republik Vietnams zu entsprechen*" („Süddeutsche Zeitung", 21.7.77)!

Asien-Kommission

6. AUGUST

Internationaler Kampftag gegen Atomwaffen und Atomkrieg

Vor 32 Jahren – Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. August 1945 setzten die US–Imperialisten die erste Atombombe der Weltgeschichte gegen die japanische Stadt Hiroshima ein. Am 9.8. folgte der Atombombenabwurf auf Nagasaki.
Die barbarische Waffe tötete nach Schätzungen ca. 300.000 Menschen (260.000 in Hiroshima und 36.000 in Nagasaki), zerstörte Hiroshima zu 60% und Nagasaki fast vollständig. Die weitreichenden Verletzungen, genetischen Schäden durch radioaktive Verseuchung usw. sind bis heute nur teilweise erfaßt!
Hiroshima und Nagasaki sind bis heute Mahnmale für die menschenverachtende Brutalität der Imperialisten. Jährlich finden am 6. August – dem Jahrestag der Hiroshima–Bombe – Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen in den asiatischen Ländern gegen die Atombombe, gegen atomares Wettrüsten und gegen die immer neue Entwicklung von menschenvernichtenden Waffen statt.



Menschen irren durch die total zerstörte und verseuchte Stadt

Hiroshima und Nagasaki – das Atomare Grauen !

„Hunderte und Aberhunderte flohen aus der Stadt, fast alle waren verletzt. Manchen waren die Augenbrauen abgesengt, Hautfetzen hingen ihnen von Gesicht und Händen ...... Eine Gruppe von Soldaten fand sich verirrt im Unterholz eines Waldstückes: Ihre Gesichter waren vollständig verbrannt, ihre Augenhöhlen leer, die Flüssigkeit ihrer geschmolzenen Augäpfel war auf ihren Wangen geronnen, ihre Münder waren nur noch geschwollene eitrige Wunden... Zu einer einzigen rotbraunen Narbe war ein vier Quadratmeilen großes Areal im Zentrum Hiroshimas verwüstet – Hunderte von verbogenen Fahrrädern, ausgeglühten Straßenbahnwagen und Automobilen lagen umher, mitten in der Bewegung gestoppt vom Atomblitz..... In die stehengebliebene Fassade eines Bankgeschäftes war reliefartig die Silhouette eines Anstreichers auf einer Leiter eingebrannt, der den Pinsel gerade in den Farbtopf tauchte. Den Mann und die Leiter hatte die Sonnenglut der Bombe hinweggebrannt" („Spiegel", 30/77 nach einem Bericht des amerikanischen Journalisten John Hersey über Hiroshima).

Die Bombenexplosion tötete sofort mindestens 78.150 Menschen in Hiroshima und 23.753 Menschen in Nagasaki – dies sind die niedrigsten Schätzungen! (Messerschmidt – „Auswirkungen atomarer Detonationen auf den Menschen", S.2/3). Andere Quellen schätzen die Sofort–Toten alleine in Hiroshima auf 240.000 Tote („Messerschmidt", S. 2). Dazu kommen noch mehrere Zehntausend „Vermißte" und schwer Verwundete – die später starben.

Die Schwierigkeiten, genaue Angaben über die Atombombenopfer zu

Verwundete – die später starben.
Die Schwierigkeiten, genaue Angaben über die Atombombenopfer zu

machen, liegt in der Wirkung dieser Waffe selbst begründet. Zahlreiche Opfer sind durch den ‚Atomblitz' völlig verbrannt – „*z.T. völlig verschwunden*" („Messerschmidt" S.2). **Die Todesziffer der Bombe betrug bis 800 Meter Abstand 90–100% aller Menschen, bis 1,5 Kilometer noch 60% und erst nach 2–3 Kilometern läuft die Todeskurve auf unter 10% aus! („Messerschmidt", S.4).**

Die meisten Menschen kamen infolge der ungeheuren Hitzewelle (10.000 Grad im Explosionszentrum) und der ungeheuren Druckwelle (diese reichte noch aus, um noch in 1,5 km Entfernung Betonbauten einstürzen zu lassen!) um. Wer diesen Zeitraum von Sekundenbruchteilen überlebte, erlitt schwerste Brandverletzungen und radioaktive Schädigungen.

Auf den nebenstehenden Bildern wird die tatsächliche Wirkung der Atombomben deutlich – beide Städte glichen nach der Explosion völlig zerstörten Steinwüsten!

Die weiteren Folgen durch die radioaktive Strahlung (*„sie entsprach derjenigen von 100.000 Tonnen Radium"*) lassen sich nur teilweise feststellen. Zum einen sind nur teilweise Untersuchungen vorgenommen worden – zum anderen war den betroffenen Menschen, auch den Ärzten, unbekannt, daß bei der Bombenexplosion radioaktive Strahlung frei wurde! („Messerschmidt", S. 40). Ein ungefähres Bild über die radioaktiven Schäden vermittelt eine Statistik, nach der von den Überlebenden bis 500 Meter Abstand 81,5 %

1.000	"	"	76,7 %
1.500	"	"	34,2 %
2.000	"	"	14,0 %

strahlenkrank waren („Messerschmidt", S.40). Dies gibt nur ein annäherndes Bild, da, wie gesagt, Untersuchungen erst spät und nur teilweise durchgeführt wurden! Wir gehen hier nicht weiter auf die radioaktiven Folgeschäden ein. Fest steht allerdings, daß die Folgeschäden wie erhöhte Leukämierate, Erbgutschäden, Mutationen usw. bis heute auftreten. Verwiesen sei hier betreffs detaillierter Daten über Folgeschäden auf den Artikel „*Frauen, lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!*" in ARBEITERKAMPF, Nr. 102, S.24.

Hiroshima und Nagasaki waren „Kleine" Atombomben im Vergleich zu den heutigen Waffen !

Die Atombomben in Hiroshima (15 Kilo–Tonnen) und in Nagasaki (20 Kilo–Tonnen, Plutoniumbombe) sind im Vergleich zu den heutigen Vernichtungswaffen geradezu als „klein" zu qualifizieren! Die Imperialisten rechnen heute nicht mehr in Kilotonnen, sondern in Megatonnen. Selbst die kleinen Atomwaffen, sogenannte taktische Bomben mit ca. 50 Kilotonnen Sprengkraft, werden im Ernstfall nicht mehr einzeln eingesetzt, sondern massiert!

„Allein innerhalb der ersten 48 Stunden eines Krieges, so errechneten NATO–Strategen schon 1955 (!), würden von 335 eingesetzten sogenannten taktischen Atomwaffen 268 das Gebiet der Bundesrepublik treffen. Mit 1,5 Millionen Toten und 3,5 Millionen Verletzten unter der Zivilbevölkerung wäre dann zu rechnen – verbrannt im atomaren Feuerball, zerrissen von der Luftdruckwelle, begraben unter herabstürzenden Trümmern, dahinsiechend als Opfer des radioaktiven Fallout ....." („Spiegel" 30/77). **„Bei einem totalen Schlagabtausch mit Atomwaffen in W e s t – E u r o p a , schätzen die Pentagon–Planer, stiege die Zahl der Toten auf 100 Millionen"** („Spiegel" 30/77). Wohlgemerkt – 100 Millionen Tote nur in West–Europa. Jeder

Toten auf 100 Millionen" („Spiegel" 30/77). Wohlgemerkt – 100 Millionen Tote nur in West–Europa. Jeder

zweite Mensch im europäsichen Kerngebiet wäre tot!

Diessind keine phantastischen Perspektiven von irgendwelchen „Pessimisten", sondern die realen, aktuellen „Verteidigungspläne" der NATO für Westeuropa.

Die neueste imperialistische Vernichtungswaffe – die Neutronenbombe – würde die Menschenvernichtung tatsächlich ins Unermeßliche steigern!

Eine Neutronenbombe in der vergleichbaren Stärke wie die Hiroshima-Bombe (heute taktische Atomwaffen, bzw. Neutronensprengköpfe für „Lance"-Raketen) hätte das hundertprozentige Todesfeld von ca. 1 km Umkreis auf ca. 2 km ausgedehnt (mindestens!). Das hätte für Hiroshima zehntausende Tote mehr bedeutet.

Ein Aspekt der beiden Atombomben von 1945 ist besonders schockierend. Beide Atomwaffen sind nicht nur zum Zwecke der siegreichen Kriegsbeendigung für die US–Imperialisten gefallen. Eindeutig sprechen „Versuchszwecke" für die Abwürfe. So wurden zwei unterschiedliche Versionen abgeworfen (Hiroshima: Bombe auf Uran–Basis; Nagasaki: Plutoniumbombe), und so war es aus militärischen Erwägungen völlig nutzlos (wenn man solche Begriffe überhaupt verwendet), die Bomben abzuwerfen. **Die Bereitschaft der Imperialisten, ihre Waffen am lebenden Objekt auszuprobieren, steigert die Gefahr des Einsatzes von Waffen wie der Neutronenbombe noch!**

Kampf der atomaren Bedrohung !

Der 6. August, der Tag des Massenmordes durch die Atombombe in Hiroshima, ist in vielen Ländern seit langem Kampftag gegen Atombewaffnung und Atomkrieg.

In Japan findet seit 22 Jahren zum Jahrestag der Hiroshima–Bombe ein Kongreß der internationalen Atomwaffengegner statt. 1976 beteiligten sich 60 Delegierte aus 19 Ländern („SZ", 3.8.76). Die Demonstrationen zum 6.8. sind gewaltig: 1976 nahmen in Nagasaki 10.000 Menschen und in Hiroshima 40.000 Menschen teil. Auch in Australien wird am 6.8. demonstriert. Unter den Parolen: „*No more Hiroshimas*", „*Banning Nuclear Weapons*" „*Keep Uranium in the Ground*" bereitet die Anti–Atombewegung eine Massendemonstration und Veranstaltung in Melbourne vor. In Neuseeland finden ebenfalls traditionell zum 6. August Demonstrationen statt – in den letzten Jahren mit dem konkreten Hintergrund des Kampfes gegen die atomare US–Flotte in Neuseelands Häfen („Socialist Action", 6.8.76).

In diesen Ländern rührt die Tradition des Anti–Atomkampfes natürlich vor allem aus der direkten Betroffenheit durch die beiden Bomben auf Hiroshima und Nagasaki, durch die Bombenversuche im Pazifik.



Die todbringende Bombe über Nagasaki

Angesichts der aktuellen Bedrohung der Menschheit durch den imperialistischen Atomwahn, der speziellen Bedrohung auch der Menschen in der BRD (als strategische Pufferzone...) , sollten wir die Tradition übernehmen und alle Aktivitäten entwickeln, um den 6. August zum Aktionstag gegen die wachsende Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges zu machen. Mit Stellschildern, Flugblättern usw. sollte auf Hiroshima hingewiesen und im Bezug zu der heutigen Situation die Vernichtung

blättern usw. sollte auf Hiroshima hingewiesen und im Bezug zu der heutigen Situation die Vernichtung

und Achtung aller atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen lautstark gefordert werden.

Hiroshima und Nagasaki haben die Bereitschaft des Imperialismus zur atomaren Vernichtung bewiesen! Sie an einem erneutem Hiroshima zu hindern – das ist in der Tat eine Überlebensfrage!

Der Atomtod reitet schnell – wenn wir ihm nicht in die Zügel fallen!

wenn wir ihm nicht in die Zügel fallen!

Asienkommission

Neue US-Provokation in Korea

Am 14. Juli wurde über dem Gebiet der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) – 16 Kilometer nördlich der „entmilitarisierten Zone" – ein Hubschrauber der US-Armee abgeschossen. Dabei wurden drei der vier Besatzungsmitglieder getötet, der vierte verletzt. Angeblich hatte sich der Hubschrauber „verflogen". Nachdem er von der Flugabwehr der KVDR zur Landung gezwungen wurde, sollte er dort zu einer Untersuchung bleiben „*aber die Hubschrauberbesatzung verweigerte dies und begann wieder aufzusteigen und zu fliehen*" („Koreanische Zentrale Nachrichtenagentur" -KCNA- laut „SWB", 16.7.77).

Daraufhin wurde er abgeschossen.

Bemerkenswert ist die Reaktion der US-Behörden auf diesen Zwischenfall. Während bei der Provokation im letzten August, bei der zwei US-Offiziere getötet worden waren, die US-Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt, Flugzeugträger in Richtung Korea in Bewegung gesetzt wurden und kräftig die Kriegshysterie gegen „Nordkorea" geschürt wurde, gab man sich diesmal betont zurückhaltend. Obwohl die südkoreanischen Faschisten sich nicht entblödeten, zu behaupten, „*der Hubschrauber sei über der Waffenstillstandszone abgeschossen worden*" („Frankfurter Rundschau", 15.7.77), gaben die Sprecher der US-Regierung von Anfang an zu, „*daß der Zwischenfall sich über nordkoreanischem Gebiet rund 16 Kilometer nördlich der entmilitarisierten Zone ereignete*" („Süddeutsche Zeitung", 15.7.77).

Es kann wohl angenommen werden, daß diese Provokation – vor allem in dieser offensichtlichen Form – nicht in das Konzept der US-Regierung mit ihrem groß angekündigten „Truppenabzug" paßt.

Auf der anderen Seite ist bekannt, daß hohe US-Militärs (zum Teil öffentlich) sehr scharfe Kritik an der offiziellen US-Politik geübt haben. Eine Verschärfung der Situation an der Grenze zwischen der KVDR und Südkorea ist sicher im Sinne dieser Militärs.

Die KVDR hat gerade in letzter Zeit die Bereitschaft gezeigt, mit den USA direkt Gespräche aufzunehmen. (So der Vorsitzende Kim Il Sung in einem Interview mit „Le Monde" vom 26.6. und im japanischen Fernsehen am 5.7.77). Allerdings hänge „*das vollständig von den Vereinigten Staaten ab. Vor langer Zeit haben wir den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, die Waffenstillstandsvereinbarung durch einen Friedensvertrag zu ersetzen. Bisher haben die US-Behörden noch nicht zu diesem Thema geantwortet.*" („Le Monde", 26.6.77). Die US-Imperialisten fordern „*als Bedingung für Gespräche die Anerkennung Südkoreas*" (d.h. der völlig von ihnen abhängigen Faschistenclique) „*durch den Norden und die Teilnahme der Regierung in Seoul an Verhandlungen*" („SZ", 15.7.77).

Das ist natürlich für die KVDR unannehmbar!

Asien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Der Kampf ums Politische Mandat: eine taktische Frage?

Kurz vor Semesterende haben Justiz, Staatsapparat und reaktionäre Studenten (insbesondere der RCDS) die taktisch günstige Situation (allgemeine Ferienstimmung an den Hochschulen) genutzt, um eine neue Offensive gegen das Politische Mandat zu starten. In Münster drohte die Amtsenthebung, sollte sich der AStA nicht verpflichten, auf allgemeinpolitische Stellungnahmen zu verzichten, darüberhinaus sollte er 106.000 DM an Ordnungsgeldern berappen; in Gießen wurde der AStA zu insgesamt 45.000 DM Geldstrafe verurteilt und der RCDS fordert vom Rektor eine baldige Amtsenthebung, in Kiel wurde dem AStA gerichtlich die Wahrnehmung des Politischen Mandats verboten, gleichzeitig soll er zum Austritt aus dem VDS gezwungen werden; in Frankfurt liegen vom Unipräsidenten und einem RCDSler Strafandrohungen von mehreren zigtausend Mark vor.

Bei drei der angegriffenen ASten handelt es sich um Juso-ASten (Münster, Kiel, Gießen), der Frankfurter wird von Spontis gestellt. Dies stärkt die Vermutung, daß sich gegenwärtig die Angriffe auf reformistische Teile der Studentenbewegung verstärken, mit dem Ziel, die Front gegen die Angriffe auf das Politische Mandat aufzuspalten. Daß mit diesem Vorgehen für die Bourgeoisie durchaus Erfolge zu erzielen sind, zeigen die Reaktionen der Jusos (siehe Artikel in diesem ARBEITERKAMPF).

Das Politische Mandat: verzichtbar ?

Hatten die Jusos in Kiel schon durch völliges Stillschweigen dafür gesorgt, daß das Urteil ohne Öffentlichkeit gefällt werden konnte, lehnen sie es nun ab, zwischen „bedingungsloser Unterwerfung unter das Urteil oder demostrativer Mißachtung" zu wählen. Schon die Wortwahl stinkt nach faulen Kompromissen!

Die Jusos in Kiel geben (noch) keine klare Antwort, nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie noch nicht dazu gezwungen sind. In die Situation, eine klare Antwort geben zu müssen, sind jedoch ihre Genossen in Münster gekommen und nach deren Meinung geht es nicht an, „*ohne Rücksicht auf die Ordnungsgelder das politische Mandat wahrzunehmen*". An all diejenigen, die dies trotzdem von ihnen fordern, richten sie die „Warnung", daß der AStA bald „pleitegeklagt wäre", um dann zu schlußfolgern: „*Wir müssen vielmehr sehen, wie wir im Augenblick ein Optimum an Handlungsspielraum erhalten.*"

Dieser „Spielraum" bewegt sich real zwischen dem Respektieren und dem Nicht-Billigen eines Urteils, wozwischen nicht einmal das berüchtigte gespaltene Haar Platz hätte. Faktisch wird damit von den Jusos das Politische Mandat aufgegeben, wobei sie der demokratischen Studentenbewegung den Trost spenden: „*Uns sollte ein geschwächter linker (?) AStA immer noch lieber sein, als ein RCDS-AStA.*" Woran sollen die Studenten aber wohl erkennen, daß sie einen „linken" AStA haben, wenn sich dieser mit politischen Erklärungen vollkommen zurückhält?

Die Jusos spielen der Studentenschaft das leidige Spiel der SPD vor: lieber eine SPD-Regierung ohne Reformpolitik als eine CDU-Regierung. Nicht mehr die Inhalte ihrer Politik sollen das entscheidende Kriterium sein, sondern allein die scheinbare „Fortschrittlichkeit", das „linke" Image usw. Die von den Jusos in Kiel aufgestellte, scheinbar unsinnige Alternative zwischen bedingungsloser Unterwerfung und demonstrativer Mißachtung steht angesichts dieser Tatsachen allerdings so. Jede Anerkennung von Urteilen, und sei sie auch an die Bedingung geknüpft, es nicht zu billigen, ist eine Unterwerfung, die den Verzicht auf das Politische Mandat logisch mit einschließt. Jede andere Haltung muß notwendigerweise eine Mißachtung der Urteile enthalten und in dem Sinne, wie die geforderten Erklärungen nicht abgegeben werden, ist sie auch demonstrativ.

Von jedem, der sich heute zur Wahl von studentischen Vertretungsorganen stellt, kann und muß verlangt werden, ihrem Wählerauftrag zu folgen, was bei den Linken die Wahrnehmung des Politischen Mandats einschließt. Jede fortschrittliche Interessenvertretung an den Hochschulen schließt grundsätzlich gesellschaftliche Veränderungen ein. Das wissen auch die Jusos, sie haben es in ihren Wahlprogrammen oft genug erwähnt. Deshalb ist die Wahrnehmung des Politischen Mandats nicht irgendeine Frage, sondern die zentrale Aufabe linker Politik.

Die Jusos werden nicht müde, den Studenten vorzuhalten, Erfolge im studentischen Kampf seien nur in Verbindung mit den fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft zu erreichen, womit sie in vielen Fällen jedoch nichts anderes im Sinn haben, als studentische Aktionen abzublokken. Gerade diese Vorhaltungen verbieten von vornherein die Beschränkung auf ein „hochschulpolitisches" Mandat. Wenn die Jusos in Münster dies trotzdem erklären, so müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mehr an den AStA-Posten kleben, als an einer konsequenten linken Politik und nicht einmal bereit sind, ihre eigenen politischen Vorstellungen kämpferisch durchzusetzen. Wenn sie allerdings meinen, sich selbst durch eine solche Politik zu sehr zu gefährden, dann sollten sie lieber ganz die Finger davon lassen.

Keine Erfolge möglich ?

Kennzeichnend für die Juso-Politik ist weiterhin, daß sie Gerichtsentscheidungen als gegeben hinnehmen. So schreibt der Münsteraner AStA: „*Glauben MSB/SHB* (die an dem Verhalten des AStA Kritik geübt hatten, Anm. AK) *wirklich, in Münster die ganze deutsche* (gemeint westdeutsche, Anm. AK) *Rechtsprechung umkehren zu können?*"

Sicherlich wäre es das Dümmste, heute auf fortschrittliche Richter zu hoffen. Gerichtsurteile sind bisher alle zugunsten der Reaktionäre ausgegangen. Diese Gerichtsurteile gibt es nun aber schon seit 8(!) Jahren, ohne daß es dem Staatsapparat und den studentischen Reaktionären auch nur annähernd gelungen wäre, die Wahrnehmung des Politischen Mandats und damit die linke Politik in der verfaßten Studentenschaft zu unterdrücken.

Daß dies heute immer noch so ist, liegt allein daran, daß sich bisher noch kein AStA bereit gefunden hat, auf die Wahrnehmung des Politischen Mandats zu verzichten, was die Jahre hindurch auch praktisch unter Beweis gestellt wurde. Und in den wenigen Fällen, wo der Staatsapparat versucht hat, mit brutaler Gewalt seine Ziele durchzusetzen, hat er immer Niederlagen einstecken müssen. So im Wintersemester 75/76, als der Marburger AStA schon amtsenthoben und ein Staatskommissar eingesetzt war, was angesichts der unmittelbar folgenden Massenproteste zurückgenommen werden mußte.

So im Fall des Göttinger AStA, wo die angedrohte Amtsenthebung wieder fallengelassen wurde.

Diese Erfolge waren jedoch nur möglich, weil sofort eine massive Mobilisierung der Studenten organisiert wurde. In diesen Auseinandersetzungen hat sich darüberhinaus gezeigt, daß zur Verteidigung des Politischen Mandats überhaupt die größte Mobilisierung zu erreichen ist. Praxis der Jusos ist es jedoch, auf diese Mobilisierung zu verzichten. Stattdessen schreibt der Münsteraner AStA, daß Erfolge nur zu erreichen sind, „*wenn wir auch tatsächlich von der demokratischen Öffentlichkeit unterstützt werden*", „*wenn jeder (?) einsieht, daß der AStA hier studentische (?) Interessen vertritt.*" Also warten, warten und nochmals warten.

Wie schon oben erwähnt, hat die Studentenbewegung heute durchaus Kraft genug, das Politische Mandat zu verteidigen. Sicher ist es darüberhinaus erstrebenswert, die demokratische Öffentlichkeit (aber die wirkliche, nicht die DGB-Führer, auf die die Jusos soviel Wert legen) zu gewinnen. Dies wiederum wird aber nur dann möglich sein, wenn die Studentenbewegung praktische Politik macht. Wer wollte sich schon für ein abstraktes Politisches Mandat erwärmen?

Praktische Politik in dieser Hinsicht hat auch da wiederum der Göttinger AStA gemacht, dem von den Reformisten so gerne vorgeworfen wird, er verschrecke die Demokraten. Immerhin hat sein Fall dazu geführt, daß es innerhalb des demokratisch - liberalen Lagers zu einer Auseinanderstzung gekommen ist, die sich in Solidarisierungen von Judos, Professoren, ja selbst von gewerkschaftlichen Gruppen niederschlägt.

Die Bourgeoisie mußte in diesem Semster die Erfahrung machen, daß sie es nicht schafft, oder es ihr nichts nutzt, einen der linksradikalsten ASten amtszuentheben, weil die Studentenbewegung sich in der Verteidigung gleichzeitig radikalisiert. Jetzt hat sie offensichtlich umgeschaltet, um an den schwächsten Stellen Einbrüche zu erzwingen. Sollte ihr dies gelingen, so wäre dies eine Niederlage für die gesamte Studentenbewegung, denn es geht weder in Münster noch in Kiel um die Juso-Politik. Die Verteidigung des Politischen Mandats in Münster und anderswo ist eine Aufgabe der gesamten Studentbewegung – wobei von den Jusos zumindest wohlwollende Unterstützung verlangt werden muß, wenn sie sich schon nicht voll in die Bresche werfen wollen.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Jetzt auch in Kiel: Zwangsgelder gegen das Politische Mandat

Mit einem Paukenschlag soll nun auch das Semester an der Uni Kiel zu Ende gehen. Das Verwaltungsgericht Schleswig verurteilte den AStA aufgrund einer Klage des RCDS dazu,

- das politische Mandat nicht mehr wahrzunehmen,
- mit Rechtskraft des Urteils aus den VDS auszutreten,
- bis dahin nicht mehr in den Organisationen der VDS mitzuarbeiten, keinen Mitgliedsbeitrag mehr zu überweisen und sie auch sonst nicht mehr zu unterstützen.

Jede Zuwiderhandlung wird mit einem Zwangsgeld von 5.000 DM geahndet. Und um zu beweisen, daß Geld diese Welt (und die Justiz) regiert, verfügte das Gericht, daß der Kläger durch eine Sicherheitsleistung von 23.000 DM die sofortige Vollstreckbarkeit des Urteils erkaufen kann. Es handelt sich um zwei Klagen aus dem Jahre 1974, die im Rahmen der RCDS-Kampagne „Klagt den VDS kaputt" angestrengt wurden. Zentrale Figur ist auch bei diesem Prozeß wieder der RCDSler Dornquast, der der Kieler Studentenschaft schon zur Genüge bekannt ist durch Einleiten von Ordnungsverfahren und Aussagen gegen fortschrittliche Studenten.

Darüber hinaus leitete Dornquast höchstpersönlich ein Strafverfahren gegen zwei Studenten ein, die im Juni 1975 im Rahmen eines Streiks gegen die „Gebäudenutzungsrichtlinien" (von den Studenten treffender Maulkorberlaß genannt) statt der Vorlesung eine Veranstaltung über Umweltschutz durchführen wollten.

Bei dem nun abgeschlossenen Prozeß gegen das Politische Mandat legte Dornquast eine Reihe von AStA-Infos aus den vergangenen drei Jahren vor. Zu den beanstandeten Themen gehörten u.a. Brokdorf und Gorleben sowie ein Artikel über die Zusammenarbeit von westdeutschem Verfassungsschutz und SAVAK. Bei der Klage gegen die VDS-Mitgliedschaft führten die Reaktionäre dessen Internationalismusarbeit und Stellungnahmen zu den Berufsverboten an. Das reichte dem Gericht, um den AStA zum Austritt aus den VDS zu verurteilen, da nur so ein „Rechtsschutz" für Dornquast, der ja nicht mit den im VDS vertretenen Ansichten übereinstimmt, zu erzielen sei.

Den Kieler Juso-AStA scheint all dies nicht sonderlich aus der Bahn zu werfen. Vor dem Prozeß lief gar keine Informationsarbeit, was sie originellerweise damit begründen, daß „*noch eine ganze Reihe prozessualer Vorfragen* (hätten) *geklärt werden müssen, so daß es noch gar nicht zu einer Urteilsverkündung hätte kommen dürfen*".

Doch auch nach dem Prozeß dauerte es immerhin fünf Tage, bis berichtet wurde. Zuvor lehnten die Jusos dem KB gegenüber eine Solidaritätsveranstaltung mit dem AStA Münster ab, da „in Kiel ganz andere Hämmer anstehen". Das zu einem Zeitpunkt, wo ihnen das Urteil bereits bekannt war!

Jusos ratlos

In ihrem weiteren Vorgehen wollen die Jusos klarmachen, „*daß man nicht um eine Worthülse kämpft, sondern daß es hier um knallharte politische Interessen geht*", ohne sich allerdings „*die Alternative bedingungslose Unterwerfung unter das Urteil oder demonstrative Mißachtung des Urteils*" aufzwingen zu lassen. Und das heißt für sie, „*daß wir uns unsere Politik nicht von Leuten aufzwingen lassen werden, deren politische Relevanz umgekehrt proportional zu ihrer Impertinenz ist*", womit sie wohl klarmachen wollen, daß sie ihre Ruhe behalten werden.

Was sie nun allerdings vorhaben, darüber ist bisher noch kein Wort verloren worden. Eine Vollversammlung jedenfalls soll es nicht sein, denn: „*Soll die beschließen, das im Verwaltungsgericht nur dumme Hunde sitzen, und daß wir es schleifen und plündern wollen?*" Nicht ganz zufällig greifen sie hier wohl zu den abgedroschenen Phrasen des KBW, denn aus all dem spricht völlige Hilflosigkeit angesichts der Angriffe, aber auch eine völlige Ignoranz gegenüber der Studentenbewegung, der sie nicht zutrauen, das Politische Mandat zu verteidigen.

Mit der sich abzeichnenden kleinkrämerischen Linie der Jusos wird sich sicherlich kein Student hinter dem Ofen hervorlocken lassen, das sehen sie schon ganz richtig.

Aber wie sagt der Volksmund: auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Und da war die Studentenbewegung noch immer dabei!

Studenten im KB/Gruppe Kiel

Blutiger Faschistenüberfall

München. Zum fünften Mal innerhalb weniger Wochen tauchten vor der Münchner Mensa militante Faschisten auf. Jedesmal provozierten sie ganz bewußt eine Schlägerei, schlugen ganz unvermittelt linke Büchertische kurz und klein u.ä.

Am 21.7. um kurz nach 13 Uhr kamen ca. 30 der Burschenschaftler und bauten einen Stand auf, unter ihnen der NPD-Vorsitzende Kerscher aus Regensburg. 25 der Faschisten verteilten sich zu zweit und zu dritt über das Mensafoyer. Sie hatten zum Teil Trillerpfeifen dabei und warteten offensichtlich auf einen Anlaß, losprügeln zu können. 50 Studenten sammelten sich und forderten „Faschisten raus aus der Mensa". Ungefähr um 14 Uhr bauten die Burschenschaftler ihren Stand ab, es hatte den Anschein, daß sie abziehen wollten. Die Antifaschisten folgten ihnen aus der Mensa. Unvermittelt begannen die Faschisten in diesem Moment eine blutige Schlägerei. Sie griffen sich einen einzelnen Studenten heraus und schlugen ihn brutal zusammen. Eine beherzte Genossin eilte ihm zu Hilfe, die Faschisten prügelten mit einer Latte (!) so auf sie ein, daß sie eine Gehirnerschütterung bekam, sie liegt jetzt im Krankenhaus!

Mehrere Burschenschaftler hatten von Plakatständern Latten abgebrochen und schlugen wahllos in die Menge. Insgesamt 5 Antifaschisten mußten ins Krankenhaus transportiert werden – einer z.B. mit Kieferhöhlenbruch – bei anderen genügte eine ambulante Behandlung. Gegen die braunen Schläger wird jetzt Strafanzeige erstattet.

Faschisten raus aus München!

Sympathisanten des KB, München

Juso-HSG wird nicht mehr finanziert

Kiel. Die Registrierung der Juso-HSG als zugelassene Hochschulgruppe wird zum Wintersemester 77/78 vom Präsidium der Uni Kiel widerrufen. „*Der Widerruf der Registrierung hat zum einen zur Folge, daß die Juso-HSG nicht mehr wie bisher kostenlos Räume an der Uni enthält, und zum anderen nicht mehr aus den Mitteln des Amtes für staatsbürgerliche Bildung gefördert wird, was letzlich eine Frage von 2.000 DM Haben oder Nicht-haben ist*" (aus einem Juso-Flugblatt „Das Präsidium sucht Putz"). Begründung: Die Jusos hätten rechtswidrig zu VV's und zu einer Urabstimmung aufgerufen. Dem Juso-AStA, dem derzeit das politische Mandat verboten werden soll, soll also selbst der Rückzug, nicht als AStA, sondern als Juso-HSG z.B. zu „rechtswidrigen" VV's aufzurufen, mit finanziellem Druck verboten werden.

Studenten im
KB/Gruppe Kiel

Solidarität mit dem Frankfurter AStA

Erst vor kurzem wurde bekannt, daß auch gegen den Frankfurter Sponti-AStA seit geraumer Zeit scharfe Angriffe wegen der Wahrnehmung des Politischen Mandats geführt werden. So ist es offenbar die Hauptbeschäftigung des reaktionären Studenten Freiherr Schenk zu Schweinsberg (der heißt wirklich so!), die gerichtliche Verhängung eines Zwangsgeldes zu beantragen, wann immer der AStA *„nicht hochschulbezogene Stellungnahmen"* abgibt oder gar eine *„angemessene Ausgewogenheit"* vermissen läßt. Schweinsberg beruft sich dabei auf eine einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 10.2.76, das dem AStA die Wahrnehmung des Politischen Mandats *„unter Androhung von Ordungsgeld für den Fall der Zuwiderhandlung"* untersagt. Auf diese Weise hat Schweinsberg bereits 25 Anzeigen gegen den AStA eingereicht. Berechnet man den durchschnittlichen Satz pro Anzeige mit 2.000 DM Zwangsgeld (das dürfte das Mindeste sein!), so kommt man auf eine Gesamtsumme von 50.000 DM. Schweinsberg zeigt alles an, was ihm unter die Finger kommt, vom Aufruf zu einer Demonstration gegen die Isolationshaft bis zum Protest gegen Atomkraftwerke. Sogar ein Solidaritätstelegramm, das der AStA an die Göttinger „Kollegen" schickte, wird moniert. Daß es sich hier um eine gezielte Kampagne handelt, ist klar, und es fällt auch nicht schwer zu erraten, wer dahinter steht.

Dies ist jedoch nicht die einzige Methode, den AStA kaputtzuklagen und ihm einen totalen Maulkorb zu verpassen. Schweinsbergs Kampagne, den AStA finanziell zu ruinieren, wird von Universitätspräsident Krupp mit weiteren, z.T. noch schärferen Zensurmaßnahmen ergänzt. Krupp stellte Strafanzeige gegen den AStA wegen „Veruntreuung" studentischer Gelder. Die Staatsanwaltschaft solle prüfen, ob und w e l c h e AStA-Mitglieder sich durch Wahrnehmung des Politischen Mandats „strafbar" gemacht hätten (Schreiben an den AStA vom 8.6.77). Aber es kommt noch toller:

Krupp ließ seit dem 4.11.76 alle *„anstoßerregenden Schmierereien an den Wänden der Universitätsgebäude"* peinlichst genau (Parole, Stelle, wo sie angebracht wurde, und Datum) registrieren, um am 23.5. vor dem Landgericht Schadenersatz vom AStA zu beantragen. Denn mit seinem Protest gegen Krupps Plakatierverbot habe sich der AStA mit den „Wandschmierereien" „identifiziert", die „Verantwortung dafür übernommen" und dazu „angestiftet". So seien z.B. während eines vom AStA organisierten Fests auf dem Campus am 16.5. Parolen angebracht worden. Da der AStA keine Ordner (!) für das Fest stellte, müsse er für den Schaden haftbar gemacht werden. Schließlich beantragte Krupp am 8.6. gerichtlich Zwangsgelder gegen den AStA wegen Unterstützung des Medizinerstreiks vom Beginn des Semesters; dies unter Berufung auf ein Urteil von 1974, das die Unterstützung von oder die Mitwirkung an Streiks verbietet.

Die minutiöse Überwachung und Registrierung aller AStA-Aktivitäten sowie die gezielte, von langer Hand vorbereitete Klagen-Kampagne zeigen, wie die Reaktion Stück um Stück versucht, den AStA immer stärker unter Druck zu setzen, um ein Nachgeben zu erzwingen und die Studenten letztlich einer wirksamen Interessenvertretung zu berauben.

Strafanzeigen in der Ablage

Der AStA hat sich bisher insofern nicht einschüchtern lassen, als er das Politische Mandat nach wie vor wahrgenommen hat. Umso unverständlicher erscheint es jedoch, daß zu den Strafanzeigen praktisch k e i n e Informationsarbeit gemacht wurde. So ist es an der Uni fast unbekannt, welches Ausmaß die Zwangsgeldandrohungen bereits angenommen haben. Insbesondere während des Streiks vom 13.6. bis 24.6. war dies „kein Thema". Zwar lautete eine der Forderungen *„Keine Strafanzeigen bei Wahrnehmung des politischen Mandats"*, der AStA versäumte es jedoch, darüber aufzuklären, wie aktuell gerade diese Frage war.

Erst am 6.7. erscheint ein Flugblatt darüber, daß Krupp Strafanzeige wegen „Veruntreuung" gestellt hat, das aber kaum verteilt wird. Offensichtlich wird nach dem Motto verfahren „Abheften und bei Gelegenheit an Rechtsanwalt weiterleiten". Es hat den Anschein, daß der AStA keine Möglichkeiten sieht, politisch gegen diese Angriffe aktiv zu werden. Insbesondere ist unklar, welche Summe an Zwangsgeldern gerichtlich inzwischen bereits verhängt worden ist und wie sich der AStA dazu zu verhalten gedenkt. Im AStA-Büro war zu erfahren, daß ein Teil der Gelder möglicherweise bereits bezahlt worden sei, eine genaue Auskunft wurde bisher jedoch nicht gegeben.

Die völlige Nicht-Information der Studenten zu diesen Auseinandersetzungen kann sich für den AStA nur verhängnisvoll auswirken. Denn sollte es zutreffen, daß der AStA tatsächlich ohne weitere Bekanntmachung einen Teil schon bezahlt hat (was wir nicht hoffen), würde dies natürlich die Glaubwürdigkeit des Widerstandes gegen Zwangsgeldandrohungen gefährden.

Zweifellos ist dies eine der entscheidenden Fragen für das Wintersemester. Der AStA muß daher schleunigst über das Ausmaß der Strafandrohungen, den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen, sein bisheriges Verhalten dazu usw. informieren. Ferner ist klar, daß die Behandlung dieser Frage eine wesentliche Rolle für die jetzt anstehende Neubildung des AStA spielt. Statt ins „Koalitionsgerangel" über AStA-Posten einzusteigen, sollten die beteiligten Gruppen (SHI/Spontis, Jusos, LiLi, MSB/SHB) vorrangig diskutieren, wie sie sich die Abwehr dieser Angriffe vorstellen.

Fehlende „Sensibilisierung" . . .

Der AStA hatte in der Diskussion um den Streik immer wieder die Reaktion der Studenten auf die Repression problematisiert. Der Streikbeginn wurde mehrfach herausgezögert, da *„die Diskussion über Widerstand gegen die neue Qualität von umfassender Repression noch nicht weit genug um sich gegriffen hat"* (AStA-Info, Mitte Mai). Die Repression werde vielfach nur „abstrakt" anhand des HRG-Textes diskutiert, während es an einer „Sensibilisierung" für die alltägliche Unterdrükkung, am „Gefühl für die konkrete Betroffenheit des Einzelnen" fehle. Stattdessen würde sich Gewöhnung an die miserable Situation breit machen (*„Diese schleichende Verschlechterung wird von uns meistens gar nicht bemerkt, wir machen täglich Kompromisse, um die Situation auszuhalten"*) – AStA-Info, Anfang Mai).

Zweifellos hat der AStA selber einen klassischen Fall solcher Gewöhnung an die Repression geliefert. Wir wagen allerdings zu bezweifeln, ob eine große Zahl von Studenten ebenfalls so „lethargisch" reagiert hätte, wären sie von den Angriffen auf ihr Vertretungsorgan informiert worden.

... aber große Worte!

„Wir waren realistisch – Wir forderten das Unmögliche". So kommentiert der „Pflasterstrand" (Frankfurter Sponti-Zeitung) den Streik. Man habe mehr erreicht, als für die Durchsetzung der und der Forderungen zu kämpfen oder soundsoviel Arbeitsgruppen zu bilden. Man habe *„Bewußtseinsveränderungen für Hunderte von Studenten"* erreicht, heißt es stolz. Dennoch wundert sich der „Pflasterstrand", weshalb zwar *„Unmut existiert"*, dieser sich aber *„nicht unmittelbar in massenhaften Aktionen ...nieder* (schlägt)". Schuld daran wird wieder der *„Lethargie"* der Studenten gegeben, weshalb es derzeit an vielen Hochschulen der BRD so *„äußerst mies"* aussehe.

Als Ziel habe man sich eine *„reflektierte und sich selbst mit reflektierende Bewegung"* vorgenommen. Dazu müsse die SHI *„rekonstruiert"* werden, um *„politische Konflikte an der Uni vorweg inhaltlich und organisatorisch diskutierbar zu machen, muß heißen, aus der Abstraktion in die Konkretion entwickeln und organisieren zu können"* („Pflasterstrand", Nr. 13).

Scharfsinnig analysiert! Mit der „Konkretion" scheint's tatsächlich ziemlich schlimm bestellt zu sein...

Ähnliche Bewertungen des Streiks gibt es aber auch innerhalb der LiLi („Linke Liste" aus Unorganisierten, KB, Irlandkomitee, CISNU, Arbeiter- und Studentenverein aus der Türkei sowie SB-Genossen), die bei den SP-Wahlen zwei Sitze erringen konnte. Als zentralen Mangel sieht ein Teil der LiLi das Fehlen einer sozialistischen Analyse der Hochschule und einer daraus resultierenden Theorie an. Nur unter dieser Voraussetzung könnten die Studenten für ihre Interessen mobilisiert und ein blinker Aktionismus, der es den Angriffen der Reaktion nur leicht mache, vermieden werden.

Wir halten dies alles für wenig tauglich, um eine wirkliche Kampffront unter den Studenten aufzubauen. Wir können an dem leidigen Hin und Her von „Theorie"-, „Strategie"- und „Analyse"-Diskussionen nur wenig Fortschritt erkennen, solange dies mit I g n o r a n z gegenüber der sehr konkreten Hochschulwirklichkeit und den sehr konkreten Angriffen verbunden ist. Es bleibt auch schleierhaft, wie jemand, der darüber nur zu äußerst dürftigen Aussagen in der Lage ist, „Theorie" oder „Reflexion" für sich in Anspruch nehmen könnte.

Macht man sich einmal die „analytische" Mühe, die Streikerfahrungen anderer Hochschulen heranzuziehen, läßt sich ganz simpel feststellen: Der Streik in Frankfurt wäre anders verlaufen, hätte man die Abwehr der Angriffe auf das Politische Mandat breit diskutiert und in den Mittelpunkt der Kämpfe gestellt. Dies bleibt für das nächste Semester zu berücksichtigen – dann ist die Situation an der Frankfurter Uni vielleicht gar nicht mehr so „mies".

KB/Gruppe Frankfurt

Buback-Nachruf: Kriminalisierungsversuche gegen Solidarität

Buback-Nachruf: 44 Professoren unter Beschuß

Der bekannte „Mescalero" - Artikel zu Buback und die darum stattgefundenen Auseinandersetzungen haben insgesamt 44 Professoren und 4 Rechtsanwälte veranlaßt, den „Buback - Nachruf" in einer Dokumentation zu veröffentlichen.

Die Dokumentation enthält neben einer Erklärung der Unterzeichner (siehe AK 108), in der sie *„ der Auffassung (sind), daß eine öffentliche Diskussion des gesamten Artikels möglich sein muß"*, einen vollständigen Nachdruck des „Mescalero" - Artikels sowie die Stellungnahmen der Basisgruppenfraktion des VDS, des AStA - Göttingen, den „Offenen Brief der Betriebsgruppe der GEW-Westberlin an der PH-Westberlin" sowie den Nachdruck eines Artikels von Rosa Luxemburg zum „Terror".

Inzwischen haben sich in Westberlin die Jungdemokraten mit der Dokumentation solidarisiert und erklärten, daß der Buback - Nachruf eine *„zu respektierende Meinung" sei, über die öffentlich und ohne Gefahr der Diskriminierung zu diskutieren erlaubt sein müsse"*. („Berliner Morgenpost", 10.7.77). Die Jungdemokraten wollen den „Mescalero" - Artikel ebenfalls in der nächsten Ausgabe ihrer Zeitung nachdrucken und erkärten zum „Offenen Brief" von Wissenschaftssenator Glotz (SPD) an die zwölf Westberliner Professoren (Glotz forderte die Distanzierung, andernfalls drohte er mit Disziplinarmaßnahmen und Dienstquittierung): dies sei *„ ein Versuch, die Meinungsfreiheit in der BRD zu beschränken. Deshalb werden die Westberliner Jungdemokraten, ohne dem Nachruf inhaltlich voll zuzustimmen, in der nächsten Ausgabe ihres Verbandsorgans ebenfalls den gesamten Nachruf dokumentieren, um eine freie Diskussion zu ermöglichen und gleichzeitig gegen die ergriffenen Repressionsmaßnahmen zu protestieren"*.

Außerdem hat sich der Westberliner AStA-PH mit den Judos und Professoren solidarisiert.

Die Angriffe laufen ...

Demgegenüber erkärten die FDP-Vorsitzenden Westberlins, Lüder und Oxford, sie würden sich mit dem Brief von Glotz an die 12 Professoren solidarisieren und den Jungdemokraten keine „technischen Möglichkeiten" zum Nachdruck des Buback-Nachrufs zur Verfügung stellen. Ausserdem solle Lüder mit den Judos eine „Klärung herbeiführen". Die Junge Union forderte die FDP auf, Ausschlußverfahren gegen die Judos einzuleiten.

Der Präsident der Westberliner FU, Lämmert, sowie die Vizepräsidenten verurteilten ebenfalls den Buback-Nachdruck; die Veröffentlichung diene *„keinem sinnvollen Informationszweck mehr ... Das unverantwortliche Spiel mit Gewalt und Gewaltparolen ... und die damit ... kaum verhüllte Bürgerkriegsdrohung ... dürfen nicht Mittel politischer Auseinandersetzung sein"*. („Tagesspiegel",15.7.77)

Die reaktionäre „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NoFu) an der FU forderte Glotz auf, *„unverzüglich ein Disziplinarverfahren"* gegen die 12 Professoren einzuleiten. („Berliner Morgenpost",13.7.). Ansonsten müsse sich Glotz den Vorwurf gefallen lassen, sich mit dem „Offenen Brief" nur ein *„politisches Alibi zu verschaffen"*. (ebenda)

Inzwischen ist ein Ermittlungsverfahren vom Staatsanwalt beim Landgericht Berlin eingeleitet worden. Dabei soll geprüft werden, ob sich die Professoren wegen Volksverhetzung, Billigung von Straftaten oder Verunglimpfung des Andenken Verstorbener strafbar gemacht haben.

... Bremen zieht nach!

Der Bremer Wissenschaftssenator Franke hat inzwischen mit seinem Westberliner „Kollegen" Glotz nachgezogen und hält die Gleichgültigkeit gegenüber der *„Anwendung brutaler Gewalt"* für *„bedenklich"*. Die 18 Bremer und 12 Westberliner Professoren haben nach Frankes Auffassung *„leichtfertig und unwissenschaftlich"* gehandelt. Außerdem wolle Franke das Westberliner Ermittlungsverfahren abwarten und dann die *„strafrechtliche Relevanz ... prüfen"*. („Frankfurter Allgemeine", 19.7.).

Insgesamt zeigt sich, daß die Bourgeoisie vor einem allzu schroffen Vorgehen zurückschreckt, weil sie befürchten muß (zurecht!), daß sich die Solidaritätswelle verstärkt und in die liberal-demokratische Öffentlichkeit „Einbrüche" erzielen kann.

Diese Situation muß von den Linken unbedingt breit genutzt werden.

KB/Gruppe Westberlin

Gießen. Die vom AStA der Universität Gießen herausgegebene Zeitung „Uni–Press" (28.6.77) ist von Vize–Präsident Trifterer der zuständigen Staatsanwaltschaft zwecks Ermittlungsverfahren übergeben worden, weil er in der Erklärung zum Nachdruck des Buback–Nachrufs *„eine eindeutige und klare Distanzierung"* vermißt. Gleichzeitig steht damit Prof. Erb unter Beschuß, der für die „Uni–Press" die presserechtliche Verantwortung übernommen hat, und in seiner Stellungnahme zum Nachruf geschrieben hat: *„Die vollständige Veröffentlichung dieses Textes halte ich für wichtig. Die Verfälschungen in der Presse sind unentschuldbar und haben mit Transparenz, eines der Grundprinzipien funktionierender Demokratie nichts zu tun."*

Neben den Ermittlungsverfahren erwartet den AStA für diese Ausgabe der Studentenzeitung eine Geldstrafe, die auf Antrag des RCDS wegen *„einer Fülle allgemeinpolitischer Ausserungen"* gegen ihn verhängt werden soll.

Braunschweig. Seit mehreren Semestern wird als Produkt des Seminars „Öffentlichkeitsarbeit an der Hochschule" von den Seminarteilnehmern und anderen Studenten gemeinsam mit dem das Seminar betreuenden Dozenten die „Braunschweiger Fachhochschulzeitung" herausgegeben. Die Zeitung vermittelt Informationen über die Arbeit am Fachbereich Sozialwesen und nimmt Stellung zu allgemein- und hochschulpolitischen Fragen. In der Nr. 2/77 der Zeitung wird der Artikel „Die Realität" aus der Fachschaftszeitung „Fettpresse" dokumentiert, der ebenso wie der Buback–„Nachruf" zum Anlaß genommen wurde, um gegen die Herausgeber eine Hetz- und Kriminalisierungskampagne zu entfalten (s. SOLIDARITÄT Nr. 38). Nach Erscheinen der Zeitung wurde von der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Dozenten ein *„Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz"* eingeleitet und eine Vorladung angesetzt. Zum Verhör begleiteten den Dozenten am 2.6.77 ca. 120 Studenten. Als die Demonstranten der Aufforderung, das Gerichtsgebäude zu verlassen, nicht sofort Folge leisteten, setzte die herbeigerufene Polizei Chemical Mace ein. Mehrere Verletzte mußten sich einer ärztlichen Behandlung unterziehen.

Am 3.6. wurde der Dozent durch die Universitätsverwaltung aufgefordert, die Beleglisten des Seminars herauszugeben zwecks Übergabe an die Staatsanwaltschaft. Ziel dieser Aufforderung ist die Ermittlung der vollständigen Namen der Redaktion, die im Impressum nur unvollständig wiedergegeben waren. Nach längerem Zögern gibt der Dozent der Amtsanweisung nach.

Am 15.6. wurden weitere neun Ermittlungsverfahren gegen die auf der Belegliste des Seminars stehenden Studenten eingeleitet. Davon stehen vier Studenten nicht einmal im Impressum der Fachhochschulzeitung.

Durch eine Demonstration und einen zweitägigen Warnstreik solidarisierten sich die Studenten des Fachbereichs. Darüberhinaus übernahmen 13 Hochschullehrer die presserechtliche Verantwortung für den Nachdruck der beanstandeten Seiten der Fachhochschulzeitung Nr. 2/77.

Am 28.6. beschloß die Fachbereichskonferenz (Dozenten und Studenten gemeinsam) die Herausgabe einer Dokumentation, in der die Vorfälle, die beanstandeten Artikel sowie die Schreiben der Staatsanwaltschaft abgedruckt werden sollen. Die Staatsanwaltschaft wurde aufgefordert, die Ermittlungsverfahren unverzüglich einzustellen.



Juso/LHV-AStA kapituliert

Münster. Wie schon im letzten AK befürchtet, hat der Juso/LHV-AStA vor Gericht seine Kapitulation erklärt und will im weiteren auf die Wahrnehmung des Politischen Mandats verzichten. Um einer drohenden Amtsenthebung zu entgehen, gab er bekannt: *„Der AStA erklärt, daß er unbeschadet seiner Rechtsauffassung zum politischen Mandat die bisherigen Urteile und Beschlüsse des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Münster respektieren wird, ohne sie zu billigen"* (nach „Westfälische Nachrichten", 15.7.). Der Rektor akzeptierte dies als „genügend" und nahm seine Drohung (vorläufig) zurück. Denn mit dieser Erklärung gibt der AStA sein Einverständnis zum Urteil, nach dem ihm verboten wird, *„politische Forderungen und Stellungnahmen abzugeben, die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind."*

Auch was die studentischen Gelder anbelangt, zeigt sich der AStA nicht „knauserig". Grundsätzlich erklärte er sich bereit, die Ordnungsgelder zu zahlen, hofft jedoch durch seine Abstinenz gegenüber dem Politischen Mandat noch einmal mit einem „blauen Auge" davonzukommen.

Die knapp 2.000 Studenten, die am 14.7. gegen die drohende Amtsenthebung durch die Innenstadt zogen, wußten von alledem noch nichts. Das war für den AStA auch besser so, denn er hatte schon so seine liebe Not mit der linken Opposition, die mit ihren Parolen das Bild der Demo weitgehend bestimmte, auch wenn sie eine Minderheit darstellte.

Auf der Abschlußkundgebung versuchte der stellvertretende AStA-Vorsitzende darin großmäulig die Rücknahme des Ultimatums durch den Rektor in einen „Sieg" des studentischen Kampfes umzumünzen. Ein allerdings krampfiger Versuch, angesichts der gerade vollzogenen Kapitulation. Dies ist offensichtlich ein neuer Dreh in der Juso-Doppelstrategie: Zurückweichen, um dann ausbleibende Schläge als Erfolg der eigenen „Massenpolitik" darzustellen. Die Studenten jedenfalls müssen sich reichlich verarscht vorgekommen sein, für eine Sache auf die Straße zu gehen, die schon längst gelaufen ist.

Daß die Jusos jedoch noch nicht einmal die Demo abgewartet haben, um ihre Erklärung abzugeben, zeigt ihr letztlich arrogantes Verhalten gegenüber der Studentenbewegung. So gesehen entlarven sich ihre Aussagen, gegen die Angriffe die Öffentlichkeit zu mobilisieren, als Sprüche, an die sie selbst schon nicht mehr glauben. Wie in schönsten SPD-Kreisen ist Massenmobilisierung für sie offensichtlich nur schmückendes Beiwerk für die Abkommen hinter den Kulissen. Solchen Leuten sollte man die studentischen Interessen kaum in die Hand geben.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß von der Studentenbewegung außerhalb Münsters wenig bis gar nichts getan wurde, um diesen Angriff zurückzuschlagen und den Juso/LHV-AStA durch Druck von seiner Erklärung abzubringen.

Zu mehr als papiernen Resolutionen hat es bei den meisten ASten und Studentenparlamenten leider nicht gereicht. Entweder hatten sie sich schon auf die Ferien eingerichtet, oder aber sie bereiten gerade den Wintersemesterstreik vor, wobei die Verteidigung des Münsteraner AStA zu diesem Zeitpunkt nur hinderlich sein kann – jedenfalls nach Auffassung dieser Leute.

Kurioses am Rande: Laut KVZ-Bezirksbeilage Nr. 29/77 *„waren die frechen Angriffe des Rektors nur deshalb möglich"*, weil *„die SPD-, FDP- und DKP-Studenten rein gar nichts unternommen haben, damit die Studenten ausreichendes Ausbildungsentgeld bekommen..."*. Folgerichtig muß der Kampf unter den Forderungen „100 DM mehr BaFöG, 1.500 DM Elternfreibetrag, Koalitionsrecht" usw. geführt werden; nur so kann *„die Regierungskoalition im AStA gestürzt werden."* Ganz im Ernst wäre es gar nicht so unwahrscheinlich, daß die Angriffe gegenwärtig nicht stattgefunden hätten, hätte sich der AStA auf die BaFöG-Frage beschränkt. Sollen die Jusos aber angegriffen werden, weil sie Flugblätter zu Chile, zu den AKWs usw. herausgebracht haben?

Sympathisanten des KB, Münster

den Rektor in einen „Sieg" des studentischen Kampfes umzumünzen. Ein allerdings krampfiger Versuch, angesichts der gerade vollzogenen Kapitulation. Dies ist offensichtlich ein neuer Dreh in der Juso-Doppelstrategie: Zurückweichen, um dann ausbleibende Schläge als Erfolg der eigenen „Massenpolitik" darzustellen. Die Studenten jedenfalls müssen sich reichlich verarscht vorgekommen sein, für eine Sache auf

so kann *„die Regierungskoalition im AStA gestürzt werden."* Ganz im Ernst wäre es gar nicht so unwahrscheinlich, daß die Angriffe gegenwärtig nicht stattgefunden hätten, hätte sich der AStA auf die BaFöG-Frage beschränkt. Sollen die Jusos aber angegriffen werden, weil sie Flugblätter zu Chile, zu den AKWs usw. herausgebracht haben?

Sympathisanten des KB, Münster

Massenrauswurf an Bayerns Uni?

Das bayerische Hochschulgesetz schreibt vor, daß ein Student von der Uni geschmissen wird, wenn er die Regelstudienzeit „erheblich überschreitet" (§55). Eine erhebliche Überschreitung z.B. liegt bei einem sechssemestrigen Studium schon vor, wenn die Prüfung nach dem siebten Semester noch nicht abgeschlossen ist.

Der Zweck der Zwangsexmatrikulation liegt auf der Hand: Bei einer Pflichtzeit von acht bis neun Semestern durchschnittlich könnten ohne Ausbau der Unis mit einem Schlag 30% mehr Studenten durchgeschleust werden, denn z.Z. beträgt die durchschnittliche Studiendauer 12 Semester!

Die Bestimmung des BHG tritt für eine einzelne Uni in Kraft, wenn sie ihre Satzung entsprechend geändert hat. Bei dieser Einführung der Zwangsexmatrikulation nimmt sich der KuMi eine Uni nach der anderen vor und tischt für einige Semester „Übergangsregelungen" auf, um einen landesweiten Massenprotest nicht aufkommen zu lassen.

Seit Mai '75 wurde die Universität München mehrmals aufgefordert, eine Satzung mit der Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation auszuarbeiten. Ende April folgte ein Ultimatum des Kultusministers an die Uni: Wenn bis zum 20. Mai die Satzung nicht auf dem Tisch liege, werde das Ministerium sie auf dem Wege einer Ersatzvornahme erzwingen.

Nach den Vorstellungen des Kumi soll die Zwangsexmatrikulation in München bereits ab Dezember 77 praktiziert werden. Der Senat weigerte sich, auf dieses Ultimatum einzugehen. Begründung: Man könne auch ohne diese Satzung in den meisten Fächern zwangsexmatrikulieren! Tatsächlich versucht die Univerwaltung, Studenten auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1923 rauszu kanten.

Hinter dieser Haltung des Senats verbirgt sich offensichtlich die illusionäre Vorstellung, die Anforderungen des BHG unterlaufen zu können. Dort, wo dies scheitert, wird der Senat jedoch auch selbst aktiv.

auch ohne diese Satzung in den meisten Fächern zwangsexmatrikulieren! Tatsächlich versucht die Univerwaltung, Studenten auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1923 rauszu kanten.

Hinter dieser Haltung des Senats verbirgt sich offensichtlich die illusionäre Vorstellung, die Anforderungen des BHG unterlaufen zu können. Dort, wo dies scheitert, wird der Senat jedoch auch selbst aktiv.

So beschloß der Senat mit den Stimmen des RCDS: *„In den übrigen genannten Fächern (Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie und Lebensmittelchemie) könnte zur Erzielung der Gleichbehandlung erforderlich sein, eine Satzung zu erlassen, die die Exmatrikulation nach erheblicher Überschreitung der für die Zwischenprüfung festgelegten Frist ermöglicht"* („Münchner Unizeitung", 2/77).

Obwohl im landesweiten Streik dieses Semesters die Zwangsexmatrikulation ein zentrales Thema war, gelingt es den Professoren z.B. noch, den Erstsemestern vorzulügen, die Zwangsexmatrikulation sei für sie schon in Kraft, obwohl die Uni noch keine entsprechende Satzung hat. Die Uninformiertheit vieler Studenten muß gerade angesichts der Salami–Taktik des Kumi schleunigst überwunden werden, wenn wir in Bayern Massenrausschmisse an den Unis verhindern wollen!

KB/Gruppe Nürnberg

Schüler gefeuert!

Mittels einer Verfügung hat das hessische Regierungspräsidium den Schüler Stefan von der Frankfurter Klingerschule verwiesen. Begründet wurde diese Disziplinierung damit, daß er *„pamphletische KBW–Agitation"* in die Schule hineingetragen habe, *„die geeignet war, die Entwicklung und Vertiefung des rechtsstaatlichen Bewußtseins der Mitschüler zu erschüttern"* (lt. „FR", 18.7.). Wörtlich heißt es in der Argumentation des Regierungspräsidiums: *„Meinungsäußerungen des Schülers genießen keinen Grundrechtsschutz, wenn und soweit sie die Erfüllung der Aufgaben der Schule, insbesondere ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages, an den Mitschülern beeinträchtigen."*

Eine Beeinträchtigung des Erziehungsauftrages – also ein Grund, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung einzuschränken – sieht die Behörde in der *„Aufforderung zur Zerschlagung des bestehenden Bildungsapparates nebst seinen Bildungsinhalten und das Streben danach"* sowie *„Aufforderung der Schüler zu ungesetzlichen Handlungen (Unterrrichtsboykott)"*.

Der Schulverweis für Stefan und seine Begründung durch das Regierungspräsidium ist der bislang dickste Hammer in einer Reihe von politischen Disziplinierungen von seiten der Kultusbürokratie gegen die massenhafte Beteiligung von Frankfurter Schülern an Unterrichtsstreiks und Demonstrationen im Frühjahr dieses Jahres.

Die GEW und der Stadtschülerrat haben bereits gegen den Verweis Stefans protestiert.

Antifa–Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Raumverbot rechtswidrig

München. Mit einer Anweisung vom 20.1. 75 erließ Bayerns Kumi Meier ein Raumverbot für alle studentischen Organisationen, die auf einer eigens dafür verfaßten „Schwarzen Liste" stehen. Das Verbot trifft ausschließlich linke Gruppen, der RCDS führt seine Veranstaltungen munter weiter durch.

Der KSV, der SHB und die „Marxistische Gruppe" haben gegen das Raumverbot geklagt. Nach zwei Jahren Bedenkzeit gab das Verwaltungsgericht München am 13.6.77 bekannt: Der Bescheid, nach dem SHB und KSV Räume verweigert worden sind, ist rechtswidrig. Die Klage des „Vereins zur Förderung des studentischen Pressewesens" („Marxistische Gruppe") wurde abgewiesen. Begründung: Die „MG" beteilige sich nicht an den Wahlen zu den BHG-Gremien und nehme daher nicht an der innerstudentischen Diskussion teil.

Mit diesem Urteil sind die Raumverbote jedoch keineswegs vom Tisch. Die Univerwaltung in München hat angekündigt, daß sie alle betreffenden Organisationen zwingen will, für jede einzelne Veranstaltung, die sie durchsetzen wollen, vor Gericht zu gehen.

KB-Sympathisanten München

Knast für ehemaligen Studenten

Lüneburg. Wie wir schon im letzten AK berichteten, wurden zwei ehemalige Lüneburger PH-Studenten we- mußte am Vorabend einspringen. Einem Hannoveraner Anwalt wurde die Akteneinsicht verwehrt, es sei

Knast für ehemaligen Studenten

Lüneburg. Wie wir schon im letzten AK berichteten, wurden zwei ehemalige Lüneburger PH-Studenten wegen „gemeinsamen Hausfriedensbruch" zu der unglaublichen Strafe von vier Monaten Knast ohne Bewährung bzw. 1.350 DM Geldstrafe verurteilt.

Worum ging es?

Genau vor einem Jahr bekämpften die Lüneburger Studenten die Teilnahme von regierungsamtlichen Gesinnungsschnüfflern an den Prüfungen. Sie wehrten sich, indem z.B. 200 ihr Recht auf Öffentlichkeit bei Prüfungen wahrnahmen und einfach das Dekanat belagertern worauf die Kultusbürokratie mit mehreren massiven Bulleneinsätzen antwortete. Stellvertretend für alle Studenten wurden jetzt zwei bereits als Linke Bekannte herausgegriffen und vor Gericht gestellt, wobei die Anklage nicht oft genug deren „politischen Standort" und „agitatorische Tätigkeit" betonen konnte. Im Verlauf des Prozesses kam es denn auch ständig zu Verletzungen selbst elementarer „rechtsstaatlicher Grundsätze":

Obwohl ein Verteidiger nicht teilnehmen konnte, beharrte das Gericht auf seinem Termin – ein Assessor mußte am Vorabend einspringen. Einem Hannoveraner Anwalt wurde die Akteneinsicht verwehrt, es sei denn, er käme extra nach Lüneburg angereist.

Einem der beiden Angeklagten wurde gleich am ersten Tag das Rederecht entzogen, und obendrein bekam er mal eben so eine Ordnungsstrafe von 100 DM. An Zuschauer verteilte das Gericht auf empörte Zurufe hin insgesamt 450 DM Strafen (Studenten!) und ließ den Saal von Bullen räumen.

Nach Stammheimer Manier unterbanden Richter und Staatsanwalt in trauter Zweisamkeit von vorneherein alle Anträge, Ausführungen etc. der Verteidiger, die darauf abzielten, die Ziele und Hintergründe des damaligen Streiks aufzurollen – hier gehe es ja um eine „normale" Straftat. Interessant dann die Urteilsbegründung: Der Angeklagte P. lasse sich durch Geldstrafen nicht beeindrucken – das wisse man schon vor seiner früheren politischen Betätigung, und eine Geldstrafe würde er sicher zusammensammeln. Ganz unpolitisch, nicht wahr?

KB/Gruppe Lüneburg

Unter der Gürtellinie

In zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben der „links", Zeitung des SB, nimmt die SB-Hochschulgruppe/Göttingen in ausgesprochen solidarischer Weise zu den Ereignissen um den Göttinger AStA Stellung. Dies scheint einigen Redakteuren der „links" mächtig unter die Haut gegangen zu sein, denn in den Artikel in der letzten Ausgabe (Juli) plazierten sie eine weitere Stellungnahme zu diesem Thema. Geschrieben von einem „Kollegen", der *„einige Gedanken und Äußerungen aus meiner und meiner Arbeitskollegen Sicht beisteuern"* will. Dann zieht er vom Leder. Im Betrieb gebe es *„keinerlei Verständnis oder auch nur emotionale Zustimmung zu dem Mord an Buback"*, der Göttinger AStA habe *„jene Angriffe bewußt provoziert"*, weshalb er sich über die Reaktion der Herrschenden nicht zu wundern brauche. *„So feine Unterschiede"*, den Artikel insgesamt zu beurteilen, *„machen die Arbeiter aber nicht"*.

Schließlich und endlich kommt er zu dem Schluß, diese Veröffentlichung bewirke *„eine Eskalation der Berufsverbotepraxis und Repression"*.

Diese Art der Auseinandersetzung sind wir bisher nur von der DKP gewohnt. Im ganzen Artikel keine Auseinandersetzung mit den Positionen, weshalb die Veröffentlichung verteidigt werden muß, stattdessen die biedermännische Haltung eines „Kollegen", der sich ausgerechnet auf ganz und gar unproletarische bürgerliche Verhetzung beruft. Oft genug mußten derartige „Stimmen aus dem Betrieb" für fehlende Argumente herhalten.

Schlimm genug, daß die „links"-Redaktion solchen demagogischen Anpinkeleien Raum läßt. Einen besonderen Akzent erhält dies noch dadurch, daß die Stellungnahme des „Kollegen" vom lay-out besonders hervorgehoben wird. Dies nährt die Vermutung, daß die „links"-Redaktion eventuell stärker in diesen Beitrag engagiert ist, und keineswegs nur mal eben so „undogmatisch" verschiedene Meinungen zu Wort kommen läßt. Darauf deutet auch der Schlußsatz des Beitrags der Göttinger SB-Genossen hin, wo es heißt: *„Auch einige Genossen der ‚links'-Redaktion sollten nicht vor Opportunismus umfallen, sondern Farbe bekennen"*. In der Tat!

Arbeiterbund ratlos — aber der DKP zur Seite

Der Studentenverein des bayerischen „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der DKP" veröffentlichte in seiner Zeitung „Gegendruck" einen Artikel über den Göttinger AStA. Wesentlicher Inhalt des Artikels – eine nette Schmeichelei an die Adresse des MSB! So heißt es da: *„Fortschrittliche Kräfte, wie z.B. der MSB, überlegen sich noch, ob sie sich trotz der politisch falschen Stellungnahme des Göttinger AStA zur Verteidigung des politischen Mandats mit ihm solidarisieren können."*

Tja, kann man das denn als fortschrittliche Kraft oder kann man das nicht – eine klare Antwort gibt der KHB uns darauf nicht. Er bleibt bei der Feststellung, daß der Göttinger AStA letztendlich ein „Spalter–AStA" sei:

„Die Stellungnahme des Göttinger AStA (gemeint ist der Artikel des ‚Mescalero') *zum Thema Buback ist nicht nur deshalb falsch, weil die Aktion, die nicht das System, sondern eine Person angreift, von der Öffentlichkeit nicht unterstützt wird, sondern auch, weil die Stellungnahme die Studenten spaltet und ein einiges Vorgehen gegen die Angriffe der Bourgeoisie verhindert."*

Mußte der MSB wegen seiner üblen Pöbeleien gegen den AStA sogar eine Kritik der Jusos einstecken (s. AK 107) – der KHB hält ihm eisern die Treue!

KB–Sympathisanten München

Freispruch für fünf Studenten

Regensburg. Fünf Studenten waren in einem ersten Verfahren zu Geldstrafen von 450 bis 750 DM verknackt worden, weil sie im Wintersemester an der Wahl zum AStA (in Bayern illegal) aktiv beteiligt waren. Gegen die Strafbefehle wegen „Störung des Vorlesungsbetriebs" und wegen Hausfriedensbruch legten sie Widerspruch beim Amtsgericht ein, der jetzt zum Freispruch führte. Begründung: solche Vorkommnisse seien „universitätsüblich". Nach dem Urteil grollte der Sprecher der Univerwaltung, das Gericht schaffe mit diesem Urteil einen Freiraum für jegliche rechtswidrige Eingriffe.

„Was uns vor einiger Zeit nur noch mühsam gelungen ist, nämlich beim Aufruf zum Streik in einigen Fachbereichen Störungen der Vorlesungen zu verhindern, das wird uns im Wintersemester nach dieser Entscheidung nicht mehr möglich sein. Verantwortung für das, was im Wintersemester passieren wird, trägt von nun an nur die Justiz. Wir sind über das Urteil bestürzt und empört."

KB/Gruppe Nürnberg

Ein Lehrstuhl für den Papst

Und es geschah zu Erlangen, in der ehrwürdigen Universitätsstadt, Institut Politische Wissenschaften, als mehrere festlich, im Ministrantenlook, gekleidete Studenten mit 70 Freunden eine Berufungsvorlesung belebten.

Mit Weihrauch, Kerzen und gefalteten Händen, von altdeutschem Liedgut *„Vom Himmel hoch, da komm ich her"* feierlich begleitet, sprach der Vorbeter:

„Wir fordern zwei Konkordatslehrstühle: einen für Paul VI. und einen für Levebre."

Und diese aufrichtigen Kommilitonen waren auch so wahrhaftig, daß sie gleich einen hübschen Streik für den Fall ankündigten, daß diese zwei Lehrstühle überhaupt besetzt würden.

Hintergrund ist der Plan, in Erlangen einen Konkordatslehrstuhl in der Lehrerausbildung einzurichten.

Anwärter für solche Lehrstühle haben nur dann Aussicht angenommen zu werden, wenn der zuständige Bamberger Bischof keine Einwendungen bezüglich des katholisch-kirchlichen Standpunkts erhebt. Der Erzbischof entscheidet dann, ob einer Berufung aus römisch-katholischer Sicht nichts im Weg steht.

Die VV am Institut Soz/Pol. forderte die Berufungskommission auf, keine Liste aufzustellen, da es untragbar ist, daß für einen wissenschaftlichen Lehrstuhl eine religiöse Zustimmung nötig ist.

Aufgrund des Konkordats, das zwischen dem Freistaat Bayern und dem „Heiligen Stuhl" besteht, sollen in Bayern nunmehr knapp zwei Dutzend solcher Lehrstühle eingerichtet werden.

Und wie schön wäre es doch, wenn der Papst bereits aus der bayrischen Studentenbewegung hervorgehen könnte...

Studentengruppe
KB/Gruppe Nürnberg

Behördenterror gegen streikende Schüler

Hamburg. Nach den Streiks am 18.5. gegen den neuen Schulgesetzentwurf, an dem sich 33 Schulen mit ca. 5.700 Schülern beteiligten, hagelte es in den einzelnen Schulen Disziplinierungen. An fast allen Streikschulen haben die Eltern zumindest Briefe von der Schule bekommen. Vielfach folgten diesen Briefen noch Verweise. So wurden allein an dem Helene-Lange-Gymnasium 47 Verweise erteilt (bei drei Verweisen fliegt man von der Schule)!

Zusätzlich zu diesen Massenrepressionen wurden einzelne Schüler stellvertretend für die ganze Bewegung mit erheblich schärferen Repressionen belegt:

– So bekam Alex (Mitglied des kommissarischen Schülerkammervorstandes) zusammen mit einem anderen Schüler an der Daimlerstraße mit der formalen Begründung Hausverbot, daß sie im Unterricht Bier getrunken hätten. Da sie sich nicht an das Hausverbot hielten, soll Alex jetzt von der Schule fliegen!

Es ist bestimmt nicht zufällig, daß man gerade ihn herausgegriffen hat, da er als aktiver Linker bekannt ist und schon Verweise wegen Arbeitsverweigerung, einer Anti-AKW-Aktion an der Schule und dem letzten Schulstreik bekommen sollte!

– Klaus Dieter H. von der Fachschule für Sozialpädagogik sollte im Februar nicht in das nächste Semester versetzt werden, da er zu oft gefehlt habe. Er legte Widerspruch ein, womit er in der ersten Instanz scheiterte. Da die Schulleitung mit weiteren Verfahren von ihm rechnete, hat sie sich dann auch eine ganz neue Variante überlegt, K.-D. von der Schule zu bekommen: Sie intervenierte kurzerhand beim Bafög-Amt, daß dieser Schüler eine Klasse mehr als zweimal wiederholt. Dies hat zur Folge, daß K.-D. in Zukunft kein Bafög mehr bekommen und 3000 DM ans Bafög-Amt zurückzahlen soll!

– Ein Mitglied der Schülerkammer wurde von Schülern des Helene-Lange-Gymnasiums eingeladen, auf einer Vollversammlung zu sprechen, da es den Schülern in der Schule verboten worden war, auf dieser VV über weitere Aktionen im Kampf gegen das neue Schulgesetz zu diskutieren. Das Schülerkammermitglied Wolf wurde dann während der VV von der Schulleitung aus der Schule entfernt. Vor dem Schultor erwartete ihn die Polizei, um seine Personalien aufzunehmen. Ihm droht jetzt Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

– Frank Z., ein Schüler des Elise-Averdieck-Gymnasiums, ist mit der formalen Begründung abgeschult worden, er zeige „Fehlverhalten" im Unterricht, wie Zuspätkommen, freche Antworten geben, Zwischenrufe im Unterricht usw. Der eigentliche Grund, der dahinter steckt, ist „Rädelsführerschaft" beim Streik.

– Der härteste Angriff ist allerdings, was gegen eine Schülerin der Fachschule für Sozialpädagogik Altona unternommen wird: Nach der Spontan-Demonstration am 18.5. von der Fachschule aus zu anderen Altonaer Schulen wurden ihre Personalien und die eines ihrer Mitschüler aufgeschrieben. Jetzt läuft ein Ermittlungsverfahren gegen sie, wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Ihre Akte ist inzwischen beim Staatsanwalt angekommen. Als sie mit einem Anwalt zusammen Akteneinsicht nahm, las sie folgende Behauptungen: Bei der besagten Demo handle es sich nicht um eine Spontan-Demo, sondern um eine geplante, sog. Vordemo, wie sie mehrfach schon vor dem 18.5. „mündlich propagiert wurde". Roswitha E. wird von den Bullen als Leiterin dieser „geplanten" Demo, die als spontane Demo natürlich nicht angemeldet war, ausgemacht, da sie „laufend" durchs Megaphon gesprochen habe und man ihren Anweisungen sofort gefolgt wäre. Außerdem hat sie auf einem Schulhof zu den Schülern gesprochen, was natürlich auch der Beweis dafür ist, daß nur sie als Leiterin in Frage kommt. Doch dies ist bei Roswitha noch nicht alles: 14 Tage nach dem Streik bekam Roswitha Besuch von der politischen Kripo. Man teilte ihr mit, daß angeblich ein anonymer Anruf gekommen sei. Dieser seltsame „Anonyme" habe behauptet, daß bevor Buback erschossen worden ist, daß bei ihr ständig nächtliche Besucher gewesen seien, was nach Bubacks Tod schlagartig aufgehört hätte. Dem Staatsschutz ist offensichtlich kein Versuch zu dämlich, um aktive linke Schüler einzuschüchtern.

Nachdem die Schulbehörde und die Schulleitungen von den ersten Streikwellen noch überrascht wurden, gingen sie nach dem 18.5. zu einem konzentrierten Angriff gegen Schülervertretungen und Schülergruppen vor. Weil die Schülerkammer zu Aktionen am 18.5. aufgerufen hatte, sind ihr vom Hamburger Senat sämtliche Gelder gestrichen worden, sodaß ihr die Grundlagen für die politische Arbeit entzogen worden sind. Weiterhin ging ein zentraler Rundruf an alle Schulleiter, die Post der Schülerkammer zu boykottieren.

Auf den Punkt bringt dies der Landesschulrat Neckel, in einem Brief an alle Schulleiter:

"Weder das Gremium der Schülervertretung noch einzelnen Schülern steht in der Schule ein Demonstrations- oder Streikrecht zu. Wer von seinem Grundrecht der freien Meinungsäußerung öffentlichen Gebrauch machen will, kann dies im Rahmen der geltenden Gesetze außerhalb der Schule und der Unterrichtszeit beliebig tun."

Er ruft dann alle Schulleiter dazu auf, „Störungen" des Schulbetriebs sofort zu melden, die „Rädelsführer" ausfindig zu machen, um so die Schulstreiks einzudämmen.

Politik in der Schule ist eben nur so lange erlaubt, wie sie den Schülern mit einem bestimmten Verständnis von den Lehrern in den Kopf gestopft wird.

Sozialistischer Schülerbund Hamburg

Ordnungsrecht und Polizei gegen antifaschistische Studenten

Nachdem es in Würzburg bisher erfolgreich gelungen war die Berufung des CSU-Profs und Pinochet - Verherrlichers Bossle zu verhindern, indem seine Antrittsvorlesung solange gesprengt wurde, bis er sich an der Uni nicht mehr sehen ließ, soll dies jetzt ein ordungsrechtliches Nachspiel haben.

Am 23.6.77 erhielt die Kommilitonin D.R. einen Brief von Berchem, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß gegen sie ein Ordungsverfahren eingeleitet worden ist. Die Begründung für dieses Verfahren dürfte bisher einmalig sein: D.R. wird vorgeworfen, daß sie presserechtlich verantwortlich für die „Kommunistische Hochschulzeitung" (KBW) sei, und daß darin *„die öffentliche Aufforderung, die Durchführung von Unterrichtsveranstaltungen erheblich zu stören oder zu behindern"* enthalten sei (aus dem Brief).

Belegt wurde dies mit folgenden zwei Sätzen aus dem Artikel *„Bossle muß von der Uni verschwinden"*, abgedruckt in der KHZ vom 16.5.77 und *„... Die Seminare am Nachmittag und Abend konnten auch gesprengt werden. Nötig ist jetzt, daß der Kampf nicht mit diesem Erfolg abgebrochen wird, sondern solange weitergeführt wird, bis Bossle weg ist ..."*

Doch der Rektor hatte falsch kalkuliert. Eine breite Solidaritätsbewegung setzte ein. Die von studentischer Seite aus umfunktionierten „ Bossle - Vorlesungen" wuchsen, nach zeitweiliger „Flaute", wieder auf 500 Teilnehmer an. Mit überwältigender Mehrheit stellten die Anwesenden dem Unirektor Berchem das Ultimatum, binnen einer Woche die Ordnungsverfahren zurückzuziehen, andernfalls würden einige Kommilitonen in den Hungerstreik treten.

In einer spontanen Demonstration der 500 Studenten wurde Berchem dieses Ultimatum überbracht.

Eine Stunde vor Ablauf des Ultimatums machte Berchem seine Haltung zum Widerstand der Studenten klar: Eine weitere Störung von Lehrveranstaltungen würde er mit neuen ordnungs- und strafrechtlichen Verfahren ahnden.

Unbeirrt versammelten sich erneut 500 Kommilitonen und diskutierten das weitere Vorgehen.

Es wurde beschlossen, den Hungerstreik in den Räumen des Rektorats zu beginnen, und zu versuchen, dort zu übernachten. Nach einer Stunde Diskussion erschien Bossle, um endlich mal seine Vorlesung abhalten zu können. Nach 15 Minuten mußte er, ohne ein Wort gesagt zu haben, den Hörsaal verlassen.

In einer Demonstration wurden die Hungerstreikenden zum Rektorat begleitet. Eine Stunde vor der üblichen Schließung der Uni versammelten sich 300 Studenten, um die 10 Hungerstreikenden vor möglichen Bullenüberfällen zu schützen. Es wurde beschlossen, sich keine Schlacht mit den Bullen zu liefern, sondern bei einem massiven Aufgebot das Rektorat geschlossen zu verlassen. Nach zwei Stunden erschien Berchem mit einem Aufgebot von 40 Bullen und 4 Polizeihunden. Nach einer kurzen Aufforderung, das Gebäude zu räumen, trieben die Bullen mit Faustschlägen und unter Einsatz der Hunde die Studenten raus. Zwei Kommilitonen wurden festgehalten, ihre Personalien aufgenommen. Sie müssen mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch rechnen. Die Vertriebenen versammelten sich daraufhin vor dem geräumten Gebäude und beschlossen, dort zu bleiben und den Hungerstreik fortzusetzen.

60 Kommilitonen blieben als Schutz vor weiteren Bullenübergriffen bei den Hungerstreikenden.

Auf der bisher ersten Uni - VV am nächsten Tag an der Würzburger Uni mit ca 900 Teilnehmern wurden die weiteren Schritte diskutiert.

Es wurde beschlossen, ein Gesprächsangebot Berchems aufzugreifen, indem man ihn auffordert, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen und zu diesem Zweck die gleichzeitig stattfindenden Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen.

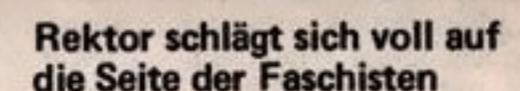
Einigkeit herrschte, daß der Kampf gegen Bossle nicht Verhandlungsgegenstand sei, sondern die sofortige Einstellung der Ordnungsrechtsverfahren von ihm gefordert werden muß.

Außerdem wurde eine Demonstration für Mittwoch den 13.7. und eine erneute Uni - VV zum Anfang des nächsten Semesters beschlossen.

Ein Spalier aus Polizeiketten verhinderte nicht, daß



... Bossle nur sehr geringen Zuspruch fand



Rektor schlägt sich voll auf die Seite der Faschisten

Der Rektor war jedoch nicht bereit, auf die Vorschläge der Uni -VV einzugehen. Die Gespräche zwischen Studenten und Unibürokratie scheiterten am 18.7. an der Weigerung letzterer, die Bossle-Vorlesung zugunsten der geplanten Podiumsdiskussion absetzen. Stattdessen ließ der Rektor am nächsten Tag in der Presse verlauten, die Bossle-Vorlesung würde nunmehr unter Polizeischutz stattfinden.

Daraufhin fanden sich nach nur halbtägiger Mobilisierung 5 - 600 Studenten vor dem Hörsaal der Bossle - Vorlesung ein, konfrontiert mit ca. 60 Bullen, vor dem Hörsaal und darinnen verteilt. Die Bullen verhinderten den Zugang von Antifaschisten, diese versuchten daraufhin das Häuflein der rechten Bosslehörer ihrerseits am Zutritt zu hindern. Die Polizei ermöglichte es jedoch durch Spalierbildung ca. 30 (meist Hochschulunionisten) Studenten, in den Hörsaal zu gelangen, um daraufhin die Türen zu schließen.

Ca.200 Kommilitonen harrten bis zum Schluß der Veranstaltung vorm Hörsaal aus, diskutierten das weitere Vorgehen und beobachteten den Geleitschutz für Bossle, der auf einen Ausweichwagen zurückgreifen mußte, da sein eigener gerade einen Plattfuß bekommen hatte.

Mit diesem provokativen Auftreten hat sich Rektor Berchem endgültig auf die Seite Bossles geschlagen. Ursprünglich war Bossle gegen den Widerstand der zuständigen Hochschulgremien auf direkte Weisung von Kumi und Parteifreund Maier auf seinen Posten gehievt worden. Der Rektor hatte zunächst die Taktik eingeschlagen, Konflikte zu vermeiden, indem er nach den ersten Protesten Bossles Veranstaltung aus der Uni auszulagern versuchte.

Mit der Einleitung von Ordnungsverfahren und dem offenen Polizeischutz für Bossle innerhalb der Uni hat sich Berchem nun direkt zum Handlanger Maiers und Komplizen des Faschistenfreunds Bossle gemacht.

Dadurch, daß Berchem nun die Hosen heruntergelassen hat, hat er gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Reaktivierung der Anti - Bossle - Front unter den Studenten beigetragen.

Die bestehende Bewegung gegen Bossle an der Würzburger Uni bietet gute Möglichkeiten, den Kampf gegen die Berufung dieses Pinochet - Freundes zu verbreitern. Bündnismöglichkeiten bestehen zum einen in der demokratischen und antifaschistischen Bewegung außerhalb der Universitäten, in der nach wie vor einhellige Ablehnung des chilenischen Faschistenregimes besteht. Aber auch für die gesamte Studentenbewegung der BRD und Westberlin hat der „Fall Bossle" Modellcharakter, wie fortschrittliche Studenten gegen Faschistenfreunde vorgehen können.

KB/Gruppe Nürnberg

Das wird heiß: Albanien kritisiert Chinas »Theorie der drei Welten«

Mit bisher ungewohnter Offenheit, Ausführlichkeit und Schärfe hat sich die Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) am 7. Juli in ihrem Zentralorgan „Zeri i Populit" gegen die sogenannte „Theorie der drei Welten" gewendet, die zu den Grundlagen der reaktionären chinesischen Außenpolitik gehört.

In der Wahl der Worte bleibt die albanische Polemik nicht hinter dem spektakulären Streit zwischen KPdSU und „Euros" zurück. So wird die „Theorie der drei Welten" unmißverständlich als „antileninistisch", „antimarxistisch", „antirevolutionär", „pseudo-antiimperialistisch", „sehr gefährlich für die Freiheit der Völker" und „im Gegensatz zu den Interessen der Revolution und des Proletariats" stehend verurteilt.

Der Text wurde von der albanischen Botschaft vollständig an alle westlichen Botschaften und Journalisten in Peking verbreitet (lt. „Le Monde", 14.7.).

Die „Theorie der drei Welten" geht davon aus, daß sich heute nicht mehr in erster Linie die Kräfte des Kapitalismus/Imperialismus und des Sozialismus gegenüberstehen; sondern daß eine „erste Welt" existiert, bestehend aus den „beiden Supermächten" USA und Sowjetunion, dann die „dritte Welt" (die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas) sowie die „zweite Welt" (die „kleineren" kapitalistischen und imperialistischen Länder). „Dritte Welt" und „zweite Welt" müßten sich gegen die „beiden Supermächte" zusammenschließen, „vor allem" gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus", der als „Hauptfeind" bezeichnet wird. Dieser Theorie zufolge verschwinden die sozialistischen Länder völlig als eigenständiger Faktor, sie gehen in der „dritten Welt" mit auf. Dazu heißt es in „Zeri i Populit": *„Unsere Partei ist der Ansicht, daß man auch heute von der sozialistischen Welt sprechen muß, wie es Lenin und Stalin taten ... . Das Argument der Theoretiker der ‚drei Welten'..., die die Existenz des Sozialismus aus ihrem Schemata gestrichen haben ..., entbehrt jeder Grundlage. Es steht in völligem Gegensatz zu den leninistischen Lehren und dem Klassenkriterium".*

Zur Unterstützung zitiert „Zeri i Populit" entsprechende Äußerungen von Lenin und Stalin: **„Heute gibt es auf der Welt zwei Welten: die alte – den Kapitalismus, der in eine Sackgasse geraten ist und niemals nachgeben wird, und die heranwachsende neue Welt..." („Lenin, 1921, Werke Bd. 31, S. 230). „Die Welt hat sich entschieden und unwiderruflich in zwei Lager gespalten: in das Lager des Imperialismus und in das Lager des Sozialismus... Um den Kampf dieser beiden Lager dreht sich das gesamte gegenwärtige Leben; er bildet den ganzen Inhalt der jetzigen Innen- und Außenpolitik aller maßgebenden Männer der alten und der neuen Welt" (Stalin, 1919, Werke Bd. 10, S. 212).**

„Zeri i Populit" schlußfolgert knallhart: *„Indem die sogenannte Theorie der ‚drei Welten' den Sozialismus als Gesellschaftssystem ignoriert, ignoriert sie den größten historischen Sieg des Weltproletariats, ignoriert sie den grundlegenden Widerspruch der Epoche, den Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus. . Es ist klar, daß eine solche ‚Theorie', die den Sozialismus beiseite läßt, antileninistisch ist. Sie führt zur Schwächung der Diktatur des Proletariats in den Ländern, wo der Sozialismus aufgebaut wird, während sie das Weltproletariat aufruft, nicht zu kämpfen, sich nicht zur sozialistischen Revolution zu erheben... Die Abkehr von den proletarischen Klassenkriterien bei der Einschätzung der Situation führt nur zu Schlußfolgerungen, die im Gegensatz zu den Interessen der Revolution und des Proletariats stehen".*

Im weiteren wendet sich „Zeri i Populit" gegen die von der chinesischen Führung vertretene Auffassung, die die „Länder der dritten Welt" insgesamt als fortschrittlich darstellt, die Widersprüche in diesen Ländern ignoriert und in der Praxis das Bündnis mit den reaktionären und proimperialistischen Regimes gegen den „Sozialimperialismus" sucht, wie z.B. in Angola und Zaire. Dazu schreibt „Zeri i Populit": Es ist *„absurd zu behaupten, man müsse nur gegen die äußeren imperialistischen Feinde kämpfen, ohne gleichzeitig die inneren Feinde, die Verbündeten und Komplizen des Imperialismus, alle jene Faktoren, die diesen Kampf behindern, zu bekämpfen und zu schlagen... Die Prediger der These von der ‚dritten Welt' dagegen bezeichnen als Befreiungsbewegung, ja, noch mehr, auch als ‚Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus', selbst den Kuhhandel des Königs von Saudi-Arabien oder des Schahs des Iran mit den Erdölmonopolen der USA, ihre Waffentransaktionen in Höhe von Milliarden und aber Milliarden Dollar mit dem Pentagon. Dieser Logik zufolge sind also die Ölscheichs, die die Gelder aus dem Erdöl in die Banken der Wallstreet und der City fließen lassen, Kämpfer gegen den Imperialismus ...". „Spricht man jedoch pauschal von der sogenannten ‚dritten Welt' als Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus und als Hauptkraft der Revolution, wie es die Anhänger der Theorie der ‚drei Welten' tun, ohne irgendeinen Unterschied zwischen den wahrhaft antiimperialistischen und revolutionären Kräften und den herrschenden proimperialistischen, reaktionären und faschistischen Kräften in einer Anzahl Entwicklungsländer zu machen, heißt das, sich offenkundig von den Lehren des Marxismus-Leninismus abzukehren und typisch opportunistische Auffassungen zu predigen, wodurch Konfusion und Verwirrung unter den revolutionären Kräften gestiftet werden. Im Grunde dürfen die Völker dieser Länder, der Theorie der ‚drei Welten' zufolge, nicht gegen, sagen wir, die blutrünstigen faschistischen Diktaturen von Geisel in Brasilien und Pinochet in Chile, von Suharto in Indonesien, des Schahs von Persien und des Königs von Jordanien usw. kämpfen, denn diese gehören ja zur ‚revolutionären Triebkraft, die das Rad der Geschichte vorwärtsdreht'. Dieser Theorie zufolge müssen die Völker und Revolutionäre sich im Gegenteil mit den reaktionären Kräften und Regimen der ‚dritten Welt' vereinigen und sie unterstützen...".*

Zur Parole der chinesischen Führung vom Zusammenschluß der Länder der „zweiten" und „dritten Welt" schreibt „Zeri i Populit": *„Keinesfalls kann es geschehen, daß die Länder der sogenannten ‚zweiten Welt', mit anderen Worten, die in ihnen herrschende monopolitische Großbourgeoisie, zu Verbündeten der unterdrückten Völker und Nationen im Kampf gegen die beiden Supermächte und den Weltimperialismus werden". „Die Länder der sogenannten ‚zweiten Welt' sind die wirtschaftliche und militärische Hauptstütze der aggressiven und expansionistischen Bündnisse der beiden Supermächte... Sie sind flammende Verteidiger des Neokolonialismus und der alten Ordnung der Ungleichheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen." „Dadurch, daß die sogenannte ‚zweite Welt', zu der die meisten kapitalistischen und neokolonialistischen Länder gehören, die die Hauptstütze der beiden Supermächte darstellen, als Verbündete der ‚dritten Welt' im angeblichen Kampf gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus hingestellt wird, wird der antirevolutionäre und pseudo-antiimperialistische Charakter der Theorie der ‚drei Welten' offensichtlich".*

Zur Parole der Vaterlandsverteidigung schreibt „Zeri i Populit": *„Indem sie sich bemühen, die Aufmerksamkeit des Proletariats von der Revolution abzulenken, predigen die Autoren der Theorie der ‚drei Welten', daß in der heutigen Zeit die Frage der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die Gefahr der Aggression durch die beiden Supermächte, besonders durch den sowjetischen* ***Sozialimperialismus, den sie als Hauptfeind betrachten,*** *in den Vordergrund gerückt sei." „... Das geht so weit, daß selbst die amerikanische militärische Präsenz in verschiedenen Ländern wie in Deutschland, Belgien oder Italien, in Japan und anderen Ländern gerechtfertigt und als Faktor der Verteidigung bezeichnet wird. Solche Ansichten sind sehr gefährlich für die Freiheit der Völker, für die Geschicke der Revolution". „Wer ‚vergißt', daß sowohl der Warschauer Pakt als auch die NATO bekämpft werden muß, daß sowohl der RGW als auch die EWG zurückgewiesen werden muß, der stellt sich an ihre Seite und wird ihr Sklave".*

Zusammenfassend schreibt „Zeri i Populit": **„Die heutigen antileninistischen Theoretiker der ‚drei Welten' , der ‚Blockfreiheit' usw. haben ... das Ziel, die Revolution zu unterhöhlen, den Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen den amerikanischen, abzuwiegeln, die marxistisch-leninistische Bewegung, die von Marx und Lenin propagierte Einheit des Proletariats zu spalten, allerlei Gruppierungen antimarxistischer Elemente zu schaffen, damit sie die wirklich marxistisch-leninistischen Parteien, die treu am Marxismus-Leninismus, der Revolution festhalten, bekämpfen.**

Die Versuche, die Situation auf angeblich neue, von Lenin und Stalin unterschiedliche Weise zu analysieren und die revolutionäre Strategie zu ändern, an der die marxistisch-leninistische Bewegung stets festgehalten hat, führen auf den falschen antimarxistischen Weg, zur Abkehr vom Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus" (Alle Zitate laut Beilage zum „Roten Morgen", 15.7.77).

Albaniens „ML-Internationale" formiert sich

Daß die albanische Führung zum Teil andere Auffassungen zur internationalen Lage hat als die chinesische Führung – speziell was die Verhältnisse in Europa und die Rolle des BRD-Imperialismus angeht – war schon seit langem klar. (vgl. z.B. AK-Sondernummer zur chinesischen Außenpolitik, 25.2.75).

Fortsetzung auf Seite 59

»Theorie der drei Welten« – von Mao persönlich erfunden?

Die Hua-Gruppe und ihr internationaler Anhang behaupten seit einiger Zeit, die sogenannte „Theorie der drei Welten" (ideologisches Fundament der reaktionären chinesischen Außenpolitik) sei von Mao Tse-tung höchstpersönlich entwickelt worden.

Dieser Behauptung nachzugehen, scheint lohnend – enthüllen sich dabei doch sogleich die Mechanismen, mit denen hier manipuliert und gefälscht wird.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die Hua-Gruppe zunächst ihren internationalen Anhang vorschickte, um die windige Kampagne mit der „wissenschaftlichen These des Vorsitzenden Mao Tse-tung von den drei Welten" in Gang zu bringen. Und zwar übernahm den Start die PCMLF (Frankreich), die am 21. Januar in ihrer „humanite rouge" einen Artikel *„Die These von den drei Welten, eine leninistische Analyse der internationalen Situation"* veröffentlichte. (Die PCMLF hatte schon in Sachen Vaterlandsverteidigung 1974 die Rolle des „Bahnbrechers" für die chinesische Führung gespielt.) Es folgte die PCMLB (Belgien) am 10. Februar mit einem Artikel in ihrer Zeitung „Clarte e l'exploite" und einem weiteren am 24. Februar.

Erst am 28. Februar schaltete sich die Hua-Gruppe selbst ein, und zwar mit einem Beitrag im Auslandsprogramm (!) von Radio Peking *„Über die wissenschaftliche Konzeption von den drei Welten"*, in dem ausdrücklich auf die PCMLF Bezug genommen wurde. Erst zu diesem Zeitpunkt hat offenbar die „KPD" überhaupt mitbekommen, was Sache war: In der „Roten Fahne" vom 9. März stieg sie erstmals (!) in die Kampagne ein mit dem Artikel *„Das strategische Konzept von den Drei Welten – die marxistisch-leninistische Analyse der heutigen Weltlage"*. Am 16. März druckte sie den Kommentar von Radio Peking vom 28. Februar ab, am 23. März die beiden Artikel aus „Clarte et l'exploite", am 6. April den Artikel aus „l'humanite rouge" vom 21. Januar!

Aus diesem Verlauf der Ereignisse ergibt sich, daß es keine oder nur sehr mangelhafte Koordination und Absprache zwischen den auf die Hua-Gruppe orientierten „ML"-Parteien über die Kampagne zur „Theorie der drei Welten" gegeben hat. Während die PCMLF zweifelsfrei im direkten Auftrag der Hua-Gruppe gehandelt hat (auch in China wedeln die Hunde mit den Schwänzen und nicht umgekehrt!), waren andererseits Organisationen wie die „KPD" ganz offensichtlich in die Planung der Kampagne nicht einbezogen, sondern wurden selbst von ihr überrascht.

Nächster bemerkenswerter Punkt ist die Behauptung der „humanite rouge" (21.1.77), Mao habe die „Drei Welten"-Theorie *„zum erstenmal im Februar 1974 formuliert"*. „Clarte et l'exploite" (10.2.77) wollte es sogar noch genauer wissen: Mao habe diese Theorie erstmals anläßlich des Besuchs des sambischen Präsidenten Kaunda in Peking (22.2. 1974) vorgetragen.

Woher PCMLF und PCMLB ihr „Wissen" beziehen, wird von ihnen selbst nicht angegeben. Die betreffende Nummer der „Peking Rundschau" enthält lediglich die Mitteilung, Mao habe mit Kaunda *„ein herzliches und freundschaftliches Gespräch"* geführt („Peking Rundschau" – „PR" Nr. 9/ 1974, S. 3). Dies entspricht der gängigen chinesischen Praxis, daß über die Inhalte der Gespräche Maos mit ausländischen Gästen absolut nichts veröffentlicht wurde.

Es bliebe also noch die Möglichkeit, daß irgendwann später in einer chinesischen Publikation behauptet worden wäre, Mao habe just in diesem Gespräch mit Kaunda erstmal die „Theorie der drei Welten" vorgebracht. Uns ist keine derartige Publikation bekannt. Aber vielleicht ist ja die „KPD" imstande, bei ihren Bruderparteien einmal deswegen nachzufragen und dies dann bekannt zu machen? Vorläufig neigen wir zu der Annahme, daß es sich dabei um eine der nach Maos Tod notorisch gewordenen Schwindeleien handelt. Wobei sich die Hua-Gruppe diesmal zur Abwechslung ihres internationalen Anhangs bedient haben könnte, um diese Lüge in die Welt zu setzen.

Beweisbar hingegen ist, daß die „Theorie der drei Welten" offiziell erstmals von Deng Hsiao-ping am 9. April 1974 auf der UNO-Vollversammlung vorgestellt wurde, und zwar ohne jeden Hinweis darauf, daß es sich um eine von Mao selbst erfundene Theorie handele! Unter anderem sagte Deng in seiner Rede: *„Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem II. Weltkrieg während einiger Zeit existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt"* („PR" Nr. 15/1974, S. 8).

Es fällt auf, daß damals um die heute sogenannte „Theorie der drei Welten" weder von der KPCh noch von der PdA Albaniens noch von sonst jemand viel Aufsehen gemacht wurde. Und zwar einfach aus dem Grund, weil Deng überhaupt nur neue Begriffe in die Welt gesetzt hatte („drei Welten"), die zugrundeliegende Theorie aber schon anderthalb Jahre älter war: In der allseitigen Restaurationsphase nach dem Tode des Genossen Lin Biao (September 1971) wurde im Herbst 1972 die sogenannte „Zwischenzonen"-Theorie aufgetischt (vergl. zu den Einzelheiten unsere Broschüre „Zur Außenpolitik der VR China", S. 19/20), nämlich: *„Die erste Zwischenzone schließt alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein, die in der Vergangenheit der Aggression und der Unterdrückung von seiten der Kolonialisten und der Imperialisten ausgesetzt waren, und die heute weiterhin heldenhaft gegen den Imperialismus und Kolonialismus kämpfen, besonders aber gegen die Supermächte. Ohne die zwei ‚Oberherren' schließt die zweite Zwischenzone die wichtigsten kapitalistischen Länder in Ost und West ein, die bis heute in verschiedenem Grad der Kontrolle, der Intervention und der Tyrannei der beiden Supermächte ausgesetzt sind. Sie stehen in immer größerem Widerspruch zu den letzteren ... Nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Zwischenzone vereinigen sich immer mehr Länder in verschiedener Form und auf unterschiedlicher Ebene zum Kampf gegen die Macht- und Hegemoniepolitik der Supermächte. Dies ist eine Tendenz der Weltgeschichte"* („Die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen studieren", „PR" Nr. 46/1972, S. 13).

Von der „Theorie der drei Welten" unterscheidet sich dies überhaupt nur dadurch, daß bei letzterer noch das sozialistische Lager wegfällt und der „Dritten Welt" zugeschlagen wird. Ansonsten entspricht die „erste Zwischenzone" der „Dritten Welt" und die „zweite Zwischenzone" entspricht der „Zweiten Welt" mit allen Schlußfolgerungen, wie sie heute konkret aus der sogenannten „Theorie der drei Welten" gezogen werden. Es ist also ein Vertuschungsmanöver, wenn überhaupt von einer „Theorie der drei Welten" gesprochen wird, die im Februar 1974 von Mao oder im April 1974 von Deng – ganz wie man will – entwickelt worden sein soll. Tatsächlich wurde diese „Theorie" schon im Herbst 1972 öffentlich vorgetragen. Dabei diente der zunächst gebrauchte Begriff der „Zwischenzonen" wiederum zur Manipulation und Vernebelung: Da Mao Tse-tung 1946 (!) erstmals den Begriff „Zwischenzone" gebrauchte (Gespräch mit Anna Louise Strong, Werke Bd. IV, S. 97 ff), sollte eine Identität oder Weiterentwicklung der Theorie vorgetäuscht werden. Umso bemerkenswerter, daß der internationale Anhang der Hua-Gruppe jetzt außer Mao (dem vom Februar 1972!) sogar Lenin und Stalin zu Vätern der „Theorie der drei Welten" machen will, aber ausgerechnet den Hinweis auf 1946 „vergißt"!

Mao sagte 1946: *„Die USA und die Sowjetunion sind voneinander durch eine sehr ausgedehnte Zone getrennt, die viele kapitalistische sowie koloniale und halbkoloniale Länder Europas, Asiens und Afrikas umfaßt. Bevor die USA-Reaktionäre diese Länder nicht unterworfen haben, kann von einem Angriff auf die Sowjetunion nicht die Rede sein".*

Mao ging also aus von einer Zweiteilung der Welt (Sozialistisches Lager – Imperialistisches Lager unter Führung der USA). Die „Zwischenzonen"-Theorie von 1972 versuchte zwar den Eindruck zu erwekken, als würde sie Maos Analyse von 1946 nur geringfügig verändern (Differenzierung der einen „Zwischenzone" in zwei „Zwischenzonen"), tatsächlich wurde Maos Analyse aber völlig umgestülpt: Nämlich wieder eine Zweiteilung der Welt, aber jetzt auf der einen Seite die „beiden Supermächte" (später „Erste Welt" genannt) und auf der anderen Seite die zwei „Zwischenzonen" (später „Zweite Welt" und „Dritte Welt" genannt).

Maos Analyse beinhaltete die Ausnutzung von Widersprüchen zwischen den USA und ihren imperialistischen Verbündeten. Hingegen beinhaltet die „Zwischenzonen"-Theorie und die „Theorie der drei Welten" die „Ausnutzung" der Widersprüche zwischen der Sowjetunion einerseits und den westeuropäischen Imperialisten andererseits, d. h. praktisch nichts anderes als die Unterstüzung der imperialistischen Verbündeten der USA und in letzter Konsequenz der USA selbst!

Ob „Theorie der drei Welten" oder „Zwischenzonen"-Theorie – im einen wie im anderen Fall handelt es sich um dürftig zusammengezimmerte pseudowissenschaftliche Alibis für eine reaktionäre, pro-imperialistische Außenpolitik. Mao Tse-tung persönlich als Urheber derartiger Pseudo-Theorien auszugeben, ist Leichenfledderei.

Fortsetzung von Seite 58

Enver Hodscha hatte erstmals auf dem VII. Parteitag der PdAA (November 1976) direkt diese Meinungsverschiedenheiten angesprochen, freilich ohne – wie auch jetzt in „Zeri i Populit" – ausdrücklich die KP Chinas zu erwähnen (vgl. AK 95, S. 43). So hatte Enver Hodscha insbesondere die berüchtigte These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" sowie auch schon die Begriffe „zweite und dritte Welt" zurückgewiesen (allerdings noch nicht die „T h e o r i e der drei Welten").

Ebenfalls in AK 95 hatten wir auf das albanische Bestreben hingewiesen, eine „ML-Internationale" in duetlicher Abgrenzung zur Linie der KPCh zusammenzubringen, und hatten zugleich die Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit dieses Projekts (als Sammlung internationaler Sektierer und Größenwahnsinniger) aufgezeigt.

Gerade zur „Theorie der drei Welten" sind schon in den vergangenen Monaten sehr scharfe Äußerungen aus dem Kreis derjenigen Gruppierungen gekommen, die sich an der PdAA orientieren. Wohl am weitestgehenden äußerte sich die österreichische MLPÖ: *„Unsere Partei lehnt entschieden die sogenannte ‚Theorie der drei Welten' ab, die heute zur bevorzugten Theorie und zur Standarte einer neuen revisionistischen Strömung wird, und in der sich in konzentrierter Form eine falsche Einschätzung der internationalen Situation und eine falsche Festlegung der Aufgaben der Gegenwart ausdrückt. Diese ‚Theorie' ist unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus; sie mißachtet völlig das Klassenkriterium, wirft den proletarischen Klassenstandpunkt über Bord und machte eine korrekte Unterscheidung zwischen Freund und Feind unmöglich. Schlimmer noch: Es ist genau diese sogenannte ‚Theorie' das Hauptmittel, mit der man die revolutionäre Bewegung von ihrem sicheren Kurs abbringen und sie den Interessen der Bourgeoisie des eigenen Landes, ebenso wie den Interessen des Kapitalismus und Imperialismus, unterwerfen will ..."* (MPLP-Chef Franz Strobl auf einer internationalen „ML"-Kundgebung in Lissabon am 17.4. 77, lt. „Bandeira Vermelha", 27.4.). Auch der Vertreter der spanischen PCE/ml kritisierte auf dieser Kundgebung die „Theorie der drei Welten".
spanischen PCE/ml kritisierte auf dieser Kundgebung die „Theorie der drei Welten".

Die „KPD/ML" veröffentlichte als Beilage zum „Roten Morgen" vom 18.3.77 einen ausführlichen Artikel **„Die ‚Drei-Welten-Theorie' und Lenins Analyse der Epoche des Imperialismus sind unvereinbar"**. Dieser Erkenntnis waren freilich die bei der „KPD/ML" üblichen Schwenks und Schwanks vorausgegangen:

– Anfangs benutzte die „KPD/ML" selbst noch den Begriff der „zweiten" und „dritten Welt", wobei sie u.a. behauptete, es geben einen *„nichtantagonistischen Aspekt in den Beziehungen zwischen der 3. Welt und der 2. Welt"*, der *„vorübergehend zur Hauptseite werden"* könne. „Maßnahmen der Monopolbourgeoisien der 2. Welt, die dem Zusammenschluß gegen die Supermächte dienen", seien *„im Interesse der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse"*. Dies sei „die positive Rolle, die die Staaten der 2. Welt international gegenwärtig spielen können" (Beilage zum „Roten Morgen", Nr. 47/1975).

– Dann gab die „KPD/ML" die Begriffe der „drei Welten" auf, versuchte aber gleichzeitig in der Polemik mit der „KPD", dies als b e d e u t u n g s l o s hinzustellen: *„Die KPD macht in der ideologischen Auseinandersetzung die Frage der ‚drei Welten' immer wieder zum entscheidenden Kriterium dafür, ob eine Partei oder eine revolutionäre Organisation auf dem Boden der Generallinie steht oder nicht. Das ist falsch und schädlich. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung verbindet eine gemeinsame Einschätzung der Weltlage und der aus ihr resultierenden Kampfaufgaben. Das ist völlig unabhängig davon, ob eine Partei die Formulierung von den drei Welten benutzt oder nicht"* („RM", 5.6.76).

Auch die Gegenseite ist sehr aktiv

Gleichzeitig gab es eine rege internationale Aktivität der auf die chinesische Führung orientierten Gruppierungen, um die „Theorie der drei Welten" in höchsten Tönen anzupreisen. So erklärte Hill, Vorsitzender der „KP Australiens/ML" bereits im Dezember bei seinem Besuch in Peking, die „Theorie der drei Welten" sei *„eine mächtige Waffe für das Proletariat und die Völker der Welt und erfüllt sie mit Optimismus. Meiner Meinung nach würde jede Verdrehung dieser Analyse den Völkern der Welt und der internationalen Bewegung einen schlechten Dienst erweisen"* (lt. „Peking Rundschau", Nr. 51/1976). Die französische PC MLF schrieb in ihrem Zentralorgan „l'humanite rouge" (21.1.77): *„Für die marxistisch-leninistischen Kommunisten Frankreichs wie für ihre chinesischen und die Genossen in vielen anderen Ländern ist die ‚These von den drei Welten' der Ausgangspunkt ihrer proletarisch-revolutionären Strategie und Taktik, angewandt auf die heutige Welt"* (lt. „Rote Fahne", 6.4.77). Die belgische PCMLB schrieb in ihrer Zeitung „Clarte et l'exploite" (24.2.): Die „Theorie der drei Welten" sei **„die Linie der kommunistischen Weltbewegung, sie ist eine Scheidelinie gegenüber dem Revisionismus und den verschiedenen Varianten des Trotzkismus... Es ist klar, daß eine solche klare und begeisternde Analyse diejenigen stört, die offen oder versteckt dem sowjetischen Sozialimperialismus dienen"** (lt. „RF", 23.3.77). Die „KPD" behauptete: **„Das strategische Konzept von den Drei Welten – die marxistisch-leninistische Analyse der heutigen Weltlage"** („RF", 9.3.77).

Die schwedische SKP behauptete gar („Gnistan"), *„daß Mao Tse-tungs Konzept von den drei Welten eine Anwendung und Weiterentwicklung von Lenins Imperialismustheorie ist"* und *„daß Lenin und Stalin bei der Beurteilung der Weltlage nach der gleichen Methode wie Mao Tse-tung vorgingen..."* (lt. „RF", 15.6.77). Auch die October League/ML der USA (inzwischen umbenannt in „KP der USA/ML") behauptete in ihrer Zeitung „class struggle", *„daß die These von den drei Welten mit dem von Lenin analysierten Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus voll übereinstimmt"* (lt. „RF", 14.4.77). Und die „KPD": *„Niemand, der Lenin verstanden hat, kann leugnen, daß die Einteilung der Welt in drei Welten genau der Forderung Lenins entspricht, das Wesen des Imperialismus zu erkennen und die Nationen der Welt in unterdrückende und unterdrückte einzuteilen"* („RF", 9.3.77).

Vor allem Mao Tse-tung wurde als persönlicher Erfinder der „Theorie der drei Welten" hingestellt: **„Der große Führer und Lehrer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao Tse-tung, hat die wissenschaftliche These über die drei Welten aufgestellt"** (RADIO PEKING, lt. „RF", 16.3.77). Die PCMLF wußte sogar noch Genaueres zu berichten:
aufgestellt" (RADIO PEKING, lt. „RF", 16.3.77). Die PCMLF wußte sogar noch Genaueres zu berichten:
„Es war gerade Mao Tse-tung selbst, der die ‚These von den drei Welten' ausgearbeitet hat, auf der unsere heutige politische Linie in internationalen Fragen aufbaut. Nachdem er eine große Anzahl von Dokumenten und Informationen aus allen Ländern, von allen politischen Kräften und also auch von allen Klassen studiert hatte, hat der Vorsitzende der KP Chinas in Anwendung der lebendigen Methode des dialektischen Materialismus diese These zum erstenmal im Februar 1974 formuliert" („l'humanite rouge", lt. „RF", 6.4.77).

Diese Behauptung wurde freilich erst n a c h dem T o d e Mao Tse-tungs aufgetischt – es gibt k e i n Zitat Maos (übrigens bis heute nicht!), in dem auch nur der B e g r i f f der „drei Welten" vorkommen würde. (vgl. dazu Artikel „ ‚Theorie der drei Welten' – von Mao persönlich erfunden?" in diesem AK).

Die Spaltung ist perfekt

Die jüngste Polemik der PdAA gegen die „Theorie der drei Welten" stellt eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung dar. Es scheint kaum denkbar, daß die chinesische Führung jetzt noch auf eine entsprechend scharfe Reaktion verzichten könnte. Dazu ist die Stoßrichtung der albanischen Polemik, auch wenn die KPCh immer noch nicht beim Namen genannt ist, allzu eindeutig. Auch ist die Formierung der von der PdAA betriebenen „ML-Internationale" schon zu weit gediehen, um diesen Faktor noch zu ignorieren: Es sind dies inzwischen die „Marxistisch-Leninistische Partei der Niederlande", „KPD/ML", PCd'I/ml (Italien), „KP Großbritanniens/ml", Kommunistischer Einheitsbund (ML) Islands", die portugiesische PCP(r), die österreichische MLPÖ, die spanische PCE(ml), die griechische KKE/ml (ehem. OMLE), die „Japanische Kommunistische Partei (Linke)", „Tufan" (Iran), „Bandeira Proletaria" (Dominikanische Republik), „KP Argentiniens (ML)", „KP Paraguays", „Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles", „KP Boliviens", „KP Brasiliens" , „KP Kolumbiens (ML)", „Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays".

Auf der anderen Seite formieren sich immer stärker j e n e „ML"-Organisationen, die sich an der chinesischen Linie („Theorie der drei Welten", Vaterlandsverteidigung, „Hauptfeind Sozialimperialismus") orientieren. Derzeit sind das: PCMLB (Belgien), PCMLF und PCR/ml (Frankreich), „KPD" (und KBW?), „Kommunistische Einheitspartei Italiens" (ehem. OCI/ml) und „Partei der Sozialen Revolution Italiens", „Communist Federation of Britain (ML)", „PCP/ML" (Portugal), KB Luxemburg, SKP (Schweden), „Marxistisch-Leninistische Gruppen Finnlands", AKP/ML (Norwegen), „KP Perus", „KP(ML) der USA" (ehem. „October League"), „Argentinische Revolutionäre Kommunistische Partei", „KP(ML) von Honduras", „Canadian Communist League (ML)", TIKP (Türkei), „KP Australiens (ML)", „Japanische Arbeiterpartei". Außerdem wird die chinesische Führung unterstützt von der KP Malayas, KP der Philippinen, KP Ceylons, KP Burmas, KP Thailands, KP Nordkalimantas (Nordborneo), KP Indonesiens.

Für die albanische Führung sieht unterm Strich die Bilanz folgendermaßen aus: Von den 35 Parteien und Organisationen, die mit Delegationen am VII. Parteitag der PdAA (November '76) teilgenommen haben, sind derzeit 19 dem „albanischen Block" zuzurechnen und 11 dem „chinesischen Block, zwei tendieren zum „chinesischen Block" (KP Schweiz/ ML und KB Dänemark) und drei sind unabhängig (Korea, Vietnam, Laos).

Bisher haben b e i d e ‚Blöcke' des „ML"-Lagers es konsequent vermieden, überhaupt d i r e k t zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh und der PdA Albaniens Stellung zu nehmen, d i r e k t die KPCh bzw. die PdAA zu kritisieren. B e i d e ‚Blöcke' haben an der lächerlichen Heuchelei festgehalten, zwischen Albanien und China bestehe vollständige Übereinstimmung der Standpunkte, und nur zwischen einigen Organisationen, wie z.B. „KPD/ML" und „KPD", gebe es Meinungsverschiedenheiten. Schon als die Differenzen zwischen PdAA und KPCh mit Händen zu greifen waren und wir darauf hinweisen, pöbelte die „KPD/ML" wie verrückt, w i r würden eine **„Spaltung der sozialistischen Länder China und Albanien"** betreiben. Und: **„Auf unverschämte Weise versuchen sie China und Albanien gegeneinander auszuspielen, obwohl gerade diese beiden Länder eine prinzipienfeste Einheit bilden – auch in der Einschätzung der Weltlage"**
wohl gerade diese beiden Länder eine prinzipienfeste Einheit bilden – auch in der Einschätzung der Weltlage"
(Broschüre „KB = Konterrevolutionäre Trotzkisten", Mai 1976).

Von diesem Blindekuh-Trip werden sie nun wohl, nach der jüngsten albanischen Polemik, endgültig runter müssen. Dies umso mehr wegen des albanischen Vorwurfs, mit der „Theorie der drei Welten" sollten „allerlei Gruppierungen antimarxistischer Elemente" geschaffen werden – daß damit „KPD" u.ä. gemeint sind, ist offensichtlich!

Vor allem den auf die KPCh festgelegten Organisationen, die sich alle bisher nicht gegen die PdAA geäußert haben, wird das Stillhalten nach der



jüngsten offenen Polemik sehr schwer fallen.
jüngsten offenen Polemik sehr schwer fallen.

Fazit: Die Auseinandersetzungen im „ML"-Lager werden mit Sicherheit schärfer und auch offener werden.

Zur Stellungsnahme dürften auch opportunistische Organisationen gezwungen sein, die sich bisher irgendwie durchzuwinden versuchten, wie der KBW, der KB Österreich oder auch der südbayrische „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" (der seine Liebe zu „China und Albanien" geschmackloserweise auch noch mit einer – freilich bisher unerwiderten – Liebe zur DKP und DDR verbindet).

Die PdAA legt die Karten nicht offen auf den Tisch, wenn sie h e u -
Die PdAA legt die Karten nicht offen auf den Tisch, wenn sie h e u -
t e gegen die „Theorie der drei Welten" polemisiert, als wäre diese sozusagen erst nach dem Tode Mao Tse-tungs erfunden worden, und nicht schon 1972-74. Dennoch sollte die Courage und die Tragweite dieses Schritts nicht unterschätzt werden. Die Wirkung wird allerdings weitgehend verpuffen, wenn die albanische Führung sich nicht von der Schnapsidee zu trennen vermag, sich mit Sektierern und Hochstaplern vom Schlage der „KPD/ML" zu verbinden, statt sich auf die reale Arbeiterbewegung und revolutionäre Bewegung zu beziehen.

Hua bastelt an seiner »Internationale«

Im Juni besuchte eine Delegation der „Partei der Sozialistischen Revolution Italiens" die VR China. Damit bestätigt die Hua-Gruppe erneut ihre zielstrebige Taktik beim Aufbau einer e i g e n e n „ML-Internationale": Während die PdA Albaniens konsequent nur zu jeweils e i n e r Organisation eines Landes Kontakt unterhält, berücksichtigt die chinesische Führung gegebenenfalls m e h r e r e Organisationen eines Landes und drängt zugleich auf deren Zusammenschluß.

– So besuchte aus Italien in diesem Jahr (28.1.–18.2.) auch schon eine Delegation der OCI (ml) die VR China. Die OCI (ml) hat sich inzwischen, Anfang Mai, mit drei kleineren Grüppchen zur „Kommunistischen Einheitspartei Italiens" zusammengeschlossen.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die früher von der KPCh unterstützte PCd'I/ml inzwischen auf die PdA Albaniens orientiert ist.

– Aus der BRD wurden nach dem „Absprung" der „KPD/ML" nicht bloß die „KPD" (Nov. '76), sondern auch der KBW (Juni '77) in die VR China eingeladen.

– In Frankreich scheint sich eine Annäherung zwischen den beiden größten „sozial"chauvinistischen Organisationen der dortigen „ML"-Szene, der PCMLF und der PCR(ml), zu vollziehen.

– In den USA hat sich Anfang Juni die auf die Hua-Gruppe orientierte „October League" mit einer Anzahl kleinerer Gruppen zur „KP der USA (ml)" zusammengeschlossen.

– In Belgien scheint die Hua-Gruppe außer der PCMLB auch ein Auge auf die womöglich noch weiter rechts stehende Organisation AMADA geworfen zu haben.

– In Japan hat sich die Hua-Gruppe mit der „Japanischen Arbeiterpartei" zusammengetan, nachdem die früher von der KPCh unterstützte „KP Japans (Linke)" zur PdAA abgewandert ist.

– In Argentinien fördert die Hua-Gruppe nach dem Abfall der „KP Argentiniens (ml)" jetzt die „Argentinische Revolutionäre Kommunistische Partei".

– In Griechenland hat sich die Gruppe um die Zeitung „Laikos Dromos" kürzlich den Namen „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands" zugelegt und ihren „Ersten Parteitag" abgehalten (lt. „hsinhua", 18.6.77). In ihrer Gründungserklärung preist die neue Partei die „Theorie der drei Welten" und bezeichnet den „sowjetischen Sozialimperialismus" als Hauptfeind. Die neue „Partei" steht in Konkurrenz zur KKE/ML (früher OMLE), die dem „albanischen Block" angehört.

Diese Entwicklung steht zweifellos erst in ihren Anfängen und wird sich noch verschärfen.

Eine Frage am Rande, die die Liebhaber und Kenner der „ML"-Szene derzeit bewegt: Warum hat der KBW b i s h e u t e noch nicht einmal eine bloße M e l d u n g über den bereits vor einem Monat (!), Mitte Juni, abgeschlossenen Besuch Schmierers in der VR China veröffentlicht ?! Unsere ‚Geister-Kommission' meint dazu: Schmierer steht wahrscheinlich noch immer unter dem schweren Schock, den die unverblümten politischen „Empfehlungen" und „Warnungen" seiner chinesischen Gesprächspartner bei ihm ausgelöst haben. Nach unseren Informationen nehmen die „chinesischen Genossen" bei solchen Gesprächen kein Blatt vor den Mund, sondern fordern offen zur „Einheit" mit reaktionären und faschistischen Kräften auf.

Ob das Schmierer auf den Magen geschlagen ist ?

Zaire: „Theorie der drei Welten" in der Praxis

Die militärische Intervention von Imperialismus und afrikanisch-arabischer Reaktion in Zaire im März/April d.J. hat nicht nur das natürliche Interesse dieser Kreise an der Aufrechterhaltung der Mobutu-Diktatur dokumentiert. Erstmalig hat sich auch die politische Führung der VR China direkt an einer imperialistischen Aggression gegen den Befreiungskampf eines afrikanichen Volkes beteiligt. Das betrifft sowohl die materielle Seite (Waffenlieferungen etc.) als auch die politische und diplomatische Ebene. Was hier an Übereinstimmung mit den politischen Positionen des Imperialismus erreicht wurde, stellt selbst das traurige Kapitel der chinesischen Angola-Politik noch in den Schatten.

Diese neue Qualität in der Rechtsentwicklung der chinesischen Außenpolitik konnte von den hiesigen Nachbetern der Hua-Gruppe nicht mehr vollständig nachvollzogen werden — vor allem was das chinesische Lob für die militärische Intervention Frankreichs und für die materielle Unterstützung der BRD für Mobutu angeht. Selbst die auf dem rechtesten Flügel der „ML"-scene agierende „KPD" mochte sich diesem Lob nicht offen anschließen.

Im Folgenden werden wir den weiteren Rechtsruck der chinesischen Außenpolitik im Fall Zaire und die Eiertänze der „ML"er dazu darstellen.

Angola: Die „Neutralität" der VR China

Um die neue Dimension der chinesischen Zaire-Politik einschätzen zu können, erscheint es sinnvoll, sich im Vergleich die Haltung der chinesischen Führung zu Angola zu vergegenwärtigen. Zentrales Leitmotto der offiziellen China-Politik war in dem vom Imperialismus provozierten ‚Bürgerkrieg' die „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes". Aus der „Peking Rundschau" (36/76) erfuhr der Leser, daß es zwischen Revolution (MPLA) und Konterrevolution (FNLA/UNITA) keine politischen Unterschiede gebe; zwischen den „drei Befreiungsbewegungen" Angolas herrschten allein „aus regionalen, aus Stammes- und historischen Gründen Differenzen". Diesen „drei Befreiungsbewegungen" stünde die VR China gleichermaßen „stets unparteiisch und freundschaftlich gegenüber („PR", 39/75. Im Sommer 1975 versicherten die chinesischen Führer einer MPLA-Delegation in Peking, daß sie die Unterstützung der FNLA aus Gründen der „Neutralität" eingestellt hätten („antiimperialistisches Informationsbulletin", 10/75). Entsprechend der

die chinesischen Führer einer MPLA-Delegation in Peking, daß sie die Unterstützung der FNLA aus Gründen der „Neutralität" eingestellt hätten („antiimperialistisches Informationsbulletin", 10/75). Entsprechend der

vorgeblichen „Neutralität" wurde auch die Kubanische Hilfe („Söldner") mit der Aggression Südafrikas auf eine Stufe gestellt.

Heute ist dutzendfach nachgewiesen, daß die „Neutralität" der VR China nur auf der Ebene der diplomatischen Floskeln existierte und realpolitisch auf die verdeckte Unterstützung der faschistischen FNLA (und der UNITA) bis zum bitteren Ende hinauslief. Nichtsdestoweniger liegt hier — in der nur h e i m l i c h Hilfe für die Konterrevolution — ein bedeutender Unterschied zur Position der chinesischen Führung zu Zaire.

Zaire: Offene Aggression gegen einen Volksaufstand

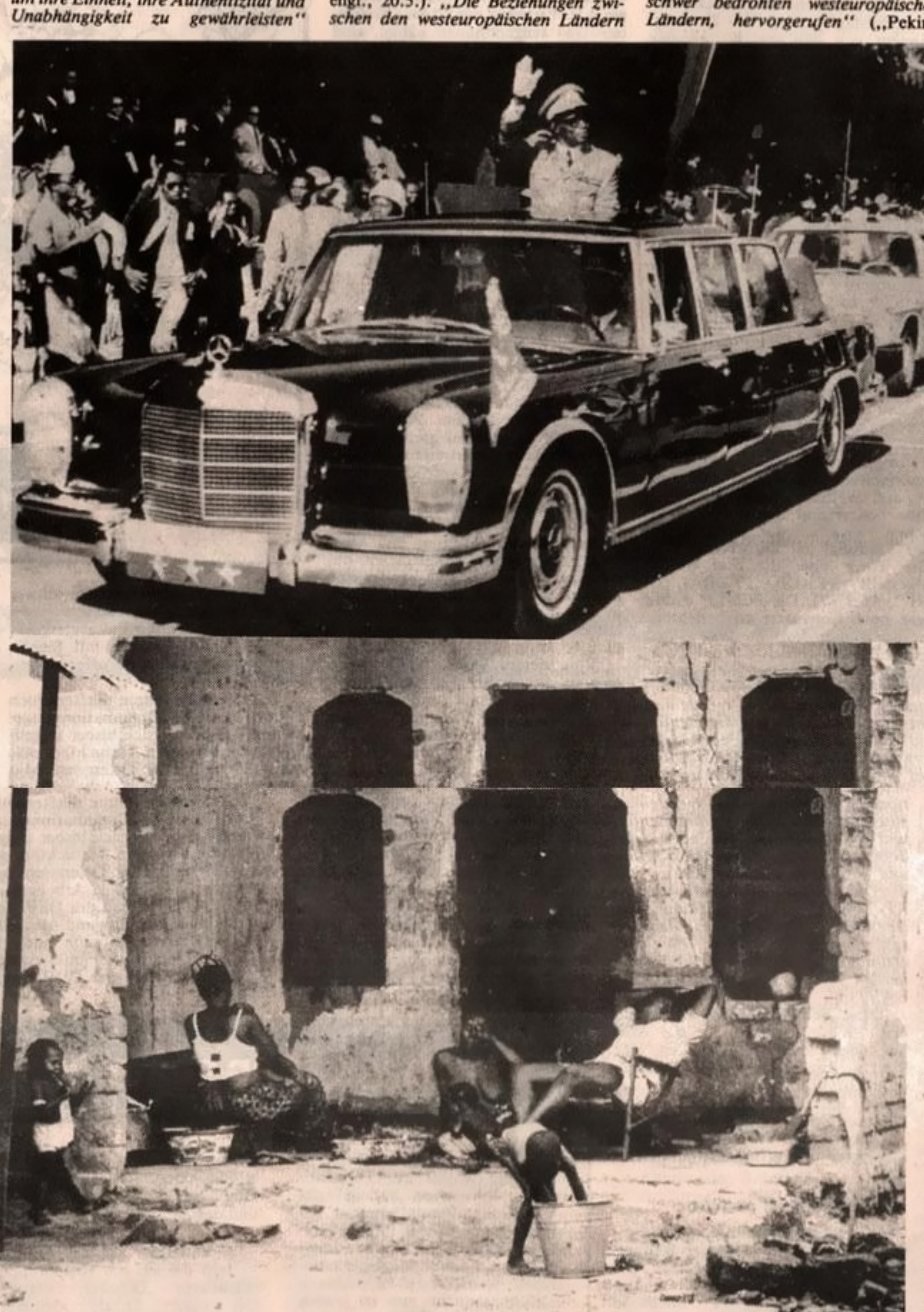
Das Eingreifen der VR China gegen den Volksbefreiungskampf in der Provinz Shaba (Zaire) war mit keiner wie auch immer gearteten „Neutralität" getarnt worden. Von Anfang an stellten sich die chinesischen Führer betont an die Seite des Diktators Mobutu:

„*Die zairische Presse Agentur [AZAP] hat erklärt, daß die eisernen Realitäten des Schlachtfeldes keinen Zweifel an der Tatsache gestatten, daß die tausende von Söldnern aus Angola mit modernsten sowjetischen Waffen einschließlich Raketenwaffen ausgerüstet und von Kubanern kommandiert werden und russische taktische Anweisungen befolgen*" (Hsinhua-Kommentar v. 22.3., nach „Radio Peking", 7/77).

Die vollständige Übereinstimmung der chinesischen Position mit der des Mobutu-Regimes schlägt sich in einer Vielzahl von Lügen nieder, die die chinesische Presse mit zairischen Quellen „belegte". Allein die sich über Monate hinziehende Litanei über die „russisch-cubanischen Invasoren" in den chinesischen Medien entbehrt jedes konkreten Beweises; trotz Kopfprämie (lt. „Weltwoche") ist es den Mobututruppen nicht geglückt, auch nur einen einzigen „cubanischen Söldner der internationalen Presse zu präsentieren. Selbst das Außenministerium der USA, geradezu spezialisiert auf die „cubanische Gefahr", hat am 21. April mitgeteilt, „*es habe keine Kenntnis von Cubanern in Zaire*" („SZ", 22.4.).

Die offene Parteinahme der chinesischen Führung für Mobutu schlug sich auch in einer wütenden Hetze der chinesischen Medien gegen die zairischen Befreiungskämpfer nieder: „*Fremdenlegion der neuen Zaren*", „*kriminelle Bande*", „*mit sowjetischen Transportmitteln nach Afrika entsandt*"'" („Radio Peking", 11-12/77), „*eine Handvoll längst vom Volk verdammter spalterischer Kräfte*", . . . „*nichts anderes als eine von Moskau bezahlte Horde Desperados*" („Peking Rundschau", 17/77).

Unter diesen Umständen verkündete die VR China, es sei ihre Pflicht, „*an der Seite von Völkern zu kämpfen, die Frieden und Freiheit lieben, um ihre Einheit, ihre Authentizität und Unabhängigkeit zu gewährleisten*"



Die Einheit der „Dritten Welt": „Das zairische Volk ist ein heroisches Volk. ... Der Einmarsch der sowjetischen Söldner ... Spornt es an, sich wie ein Mann zusammenzuschließen..." („PR")

(AZAP nach „Monitor-Dienst" v. 29.4.). Einer Hilfssendung für Mobutu von 30 t sollte eine zweite per Schiff folgen (ebenda).

Zaire und die „Theorie der drei Welten"

Gemäß der chinesischen „Theorie der drei Welten" wird die Existenz von Klassenwidersprüchen i n n e r h a l b der „Dritten Welt" schlicht geleugnet. Dabei springen die Lobeshymnen auf Mobutu besonders kraß ins Auge, weil sich kaum ein korrupteres und volksfeindlicheres Regime in Afrika denken läßt:

„*Das zairische Volk ist ein heroisches Volk. Unter Führung des Präsidenten Mobutu hat es vereint in den letzten Jahren der Erpressung und dem Druck durch den Sozialimperialismus Widerstand geleistet und so erneut das Erwachen der afrikanischen Völker unter Beweis gestellt. Der Einmarsch der sowjetischen Söldner ist für das Volk von Zaire wieder einmal ein negatives Lehrstück und spornt es an, sich wie ein Mann zusammenzuschließen und konsequent den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu führen*" („Peking Rundschau", 29.3.77).

Außerdem feierten die chinesischen Medien die imperialistische Intervention in Zaire als „*neue Tendenz der Einheit westeuropäischer und afrikanischer Länder gegen den Hegemonismus*" („Peking Rundschau", 7.6.77). „*Die Bemühungen von Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern, gemeinsam mit afrikanischen Ländern Zaire gegen die sowjetische Söldnerinvasion beizustehen, zeigt die Tendenz einer Einheit von westeuropäischen und afrikanischen Ländern im Kampf gegen Hegemonismus, und sie wird stärker angesichts der intensivierten sowjetichen Aggression und Expansion in Afrika*" („hsinhua", engl., 20.5.). „*Die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt werden enger, indem sie gemeinsame Sache machen gegen Vorherrschaft, Eindringen und Intervention der beiden Supermächte, vor allem der Sowjetunion . . . Als die westeuropäischen Interessen als Ergebnis der von der Sowjetunion durch ihre Söldner vorgenommenen bewaffneten Intervention in Angola und Zaire gefährdet waren, gaben die EG-Länder bei jeder Gelegenheit Stellungnahmen heraus, um die Notwendigkeit zu betonen, ausländische Interventionen in Afrika zu verhindern, von wo sie auch kommen. Erst kürzlich antworteten Frankreich, Belgien und Westdeutschland auf die Aufforderung Zaires und einiger anderer afrikanischer Staaten und versorgten Zaire mit Nachschub-Gütern, um der ausländischen Aggression Widerstand zu leisten*" („hsinhua", engl., 18.6.).

Um die „westeuropäischen Interessen" mitten in Afrika zu begründen, fährt die chinesische Führung eine haarsträubende „Argumentation" auf wie sie von keinem eingefleischten NATO-General, CDU'ler oder Springer-Schreiberling besser formuliert werden könnte:

Unter der Überschrift „*Das Ziel ist die Eroberung Europas*", heißt es u.a.: „*Der Kreml verfolgt das strategische Ziel, mit dem Unterleib Afrikas den Anfang zu machen, den afrikanischen Kontinent quer zu durchschneiden, [. . .] die strategischen Ressourcen dieser Region und die entscheidende strategische Passage vom Indischen Ozean nach Westeuropa in die Hand zu bekommen, um so jederzeit die lebenswichtige Versorgungsader der Länder des Westens abschneiden und Westeuropa in den Würgegriff nehmen zu können. Deshalb hat die aggressive sowjetische Expansion nicht nur den Widerstand vieler afrikanischer Länder, sondern auch Beunruhigung in der westlichen Welt, besonders unter den schwer bedrohten westeuropäischen Ländern, hervorgerufen*" („Peking Rundschau", 17.5.77). „*Westeuropäische Offizielle und die Öffentliche Meinung bestätigen, daß die westeuropäische Unterstützung für afrikanische Länder gegen die sowjetische Expansion getätigt wurde, um die Sicherheit Westeuropas und seine Interessen in Afrika zu sichern. Afrika ist ein wichtiger Rohstofflieferant für Westeuropa und ein bedeutender Absatzmarkt für dessen Industrieprodukte*" („hsinhua", engl., 20.5.77).

„KPD" – Stimme ihres Herrn

Am weitestgehenden hat sich die „KPD" auf den Kurs der chinesischen Führung eingestellt. Daß auch sie aber nicht frei von z.T.erheblichen „Abweichungen" war, besonders in der Anfangsphase der Ereignisse in Zaire, wird an den ersten beiden Stellungnahmen der „Roten Fahne" deutlich. In der ausgabe vom 23.3. wird noch in althergebrachter Weise das „Ringen der Supermächte" heruntergeleiert: „*Die sowjetische Invasion in Zaire hat natürlich jetzt die andere Supermacht auf den Plan gerufen, die Zaire Waffen liefert und ihre Verbündeten auffordert, das Gleiche zu tun. Das Ringen der Supermächte und dabei vor allem der sowjetische Expansionismus, verschärfen sich auch hier immer mehr*". In der »RF vom 20.4. nahm die „KPD" zwar energisch den Kampf auf gegen „*die sozialimperialistische Lügengeschichte von der ‚Marionette' Mobutu*", doch hielten die Schwierigkeiten mit der chinesischen Position noch an: Die imperialistische Intervention wurde zwar gegen diejenigen verteidigt, die darin eine »*Offensive des BRD- und des französischen Imperialismus*« sahen, doch immerhin charakterisierte die »KPD« die imperialistische Intervention als »*Versuche, angesichts der sowjetischen Expansion in Afrika zu retten, was an eigenen neokolonialen* (!) *Positionen noch zu retten ist*« (ebenda).

Und im Brustton der Überzeugung: »*Als Marxisten-Leninisten lehnen wir es ab, für die Verteidigung imperialistischer Interessen und neokolonialer Positionen der eigenen Monopolbourgeoisie in Zaire einzutreten*« (ebenda). Den biederen Antiimperialisten, den die »Rote Fahne« da herauskehren wollte und der im krassen Widerspruch zur chinesischen Position steht (s.o.), hielt die »KPD« aber nur wenige Zeilen lang durch. Einen Absatz weiter kann man dann in erfreulicher Offenheit lesen: »*Wir müssen daher auch die Haltung bekämpfen, die nicht nur unter ‚Linken', sondern auch unter der westdeutschen Monopolbourgeoisie und ihrer Presse um sich greift, die Haltung nämlich: Man sollte das Regime Mobutus nicht unterstützen*« (ebenda). Also ein eindeutiger Aufruf zur imperialistischen Intervention an die Adresse der »westdeutschen Monopolbourgeoisie«!

Dennoch mochte sich die »KPD« letzten Endes doch nicht überwinden, voll die chinesische Argumentationslinie zu übernehmen und die imperialistische Intervention in Zaire ausdrücklich als »Einheit zwischen zweiter und dritter Welt« zu feiern. Die »KPD« wird aber letzten Endes auch um d i e s e Selbstentblößung ni ht herumkommen, da die chinesische Argumentationslinie zur Zaire keine einmalige »Entgleisung«, sondern nur eine logische Schlußfolgerung aus der reaktionären »Theorie der drei Welten« ist!

„KPD" – zweiter Teil: Doppelzüngigkeit mittels der „Liga"

„KPD" – zweiter Teil: Doppelzüngigkeit mittels der „Liga"

Ins Auge fallend unterschiedlich zur »Roten Fahne« waren die Kommentare der »KPD«-Filiale »Liga gegen den Imperialismus«. In den Broschüren der »Liga« wird z. T. in den schwärzesten Farben der Verfall des Mobutu-Regimes geschildert, um dann doch zur »Solidarität« mit eben diesem Regime gegen den »Hauptfeind Sozialimperialismus« aufzurufen. So heißt es z. B. in einer neuen Zaire-Broschüre der »Liga«: »*Diese Situation* (der Verelendung der Massen) *wird durch die Politik der Regierung Mobutu noch verschlimmert: Mobutu betreibt Vetternwirtschaft in großem Stil, in den Leitungspositionen von Armee und Wirtschaft sitzen Mitglieder seiner Familie und vorwiegend Leute aus seiner Heimatprovinz. Die Korruption treibt ungeahnte Blüten. Mobutu selbst besitzt Konten in allen großen Industrieländern. Er verfügt über einen Sonderetat, der keinerlei Kontrolle unterliegt, dessen Umfang z. B. 1973 17 % der gesamten Staatsausgaben ausmachte. Der Widerstand der Volksmassen gegen die Verelendung und politische Unterdrückung wird von der Regierung Mobutu brutal unterdrückt ... Einen Generalstreik Anfang 1976 beantwortete Mobutu mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einsatz von Militär. Der Widerstand der Volksmassen gegen die Unterdrückungspolitik der herrschenden Klasse Zaires verstärkt sich*« (»Zaire, Volksaufstand oder Aggression?«, Mai 77, Herausgeber »Liga gegen den Imperialismus«).

Offensichtlich ist sich die »KPD« darüber im klaren, daß sie in der antiimperialistischen Bewegung unseres Landes keinen Blumentopf gewinnen würde, wenn sie ihre »Liga« einfach die stupiden Litaneien der »Peking Rundschau« über Mobutu herunterbeten ließe. Etwas »Kritik« an Mobutu (mit Fakten, die in der antiimperialistischen Bewegung ohnehin jedem bekannt sind, die also im Sinne der »KPD« keinen Schaden anrichten) wird geübt, um schließlich doch zu

erklären: *»Dennoch ist der Standpunkt Zaires in der Abwehr der Aggression gerecht, solange durch die ausländische Hilfe Souveränität und Integrität des Landes nicht verletzt werden. ... Obwohl hier imperialistische Ambitionen verfolgt werden, ist der Schlag nicht gegen Frankreich zu führen, sondern eindeutig gegen den sowjetischen Sozialimperialismus — auf ihn muß das Feuer konzentriert werden«* (»Internationale Solidarität«, Mai 77, Organ der »Liga«).

In gewissem Sinn ist dieses Vorgehen sogar noch übler als die Haltung der chinesischen Führung: Während diese sich dumm stellt, als wäre ihr die Lage in Zaire nicht bekannt, gibt die »KPD«-»Liga« ganz offen zu, daß Mobutu ein Unterdrücker und Volksfeind ist, und ruft trotzdem zur »Solidarität« mit ihm auf. Dieses Argumentationsmuster ließe sich ohne weiteres bei gegebenem Anlaß auf den Schah des Iran, auf Pinochet in Chile usw. übertragen.

KBW: Immer noch nicht ganz „auf Linie"

Die erste Reaktion des KBW auf die Kämpfe in Zaire bestand in einer ausführlichen Analyse der neokolonialen und repressiven Struktur des Mobutu-Regimes. U. a. hieß es da: *»Gegen die rigorose Ausplünderung durch die Imperialisten und die Politik des Mobutu-Regimes wächst die Unzufriedenheit unter den Massen«* (»KVZ«, 31.3.). Gleichzeitig aber wurde die Befreiungsfront FNLC als *»Stoßtrupp der Konterrevolution«* diffamiert, der als *»Terror- und Sabotagetruppe ... im Dienst des Sozialimperialismus erneut die Sezession dieser rohstoffreichen Provinz Zaires, dem Wirtschaftszentrum des Landes«* betreibe.

Demgegenüber seien *»die afrikanischen Staaten«* entschlossen, *»eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht zu dulden«* (»KVZ«, 5.5.77).

Wie schon im Falle Angolas wurde vom KBW wieder das hohe Lied auf die afrikanische Reaktion gesungen: *»Die Staatsoberhäupter von Ägypten, Äthiopien, Ghana, Kongo* (?), *Liberia, Mauretanien, Marokko, Ruanda, Sudan, Tschad, Tunesien, Uganda, des Zentralafrikanischen Kaiserreichs verurteilten die Söldnerinvasion und leisteten Unterstützung in Form von Medikamenten, Lebnesmitteln, Waffen bis hin zu Truppen wie Marokko, der Sudan und Uganda«* (ebenda).

Während der KBW solchermaßen die Intervention der pro-imperialistischen Regimes wie Marokko lobte, mochte er zugleich - stärker als die „KPD" - doch nicht völlig mit „Kritik" an dem Eingreifen der Imperialisten selbst zurückhalten. Dabei brachte er allerdings noch das lächerliche „Kunststück" fertig, so zu tun, als wäre die imperialistische Intervention gegen den Willen des Mobutu-Regimes geschehen: *»...Auch die anderen imperialistischen Mächte hofften auf die Schwächung der Einheit des Volkes von Zaire und versuchen, ihren Einfluß auszudehnen. Ein starker Zentralstaat stört sie, weil Mobutu versucht, eine nationale Politik zu betreiben ... Unterstützt durch den BRD- und US-Imperialismus versucht Frankreich über Berater mit Truppen ins Land zu kommen. Die belgischen Agenten der westlichen Monopolkapitalisten in Shaba, die die Rohstoffe Zaires plündern, propagieren deutlich die Zersplitterung ...«* („KVZ", 5.5.77).

Statt à la Peking direkt die imperialistische Intervention zu rechtfertigen, oder zumindest indirekt (wie die „KPD"), zieht der KBW es immer noch vor, sich angebliche Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihren afrikanischen Marionetten zusammenzuphantasieren, um hinter diesem Nebelvorhang mit umso lauterer Stimme die scheinbar „unabhängige" afrikanische Reaktion zu unterstützen. Im Endeffekt läuft diese Linie auf die Zustimmung der Zerschlagung der afrikanischen Revolution durch die kontinentale Konterrevolution (und den Imperialismus!) hinaus. Auch dies ist proimperialistische Propaganda.

Der Bankrott des KAB„D"

Die „Analyse" des KAB„D" zu den Vorgängen in Zaire ist nicht gerade umfangreich. Sie umfaßt genau 18 Zeilen. U.a. heißt es da: *»Hier wird wieder die Rivalität der Imperialisten im Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflußsphären auf dem Rükken eines Volkes ausgetragen«* („Rote Fahne" des KAB„D", 9/77). Mit dieser „Kurzanalyse" hat der KAB„D" eindrucksvoll den bereits erreichten Grad seines politischen Verfalls ausgedrückt.

„KPD/ML": Bruch mit Peking perfekt!

Das verstärkte Auseinanderklaffen von albanischen und chinesischen Positionen wird an der „KPD/ML" deutlich, die in Zaire überraschenderweise den US-Imperialismus als *»den Hauptfeind des kongolesischen Volkes«* („Roter Morgen", 27.5.) kennzeichnete. In diesem Zusammenhang wurde an Mobutu kein gutes Haar gelassen: *»Dieser Lakai und Agent des Imperialismus, der sein Land vollständig an die imperialistischen Trusts und Monopole verkauft hat, der mit faschistischem Terror herrscht und durch und durch korrupt ist, wird auch von den westdeutschen Imperialisten unterstützt«* (ebenda).

Recht offen nahm der „Rote Morgen" für den Befreiungskampf in Zaire Partei: *»Um diesen Freiheitskampf zu unterdrücken, rüsten sie* (die Imperialisten) *die Armee Mobutus mit modernsten Waffen aus und geben dem Regime eine Finanzspritze nach der anderen«* (ebenda).

Immerhin hielt es die „KPD/ML" dann doch für nötig, kurz darauf pflichtgemäß nachzutragen: *»Ein genauso gefährlicher Feind der afrikanischen Völker ist auch der sowjetische Sozialimperialismus. Er versucht, den antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas auszunutzen, um die Länder und Völker als Kanonenfutter für seine neokolonialistischen Ziele zu verwenden, wie es das Beispiel Angolas und seine gegenwärtigen Bemühungen, den antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas unter seine Kontrolle zu bringen, zeigen«* („Roter Morgen", 22.4.).

Trotzdem ist unverkennbar, daß die proimperialistische chinesische Außenpolitik auf die „KPD/ML" derzeit nicht mehr voll zählen kann. Das entspricht der Position der PdA Albaniens, die sich zu Zaire kürzlich die Bemerkung nicht verkneifen konnte: *»Die Durchführung der proletarischen Revolution ist ein allgemeines Gesetz und die Haupttendenz unserer Epoche. Diese müssen und werden unbedingt ausnahmslos alle Länder durchlaufen, darunter auch Indonesien und Chile, Brasilien und Zaire* (!) *... Den Kampf gegen Suharto und Pinochet, Geisel und Mobutu* (!) *vergessen, heißt weder für den nationalen Befreiungskampf noch für die nationaldemokratische Revolution zu sein«* („Zeri i Populit", 7.7.77).

„MLD" – Originalton Peking

Einzig und allein die rechtsradikale Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschlands") hat offen und vollständig die pro-imperialistische Argumenatationslinie der chinesischen Führung übernommen. In ihrer Zeitung „Die neue Welt" (Juni 1977) schreibt die „MLD": *»Bei Durchsicht der westlichen Presse fällt auf, daß es keinen einzigen Artikel gibt, der aus dem Scheitern der Aggression in Zaire die grundsätzlichen Lehren für den Westen zieht ... Die Aggression der Sowjets und ihrer Lakaien ist deshalb sang- und klanglos gescheitert, weil ihnen eine konzertierte Aktion der demokratischen Kräfte entgegengesetzt wurde ... Ein entscheidender Punkt waren auch die Hilfeleistungen der außerafrikanischen Staaten wie Chinas, Frankreichs.*

Die Sowjets trafen erstmals offen auf westeuropäischen Widerstand gegen ihre internationale Aggressionspolitik ... Aber gerade Staaten wie die BRD und die USA müssen in zukünftigen Fällen mehr tun als nur warm Worte und humanitäre Hilfe zu leisten«.

Die „ML"er Hilfstruppe des Imperialismus

Die Bilanz ergibt also, daß abgesehen von den „MLD" die „ML"er alle mehr oder weniger stark von der chinesischen Linie abwichen. Dadurch sollte man sich aber nicht verblüffen lassen: Zum einen dient die noch halbwegs schamhafte Haltung der „KPD" der chinesischen Führung gewiß besser als das unverschämte faschistische Getrommel der „MLD". Und insgesamt haben „KPD" und KBW zu Zaire eine Haltung eingenommen, die nur als Hilfsfunktion für die imperialistische Intervention zu verstehen ist: Indem sie nämlich die Freiheitskämpfer wüst diffamierten und zugleich entweder von einem innerimperialistischen Konflikt ausgingen (aus dem sich die Linke lieber raushalten sollte) oder sogar offen die imperialistische Intervention verteidigten, als sozusagen kleineres Übel gegenüber der „gefährlicheren Supermacht". Man kann sich ausmalen, was diesem Gesindel entsprechend zum Volkskrieg in Vietnam hätte einfallen können („nordvietnamesische Söldner" usw. usf. !!!). Eine gewisse Ausnahme von diesem Trend macht nur die „KPD/ML", die aber inzwischen total einflußlos geworden ist und die ihrerseits auch nicht den kleinsten Versuch unternahm, dem pro-imperialistischen Treiben von „KPD" und KBW etwas entgegenzusetzen.

Afrika-Kommission und AK-Redaktion

Wer hat hier gelogen?

Im Juni besuchte eine Delegation aus Zimbabwe, unter Leitung des ZANU-Generalsekretärs Mugabe, die VR China. Dabei soll Mugabe lt. „Peking Rundschau" (Nr. 27/1977, S. 32) auf einem Bankett in Peking –



Robert Mugabe

Datum wird nicht genannt – gesagt haben, *„die ‚Hilfe' der Sozialimperialisten sei mit Hintergedanken verbunden. Diese Hilfe ziele darauf ab, die Einflußsphären aufzuteilen, nach der Hegemonie zu greifen und Marionetten großzuziehen. Er sagte: ‚Das Volk von Zimbabwe sieht sich der Drohung sowohl des westlichen Imperialismus als auch des Sozialimperialismus gegenüber, und die Drohung des Sozialimperialismus im besonderen ist noch hinterhältiger und noch gefährlicher...' "*.

Ein Vergleich mit den Meldungen der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua" ergibt, daß Mugabe dies auf dem Bankett am Abend seiner Ankunft in Peking, am 20. Juni, gesagt haben soll („hsinhua", engl., 20.6.77). Der angegebene Wortlaut in der „Peking Rundschau" stimmt mit der „hsinhua"-Meldung überein.

Diese Meldung ließ die Imperialisten erfreut aufhorchen. „Afrika-Korrespondent" Erich Wiedemann wollte es genauer wissen – so ergab sich während eines Interviews mit Mugabe folgende interessante Szene (lt. „Tagesspiegel", Westberlin, 17.7.77):

– Wiedemann: *„Sie haben kürzlich in Peking heftige Kritik an dem – wie es hieß – sowjetischen Sozialimperialismus geübt. War das eine Höflichkeitsgeste gegenüber Ihren Gastgebern, oder war es programmatisch zu verstehen?"*

– Mugabe: **„Ich habe nichts dergleichen gesagt. Solche angeblichen Äußerungen waren Erfindungen der westlichen Presse".**

– Wiedemann: *„Die Meldungen bezogen sich auf einen Bericht der Pekinger Nachrichtenagentur ‚Neues China' "* (d.i. „hsinhua").

– Mugabe: **„Ich weiß nicht, wer dafür verantwortlich war".**

Wer sagt hier die Wahrheit? Sicher ist: Die ZANU ist inzwischen für ihre widersprüchlichen Gefälligkeitsäußerungen in Sachen „Sozialimperialismus" berüchtigt. Verschiedene ZANU-Funktionäre haben sich bei entsprechenden Anlässen durchaus in dem Sinn der Worte geäußert, die „hsinhua" jetzt Mugabe zugeschrieben hat. Freilich waren bisher von Mugabe selbst offenbar derartige Äußerungen nicht bekannt.

Wenn in diesem Fall „hsinhua" gelogen haben sollte, so doch höchstwahrscheinlich objektiv mit dem stillschweigenden Einverständnis der ZANU. Andernfalls wäre es international üblich gewesen, daß die ZANU die „hsinhua"-Meldung in aller Form dementiert und eine Richtigstellung verlangt hätte. Keine Befreiungsorganisation auf der ganzen Welt – außer der ZANU? – würde es unwidersprochen hinnehmen, daß ihrem Generalsekretär schwerwiegende Äußerungen in den Mund gelegt werden, die er gar nicht gesagt hat.

Charles Bettelheim verläßt die Französisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft

Der französische Marxist Charles Bettelheim, u.a.Autor von Untersuchungsarbeiten über die ökonomischen Systeme der Sowjetunion und der VR China (darunter das im Oberbaum–Verlag der „KPD" erschienene Buch „Die Klassenkämpfe in der UdSSR") ist als Präsident der „Französisch-Cinesischen Freundschaftsgesellsschaft" zurückgetreten. In seiner Begründung schreibt er u.a. (Übersetzung aus „Le Monde" vom 5.7.).:

„Der Vorwurf des versuchten Staatsstreichs, der gegen die ‚Vier' erhoben wird, vermag nicht zu überzeugen: Es ist die Regel, daß diejenigen, die in der Tat einen Staatsstreich unternehmen, erklären, daß diejenigen, die ausgeschaltet wurden, die Macht hätten an sich reißen wollen (...). Die Art und Weise, wie die ‚Kritik' an den Vieren geführt wird,, hat nicht zu tun mit den Lehren des Vorsitzenden Mao. In allem, was bisher veröffentlicht wurde, findet man keine marxistische Analyse, sondern nur Verleumdungen und Schmähungen, deren niedriges Niveau die Unfähigkeit der aktuellen Führung der KPCh ausdrückt, eine ernstzunehmende Kritik dessen zu formulieren, was die politische Linie der Vier gewesen sein könnte (...)

In den Zeitungen konnte man in den letzten Monaten lesen, die Vier hätten ein dekadentes und korruptes Leben wie Bürgerliche geführt.(...). Sie werden als die schlimmsten Feinde der KPCh, der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes und der chinesischen Nation hingestellt. Man behauptet, sie hätten mit dem Ausland konspiriert, sie hätten sich kriecherisch gegenüber Ausländern verhalten, sie hätten (...) Luxusartikel importieren lassen. Darüber hinaus behauptet man, sie hätten vorsätzlich Staatsmittel verschleudert, um die sozialistische Akkumulation zu schädigen (....). Man stellt sie sogar als Agenten der Kuomintang hin.

Würden derartige Vowürfe der Wahrheit entsprechen, so müßte das größte Zweifel über die Zusammensetzung der Führung der KPCh und über die von Mao selbst ausgeübte Wachsamkeit verursachen. Unter solchen Umständen könnte man auch annehmen, daß sich alle oder ein Teil der gegenwärtigen Führer eines Tages gleichfalls als Kuomintang-Agenten herausstellen werden, die ‚mit dem Feind geheimdienstliche Verbindungen unterhalten'.

Wenn aber – wie ich glaube – diese Vorwürfe nicht der Wahrheit entsprechen, so wird es unmöglich, den Führern Vertrauen zu schenken, die das Volk betrügen. (....) Die Untersuchung der in China im Verlauf der letzten Monate veröffentlichen Texte und das, was man über die Entwicklung der realen Praktiken weiß, bringen uns zu der Einschätzung, daß derzeit eine revisionistische Linie triumphiert. Die Kritik gegen Teng ist aufgegeben worden, während Aufrufe dominieren, die der Produktion das Primat über die Revolution geben. Man preist Disziplin und Ordnung während nicht mehr gesprochen wird vom Recht auf die eigene Meinung, vom Recht und der Pflicht, gegen eine bürgerliche Politik zu rebellieren. Die Fragen, die die Situation der Frauen während des Übergangs zum Sozialismus stellt, werden ignoriert. Der Kampf gegen das bürgerliche Recht wird nicht mehr genannt. (...)

Allgemein gesprochen: Die notwendige Kritik an den Vier wird von einem revisionistischen Standpunkt aus geführt, nicht von einem revolutionärem aus. Es wird nicht unterschieden zwischen dem, was sie vielleicht Falsches gesagt oder getan haben, und was vielleicht von ihrer Seite richtig war. (...).

Was man bisher über die Vorgänge in China weiß, bestätigt die revisionistische Orientierung der aktuellen Politik. Die Fabrik-Regeln werden wieder repressiv. Die ‚Schule mit offenen Türen' ist praktisch aufgegeben worden. (...)

Auf der Ebene der internationalen Politik wird der Kampf gegen die beiden Supermächte immer mehr ersetzt durch den Kampf ausschließlich gegen den Sozialimperialismus. Der US-Imperialismus wird immer weniger angeklagt. Die Interventionen von diesem oder jenem ihrer Verbündeten gegen andere Völker werden sogar als ‚positiv' betrachtet. So war es z.B. in Zaire. (...) Die aktuellen internationalen Praktiken der KPCh schädigen das Ansehen Chinas bei den Völkern vor allem in der Dritten Welt. In der Wirkung betreiben diese Praktiken das Spiel des Sozialimperialismus. (...)

Die Erfahrung zeigt, daß die aktuelle Führung der KPCh alle Zustimmungen von außen benutzt, um ihr Ansehen unter den chinesischen Massen zu erhöhen. Der derzeit in China vorherrschenden Linie seine Billigung zu geben oder auch nur eine Haltung einzunehmen, die als Billigung erscheinen könnte, dient durchaus nicht dem chinesischen Volk und allen, die für den Sozialismus in China kämpfen".

Ab Nr. 111 kostet der AK 2 Mark

Als wir im Januar 1976 von der drei- zur zweiwöchigen Erscheinungsweise des ARBEITERKAMPF übergingen, hatten wir zunächst die Vorstellung und das auch so öffentlich erklärt, daß die Zeitung in der Regel 24 Seiten haben soll.

Es hat sich jedoch sehr schnell herausgestellt, daß diese Projektion unrealistisch war. Die von uns auf- und ausgebauten Kommissionen sowie die Verstärkung der zentralen Redaktion haben uns in die Lage versetzt, die Klassenkämpfe in den verschiedensten Ländern genauer zu analysieren und umfassender darzustellen – und die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit anderen Strömungen der Linken im In- und Ausland allseitiger zu führen.

Es ist sicherlich nicht vermessen zu sagen, daß der ARBEITERKAMPF heute in den meisten Bereichen seines Inhalts einfach „mehr bringt" als viele Fachzeitschriften von Komitees, Gesellschaften etc., die dies für ihren sehr spezialisierten und bewußt eingeschränkten Arbeitsbereich tun.

Eih nicht zu unterschätzender Faktor, der den ARBEITERKAMPF noch vielseitiger (in des Wortes doppelter Bedeutung !) hat werden lassen, ist, daß neue Massenbewegungen (wie die Anti-AKW-Bewegung), Initiativen (wie die von uns mitgetragene Russell-Initiative) entstanden sind, die eine ständige, oft mehrseitige Rubrik im ARBEITERKAMPF erhalten haben.

Wir haben heute einen Stand erreicht, wo es – ohne die Konzeption grundsätzlich zu ändern – kaum mehr möglich ist, einen AK herauszubringen, der weniger als 48 Seiten hat (in den letzten Monaten schwankte die Seitenzahl stets zwischen 48 und 60). Da aber eine so umfangreiche Zeitung allein bei den Druck- und Transportkosten über dem AK-Verkaufspreis von 1 DM liegt, ist es unerläßlich, den Verkaufspreis zu erhöhen.

Wenn wir von durchschnittlichen reinen Druckkosten für einen AK von 0,75 DM, Porto- bzw. Transportkosten pro einen AK von 0,40 DM, Composermiete, Fotosatzmiete, Fotomaterial etc. pro AK von 0,25 DM ausgehen, dann müßte der Verkaufspreis des AK schon bei mindestens 1,40 DM liegen, um diese Kosten abzudecken. Es kommt jedoch noch hinzu, daß wir angemietete Räume (zur Erstellung und zum Vertrieb des AK) und mehrere hauptamtliche Genossinnen und Genossen in der Redaktion, dem Schreibbüro, im Layout und im Vertrieb bezahlen müssen – Ausgaben, die selbstverständlich in die Produktionskosten des AK eingehen (wenngleich diese Genossinnen und Genossen nicht nur für den AK, sondern auch für andere vom KB publizierte Zeitschriften, Bücher etc. arbeiten).

Kurzum: Wenn wir ungefähr die Produktionskosten für den AK über den Verkaufspreis wieder hereinbekommen wollen – und das müssen wir ! –, dann brauchen wir mindestens 2 DM pro Exemplar. Wir sind der Meinung, daß dieser Preis zwar hoch, aber – im Vergleich mit anderen Produkten in der linken Bewegung – durchaus gerechtfertigt ist. Die 16-seitige „Kommunistische Volkszeitung" vom KBW kostet z.B. 0,50 DM, die 12-seitige „Rote Fahne" der vaterländischen „KPD" kostet ebenfalls 0,50 DM, die etwa 16- bis 20-seitige „Was tun" der trotzkistischen GIM kostet 1 DM (im Laden 1,20 DM) und die etwa 28-seitige „Links" des Sozialistischen Büros kostet 1,80 DM. Von einer Monatszeitung wie „Konkret" (3,50 DM) ganz zu schweigen.

Ist da ein Verkaufspreis von 2 DM für einen 48/52/54- oder gar 60-seitigen AK nicht gerechtfertigt?

Wer den AK zu günstigeren Bedingungen haben möchte, der sollte ihn rasch abonnieren: Wir bieten das Abonnement in Zukunft für DM 1,50 pro AK an (die exakten Bezugsbedingungen werden demnächst noch bekanntgegeben).

Der neue Preis für den AK soll ab Nr. 111 (erscheint am 22.August 1977) gelten.

Leitendes Gremium des KB
und AK-Redaktion

... im Abonnement kostet der AK dann 1,50

»Freie Sexualität« statt Sozialismus?

»Eigentlich müßte die Linke von der AAO begeistert sein, wird doch in dieser Organisation kollektiv produziert und gelebt, entstehen Verhältnisse, die jeden Sozialisten und Kommunisten in Entzücken versetzen müßten. Man braucht nicht mehr nach China zu blicken und nicht mehr in die Rätevergangenheit der 1918er Revolution oder das Katalonien des Spanischen Bürgerkriegs, und selbst der französische Mai 68 kann man vergessen: Hier und heute, mitten unter uns, entsteht das, wovon die Linke träumte und schon nicht mehr zu träumen wagte. Dennoch, so verschieden die sozialistisch-kommunistischen Gruppen und Parteichen auch sind, die Ablehnung der AAO einigt sie...« (»AA-Nachrichten«, Mai 1977).

Verfasser dieser enthusiastischen Zeilen ist ein neuer »Bewußtseinsverbreiter« der AAO, Aike Blechschmidt, vormals leitendes SB-Mitglied, Mitarbeiter der SB-Zeitschrift »express« und »links«, u.a. Verfasser des Buches »Löhne, Preise und Gewinne — Materialien zur Inflation und Krise«. Am 15. Juni wechselte er offiziell die Fronten, obwohl er selbst

Freilich hat A.B. auch als AA-Mensch immer noch Reste linken Denkens im Kopf. So empfiehlt er der AAO die Linke als Bündnispartner: *»Die heutige Profit- und Konsumgesellschaft produziert ständig massenhaft die Kleinfamilie als Durchschnittsexistenz des Lohnarbeiters. Die allermeisten Werktätigen stecken in privaten Zwangsverhältnissen, die erst im Zuge von betrieblichen Kämpfen erschüttert werden dürften, wo also die Erschütterung des privaten Produktionsmittelbesitzes Voraussetzung ist, daß die Vergesellschaftung der Sexualität/Kommunikation in den Bereich des massenhaft Möglichen tritt. An diesem Punkt kann die AAO nicht an der sozialistischen Linken, dem organisatorischen Träger dieses Erschütterungsprozesses vorbei. So sehe ich das jedenfalls«* (»Brief...«).

Den Hinweis auf die »sozialistische Linke« schränkt A.B. freilich selbst gleich wieder ein: *»Es ist klar, daß von allen sozialistischen Organisationen in der BRD nur das SB als perspektivischer Partner der AAO in Frage kommt«. »In diesem Sinn bin ich mit meinem Einzug in die AAO nicht aus*

AAO ermöglichen« (»AA-Nachrichten«, Mai 77, Seite 11). Was dann noch notwendig ist, laut AAO, ist eine *»gesunde Führungsnation«.* Und: *»Das kapitalistische System, das hier im weitesten Sinn gefaßt wird, hat sich bis heute bewährt, insofern es in seiner Entwicklung fähig wurde, die materielle Versorgung, wenn auch nicht weltweit, der Menschen innerhalb eines Systems einigermaßen zu bewältigen«.* Die sozialistische Oktoberrevolution hingegen sei *»das blutigste Ausbeutungsmassaker der Geschichte, das an Brutalität jede kapitalistische Ausbeutung glatt in den Schatten stellte«* (»AA-Nachrichten«, Juli 77, Seite 44).

Die AAO ist also beileibe keine Gemeinde harmloser Weltverbesserer, die ein allenfalls diskutables alternatives Modell menschlichen Zusammenlebens anzubieten haben. Sondern es ist eine militant antikommunistische Sekte, die überall dort auftritt, wo Menschen gegen die menschenfeindlichen und lebensgefährdenden Bedingungen des Kapitalismus kämpfen, um zu verkünden, daß die böse »Kleinfamilie« an allem schuld sei und daß







es gar nicht so sehen will: »Die AAO ist eine dem SB an Kompliziertheit der
dem SB verschwunden. Ich habe nur den Frontabschnitt gewechselt«
man gefälligst aufhören möge, gegen Atomkraftwerke etc. zu kämpfen.

es gar nicht so sehen will: *»Die AAO ist eine dem SB an Kompliziertheit der Entscheidungsprozesse durchaus vergleichbare Organisation. »Für mich stehen SB und AAO in einem komplementären, einander ergänzenden Verhältnis. Die Arbeit der AAO beginnt dort, wo die des SB aufhört«* (aus: »Brief an meine SB-Genossen«).

A.B. meint, daß sein Übertritt zur AAO *»kein unpolitischer Schritt«* sei, denn er verwirkliche damit ja *»zugleich ein Stück Modell-Kommunismus«, »und die Linke macht einen historischen Fehler, wenn sie diesen Schatz übersieht«* (»Brief ...«). Welch geradezu historischen Sprung Blechschmidts Bewußtsein gemacht hat, beweist seine *»wichtige Erkenntnis«, »daß die Vergesellschaftung der Sexualität (bzw. Kommunikation) die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nach sich zieht«. Welch lustvolle Version des »friedlichen Übergangs zum Sozialismus«*!!

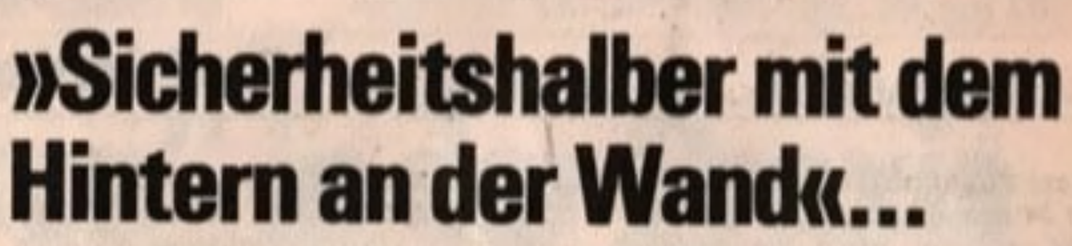
dem SB verschwunden. Ich habe nur den Frontabschnitt gewechselt« (»Brief...«).

Aike Blechschmidt dürfte es freilich sehr schwer haben, seinen neuen Freunden das Bündnis mit der Linken schmackhaft zu machen. Heißt es doch bisher bei der AAO: *»Die Revolution, die explosiven, die Gesellschaft umwälzenden Ereignisse, haben bis jetzt immer nur den Mist, die Abenteurer, die asozialen Machthungrigen, die haßerfüllten Apostel, die rücksichtslosen Kriminellen, die Phantasten emporgeschwemmt«* (»AA-Nachrichten« 1/77, Seite 12).

Und: *»Die AAO bekennt sich restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung, an der wir auch bereit sind, mitzuwirken«* (»AAO-Modell«, Seite 291). Besonders nützlich erscheint der AAO daher u.a. die Nato, *»weil diese Einrichtungen jene Welt aufrechterhalten, die das Bestehen und die Ausbreitung der*

man gefälligst aufhören möge, gegen Atomkraftwerke etc. zu kämpfen. Man braucht zwar nicht viel Verstand, um zu begreifen, daß die Gefahren eines AKWs oder auch eines imperialistischen Krieges den »Kleinfamilien-Menschen« nicht mehr und nicht weniger bedrohen als die Leute von der AAO. Aber so weltfremd, wie sie sich gibt, ist die AAO keineswegs — wie z.B. ihr Aufruf zur »militanten Verteidigung« klar demonstriert. Zwar versuchen sie, jede f o r t s c h r i t t l i c h e Politik als sinnlos oder gar reaktionär madig zu machen, zugleich aber predigen sie selbst pro-kapitalistische, pro-imperialistische Politik, und versuchen, sie über Flugblätter und Veranstaltungen massiv unter's Volk zu bringen. Mit Sozialismus, gar »Modell-Kommunismus«, hat das nicht das geringste zu tun!

AG Frauen Westberlin
Antifa-Kommission Hamburg
und AK-Redaktion



»Sicherheitshalber mit dem Hintern an der Wand«...

Schwulenfeindliche Witze der übelsten und ordinärsten Art wurden auf dem Pressefest der SEW-Zeitung »Die Wahrheit« Mitte Juni in Westberlin dargeboten. Die Revis hatten neben vielen künstlerischen »Angeboten« auch einen besonderen »Leckerbissen« bereit: Den Bauchredner Pierre Bagee *»mit seinem schwulen Raben Willi«.* Offenbar meinten die Veranstalter, sich damit bei den Anwesenden beliebt zu machen und der SEW »neue kritische Menschen« zuführen zu können. Jedenfalls krächste Pierre Bagee bzw. sein »schwules« Mitbringsel eine Menge jener Witze, welche landläufig über Homosexuelle im Umlauf sind.

Hier eine Kostprobe: *»Neulich — in der Sauna — rutschte die Seife aus — flutsch, flutsch, fluuutsch! Keiner hob sie auf! Warum denn nicht? Der Bademeister ist ein fixer Bursche! Man stellt sich sicherheitshalber mit dem Hintern an die Wand«.* Den zahlreich anwesenden SEW-Schwulen, die noch eine Anzahl Sympathisanten aus der früheren Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW) mitgebracht hatten, ist der Schreck über diese »Späße« derartig in die Glieder gefahren, daß sie in einem »halb-öffentlichen« Protestschreiben forderten, derartige Witze in Zukunft zu unterlassen. Sie stellten fest, daß *»die Mehrzahl der Witze von den verbreiteten Vorurteilen gegen Schwule (lebte)«* und bei der Veranstaltung auf Kosten einer Minderheit Stimmung gemacht wurde. Dieser Protest ist umso beachtlicher, da die SEW-Schwulen bisher so ziemlich alles »geschluckt« haben, was an Schwulenfeindlichkeit in ihrer Partei vorhanden ist. Ob es den Revi-Schwulen gelingen wird, die SEW-DKP von ihrem Anti-Schwulen-Trip wegzubekommen, muß allerdings sehr stark bezweifelt werden. Man denke bloß an die bekannten frauenfeindlichen Sprüche und Praktiken bei SEW/DKP, und man wird den aufmuckenden Schwulen wenig Hoffnung auf Erfolg ihres Protestes machen können. Wie Pierre Bagee rät, werden die Revis weiterhin »sicherheitshalber mit dem Hintern an der Wand« stehen bleiben!

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Die »Euros« und ihre »undogmatische« Haltung zu Biermann

Wie weit sich der betont „undogmatische" Umgang mit dem Marxismus-Leninismus schon in der konsequent „eurokommunistischen" KKE/Inland ausgewirkt hat, zeigt ein kleines Beispiel vom Auftritt Wolf Biermanns auf dem Fest ihrer Zeitung „Avji" in Athen am 13.6.77 im Stadion „Panioniou".

Biermann, der neben Georges Moustaki, Charis Alexiou, Dalaras, dem Dzavelas-Ensemble, andalusischen Gitarristen u. a. auftrat, wurde wohl am stürmischten gefeiert.

Als nun Biermann seine „Ballade vom Kameramann" vortrug, dachte

Als nun Biermann seine „Ballade vom Kameramann" vortrug, dachte der Übersetzer offenbar sehr intensiv an die Linie seiner Partei, die ja die griechische Variante des „historischen Kompromisses" vertritt, nämlich Karamanlis & Co. für eine „große Einheit" gegen Faschismus und Imperialismus zu gewinnen. Und selbstverständlich ist da der „Weg zum Sozialismus, der in griechischer Erde sprießt", eindeutig „friedlich".

Und nun singt Biermann einfach von der „bitteren Wahrheit der Unidad Popular" mit dem Aufruf, „Knarre und Gitarre" zu benutzen, damit so etwas wie in Chile nicht noch einmal passiert.

Da nicht sein kann, was nicht sein darf, und weil man ja sowieso ein betont „undogmatisches" Verhältnis zur Wahrheit hat, erlaubte sich der Übersetzter einen kleinen Kunstgriff:

„Mit Liedern und Gitarre" dolmetschte er unauffällig — klingt ja auch so lyrisch — anstatt „mit Knarre und Gitarre". Er hoffte wohl, man merkt's nicht.

Das ist die „peinliche Wahrheit" derer, die einem Honig um's Maul schmieren wollen ...

(„Eleftherotipia", 14. und 20.6.77, „Sos. Poria" 96, 18.6.77).

Griechenland/Türkei-Kommission



„ ... der Biermann ... "

Dias Filme Video

Arbeiterkampf — Verlag J. Reents — Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Bestellung:

Aus dem Verlagsprogramm bestelle ich folgende Materialien gegen Vorauszahlung auf eines der unten genannten Konten (bitte ankreuzen, ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und einschicken):

Langspielplatten:

- ○ „Uhrsprung" (Oktober) LP 30 cm — DM 18,–
- ○ „Lieder fürs Leben" (Schmetterlinge) LP 30 cm — DM 18,–
- ○ „Wehrt Euch" (IFK) LP 30 cm — DM 18,–
- ○ A LUTA CONTINUA (Jose Afonso) LP 30 cm — DM 15,–
- ○ KARAXU LIVE (Karaxu) LP 30 cm — DM 15,–

Single:

- ○ Carlos Smith, Single 17 cm — DM 5,–
- Arbeiterlieder
- ○ Nr. 1, „Einmal Faschismus, das reicht" (Hamburger Straßentheater) Single 17 cm — DM 5,–
- ○ Nr. 2, „Wir führen den Kampf weltweit" (Hamburger Straßentheater) Single 17 cm — DM 5,–
- ○ Nr. 3 „Guten Morgen" (Hamburger Straßentheater) Single 17 cm — DM 5,–

Liederhefte:

- ○ „Pariser Kommune" (Oktober) Format A 5, 30 Seiten — DM 1,50
- ○ „Proletenpassion" (Schmetterlinge) Format A 5, 70 Seiten — DM 5,–
- ○ „Lieder fürs Leben" (Schmetterlinge) Format A 4, 50 Seiten — DM 10,–
- ○ Frauenlieder Format A 5, 50 Seiten — DM 2,–
- ○ „Wir fangen ja erst richtig an" (Hamburger Straßentheater) Format A 4 — DM 2,50

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

PSchA Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto. 2405 95

J. Reents, Dresdner Bank AG, Hamburg
BLZ 200 800 00
Kto. 45 18 378

- ○ Bitte um Zusendung des Verlagsprogrammes
- ○ Bitte zum Zusendung eines „Arbeiterkampf-Freiexemplars"



Dia-Serie über die Demonstration am 19.2.77 in der Wilster Marsch

Die Serie zeigt zuerst einige Hauptüberschriften aus der bürgerlichen Presse vor dem 19.2. (Hetze zur Brokdorf-Demo, Versuch der Spaltung über Itzehoe). Von der Demo werden Bilder über den Anmarsch (Busse und Pkw), die Länge des Demo-Zuges und die Abschlußkundgebung gezeigt.

Über den Polizeiterror haben wir zwei »typische« Bilder rausgesucht: 1. eine Pkw-Kontrolle bei der Anfahrt; 2. der Überfall von MEK-Bullen auf Demonstranten in Wilster. Anhand dieser beiden Bilder und den o.g. Hauptüberschriften der bürgerlichen Presse wird man sehr gut die terroristischen Pläne und Ziele des Staatsapparates am Beispiel Brokdorf diskutieren können.

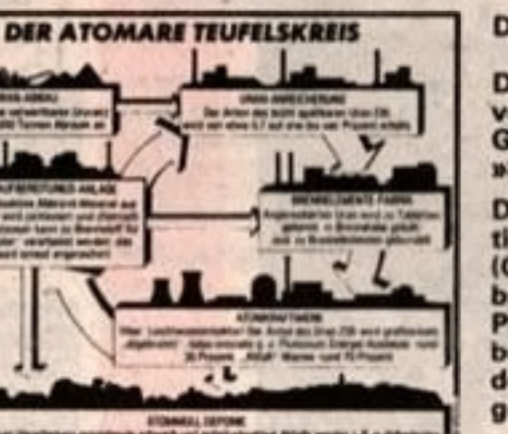
Ein kurzer Kommentar und ein Bild geht auf das Provokationsmanöver des KBW und seiner »Volksmassen« bei der Kundgebung ein (unter der Parole »Die Massen wollen zum Bauplatz« sammeln sich eine Handvoll KBW-ler, um dann wieder umzukehren, als man feststellt, daß »die Massen« des KBW nur einige hundert Menschen — von mehr als 30.000 — sind!).

16 mm Film über die Bauplatzerrichtung in Brokdorf und die erste Demonstration am 30.10.76

Der Film zeigt die Nacht-und-Nebel-Aktion der Bauplatzerrichtung. Die Polizeimaßnahmen, Interviews mit den Bauern und Mitgliedern der BIs. Hiervon ausgehend die erste Demonstration am 30. Oktober 1976 mit der Bauplatzbesetzung und dem massiven Polizeiterror gegen die Demonstranten. Am Schluß steht der Aufruf zu weiteren Demonstrationen gegen das geplante AKW in Brokdorf.

Dauer: ca. 20 Min.
16 mm, schwarz-weiß, Magnetton
Mietpreis: 20,- DM





DIA-Serie »Urankreislauf«

Diese Dia-Serie schildert den »Weg« des Urans von der Gewinnung bis zum Atommüll. Grundlage für die Serie ist die Bildfolge des »Spiegel« aus November 1976.

Die Dias sind betextet, d.h. die einzelnen Positionen innerhalb des »Kreislaufs« sind erklärt (Gewinnung, Aufbereitung, Reaktor, Wiederaufbereitung etc.). Es wird erklärt, an welchen Positionen Atombomben produziert werden und besondere Gefahren auftauchen. Ebenso wird detailliert eine Wiederaufbereitungsanlage dargestellt.

17 Dias — **Mietpreis 5,- DM**

»Und bist du nicht willig…«

Dieser Film geht auf die Geschichte des Widerstandes in Brokdorf ein. Hierzu gehört die Entstehung der BUU, das Anhörungsverfahren vor einem Landtagsausschuß etc. Ebenso kommen CDU/SPD/FDP und Gewerkschaftsführer »im richtigen Zusammenhang« zu Wort.

Dieser Film ist eine Produktion des Medienpädagogischen Zentrums, Hamburg. Er ist uns freundlicherweise zum Verleih zur Verfügung gestellt worden.

Dauer: ca. 40 Min., Video-Band
Sony-CV-Geräte
Mietpreis: 10,- DM





Unter diesem Titel wird ab Juni 1977 ein aktueller Anti-AKW-Film von der »Initiative fortschrittlicher Filmemacher« vertrieben, der allen Bürgerinitiativen und anderen Interessierten zur Verfügung stehen soll.

Es werden die wahren Interessen aufgezeigt, die hinter der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie stehen: Profit, atomare Aufrüstung, Großmachtstreben, Unterwerfung der »Dritten Welt« und Schaffung eines repressiven Atomstaates. Der Film dokumentiert den immer breiter werdenden Protest der Bevölkerung bis hin zum militanten Widerstand vor Ort am Bauzaun.

Die massive Hetze und die Spaltungsversuche in friedliche und kriminelle AKW-Gegner werden als Störmanöver von rechts gedeutet. Augenzeugenberichte und Dokumentaraufnahmen belegen den Polizeiterror sowie die Kriminalisierung einzelner AKW-Gegner. Die Auseinandersetzung um die Frage der Gewalt endet in dem Aufruf, alle möglichen Formen des Protestes anzuwenden, um den Widerstand gegen das Atomprogramm zu stärken.

Kein AKW irgendwo!

Farbfilm, S 8 Ton, ca. 70 Minuten
Verleih: J. Reents Verlag

KULTUR

Arbeiterkampf
J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Schallplatten Liederhefte Schallplatten Liederhefte



eine Anti-AKW-Langspielplatte der »Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender«. An ihr wirken mit: Roter Kaktus, Flensburg; Straßentheater, Hamburg; Druckknöpfe, Rockgruppe aus Hamburg; Michael Iven und weitere Musiker der Gruppe Oktober.
Sturm / Es klappert das Kraftwerk / Kein KKW in Brokdorf / Stoltenberglied / Gustav Kuhlke / Das Lied der Sargtischler / Hübsch und fein / Die Frankensteinballade / Gesichter / Evakuierung / Wehrt Euch!

Langspielplatte 30 cm **DM 18,-**



"Uhrsprung" von OKTOBER

»Die Musik holt die Jugendlichen da ab, wo sie sich musikalisch zuhause fühlen und die Texte gehen auf solche musikalischen Sachverhalte ein, die die Jugendlichen direkt betreffen. Vom Publikum her gesehen: ,Oktober'-Musik macht einfach Spaß« (»Frankfurte

lichen direkt betreffen. Vom Publikum her gesehen: ,Oktober'-Musik macht einfach Spaß« (»Frankfurte
Rundschau«).
»Die Gruppe nimmt kein Blatt vor den Mund, spricht Mißstände in einer verständlichen Sprache aus und verpackt sie zudem noch in gelungene Rockmusik« (»Fabrik-

(»Fabrik-Zeitung«).

Langspielplatte 30cm **DM 18,-**

Pariser Kommune

Also, wie ist das mit dem Sozialismus? Die **Pariser Kommune von 1871** zeigt sehr gute, »wie das ist«. Sie zeigt
- was Sozialismus ist
- wie man zum Sozialismus kommen kann
- wozu die bürgerliche Klasse mit all ihren edlen Phrasen von Menschenrechten etc. fähig ist, wenn das Volk ihre Interessen durchkreuzt
- an welchen Fehlern man scheitern kann.



Texthefte, Format A5, 30 S. **DM 1,50**

(Die LP »Pariser Kommune« erscheint im Herbst)



Revolutionäre portugiesische Lieder, u.a. Grandola Vila Morena, Catarina, Kissingers Marionetten, O Que faz Falta, entstanden am 23.1.1976 in Hamburg auf einer Portugal-Solidaritätsveranstaltung des KB mit Jose Afonso, Francisco Fanhais und Jose Luis.

Langspielplatte 30 cm **DM 15,-**



«Du hörst Musik und weißt, wen du vor dir hast. Es ist die Haltung, die keinen Übersetzer braucht» (Biermann über KARAXU). Gerade dieser Live-Mitschnitt beweist die kämpferische und mutige Haltung der Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit ihrer Musik den Widerstand in Chile zu unterstützen.

Langspielplatte 30cm **DM 15,-**



Diese Platte mit Aufnahmen des Hamburger Chors des »Bund Demokratischer Jugend« ist ein Beitrag zur kulturpolitischen Auseinandersetzung in der westdeutschen fortschrittlichen Jugendbewegung.

Langspielplatte 30 cm **DM 15,-**

Carlos Smith

Carlos Smith gehörte zur Gruppe KARAXU, die für die Bewegung der revolutionären Linken MIR an der kulturellen Front arbeitet. Carlos singt inzwischen solo.

Schallplatte 17 cm **DM 5,-**



Seite A: 1. Schmetter-Band, 2. Antagon, 3. Tango von der Heiligkeit des Lebens, 4. Lied von den schönen Worten, 5. Lied von der Käuflichkeit des Menschen, 6. Feiertag, Seite B: 7. Jonny reitet wieder, 8. Rosa Tante Rosa, 9. Blaubarts Brautschau, 10. Lied von der menschlichen Gemeinheit, 11. Lied von der Erde, 12. So soll es sein — so wird es sein.
Die »Schmetterlinge« gibt es seit ungefähr sechs Jahren. Wir spielten am Anfang internationale Volksmusik und dann später englischsprachige Folk-Rock-Music. Es erschien uns aber seltsam, angesichts z.B. des grausamen Militärputschs in Chile, der Diskussion um die Abtreibung usw. nur über Liebesschmerz, die Einsamkeit des Pop-Musikers oder irgendwelche Skurrilitäten zu singen; seither nehmen wir mit unseren Liedern zu aktuellen Problemen Stellung.

Langspielplatte 30 cm **DM 18,-**



Hier unser neues Liederbuch. Die meisten Lieder sind auf der Elpeh »Lieder für's Leben« (hat nichts mit der »Aktion Leben« zu tun) drauf; »Luminal City« und das »Partnerschaftslied« sind auf einer Single und der »Selbstmörderwalzer« auf einer Johann-Strauß-Platte. Die Illustrationen hat der Robert Lettner gezeichnet.
Schmetterlinge

Liederheft mit Noten
Format A4 50 Seiten
DM 10,-

Proletenpassion

In der «Proletenpassion« geht es um Geschichte und nicht um Geschichterln. Deshalb erlebt man durch sie etwa die Bauernkriege kaum als Religionskriege, sondern als »der Freiheit Morgenröte«, sieht, wie in den bürgerlichen Revolutionen das Proletariat von der Bourgeoisie verraten wurde, erfährt, wie angesichts der Pariser Commune die Feindschaft zwischen den Herrschenden Deutschlands und Frankreichs flugs dem gemeinsamen Herrschaftsinteresse weicht, erkennt, daß die Oktoberrevolution 1917 siegte, weil »da war was neu, die Partei« und lernt auch, daß der Faschismus allemal noch die brutalste Herrschaftsform des Kapitalismus ist. Epilog ist dann ganz zwangsläufig ein Solidaritätslied.

Textheft, Format A5, 70 Seiten **DM 5,-**



Arbeiterlieder vom Hamburger Straßentheater
- Einmal Faschismus, das reicht!
- Carrero Blanco
- Trinklied
- Die Nazifalle

Schallplatte 17 cm **DM 5,-**

Wir führen den Kampf weltweit !
NEUE ARBEITERLIEDER

Neue Arbeiterlieder 2 vom Hamburger Straßentheater
- Miguel Enriquez
- Santiago 73
- Volodia Teitelboim
- Doch oh weh, da kam Fidel

Schallplatte 17 cm **DM 5,-**

"Guten Morgen!"
neue Arbeiterlieder 3

Neue Arbeiterlieder 3 vom Hamburger Straßentheater
- Am Sonnabend morgen
- Guten Morgen
- Knacki Scholz
- Im Pißpott gebor'n

Schallplatte 17 cm **DM 5,-**

Wir fangen ja erst richtig an!
Lieder des Hamburger Straßentheaters

Aus dem Inhalt u.a.
- Im Pißpott geborn
- Guten Morgen
- Trinklied
- Fidel

Format A4 **DM 2,50**



Frauenlieder
Wir sind die roten Frauen,
wir sind ein Risiko
für alle Politiker und Bosse ebenso.
Und will man uns verschaukeln,
verkauft man uns für dumm,
dann blasen wir zum Angriff
und hau'n sie alle um.

Liederheft mit Noten, A5, 50 Seiten
DM 2,-